



„Flüchtlingsdrama“ und neuer Krieg gegen Indochina S.40

Jg. 9 Nr. 157 9.7.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

Strauß darf nicht durchkommen!



Franz Josef Strauss

Diese Zeichnung von David Levine erschien am 12.5.79 in der sozialdemokratischen Tageszeitung „de Volkskrant“ (Niederlande) im Zusammenhang dieses Kommentars.

Lieber wolle er in Alaska Ananas züchten, als Bundeskanzler werden, hatte Strauss einmal gesagt. Aber auch: Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen.

Jetzt ist Strauss gemeinsamer Kanzler-Kandidat der CDU/CSU für 1980. Die Mafia-Methoden, mit denen Strauss & Co. diese Entscheidung gegen ihre „Freunde“ von der CDU erzwingen haben, läßt Schlimmes für den kommenden Umgang mit ihren Gegnern erwarten. Mit der offenen Erpressung, keinen anderen Kanzlerkandidaten als Strauss zu akzeptieren und sich andernfalls bundesweit zu konstituieren, wurden die nötigen Breschen in die Reihen der CDU geschlagen. Dann gab es in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU eine Abstimmung, von der die CSU von vornherein klarstellte, daß sie sich nicht an das Ergebnis gebunden fühlen würde. Der Ausdruck „Probeabstimmung“ wurde dafür geprägt. Nachdem es eine deutliche Mehrheit für F.J. Strauss gab, war selbstverständlich alles entschieden. Wäre die Abstimmung für Strauss aber negativ ausgefallen, so hätte man wahrscheinlich weitere „Probeabstimmungen“ quer durch Gremien und Instanzen der CDU/CSU durchgeführt, bis sich irgendwann irgendwo eine Mehrheit für Strauss gefunden hätte.

Fortsetzung auf Seite 4

Für eine echte Alternative zu Strauss & Schmidt

Die Bereitschaft, bei den kommenden Bundestagswahlen (1980) eine echte, d.h. auch chancenreiche Alternative zu den etablierten Parteien zu bilden, wächst offensichtlich gleichermaßen bei den Mitgliedern bunter und grüner Listen – und wird bestärkt durch die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauss, die allgemein als Bedrohung empfunden wird.

Sowohl auf einem Treffen der Grünen und Buntten in Vlotho (am 30.6./1.7.) als auch auf dem Landesdelegierten-Treffen der niedersächsischen GLU am 7./8. Juli wurden Entschlüsse zur Einheit verabschiedet und Maßnahmen zur Herstellung gemeinsamen Handelns beschlossen. Daß nur im einheitlichen Auftreten von Buntten und Grünen (bei Einbeziehung weiterer Kräfte auch aus den fortschrittlichen Flügeln der etablierten Parteien) eine Erfolgchance liegt, wird in zahlreichen Stellungnahmen von Einzelpersonen aus der Umweltschutz- und demokratischen Bewegung eingeschätzt, die wir ebenso wie das Treffen in Vlotho auf den Seiten 6 ff. dokumentieren.

Der große Schwindel mit der „Energiekrise“

Das „Ende der Wohlstandsgesellschaft“, „niemand weiß, wie es weitergeht“, „wie in den Tagen vor einer großen Mobilmachung“, dies sind Stichworte aus Kommentaren in den bürgerlichen Medien, die die 2. sogenannte „Ölkrise“ begleiten. Wildwestszenen an US-Tankstellen im Kampf um den letzten Tropfen Benzin sollten den drohenden „Bankrott“ einer auf's Öl angewiesenen Industriegesellschaft verdeutlichen.

Verdoppelung der Heizölpreise, drastische Erhöhung der Benzinpreise, Drohungen mit Tempo 100 sowie ein drastisches Emporschnellen der Inflationsrate waren Vorboten eines Feldzuges gegen den Verbraucher, dem noch zehn Jahre vorher ständig wachsender Wohlstand in „unserer sozialen Marktwirtschaft“ versprochen worden war. Auch diese „Ölkrise“ wurde – wie auch schon die erste im Jahre 1973 – in einer Zeit ausgerufen, wo soviel Öl wie noch niemals zuvor aus den Bohrlöchern sprudelte. Auch diese „Ölkrise“ wurde von den internationalen Ölkonzernen produziert. Wiederum werden Tanker mit halbem Tempo über die Weltmeere geschickt und Öl in den Lagern bewußt zurückgehalten. Wiederum wird mit einem Krieg gegen die ölproduzierenden Staaten gedroht, die US-Imperialisten stellten eine Sondertruppe zur Besetzung der Ölfelder auf. Offene Kriegsdrohungen werden gegenüber dem Iran ausgestoßen, wo nach dem Sturz des Schah nur noch die Hälfte des Öls zu haben ist.

Auch die Ölpreiserhöhung wurde den OPEC-Staaten in die Schuhe geschoben, 12 Mrd. Mark allein im nächsten Jahr würde die Ölerhöhung durch die OPEC-Staaten den Bundesbürger kosten. Dabei erhalten die Förderländer nach wie vor nur einen

Bruchteil der Erlöse, der zudem in den letzten Jahren durch die Dollar-Abwertungen immer kleiner geworden ist. Die Ölmultis hingegen haben allein durch diesen Anstieg des Ölpreises auf den Schlag 15 Mrd. Mark durch die Erhöhung des Wertes ihrer Öllager verdient. Darüberhinaus stiegen ihre Profite durch Preiserhöhungen ins Unermessliche. Von ihren Gewinnen haben sich die US-Multis in den letzten Jahren allein ein Viertel der US-Kohlevorkommen, die zu den größten in der Welt zählen, gesichert, da auch hier bei ständiger Verteuerung des Öls neue Profitmöglichkeiten winken.

Nachdem Ende der 50er Jahre in der BRD die Kohleproduktion drastisch gedrosselt und die Bergarbeiter zu Hunderttausenden auf die Straße gesetzt wurden, wird jetzt wieder an Hitlers alten Kohleprognosen angeknüpft, der mit Verflüssigung von Kohle und Benzin aus Kohle sich die Energieautarkie für den 2. Weltkrieg erhoffte.

Nur zwei Monate nach Harrisburg soll jetzt wieder ein neuer Feldzug für die Kernenergie gestartet werden. Auf Atomkraft zu verzichten hieße, das Risiko heraufbeschwören, daß bei uns über kurz oder lang „die Lichter ausgehen“. Wie unsinnig derartige Propagandathesen sind, kann man nicht nur an den großen Überkapazitäten für Kraftwerke ermessen, sondern auch an der Tatsache, daß allein der in die Luft gepustete Dampf der Industrie, über Generatoren geleitet, 20.000 Megawatt ergäbe, fast doppelt soviel, wie alle Atomkraftwerke der BRD derzeit liefern können.

Vor Angst, die zur „Technikfeindlichkeit“ führen könnte, warnte Bundeskanzler Schmidt in der Energie-debatte im Bundestag in der letzten Woche. Von „Panikmache“

und einer „Hetzkampagne“ bis in die Reihen der SPD hinein sprach Kanzleraspirant Strauss. Warum, so fragte er die Regierung, mache man ein so schlechtes Demonstrationsrecht gegen „Gewalttäter“ und „Chaoten“, „wenn das Energieprogramm der Bundesregierung durchgeführt und wenn es weitergeschrieben werden soll“.

Neue Drohungen sollen die Gefahren der Atomenergie vergessen machen. „Das Lachen wird ihnen schon vergehen“, rief Strauss „unernsten“ Abgeordneten während der Energie-debatte zu und drohte, daß Rohstoffkrisen auch auf rund einem Dutzend anderen Sektoren folgen könnten und würden.

Das Energiethema soll mit zentral im nächsten Wahlkampf zum Bundestag stehen. Freie Fahrt für verstärkte Ausplünderung der Rohstoffe der „3. Welt“ (notfalls mit Hilfe von Interventionsarmeen); freie Fahrt zur verstärkten Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung und Durchsetzung des Atomprogramms – das ist es, was die Imperialisten durch die von ihnen inszenierte „Energie-Krise“ und die darum geführte Debatte erreichen wollen.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Somozas Uhr ist abgelaufen

Das Volk von Nicaragua ist im Bürgerkrieg gegen die Nationalgarde Somozas nach wie vor in der Offensive, auch wenn der Vormarsch an einigen Frontabschnitten nicht so zügig vor sich geht wie erhofft. Die FSLN kontrolliert bereits den ganzen Norden des Landes, im Süden das Grenzgebiet zu Costa Rica bis zur Linie nach Rivas. Insgesamt sind über 20 Städte bzw. größere Ortschaften in den Händen der Aufständischen; lediglich in Managua mußten sich die Guerilleros zurückziehen.

Siehe auch Artikel auf Seite 43

Carter in Südkorea — die Opposition demonstriert

Gegen den Besuch des US-Präsidenten Carter hatte es aus den Kreisen der südkoreanischen Opposition zahlreiche Proteste gegeben. Der ehemalige Präsident Yun Po Sun demonstrierte in der Hauptstadt Söul und warf Carter vor, „in der Menschenrechtsfrage nur Lippenbekenntnisse abzulegen“ („SZ“, 25.6.79).

Der „Rat der Familien von Gewissensgefangenen“ übergab der US-Botschaft in Söul einen Protestbrief, in dem es unter anderem hieß: „Wir bitten den US-Präsidenten nicht darum, die Situation der Menschenrechte in Südkorea zu verbessern. Wir werden unser Problem selbst lösen. Wir protestieren gegen die Hilfe für einen, der uns unterdrückt, weil es bedeutet, uns zu unterdrücken“ („Pyongyang Times“, „PT“, 23.6.79).

Die „Nationale Union für Demokratie und nationale Wiedervereinigung“ forderte die Absage des Carter-Besuchs und protestierte gegen das Verhalten der US-Botschaft, die die südkoreanische Polizei gegen die Demonstranten holte.

Am 11. Juni stürmten Angehörige politischer Gefangener die US-Botschaft, um gegen den Besuch Carters zu protestieren und forderten, daß „Carter Südkorea nicht besuchen sollte, bis alle politischen Gefangenen von den südkoreanischen Behörden freigelassen werden“ (ebenda).

Der angekündigte Besuch hatte „37 katholische Geistliche zu einem offenen Protestschreiben veranlaßt. Carters Besuch stelle einen Schlag ins Gesicht all derer dar, die in Korea für mehr Menschenrechte und Freiheit einträten, heißt es darin. 81 katholische Theologen in Tokio verfaßten eine ähnliche Protestnote“ („FR“, 28.5.79).

In den letzten Wochen und Monaten vor dem Carter-Besuch hat das südkoreanische Regime allen Spekulationen über etwaige Liberalisierungen eine klare Absage erteilt. Gewerkschaften, die diesen Namen verdienen, und politische Parteien, die tatsächlich gegen das Regime angingen, sind seit langem verboten oder zerschlagen.

„Koreanische Arbeiter arbeiten durchschnittlich zehn Stunden am Tag. Die Durchschnittslöhne für Männer betragen pro Monat 470 Mark, für Frauen 195 Mark. (...) Viele haben nur eine halbe Stunde Mittagspause und nur einen freien Sonntag im Monat. Die Industrie hat von der Regierung gefördert eine spezielle Schlagertruppe aufgestellt, die in 'fliegenden Einsätzen' die Bildung von unabhängigen Gewerkschaften mit Gewalt verhindert“ („FR“, 26.2.1979). Die letzte legale Möglichkeit, gegen das faschistische Regime mit Gewalt zu verhandeln“ („FR“, 26.2.1979). Die letzte legale Möglichkeit, gegen das faschistische Regime aktiv zu werden, sind derzeit noch die christlichen Kirchen, die wichtige Arbeit in der Industriearbeiterschaft, insbesondere auch unter den Frauen, leisten. In letzter Zeit sind sie deshalb auch Zielscheibe für zahlreiche Angriffe des Regimes und des Geheimdienstes CIA geworden. Als „Rechtsgrundlage“ für Maßnahmen gegen jeden Kritiker der Regimepolitik dienen das Antikommunismusgesetz und die Notstandsverordnungen Nr.3 und Nr.9, die jeden mit hohen Strafen bedrohen (bis hin zur Todesstrafe), „der in aktiven Handlungen oder in seiner Haltung, mit oder ohne Absicht“ den Kommunisten hilft“ („FR“, 28.5.79). Im März dieses Jahres wurden unter eben dieser Beschuldigung zahlreiche Mitarbeiter(innen) der Christlichen Akademie Koreas verhaftet. Gegen sechs von ihnen, darunter zwei Frauen, wurde Anklage wegen prokommunistischer Aktivitäten erhoben. Dabei sind „alle sechs vom Geheimdienst schwer gefoltert worden, um sogenannte Geständnisse von ihnen zu erpressen. Zuerst wurde versucht, die Inhaftierten zu der Aussage zu bewegen, Akademiedirektor

Kang sei ein Kommunist. Als das mißlang, sollten die beiden Frauen angeblich Geschlechtsbeziehungen zu Kang zugeben, um den persönlichen Ruf des Akademiedirektors zu untergraben. Trotz viehischer Mißhandlungen weigerten sich beide Frauen standhaft, solche falschen Aussagen zu machen“ („SZ“, 18.6.79).

Die Behauptungen über „prokommunistische Aktivitäten“ entbehren dabei wahrscheinlich jeder Grundlage. Das wird schon daran deutlich, daß Weltkirchenrat, westdeutsche Bischöfe und sogar CDU-Abgeordnete gegen das brutale Vorgehen der südkoreanischen Faschisten protestiert haben. Einfach die Tatsache, daß viele Mitglieder und Funktionäre der Kirchen in Südkorea versuchen, Widerstand gegen die brutale Unterdrückung zu organisieren und zu unterstützen, macht sie zu „Kommunisten“. Es herrscht zwar Religionsfreiheit, aber „nur wer sich damit begnügt, Religion im engsten Sinne zu betreiben, also heilige Schriften zu lesen, fromme Lieder zu singen, religiöse Festtage oder Familienfeiern zu zelebrieren, kann darauf vertrauen, unbehelligt zu bleiben“ („SZ“, 3.5.79). Die US- und auch die BRD-Regierung stören solche kleinen Schönheitsfehler allerdings nicht in ihren guten Beziehungen zum südkoreanischen Regime, gilt es doch nach wie vor als zuverlässiges Bollwerk gegen den Kommunismus. So empfing Bundeskanzler Schmidt just an dem Tag, als der westberliner Bischof Scharf in den Kerkern Söuls mit den verhafteten Kirchenmitarbeitern sprach, „den früheren südkoreanischen Ministerpräsidenten Kim Jong Pil, der im Auftrag von Präsident Park für ein größeres deutsches Wirtschaftsentagement werben soll“ („SZ“, 18.6.79). Der Carter-Besuch bedeutet in der aktuellen Situation denn auch nicht „Auftrieb für die Opposition gegen das Regime General Parks“ („SZ“, 23.6.79), sondern einen Schlag ins Gesicht für alle Verfolgten und Kritiker des Regimes. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang auch die jüngste Veröffentlichung vertraulicher Regierungsdokumente in Washington über die Entführung des Oppositionspolitikers Kim Dae Jung vor einigen Jahren, aus denen hervorgeht, „daß sowohl Botschafter Habib (1973) wie auch sein Amtsnachfolger Sneider (1975) voll über die direkte Verwicklung des koreanischen Geheimdienstes in Kims Entführung aus Tokio informiert waren und dies auch den derzeitigen Außenministern Rogers und Kissinger mitteilten“ („FAZ“, 12.6.79).

Kim Dae Jung forderte denn auch ein „Rogers und Kissinger mitteilten“ („FAZ“, 12.6.79).

Kim Dae Jung forderte denn auch ein Gespräch mit Carter bei dessen Besuch in Söul, das aber nicht zustandekam. Carter überreichte dem südkoreanischen Regimechef Park zwei Listen mit Namen von inhaftierten Regimekritikern und beide haben „lang und breit über die Menschenrechtsfrage diskutiert, ohne Einigkeit über das Problem der individuellen Freiheiten in Südkorea zu erreichen“ („FR“, 2.7.79)... In dem offiziellen Kommuniqué des Treffens wurde dann dem sogenannten Truppenabzug der USA wohl endgültig Ade gesagt. Carter erklärte in Söul ganz unmißverständlich, daß „die Amerikaner weiterhin Schulter an Schulter mit Südkorea eine von außen gesteuerte Aggression verhindern wollten“ (ebenda). Und wen kümmern da noch die Menschenrechte?...

Eben dieser Vorwurf einer Aggression aus dem Norden war auch 1950 Anlaß für die Entfesselung des Koreakrieges durch die US-Imperialisten gewesen, der mit der Teilung des Landes und ungeheuren Zerstörungen endete.

Asien/Australien-Kommission

Vergangenheit bewältigt? Verjährung für Mord aufgehoben



Demonstranten in der Kluft von KZ-Häftlingen wurden hinausgeworfen, als sie von der Tribüne des Bundestags aus protestierten. Die Verjährung ist aufgehoben, die Verfahren gegen NS-Verbrecher werden weiterhin eingestellt.

Mit einer Mehrheit von 252 zu 228 Stimmen hat der Bundestag am 3.7.79 die Verjährung für Mord aufgehoben. Am 6. Juli stimmte der Bundesrat ebenfalls diesem Gesetz zu.

Gegen das Gesetz stimmte die Mehrheit der CDU/CSU, deren Kanzlerkandidat Strauß ja vor Jahresfrist die Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen mit der Forderung nach Amnestie eröffnet hatte, getreu seinem Satz, daß das „Deutsche Volk 30 Jahre nach Kriegsende ein Recht habe, von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen“.

In fast allen Stellungnahmen zu dieser Entscheidung und auch in der Bundestagsdebatte selbst wurde diese Regelung als ein Beitrag zur „Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit“ gewürdigt. Tatsache ist,

Regelung als ein Beitrag zur „Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit“ gewürdigt. Tatsache ist, daß nun auch über den 31.12.79 hinaus neu entdeckte NS-Mörder angeklagt werden können. Gleichzeitig bedeutet diese Neuregelung der Verjährungsfrist bei Mord aber eine Verschärfung des bisher geltenden Strafrechts.

Demagogischerweise wurde in der Debatte dieses liberale Argument aber gerade von denen ins Spiel gebracht, die am liebsten seit Jahren überhaupt keine Verfolgung von NS-Verbrechen mehr gesehen hätten. Im Gegensatz zu „normalem Mord“, der in über 90 % der Fälle sehr schnell aufgeklärt wird, hat sich aber die bundesdeutsche Justiz und Strafverfolgung um die Aufklärung von NS-Verbrechen kaum gekümmert.

Insgesamt wurden seit 1945 ca. 85.000 Ermittlungen wegen NS-Morden angestellt. Rund 6.500 Personen wurden verurteilt, davon aber allein ca. 5.000 in den Jahren 1945 – 49, also vor Bestehen der Bundesrepublik. Seit Beginn der Debatten um die

Verjährung 1965 sank auch der Anteil der Verurteilten erheblich: Waren es vorher noch 9,9 % der Angeklagten, die verurteilt wurden, so sank diese Quote danach auf 1,5 %. Gegen ca. 4.000 Personen sind zur Zeit noch Verfahren anhängig, mehrere tausend Fälle lagern noch in der Ludwigsburger „Zentralstelle“, aus denen sich nach Auswertung weitere Ermittlungs- und Strafverfahren ergeben können.

Welche realen Konsequenzen die jetzige Regelung für NS-Täter haben könnte, macht ein Vergleich mit der Verjährungsdebatte 1969 deutlich: Seitdem wurden ganze 23 Verfahren neu eingeleitet. Davon endeten bisher drei mit Verurteilung, in zwei Fällen gab es Freisprüche, sieben Verfahren laufen, der Rest ist entweder eingestellt oder noch in der Schwebe.

Fällen gab es Freisprüche, sieben Verfahren laufen, der Rest ist entweder eingestellt oder noch in der Schwebe. In allen diesen Fällen handelt es sich um Morde an Juden, Zigeunern, polnischen Häftlingen oder Zivilisten, also eindeutig um Völkermord oder Kriegsverbrechen.

Eben diese Verbrechen, Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit u.a. sollen nach einer UNO-Konvention von jeder Verjährung ausgeschlossen sein. Mit Ausnahme Israels ist diese Konvention von nahezu allen vom Faschismus besonders betroffenen Staaten ratifiziert worden; andere Staaten – wie z.B. die Niederlande – haben diese Verbrechen in eigenen Gesetzen für unverjährbar erklärt. Noch im Frühjahr 1979 hat der Europarat in Straßburg eine Empfehlung an alle Mitgliedsstaaten beschlossen, in der die Unverjährbarkeit derartiger Verbrechen in den jeweiligen Landesgesetzen gefordert wird.

Daß es in der Debatte um die Aufhebung der Mordverjährung im Kern gar nicht um eine „Vergangen-

heitsbewältigung“ ging, macht die Behandlung eines Vorschlags von Ex-Innenminister Maihofer deutlich: Dieser hatte in letzter Minute gefordert, die Verjährung von Mord nur in solchen Fällen auszusetzen, die auch das Merkmal von Völkermord erfüllen. Doch anstatt diesen in der Tat unzureichenden Vorschlag Maihofers – viele NS-Verbrechen, wie die Morde in KZs, an politischen Häftlingen etc., wären danach verjährt – zu verbessern im Sinne der bestehenden internationalen Regelungen, wurde er mit spitzfindigen juristischen Begründungen schon in den Reihen der Koalition abgeschmettert.

Ausländische Stimmen

Ausländische Stimmen

Die Entscheidung des Bundestags wurde im Ausland unterschiedlich aufgenommen.

Die israelische Regierung ließ verlauten, die Entscheidung sei „korrekt und unvermeidlich“. Ähnlich argumentierte der „Zentralrat der Juden in Deutschland“: Dies sei eine „historische Entscheidung“, die den „einmaligen Dimensionen der ungeheuren Verbrechen der NS-Zeit“ entspreche.

In anderen Stimmen wurde herausgestellt, daß insbesondere die „Holo-caust“-Diskussion die Entscheidung beeinflusst habe (schwedische Pressestimmen).

Vor allem die RGW-Staaten DDR und Polen betonten, daß die BRD die Aufhebung der Verjährung erst aufgrund internationalen Drucks beschlossen habe. Trotzdem könne diese Entscheidung „zweifelloso beitragen zur Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit“ („Trybuna Ludu“).

Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?



Dokumentation einer Podiumsdiskussion

Wolfgang Dierckmann, Freiregionales Studieninstitut e.V. – Kai Böhm, Kf. Podiumsgast von Rosenbaum – Werner von, Journalist – Heide Grosse, Heide Grosse, Schöten, Betreuer der JVA Finkenflügel – Heide Grosse, Professor für Strafrecht (Uni Köln) – Peter Pernau – Gerhard Heide, FDP – Hans Witsch, Sekretär der ersten Kammer der Justizstelle, Port von der Arbeit – Leiter, Uni Hamburg, Vize

Die Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?“ fand am 22. Juli 1977 in Hamburg statt und ist in dieser Broschüre des „Unterstützungsausschusses ARBEITER-KAMPF gegen Rosenbaum“ dokumentiert. Anlaß war die öffentliche nicht begründete Beurlaubungs- und Begnadigungspraxis des Hamburger Senats gegenüber Nazi-Verbrechern wie u.a. Rosenbaum. Die Veranstaltung zeigte, daß der in der BRD bisher übliche Dialog zwischen den verschiedenen Lagern der Demokraten und Antifaschisten, einschließlich der Kommunisten möglich und nötig ist.

Format A4, 60 Seiten DM 4,- zu erhalten über: Verlag J.Reents

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abwurf, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 10.000

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



CSU-Strategie-Papier zur Zerschlagung der Gewerkschaften

„Vor der Diskussion über die vierte Partei muß daher auch die Diskussion über die vierte Gewerkschaft geführt werden“. Dies ist einer der Kernsätze aus den „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“, die der CSU-Generalsekretär Stoiber parteiintern verschickt hat, zur Vorbereitung eines CSU-Gewerkschaftskongresses Anfang 1980. In die Strategie der CSU zur Profilierung ihres Kanzlerkandidaten Strauß gehört auch der massive Angriff auf den DGB.

Stoiber wirft dem DGB vor:
— Vorherrschaft auf dem Tarifgebiet,
— Mehrheitsmacht in der Betriebsverfassung,
— Mitbestimmung und Vermögensbildung als Machtinstrument.

Der weitestgehende Vorwurf ist allerdings, daß der DGB eine sozialistische Richtungsgewerkschaft sei. Originalton Stoiber: „Die DGB-Gewerkschaften sind seit ihrer Gründung dem selbstgestellten Satzungsanspruch, eine über den Parteien stehende Gewerkschaftsorganisation zu sein, tatsächlich niemals in der ganzen Bedeutung des Wortes gerecht geworden. Die Gewerkschaftsführer des DGB haben immer eine sozialistische Politik für die Arbeitnehmerschaft verfolgt“. Besonders betroffen zeigt sich die CSU allerdings von dem offenen Eintreten der Gewerkschaftsführer für die SPD in der Europawahl. Wegen der traditionellen Vorherrschaft der Sozialdemokratie (in Stoibers Sprache der „Sozialisten“) hält er die Idee der „Einheitsgewerkschaft“ für einen Wunschtraum. „Es kann dahingestellt bleiben, ob eine über den Parteien stehende Gewerkschaftsorganisation als Idee an sich eine gute Sache wäre. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß sie in der Wirklichkeit nicht zu haben ist“.

Stoiber und die CSU befürworten daher den „Gewerkschaftspluralismus“, d. h., sie befürworten mehrere nebeneinander existierende Gewerkschaftsorganisationen. Das CSU-Grundsatzprogramm sagt dazu: „Die CSU verteidigt die Tarifautonomie und bekämpft die gewerkschaftlichen Pluralität als wesentlichem Bestandteil einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung“.

standteil einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung“.

Allerdings versteht Stoiber unter „Gewerkschaftspluralität“ natürlich nur das Recht, neben dem DGB (als wesentlich sozialdemokratisch beeinflusst) gelbe Gewerkschaften, Standesorganisationen (wie der DAG und dem Beamtenbund) und christlich-reaktionäre Gewerkschaften zu unterhalten bzw. zu gründen.

DGB und KPD-Verbot

Linke Richtungsgewerkschaften unter maßgeblichem Einfluß von Kommunisten lehnt die CSU selbstverständlich ab. Im Gegenteil, die einzige Existenzberechtigung des DGB als „Einheitsgewerkschaft“ sieht Stoiber in der Bekämpfung der Kommunisten. „Es ist keineswegs die Idee der Einheitsgewerkschaften gewesen, daß wir in der Bundesrepublik keine „englischen Verhältnisse“ haben, sondern nichts anderes als das KPD-Verbot“.

So klar ist von einem bürgerlichen Politiker bisher die Funktion des DGB nicht formuliert worden. Tatsächlich ist der DGB auf Initiative der britischen und amerikanischen Besatzungsmächte nach Ende des zweiten Weltkrieges gegründet worden von erklärten Antikommunisten und Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei (u. a. Tarnow und Böckler).

Die Bekämpfung der Radikalisierung der Arbeiterbewegung ist eines der wichtigsten Ziele der CSU, daher auch im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsfrage die entschiedene Bekämpfung der Kommunisten: „Unter dem Gesichtspunkt der Gewerkschaftsfrage sind daher die erneuten Bemühungen des Parteivorsitzenden (gemeint ist F.J.S. — d. Red.) um ein Verbot der kommunistischen Parteien in der Bundesrepublik zu begrüßen. Der entschlossene Widerstand gegen den Kommunismus ist die entscheidende Garantie, um eine Radikalisierung der Tarifauseinandersetzung zu verhindern.“ Und an anderer Stelle der „Rohmaterialien...“ schreibt Stoiber:

„Aus der Sicht der Gewerkschaftsfrage ist ein grundsätzliches Verbot der kommunistischen Parteien in der Bundesrepublik zu begrüßen.“

kommunistischer Parteien aller Schattierungen mit Nachdruck zu fordern. Es muß mit allen verfügbaren Mitteln verhindert werden, daß der Klassenkampf in die Tarifaufeinanderstellungen und in die Betriebe hineingetragen werden kann...“

Konkret bezieht sich Stoiber auf die DKP und ihren angeblichen Einfluß im DGB und der Gewerkschaftsjugend. Dem DGB-Vorsitzenden Vetter wirft er vor, die Gefahr einer „kommunistischen Unterwanderung“ der Gewerkschaftsjugend nicht wahrhaben („FR“, 18.6.79) zu wollen und bezieht sich dabei auf das Oberurseler Papier (s. vorhergehende AKs); in einem Brief an Strauß betonte er, daß „unter den 814 Delegierten des Mannheimer Parteitages der DKP am 21. Oktober 1978 489 Gewerkschaftsfunktionäre waren und 192 Betriebsräte und Betriebsratsvorsitzende.“ Mit diesen „Argumenten“ will Stoiber neben einer „SPD-Unterwanderung“ des DGB auch eine „DKP-Unterwanderung“ beweisen.

Aufbau und Ausbau der christlich-reaktionären Gewerkschaften zur „4. Gewerkschaft“

„Das offene Eintreten der DGB-Spitzenfunktionäre für die SPD im Europawahlkampf hat das Faß zum Überlaufen gebracht. Die CSU hat als Partei allen Anlaß, ihre Haltung zu den DGB-Gewerkschaften grundsätzlich zu überdenken... Die CSU sollte sich jedoch nicht auf die DGB-Kritik beschränken, sondern selbst eine grundsätzliche Antwort auf die Gewerkschaftsfrage geben. Hier bieten sich mehrere Möglichkeiten an:

1. Arbeitnehmerkammern
2. Masseneintritt in den DGB
3. Fraktionierung des DGB
4. Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft
5. Aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes.“

Arbeitnehmerkammern sind Organisationen mit Zwangsmitgliedschaft für jeden Arbeiter und Angestellten. Arbeitnehmerkammern haben ihr Vorbild in der faschistischen „Arbeitsfront“.

„Nein“ gesagt werden. Mit Strauß kann man nicht verhandeln, vielmehr müssen die Gewerkschaften gegen Strauß mobilisieren. Dieser Mann darf nicht Kanzler der BRD werden! Um so begrüßenswerter ist die klare Sprache einer Resolution, die die Kreisdelegiertenkonferenz Frankfurt des DGB am 3. Juli verabschiedete: „Die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB sieht in der Benennung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU eine politische Kampfansage der bürgerlichen Reaktion gegen die organisierten Arbeitnehmer.“

Franz Josef Strauß ist als Person und durch sein Programm offen den Interessen der Unternehmer verpflichtet. Er steht für eine arbeitnehmer- und freiheitsfeindliche Politik, gegen die es die Arbeitnehmer, ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu mobilisieren gilt.“

Für eine Aktion: Gewerkschafter gegen Strauß!

beitsfront“, wo ebenfalls eine Zwangsmitgliedschaft bestand. Diese Kammern ersetzen die Gewerkschaften und nehmen den Arbeitern eines der wichtigsten Kampfinstrumente. Solche Kammern sind sicherlich ein Fernziel der CSU, werden allerdings aktuell abgelehnt, weil „der DGB alles daransetzen würde, um solche Arbeitnehmerkammern in die Hand zu bekommen“. Der DGB und die organisierte Arbeiterbewegung muß erst zerschlagen werden, um solche Zwangsorganisationen zu schaffen...

Den organisierten Masseneintritt in den DGB verwirft Stoiber, weil „der Versuch, auf die DGB-Gewerkschaften einen programmatischen Einfluß zu bekommen“ voraussetzt, „daß die konservative Arbeitnehmerschaft und ihre Delegierten in den Beschlussorganen die Mehrheit bekommt.“ Damit hat Stoiber zweifelsohne recht, so viele „konservative Arbeitnehmer“ gibt es sicherlich nicht, die bereit wären, aktiv die jetzige DGB-Führung zu stützen.

Sehr wichtig ist für die CSU die „Fraktionierung des DGB“. Auch wenn sie einschätzt, daß zur Zeit eine offizielle Fraktionierung (nach Parteien) nicht möglich ist, soll die Fraktionierung in öffentlichen Erklärungen „immer wieder gefordert werden“. Unter der Fraktionierung versteht die CSU das „österreichische Modell“, wo die verschiedenen Parteien fraktionsmäßig in der „Einheitsgewerkschaft“ arbeiten und entsprechend ihrer Stimmanteile in den Gremien vertreten sind. Diese Fraktionierung hält Stoiber allerdings ebenfalls aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht für durchsetzbar. Trotzdem soll die Fraktionierung immer wieder gefordert werden, genauso wie „Neutralitätsabkommen“ mit den Parteien vor Bundes- und Landtagswahlen. DGB-Vertreter haben bisher solche Neutralitätsabkommen stets abgelehnt, Stoiber sieht es aber schon als Erfolg an, „wenn sie durch ihre Haltung ihre wahren Absichten zu erkennen geben“.

Nach CSU-internen Berechnungen sind mindestens 100 Mio. DM erforderlich, um eine neue Gewerkschaft zu gründen, einen hauptamtlichen Apparat mit Büros etc. aufzubauen, und dieses auch noch mindestens fünf Jahre durchzuhalten, um zu sehen, ob sich diese neue Gewerkschaft überhaupt durchsetzt. Stoiber verwirft deshalb die Gründung der Konkurrenzgewerkschaft als zu teuer, und die Unsicherheitsfaktoren bezüglich einer potentiellen Mitgliedschaft sind zu groß.

Stoiber favorisiert deshalb die Unterstützung und den Ausbau des CGB, dem christlich-reaktionären „Christlichen Gewerkschaftsbund“ und zwar aus folgenden Gründen: „Eine aktive Unterstützung der christlichen Gewerkschaften durch die christlichen Parteien ist erheblich billiger und möglicherweise wohl auch effektiver als die Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft. Die christlichen Gewerkschaften bekennen sich in ihrem Grundsatzprogramm zu den gleichen gesellschaftspolitischen Gedanken wie die christlichen Parteien. Sie sind Richtungsgewerkschaften.“

Nun ist ja der CGB verglichen mit dem DGB ein Mickerverein mit 100.000 Mitgliedern (der DGB hat 75 mal so viele Mitglieder) und führt nicht nur in den Betrieben, sondern auch politisch ein absolutes Schattendasein. Zwar ist der Vorsitzende M. Schetter CDU-Bundestagsmitglied, und auch weitere prominente CDU/CSU-Leute sind im CGB Mitglied. Aber tatsächlich haben die Unionsparteien ihre Gewerkschaftspolitik mit dem DGB gemacht. So sind z.B. die Sozialausschüsse der Unionsparteien mehrheitlich im DGB organisiert. In den DGB-Vorständen auf Bundes- und Landesebene sitzen in der Regel mindestens ein CDU- bzw. CSU-Mitglied. Im DGB-Landesvorstand Bayern sitzen gar drei CSU-Mitglieder, der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Hoffmann ist CDU-Mitglied, das Mitglied des IGM-Vorstandes Koob ist ebenfalls in der CDU.

Eben weil die Unionsparteien sich bisher auf den DGB gestützt haben, kritisiert Stoiber diese Politik. Die CDU/CSU-Politiker im DGB haben weitgehend ein Schattendasein geführt und keine Politik gegen den DGB gemacht. So haben sie sich z.B. in der Mitbestimmungsfrage voll hinter den DGB gestellt gegen die Politik ihrer eigenen Partei.

Stoiber dazu: „Auch die beiden christlichen Parteien haben die Idee der Einheitsgewerkschaften des DGB als die politische Heimat von Arbeitnehmern aller politischen Richtungen niemals grundsätzlich in Zweifel gezo-

gen, obwohl sie bisher ohne Ausnahme bei allen Wahlkämpfen schlechte oder sogar sehr schlechte Erfahrungen machen mußten.“ Darum soll die neue Linie in der Gewerkschaftsfrage für die CSU (und natürlich auch für die CDU) so aussehen: „Wenn die christlichen Parteien den christlichen Gewerkschaften die gleiche Unterstützung geben würden, wie etwa die SPD dem DGB und umgekehrt, so würde die Gewerkschaftsfrage in der Bundesrepublik eine grundlegende Veränderung erfahren.“ Das gehe zwar wegen dem Gewerkschaftsmonopol des DGB nicht so schnell, aber „wenn die christlichen Gewerkschaften als eine ernstzunehmende Alternative neben den DGB-Gewerkschaften in der Arbeitnehmerschaft bekannt geworden sind, dann werden möglicherweise eine nicht geringe Zahl von Arbeitnehmern aus den DGB-Gewerkschaften in die christlichen Gewerkschaften übertreten.“

Mit der aktiven Unterstützung des CGB allein ist es allerdings nicht getan. Stoiber schlägt weitere Maßnahmen vor: Die Favorisierung der Einheitsgewerkschaft des DGB, als eine „An-sich-gute-Sache“ seitens der Unionsparteien muß aufhören. Stoiber hat angeblich reichlich Beweismaterial für die „sozialistische Ausrichtung“ des DGB gesammelt, das demnächst veröffentlicht werden soll. Dazu gehört auch der massive Angriff gegen CDU-Funktionäre im DGB.

Nachdem die IG-Metall die Gewerkschaftspläne der CSU veröffentlichte, hat das Vorstandsmitglied der IGM, Koop (CDU), erklärt: „Die Gewerkschaftspläne der CSU offenbaren eine politische Instinktslosigkeit, wie sie nur bei Politikern existieren könnte, die den Zusammenhang zwischen der Einheit der Gewerkschaftsbewegung und dem Funktionieren einer Demokratie nicht zu erkennen vermögen.“ („FR“, 26.6.79).

Stoiber kifferte entsprechend zurück: „Koobs Meinung bedeute im Klartext, daß die IG Metall den Pluralismus innerhalb der Gewerkschaft ablehne. Dies sieht Stoiber als deutlichen Beweis für den Hochmut und die Rücksichtslosigkeit von IG-Metall Funktionären gegenüber ihren Mitgliedern an.“ („FR“, 27.6.79).

Neutralisierung des DGB

Um den DGB mundtot zu machen, fordert Stoiber, daß der DGB zu jeder sich bietenden Gelegenheit zur „Überparteilichkeit“ im Sinne der CSU verpflichtet wird. „So muß es z. B. in Zukunft eine völlige Selbstverständlichkeit sein, daß auf allen DGB-Veranstaltungen neben den Parteipolitikern der SPD aus Gründen der politischen Ausgewogenheit sowohl Parteipolitiker der CDU als auch der CSU auftreten. Der Generalsekretär der CSU wird daher zum 1. Mai von den Spitzenvertretern der DGB-Gewerkschaften verlangen, daß neben Bundeskanzler Schmidt auch Ministerpräsident Franz-Josef Strauß auf einer Großveranstaltung der DGB-Gewerkschaften öffentlich zu Wort kommt.“ Um den DGB zu neutralisieren, er soll in eine „Überparteilichkeit“ gezwungen werden, in der er bzw. einzelne DGB-Funktionäre z.B. keine Anti-Strauß-Kampagne zu den nächsten Bundestagswahlen mehr mittragen kann.

Diese Strategie geht natürlich nur auf, wenn der DGB sich zwingen läßt. Allerdings stehen die Zeichen schlecht. Bereits am letzten 1. Mai ist der CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Späth, auf der DGB-Kundgebung in Mannheim aufgetreten. Für jeden engagierten Gewerkschafter gilt es, bereits frühzeitig gegen diese Tendenzen anzukämpfen.

Neben der aktiven Unterstützung des CGB will die CSU aber auch alle anderen Spalter-Gewerkschaften unterstützen (DAG, Beamtenbund): „Die aktive Unterstützung der Minderheitengewerkschaften sollte auch unter dem taktischen Gesichtspunkt erfolgen, die DGB-Gewerkschaften zu einer Rückbesinnung auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaften zu veranlassen... Eine gewisse Lockerung der Gewerkschaftsszene durch die aktive Unterstützung und Förderung der konkurrierenden Minderheitsgewerkschaften wird ihre Wirkung jedoch ganz sicher nicht verfehlen. Zumindest läßt sich eine gewisse Lockerung des Gewerkschaftsmonopols der DGB-Gewerkschaften erreichen.“

Novellierung des BetrVG

Die CSU hält aus dem Gesichtspunkt der Gewerkschaftsfrage die Novellierung des BetrVG für dringend erforderlich, weil Minderheitsgewerkschaften im Betriebsrat nicht zum Zuge kommen. In der Tat gibt es nach dem BetrVG keinen Minderheitenschutz für andere Gewerkschaften

Strauß will DGB zerschlagen Vetter bietet Gespräche an

Ende Juni enthüllte die IG Metall Pläne der Partei des Unions-Kanzlerkandidaten Strauß zur Zerschlagung der Gewerkschaften. War zu der Zeit die Kandidatur von Franz Josef Strauß noch nicht klar, konnten die Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik aus diesen Plänen aber bereits entnehmen, was ihnen unter der Herrschaft Strauß/CSU droht. Die CSU-Pläne gehen von taktischen Spielereien über die Entmachtung des DGB als wesentliche Kraft, die die SPD stützt, bis hin zur Zerschlagung der Gewerkschaften und ihre Ersetzung durch staatliche Zwangsrichtungen, die mit gewerkschaftlicher Interessenvertretung nichts mehr zu tun haben, wohl aber deutliche Parallelen zu faschistischen Zwangsgewerkschaften (die „Deutsche Arbeitsfront“) aufweisen würden. Die Gewerkschafter in der Bundesrepublik müssen wissen, daß sie in Strauß einen entschiedenen Gewerkschaftsfeind zum Gegner haben. Strauß' Programm ist auch das der Zerstörung jeglicher gewerkschaftlicher Freiheiten, eine Kampfansage an die Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik.

Wenn die CSU dabei nicht gradlinig dieses Ziel verfolgt, so ist dies allein eine taktische Maßnahme, die u.a. die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine“ dem neuen Kanzlerkandidaten empfiehlt: So berechtigt die CSU-Überlegungen auch seien, so die FAZ, „dennoch sollte (Strauß)... das weite Feld der Beziehungen der Gewerkschaften... nicht gerade durch in diesem Augenblick überflüssig erscheinende Aktionen trüben lassen“ (2.7.79). Wohl gemerkt: „in diesem Augenblick überflüssig“, ansonsten kann sich Strauß der Sympathie der Bourgeoisie für seine Ziele sicher sein.

... und der DGB-Vorsitzende reicht ihm die Hand!

In dieser Situation meldet die Springer-Zeitung „Welt“, daß der DGB-Vorsitzende Vetter Strauß ein Gespräch für September angeboten hat (Welt, 5.7.79). Vetter will dort mit Strauß ein mögliches Stillhalteabkommen besprechen. Offensichtlich will er Strauß dazu bewegen, auf die

Pläne für eine eigene Gewerkschaft zu verzichten. Bereits am 19. Mai hatte Vetter gegenüber der „Welt“ erklärt, daß die Gewerkschaften mit einem Kanzler Strauß „leben könnten“. Als Gegenleistung verlangt die CSU, daß die Gewerkschaften ihre Anti-Strauß-Haltung aufgeben (ebenda) und hofft so, einen Wahlsieg über die SPD zu erreichen.

In fataler Weise erinnert diese Haltung der heutigen DGB-Führer an die Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer angesichts der nationalsozialistischen Machtergreifung. Statt die werktätige Bevölkerung gegen die Faschisten zu mobilisieren, statt einer Kampfansage, versuchte man sich mit den Faschisten zu arrangieren. Der Zerschlagung der Gewerkschaften war freie Bahn gegeben.

Ist diese fürchterliche geschichtliche Lektion heute bereits vergessen? Einem Mann wie Strauß und seinen Plänen, die schwarz auf weiß nachzulesen sind, zu vertrauen, ist eine Katastrophe. Hier muß entschieden

Wie glauben an ein ganzes und freies Deutschland

DGZ

Die ganze Nation will diesem Jungen helfen

SPD-Mann Rosenthal: Der DGB will Arbeiter in Abhängigkeit halten

Der rote DGB: Ein Büttel für die SPD!

„Die Arbeiter sind für F. J. Strauß als Bundeskanzler“

Interview mit CDU-Generalsekretär Stoiber (Seite 7)

Die „DGZ“: Im Stil der „Bild“-Zeitung

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

oder politische Gruppen. Eine Schwierigkeit, mit der linken Oppositionelle genauso zu kämpfen haben. Allerdings will Stoiber für diese die Betriebsräte natürlich nicht öffnen. Diese Forderung nach Novellierung des BetrVG muß man im Zusammenhang sehen mit dem generellen Kampf der CSU gegen links; Linke werden anders bekämpft (z.B. verboten), den DGB muß man allerdings im Betrieb bekämpfen.

Stoiber gibt in seinem Papier einen Zeitraum von mindestens zwei Legislaturperioden (= acht Jahre) an, um die „Gewerkschaftsfrage“ im CSU-Sinn zu lösen. Er fordert indirekt die CSU-Mitglieder und -Wähler auf, aus dem DGB auszutreten und dem CGB beizutreten. Dann hat die CSU auch ein Ziel erreicht: „Wenn es gelingen sollte, die Wähler der CDU/CSU aus dem DGB zu lösen und in den christlichen Gewerkschaften zu sammeln, dann würde die sozialistische Kampfeinheit von SPD und DGB mit Sicherheit so nachhaltig geschwächt werden, daß sie so schnell keinen Wahlkampf mehr gemeinsam gewinnen würden.“

Der CGB steht bereits in den Startlöchern

Aus der Juni-Ausgabe der „Deutschen Gewerkschaftszeitung“ („DGZ“), dem Zentralorgan des CGB geht hervor, daß der CGB nur auf Strauß und die CSU gewartet hat. Der Vorstand des „Christlichen Metallarbeiterverbandes“ („CMV“), begrüßt Strauß' Kanzlerkandidatur: „Es liegt vor allem im wohlverstandenen Interesse der Arbeitnehmerschaft, wenn Strauß Kanzler wird. Strauß bietet nach unserer Ansicht die Gewähr für eine christlich soziale Politik zum Wohle der Arbeitnehmer ...“ (in diesem Stil geht es weiter, es ist zum Kotzen). In einem Interview der „DGZ“ mit Stoiber führt dieser aus, daß „die CSU im Europa-Wahlkampf mit einem klaren ‚Nein zum Sozialis-

mus‘ angetreten ist. Wenn der Kurs im DGB Sozialismus heißt, dann wird die CSU unausweichlich vor die Frage gestellt, ob ihr ‚Nein zum Sozialismus‘ auch für den DGB gilt.“ Weiter betont Stoiber in diesem Interview die tiefgehenden Gemeinsamkeiten zwischen CSU und CGB, die in einem Gespräch zwischen CSU-Politikern und CGB-Vorstand vor wenigen Wochen bestätigt wurden.

So werden die CGB-Mitglieder darauf eingestimmt, daß sie demnächst mit der CSU massiv zu rechnen haben. Im übrigen lebt die „DGZ“ von der Abgrenzung zum DGB und der Heraushebung der eigenen Organisation. — So wird z.B. behauptet, beim CGB ginge es mit der Mitgliederentwicklung rapide aufwärts, während es beim DGB abwärts ginge und er verzweifelt nach neuen Mitgliedern suchen müsse. Von DGB-Funktionären wird lediglich als von „sozialistischen Funktionären“ gesprochen, etc. Aber das kennen wir ja auch aus der linken Szenerie, je kleiner der Verein, desto größer das Geschrei. Noch stellt der CGB sicher keine ernstzunehmende „Alternative“ zum DGB dar, aber mit massiver Unterstützung durch die CSU und die CDU könnte er es schaffen. Aggressiv genug sind die christlich-reaktionären Gewerkschaften.

Und was sagt der DGB dazu?

Eine offizielle Stellungnahme des DGB zu Stoibers „Rohmaterialien“ liegt uns noch nicht vor. Allerdings hat die IG Metall eindeutige Stellung bezogen. Ihr ist es zu verdanken, daß diese Papiere überhaupt veröffentlicht wurden. Die IG Metall hat sich nachdrücklich zur Einheitsgewerkschaft bekannt. Der bereits oben zitierte Koob, IGM-Vorstand und CDU-Mitglied, erklärte, das Stoiber-Papier sei durchaus im Sinne von Strauß, dessen ordnungspolitischen Vorstellungen einen starken Staat, starke Unternehmer und schwache Gewerkschaften beinhalten.

Wie weit jedoch der DGB die CSU-Pläne offensiv bekämpft, hängt letztlich davon ab, ob es den engagierten Gewerkschaftern gelingt, im DGB eine Anti-Strauß-Kampagne durchzusetzen, die ihre Auswirkungen auf die Bundestagswahlen nicht verfehlen dürfte. Möglichkeiten dazu gibt es. Bisher hat sich der DGB immer von Strauß abgegrenzt. Und erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an das Frankfurter Bündnis zwischen dem DGB und dem linken Bündnis „Rock gegen Rechts“ gegen den geplanten NPD-Aufmarsch. Dort wo es möglich ist, sollten solche Bündnisse auch gegen Strauß angestrebt werden.

CSU-GEWERKSCHAFTEN? — NEIN DANKE!

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Strauß darf nicht durchkommen!

Fortsetzung von Seite 1

Die relativ rasche und reibungslose Bestimmung von F.J. Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU kam wohl für viele Linke und Liberale überraschend. Nachdem Albrecht zunächst einstimmig vom CDU-Vorstand nominiert worden war, war allgemein erwartet worden, daß es der CSU kaum noch gelingen könnte, sich mit Strauß durchzusetzen. Eine Rolle spielten dabei auch die für Strauß sehr ungünstigen Ergebnisse von Meinungsumfragen. Die CDU/CSU, so wurde argumentiert, würde sich mit einem Kanzlerkandidaten Strauß aller Chancen bei den Bundestagswahlen von vornherein berauben. Das Abstimmungsergebnis der Bundestagsfraktion zeigt, daß zumindest die Spitze der CDU/CSU die Chancen eines Wahlsieges mit Strauß etwas anders einschätzt. Auch Spekulationen, daß ein Kanzlerkandidat Strauß es in der CDU schwer haben würde, erfüllten sich bisher durchaus nicht. Abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen scheint die CDU entschlossen, mit ihrem neuen Kandidaten durch dick und dünn zu gehen.

Strauß - der Name steht für ein Programm

Die Reaktionen aus gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kreisen auf die Nominierung von Strauß waren bisher auffallend schwach. Weithin scheint immer noch die Hoffnung vorzuherrschen, daß Strauß erstens ohnehin nicht die geringste Chance haben werde, an die Macht zu kommen, und daß zweitens Strauß als gemeinsamer Kandidat der CDU/CSU programmatisch zurückstecken werde.

Zumindest letzteres dürfte sich als eine gefährliche Illusion erweisen. Die CDU/CSU hat Strauß nicht nominiert, damit er am Ende einen „liberalen“, „partnerschaftlichen“ Wahl-

kampf führt, für den Albrecht eindeutig der bessere Mann gewesen wäre. Die Entscheidung fiel nicht nur zwischen zwei Personen, sondern zwischen zwei Konzepten der Wahlkampf-Führung und zwei Regierungs-Programmen. Die Nominierung von Strauß bedeutet die Entscheidung für einen Wahlkampf der harten Konfrontation, der offenen und brutal formulierten fortschrittsfeindlichen Wahl„versprechungen“, für einen „kämpferischen“ Wahlkampf gegen Reformen, gegen die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften, für eine reaktionäre Wende auf allen gesellschaftlichen Gebieten. Das ideologische Gerüst wird die schon im Europa-Wahlkampf erprobte, astreine nazistische Parole „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ sein.

Strauß ist, wie er selbst mehrfach (u. a. in der berüchtigten Sonthofener Rede) eingeschätzt hat, kein Kandidat, der in relativ ruhigen Zeiten eine Chance hat. Er ist jemand, der eine tiefgehende Krise (zumindest eine unmittelbar drohende) braucht, um mit seiner Demagogie voll zum Zuge zu kommen. Auch darin ähnelt er Hitler. „Dem deutschen Volk“ müsse es erst sehr dreckig gehen, bevor er zum Zuge kommen könnte, sagte Strauß in Sonthofen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn Straußs Freunde in der Hochfinanz und Großindustrie sowie in den Massenmedien bis zu den Bundestagswahlen 1980 noch ein bißchen tun würden, um eine solche Krisenstimmung zu schaffen.

Da sich niemand allzu fest darauf verlassen sollte, daß Strauß keinesfalls Kanzler werden kann, sollte man sich vorsichtshalber noch einmal einige seiner Programmpunkte in Erinnerung rufen: Zerstörung sämtlicher seit Mitte der 60er Jahre erreichten und noch nicht von der SPD/FDP wieder liquidierten bescheidenen Reformansätze; Ausweitung der Berufsverbote auf alle Sozialisten und Marxisten; Verbot der DKP und der „K-Gruppen“; totale Durchsetzung des Abtreibungsverbots; offene Feindschaft gegen die Sowjetunion, DDR und andere Staaten Osteuropas; Annektion der DDR; ein „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ unter deutscher Vorherrschaft; Verfügungs-gewalt über Atomwaffen für die Bundeswehr; konsequente Unterstützung aller rassistischen, kolonialistischen und faschistischen Regimes. Die Liste der „Versprechungen“ ließe sich mühelos verlängern. Die Gewerkschaften würden sich daran gewöhnen müssen, daß Demonstrationsverbote und andere Eingriffe in ihre Rechte (wie am 16./17. Juni in Frankfurt vom CDU-Bürgermeister Wallmann verfügt) unter einem Kanzler Strauß zur Tagesordnung gehören würden.

Es wäre daher völlig falsch, verhängnisvoll und eine tragische Wiederholung von Fehlern, die vor 1933 gemacht wurden, wenn man heute die

Bedeutung der Tatsache verkennt, daß die stärkste Partei der BRD mit einem solchen Programm zu den Bundestagswahlen antreten wird. Diese Kandidatur ist eine eindeutige Kampfansage an die Arbeiterbewegung, an die linken und liberalen Kräfte dieses Landes. Die Reaktionen auf diese Kampfansage wirkten bisher insgesamt schläfrig.

Strauß? Kurse nach oben
Welt, 4.7.79
AP, Frankfurt

Die Nominierung des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten, Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU hat am Aktienmarkt eine kleine Hausse ausgelöst. Die Standardwerte waren meist zwischen zwei und drei Mark verbessert, doch wurden auch deutlich höhere Tagesgewinne erzielt. Die höchsten Tageskurse konnten dabei in der Regel behauptet werden. Siemens verbesserte sich um 4,70 auf 251,50 Mark, VW stieg um 6,50 auf 212,50, die Deutsche Bank um 4,20 auf 270,50 Mark. Am Rentenmarkt stand die neue Bundesanleihe im Mittelpunkt des Interesses. Die Konditionen wurden gut aufgenommen. An einer reibungslosen Platzierung wird in Anlegerkreisen nicht gezweifelt.

Ein „Wunschgegner“ für H. Schmidt

Bundeskanzler Schmidt hat Strauß als seinen „Wunschgegner“ für die Wahlen bezeichnet. Aus seiner Sicht und aus der Sicht der Kapitalisten ist dieser Einschätzung vorbehaltlos zuzustimmen. Die „Alternative“ Strauß, oder Schmidt stellt die ideale Konstellation für den rechtenstesten Wahl-

kampf dar. Bestehen der Bundesrepublik dar. Die SPD-Spitze kann diesen Wahlkampf total auf die Logik des „kleineren Übels“ aufbauen und auf Reform-Versprechungen völlig verzichten. Schmidt wird es sich praktisch erlauben können, mit dem Wahlkampf-Konzept von Albrecht anzutreten. Um heiße Themen wie das Atom-Programm oder die Aufrüstung, den Abbau demokratischer Rechte und den Ausbau des Polizei-Apparats wird es im Wahlkampf keinen Streit geben, soweit es jedenfalls die beiden Haupt-„Kontrahenten“ angeht.

Eine solche Konstellation läßt der Linken in der SPD wenig Spielraum (sofern sie nicht bereit ist, radikal mit ihrer traditionellen unterwürfigen Rolle in der Partei zu brechen) und erschwert auch die Kandidatur grüner/bunter Listen.

Das bloße Zustandekommen dieser Konstellation zeigt, wie sich in den letzten 10 Jahren das politische Kräfteverhältnis und „Klima“ in der BRD verschoben hat. Hauptverantwortlich dafür ist die Politik der SPD. Die SPD hatte es zweimal, nämlich im Zuge der APO (Ende der 60er Jahre) und noch einmal, in der Kampagne nach dem Mißtrauensvotum der CDU (1972) in der Hand, gestützt auf eine antireaktionäre Mobilisierung von breiten Teilen der Bevölkerung eine Reform-Politik einzuleiten, die die CDU/CSU auf absehbare Zeit ins politische Abseits gebracht hätte. Stattdessen hat die SPD-Spitze nach 1972 mit gezielten Schlägen die Demoralisierung der Partei-Linken und der Linken außerhalb der SPD betrieben (Maulkorb für die Jusos, Berufsverbote) und selbst ein reaktionäres Roll Back eingeleitet.

Daher ist die bisherige Politik der Linken in der SPD oder mit der SPD ohne jede Perspektive. Ohne ein starkes Gegengewicht links von der SPD verschieben sich die „Alternativen“, zwischen denen es noch zu „wählen“ gibt, immer weiter nach rechts. Die Kandidatur von Strauß ist das Ergebnis dieser kurz-sichtigen Politik der an die SPD gebundenen Linken. Nur ein starkes Gegengewicht auf der Linken kann verhindern, daß wir 1984 einen noch schlimmeren Wahlkampf bekommen, bei dem dann vielleicht schon F.J. Strauß als „kleineres Übel“ gegen einen noch rechten Kandidaten antritt. Mit der Logik des „kleineren Übels“ ermöglichte die SPD bereits 1932 die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten — der dann seinerseits Hitler zum Kanzler machte.

Zwei Gefahren

Zwei gefährliche Tendenzen für die Haltung der linken und liberalen Kräfte im Bundestagswahlkampf 1980 zeichnen sich ab:

1. Eine weitgehende Unterordnung unter die Logik eines „Kopf-an-Kopf-Rennens“. Diese Logik könnte zu einer Anpassung an die Politik der SPD-Spitze führen, zu einem Verzicht auf das offensive Vertreten eigener ständiger linker Positionen (Gegen das Atom-Programm, gegen Berufsverbote, gegen die Tendenz zum Polizeistaat usw.). Mit dem Spruch, daß man Schmidt wählen müsse, um Strauß von der Macht fernzuhalten, könnten alternative Ansätze (grüne/bunte Listen) diskriminiert und gespalten werden. Diese Logik wird umso stärker zum Zuge kommen, je mehr in den Umfragen sich Hinweise auf ein knappes „Kopf-an-Kopf-Rennen“ ergeben. In diesem Fall könnte die SPD-Spitze mit einer weitgehenden Integration der reformistischen Linken in ihren rechten Wahlkampf rechnen, wie schon bei ähnlichen Konstellationen in einzelnen Bundesländern (vor allem Hessen).

2. Eine Unterschätzung von F.J. Strauß. Die Kandidatur von Strauß wird bisher in linken und liberalen Kreisen noch längst nicht ernst genug genommen. Aus der gefährlichen These, daß Strauß gar keine Chancen habe, oder — noch gefährlicher! — daß es so schlimm ja auch mit Strauß gar nicht kommen könne, ergibt sich bisher eine Haltung des lässigen Abwartens.

Hierbei wird auch übersehen, daß die Kandidatur von Strauß, unabhängig von seinen Chancen, Signal für einen ganz rechten Wahlkampf ist, somit auch unabhängig vom Ausgang der Wahl Signal für eine noch schärfere Rechtsentwicklung.

Unsere Hauptziele

1. Wir wollen bewußt machen, w a -

Der Weg zum Kanzler-Kandidaten

Um die Kanzler-Kandidatur von Strauß durchzusetzen, haben Strauß, CSU-Generalsekretär Stoiber, Friedrich Zimmermann (CSU-Landesgruppen-Chef im Bundestag) und die übrigen CSU-Größen die CDU massiv erpreßt.

Die Verhandlungen zwischen CDU und CSU in der Strategie-Kommission begannen — wie schon vorher lauthals durch die CSU angekündigt — mit einem „Ultimatum“, einer Kriegserklärung an die CDU-Führung: „Für die CSU gebe es keinen anderen Kandidaten mehr als Strauß“ (Stoiber vor der Sitzung am Freitag, „Welt“, 22.6.79). Falls die CDU nicht vorbehaltlos zustimmen sollte, könne es zu einer „Trennung“ zwischen CDU und CSU kommen. „Am Donnerstag ... (einen Tag vor der Sitzung der Strategie-Kommission - Anm. AK) hat CSU-Generalsekretär Stoiber die Möglichkeit eines Bruches der Union angedeutet, falls die CDU einer Kanzlerkandidatur von Strauß nicht zustimme.“ („FAZ“, 22.6.79).

Diesem offensiven Vorgehen von Strauß und Konsorten konnten Kohl und die anderen Albrecht-Anhänger praktisch nichts entgegensetzen. Seit dem CDU-Vorstandsbeschluss, Albrecht zu nominieren, fielen immer mehr von denen, die diesen Beschluss getragen hatten, offen oder verdeckt um. Diese Entwicklung ist Ausdruck des Kräfteverhältnisses in den CDU-Landesverbänden. Eine Ausdehnung der CSU auf Baden-Württemberg z.B. würde Lothar Späth, Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender, den Posten kosten: Mehr als die Hälfte der CDU-Kreisvorsitzenden neigen zu Strauß. Die CDU Baden-Württembergs würde bei einer Spaltung sicher einen großen Teil der 69 von 70 Direktmandate verlieren. Daher wurde beschlossen, auf alle Fälle ein geschlossener Landesverband zu bleiben — natürlich nach Mehrheitswillen — wenn sich neu orientiert werden muß. Ähnlich starke Sympathien für Strauß gibt es in Nordrhein-Westfalen (mit den „Führern“ Kurt Biedenkopf und Heinrich Köppler) und Hessen (Dregger). Und Dregger sagt, warum: „Vor allem die in den 60er Jahren hinzugewonnenen NPD-Wähler“ wären „nicht ohne weiteres bereit“, eine „Hinwendung der hessischen CDU zur Mitte mitzumachen.“ („FAZ“, 21.6.79). Genau das gleiche hätte für eine „liberalere“ Ausrichtung des Bundestagswahlkampfes unter Albrecht gegolten.

Daß die Stimmung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Strauß günstig war, schien ebenfalls absehbar zu sein. Das Abstimmungsergebnis war denn auch eindeutig: Von den 237, die an der Abstimmung teilnahmen, entschieden sich 135 für

rum die stärkste Partei der BRD, die immer noch am engsten mit dem Großkapital verbunden ist, gerade Strauß als Kanzlerkandidaten präsentiert. Diese Kandidatur zeigt das Interesse des Großkapitals an einer schroffen Beschleunigung der antideokratischen Entwicklung und der Vorbereitungen auf militärische Abenteuer. In der Faschisierung von Staat und Gesellschaft soll ein weiterer großer Schritt getan werden.

2. Wir wollen alle Tendenzen unterstützen, dem Wahlkampf der SPD im Rahmen des Möglichen demokratische, anti-reaktionäre Inhalte zu geben. Die SPD-Spitze will einen Wahl„kampf“ im Rahmen der sogenannten „Solidarität der Demokraten“, bei dem scharfe Kontroversen mit Strauß vermieden werden und allenfalls darüber gestritten wird, wer mehr tut für die „Sicherheit“, für die „Energie“ usw. Es gibt aber unter den linken und liberalen Kräften in der SPD (und FDP) und ihrem Umfeld viele, die mit einem schärferen, konsequenteren Wahlkampf gegen Strauß sympathisieren. Diese Kräfte gilt es zu ermutigen und zu unterstützen.

3. Wir wollen die Sammlung zu einer fortschrittlichen Alternative unterstützen, die bei den Bundestagswahlen Aussichten hat, Abgeordnete ins Parlament zu schicken. Als einen Schlüssel hierzu sehen wir nicht nur die „grün/bunte Einheit“ an, sondern auch den Versuch, Einbrüche in das traditionelle Umfeld der SPD (und FDP) zu erzielen. Eine fortschrittliche Liste und fortschrittliche Abgeordnete im Bundestag sind der einzige Weg, um bei den Wahlen der Rechtsentwicklung etwas mehr entgegenzusetzen als die ohnmächtige Zustimmung für das jeweils „kleinere Übel“. Es gibt für Linke und Liberale absolut keinen Grund, sich mit der „Alternative“ Schmidt „oder“ Strauß zufriedenzugeben, statt selbst zum Entstehen einer echten Alternative beizutragen. Es gibt viel zu tun — packen wir's an!

Strauß und 102 für Albrecht. Die Umstände dieser Abstimmung allerdings verraten einiges über die Mentalität von Strauß.

Albrecht erklärte schon vor der Wahl, „er selbst werde ein Votum der Bundestagsfraktion über den Kanzlerkandidaten akzeptieren“

**Strauß
Nein Danke**

Neu!
Buttons und Autoaufkleber
(2-farbig) Preis: 1,- DM
zu bestellen beim J. Reents Verlag

(„Welt“, 2.7.79). Demgegenüber CSU-Zimmermann: „... die CSU werte ein solches Votum, gleich wie es ausgehe, als eine ‚bedeutsame und wichtige Empfehlung für die weiteren Verhandlungen zwischen CDU und CSU‘“ (ebd.). Der CDU-Führung gelang es nicht, von Strauß eine Zusage zu erhalten, das Abstimmungsergebnis — auch wenn es gegen ihn ausfallen würde — anzuerkennen. Kohl fühlte sich zwar — vor der Abstimmung — noch einigermaßen standfest: „Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, so heißt es in CDU-Kreisen ... , wäre eine Abstimmung zwischen Albrecht und Strauß am kommenden Montag in der Fraktion sinnvoll“ („Hamburger Abendblatt“, 29.6.79). Trotzdem waren die Strauß-Anhänger schon so stark, daß sie Kohl zwingen konnten, die Abstimmung auch ohne Einigung über deren Verbindlichkeit durchzuführen.

Diesen politischen Stil, der nun auch in der CDU zum Durchbruch gekommen ist, bringt Stoiber auf die Formel: „Franz Josef Strauß ist der Mann, dem wir uns unterzuordnen haben“ („Welt“, 22.6.79). „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen“ - „Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlgefühl für das deutsche Volk, wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole“ (zit. nach: Schwarzbuch: F. J. Strauß, Köln, 1972, S. 76).

Strauß meint, was er sagt.

Antifa-Kommission Hamburg

Rock gegen Rechts: Frankfurter Nachlese

Ist es zum Lachen oder zum Weinen? Derjenige Teil der organisierten Linken, der die Frankfurter Rock-Gegen-Rechts-Aktion zum 17. Juni boykottierte und sich dem breiten antifaschistischen Bündnis nicht anschließen mochte, bringt es auch im Nachhinein und trotz des eindeutigen Erfolges von RgR fertig, auf „Linie“ zu bleiben und sich selbst weiter politische Armutzeugnisse auszustellen. Diese sich kommunistisch verstehenden Organisationen führen zwar nur noch ein Schattendasein; von Selbstkritik oder vorsichtigem Umdenken ist aber nicht die Spur zu merken.

Das „dollste Ding“ kommt erwartungsgemäß von der DKP, einer Partei, die in beinahe jeder Publikation die Formel von der „antifaschistischen Einheit“ herunterleiert. So auch vor und nach dem 17. Juni, z.B.: „Entscheidend für die Zukunft wird sein, daß sich alle demokratischen Kräfte noch enger zusammenschließen. Jeder Versuch des Auseinanderdividierens, von wem auch immer gestartet, muß zurückgewiesen werden.“ („UZ“, 20.6.). Tatsächlich hatte die DKP erfolglos versucht, im Vorfeld der Auseinandersetzungen um das NPD-Deutschlandtreffen den DGB und das Aktionsbündnis Rock gegen Rechts auseinanderzudividieren. Im Bericht der „UZ“ (Ausgabe vom 18.6.) über die Ereignisse des Wochenendes wurde Rock gegen Rechts tatsächlich mit keiner Silbe erwähnt. Nach dem Motto „Wer unsere Zeitung liest, kann nur noch dümmer sein als wir selbst“ wird lediglich von einer „Gewerkschaftsmanifestation“

„sein“ als „wird selbst“ wird lediglich von einer „Gewerkschaftsmanifestation“ berichtet, die von der DKP und der VVN unterstützt worden sei. Eine derart krasse Verfälschung der Ereignisse hat sich unseres Wissens keine einzige bürgerliche Zeitung in der BRD geleistet. Zwei Tage später griff die „UZ“ in einem weiteren Artikel auf die Frankfurter Geschehnisse zurück und plazierte darin den folgenden denkwürdigen Absatz: „Eine Veranstaltung, die sich den Titel des Konzertes des Jugendmagazins „elan“ vom November 1978 „Rock gegen Rechts“ angeeignet hatte und die teilweise von maoistischen, trotzkistischen, antikomunistischen Kräften initiiert wurde, war mit der Begründung, es handle sich um eine Kulturveranstaltung, genehmigt worden. Die Teilnahme zahlreicher Jugendlicher auch an dieser Veranstaltung zeugt von dem großen antifaschistischen Potential unter der Jugend.“ Konnte man Rock gegen Rechts doch nicht hundertprozentig verschweigen, so versucht sich die DKP nun als Urheber dieser Bewegung aufzuspielen, weil sie mitunter Rockgruppen für ihre Pressefeste, Zelttage, Bockwurstmeetings u.ä. zu engagieren pflegt. Daß Rockmusiker einen solchen Auftritt gelegentlich gern mitnehmen, ist bei den der DKP zur Verfügung stehenden beachtlichen Finanzmitteln kein Wunder.

Die DKP geht bei ihrer Pressepolitik offenbar davon aus, daß ihre Leser gar nicht objektiv informiert werden wollen. Vielleicht hat sie ja Recht mit dieser Einschätzung: Wer heute noch „UZ“ liest, ist wirklich selber schuld. Dieses grandiose Verhalten der „einigen Partei der Arbeiterklasse“ hat eine der letzten Zeitungen mit Sympathie für die DKP zu einer offenen Kritik veranlaßt, was bei der „Neuen“ nicht allzuoft der Fall ist. „Bitter anzumerken ist das Verhalten von DKP und VVN. Nach Angaben der Veranstalter war versucht worden, DKP, VVN und DFU in das Bündnis Rock gegen Rechts einzubeziehen. Die drei Organisationen lehnten dies unter Hinweis auf die angeblich antigerwerkschaftliche Haltung der Veranstalter ab. Dies, obwohl der örtliche DGB zwar nicht seine Teilnahme, aber seine Unterstützung zugesagt hatte“ („Die Neue“, 19.6.).

Was der DKP recht ist, ist einigen „antirevisionistischen“ Organisationen – KPD/ML und KBW – billig. Für den „Roten Morgen“ (22.6.) wie auch die „Kommunistische Volkszeitung“ (18.6.) hat Rock gegen Rechts ebenfalls nicht stattgefunden: kein Wort in den entsprechenden Artikeln. Stattdessen behauptet der „Rote Morgen“, der DGB habe zu der schließlich verbotenen Demonstration in der Frankfurter Innenstadt aufgerufen – eine klare Fälschung. Der DGB hatte zu einer Kundgebung (die dann auch verboten wurde) auf dem Römer aufgerufen; die Demonstration dorthin war von Anfang an Sache des Aktionsbündnisses RgR gewesen. Dies hatte auch richtig in der Ausgabe des

„RM“ vom 8.6. gestanden. Daß dem DGB seitens der KPD/ML jetzt auf einmal solch hohe Ehre zuteil wird, verwundert umso mehr, als die MLer noch am 16.6. selbst ein fürchterlich rrrradikales Flugblatt gegen die „DGB-Bonzen“ verteilten. Aber die abrupten Kurswendungen der KPD/ML lassen ja bekanntlich selbst einen Slalom-Olympiasieger vor Neid erblaffen.

Originelles auch vom KBW: Dieser hatte für den 16.6. die Parole ausgegeben, sich bis 18 Uhr am Römer zu sammeln. „Diese Taktik ist von vielen verfolgt worden“ stellt die „KVZ“ zufrieden fest, es habe eine „mehrstündige Belagerung des Römer“ gegeben. Der KBW meint: „Wahrscheinlich hätte die DGB-Kundgebung auch auf dem Römer durchgesetzt werden können.“ Wie das hätte bewerkstelligt werden sollen, verrät er nicht. Vielleicht hätte die „Belagerung“ bis zur Aushungierung fortgesetzt werden müssen. Möglich ist allerdings auch, daß der KBW insgeheim hoffte, die BGS-Bullen am Römer würden auf Dauer seiner berühmten Marschkapelle einfach nicht mehr standhalten und irgendwann einmal schreiend davonrennen....

Anders als die bisher Genannten macht der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ keine Mördergrube aus seinem Herzen und begründet seine Ablehnung von Rock gegen Rechts mit begrüßenswerter Offenheit. Der AB hat bekanntlich – wer es nicht wußte, weiß es spätestens nach dem Studium seiner „KAZ“ – einiges in die Anti-Carstens-Demonstration vom 23.5. in Bonn investiert, diese „mutige Provokation“ und „wichtigste antifaschistische Demonstration seit Jahren in Westdeutschland“, wie er selbst schreibt. In diesen Lorbeeren sonnt sich der AB zur Zeit und wir wären selbstverständlich die letzten, die ihn bei dieser behaglichen Zufriedenheit stören möchten. Allerdings scheint der AB dem etwas kühnen Glauben anheim zu fallen, Altmeister Brecht sei durch diese Demonstration endlich zu neuem Leben erweckt worden, um nun gewissermaßen durch die Zeilen der „KAZ“ zur staunenden Linken zu sprechen. Was dabei herauskommt, ist eine putzige bayerisch-proletarische Kulturlinie: mit Brecht gegen Rockmusik. Rock gegen Rechts sei eine typisch kleinbürgerliche Angelegenheit und als Form des Widerstands „alles andere als arbeitermäßig“. Diese Initiative werde „ganz wesentlich von den Resten des KB getragen“ und herauskommen könne dabei nur, „daß entweder die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diesem kleinbürgerlichen Spektakel fernbleiben oder mit ihm untergehen“ („KAZ“ vom 12.6.).

Als die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diese ernste Warnung nicht beachteten, sondern sich zu „den Resten des KB“ gesellten, um ausgerechnet bei diesem schändlichen Spektakel ihre Kundgebung abzuhalten, war für den AB das Maß an kultureller Entartung voll. In der nächsten „KAZ“ bezog der DGB-Frankfurt harte Scheite. Schlimm wird es für den Arbeiterbund erst recht, wenn Rock gegen Strauß demnächst nach München kommt. Wir empfehlen dem AB, für diesen Zeitraum Jodelübungen im bayerischen Wald zu veranstalten, damit arbeitermäßige Formen des Widerstands gewahrt bleiben.

Erwähnenswert schließlich sind die Kommentare von Gruppen, die sich als Unterstützer von RgR begreifen, aber nie so ganz mit der Konzeption des Aktionsbündnisses einverstanden waren. Schwierigkeiten hat da vor allem die SAG, die dem Aktionsbündnis vorher mangelnde Kampfbereitschaft und Militanz vorgeworfen hatte. Gerade die SAG war es dann aber gewesen, die nach Wallmanns generellem Verbotserlaß am Morgen des 16.6. ein Flugblatt mit der Aufforderung verteilte, sich zum Rebstock zurückzuziehen. Mit dem Verbot des NPD-Treffens durch Wallmann sei der „Sieg“ errungen. Demonstrationen in der Innenstadt seien nun sinnlos und würden nur zu Auseinandersetzungen mit der Polizei führen. Selbstkritisch spricht die SAG inzwischen („SAZ“ Nr. 77) von einer „voreiligen Siegesmeldung“. In der Tat: Am Morgen des 16.6. hatten die Verwaltungsgerichte noch gar nicht entschieden und es war völlig unklar, ob die NPD nicht doch

noch eine Genehmigung erhalten würde. Schleierhaft ist uns aber auch, wie die SAG angesichts des Demonstrationsverbots gegen die Antifaschisten einschließlich des DGB so einfach von einem „Sieg“ sprechen konnte. Die SAG sollte einmal darüber nachdenken, ob nicht das dröhnende Militanzgerassel, das sie als ihre besondere Zutat im antifaschistischen Kampf pflegt, recht kläglich wirkt angesichts so wenig politischer Klarheit, wenns drauf ankommt.

Immer derselbe Wein in immer neuen Schläuchen

Mit einem unerfreulichen Artikel in ihrer „Roten Fahne“ schließt die „KPD“ ein unerfreuliches Kapitel ihrer Politik ab. Die „KPD“ war ausdrücklich nicht in das Aktionsbündnis Rock gegen Rechts, das sie zu unterstützen vorgibt, aufgenommen worden. Sie hatte bei ihrem ersten Erscheinen auf den Sitzungen des Bündnisses ein erstaunliches Papier vorgelegt, dem zu entnehmen war, die Entartung des Sozialismus in der DDR sei der wesentliche Umstand, der den westdeutschen Neonazis bei ihren Aktivitäten zugutekomme. Diese Position war von der „KPD“ wenig später abgeschwächt worden. So sei es nicht gemeint gewesen. Der KB hatte zu diesem Zeitpunkt die Meinung vertreten, die „KPD“ verfolge grundlegend andere Ziele als RgR und solle sich gegebenenfalls für einen „Rock gegen die DDR“ oder ähnliches eigene Bündnispartner suchen, anstatt das bestehende antifaschistische Bündnis damit zu belasten. Diese Einschätzung hat sich als völlig richtig herausgestellt. Die „KPD“ brachte ein mehrseitiges Flugblatt unter dem irreführenden Titel „Faschisten raus“ auf den Markt, in dem sie lang und breit nachzuweisen versucht, daß von der CDU/CSU und den Neonazisten keine Gefahr drohe. Weiter heißt es vielsagend: „Wenn aus den genannten Gründen höchst unwahrscheinlich ist, daß aus dieser Ecke eine massive faschistische Gefahr droht, so ist doch denkbar, daß sie auf anderem – für viele unerwartetem – Wege eintritt.“ Kenner der einschlägigen vaterländischen Szene ahnen schon, wohin der Hase läuft: Die Gefahr gehe von der sozialimperialistischen Sowjetunion aus, „in der eine faschistische Partei am Ruder ist.“ Dem Expansionismus der SU leiste die SPD mit ihrer Entspannungspolitik Vorschub, weshalb „ein Zustand der Finnlandisierung Westdeutschlands mit massiv ausgeweiteten Einspruchsrechten der SU absehbar“ sei. Eine „faschistische Entwicklung“ wäre die Folge, wobei die DKP zusammen mit Teilen der SPD „als geeigneter Träger einer sozialfaschistischen Diktatur“ in Frage kämen. Angesichts der Neonazis solle man sich „nicht zu der Ansicht verleiten (lassen), die von ihnen ausgehende Gefahr höher einzuschätzen als die von uns beobachtete sozialfaschistische Entwicklung.“ Damit war die Katze aus dem Sack und die Bestätigung dafür auf dem Tisch, daß die „KPD“ bei Rock gegen Rechts nichts zu suchen hat.

Die „KPD“ freilich machte, wie das so ihre Art ist, einen erneuten halben Rückzieher, indem sie in ihrer „Roten Fahne“ (21.6.) schreibt, sie habe diese Fragen „relativ spät und schroff“ eingebracht und in ihrer Flugschrift zu wenig die reaktionäre Entwicklung in der BRD berücksichtigt. Um trotzdem auf einem Gebiet, das ihr gegenwärtig günstiger erscheint, den KB angiften zu können, verlegt sie sich auf eine Kritik an sozialdemokratischen Einflüssen im RgR-Bündnis, für die der KB die Verantwortung trage. Angeblich habe der KB die Demonstrationsleitung am 16.6. dominiert und mit Hilfe von Manipulationen und Fehlinformationen dafür gesorgt, daß ein Teil der Demonstranten aus der Innenstadt zum Universitätskampus zurückmarschierte. Mit einer ähnlich miesen Gerichtechnik hatte die „KPD“ schon nach der Brokdorf-Demonstration versucht, Stimmung gegen den KB zu schüren. Das Anliegen, im Nachhinein die Einheit des Aktionsbündnisses aufzubrechen, ist dabei deutlich zu erkennen. Zur Widerlegung dieser unerfreulichen Lügen mag genügen, daß der vom KB maßgeblich verantwortete Demonstrationszug seltsamerweise nicht zum Campus, sondern zum DGB-Haus zog und von dort weiter zum Paulsplatz, unmittelbar vor dem Römerberg.

Eine weitere widerliche Geschichte der „Roten Fahne“ ist es, daß der



KB einen „bereits mit Rock gegen Rechts vereinbarten kurzen Auftritt von Jens Scheer“ auf dem Rockkonzert verhindert habe. Berufsverbote, die die SPD zu verantworten hat, sollten nach dem Willen des KB angeblich nicht zur Sprache kommen. Die Schmetterlinge hätten dann aber doch dieses Thema zur Sprache gebracht. In Wahrheit verhielt es sich so: Vom Aktionsbündnis war mehrfach und ausdrücklich festgelegt worden, daß es keine Redebeiträge dieser Art geben sollte, denn sonst hätte man die unterschiedlichsten Beiträge,

Repressionsfälle u.ä. zu Wort kommen lassen müssen, was zweifellos ins Uferlose geführt hätte. Jens Scheer dazu auf der RgR-Bühne: „Die Musiker trauen sich doch gar nicht, etwas gegen die SPD zu bringen.“ – Das wurde von den Schmetterlingen umgehend widerlegt!

Auf diese Art von „Unterstützung“ und ganz besonders auf solche Methoden verzichten wir bei Rock gegen Rechts herzlich gern.

KB/Gruppe Frankfurt

DGB-Frankfurt: Es bleibt dabei, Wallmann muß zurücktreten!

Am 3. Juli tagten die Frankfurter DGB-Delegierten auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz. Grund: Auswertung und Beschlussfassung über die Ereignisse vom 16. Juni in Frankfurt, wo CDU-Oberbürgermeister Wallmann die antifaschistische Kundgebung des DGB gegen die NPD verboten ließ, ein bisher einmaliger Vorgang in der Gewerkschaftsgeschichte der Bundesrepublik. Dabei faßte die Konferenz eine Reihe von Beschlüssen zur Verstärkung der antifaschistischen Arbeit des DGB, wengleich es den Sozialdemokraten gelungen ist, die Umsetzung der unmittelbaren Empörung über das Vorgehen Wallmanns zu verhindern. Die Stimmen, die sich für eine Demonstration aufgrund der Ereignisse vom 16. Juni noch vor der Sommerpause aussprachen, konnten sich nicht durchsetzen. Daran dürfte nicht zuletzt die Haltung der Frankfurter SPD, die zwar wortradikal protestierte, eine Unterstützung der Rücktrittsforderung aber ablehnte, sowie auch des DGB-Bundesvorstands, der sich bisher zu den Frankfurter Ereignissen noch nicht geäußert hat, eine Rolle gespielt haben.

Dennoch bekräftigte die Kreisdelegiertenkonferenz eindeutig ihre Forderung: Wallmann muß zurücktreten! Am 1. September – aus Anlaß des 40. Jahrestages seit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges – wird der DGB eine Demonstration veranstalten, die gleichzeitig Protest gegen die Politik Wallmanns ausdrücken soll. Außerdem will der DGB eine antifaschistische Veranstaltungsreihe abhalten.

Schließlich soll der 17. Juni zu einem „Tag der antifaschistischen Bewegung“ in Frankfurt werden, an dem die Gewerkschaften eine Großkundgebung abhalten, die von einer

DGB-Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte vorbereitet werden soll.

Außerdem verfaßten die Delegierten eine Protestresolution gegen den neuen CDU-Kanzlerkandidaten Strauß (abgedruckt in diesem AK), deren aktueller antifaschistischer Charakter in Zusammenhang mit den Vorfällen vom 16. Juni gestellt wurde.

Diese Beschlüsse sind eine gute Basis für die Verstärkung der antifaschistischen Aktivitäten in Frankfurt – Wallmann und Strauß werden nichts zu lachen haben.

Reaktionen in den Gewerkschaften

Die Reaktionen in den Gewerkschaftszentralen sind sehr unterschiedlich. Während der DGB-Bundesvorstand bis heute zum Verbot der DGB-Kundgebung schweigt (wohl sich aber mit Strauß trifft), hat der Vorstand der IG Metall scharf protestiert und darauf verwiesen, daß die Satzung seiner Gewerkschaft ausdrücklich eine Verpflichtung zum antifaschistischen Engagement enthalte, die man sich von Wallmann nicht verbieten lasse („Metall“, 27.6.).

In der Gewerkschaftspresse haben die Zeitungen der IG Metall und der IG Druck und Papier ausführlich in ihren Juli-Ausgaben über die Frankfurter Ereignisse berichtet. Die „Metall“ schreibt, daß Wallmann sich „ganz in der Tradition seiner Weimarer Ständekollegen“ befindet.

Beide Zeitungen erwähnen auch positiv (im Gegensatz beispielsweise zur DKP-Presse) das Bündnis „Rock gegen Rechts“.

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Betrifft: Finanzen

Das Aktionsbündnis Rock gegen Rechts hat eine erste Abrechnung über die Finanzierung des Rock-Festivals vorgelegt.

Bei einem Stand von 223.869,02 DM Gesamtausgaben und 183.500,05 DM Gesamteinnahmen ergibt sich ein Defizit von 40.368,97 DM.

Dieses Defizit ist z.Zt. gedeckt durch Kredite von den am Aktionsbündnis beteiligten Organisationen und Einzelpersonen. Diese Beiträge müssen zurückgezahlt werden, da sie von nicht gerade finanzstarken Gruppen gestreckt wurden.

Nach Angaben der Finanzverantwortlichen werden sich die Schulden auf ca. 30.000 DM verringern, da noch einige Einnahmen ausstehen.

Das Defizit ist in erster Linie im Verpflegungsbereich entstanden. (minus 28.683,27 DM)

Dies liegt wohl hauptsächlich an den vielen gerissenen Geschäftemachern, die auf dem Rebstockgelände den vom Aktionsbündnis organisierten Ständen den Umsatz versauten.

Trotzdem wollen wir uns durch diesen ärgerlichen Umstand nicht den Erfolg des Festivals vermiesen lassen. Das Aktionsbündnis bittet darum, die restlichen Buttons abzurechnen (falls welche übriggeblieben sind, sollen sie jetzt für 1,50 DM verkauft werden) und mit Spenden zu helfen.

Hier noch einmal die Konto-Nr.: Jens Matthes, Stichwort: „Rock gegen Rechts“ Postscheckkonto Frankfurt 313423 - 600.

Zum Schluß noch eine gute Nachricht: Es wird ein Life-Mitschnitt vom Festival als LP erscheinen (leider erst in 6 - 8 Wochen frühestens).

Vorbestellungen könnt ihr schon jetzt an RGR, Kleine Hochstraße 5, 6000 Frankfurt, richten.

Vlotho: Treffen der Grünen und Buntten

Über 70 Vertreter/innen Grüner, Bunter und Alternativer Listen trafen sich am 30.6./1.7. im „Collegium Humanum“ in Vlotho, um über ein mögliches gemeinsames Vorgehen zu den Bundestagswahlen im nächsten Jahr zu diskutieren. Zu dem Treffen waren gekommen: Bunte Liste/Hamburg, Alternative Liste/Westberlin, Grüne Liste Hessen (GLH), GLU/Niedersachsen, Grüne Liste Schleswig-Holstein, Liste für Demokratie und Umweltschutz/Schleswig-Holstein, AUD, Bunte und Alternative Listen aus Bielefeld und Düsseldorf (sie treten in Nordrhein-Westfalen am 30.9. zu den Kommunalwahlen an), die Alternative und die Grüne Liste aus Bremen und der KB.

Von den Kandidaten der „Grünen“ (damit sind die verschiedenen grünen Listen gemeint, die zu den

Europaparlamentswahlen ein Bündnis eingegangen waren) war Roland Vogt gekommen. Petra Kelly und Eva Quistrop hatten sich in Schreiben an die Versammelten sehr dringlich für die notwendige Einheit von Grünen und Buntten zu den Bundestagswahlen ausgesprochen.

In dem Punkt Bundestagswahlen waren sich alle Anwesenden erfreulich einig, daß auf jeden Fall eine gemeinsame Kandidatur versucht werden müsse, wobei auch allen Beteiligten klar war, daß noch sehr viele Diskussionen nötig sind, bis eine gemeinsame Minimalplattform gefunden wird. Als eine wichtige Differenz wurde von Seiten „grüner“ Vertreter formuliert, daß auf jeden Fall die Ökologie im Vordergrund stehen müsse, während die Bunte Liste Hamburg ein gleichberechtigtes Nebeneinander von öko-

logischen und demokratischen Forderungen vertrat (siehe dazu das hier abgedruckte Papier der Buntten Liste). Hervorzuheben ist, daß sich in dieser Diskussion Vertreter der GLU/Niedersachsen und der AUD (die am Bündnis der „Grünen“ zu den Europawahlen teilgenommen hatten) dafür aussprachen, eine Programmkommission zu bilden, in der Grüne, Bunte und Alternative auf gleichberechtigter Basis einen Plattformvorschlag erarbeiten sollten. Dies ist insofern nicht selbstverständlich, da es auch Strömungen innerhalb der „Grünen“ gibt, die allenfalls noch darüber mit sich reden lassen wollen, ob sich Bunte und Alternative überhaupt den Grünen anschließen dürfen – auf der Basis der „grünen“ Plattform zu den Europawahlen, versteht sich.

Nach zweitägiger Diskussion ver-

abschiedeten die Anwesenden (bei nur vier Gegenstimmen) die nachstehend abgedruckte Resolution, in der vor einer vorschnellen Parteigründung gewarnt wird, da dies einer möglichen Einigung schwer schaden würde. Dieses Votum ist in Richtung GAZ gemünzt, die meint, aufgrund des relativ guten Abschneidens bei den Europawahlen jetzt vor allem im süddeutschen Raum mit schnellen grünen Parteigründungen absahnen zu können.

Mehrere Stunden wurde darüber diskutiert, ob es noch eine Chance gibt, die Spaltung zwischen Grüner und Alternativer Liste in Bremen zu überwinden. Es wurde sehr bedauert, daß die Bremer Grüne Liste (BGL) im Gegensatz zur Alternativen Liste keine Vertreter geschickt hatte (es war nur ein Mitglied der BGL auf

Privatinitiative gekommen). Nach ausführlicher Diskussion über die Situation in Bremen formulierte das Mitglied der BGL einen Brief an die Grüne Liste (ist auch im folgenden abgedruckt), der sehr dringlich vor allem die BGL zur Überwindung der Spaltung auffordert. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen und die Anwesenden sprachen die Hoffnung aus, daß damit vielleicht doch noch eine Chance einer gemeinsamen Kandidatur besteht.

Zum Schluß bleibt zu hoffen, daß auch die kommenden Diskussionen in ähnlich solidarischer Atmosphäre verlaufen; damit wäre man/frau der Einheit schon ein ganzes Stück näher gekommen.

Aufforderung für eine einheitliche grüne und alternative Kandidatur in Bremen

Werner G. Haverbeck / Roland Vogt
(Koordinierungsausschuß)

4973 Vlotho, 1.7.1979
Bretthorststr. 204
Tel. 05733/2680

An die
Bremer Grüne Liste
Schwachhauser Ring 12
2800 Bremen I

Betr.: Weiterentwicklung der basisdemokratischen Ökologie- und Alternativbewegung

Bezug: Einladung vom Bundeskoordinierungsausschuß (Werner G. Haverbeck, Roland Vogt) und des „Collegium Humanum“ in Vlotho (Ursula Haverbeck-Wetzel) zu einem Treffen von Alternativgruppen, Grünen und Buntten Listen, Vertretern von Bürgerinitiativen und Lebensschutzverbänden vom 29.6. - 1.7.79 im Collegium Humanum

Die Beratungen galten vornehmlich der inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung einer kraftvollen Einheit der eingeladenen Teile der Gesamtbewegung. Von allen eingeladenen Teilkraften waren Gruppen oder Mitglieder erschienen wie auch vom Bundeskoordinierungsausschuß.

In der Rückschau auf die guten Wahlergebnisse der „Grünen“ bei der Europawahl zeichnete sich ein deutlicher Fortschritt im gegenseitigen Verständnis und zielstrebigem Zusammenarbeiten wie auch in der Bereitschaft zu verstärkter Ausdiskutierung von noch unterschiedlichen Teilzielen und deren Stellenwerten ab.

schneanchen 1 euzien und deren Stellenwerten ab.

Ein besonderes Gewicht für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Gesamtbewegung wurde neben den außerparlamentarischen Bürgerinitiativ-Aktivitäten den Beteiligungen an Landes- und Kommunalwahlen dieses Jahres zuerkannt. Darunter in ganz besonderem Maße aufgrund der Europa-Wahlergebnisse der „Grünen“ mit 4,75 % in Bremen der dort am 7.10. ds. Jrs. stattfindenden Landeswahl.

Mit großem Bedauern wurde zur Kenntnis genommen, daß nach der Gründung und Kandidatennominierung der „Bremer Grünen Liste“, zu der sich ein Teil der basisdemokratischen Alternativbewegung im Frühjahr ds. Jrs. entschloß, die Bemühungen der inzwischen zu einer zweiten, nämlich der „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz“ zusammengeschlossenen Kreise um eine gemeinsame Kandidatur mit der „Bremer Grünen Liste“ bisher keinen Erfolg gebracht haben.

Es wurde durchweg scharf kritisiert, daß die BGL der dringenden Aufforderung von Gesprächspartnern der „AL“ in Bremen, an den Beratungen in Vlotho teilzunehmen, nicht mit einer gewichtigen Abordnung gefolgt ist.

Nach langer Diskussion am 30.6. faßten am 1.7.79 die etwa 70 Teilnehmer folgende Entschließung (einstimmig, ohne Gegenstimme und Enthaltung):

„Die ‚Bremer Grünen‘ und ‚Alternativen‘ tragen unseres Erachtens mit den Bemühungen um einen sicheren Wahlerfolg eine äußerst große Verantwortung für die Weiterentwicklung der Gesamt-Ökologie-Alternativbewegung. Angesichts der im Bundesgebiet inzwischen fortgeschrittenen Verständigung und Einigung sowie Bereitschaft zu weiterer verstärkter Ausdiskutierung und aktiver Toleranz einer Vielfalt in der Einheit halten wir es für unverantwortlich, wenn man in Bremen keine Lösung für den Antritt der ‚Grünen‘ und ‚Alternativen‘ mit nur einer Liste erreicht.“

Die BGL wird hiermit aufgefordert, in der Einsicht der Unverantwortlichkeit von einem Wahlerfolg äußerst infrage stellendem Antritt von zwei Listen, die Einigungsgespräche unbedingt zum positiven Abschluß zu bringen und hierbei die hierfür einstimmig gewählten

Irmgard Kohlhepp, Berlin,
Roland Vogt, Berlin,
Baldur Springmann, Geschendorf,
Reinhard Krämer, Bielefeld,

mitberatend und als dem Koordinierungsausschuß Berichterstattende teilnehmen zu lassen. (Ersatzbeauftragte: Cornelia Löffler-Lomar, Göttingen, und Ursula Haverbeck-Wetzel und Horst Nickel).

Wir hoffen, daß wir hiermit deutlich genug unterstrichen haben, wie groß wir die Verantwortung sehen, welche die Bremer mit ihrem Wahantritt für die Gesamtbewegung tragen.

Wir bitten um alsbaldige Terminvorschläge für das Bremer Gespräch unter Beteiligung der Genannten an Werner G. Haverbeck.

Text und Absendung dieses Briefes wurden einstimmig angenommen.

Gegen eine übereilte Parteigründung

Die in Vlotho versammelten Vertreter von Grünen, Buntten und Alternativen Listen fordern alle Teile der „Grünen“ auf, von einer vorschnellen Parteigründung abzusehen.

Ein solcher Schritt widerspräche unseren Vorstellungen, alternative Politik in alternativen, basisdemokratischen Strukturen zu betreiben, und wäre außerdem dem Gedanken einer Einigung der Grünen/Buntten und Alternativen entgegengesetzt.

Alle Maßnahmen, die verknöcherte, hierarchische Parteistrukturen verhindern, müssen unternommen werden. Dies schließt juristische Schritte gegen das Bundeswahlgesetz ein, wenn sich dieser Weg als erfolgversprechend erweist.

Kommunal-, Landtags- und Europawahlen haben bewiesen, daß alternative Formen der Wahlbeteiligung möglich waren.

(bei 4 Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen)



Diskussionsvorschlag für eine gemeinsame Plattform der grünen buntten und alternativen Wahlbewegung zur Bundestagswahl 1980

Für eine einheitliche Kandidatur der grünen, buntten und alternativen Listen muß eine Plattform geschaffen werden, die den gemeinsamen politischen Rahmen der Bürger- und Basisinitiativen sowie der noch außerhalb von ihnen stehenden radikal-demokratischen Kräfte absteckt, und die Situation berücksichtigt, daß namentlich bei einer Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß die SPD abermals mit ihrem Argument des „kleineren Übels“ Wähler an sich zu binden versuchen wird, die ihr bereits seit längerer Zeit höchst skeptisch gegenüberstehen und bei Kommunal- und Regionalwahlen sowie bei der Europawahl bereits den Schritt aus dem etablierten Parteiensystem heraus unternommen haben, bei der Bundestagswahl aber durchaus als „letztes Aufgebot“ wieder in einer Stimmabgabe für die SPD die einzige „Rettung“ vor einer CDU/CSU-Regierung erblicken. Die Chance, diese Wähler von der Unsinnigkeit einer Rückkehr in die Arme der SPD zu überzeugen und weitere ehemalige SPD- und FDP-Wähler zu einem Votum für eine alternative Kandidatur zu bewegen, ist durchaus gegeben, wenn es uns durch unser Auftreten und durch unsere Programmatik gelingt deutlich zu machen, daß bei der einzukalkulierenden Aufreißung der FDP bei der Bundestagswahl eine alternative Fraktion im Bundestag die einzige Möglichkeit wäre, eine Stimmenmehrheit der CDU/CSU (plus gegebenenfalls der Fredersdorfschen „Bürgerpartei“) abzublocken.

Selbstverständlich muß die eigene Darstellung und das innere Funktionieren eines grün/alternativen-Bündnisses als basisdemokratischer Gegenpol zum etablierten Parteiensystem großes Gewicht in einer solchen Plattform erlangen. Unser Politik- und Demokratieverständnis und das der von uns ansprechbaren Menschen erschöpft sich tatsächlich nicht in dem von etablierter Seite vorgegebenen parlamentarischen Vertretungssystem; unsere Wurzeln und unsere Hauptaktivitäten liegen außerhalb dieses Rahmens und müssen auch parlamentarischen Vertretungssystem; unsere Wurzeln und unsere Hauptaktivitäten liegen außerhalb dieses Rahmens und müssen auch für unsere Wähler weiterhin erkennbar in außerparlamentarischer Basisarbeit liegen. Das ist eine Frage, die entsprechend in einer Präambel der Plattform dargelegt werden muß, wie es auch bei bisherigen alternativen Kandidaturen zumeist geschah. Prinzipiell erkennt die alternative Wahlbewegung jede Aktionsform, die von den jeweils Betroffenen selbst gewählt und eigenverantwortlich vertreten wird, an und lehnt es ab, die sich gegen Mißstände und Unrecht wehrenden Menschen auf die Einhaltung der Spielregeln derjenigen zu verpflichten, die für die Mißstände und das Unrecht verantwortlich sind.

Für die Plattform einer einheitlichen grünen und alternativen Kandidatur halten wir für wichtig, daß sodann folgende Positionen darin enthalten sind:

- die Forderung nach Stilllegung aller Atomanlagen
- die uneingeschränkte Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen, insbesondere die Legalisierung der Abtreibung
- die Ablehnung jeglicher Diskriminierung von Minderheiten und die Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit sowie die Forderung nach Wahlrecht für die in der BRD lebenden Ausländer
- die Forderung nach Verwirklichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und nach Verbot der Aussperrungen, sowie die Ablehnung jeglicher Maßnahmen, die die soziale und wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung verschlechtern
- die Bekämpfung jeglichen Abbaus demokratischer Rechte und insbesondere die Forderung nach Herstellung einer uneingeschränkten Meinungs- und Pressefreiheit sowie nach Beendigung der staatlichen Schnüffelpolitik
- die Forderung nach wirksamer Unterbindung aller neonazistischen Umtriebe
- unsere Absicht, zur Verhinderung einer CDU/CSU-Regierung, namentlich unter einer Kanzlerschaft von F.J. Strauß, mit allen Kräften beizutragen
- die Forderung nach Einstellung jeglichen Wettrüstens und Auflösung der Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt, nach Vernichtung aller Atom- und Neutronenwaffen sowie nach Verhinderung einer Beteiligung der BRD an sogenannten „Friedensstreitmächten“ des internationalen „Krisenmanagements“ gegen die Länder der „Dritten Welt“

Hamburg, 29.6.79

Evi, Jürgen und Ulli
vom Vorstand der Buntten Liste HH

Information & Analyse zur Ökologie- und Alternativ-Bewegung

berichtet monatlich über o grüne und bunte Wählergemeinschaften; o Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen o alternative Lebensformen; o „Öko“-Faschismus. Für Nk schreiben u.a. Wolfgang Sternstein, Roland Vogt (BBU), Wolfgang Dombrowsky (GLU/N), Jacques-Otto Grezer und Jan Peters. Manuskripteneinsendungen: Gern gesehen und gewissenhaft bearbeitet (Rückporto erbeten). Nk veröffentlicht auch Positionspapiere von Initiativen, die für Demokratie und Umweltschutz eintreten. Alternativblätter können kostenfrei nachdrucken, Belege vorausgesetzt. Redaktionsanschrift: Peter von Spall, Spenerstr. 2, D 1000 Berlin 21, Tel.: 030/ 392 63 04. Bestellungen bitte an Verlag „Studien von Zeitfragen“ – Vertriebsstelle Am Schellnhof 14, D 6479 Schotten 16.

Droht in Freiburg jetzt eine Spaltung der Grünen?

Seit Jahresanfang arbeitet in Freiburg eine „Bunte Liste“. In den derzeit sieben Arbeitskreisen sind etwa 120 Leute aktiv tätig. Etwa 20 Veranstaltungen wurden schon gemacht, ein großes Büro im Stadtzentrum angemietet, jeden Samstag ist ein Stand in der Fußgängerzone. Programm und Zeitung der BL sind redaktionell fertiggestellt.

Andererseits gibt es „Die Grünen“, die unter diesem Namen erst unmittelbar vor der Europawahl in Freiburg in die Öffentlichkeit traten und trotz relativ geringen Wahlkampfaktivitäten mit 10,3 % ein Rekordergebnis erzielten. Die sie unterstützende GAZ und AUD verfügen in Freiburg selbst im Höchstfall über 20 bis 30 Aktivist:innen. Was liegt näher, als daß sich „Grüne“ und „Bunte“ im Hinblick auf die baldige Kommunalwahl (28. Oktober) zusammenschließen? Getrennte Kandidaturen würden Verwirrung unter den Befürwortern von „Demokratie und Umweltschutz“ bei den Wählern stiften, durch Reibungsverluste könnten Stadtratssitze verlorengehen, selbst wenn beiden Listen auch getrennt ein Einzug ins Rathaus so gut wie sicher ist. Nicht zuletzt hätte ein Bündnis von Grünen und Bunt:innen Signalwirkung weit über die Stadtgrenzen hinaus, für die Landtags- und Bundestagswahlen.

Aus diesen Gründen heraus beschloß die „Bunte Liste“ auf einer VV am 13.6. ein Bündnisangebot gegenüber den Grünen. Man konnte sich dabei auf Äußerungen der GAZ stützen, die mit „Bürgerinitiativen, die erhebliche Resonanz in der Bevölkerung haben“ (Badische Zeitung) ein Bündnis wollte.

Von der stellvertretenden AUD-Vorsitzenden Frau Oye und Herrn Broich von der GAZ wurde dieses Angebot spontan begrüßt, war ihnen die eifrige Aktivität und der Zulauf der Bunt:innen Liste doch nicht unbekannt. Auf ihren Vorschlag hin wurde bei der öffentlichen Wahlauswertung der Grünen am 21.6. ein Ausschuß auch mit Mitgliedern der Bunt:innen Liste gegründet, der eine mögliche Kandidatur bei den Kommunalwahlen prüfen sollte.

Schon bei dieser Versammlung fielen jedoch Herr Schmidt und Herr Müller, beide Führungsmitglieder der GAZ, sehr unangenehm auf. Im Unterschied zu den Aktivist:innen der AUD stammten diese beiden nicht aus der Umweltschutzbewegung und sind im Frühjahr in die GAZ eingetreten. Bei den letzten Kommunalwahlen erreichten sie mit ihren eigenen Bürgervereinen FBI und BU lediglich 1,8 %, wemot ihnen ein Sitz im Stadtrat verweigert blieb.

Schon gegenüber der Presse hatte Müller betont, daß Kommunisten „schädlich für die freie Gesellschaft“

Schon gegenüber der Presse hatte Müller betont, daß Kommunisten „schädlich für die freie Gesellschaft“ seien und daher eine Zusammenarbeit nicht in Frage käme („BZ“, 13./14. Juni). Schmidt stieß bei der Wahlauswertung ins gleiche Horn und warnte vor den bösen „K-Gruppen“ bei den Bunt:innen. Indes, die Stimmung auf der Versammlung war eindeutig für einen Zusammenschluß von Grünen und Bunt:innen. Mit dazu beigetragen haben dürfte die über 60 Neugierigen, die der Sensationserfolg der Grünen interessiert gemacht hatte.

Überhaupt ist an der ganzen Entwicklung uneingeschränkt positiv, daß die Wahlfrage in der Öffentlichkeit und der BL-Bewegung erneut auf den Tisch gebracht hat. In den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen mehrten sich die Befürworter einer Wahlbeteiligung nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf Landes-

Mehrere ihrer Vertreter haben sich auch in die Freiburger Gespräche eingeschaltet und spielen dort eine sehr begrüßenswerte Rolle.

So auf dem ersten Treffen des oben erwähnten „Ausschusses“, an dem neben den zwei „Bunt:innen“ und Vertretern aller Strömungen der „Grünen“ auch Frau Harloff, Pressesprecherin der badisch-elsässischen BIs und deren Mitstreiterin Frau Reißner teilnahmen, Schmidt legte bei dieser Versammlung ein Papier vor, in dem er die Bunte Liste als „ein Produkt des kommunistischen Bundes“ hinstellte und zur Verbedingung weiterer Gespräche mit der BL machte, daß diese „verbindlich erklären kann, daß keine K-Gruppen mehr beteiligt sind.“

In dem ebenfalls im Papier skizzierten Programmwurf umreißt Schmidt interessanterweise zwar etliche kommunale Probleme, klammert aber den Abbau demokratischer Rechte in Freiburg (Verbot von Stadtständen) und – explizit – Erklärungen für ein NPD-Verbot („wie das jüngst die Bunte Liste tat“) aus.

Seiner Stimmungsmache gegen die Bunte Liste, garniert mit Zitaten aus dem ARBEITERKAMPF, schlossen sich allerdings etliche Anwesende nicht an. Herr Broich (GAZ) beschwor die „Solidarität“ zwischen Linken und Bürgerlichen in der „Grünen Bewegung“. Frau Reißner plädierte dafür, „keinen neuen Radikalen ins Leben (zu) rufen“.

Als man sich schließlich auf die Formulierung „Extremisten schließen sich von der Sache her selbst aus“ einigte, war das zwar ein erhebliches Zugeständnis der Bunt:innen, für die Grünen aber dennoch ein oberflächlicher, kurzlebiger „Kompromiß“.

Da dieses „Ausschuß“-Treffen zur Durchsetzung undemokratischer Abgrenzungsbeschlüsse somit offensichtlich ein zu schwieriges Instrument war, trafen sich rechte GAZ-Vertreter und bedauerlicherweise auch AUD-Mitarbeiter am 2. Juli geheim. Beim nächsten öffentlichen Ausschuß-Termin am 3.7. präsentierten sie das Ergebnis dieser Absprache: GAZ und AUD gründen am 18.7. „Die Grünen“ für örtliche, landes- und bundesweite Wahlen! Die Bunte Liste „darf“ dann zwar Kandidaten vorschlagen, ob diese aber nominiert werden, entscheidet allein der neugegründete „grüne“ Verein, und selbstverständlich dürfen Kommunisten eh nicht unter den vorgeschlagenen Kandidaten sein.

Interessant ist an diesem Vorgehen, daß zur Geheimkonferenz am 2.7. „unbekannte“ Grüne (Broich, Reißner, Harloff) von den rechten GAZ-Leuten gar nicht erst eingeladen wurden.

Daß das vorgeschlagene Verfahren vollkommen undemokratisch und daher für die Bunte Liste nicht akzeptabel ist, dürfte klar sein. Daß es auch unter der Wählerbasis keine Zustimmung finden dürfte, ist wahrscheinlich: Kommt durch ein Großteil der grünen Wählerschaft aus dem studentischen und intellektuellen Bereich, wo man mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen nicht landen kann. (s. BZ-Wahlkurs vom 12. Juni). Ein solcher Kurs dürfte nicht nur den Grünen erheblich schaden, sondern die Chancen alternativer Wahlaktivitäten mindern. Man darf hoffen, daß innerhalb der Grünen diese neue Spaltung (nach Bremen und Hamburg) nicht ohne weiteres hingenommen werden dürfte.

Ein Genosse aus Freiburg

Gar nicht so einfach: grün/bunte Einheit in Münster

Nach dem überraschend guten Abschneiden der Münsteraner „Grünen“ bei den Europawahlen (5,5%) sind auch die Unterstützer der alternativen Kandidatur bei den Kommunalwahlen wieder lebendig geworden. Erstmalig gelang es, „Grüne“ und „Bunte“ einschließlich GAZ an einen Tisch zu bringen und über eine gemeinsame Liste zu verhandeln. Drei gemeinsame Treffen führten schließlich zu einer weitgehenden Einigung, die nur von der GAZ nicht akzeptiert wird. Nachdem die GAZ-Vertreter auf dem dritten Treffen mit einer ultimativen Forderung (Festlegung des Namens „Die Grünen/Alternativ Liste“ und Besetzung des Koordinationsausschusses mit sechs „Grünen“ und vier „Bunt:innen“) nicht durchgekommen waren, erklärten sie die Verhandlungen für gescheitert, und die Mehrheit der anwesenden GAZ-Mitglieder verließ den Raum.

Die „Bunt:innen“, sowie GLU, AUD und einzelne Mitglieder der GAZ ließen sich dadurch jedoch nicht beirren. Ein Koordinationsausschuß, bestehend aus drei „Bunt:innen“ und drei „Grünen“ wurde gewählt und die feste Absicht vereinbart, zu den Kommunalwahlen voraussichtlich unter dem Namen „Grüne und Bunte“ zu kandidieren. Beides, Kandidatur und Festlegung des Namens, soll endgültig auf einer Mitgliederversammlung beschlossen werden. In einer Presseerklärung wurde darüber hinaus noch einmal eindeutig der GAZ bedauert und die Hoffnung ausgedrückt, daß die GAZ sich doch noch zur gleichberechtigten Mitarbeit in einer gemeinsamen Liste bereit findet. Ob das realistisch ist, bleibt abzuwarten.

KB-Sympathisanten Münster

Interview mit Kay Hoffmeister, Vorstandsmitglied der GLU Niedersachsen [3.7.79]

AK: Herr Hoffmeister, Sie sind schon lange politisch aktiv. Was ist Ihre politische Vergangenheit, bevor Sie zu den Grünen kamen?

K.H.: Früher war ich SPD-Mitglied. Hier in Winsen war ich im Stadtparlament und auch im Harburger Kreistag Abgeordneter der SPD. Gewerkschafter – Mitglied des DGB – bin ich seit 1956. Fünf Jahre war ich Mitglied des GEW-Landesvorstands in Niedersachsen.

AK: Was waren Ihre Gründe, die SPD zu verlassen?

K.H.: Damals – 1975 – habe ich erklärt, daß ich das Vertrauen verloren hätte, daß die SPD mit ihrer Politik für die Arbeitnehmer etwas Vernünftiges erreichen könnte.

AK: Gestern wurde die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß besiegelt. Welche Rückschlüsse sollte die grüne und bunte Wahlbewegung aus diesem Tatbestand ziehen?

K.H.: Es ist sicher richtig, wenn die SPD sagt, daß sich in dieser Nominierung von Strauß ein Rechtsruck dokumentiert. Wir sollten dazu beitragen, Strauß den Weg zur Macht zu verbauen, ihn abzublocken; aber wir dürfen nach meiner Auffassung Strauß nicht dämonisieren. Zwischen Strauß und Helmut Schmidt besteht im Grunde genommen eher ein gradueller Unterschied. Ich würde beide für gefährliche Politiker halten. Strauß blickt mehr nach innen und Schmidt blickt mehr nach außen. Der eine beabsichtigt in verstärktem Maße Abbau der Demokratie im Innern. Der andere macht Weltpolitik nach außen – Atompolitik und Expansionspolitik – oder, man kann auch sagen, macht eine Politik, die letztlich – und vielleicht sehr schnell – Krieg bedeutet. Die Frage ist nur, ob der Blick von Strauß nach innen oder der von Helmut Schmidt nach außen für das deutsche Volk gefährlicher ist. Wir sollten von Seiten der Grünen und Bunt:innen eine Wahlausage des „Weder – noch – machen. Auf keinen Fall Strauß! Aber wir sollten auch versuchen, nächstes Jahr in der deutschen Politik eine Wende herbeizuführen, d.h. auch Schmidt zu kippen.

AK: Ich würde Ihnen zustimmen, daß Schmidt keine wählbare Alternative gegenüber Strauß ist, meine aber, daß auch auf außenpolitischem Sektor Strauß einen Rechtsruck herbeiführen würde, eine noch aggressivere Außenpolitik betreiben würde. Auf alle Fälle aber steht fest, daß diese Konstellation von der SPD mit Hinweis auf die 5%-Klausel genutzt werden wird. Sie wird die Theorie des kleineren Übels einmal mehr zu nutzen versuchen, um die Wähler für eine Unterstützung der SPD zu gewinnen. Wie sehen Sie für die Bundestagswahlen die Problematik der 5%-Klausel, die ja ein Moment ist, kritische Wähler der SPD in die Arme zu treiben.

K.H.: Herr Eppler sagt in seinem Spiegel-Interview: Wenn die FDP unter der 5%-Klausel bleibt, die Grünen nicht mehr als 3-4 % erreichen, dann kann Strauß mit 45 % der Stimmen regieren. Diese Analyse ist richtig, und das bedeutet, daß in der augenblicklichen Situation die 5%-Klausel eine „Strauß in die Macht-Klausel“ ist. Schon aus Selbsthaltungstrieb ist die Sozial-Liberalen die 5%-Klausel abzuschaffen. Auf jeden Fall sollten wir die Verantwortlichkeiten vor der Wahl klären. Wir sollten deutlich machen, daß die 5%-Klausel nach unserer Meinung verschwinden muß. Man sollte also eine breite Wählermobilisierung herbeiführen; man sollte die einfachen SPD- und FDP-Mitglieder fragen, wie sie es einschätzen, wenn die 5%-Klausel bleibt, und sie unter Umständen zugunsten von Strauß dann in die Opposition gedrängt werden.

AK: Nun sehe ich persönlich durchaus auch die Möglichkeit, bei einer Einigung der Grünen und Bunt:innen, Strauß zu verhindern. Ich gehe davon aus, daß die Einigung der Grünen und Bunt:innen und die daraus resultierende Gewinnung neuer kritischer Kräfte die Überspringung der 5%-Klausel unsererseits ermöglicht. Wie stehen Sie zum Gedanken der Einigung der Bunt:innen und Grünen?

K.H.: Wir sind eigentlich zu einem guten Teil in der GLU immer davon ausgegangen, daß man bei einer Kandidatur zu den Bundestagswahlen gemeinsam antreten müßte. Ich würde also sehr dafür plädieren, daß sich die Grünen und Bunt:innen zu den Bundestagswahlen in einer einheitlichen Gruppe zusammenfinden. Das sollte schnell

geschehen, damit man für die organisatorische Vorbereitung hinreichend Zeit hat. Ich bin der Meinung, daß man bis Ende des Jahres zu einer Klärung, einer Einigung und einem gemeinsamen Marschieren kommen sollte. Es könnte konkret so aussehen, daß eine gemeinsame paritätisch besetzte Programmkommission eingerichtet wird. Sie sollte 2-3 Monate Zeit haben, um ein in sich geschlossenes Programm zu entwickeln. Insgesamt sehe ich die Chance, daß auf dieser Grundlage eine große Gruppe geschaffen werden könnte, die einheitlich in den Bundestagswahlkampf geht.

AK: Einer Einigung der Grünen und Bunt:innen steht die Politik der Unvereinbarkeitsbeschlüsse entgegen. Wie stehen Sie zu diesen Unvereinbarkeitsbeschlüssen und glauben Sie, daß Wege gefunden werden können, um diese zu überwinden?

K.H.: Ich würde anzweifeln, daß in der GLU Niedersachsen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gelten. Wer in der GLU mitarbeiten will, müßte eigentlich die Gelegenheit dazu finden. Ich weiß allerdings, daß das an einigen Orten anders aussieht. Ich rechne mich zu denen, die von Anfang an die Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse abgelehnt haben. Wir können die jüngeren Wähler nicht vernünftig ansprechen, wenn solche Abgrenzungsbeschlüsse, wie sie beim Staat und leider oft auch bei Gewerkschaften praktiziert werden, auch bei uns Geltung haben. Die jüngeren Wähler sind in ihrer großen Mehrheit gegen solche Abgrenzungsbeschlüsse, nicht weil sie nun alle Kommunisten wären, sondern weil sie in diesen Beschlüssen die Reglementierung und Einschüchterung wiederfinden, der sie ständig beim Staat, am Arbeitsplatz und auch in der Freizeit begegnen.

AK: Die Grünen und Bunt:innen haben auf unterschiedlicher programmatischer Grundlage ihre Erfolge erzielt. Worauf fußen Ihrer Meinung nach die Erfolge der Grünen und Bunt:innen?

K.H.: Die Bunt:innen in Hamburg und Alternativen in Berlin haben offensichtlich in größerem Maße jüngere Wähler erreicht. Sie haben allerdings zu den Arbeitnehmern und den mittleren Schichten nicht diesen Zugang gehabt, abgesehen von mehr intellektuellen Gruppen. Die Grünen haben letztes Jahr in Niedersachsen sicher auch einen Teil der Jungwähler angesprochen, sie haben aber bei der Europawahl Jungwähler nur noch zu einem geringeren Teil ansprechen können. Die Wähler der Grünen Liste sind im wesentlichen einige überzeugte Ökologen, AKW-Gegner aus den verschiedenen sozialen Gruppen. Es sind gerade Leute, die aus den mittleren Schichten kommen.

AK: Was sollten die programmatischen Schwerpunkte einer grün-bunt:innen Einheit zur Bundestagswahl sein?

K.H.: Entscheidend ist wohl, von der Grundtendenz auszugehen – um es pathetisch zu sagen – daß der Kurs der deutschen Politik geändert werden sollte, geändert werden muß. Unser Industrie- und Gesellschaftssystem produziert fortwährend Lebensvernichtung, Naturzerstörung und Unterdrückung. Ich würde ausgehen von einer mehr soziologischen Analyse. Ich sehe bei drei Gruppen – den jüngeren Wählern, bei Teilen der Arbeitnehmer und Teilen der mittleren Schichten –, daß sie wesentlich Leidtragende der augenblicklichen Politik sind. Daraus ziehe ich die Konsequenz, daß man an den Interessen dieser Gruppen ansetzt, daß man ihnen eine vernünftige Alternative bietet, also eine Alternative, die Überlegungen zur Ökologie, zu sozialen Reformen und zu einer abgesicherten Friedenspolitik bringt.

AK: Sie sprechen von der Entwicklung einer Politik, die den Interessen der arbeitenden Menschen Rechnung trägt. Dieser Aspekt scheint mir insbesondere bei den Grünen Listen noch unterentwickelt. In welche Richtung müßte man arbeiten, um Teile der Arbeitnehmer für unsere alternative Wahlbewegung anzusprechen und schließlich zu gewinnen?

K.H.: Die SPD geht ja eigentlich von einem Harmoniemodell aus: Was gut ist für die Großindustrie, ist auch gut für die Arbeitnehmer. Wenn dieses Modell nicht stimmt, also Interessensgegensätze aufbrechen – gerade in der Zeit von Konjunkturrückschlägen und Arbeitslosigkeit –, dann sind die Arbeitnehmer ebenso bei

den Grünen bereit sein, Arbeitnehmerinteressen aufzunehmen und die Harmonie zwischen Großindustrie und Arbeitnehmern in Frage zu stellen. Es gibt ganze Gruppen von Arbeitnehmern, die sich im Augenblick nur an die SPD halten können, da einfach keine andere Gruppierung in der Größenordnung da ist, die für sie sprechen könnte. Man kann die Politik der SPD eigentlich unter zwei Stichworten zusammenfassen: Versprechungen und Illusionen. Jedes Jahr werden Zusicherungen z.B. zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit gemacht, für die Behinderten werden auch Programme entwickelt – letztlich bleibt jedoch die perspektivlose Situation bei diesen Gruppen unverändert. Auf der anderen Seite macht man sich in der SPD selbst Illusionen. Man geht davon aus, daß in Übereinstimmung mit Großindustrie und Atomwirtschaft irgendwelche Arbeitnehmerinteressen auf Dauer abgesichert werden könnten. Ich bin der Meinung, daß man an den konkreten Forderungen anknüpfen sollte, die von den Arbeitnehmern in den Betrieben und Verwaltungen entwickelt werden. Diese Forderungen werden ja oft in den Gewerkschaften und Parteien abgeblockt. Man sollte Forderungen nach der 35-Stundenwoche und dem Aussperungsverbot aufnehmen. Insgesamt sollten aber nicht nur einzelne Forderungen nebeneinander stehen, sondern ein Gesamtkonzept entwickelt werden.

AK: Ein Stichwort, das den Bunt:innen suspekt ist, mit dem von konservativen Grünen aus unserer Sicht auch Schindluder getrieben wird, ist die „richtige Mittelstandspolitik“. Was verstehen Sie darunter und wie könnte aus Ihrer Sicht „Mittelstandspolitik“ Bestandteil der grün-bunt:innen Einheit werden?

K.H.: Ich finde es nicht gut, wenn von Zeit zu Zeit Leute aus dem Mittelstand, die bei den Grünen mitarbeiten, von den Bunt:innen hart kritisiert werden. Man sollte mehr Verständnis für solche Menschen haben, die jetzt politisch aktiv werden aber Schwierigkeiten haben, Vorstellungen, die sie aus ihrer Tradition im Mittelstand mitbringen, zu überwinden. Ich möchte mich hier ausdrücklich zu H. Gruhl bekennen, der z.T. sehr verständnislos angegriffen wurde. Wenn er im vergangenen Jahr vielleicht auch manches politisch falsch gemacht hat, so bleibt er doch ein mutiger und vorwärtsweisender Mensch, der genau sieht, wohin uns falsch gemacht hat, so bleibt er doch ein mutiger und vorwärtsweisender Mensch, der genau sieht, wohin uns die gegenwärtige Entwicklung führen kann. Eine Mittelstandspolitik der Grünen und Bunt:innen sollte die mittleren Schichten als Teil eines breiten Bündnisses akzeptieren. Man sollte wegkommen von dem Schema, wie Lenin es 1900 formuliert hat: Wir gehen mit dem Bürgertum, bis wir die Feudalen besiegt haben, und dann wenden wir uns gegen das Bürgertum und errichten unsere Alleinherrschaft. Auf dieser Basis findet man keine echten Bündnispartner, sondern stößt die mittleren Schichten zurück. Man sollte ihnen eine Art „Hundert-Jahre-Bündnis“ anbieten. Ich glaube, unsere Gesellschaft produziert genug Reichtum, um auch gewissen Gruppen – ich meine auch Ärzte, kleine Gewerbetreibende usw. – ihren Besitzstand zu garantieren. Eine Mittelstandspolitik der alternativen Wahlbewegung kann nicht so aussehen, daß wir dem Mittelstand etwas auf Kosten der Arbeitnehmer geben. Wenn man dem Mittelstand zumutet, auf bestimmte Vorteile zu verzichten – und das muß man in Bezug auf die von ihm Beschäftigten natürlich – muß man eben Äquivalente geben. Mittelständische Gruppen entscheiden sich nicht für eine neue Politik, wenn sie Nachteile bei dieser neuen Politik vorfinden, die sie im Grunde genommen ja auch von der Großindustrie und den Großbanken erfahren. Man muß ihnen Äquivalente geben, die ihren sozialen Status für eine längere Zeit absichern. Diese Mittel wären vorhanden, wenn man eine Politik der Rüstungsbegrenzung betreibt und die Macht der internationalen Konzerne einschränkt und bricht.

AK: Unter Hinweis auf diesen „Mittelstand“ wird oft behauptet, die Grünen und Bunt:innen müßten Abstriche machen von ihren radikaldemokratischen Forderungen wie Abschaffung der Berufsverbote und Ge-

Fortsetzung auf Seite 8

Interview mit Mitgliedern der Grünen Liste/Schleswig Holstein

Das folgende Interview wurde mit Michael Gaertner (Kreisvorsitzender von Rendsburg-Eckernförde) und Dietrich Plagemann (Kreisvorsitzender von Pinneberg, Mitglied des Bundesvorstands der Grünen, Mitglied der Programmkommission) geführt. Beide waren bis zum letzten Jahr Mitglieder der SPD. Sie rechnen sich selbst dem „linken“ Flügel in der GL/SH zu.

AK: In der letzten Ausgabe des Arbeiterkampf haben wir das Schreiben des 2. GAZ-Vorsitzenden, Bueb, abgedruckt, in dem er eine Analyse der bisherigen Landtagswahlkämpfe macht und daraus die Schlussfolgerung zieht, daß nur Grüne und Bunte gemeinsam eine Chance bei den Bundestagswahlen haben werden. Teilt Ihr diese Einschätzung?

D.P.: Man muß berücksichtigen, daß dieser Brief noch nicht die Ergebnisse der Europawahlen einbezieht. Gerade die Ergebnisse in Hamburg und Bremen bei den Europawahlen haben ja gezeigt, daß die Wählerpotentiale der Buntten und Grünen Listen – genauer der Europagrünen – wesentlich übereinstimmen. Was sich hier meiner Ansicht nach gezeigt hat, ist, daß für den Wähler erstmal die Differenzen zwischen Buntten und Grünen nicht als so wichtig empfunden werden bzw. gar nicht bekannt sind. Das ist ein erfreuliches Regulativ, weil dadurch wir Grünen und Buntten nach vorn gedrängt werden, um die geringen Differenzen, die noch da sind, zu überwinden.

Wichtig zu erwähnen ist natürlich in diesem Zusammenhang, daß ja das Europawahlprogramm weit über die begrenzte Umweltproblematik hinausgegangen ist und viele Elemente enthalten hat, die auch von den Buntten und Alternativen als wichtig empfunden werden. Zum anderen hat sich ja – das läßt sich im Rahmen des Europawahlkampfes auch feststellen – die GAZ in eine erfreuliche Richtung entwickelt, was auch an dem Schreiben von Bueb zu erkennen ist.

Ich meine also, daß wir durch die Kreise, die uns bei den Europawahlen gewählt haben, geradezu den Auftrag erhalten haben, jetzt eine Einigung der grünen und buntten Wahlbewegung herbeizuführen.

M.G.: Der Europawahlkampf hat entscheidend dazu beigetragen, Kompromisse zu finden, daß die Widersprüche zwischen Grünen und Buntten zwar nicht völlig aufgehoben werden, aber die Bereitschaft entwickelt wird, sich nicht nur gegenseitig Ohrfeigen auszuteilen.

AK: Bueb analysiert in seinem Schreiben auch das Ergebnis der Schleswig-Holsteinwahlen. Das relativ schlechte Ergebnis führt er zum einen auf das scharfe Kopf an Kopf-Rennen, zum anderen aber darauf zurück, daß sich die GL/SH zu sehr auf das grüne/bürgerliche Lager konzentriert habe, daß sie es so nicht verstanden habe, die Buntten und Basisbewegung, z.T. aus Angst vor zu vielen Kommunisten, zu integrieren. Würdet Ihr das auch so einschätzen?

D.P.: Es hat inhaltlich keine antikomunistischen Aussagen gegeben, aber in den Kreisverbänden formale Abgrenzungsbeschlüsse, die sicher den einen oder anderen abgeschreckt haben. Daß uns das im Ansehen der Bürgerinitiativen geschadet hat, ist, glaube ich, ohne Frage. Ich bezweifle aber, daß eine stärkere Einbindung der Bürgerinitiativen in unserem Land relativ abgekapselte Zirkel von Aktiven, die nicht im Gespräch sind mit den vielen Menschen, die schon mit uns übereinstimmen, sich für uns interessieren, aber nicht bereit sind in der Lage sind, mehr zu investieren.

AK: Bei den Bundestagswahlen wird es eine ähnliche Konstellation – in potenzieller Form – wie bei den Schleswig-Holsteinwahlen geben. Es

droht die Machtergreifung durch Strauß. Wie schätzt Ihr unter diesen Bedingungen eine alternative Kandidatur ein.

M.G.: Strauß, der Alptraum aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, stellt eine enorme Bedrohung dar. Andererseits sollten wir Grünen uns jetzt nicht verrückt machen lassen, damit würden wir nur das Geschäft der SPD betreiben. Meiner Meinung nach konnte dieser SPD – die heute reaktionärer ist, als sie es jemals in ihrer hundertjährigen Geschichte gewesen ist – gar nichts Besseres passieren als eine Straußkandidatur. Sie wird versuchen, sich als „halb so schlecht“ wie Strauß zu profilieren, also erneut von der Theorie des „kleineren Übels“ Gebrauch machen. Meiner Ansicht nach kann dem nur entgegengetreten werden – der Gefahr Franz Josef Strauß und den Integrationsversuchen der SPD – indem eine geschlossene, einheitliche Kandidatur wirkliche Alternativen aufzeigt.

D.P.: Es ist, glaube ich, wichtig, keinen Wahlkampf gegen eine Person zu führen; das wird die SPD machen. Wir sollten also den Schwerpunkt darauf legen, die Alternativen positiv deutlich zu machen. Das ist meiner Meinung nach auch der beste Weg, eine Strauß-Machtergreifung zu verhindern und SPD-Anhänger, die mit uns in vielen Punkten übereinstimmen, zu stärken.

M.G.: Bezogen auf die alternative Wahlbewegung heißt das, daß rasch an einer Einigung gearbeitet werden muß, und Unvereinbarkeitsbeschlüsse keine Rolle mehr spielen dürfen.

AK: Habt Ihr schon konkrete Vorstellungen, wie jetzt nach Vlotho weiter am Zustandekommen einer Einheit gearbeitet werden sollte?

D.P.: Meiner Ansicht nach muß aus drei Gründen noch in diesem Jahr eine Partei gegründet werden. Auf örtlicher Ebene arbeiten verschiedene Gruppen, die durch einen Zusammenschluß auf Bundesebene zur Zusammenarbeit veranlaßt würden. Es besteht die Gefahr, daß durch eine Zersplitterung das Interesse, das viele Menschen mittlerweile an einer parlamentarischen Alternative haben, abgewürgt wird.

Zu den Bundestagswahlen können wir nicht wie zu Europa- oder Landtagswahlen antreten, also mit organisierter Wahlbewegung, sondern wir müssen wie zu Europa- oder Landtagswahlen antreten, also mit organisatorischen Pannen usw. Bis Anfang des Jahres müßten also bereits eine Kandidatenliste stehen, das Material fertig sein usw., damit genügend Zeit für die Öffentlichkeitsarbeit bleibt.

Momentan ist ein gutes Klima für eine Einigung gegeben, d.h. wenn man erstmal eine Parteigründung vollziehen würde auf der Grundlage in etwa der Europawahlkampfprogrammatik und einer lockeren Satzung, würde dem, glaube ich, nichts entgegenstehen.

AK: Eine schnelle Parteigründung würde aber einem gleichberechtigten Zusammenschluß, der die ausführliche Diskussion voraussetzt, entgegenstehen. D.h. den buntten Listen würde ja bei dieser Konzeption nur übrig bleiben, sich anzuschließen. Zum anderen haben die buntten Listen bewußt andere Formen des Zusammenschlusses als Parteien gewählt.

D.P.: Auch bei uns herrscht eine breite Abneigung gegen Strukturen, wie man sie aus anderen Parteien kennt. Wir müssen aber dem Bundeswahlgesetz Genüge tun. Zum anderen finde ich es legitim, wenn eine Gruppierung, die wie die Grünen den Europawahlkampf geführt hat, damit Erfahrungen hat, auch die Initiative ergreift.

M.G.: Wir wollen auch keine Strukturen wie die Etablierten sie haben. Die Partei soll von unten nach oben aufgebaut werden, mit kontrolliertem Überbau.

Man kann es vielleicht so sagen: so viel Partei wie nötig, so wenig Partei wie möglich.

teien geprägt wird. Insgesamt sollte man die Grünen aktivieren, die schwächeren Gruppen gegen die starken Gruppen zu unterstützen, etwa in dem Sinne, wie es in dem Roman „Die Erniedrigten und Beleidigten“ von Dostojewski heißt: Für die Erniedrigten und Beleidigten.

AK: Glauben Sie, daß sich die von Ihnen entwickelten Vorstellungen auf dem GLU-Parteitag am Wochenende durchsetzen werden?

KH: „Also, das was wir hier diskutiert haben, ist eigentlich keine besondere Einzelmeinung, sondern ich gehe davon aus, daß von vielen Mitgliedern unserer GLU in ähnlicher Weise gedacht wird, daß wir mit den Buntten zu einer Übereinkunft kommen sollten.“

AK: Es steht nach der Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion quasi fest, daß F.J. Strauß Kanzlerkandidat für die kommende Bundestagswahl wird. Welche Schlussfolgerungen wären Ihrer Meinung nach aus der Straußkandidatur zu ziehen?

Willenberg: Daß ein Mann, der so viele Skandale hinter sich gebracht hat und als rechter Einpeitscher weithin bekannt ist, vielleicht einmal Bundeskanzler sein wird, ist für mich eine recht erschütternde Vorstellung. Wir von der AUD verstehen uns vom Programm her als progressive, sozialistische, pazifistische und radikaldemokratische Partei. Daher ist es selbstverständlich, daß wir alles für uns Mögliche unternehmen werden zu verhindern, daß ausgerechnet ein früherer Atomminister und skandalumwitterter Ex-Verteidigungsminister Bundeskanzler wird.

AK: Wird die SPD 1980 wieder für viele das „kleinere Übel“ sein, an dessen Wahl man schweren Herzens

nicht vorbeikommt?

Willenberg: Das ist natürlich eine sehr heikle Frage. Ich persönlich habe schon vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein an unsere Freunde die Frage gestellt, was in diesem Lande mehr nutzt, ein Achtungserfolg der Grünen Liste ohne politischen Effekt oder die Stabilisierung solcher Atomkraftwerksfetschisten wie Stoltenberg. Die Meinungen hierüber waren im AUD-Landesverband sehr geteilt. Bei den Bundestagswahlen geht es insgesamt um noch viel schwerwiegendere Entscheidungen und ich könnte keiner Lösung zustimmen, die letzten Endes Strauß zu Gute kommt und uns nur schadet. Ich bin skeptisch, ob zu den Bundestagswahlen eine solche Alternative antreten kann, die von vornherein mehr als nur den Achtungserfolg als erreichbares Ziel möglich erscheinen läßt.

AK: Wie stehen Sie denn zu dem Appell zur Einheit der Grünen und

Buntten, der kürzlich von einigen Kandidaten dieser Listen öffentlich verbreitet wurde?

Willenberg: Wenn es tatsächlich zu einer brauchbaren Einheit kommt, so ist das nur zu begrüßen. Denn es liegt ja auf der Hand, daß weder Grüne noch Bunte allein eine Kandidatur wagen könnten. Jedoch müßte mehr erreicht werden als nur eine undurchsichtige, diffuse grüne Einheit. Die braunen Flecken bei einigen Grünen haben mir bisher schon nicht gefallen und wenn sie weiterhin auf Unvereinbarkeitsbeschlüssen beharren, so kann ich mir überhaupt keine Einheit vorstellen. Das heißt keineswegs, daß ich in allen Fragen z.B. mit dem KB einer Meinung bin. Ich erwarte auch von eurer Seite Kompromißbereitschaft. Aber irgendwelche Unvereinbarkeitsbeschlüsse von Seiten der Grünen müßten erst einmal vom Tisch.

Interview mit Prof. P. Brückner zu den Bundestagswahlen (5.7.79)

Wir wissen oder sollten wissen, daß wir in einer Phase der Transformation aller bürgerlichen Staaten leben. Diese Transformation der ehemals bürgerlichen Staaten kann man vielleicht etwas pointiert und anekdotisch auf eine Formel bringen: Der klassische liberale Verfassungsstaat kommt auf die Liste der Staatsfeinde. Dieser Transformationsprozeß hat mehrere Gründe: Einmal (nur stichwortartig) Probleme von Wachstum und Energie, ökonomische und metaökonomische Krisen. Der Arbeitsmarkt schrumpft strukturell, d.h., es werden immer mehr Arbeitskräfte freigesetzt, das was die Italiener „fabbrica diffusa“ nennen, also eine breite Population von Leuten, die keinen garantierten Status mehr als Arbeiter und Angestellte haben. Es werden fortlaufend Marginalisierte erzeugt, die nicht mehr regierbar sind. Die Integrationskraft der bürgerlichen Staaten erreicht offensichtlich eine Grenze, also Regionalismus, Bürgerinitiativen,

offensichtlich eine Grenze, also Regionalismus, Bürgerinitiativen, Frauenbewegung, die Ghettos militarisieren sich, was alles man da nennen kann.

Man kann das so sagen: Es entsteht in diesen bürgerlichen Gesellschaften einmal ein ungemein erhöhter Sicherheitsbedarf. Zum anderen werden von diesen funktionierenden Systemen dieser modernen Gesellschaften fortwährend Ordnungslasten produziert, die eigentlich auf die Individuen und ihre Gruppen abgewälzt werden müssen. Aber dieses Abwälzen von Ordnungslasten auf Individuen funktioniert offensichtlich nicht mehr, siehe die Marginalisierten, die Protestbewegung. Nun, mir scheint, daß die Antwort der bürgerlichen Staaten auf diese Prozesse ziemlich stereotyp sind. Ich sehe eigentlich nur zwei Typen von Transformation: Einmal eine stärker technokratische. Man kann die auch als sozialdemokratische Lösung bezeichnen. Und eine andere, eine mehr konservativ-reaktionäre. Als Beispiel vielleicht die Margaret Thatcher in Großbritannien. Es scheint, daß es für die Entwicklung der nachbürgerlichen Gesellschaft keine anderen Alternativen gibt, als diese beiden.

Es wird auf der einen Seite immer schwieriger für mich, in der Frage Strauß oder Schmidt, Albrecht oder Schmidt, Albrecht oder Strauß eine Alternative zu sehen. Ich meine, wir haben immer Schwierigkeiten gehabt, als Linke, als Marxisten, da viel drin aufzufinden aber gegenwärtig wird diese Differenzierungsfrage langsam verzweifelt. Wir alle sehen in Strauß so eine Art Kröte, die die CDU jetzt schlucken muß. Wir alle wissen, was der Herr Strauß in den letzten 20 Jahren gesagt hat und getan hat und verbinden mit ihm Erwartungen einer wachsenden Faschisierung, jedenfalls reaktionären Militarisierung der ganzen inneren Sicherheit und des künftigen Schicksals der Linken, übrigens auch auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Beziehungen zu Südafrika oder Chile könnten sich bei Strauß ganz anders gestalten, offener usf. Es mag einige von uns geben, die in jemanden wie Albrecht auch stärker die technokratische Variante der Reaktion sehen.

Ich halte den Technokraten Albrecht für im Grunde genommen noch gefährlicher als den reaktionären und manchmal barbarischen Strauß.

Deine Frage, was kann eine Strauß-Kandidatur für die SPD bedeuten, für das Wählerverhalten: Ich halte es für wahrscheinlich, daß die Kandidatur von Strauß gewisse Zerreißspannungen innerhalb der Sozialdemokratie verschärft. Ein linker oder linksrepublikanischer Flügel in der SPD wird mit Recht in Strauß eine primäre Bedrohung linksrepublikanischer, linksliberaler Vorstellungen über das politische System sehen und von der Parteiführung und der Fraktion eine stärkere Kurskorrektur in Richtung linksrepublikanischer Vorstellungen fordern. Während umgekehrt die Parteiführung und vielleicht auch die führenden Köpfe in der Fraktion natürlich immer wieder nur auf einer verstärkten Geschlossenheit der Partei bestehen werden und daran erinnern, daß es jetzt darauf ankommt, eindeutige Majoritäten in der Bevölkerung zu gewinnen, um eine Kanzlerschaft Strauß von vornherein unmöglich zu machen.

Kanzlerschaft Strauß von vornherein unmöglich zu machen.

Was aus diesen Spannungen werden wird, die die SPD erschüttern, möchte ich fast sagen, seitdem es sie gibt, da habe ich keine Ahnung.

Wie werden sich die Wähler verhalten? Es gibt da so eine Erwartung, die auch in den Zeitungen gegenwärtig umgeht, daß Strauß der CDU/CSU Stimmen kosten wird. Die Hoffnung also, daß die Bürger, die in der CDU so etwas wie eine breite Volkspartei sehen, in dieser Situation eher bereit sind, SPD oder FDP zu wählen.

Die Sache kann auch in der anderen Richtung ausschlagen. Der Mangel an einer eindeutig sichtbaren ökonomischen und politischen Alternative, die zu solchen Sätzen führt wie „Schmidt macht ja eigentlich eine CDU-Politik“, der Mangel an einer Transparenz dieser unzähligen Auseinandersetzungen innerhalb der CDU und CSU in der letzten Zeit, der macht ja Leute auch verwirrt und sicherungsbedürftig.

Strauß könnte der jemand sein, der ihnen in einem Wahldzug von zwölf Monaten oder so wenigstens eins verspricht, nämlich eine eindeutige Positionierung für sie, für die Bundesrepublik, für bestimmte Interessen in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung. Diese Eindeutigkeit, dieser von Strauß wie selbstverständlich gelebte und repräsentierte autoritative Anspruch der bürgerlichen Honoratioren, das alles könnte ja, vor allem, wenn er sich laufend hält wie gestern in der Bundestagsdebatte, bei sehr vielen Leuten, die jetzt noch aufschreiben bei Strauß als Kanzler, sehr rasch zu einer Veränderung ihres Verhaltens führen. Es könnte also gerade umgekehrt auslaufen, es könnte sein, daß so eine Mischung von Klarheit, Entscheidung und auch einer gewissen Menschlichkeit, die ja jemand wie Strauß hat, der CDU/CSU in der Tat den Stimmengewinn bringt, den sie für die Mehrheitsbildung braucht. Ich traue mir keine Vorhersage zu, ob die Bevölkerung auf Strauß so reagieren wird, daß die gegenwärtige Regierungskoalition mehr Stimmen bekommt. Ich könnte mir denken, daß es genau anders herum geht. Ich traue mir nicht mehr zu, eine Prognose zu machen.

Wenn die Regierungen der westlichen Staaten, unterstellen wir, daß das stimmt, ein größeres Sicherheitsbedürfnis haben, weil ihnen die Be-

völkerung unkalkulierbar, unregierbar erscheint, so hat das einen rationalen Kern, trifft mich aber in meiner Phantastik auch – mir erscheint sie auch unkalkulierbar. Ich traue mir, wie gesagt, keine Prognosen mehr zu. Das liegt aber auch daran, daß Stabilitätsfaktoren politischen Verhaltens – auch dieses merkwürdigen Wahlverhaltens – die es mal gab, inzwischen obsolet geworden sind.

Frage: Die SPD hat doch innerhalb der letzten zehn Jahre, d.h. die Parteiführung, hat wesentlich die Dinge geteilt, die zu einer „Tendenzwende“ geführt haben. Stehen die enttäuschten SPD-Wähler nun durch die Straußkandidatur wieder unter einem Loyalitätsdruck oder werden sie sich verweigern?

Das Unbehagen, daß gegenüber der SPD besteht, kollidiert nun mit der Tatsache der Straußkandidatur.

Brückner: Es wäre ja auch möglich, daß die Wahlbeteiligung sinkt, wenn

Brückner: Es wäre ja auch möglich, daß die Wahlbeteiligung sinkt, wenn die Entscheidungskonflikte bestimmter Leute zu groß werden. Gerade bei denen, die ein Gespür für die Komplexität der Lage haben, die wissen oder ohnen, daß im Grunde genommen ihre Wahlentscheidung ihren Interessen, wenn sie die kennen, auf gar keinen Fall Rechnung trägt.

Was die Lage charakterisiert – damit komme ich auch schon auf deine zweite Frage – ist ja, daß es auf Strauß und Albrecht gegenwärtig begründbar nur eine einzige Alternative gibt. Diese Alternative kann man in Termini von Partei schlecht fassen, also Bürger, Leute, Volk – wie immer du es nennen willst – die bei aller Vielfalt ihrer Protest- und Unmutäußerungen doch eines gemeinsam haben: Sie drängen auf eine stärkere Unmittelbarkeit von Demokratie; d.h. sie bestehen darauf, daß sie ihre eigenen Angelegenheiten soweit wie möglich selber regeln wollen. Das heißt, sie bestehen zumindest, darauf im Sinne einer fortgetriebenen Partizipation an Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Typisch für diese Art der Politisierung der Bevölkerung ist die Dezentralität der ganzen Geschichte, da – Partizipierung, Dezentralität, Demokratisierung – liegen ja die eigentlichen Antworten der gesellschaftlichen Veränderungen. Ich habe jetzt von den Alternativen (wenn du so willst) nur das formell-politische bezeichnet, dort wird darauf geantwortet, daß die Entwicklung der Produktivkräfte eine destruktive Wendung nimmt, daß die soziokulturellen Homogenisierungen in den bürgerlichen Gesellschaften eine destruktive Wendung genommen haben. Also alles das, womit wir Marxisten einst Hoffnungen verbunden haben, daß nämlich die Entfaltung der Produktivkräfte die Welt vorantreibt, daß es das Produktionsverhältnis – als Privateigentum definiert – ist, das ständig historische Prozesse blockiert, das kehrt sich mit einem Mal um: Die destruktive Kraft der Produktivkräfte fängt an, sich von der Frage des Eigentums an Produktionsmitteln zu emanzipieren. Genauso mit der soziokulturellen Homogenisierung der Bevölkerung, diese Lust am Fortschritt, die Marx und Engels besetzt hat, als sie gezeigt haben, wie die bornierten Gemeinwesen in ihrer Lokalität end-

Fortsetzung von Seite 7

sinnungsschnüffelei, Medienzensur usw. Muß der „Mittelstand“ tatsächlich dazu herhalten, das radikaldemokratische Element in der alternativen Wahlbewegung zu beschneiden?

KH: „Das Wort radikaldemokratisch ist vielleicht nicht immer so populär. Ich würde also sagen, wir sollten für mehr Demokratie und Menschlichkeit und mehr Schutz des Lebens eintreten. Natürlich gehört zu all diesem eine Politik, die mit den Reglementierungen unseres Staates, unserer Gesellschaft, bricht, wie sie von Großindustrie und etablierten Par-

Fortsetzung auf Seite 9

Interview mit Prof. P. Brückner ...

Fortsetzung von Seite 8

lich aufgelöst werden in der großen Urbanisierung des Kapitalismus. Diese neuen kulturellen Orientierungen, die möglich werden in den Qualifikationsprozessen. Sogar Bauern haben heute Radio und Fernsehen. Die alternativen Gruppierungen antworten nun auf diese Verkehren. Und sie antworten drittens auf eine Veränderung im Charakter der Gesellschaft. Auch da haben wir Marxisten immer eine Positivität des Kapitalismus gesehen, in der hohen Vergesellschaftungsqualität der Arbeit. Ja, wo ist sie eigentlich geblieben? Die Arbeit, wie sie konkret geleistet werden muß, dequalifiziert, jedenfalls immer mehr heute. Sie ruiniert sie, sie bricht ihnen die Gesundheit, die Moral, das Selbstbewußtsein oder was auch immer. Dieser Aufstand gegen die zerstörerische Entwicklung der Produktivkräfte, gegen die zerstörerische Entwicklung der Kultur des Bürgertums, die Wendung gegen die zerstörerische Natur gesellschaftlicher Arbeit. Da liegen ja die eigentlich wirklichen begründbaren

Alternativen.

So wie es sicher zwischen SPD und CDU und FDP eine Art stillschweigende große Koalition gibt gegen bestimmte Aspekte dieser alternativen Bewegung, so gibt es auch zwischen dem „realen Sozialismus“ und dem Kapitalismus eine stillschweigende große Koalition in Bezug auf die alternativen Bewegungen. Das siehst du an solchen Teilphänomenen wie der Dissidenten, die da rumlaufen.

Wenn das soweit eine vernünftige Überlegung ist, die wir hier angestellt haben, müßte man sagen, daß viel darauf ankommt, die Inhalte und Formen einer politischen Alternative so weit wie möglich öffentlich zu machen. Verstehst du, diese alternativen Bestrebungen können sich eigentlich nur verbreitern. Die können sich nicht verbreitern durch eine sogenannte straffe Organisation, die können sich nicht verbreitern durch eine Repräsentation auf nationaler Ebene in einer Partei, die können sich nur verbreitern, indem in immer mehr Subsystemen des gesellschaftlichen Prozesses immer mehr Leute fast lehrstückerartig

an den alternativen Bewegungen lernen, was gleichwohl zu machen ist oder was sie, die Leute, tun könnten, um wenigstens ein glücklicheres und produktiveres Verhältnis zu gewinnen zu der beschissenen Entwicklung, in der wir stecken.

Ich meine, eine dieser Medien, um alternative Bewegungen öffentlich zu machen, ist natürlich die Beteiligung am Wahlkampf. Nach wie vor sind Wahlkämpfe, sind Parlamente, Gemeinde- und Landesparlamente, möglicherweise auch Bundesparlamente Bühnen, auf denen die verschiedenen Möglichkeiten, sich politisch zu artikulieren und über Fernsehen, Medien usw. in die Öffentlichkeit zu gelangen, bestehen.

Gut, man kann immer die alte Sauberkeitsfrage stellen, nämlich inwieweit letztlich das, was an den Alternativen verändert ist, in den Medien der reduzierten bürgerlichen Öffentlichkeit überhaupt erscheint. Das ist eine fast schon subtil gewordene Frage. Ich halte es nicht für schlimm, wenn da Verluste auf dem Wege durch die bürgerlichen Medien, durch

die Parlamente eintreten.

Kurz, gerade, weil Strauß oder Albrecht neue Formen eines Unglücks sind, das Schmidt und die SPD/FDP-Koalition schon darstellen, müssen wir eigentlich eine Beteiligung der Alternativen an den Wahlausscheidungen wünschen und unter langfristigen Gesichtspunkten in Kauf nehmen, daß wir damit vielleicht die gegenwärtige Regierungskoalition wertvoller Stimmen berauben, ohne selbst parlamentarisch in Erscheinung zu treten. Das kann ja passieren, daß 4,5 % Stimmen für die Grünen und Bunte Listen genau das mitbewirken, wogegen sie sich auflehnen, auch auflehnen, nämlich ein Wahlsieg von Strauß — CDU/CSU. Aber, wie gesagt, man muß das ja ein bißchen langfristiger sehen. Der Weg einer politischen Orientierung zu dem Zeitpunkt hin, wo sie wirklich Einfluß nehmen kann auf öffentliche Ereignisse, ist immer ein Weg, der über Niederlagen führt.

Frage: Wie sinnvoll so eine Kandidatur von grünen und bunten Alternativen?

tivisten ist, die wäre ja positiv beantwortet?

Brückner: Die wäre positiv beantwortet.

Ich weiß also, daß wir unter Umständen dadurch eine CDU/CSU-Mehrheit in Kauf nehmen, die möglicherweise uns noch in ganz anderer Weise unserer Entscheidungsmöglichkeiten berauben wird, als daß es die SPD/FDP-Koalition eh schon tut. Aber es besteht doch kein Grund zur Panik, die Lage in den gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaften, die produziert, scheint mir, keine eindeutigen Mehrheiten mehr, damit meine ich, es ist nicht damit zu rechnen, daß eine CDU/CSU-Koalition über mehr als nur knappe Mehrheiten verfügen wird. Wenn aber 45 oder 46 oder 48% der Bevölkerung von der Opposition vertreten werden, ist die Handlungsfähigkeit jeder Regierung beschränkt, auch die einer CDU/CSU. Ganz abgesehen von internationalen Verflechtungen, die ihre Bedeutung haben.

Interview mit Prof. O. Negt zu den Bundestagswahlen

Zunächst kann man sagen, daß diese Strauß-Kandidatur für mich eine Art katastrophischer Einschnitt in der Entwicklung der Bundesrepublik ist, weil ich glaube, daß die Möglichkeit der Okkupation von zwei zentralen Stellen dieses Staates, also der Funktion des Bundeskanzlers und der Funktion des Bundespräsidenten unter den Voraussetzungen deutscher Geschichte unabsehbare Folgen hat. Mir scheint das ein qualitativ neuer Schritt der Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte zu sein, wobei bei der Staatsfixierung der Deutschen, im übrigen auch zum Teil der deutschen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, dieser Versuch, das autoritär-konservative Lager auf diese Weise zu stabilisieren, hierdurch einen weiteren Schritt vorangekommen ist. Ich erwähne das deshalb besonders, weil eine der empfindlichsten Niederlagen, die dieses konservativ-autoritäre Lager in den letzten 10 Jahren erlitten hat, nämlich in gewisser Weise den Verlust der kulturellen Hegemonie in diesem Lande, daß das jetzt auf ganz andere Weise mit Staatshilfe mit den in der Zeit der sozialliberalen Koalition geschaffenen Repressionsmittel durchgesetzt werden könnte. Was diese Polarisierung für das Wählerverhalten der SPD bedeutet, läßt sich schwer abschätzen. Nur an einem Punkt: glaube ich, lassen sich doch mittel durchgesetzt werden könnte. Was diese Polarisierung für das Wählerverhalten der SPD bedeutet, läßt sich schwer abschätzen. Nur an einem Punkt: glaube ich, lassen sich doch einigermaßen zuverlässige Prognosen machen. Es wird zu einer Verkleinerung von Konflikten kommen, die es in der SPD gegeben hat, die es in den Gewerkschaften gegeben hat, die es in der Beziehung zwischen SPD und Gewerkschaften gegeben hat. Konflikte, die meines Erachtens ausgetragen werden müßten, wenn so etwas wie eine normale demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik zustande kommen soll. Ich sehe gerade darin einen großen Fortschritt der letzten 10 Jahre, daß reale gesellschaftliche Konflikte aufgebrochen sind und daß sie auf allen Ebenen nach politischen Ausdrucksformen suchen. Diese Ausdrucksformen oder diese Formen eines politischen Klassenkampfes sind noch unterentwickelt, aber sie sind in Ansätzen vorhanden. Und es gibt auf allen Ebenen nicht mehr diese monolithischen Blöcke, die die realen Klassenkonflikte einfach auf die Konflikte zwischen Staat und Gesellschaft oder zivilem Ungehorsam und Repression reduzieren, sondern hier tastende Versuche machen, in gewisser Weise die fatale Erbschaft der Nachkriegsperiode abzubauen. Und da könnte ich mir vorstellen, daß schon die Straußkandidatur alleine wiederum einen Rückschritt bedeutet, was jetzt das linke Potential anbetrifft. Ein Rückschritt liegt darin, daß das Austragen offener Konflikte blockiert wird, verschoben wird auf einen gemeinsamen Feind, der in der Tat bedrohlich ist für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Und ich kann mir durchaus vorstellen, daß es gerade der rechten SPD sehr gelegen kommt, mit solch einer Polarisierung, die ganz sicherlich von der Strauß-Clique sehr extensiv betrieben wird. Mit solch einer Polarisierung, die Dissidenten innerhalb der eigenen Partei, aber vor allen Dingen auch innerhalb der Gewerkschaft, in Schuldgefühle zu bringen, also Loyalität zu verlangen. Vielleicht sogar mit dem Versprechen, wenn es dann erfolgreich ist, wieder Konflikte zuzu-

lassen. Aber das ist ein altes nicht eingehaltenes Versprechen, das heißt, die Formel vom „geringeren Übel“ wird wiederum auf uns zukommen. Ich muß sagen, jedenfalls was die ältere Generation anbetrifft, wie mich, die noch die Trennung von der SPD mitgemacht haben, SDS, Protestbewegung — ich bin nicht frei von diesen Schuldgefühlen, was mein eigenes Verhalten anbetrifft. Ich könnte nicht einfach sagen: Also mir ist gleichgültig, was jetzt mit der SPD passiert, was mit den Gewerkschaften passiert, ob Strauß gewinnt oder nicht. Mir persönlich ist das absolut nicht gleichgültig und mit Sicherheit profitiert die Linke nicht davon. Insgesamt nicht, es wird weder die Parteilinke innerhalb der SPD profitieren, noch werden die Gewerkschaften profitieren, noch werden die Alternativen Gruppen davon profitieren. Denn sie werden mit einem geschlossenen Staatsapparat hier konfrontiert werden, der wie gesagt durch die sozialliberale Koalition eigentlich alle Repressionsmethoden zur Verfügung gestellt bekommen hat, die aber unter diesen Bedingungen nicht voll ausgenutzt worden sind.

Frage: Das heißt, daß Sie auch nach der Erfahrung mit 10 Jahren SPD-Regierung wesentlich mehr Lücken sehen, als bei einer CDU-Regierung?

Frage: Das heißt, daß Sie auch nach der Erfahrung mit 10 Jahren SPD-Regierung wesentlich mehr Lücken sehen, als bei einer CDU-Regierung?

Negt: So würde ich sagen. Die Hemmnisse, wenn man so will, anthropologisch gesprochen die Beißhemmnisse, sind größer, obwohl die Repressionsmittel gewaltig sind. Die sozialliberale Koalition hat eigentlich eine ganze Reihe von Reformprojekten angedeutet, in Gang gesetzt; aber nur in einem Punkt gibt es eine kontinuierliche Steigerung, quantitative und qualitative Steigerung der Entwicklung, nämlich den Ausbau des Sicherheitsapparats. Das ist gewissermaßen das kontinuierlichste was es gibt. In allen anderen Punkten hat diese Koalition auch zurückgegriffen, sich begeben auf bloße Verteidigung — Schulpolitik, Bildungspolitik, was Rechtspolitik anbetrifft. Verteidigungs- und Kompromisspositionen. Konsequenz ist es wirklich in einem beängstigenden Ausmaß im Ausbau des Sicherheitsapparats. Und diesen Sicherheitsapparat würde eine Konservative, eine Rechte in einer Weise ausschöpfen, wie wir es uns vielleicht jetzt noch nicht vorstellen können.

Frage: Sie sagten vorhin, daß die Bildung eines monolithischen SPD-Blocks eine demokratische Entwicklung verhindert. Was bedeutet für Sie in diesem Zusammenhang eine Kandidatur bunter und alternativer Listen? Hat das für Sie einen politischen Sinn und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Negt: Ich glaube, hier ist es nötig, zwei Dinge voneinander zu trennen. Daß die alternativen Projekte, Initiativen sich in diesem Integrationsdruck einer sozialliberalen Kampagne — möchte ich sagen —, wenn die sich in diesem Zusammenhang auflösen würden, verstreuen würden, aufgeben würden, hielte ich das für ganz fatal. Das würde bedeuten, daß die Initiativen, die hier entstanden sind, aus taktischen Gründen entstanden sind. Was nach meiner Auffassung nicht der Fall ist. Sondern in diesen Alternativen drücken sich strukturelle Ent-

wicklungstendenzen der Gesellschaft aus, die von den etablierten Parteien nicht beantwortet werden können. Und zwar auch aufgrund der Struktur dieser Parteien. D.h. man muß zwei Dinge voneinander trennen: Ich habe immer dagegen gesprochen, daß die Linke sich alternativ äußert in einem Stadium, in dem die schwachen Kräfte schlicht zählbar sind. D.h., daß sich die Linke auf das parlamentarische Spiel von Machtkonstellationen einläßt in einer Phase, in der sie einfach schlicht schwach ist. Auf der einen Seite soll eine weitere Stabilisierung dieser Basisaktivitäten und der Organisation dieser Basisaktivitäten erfolgen, auch langfristige und überregionale Organisation dieser Tätigkeiten, sogar in verstärktem Ausmaß, verstärkterem Ausmaß als bisher, weil das der einzige Schutz für diese Initiativen ist, weil sie anders auch nicht überleben werden. Aber gleichwohl muß in diesen Initiativen und in der Linken eine Art Bewußtsein entstehen, was politische Macht ist in der Gesellschaft. Politische Macht auch in dem Sinne, daß sie sehr wohl einkalkulieren muß, daß ein Sieg der CDU die Machtverhältnisse schwerwiegend verändert. D.h., man muß Wahlvotum und Stabilisierung der Basis etwas voneinander ablösen. Es ist durchaus denkbar, daß die Alternativen keine eigenen Listen aufstellen, weil sie als verändert. D.h., man muß Wahlvotum und Stabilisierung der Basis etwas voneinander ablösen. Es ist durchaus denkbar, daß die Alternativen keine eigenen Listen aufstellen, weil sie als

verändert. D.h., man muß Wahlvotum und Stabilisierung der Basis etwas voneinander ablösen. Es ist durchaus denkbar, daß die Alternativen keine eigenen Listen aufstellen, weil sie als Alternative im parlamentarischen System einfach zerrieben werden und selbst wenn die alternativen Listen auf 5 % kämen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie sie sich im parlamentarischen Spiel mit den paar Abgeordneten, die sie reinbringen und mit den sehr kontroversen Auffassungen, die es bei den Linken gibt, irgend etwas ausrichten könnten. D.h. den Kampf auf dieser Ebene halte ich überhaupt gegenwärtig noch für verfehlt. D.h. ich halte eine Konstellation denkbar, daß keine alternativen Listen aufgestellt werden, daß eine Wahlempfehlung durchaus für die SPD stattfindet und gleichwohl die Identität dieser Gruppierungen sich gründet auf die fortgeführte Basisaktivität, auch gegen die etablierten Parteien, d.h. daß das nicht eine einheitliche Struktur ist, sondern daß in diesem Moment eine Art taktisches Denken in Machtkonstellationen auch bewußt werden muß. Wenn man sich dessen bewußt ist, daß ein Sieg der CDU/CSU, also praktisch ein Sieg der CSU, auf diese alternativen Positionen in einer Wucht zurückschlagen wird, von denen sie nicht profitieren wird. Unter gegenwärtigen unentfalteten Klassenkampfbedingungen in der Bundesrepublik eine sehr fatale Situation. Verstehen sie, meine Position ist, Stabilisierung dieser Aktivitäten und gleichzeitig nicht sich aufs parlamentarische Spiel einlassen mit einer, also mit alternativen Listen, sondern darauf verzichten, aber gleichwohl den politischen Kampf an den Fronten weiterführen, wo es notwendig ist.

Frage: Sie sehen also in den alternativen Listen, was die parlamentarische Ebene angeht, als keinen Faktor, als zu unwesentlich?

Negt: Sehr richtig! Hier können sie nichts gewinnen, hier können sie — glaub ich sogar — nur verlieren. Sie können ihre Ansprüche demonstrieren, aber das sind Demonstrationen

und häufig auch moralische Ansprüche, daß wir etwas sind und hier auch mitreden wollen, aber politisch hat das eine ganz geringe Bedeutung.

Frage: Aber es hat ja in dem Moment Bedeutung, wo es auf das Wählerverhalten Einfluß hat.

Negt: Ich glaube gar nicht, daß man so sehr viel liberale Empfehlungen machen kann: Ich bin der Überzeugung, daß sehr viele Wähler, die vorher die alternativen Listen gewählt haben, ohnehin — ob man eine Wahlempfehlung gibt oder nicht — umschwenken werden. Also insofern muß man sich auf die reale Macht...es hat keinen Sinn, eine Trotzhaltung einzunehmen. Wenn die alternativen Listen (wenn dies zustande kommen soll) noch auf die Hälfte reduziert werden, wo noch mal gezeigt wird: Hört mal zu, ihr verkennt die realen Machtverhältnisse — das wäre tödlich, das könnte tödlich sein für die alternativen Listen. Aber es müßte nicht tödlich sein, ein Verhalten der alternativen Listen, wo sie sagen, wir sind entschlossen, in den sauren Apfel zu beißen und keine Listen aufzustellen, aber unter den und den Bedingungen — wir führen unseren Kampf an der Basis weiter und wir identifizieren uns dadurch auch nicht mit den

len, aber unter den und den Bedingungen — wir führen unseren Kampf an der Basis weiter und wir identifizieren uns dadurch auch nicht mit den Etablierten.

Frage: Also kommunalpolitisch ja, aber auf Bundesebene nicht.

Negt: Meinetwegen auch auf Landesebene, wenn sie wollen. Ich bin skeptisch über diese Formen der Anbindung ans parlamentarische Kräftespiel unter gegenwärtigen Bedingungen, aber da wäre es nicht gefährlich — auf der Kommunal- oder Landesebene.

Frage: In der heutigen Situation würden sie also sagen: Zur Verhinderung der Möglichkeiten für die CDU, doch diesmal wieder eine SPD-Wahl.

Negt: Tja — ich seh nichts anderes. Ich weiß, das ist sehr angreifbar mit diesem kleineren Übel, das natürlich auch die SPD-Rechte immer kalkuliert. Aber es hängt ein bißchen vom Selbstbewußtsein dieser alternativen Bewegung ab. Jedenfalls für Lenin ist das nie ein Problem gewesen, Identität zu bewahren und Kompromisse zu

machen. Es ist ein bißchen das Problem dieser alternativen Bewegungen: Jeder Kompromiß zerstört die Identität. Das ist ein Element auch von Schwäche und nicht von Stärke — zu demonstrieren, daß wir noch etwas sind. Und ich muß sagen, was besonders bitter noch ist für eine solche Entscheidung, ist die offenkundig sehr aktiv betriebene Kernenergiepolitik der sozialliberalen Koalition. D.h. da ist noch ein Punkt, der selbstmörderisch ist für die sozialliberale Koalition — in dieser Situation in der Kernenergie-debatte auf einen Punkt hin zu steuern, wo sie sich keine Freunde in der Linken machen, ob sie Wählerstimmen von der Rechten bekommen, ist doch höchst zweifelhaft.

Auf der anderen Seite bin ich der Meinung, daß es zu einer starken Polarisierung kommen wird auch auf Seiten der Linken. Ich kann mir vorstellen, daß jetzt wieder die Kampagnen, die damals eingesetzt haben für die sozialliberale Koalition, also daß sich die Schriftsteller wieder engagieren, Grass wird wahrscheinlich, vermute ich, durch die Lande ziehen. Auch auf der Linken wird es Wählerpotential integrieren und erschließen, das irgendwie durch diese Enttäuschung gegenüber der sozialliberalen Koalition verlorengegangen ist.

potential integrieren und erschließen, das irgendwie durch diese Enttäuschung gegenüber der sozialliberalen Koalition verlorengegangen ist.

Frage: Aber das ist ja ein Widerspruch: Die alternative Bewegung sammelt breit gestreuten Protest und ist das was eine normale demokratische Entwicklung vorwärtsbringen könnte, das sagen auch sie. Andererseits sagen sie, es ist von Schaden, wenn sich die Alternativen in dieser Situation melden. D.h. für sie verhindert der monolithische Block der SPD, der durch die Strauß-Kandidatur hergestellt wird, eine demokratische Entwicklung, sie sagen aber auch, daß er dennoch hergestellt werden muß.

Negt: Dieses Monolithische würde nicht konfliktlos ablaufen, wie in der Nachkriegsperiode, sondern das einmal Aufgebrochene wird nicht zu beruhigen sein, es wird auch nicht so sein, daß ein möglicher Sieg von Strauß und seinen Kumpanen diesen Konflikt aufheben wird. Bedrückend dabei ist, daß wir immer nach CDU-Perioden von vorne anfangen müssen.



Anzeige

Aus dem Inhalt:

Kinder
Steve B. Peinemann über Afa-Altona:
Geisterfahrt durch den Behörden-Dschungel

Umwelt akut
Chemiewerk-Fabrik demnächst in Billwerder

Stadtplanung
Abriß und kein Ende —
Noch mehr neue Straßen

Anti-AKW
Kirchenleitung schießt gegen
St.-Petri-Pastoren

Extra
Vier Seiten Theater
Interview mit Iwan Nagel

Weitere Stellungnahmen zur Bundestagswahl

Ali Schmeisner

In einer Sache waren sich die Parteivorsitzenden der im deutschen Bundestag vertretenen Parteien nach der ersten Hochrechnung zu den Wahlen zum Europaparlament einig. Es handele sich keinesfalls um eine Testwahl für Landtags- und Bundestagswahlen in der BRD. Mit dieser Einmütigkeit versuchten sie, ein Gespenst zu verdrängen, dessen Trend allemal in Wahlergebnissen zum Ausdruck kommt: das Maß an Zustimmung des Wahlvolks zur Politik der bürgerlichen Parteien. Und gerade auf dem Sektor Massenloyalität waren die Einbußen überdeutlich. Im europäischen Musterland BRD war es bei staatlich organisierten Wahlen zu einer Wahlbeteiligung von 65,9 % gekommen, 14,6 Millionen Wahlberechtigte, also mehr als ein Drittel des bundesdeutschen Wahlvolks, waren aus unterschiedlichen Motiven nicht zur Wahl gegangen. 0,9 % stimmten ungültig. Die Grünen konnten 3,2 % und die DKP 0,4 % der Wählerstimmen für sich verbuchen. Insgesamt der Verlierer der Europawahlen war die sozialliberale Koalition, während das Ergebnis der Grünen den Trend der Landtagswahlen seit Niedersachsen, Hamburg und Westberlin bestätigte.

Eine Zusammenrechnung des INFAS-Institutes bestätigte auch, daß das Europaergebnis ziemlich genau dem Trend der Landtagswahlen von 78 und 79 entspricht: 0,6 % Gewinne bei der konservativen CDU/CSU, 3,1 % Gewinne im Lager der Bürgerrechtsprotestbewegung und Verluste von 1,7 % bei SPD und 2 % bei der FDP.

Die nicht mehr abbrechende Diskussion im Lager der herrschenden Parteien und Zunahme von Analysen der Wahlarithmetiker, die Spekulationen über die CSU als bundesweite Vierte Partei bestätigten eigentlich nur, daß die Testwahl für die Bundestagswahlen 1980 mit den Wahlen zum Europaparlament stattgefunden hat.

Der entscheidende Faktor für politische Stabilität, wie es die Herrschenden nennen, oder für die Chance politischer Veränderungen im Parteienggefüge liegt zweifellos im Bereich der Nichtwähler, deren Potential an Wechselwählern bei den Bundestagswahlen 1980 den Ausgang des Konkurrenzkampfes um die Staatsmacht im Lotteriespiel für die Herrschenden werden kann. Konsequenz setzen die Macher der Sozialliberalen deshalb auch sofort nach den Wahlen auf diejenigen politischen Scheinlösungen, die in der Strukturkrise des Kapitals den Ausweg aus der sozialen Verunsicherung bieten sollen: Durchsetzung des Atomprogramms, Führungsstärke des Staatsapparats, imperialistisches Engagement in den Krisenherden der Weltpolitik.

Der „linke“ Programmversuch bei den Europawahlen, das Zaudern in der Gorbelenfrage und das Taktieren um die Vergangenheitsbewältigung, – Holocaust, Carstens und Verjährung – haben der SPD/FDP Koalition den erwarteten taktischen Integrationsversuch beim frustrierten Protestpublikum in der Jugend, der Gewerkschaftsbasis und unter den Umweltschützern nicht ermöglicht. Die Bürgerprotestbewegung, die vor allem durch die Erfahrungen des Kampfs gegen Kernkraftwerke und des Deutschen Herbstes entstanden ist, die sich tendenziell in den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die Folgen der Rationalisierung herausbildet, die eine Grundstimmung breiter Teile der Jugendlichen dokumentiert, hat erkannt, daß sie selbst das kleinere Übel zur Reformfähigkeit der Sozialliberalen ist. Für die westdeutsche Linke, die quantitativ gesehen, in ihrer gesamten Zersplitterung eher eine marginale Kraft im Rahmen der Bürgerprotestbewegung ausmacht, stehen heute sicherlich andere Fragen im Vordergrund als der Kampf um die Hegemonie der Bürgerprotestbewegung. Immerhin ist es der übergroßen Mehrheit der sozialistischen Strömungen nach der außerparlamentarischen Opposition gelungen, sich in nicht-sektiererischer Weise in die gesellschaftlichen Konflikte um das Atomprogramm, die kapitalistische Krisenbewältigung und die entdemokratisierten Zustände der bünderepublikanischen Alltagspolitik

einzugliedern; während Sektoren wie KBW oder DKP das Produkt ihrer permanenten Spaltungspolitik und ihrer eigenen Isolation vorfinden, so biederemännlich sich die Politik der DKP auch auf die sozialdemokratischen Massen ausrichtet. Die Restabilisierung sozialistischer Kritik, die perspektivisch innerhalb der kommenden Massenausschüttungen ihren geläuterten Positionen in Theorie und Praxis wirkungsvoll beitragen kann, die ein Maß an politischer Solidarität entwickelt, das die Uragang penetranter Zersplitterung und Wirkungslosigkeit bei den in einem politischen Gärungsprozeß befindlichen Protestpotentialen befindet, ist und bleibt Hauptaufgabe. Basisprozesse in allen gesellschaftlichen Bereichen solidarisch zu fördern, technisches und organisatorisches Rückgrat zu bilden und sich in das Aktionspotential einzuordnen, ohne gleichzeitig den Frust der eigenen Marginalität oder die entwicklungsbedingten Rückständigkeit der Protestpotentiale zu bejammern und sich dadurch zum Sektierertum verleiten zu lassen, haben die Priorität in der Kontinuität langfristig angelegter antikapitalistischer Prozesse, die selbstverständlich das gesamte Spektrum von Fragen nach Demokratie, Ökologie und Ökonomie etc. einzuschließen haben.

Bei den Europawahlen hat ein nicht zu unterschätzender Teil der Bürgerprotestbewegung unter Argumentationslinien von antiparlamentarischer Politik, anti-europäischer Orientierung oder Differenzen zu den politischen Trägern der Wahlvereinigungen der Grünen den Wahlboykott einem Protestwählerverhalten vorgezogen. Derjenige Teil der Linken, der sich in kritischer Solidarität für eine Wahl der Grünen eingesetzt hat, wirkte nicht ausschließlich überzeugend, zumal dann, wenn sich wichtige Strömungen parlamentarischer Protestorientierungen wie etwa die Bunte Liste Hamburg oder die

gund, zumal dann, wenn sich wichtige Strömungen parlamentarischer Protestorientierungen wie etwa die Bunte Liste Hamburg oder die Alternative Liste Westberlin gegen die Europawahlen stellten und sich insbesondere unter desillusionierten Spontaneisten und Autonomen wenig Ansätze zu gemeinsamer konstruktiver Diskussion boten. Aber es hat sich auch gerade dort gezeigt, wo ein Zusammengehen trotz aller Heterogenität von Vertretern der Neuen Linken mit traditionell reformerischen Kräften unter den Ökologen zur Herstellung politischer Öffentlichkeit genutzt wurde, daß das Potential einer Abwendung von sozialliberaler Wählerloyalität längst nicht durch die 3,2 % der Grünen erschöpft ist. So hat beispielsweise nach einer Podiumsdiskussion vor mehr als 2000 Teilnehmern an der Universität Tübingen mit Rudi Dutschke, Josef Bois von den Grünen, Andreas Buhr vom Sozialistischen Büro und mir ein Wahlergebnis von annähernd 12 % in der Stadt Tübingen für die Grünen die herrschenden Parteien durchaus erschreckt. Daß sich nach dieser Testwahl die Herausbildung einer alternativen Liste für die Gemeinderatswahlen im Herbst beschleunigt entwickelt, ist verständlich, ist doch gerade die Skepsis, aber auch die Unfähigkeit, politische Prozesse einzuschätzen, ein häufiger Hemmfaktor für das alternative Kräftepotential in seiner individuellen Entfremdung. Schon heute sollte im Hinblick auf verschiedene Landtagswahlen und die im Herbst 1980 stattfindenden Bundestagswahlen, insbesondere in der Neuen Linken klar sein, daß die Verbindungen sozialistischer Strömungen und der Ökologiebewegung sich in den Verlaufsformen des Loyalitätsentzugs breiterer Protestpotentiale unter der Bevölkerung ebenso abspielen wie in der täglichen Kleinarbeit der Bürgerinitiativen und spektakulärer Großdemonstrationen, in der Gewerkschaftsarbeit oder im Hochschulsektor, in kommunalen Interessenkämpfen oder in der stillen Hoffnung nach Menschenrechten und Krisenlösungen. Verlaufsformen wie Wahlboykott oder positive Zustimmung zu Alternativen zum Bonner Parteienspektrum sind beides keine sozialistischen Lösungen. Sie sind aber Schritte zur Enttarnung und Aneignung von Macht unter den gegebenen Verhältnissen. Und sie sind Möglichkeiten zur Verbreiterung der Basis eines den derzeitigen kapitalistischen Verhältnissen

entgegenstehenden Potentials unter der westdeutschen Bevölkerung, auf dem Weg in seine Zukunft der Barbarei auszuweichen. Die Neue Linke muß sich an diesen Prozessen beteiligen und in die Diskussionen um die Bildung einer breiten Alternative zu den Bonner Parteien einreten. Vor allem aber kann sie das nicht mit maximalistischer Herangehensweise oder besserwisserischer Abstinenz. Die Herausbildung eines Stücks Basisdemokratie und die umständliche Adresse an die herrschenden Parteien, daß ihr politischer Kurs von uns nicht weiter mitgetragen wird, muß Grundkonsens neben allen taktischen Varianten und historischen Gegebenheiten sein, die in dem weiteren Prozeß einer ernstgemeinten Debatte um die Beteiligung an den Bundestagswahlen auf uns zukommt. Wenn es zu keinen Gemeinsamkeiten kommt und im wesentlichen auch nach 1980 alles beim Alten bleibt, selbst dann, wenn verschiedene Charaktermasken des Kapitals sich in den Regierungssesseln auswechseln, ist es zuallererst unser politisches Versagen, selbst dann, wenn die herrschende Klasse noch mehr als bisher bei diesem politischen Prozeß mitmischen würde.

Pastor Hermann Bergengrün

Demokratische Massenwahlen bringen keine echte Mobilität des politischen Bewußtseins zum Ausdruck. Das liegt an Beharrungsmomenten wie Weltanschauung, aber auch kurzfristigen Fehlentwicklungen, mit denen Wähler ihre Projektionen auf die etablierten Parteien besetzen. Eine gemeinsame Zukunftsgestaltung hat für den Wähler fast nichts Rationales, was er kontrollieren oder bestimmen könnte oder durch seine Wahl wenigstens beeinflussen.

Die etablierten Parteien führen gegenüber dem Wähler die Rationalität ihrer Politik in einer Beliebigkeit vor, daß herausgestellte Personen einen undemokratischen Stellenwert für die Wahl gewinnen können. Das kann man schon daran erkennen, daß diese Personen so unabhängig vom Programm ihrer politischen Partei sind, wie sie abhängig sind von ihrem Marketing. Einem solchen Typen wie F.J. Strauß ist doch inhaltlich nur eins wichtig: Er ist ein starker Mann vor einer ungewissen Zukunft. Daß die Zukunft ungewiß ist, das weiß jeder Wähler aus der Vergangenheit.

Natürlich hat der amtierende Kanzler ein besseres Marketing. Das ist die Chance der SPD. Alle darüber hinausreichenden Anstrengungen der SPD haben meines Erachtens noch marginalen (untergeordneten) Wert.

Demokratische Massenwahlen produzieren aber auch Mehrheitsverhältnisse; sind diese knapp, haben die wahren Minderheiten politisch rationaler Wähler eine Chance. Guckt man genau hin, handelt es sich bei diesen Wählern eh schon fast ausschließlich um Liberale und Linke. Ich schätze diese Wählergruppe stark genug ein, daß sie wahlentscheidend agieren kann. Letztlich wird aber auch hier die Antwort auf die Frage entscheiden: Wieviel Angst vor Repression können wir ertragen, wieviel furchterregende Zuspitzung vor dem Ausbau wirtschaftlicher Monopolstellungen vermittelt staatlichen Machtzuwachses auf der einen und von Subversivität, Widerstand und fehlender Loyalität können und wollen wir auf der anderen Seite zulassen oder sogar erreichen. Meine Antwort ist: Je weniger Angst vor Franz Josef Strauß, desto richtiger wird die Wahlentscheidung. Kommt er dran, sehe ich durchaus die Chance einer neuen linken ökologischen Partei; d.h., die SPD wäre freier und ungebundener, breite Wahlbündnisse einzugehen. Ob sie's täte – z.B. „AKW nee“ zu sagen –?! Es wäre ja ein Treppenvitz, wenn die Gewerkschaften dann in die Mitte rutschen, wenn sie nicht aufpaßten. Auf jeden Fall würde es die SPD stärken. Ob auch zahlenmäßig, bleibt abzuwarten. Aber sie erhielte wichtige politische Aufgaben: Alternativen und vor allem auch politischen Widerstand vor staatlichen Zugriffen in Schutz zu nehmen, und sie könnte sich endlich wieder innenpolitisch stärker betätigen.

Drittens: das Verhalten von Wählern, die schon mal grün, bunt oder alternativ gewählt haben oder es wollten, kann ich nur sehr schwer einschätzen. Hier kommt's doch wohl in erster Linie darauf an, daß die farbigen Parteien überzeugend handeln und reden. Ich weiß auch gar nicht, ob CDU- oder SPD-Wähler nibelungentreuer sind, wenn ich die konservative Politikstruktur – vor allem der Grünen – richtig sehe; die sind ja wirklich nicht links. Für mich ist eben heute noch nicht ausgemacht, bei wem sich eben ein Konservativer „bewahrter“ fühlt – bei Franz-Josef Strauß oder bei einer grünen Partei. Die grüne Partei kann ja nun wirklich das Geschäft mit der realen Bedrohung von Heimat und Leben und vielen Gütern betreiben, statt immer das Geschäft mit der Angst vor Projektionen betreiben zu müssen, wie es die CDU/CSU macht. So gesehen fürchte ich für die SPD nicht mehr Verluste an Wählern als für die CDU/CSU. Das heißt, ich fürchte überhaupt nichts – mein Problem ist, daß linke politische Gruppen sich bis zur Unkenntlichkeit an die Farbenparteien anpassen könnten und bei allem alternativen Lebensstil und alternativer Energie usw. die politische Alternative zur etablierten Parteidemokratie verlieren, eben die Hoffnung auf Überwindung der Untertänigkeit unter kapitalistischer Despotie.

Boje Maaßen, Kreis tagsabgeordneter der G L Nordfriesland

„Die Konstellation Schmidt/Strauß bei den Bundestagswahlen 1980 ist für uns Ökologen die denkbar schlechteste. Es kann die perverse Situation entstehen, daß wir den Promotor der Atomenergie und des umweltschädlichen Wirtschaftswachstums, Schmidt, unterstützen müssen, um zu verhindern, daß Strauß Bundeskanzler wird, was aus politischen Gründen prinzipiell zu vermeiden ist.“

Trotz einiger guter personeller und programmatischer Ansätze ist die SPD als Ganzes nach wie vor nicht in der Lage, die großen anstehenden Probleme wie Zerstörung der Umwelt, der physischen und psychischen Gesundheit, die Arbeitslosigkeit und die Ausbeutung der Dritten Welt zu verhindern. Die gegenwärtige politische Situation verlangt die Einheit der alternativen, bunten und grünen Listen und Bürgerinitiativen, wie sie bei den Grünen im Europawahlkampf vorstrukturiert worden ist. Ich will aber hier ebenfalls meine Bedenken gegenüber bestimmten Gruppierungen nicht verhehlen, in der Hoffnung, daß diese Bedenken positiv verarbeitet werden. Ich habe etwas gegen zentralistische Strukturen und gegen die dogmatische Beharrung auf Konzepten, die die ökologischen Notwendigkeiten nicht adäquat berücksichtigen.“

Eva Rath

Eine mögliche Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß bedeutet für uns Frauen eine enorme Bedrohung. Strauß als Bundeskanzler, das hieße die geringsten Ansätze einer Liberalisierung in der Handhabung des § 218 wieder zu verlieren, das hieße Strammstehen für Frauen beim Bund, das hieße zurück mit den Frauen an Heim und Herd, das Mutterkreuz für die Mutter eines jeden neugeborenen Deutschen, denn am deutschen Wesen soll die Welt genesen – wenn es nach Strauß geht. Die Alternative kann allerdings nicht Helmut Schmidt heißen, denn die Reformversprechungen der SPD haben uns Frauen nichts gebracht. Noch nie nach dem Krieg hatten wir so viele arbeitslose Frauen und Mädchen wie unter dieser sozialliberalen Koalition, um nur ein Beispiel zu nennen. Wir haben genug davon, uns immer wieder mit dem sogenannten kleineren Übel zu arrangieren. Wir sehen unsere Perspektive im Aufbau einer Frau-

enpartei. Allerdings wird es uns wahrscheinlich noch nicht möglich sein, zu dieser Bundestagswahl zu kandidieren. Wir sind aber daran interessiert, daß eine Alternative zu den etablierten Parteien bei dieser Wahl zustande kommt. Deshalb wollen wir uns möglicherweise auch an Gesprächen über ein eventuelles Zusammengehen von Grünen, Bunten und anderen alternativen Gruppen beteiligen. Chancen für eine Kandidatur aller Alternativen – im weitesten Sinne – kann es überhaupt nur dann geben, wenn alle mit dem Willen zur Einheit gegen Strauß und der nötigen Kompromißbereitschaft in solche Gespräche gehen. Eine wichtige Bedingung für uns gegenüber einer alternativen Kandidatur wäre natürlich ein Programm, das die wesentlichen Forderungen der Frauenbewegung beinhaltet.

Henryk M. Broder

Maßlose Empörung und Schreck über Straußens Kandidatur waren dem freien Journalisten Henryk M. Broder anzuhören, als wir ihn dazu befragten:

„Zur Kanzlerkandidatur von Strauß kann ich nur sagen: Ich bin blaß, erstaunt, baff, daß eine ‚Volkspartei‘ sich traut, solch einen Menschen aufzustellen. Das ist ein deutliches Zeichen für die korruptierte politische Kultur in diesem Lande, die sich noch nie durch ein sonderliches Niveau ausgezeichnet hat. Strauß ist der absolute Tiefpunkt; mehr kann ich dazu nicht sagen.“

Theologie-Professor Käsemann, Tübingen

„Wer nicht begreift, was die Kanzlerkandidatur von Strauß für das Ausland bedeutet, von den Auswirkungen auf das Inland ganz zu schweigen, der hat noch nie über seine Kirchturmspitze hinausgesehen. Ich glaube aber auch nicht, daß er es schafft. Eher bietet sich Schmidt dadurch eine größere Chance.“

Eigentlich neige ich eher dazu, die Grünen zu wählen, aber es werden jetzt wohl doch viele wieder Schmidt die Stimme geben. Ich glaube, daß jetzt alles, was die rechte und konservative Linie fürchtet und die Reaktion, sich jetzt eindeutig nach links orientiert, und daß das von Nachteil für die Grünen sein wird. Am wichtigsten ist, daß dem Ausland gegenüber deutlich gemacht wird, daß wir nicht bereit sind, die bourgeoise Reaktion, die Strauß verkörpert, an die Macht kommen zu lassen.“

Christa Reets, BI Offenburg

Frau Reets kandidiert als unabhängige grüne Einzelkandidatin bei den Kommunalwahlen im Oktober.

„Strauß, – die erste Reaktion war Entsetzen. Allerdings treten Strauß und Schmidt mit gleicher Vehemenz für Atomenergie ein. An diesem Punkt sind zwischen ihnen gar keine Gegensätze aufzubauen.“

Die SPD ist kein „kleineres Übel“, sondern ein riesengroßes. Viele Leute setzen noch Hoffnungen auf Eppler und darauf, daß er das Gewicht Schmidts schwächen kann. Ich glaube aber, daß die SPD in der Frage der Atomenergie nicht mehr umgestimmt werden kann.

Von daher schätze ich die Chancen einer Liste der Grünen und Bunten im Bundestagswahlkampf nicht schlecht ein. Ich bin aber noch etwas skeptisch, ob es gelingen wird, die Grünen und Bunten zusammenzubringen, gerade, wenn ich an die Erfahrungen von Hessen denke. Wenn es zwei Listen geben sollte, wäre das vom Inhalt her zwar verständlich, aber eine Kandidatur würde damit natürlich aussichtslos werden.“

Nachrichten vom Widerstand

Aufruf zur Großdemonstration in Bonn am 14.10.79 Gegen das Atomprogramm der Bundesregierung! Für die Stillegung aller Atomanlagen!

In den vergangenen Monaten ist immer deutlicher geworden, daß die Bundesregierung trotz aller Proteste in der Bevölkerung und trotz der Geschehnisse von Harrisburg weiter am Atomenergieprogramm festhält. Die bestehenden AKW's sollen ungeachtet ihres katastrophalen Zustandes weiter betrieben, neue AKW's gebaut und das Entsorgungszentrum Gorleben mit WAA langfristig realisiert werden. Wir wollen in Bonn demonstrieren, um damit zum Ausdruck zu bringen, gegen wen sich unser Protest und Widerstand richtet:

Gegen die politisch Verantwortlichen des Atomprogramms, die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Lambsdorff.

Sie richtet sich gegen den Betrug, die Arroganz, Selbstgefälligkeit und Menschenfeindlichkeit der Politiker in Bonn von SPD, FDP und CDU, die nicht uns, sondern den Profitinteressen der Großkonzerne verpflichtet sind. Das beweisen sie tagtäglich, wenn sie geschlossen das Atomenergieprogramm gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchsetzen wollen.

Sie haben uns belogen mit dem Märchen von der Sicherheit und Umweltfreundlichkeit der Atomanlagen. Sie behaupten auch jetzt noch nach der Katastrophe von Harrisburg wider besseres Wissen, in deutschen AKW's sei ein solcher Unfall ausgeschlossen, fordern gleichzeitig eine erhöhte Risikobereitschaft der Bevölkerung und verteilen Jodtabletten.

Sie stellen die betroffenen Bauern als rückständig und fortschrittsfeindlich dar, obwohl sie wissen, daß der Bau von AKW's die Existenz der dort lebenden Bauern ruiniert und die landwirtschaftlichen Produkte durch radioaktive Strahlung verseucht.

Sie behaupten, ohne Atomstrom gingen uns bald die Lichter aus, obwohl sie doch aus ihren eigenen Zahlen wissen, daß wir eine enorme Stromüberkapazität haben.

die landwirtschaftlichen Produkte durch radioaktive Strahlung verseucht.

Sie behaupten, ohne Atomstrom gingen uns bald die Lichter aus, obwohl sie doch aus ihren eigenen Zahlen wissen, daß wir eine enorme Stromüberkapazität haben.

Sie behaupten, daß durch das Atomprogramm Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei wissen wir, daß an anderer Stelle durch Rationalisierungen viele Arbeitsplätze vernichtet werden und daß bei Verzicht auf Atomenergie die Milliarden für andere und menschenwürdige Arbeitsplätze eingesetzt werden können.

Sie behaupten, Atomenergie sei billig, obwohl sie wissen, daß dies nur für die Atomindustrie selbst und deren Großabnehmer gilt, da das gesamte Atomprogramm über Steuern und Strompreise von der Bevölkerung subventioniert wird und Atomenergie damit in Wirklichkeit bedeutend teurer ist als jede andere Energiequelle.

Sie drohen uns neuerdings mit einem Krieg um's Öl, wenn wir auf Atomenergie verzichten. Wir wehren uns dagegen, daß durch eine solche Demagogie die Bevölkerung gegen die ölproduzierenden Staaten in der 3. Welt, wie auch gegen die Atomkraftgegner aufgehetzt werden sollen. Gleichzeitig wissen sie, daß die aktuelle Ölsituation dadurch gekennzeichnet ist, daß die Ölgesellschaften wie '73 das Öl künstlich verknappen, um die Preise hochzutreiben.

Sie verlangen von uns, den Gürtel enger zu schnallen, während sie auf der anderen Seite die ungeheure Energie- und Rohstoffverschwendung in Industrie und bei der Stromerzeugung zulassen.

Sie sagen, es gäbe keine Alternative zur Atomenergie, obwohl sie weiter gewaltige Mittel in die Kernforschung pumpen und jede Entwicklung vorhandener Alternativen bewußt kurz halten, weil es nicht gewinnträchtig ist.

Die Bundes- und Landespolitiker haben alle Geschütze aufgeföhren, um den immer breiter werdenden Protest gegen die Atompolitik der Bundesregierung zu spalten und zu ersticken. Wir rufen alle Atomkraft-

gegner auf, nach Bonn zu gehen, um zu zeigen, daß ihnen dies nicht gelungen ist. Wir wollen in Bonn demonstrieren, um unseren Widerstandswillen gegen das gesamte Atomprogramm zu dokumentieren. Wir wollen nicht in Bonn demonstrieren, um als Bittsteller unser Anliegen vorzutragen. Längst haben wir gelernt, daß wir uns nicht auf diese Parlamente und ihre Gerichte verlassen können, daß Gerichte und Parlamente nur durch den Druck der Bevölkerung gezwungen werden können, unsere Forderung zu erfüllen. Deshalb müssen wir unsere Interessen selbst in Bonn und im praktischen Widerstand vor Ort (wie in Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Kalkar und jetzt in Gorleben) vertreten, denn wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Die Antwort der Politiker darauf waren Demonstrationsverbote, Ausrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz, Zahlungsbefehle, Gerichtsverfahren und auch Gefängnisstrafen für Atomkraftgegner.

Wir haben deshalb den Kampf gegen die Kriminalisierung von Atomkraftgegnern zum unverzichtbaren Bestandteil unseres Kampfes gemacht.

Unser Protest ist international. Er richtet sich gegen Atomanlagen, wo immer sie gebaut und betrieben werden.

Wir rufen alle auf, unter folgenden Forderungen nach Bonn zu kommen: Weg mit dem Atomprogramm
Stillegung aller Atomanlagen
Verstärkte Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher Energie
Keine Kriminalisierung und Strafverfolgung von Atomkraftgegnern

(Dieses Aufrufblatt wurde am 23./24.6. in Bonn beim 2. Treffen des in Göttingen auf der Arbeitskonferenz der Anti-AKW-Bewegung bestimmten Vorbereitungsausschusses beschlossen, ebenso einigte man sich auf den angegebenen Termin. Alle Bürgerinitiativen sind aufgerufen, diesen Aufruf zu unterzeichnen.)

23./24.6. in Bonn beim 2. Treffen des in Göttingen auf der Arbeitskonferenz der Anti-AKW-Bewegung bestimmten Vorbereitungsausschusses beschlossen, ebenso einigte man sich auf den angegebenen Termin. Alle Bürgerinitiativen sind aufgerufen, diesen Aufruf zu unterzeichnen.)



5 000 gegen AKW Gundremmingen 5 000 gegen AKW Gundremmingen

Mit über 5000 Teilnehmern fand am 24. Juni am AKW Gundremmingen die bisher größte bayerische Anti-AKW-Demonstration statt. Veranstalter wurde die von örtlichen AKW-Gegnern, Bund Naturschutz, Katholischer Landjugend und der Landeskonferenz bayerischer Anti-AKW-Initiativen. Auf der vor der Demo in Gundelfingen (etwa 7 km vom AKW entfernt) durchgeführten Kundgebung sprachen neben Vertretern örtlicher Initiativen

auch Robert Jungk und Heinz Brandt. Skandalös waren die Demonstrationsauflagen: Neben dem Verbot von Schminken u.ä. war das Tragen von Transparenten u.ä. länger als 50 cm verboten, untersagt. Jede bayerische Anti-AKW-Demonstration beschert den AKW-Gegnern neue Überraschungen! Mit einer einstweiligen Verfügung konnte diese schwachsinnige Auflage allerdings verhindert werden. KB/ Gruppe Nürnberg

Erfolgreicher Treck von Lüchow nach Gorleben

„Wi loden uns nich för dumm verköpen — wi schloopen noch nich“ — erklärten die „Gorleben-Trecker“ und organisierten am 6.7. aus Anlaß der Ministerpräsidentenberatung über Atomkraftprobleme einen siebenstündigen Treck. Diesmal durch den Landkreis Lüchow-Dannenberg und gespickt mit phantasievollen Aktionen.

Die „Gorleben-Trecker“ mobilisierten (zusammen mit der GLU, der AUD, der BI, der Rechtshilfegruppe, der „Gesellschaft für Umweltschutz und Natur“ und der Alternativschule „Rondel“) innerhalb von drei Tagen über 400 Teilnehmer, die sich auf ca. 60 reichgeschmückte Trecker und einem Fahrradkorso verteilten. Nach einer Ansprache von Prof. Grimmel entfernten die Teilnehmer noch in Lüchow das Firmenschild vom DWK-Büro, um es nach Bonn zu schicken. Ein zweites Schild wurde unter Polizeischutz gestellt. Dem Kreistag wurde eine Resolution übergeben. Auf besonderes Interesse stieß die neu eingerichtete Informationsstelle des Bundes: Alles greifbare Propagandamaterial wurde kurzerhand herausgeholt, um es im Laufe des Trecks der Altpapiersammlung zuzuföhren. Und weiter ging es. Nach einer Zwischenkundgebung vor der Lühower Polizeizentrale wurden an der Bullenkaserne bei Woltersdorf den etwas muffeligen Be-

amten sieben „Mensch-ärger-dich-nicht“-Spiele überreicht.

Nächstes Ziel war der für die erste Tiefbohrung vorgesehene Bohrplatz 1003. Hier kippete ein Schlepper einige mitgeführte Findlinge (große Natursteine) aus, die im Nu zu einem kulturhistorischen Denkmal in der Art eines Hünengraves zusammengestellt waren. Ein echtes Denkmalschutzschild erklärt dieses Denkmal für absolut unantastbar.

Als letzte Station wurde die inzwischen nahezu vollständig zum DWK-Center ausgebaut „Alte Schule“ in Gorleben mit zahlreichen Plakaten und Transparenten verschönert. Dieser äußerst erfolgreiche Aktionstag wurde mit der Rede eines Jamelner Landwirtes beendet, der die Teilnehmer zur Wachsamkeit und zu einem entschlossenen gemeinsamen Kampf gegen die Atomindustrie aufrief. Die Staatsmacht gab sich an diesem Tag betont freundlich. Im Gegensatz zur sonstigen Praxis wurden die Kameras diskret hinter Gardinen versteckt. Diese Scheinheiligkeit der Bullen konnte allerdings nicht verfangen. Wird doch dem Zuckerbrot die Peitsche spätestens dann folgen, wenn sich zu Beginn der Tiefbohrungen die Proteste nicht auf angemeldete Demonstrationen beschränken.

Ein Genosse aus Lüneburg

„Ärztliche Stellungnahme zur Gefährdung Hamburgs durch umliegende Kernkraftwerke“

Unter dieser Überschrift erschien im „Hamburger Abendblatt“ am 2.7. eine fast halb-seitige Anzeige, von rund 410 Hamburger Ärzten unterschrieben. Nach den öffentlichen Protesten von Atomkraft-Gegnern unter den Ärzten in Heide (Dithmarschen), um Gorleben und in Bremen ist jetzt endlich auch in Hamburg was in Gang gekommen. Die Ärzte/innen fragen in ihrer Anzeige anlässlich des Atomunfalls in Harrisburg, was die verantwortlichen Stellen „bei einem schweren Unfall vom Ausmaße Harrisburgs und darüberhinaus zum Schutz der Hamburger Bevölkerung zu unternehmen gedenken“ (in der Umgebung Hamburgs werden die AKW's Stade, Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf betrieben bzw. gebaut). Eine Großstadt wie Hamburg könne unmöglich „innerhalb der wenigen Stunden bis zum Eintreffen der radioaktiven Wolke evakuiert werden ... Ebenso wissen wir, daß es nur sehr wenige ausgebildete Ärzte und

Krankeneinrichtungen gibt, die für eine Hilfeleistung in Frage kommen.

Diese Hilfeleistung kann ohnehin lediglich in einer äußeren und inneren Wäsche des kontaminierten (radioaktiv verseuchten, Anm. AK) Menschen bestehen, die bis zu einem gewissen Grad die Quellen der radioaktiven Strahlung entfernen soll. Bis dahin gesetzte Strahlenschäden lassen sich dagegen nicht mehr rückgängig machen. Sie führen zwangsläufig in vielen Fällen zu den bekannten Spät- und Erbschäden.

Mit einer wirksamen medizinischen Hilfe kann also im Falle einer atomaren Katastrophe nicht gerechnet werden — dieses möchten wir hiermit vor der Öffentlichkeit erklären und auch, daß die Schuld daran nicht die Ärzte treffen wird, sondern die Betreiber der atomtechnischen Anlagen aus Politik und Wirtschaft.

In einem in diesem Sinne abgefaßten Offenen Brief haben wir daher

Bürgermeister und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg aufgefordert, sich von dem Konzept der „friedlichen“ Nutzung der Atomenergie abzuwenden und sich für die Einstellung des Betriebs aller Atomkraftwerke, an denen sie über die HEW Anteile besitzt, einzusetzen.“ (Hervorhebungen im Original.)

Beim Hamburger Bürgermeister und Senat sind die Ärzte/innen bislang auf taube Ohren gestoßen. Obwohl die Anzeige inzwischen (6.7.) schon einige Tage alt ist und obwohl die sozialdemokratische „Hamburger Morgenpost“ am 30.6. schon über den Offenen Brief der Ärzte in einem sehr netten Artikel berichtet hatte, gibt es bislang keine öffentliche Reaktion aus dem Rathaus.

Dafür haben sich schon viele Ärzte bedauernd geäußert, daß sie von der Anzeige nichts gewußt und ebenfalls gern unterschrieben hätten.

Gesundheits-Kommission

Ärztliche Stellungnahme zur Gefährdung Hamburgs durch umliegende Kernkraftwerke

Liebe Mitbürger!

Der schwere Unfall im Atomkraftwerk Harrisburg hat gezeigt, welche Gefahren der Mensch durch die Atomenergie zu befürchten hat. Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks.

Wir, die Ärzte, sind verpflichtet, unsere Mitbürger vor diesen Gefahren zu warnen. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Hamburger Senat, die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung zu übernehmen. Wir fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Umwandlung der Atomkraftwerke in Industrieparks

Seveso-Gift im Hamburger Grundwasser

Im Grundwasserbrunnen des skandalumwitterten Chemiebetriebes C.H. Boehringer haben die Hamburger Umweltschutzbehörden jetzt das hochgiftige „Tetrachlordibenzodioxin“ (TCDD) gefunden. Genau dieser Stoff hat in Seveso die Umweltkatastrophe ausgelöst. Der Umweltvergifter H.C. Boehringer ist in der BRD der einzige Produzent von TCDD.

Aus HCH produziert das Werk den Stoff „2,4,5-T“, der im Vietnamkrieg für die Entlaubung der Bäume benutzt wurde. Das hochgiftige TCDD ist ein Abfallstoff von diesem „2,4,5-T“. Es ist schon makaber genug, daß nach Seveso mit seinen schrecklichen Folgen immer noch weiter dieses Gift hergestellt wird. Von den Arbeitern bei Boehringer sind bereits mehrere an Chlorakne erkrankt. Das ist genau die selbe grauenvolle Krankheit, unter der die Opfer von Seveso qualvoll leiden müssen. Wieviel von diesem Stoff im Grundwasser ist, haben die Behörden nicht bekannt gegeben. Doch die Tatsache, daß dieses hochgiftige Gift sich im Grundwasser befindet und das Hamburger Wasserwerk Billwerder in direkter Nähe liegt, läßt vermuten, daß das Seveso-Gift in das Trinkwasser gelangt.

Der Geschäftsführer der Hamburger Wasserwerke hatte im Juni verlauten lassen, daß sie in Hamburg drei Werke stilllegen müssen, da sich das elbnahe Grundwasser nicht mehr durch seine Verschmutzung für Trinkwasser eignet. Ein Grund ist die starke Verschmutzung mit dem giftigen Hexachlorcyclohexan (HCH), durch diesen Stoff ist C.H. Boehringer zu trauriger Berühmtheit als Umweltverschmutzer gelangt. In der Nähe von diesem Chemiebetrieb ist auf Jahre hin keine Landwirtschaft mehr möglich, da das Werk täglich zehn Kilogramm HCH in die Luft pustet.

Dazu kommen dann noch die Mengen der giftigen Stoffe, die einfach im Wasser verschwinden.

Am 3. Juli entwichen aus den Sielen an der Straße, an dem das Werk liegt, Wolken mit giftigem und überliefenden Chlorgas. Chemiker stellten fest, daß die Abwässer stark mit HCH angereichert waren.

Der Meßtrupp der Polizeiumweltschützer stellte fest, daß die Abwässer stark mit HCH angereichert waren.

„Der Meßtrupp der Polizeiumweltschützer stellte wenig später eine Vergiftung der Luft mit Chlorgas zwischen 10 und 15 ppm fest. Die Brechreizschwelle liegt bei 0,5 parts per million (1 Teil auf 1 Million Teile)“, sagte ein Sprecher der Wasser-schutzpolizei.“ (mopo, 4.7.79).

Die Wasserwerke in Hamburg planen in den nächsten Jahren die Grundwasservorräte in Niedersachsen auszubauen, da ihnen das Wasser in Hamburg zu giftig ist. Dabei ist aus Hessen bekannt, daß durch solchen Grundwasserabzug ganze Landschaften austrocknen.

Die Logik der Umweltverschänder ist, ein Teil der Umwelt auszubauen, bis es nicht mehr geht und dann zum nächsten Ort zu ziehen.

AKW-Nein-Kommission

Jugoslawien: Widerstand gegen AKW auf Adria-Insel

Nun hat auch Jugoslawien seine Anti-AKW-Proteste. Entgegen den Plänen der Belgrader Bundesregierung und der Landesregierung Kroatiens haben Stadtverwaltung und Gemeindeparlament der Stadt Zadar im nördlichen Dalmatien sich geweigert, den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes auf der Adria-Insel Vir zu unterstützen.

Man ließ sich auch nicht durch „wissenschaftliche“ Gutachten und beschwörende Versicherungen von Fachleuten und höheren politischen Instanzen beeindrucken. Der Präsident des Exekutivkomitees der Stadtverwaltung erklärte dazu: „Wir im Gemeindeparlament glauben zwar, daß alles in Ordnung ist, aber wir möchten trotzdem, daß die Atomreaktoren so weit als möglich von uns entfernt gebaut werden.“ Es komme nicht darauf an, was das Gemeindeparlament glaube, sondern was die Bürger wollen – und die seien nun einmal gegen das AKW (Welt, 22.6.79).

AKW-Nein-Kommission

Neue Freiheit mit dem Fahrrad?

Das Fahrradfahren erlebt inzwischen – nach der Ölkrise 1973 – seinen zweiten Boom. Bis zu 40 Mio. Fahrräder gibt es in der BRD, 4 Mio. werden pro Jahr derzeit verkauft.

Inzwischen hat sich auch eine Radlerbewegung herausgebildet. Derzeit gibt es schon rund 100 Radler-Initiativen, vor allem in den Großstädten. Kaum noch eine Anti-AKW-Demo wird ohne Radfahrer-Konvoi durchgeführt. Im Mai/Juni wurden zahlreiche Radler-Demonstrationen durchgeführt, unsere Übersicht ergibt über 20.000 Beteiligte (von elf Städten).

Die Radler-Bewegung hat inzwischen große Freunde gefunden. Zum 3. Juni zur Sternfahrt in Erlangen (der Tag wurde gleichzeitig als „autofreier Sonntag“ ausgerufen) waren mit von der Partie Bundeswohnungsbauminister Haack und der Erlanger Oberbürgermeister; die Fahrradfirma Hercules spendierte das Plakat. Das Bundesumweltamt setzt sich zusammen mit dem BBU für den Aufbau einer Fahrradlobby ein.

Wir wollen hier auf die Probleme der Radler genauer eingehen.



Nanu – wo ist der Dienstmercedes geparkt ...

Nanu – wo ist der Dienstmercedes geparkt ...

Radfahren ist gefährlich

Ein Rad ist für kurze Strecken ein einfaches, ruhiges, schnelles und gesundheitsförderndes Verkehrsmittel – sollte man meinen. Doch wer in der Stadt damit fährt, lebt gefährlich.

Ein Radfahrer, der damit rechnet, daß abbiegende Autofahrer die Vorfahrt des Radfahrers beachten, muß naiv sein oder eher Selbstmordgedanken hegen. Wo keine Radfahrwege vorhanden sind, ist es überhaupt die Frage, ob man als Radfahrer beachtet wird. Oberste Sicherheitsdevise für Radfahrer im Straßenverkehr ist, daß man mit allem rechnen sollte.

50.000 Radler kamen im vergangenen Jahr unter die (Auto)Räder, 1.400 verunglückten dabei tödlich, vorwiegend Kinder. Bei 6,5 % Anteil am gesamten Verkehrsaufkommen sind 16,7 % der Verkehrstoten allein unter den Radfahrern zu beklagen.

Sicherheit könnten die Radfahrer auf Radfahrwegen finden – allerdings sind diese derzeit nicht nur selten, sondern vielfach mangels Abstellfläche von parkenden Autos belegt, so daß man sich durch die Fußgänger schlängeln muß – aber immerhin. Doch nur bei 4% der Straßen (17.600 km) gibt es überhaupt Radfahrwege, davon auch nur 6.000 km in den Städten. Dabei würde nach Berechnung des BBU 60.000 km das Mindestmaß für die Radfahrersicherheit darstellen.

Wie trist es mit dem Radfahren aussieht, kann man am Beispiel von Frankfurt sehen, das sich den Start der Tour de France 1980 1,5 Mio. DM kosten läßt, mehr als es jährlich für das Radfahren insgesamt ausbleibt. In einem Schreiben klagte die SPD-Fraktion, daß „Polizeibeamte in speziellen Einsatzkommandos insbesondere Kindern verbieten, mit Fahrrädern auf den breiten Wegen am Main entlangzufahren“. Dies müsse man besonders kritisch betrachten, „weil es der Ordnungsbehörde nicht gelingt, unsere Radwege am Mainufer von parkenden Fahrzeugen ... freizuhalten“ (zitiert nach „FR“, 5.5.79).

Radler kontra Auto?

So wundert es wenig, daß unter den Radler-Initiativen aggressive Töne gegen das Auto bzw. Autofahren an-

geschlagen werden. In Hamburg wurden häufiger in letzter Zeit Autos, die auf Radfahrwegen standen, die Reifen zerstochen; entsprechende Aufkleber ließen die Radfans als Urheber erkennen.

In der „Neuen“ (vom 13.6.79) wird berichtet, daß in München Radfahrer einen qualmenden Mercedes Diesel stoppten und der Polizei übergaben und das Auto des Autors wegen Parkens auf dem Radweg mit Farbe besprühten. Von der Stuttgarter Radler-Demo wurde berichtet, daß dort aggressive Autofahrer, die in die Demo hineinfahren wollten, eingekreist wurden.

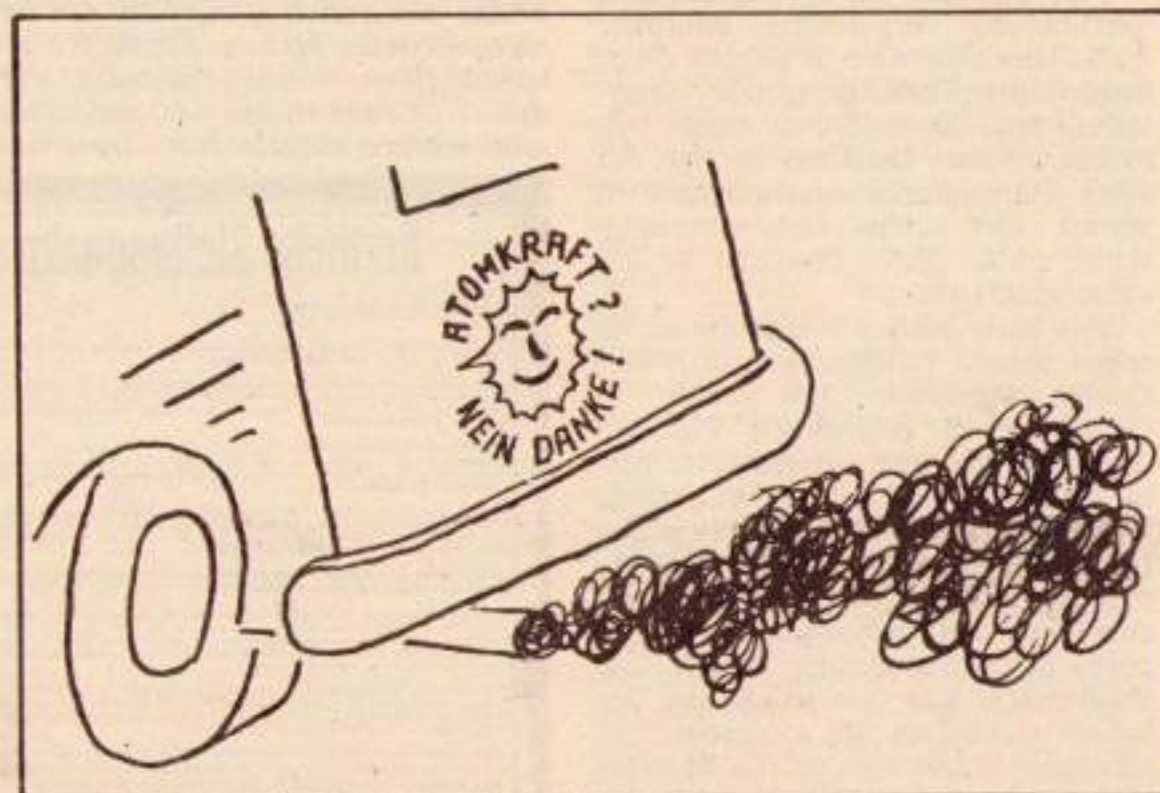
Während solche Aktionen zumindest gegen aggressive Autofahrer, wenn auch nicht gegen parkende Autos, nur allzu berechtigt sind, mischt sich unter die Radler ein dicker ideologischer Umweltschutz- und Energiespargedanke, der dann nicht selten zu platten Anti-Auto-fahrer-Haltung wird.

„Autofahrer seid doch nicht so faul, setzt euch auf den Eisengaul. Seid doch nicht Vandalen.“

treten fix in die Pedalen...“ reimiten Gießener Radler.

In einer Stellungnahme des „Fahrradbüro Berlin“ heißt es in der „TAZ“ (vom 15.6.79): „Die Straße ist nicht mehr zum Rasen, zum Abreagieren von Minderwertigkeitskomplexen da, sondern wird als Treffpunkt und Erlebnisfeld wiederentdeckt. Doch noch sind die Raser unterwegs. Rücksichtslos, ja oft mit terroristischem Gehabe wird alles gejagt, was schwächer ist als der eigene Wagen. Die Parolen wie ‚Freie Bürger fordern freie Fahrt‘ haben sich in den Gehirnen der Autofahrer festgefressen. Oft wird die freie Fahrt zur Freifahrt auf den Friedhof. Doch Sicherheitsgurt und Justiz verlagern die Gefährdung noch zusätzlich zugunsten des Autobenutzers. Angeschallt kann man noch mehr Kraft ins Gaspedal legen. Man kann viel mehr riskieren, denn auch schwere Unfälle kann man unverletzt überleben.“

Von einem „Krieg Auto gegen Mensch“ ist da die Rede, der „täglich zugunsten des Automobils ent-



„Wir sind selbstverständlich der Ansicht, daß es unglaublich wirkt, wenn man einen Aufkleber „Atomkraft? – Nein Danke“ trägt und gleichzeitig nicht bereit ist, seinen Energieverbrauch einzuschränken“. Anti-Auto-, Anti-Konsum-Parole im Leserbrief eines Naturschützers vom Bund Naturschutz zur Karikatur der „Süddeutschen“, die das genau provozieren will oder wie der „Bayernkurier“ nach Harrisburg forderte, daß sich Umweltschützer mehr um die Verkehrstoten als um AKWs kümmern sollten.

den“ werde. Ja, ganze Autobahnen wollte der Aufruf zur Erlanger Sternfahrt durch Förderung des Radfahrerverkehrs überflüssig machen. So waren die Aktionen der Radler vielfach mit der Propagierung eines autofreien Sonntags (am 3.6.) im Dienste der Umwelt und der „nationalen“ Unabhängigkeit (besser gesagt, der besseren Position des BRD-Imperialismus in der Welt) verbunden; ebenso propagierten viele Teilnehmer, wie der BBU, der Bund Naturschutz und ähnliche das Radfahren im Dienste des Energiesparens und des Konsumverzichts, dem u.a. mit Tempo 100 zum Durchbruch verholfen werden soll.

Politiker satteln um

Nachdem jahrelang das Fahrrad überhaupt nicht in der Planung der Behörden und politischen Parteien auftauchte, sind nun – wie schon 73 – einige Politiker mit auf das Stahlroß gestiegen.

So war die Sternfahrt der Radfahrer nach Erlangen auf der Fahrradmesse in Köln verabredet worden. Oberbürgermeister Dr. Hahlweg durfte dann auch die Führung der Demonstration mit übernehmen, weil in Erlangen durch verstärkten Radwegausbau und als Universitätsstadt ein Verkehrsaufkommen von 15% bei Fahrrädern erreicht ist. Bundesumweltamt, Innenministerium, der „deutsche Verkehrssicherheitsrat“, der Verband der Fahrradindustrie, der BBU und einige Radlervereinigungen beschlossen, gemeinsam eine Fahrradlobby aufzubauen mit einem zentralen Büro in Bonn; gleichzeitig wurde eine „Fahrradstiftung“ beschlossen, um mit Geldern der Industrie Werbekampagnen fürs Fahrrad und die Sicherheit der Radfahrer zu finanzieren.

In Überlegung ist, eine Stadt als Radler-Modellstadt auszubauen (neben Erlangen bietet sich auch Bremen an, wo das Rad sogar 30% am Verkehr erreicht und für die Innenstadt kommunale Fahrräder frei zur Verfügung gestellt werden). Man will auch über Steuererleichterung in der Lobbydiskutieren.

Wesentlicher Gesichtspunkt ist dabei, mit den Radlern gemeinsam eine Front gegen die bisherige Vorstellung von der „autogerechten Stadt“ aufzubauen. „Wir sind doch stellung von der „autogerechten Stadt“ aufzubauen. „Wir sind doch keine Knechte der Autorepublik“ wurde auf der Erlanger Sternfahrt gesungen, auf der Bundesbauminister Haack zum autofreien Sonntag und Ersetzen eines Drittels des Autoverkehrs durch das Fahrrad aufrief. Denn, so stellt eine Studie des Umweltbundesamtes fest, 60% aller Wege und 40% aller Autofahrten sind kürzer als drei Kilometer, wo man mit dem Fahrrad mindestens ebenso schnell sein kann wie mit anderen Verkehrsmitteln. Den Hintergrund solcher Überlegungen machte Bundespräsident Scheel auf seiner Rede auf der Hamburger Verkehrsausstellung deutlich: „Wenn das Auto in Zukunft nicht vernünftiger gebraucht werde, drohe eines Tages unausweichlich der ‚Verkehrsinfarkt‘“, er halte deshalb die „autogerechte Stadt“ für „verfehlt“ („FAZ“, „FR“, 9.6.79).

Im Sinne einer „menschengerechten Stadt“, die „viel schöner..., nachbarlicher und letzten Endes auch ökonomischer“ sei, forderte Scheel die Förderung der öffentlichen Nahverkehrsmittel. Diese Forderung war auch, neben der Förderung des Rad-

verkehrs und der Schaffung von autofreien Bereichen, bzw. von „verkehrsberuhigten“ Zonen, auf dem Katalog der Radler-Demos zu finden. Was hat nun diese Politiker bewogen, die bislang alles für die Förderung des Straßenbaus in der Stadt getan haben, jetzt auf die „menschengerechte“ Stadt umzusatteln, bzw. das Fahrrad als Vehikel für eine solche Stadt zu propagieren (neben der Energiesparmentalität, die derzeit im Vordergrund noch steht)?

Die verplante Stadt führt zum Verkehrskollaps

Unterstellt man mal nicht – wie bürgerliche Politiker heute, bzw. leider auch viele Radlerinitiativen – den Autofahrern vor allem Aggressionsgelüste, bzw. daß sie längst Opfer des Moloch Auto geworden seien, so wird man schnell darauf stoßen, daß die Verkehrsprobleme vor allem durch die Stadtplanung entstanden sind.

Natürlich sind Radfahrwege im Sinne der Verkehrssicherheit des Radfahrers und dessen Förderung sinnvoll und notwendig. Schon in der BRD zeigt sich, daß ein Ausbau des Radwegnetzes den Fahrradverkehr entsprechend fördert. Die schwedischen Städte Göteborg und Malmö beispielsweise erreichten damit einen Fahrradanteil von 25% bzw. 15% weniger Autoverkehr. Noch deutlicher wird dieser Effekt in der holländischen Modellstadt Delft, wo in 80 Wohnstraßen der Autofahrer durch die Straßenführung und Rüttelschwellen zum Schließen veranlaßt wird, wo der Fußgänger absolute Vorfahrt hat und Fahrradwege, Fußgängerwege nur durch Streifen voneinander getrennt wurden.

Allerdings ist das Auto in den Städten neben mangelnden Alternativmöglichkeiten auch deshalb vor allem zum notwendigen Gebrauchsgegenstand für viele Tätigkeiten geworden, weil viele nur noch über weite Strecken zu erreichen sind.

Die Innenstädte wurden zu Einkaufs- und Bankzentren ausgebaut, am Stadtrand wurden dann sogenannte Schlafstädte ausgebaut, um nur ganz krasse Punkte zu nennen. Dann muß



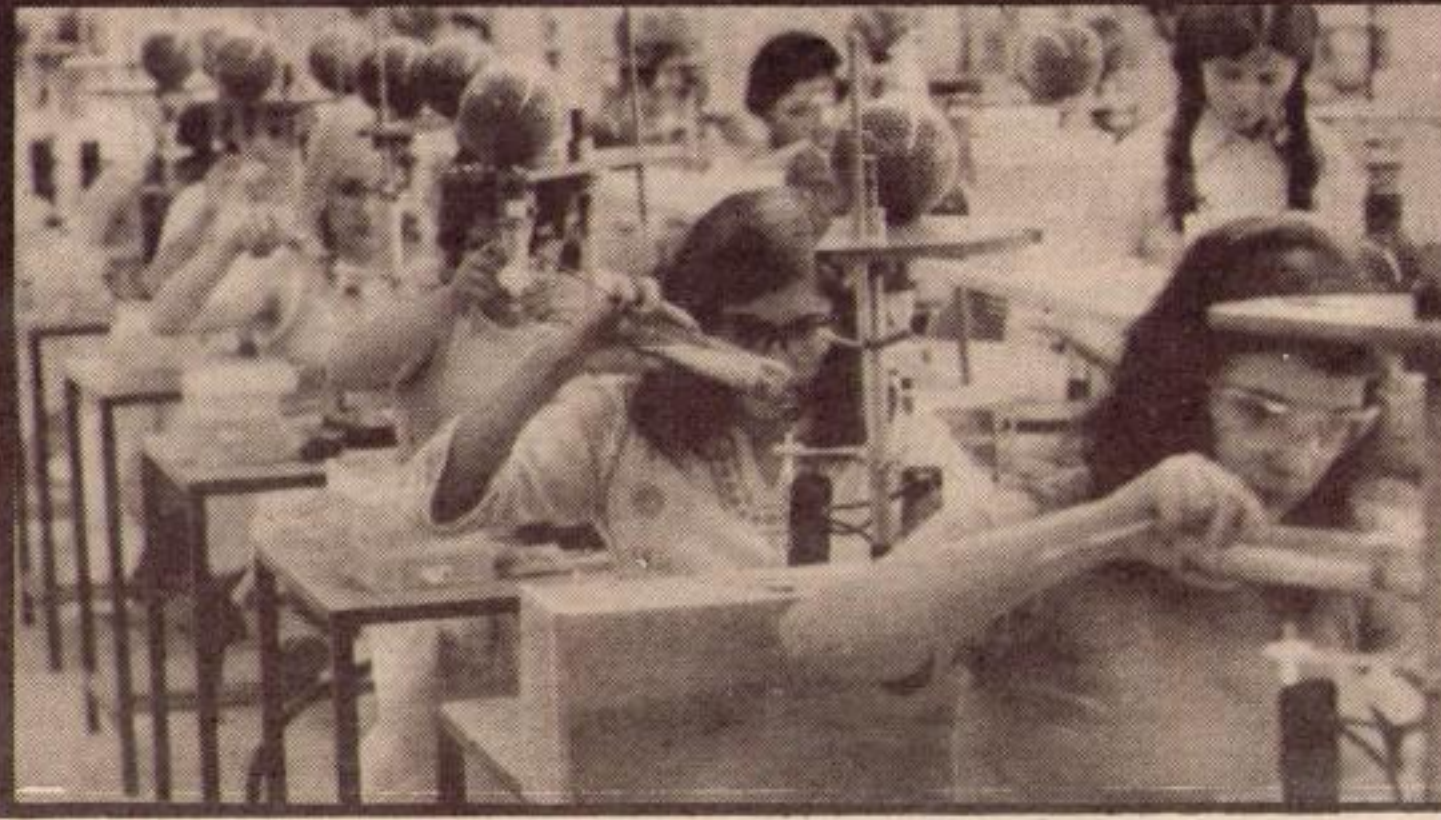
„Ich fahr Fahrrad“

Ist das Auto Moloch geworden? Gibt das Fahrrad „neue Freiheit“?

man sich nicht wundern, wenn der städtische Autoverkehr ständig steigt, und jetzt das Fahrrad nur das Problem etwas beschönigen soll. So war es lange Zeit so, daß z.B. die Kaufhäuser in der Hamburger Innenstadt nur genehmigt wurden, wenn gleichzeitig ein Parkhochhaus daneben gebaut wurde. Als dann der Verkehr zusammenzubrechen drohte, wurden zwar dort munter weiter Verkaufspaläste gebaut ohne Parkhäuser. Inzwischen klagen die Kaufhäuser der Innenstadt, daß wegen mangelnden Parkraums ihnen die Einkaufszentren am Stadtrand, die gut mit dem Auto zu erreichen sind, teilweise bei der Umsatzsteigerung den Rang ablaufen. Will man dieses Problem nicht (ähnlich wie das Energiesparen durch die „Ölkrise“) durch eine gesamte Krise und einer Ideologie des weiteren Konsumverzichts „lösen“, so muß man schon die Stadtplanung der Konzerne verantwortlich machen. Vorbildlich lief in diesem Sinne die Radler-Demonstration in Gießen ab, wo die Träger des Bündnisses die Stadtentwicklung zumindest mit in den Vordergrund stellten und die Demo am neun Brennpunkten einer solchen menschenfeindlichen Stadtplanung vorbeiführten. Daneben machte sich das Flugblatt der „Grünen Radler Gießen“ wie eine Fahrradreklame („Kennen Sie das Verkehrsmittel mit den zahlreichen Vorteilen?“) aus.

AKW-Nein-Kommission

Betrieb und Gewerkschaft



Eine Teuerungszulage muß her!

Nachdem in den letzten vier Jahren der durchschnittliche Preisauftrieb etwas schwächer war, haben jetzt die Preise wieder laufen gelernt. Im Oktober 1978 erreichte die offiziell ausgewiesene Steigerungsrate mit 1,2 Prozent seit 1969 den niedrigsten Stand. Seitdem nimmt die Inflationsrate wieder rapide zu. Im Monat Mai dieses Jahres kletterten die Verbraucherpreise um 3,7 Prozent und im Juni sogar über die 4 Prozent Marke. Inzwischen hält die Bundesbank eine Steigerungsrate von 5 Prozent bis Ende '79 nicht mehr für „Miesmacherei“, sondern für eine realistische Prognose.

Die stärksten Preisschübe erwartet der Einzelhandel bei Wäsche, Schuhen und Kaffee.

Die am 1. Juli in Kraft getretene Mehrwertsteuererhöhung wird eine zusätzliche Welle von Preiserhöhungen auslösen. Die Mehrwertsteuer ist eine Endverbrauchersteuer, d.h. sie geht rein zu Lasten der Konsumenten/Käufer. Schon allein dadurch, daß die Unternehmer diese Steuer auf die Endpreise abwälzen, werden den Verbrauchern jährlich 6 Milliarden Mark mehr aus der Tasche gezogen.

Es wird allerdings nicht bei der reinen Weitergabe dieser Steuererhöhung bleiben. Die Unternehmer nutzen die Mehrwertsteuer-Erhöhung für kräftige Preiszuschläge von bis zu

15 Prozent. Und dazu kommen die enorm steigenden Öl- und Benzinpreise, die sich auch auf die Produkte niederschlagen, die aus Öl hergestellt werden. Mit der Demagogie von der Ölknappheit streichen die Ölkonzerne Superprofite ein.

Diese enormen Preissteigerungen haben die letzten Lohnerhöhungen, die in der Regel unter 4 Prozent lagen (auf zwölf Monate gerechnet), längst aufgezehrt. Denn zum Zeitpunkt der Abschlüsse war ein Preisanstieg von 2,1 Prozent berücksichtigt worden. Angesichts dieser Entwicklung wächst in den Betrieben die Unzufriedenheit und die Diskussion über Nachschläge kommt in Gang. Eine Debatte, die das Konzept der Kapitalisten, im Konjunkturaufschwung kräftig abzuhauen, durcheinander bringen könnte.

Das ist auch der Grund dafür, daß Bundesbank und Bundesregierung vor Lohnnachschnitten warnen. Dreist wird behauptet, daß der vor allem von außen kommende Preisaufschub – womit die Ölförderländer gemeint sind – nicht durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden könne. Lohnnachschnitte würden angeblich nur die Inflation weiter ankurbeln, und langfristig den sich abzeichnenden Konjunkturabschwung beschleunigen. Den Arbeitern und Angestellten wird also (wie gehabt) Rücksichtnahme und Stillhalten verordnet, während die Kapitalisten absahnen.

Gewerkschaftsausschlüsse: Wiederaufnahme von Gewerkschaftsausschlüssen: Wiederaufnahme von Hoss/Mühleisen?

Die oppositionellen Betriebsräte von Daimler-Benz in Stuttgart, die Gruppe um die Kollegen Hoss und Mühleisen, haben nach ihrem großen Betriebsrätewahlerfolg im Spätherbst letzten Jahres im November 1978 einen Antrag auf Wiederaufnahme in die IG Metall gestellt. Wegen ihrer Kandidatur auf einer oppositionellen Liste waren sie 1972 ausgeschlossen worden, konnten aber durch eine kontinuierliche betriebliche und gewerkschaftliche Tätigkeit sich großes Ansehen im Betrieb verschaffen, während die offizielle IGM-Politik zunehmend an Resonanz verlor. Vor diesem Hintergrund mußte die IGM innerbetrieblich nach jahrelangen Weigerungen Realitäten anerkennen: erstmals erreichten die oppositionellen Kollegen nach den letzten Wahlen eine stärkere Beteiligung an gemeinsamer Betriebsratsarbeit.

Am 21. Mai, ein halbes Jahr nach Antragstellung, hatte die IGM Stuttgart die Kollegen zu einem Gespräch eingeladen, auf dem vier Fragen und deren „positive“ Bantworung zur Bedingung für die Wiederaufnahme gemacht wurden:

1. Bestehen die Oppositionellen darauf, daß Betriebsratskandidaten in Urwahl im Betrieb von den Kollegen gewählt werden?
 2. Besteht die Gruppe auf fraktionsmäßiger Arbeit im Betriebsrat?
 3. Will die Gruppe weiterhin ihre Zeitung „plakat“ herausgeben?
 4. Ist die Gruppe mit der Regelung einverstanden, daß Mehrheitsbeschlüsse des BR nicht öffentlich kritisiert werden?
- Dazu erklärten die Betriebsräte:
1. Die Gruppe erwarte eine direk-

te Einflußnahme der Gewerkschaftsmitglieder auf die Kandidaten. Sie erwarte, daß Persönlichkeitswahlen angestrebt werden.

2. Die Gruppe bestrebe auf ihrem Fraktionsrecht, wie es SPD und CDU (über AFA und CDA) für sich in Anspruch nehmen, schließe aber natürlich eine Annäherung nicht aus.

3. Die Zeitung werde weiter erscheinen, sie sei keine Zeitung der Gewerkschaft.

4. Die Gruppe werde Mehrheitsbeschlüsse akzeptieren, behalte sich aber das Recht auf Kritik vor, wie sonst sollen Minderheitenpositionen artikuliert werden, um Anhänger zu gewinnen.

Eine Entscheidung der IGM-Ortsverwaltung, ob sie mit den Antworten einverstanden ist, steht noch aus.

2 Jahre Funktionsverbot für Thyssen-Betriebsräte

Für zwei Jahre sind zwei oppositionelle Betriebsräte von Thyssen-Hamborn mit Funktionsverbot in der IG Metall belegt worden. Gegen die beiden war im Dezember 1977 von der Vertrauenskörperleitung Antrag auf Gewerkschaftsausschluß gestellt worden, weil sie für die bevorstehenden Betriebsrätewahlen Persönlichkeitswahl gefordert hatten. Daraufhin haben die Kollegen erfolgreich als Opposition kandidiert. Der IGM-Vorstand hat jetzt das Ergebnis der sogenannten „Untersuchungskommission“ auf Ausschluß in das Funktionsverbot umgewandelt. (nach „Revier“, 20.6.79).



100 DM im Monat mehr!

Der Stand der Debatte um die Teuerungszulagen in den Betrieben läßt sich etwa folgendermaßen charakterisieren:

In den meisten Fällen wurden die Forderungen in Form von Vertrauenskörper-Resolutionen angemeldet. Hierin werden die Gewerkschaftsvorstände – insbesondere der IG-Metall-Vorstand – aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die einen Ausgleich des Kaufkraftverlustes für die Arbeiter und Angestellten erreichen. Konkrete Geldforderungen wurden (so-

weit uns bisher bekannt ist) nur in drei Betrieben angemeldet und Kampfmaßnahmen hat es in zwei Betrieben gegeben:

+ MANNESMANN-HUCKINGEN: In einer Resolution forderten die Vertrauensleute die IG-Metall-Führung auf, Maßnahmen gegen die Inflationsverluste zu ergreifen.

+ EISENBAHN und HÄFEN, DUISBURG: Entschließung des Vertrauenskörpers an den IGM-Vorstand.

+ THYSEN-HAMBORN: Resolution der Vertrauensleute.

+ OPEL-RÜSSELSHEIM: 800 Vertrauensleute fordern vom

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

dorfer SPIESS AG für eine Teuerungszulage.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

weit uns bisher bekannt ist) nur in drei Betrieben angemeldet und Kampfmaßnahmen hat es in zwei Betrieben gegeben:

+ MANNESMANN-HUCKINGEN: In einer Resolution forderten die Vertrauensleute die IG-Metall-Führung auf, Maßnahmen gegen die Inflationsverluste zu ergreifen.

+ EISENBAHN und HÄFEN, DUISBURG: Entschließung des Vertrauenskörpers an den IGM-Vorstand.

+ THYSEN-HAMBORN: Resolution der Vertrauensleute.

+ OPEL-RÜSSELSHEIM: 800 Vertrauensleute fordern vom

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

dorfer SPIESS AG für eine Teuerungszulage.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IGM-Vorstand die Aufnahme von Verhandlungen für eine Teuerungszulage.

+ SEEBECK-WERFT, BREMER-HAVEN:

Einstimmig hat sich der Vertrauenskörper für eine Teuerungszulage ausgesprochen.

+ Einen tariflichen Nachschlag forderte die Vertreterversammlung der IG-Metall-VERWALTUNGSSTELLE GIESSEN.

+ Die Vorstände der DGB-Ortskarte LAMBRECHT und NEIDENFELS in der Pfalz haben sich für eine Teuerungszulage ausgesprochen.

+ KRUPP-RHEINHAUSEN:

Hier ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen.

+ VW BRAUNSCHWEIG:

Vertrauensleute-Vollversammlung forderte einmalig 1.000,- DM.

+ THYSEN GIESSEREI, MEIDERICH

Vertrauensleute fordern 100,- DM mehr für jeden pro Monat.

+ SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, MÜNCHEN:

Der Betriebsrat hat eine Sonderzahlung von DM 1.000,- gefordert, sowie Erhöhung der Nachtarbeitsprämie und der Leistungszulagen.

+ KLÖCKNER BREMEN:

Forderung nach Prämien-Erhöhung

+ Am 6.6. streikten die Arbeiter des „WESER-KURIER“ in BREMEN für vier Stunden für eine Erhöhung der überbetrieblichen Zulagen.

+ Und bereits am 3. Mai streikten die 1.300 Beschäftigten der Düsseldorf SPIESS AG für eine Teuerungszulage.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Streiks im Einzelhandel gehen weiter



zeit reichte, deutlich gemacht, daß auch sie den Tarifkonflikt noch nicht für beendet halten.

Zwar sieht der DAG-Abschluß Gehaltserhöhungen von 5,1 bis 8,7 % (je nach Tarifgruppe) vor und liegt somit prozentual über den in diesem Jahr ausgehandelten Tarifierhöhungen – dennoch sollte man sich von diesen Zahlen nicht täuschen lassen: bei einem Monatsgehalt von 1.057 DM sind 8,7 % ganze 92 DM!

Die in anderen Tarifbezirken abgeschlossenen Erhöhungen liegen zwischen 40 und 150 DM mehr pro Monat. Keine Abschlüsse, die die

Verkäuferinnen vom Ende der Lohnskala holen könnten! (Vergleiche dazu die im Ladenschlußartikel dargestellte Gegenüberstellung von Vorstandsgehältern und Verkäuferinnenlöhnen!).

Das Durchsetzen einer Maßregelungsklausel dürfte allerdings ein wichtiger Aspekt im Tarifabschluß sein, um die in dieser Branche erstmaligen Erfahrungen mit Arbeitskampf und Streik ein wenig zu schützen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Warnstreik gegen Entlassungen - Polizeieinsatz wirkungslos -

Am 13.6. erfuhr die Belegschaft der Fa. Rheinkabel AG (SEL-Konzern), daß die Produktion Mitte 1980 eingestellt werden soll. Die ca. 700 Beschäftigten besetzten daraufhin spontan über eine Stunde lang die Kreuzung zweier Hauptverkehrsstraßen vor dem Werkstor. Die Polizei versuchte gewaltsam die Kreuzung zu räumen. Die Kolleg(innen) verließen die Kreuzung jedoch erst, als sich die Betriebsleitung bereit erklärte, sofort eine Betriebsversammlung einzuberufen.

Bereits Ende April gingen Stillegerüchte um und es gab ein-stündige Warnstreiks der Früh- und Spätschicht. Damals gelang es der Geschäftsleitung noch zu beschwichtigen. Für die Stilllegung der Gummikabelproduktion, für die kein Bedarf mehr besteht, wurde der Ausbau der Spezialkabelproduktion versprochen. SEL hatte den Betrieb vor 3 Jahren mit dem Versprechen der Sicherung der Arbeitsplätze übernommen. Mittlerweile zeigt sich jedoch immer deutlicher, daß mit dem

Kauf eher die Ausschaltung eines lästigen Konkurrenten erreicht werden sollte. Ein Ausspruch eines Mitgliedes der Betriebsleitung macht deutlich, daß die Schließung schon länger erwogen wurde. „Wir können die Spezialkabelproduktion von Köln nach Stuttgart verlegen, ohne dort auch nur einen Pförtner mehr einzustellen.“

Was das für ihre Kölner Kolleg(innen) bedeuten würde, brachten ca. 300 Beschäftigte der Kabelwerke SEL in Stuttgart in einer Resolution und einem einwöchigen Solidaritätsstreik deutlich zum Ausdruck. Die Werkschließung bedeute eine unzumutbare Härte. 177 Beschäftigte seien über 55 Jahre, 80 seien schwerbehindert. Für 257 Kolleg(innen) bliebe dann nur die Arbeitslosenunterstützung. Für die restlichen ca. 450 Kolleg(innen) sieht die Lage auch nicht rosiger aus, da in Köln auch bereits die anderen Kabelwerke Felten & Guillaume und Arbed dicht gemacht wurden.



Rheinkabel-Kollegen besetzen die Straßenkreuzung



Polizei wird eingesetzt



Polizei wird eingesetzt

Kleiderwerke „Odermark“ 1.200 Frauenarbeitsplätze in Gefahr

Am 26.6.79 demonstrierten 1.200 von 1.600 Beschäftigten in Goslar gegen die drohende Schließung des Textilunternehmens Odermark. In erster Linie handelt es sich dort um Frauenarbeitsplätze. Mehrere 100 Kolleg(innen) aus anderen Betrieben schlossen sich der Demonstration an. Schuld an dem drohenden Konkurs seien das seit Jahren betriebene Mißmanagement und die angeblichen Liquiditätsschwierigkeiten. Das Unternehmen besteht seit 1874 und wurde 1938 vom Unileverkonzern übernommen, dann 1971 zu 75% Anteilen an den Ravenburger Bekleidungskonzern Götz verkauft. Dieser verkaufte 1978 seine Mehrheitsbeteiligung zum Symbolwert von DM 1,- an den britischen Geschäftsmann B. Clayton. Die IG Textil u. Bekleidung: „... es liegt der Verdacht nahe, daß die Götz-Gruppe an Clayton als Strohmännchen verkauft hat, um sich aus der Verantwortung zu ziehen.“

Die IG Textil hatte eine Landesbürgerschaft gefordert, die auch einen Tag nach Demo in Höhe von 7 Mio. DM gebilligt wurde. Andernfalls hätte der Betrieb ab sofort stillgestanden. Die Bürgerschaft soll lediglich garantieren, daß die Produktion vorläufig weitergeht, um so einfacher einen Käufer für das Unternehmen zu finden. Doch damit ist für die Kolleg(innen) noch gar nichts gewonnen. Laut Aussage des Betriebsrates würde den Käufern nichts anderes übrig bleiben, als die Belegschaft drastisch zu reduzieren und härteste Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen!

Eine Initiative unter den Beschäftigten hat bereits 160.000 DM zusammen, die sie in den Betrieb einbringen wollen, wenn es nicht zum Konkurs kommt. So der Betriebsrat. An eine Selbstverwaltung sei jedoch schon aus finanziellen Gründen nicht zu denken.



1.200 Kollegen der „Odermark“-Textilbetriebe demonstrierten in Goslar für ihre Arbeitsplätze. Sie kamen aus den Werken Goslar, Salzgitter und Wolfsburg

Chefredakteur der „Stuttgarter Nachrichten“ nach Warnstreik gefeuert

Am späten Abend des 10. Juni 79 unternahmen die Redakteure der „Stuttgarter Nachrichten“ einen ein-stündigen Warnstreik. Dieser Protest der Redakteure war entstanden, nachdem sie sich seit Jahren über die Arbeitsbedingungen vergeblich beschwert hatten. Hintergrund dieser erschwerten Arbeitsbedingungen war die Herstellung der Zeitung in dem neuen Druckzentrum Möhringen, in dem auch andere Zeitungen erstellt und gedruckt werden. „Der Sprung von Blei in die Technik von übermorgen (OCR-Terminals) brachte nämlich Probleme über Probleme. Immer wieder brach das elektronische System zusammen, blieben mitunter ganze Stadtteile Stuttgarts ohne Zeitung. Ferner brachte die Elektronik eine ganz erhebliche erhöhte Beanspruchung der Redakteure, die nicht durch entsprechende Mehrereinstellung wettgemacht wurde“ („Handelsblatt“, 2.7.79).

Aufsehen in der bürgerlichen Presse erregte der Arbeitskampf der Redakteure nun dadurch, daß auch der Chefredakteur der Zeitung, R. Bernhard, den Streik unterstützt hatte, ja sogar an ihm teilgenommen hatte.

Obwohl R. Bernhard, der immerhin mit 6,66 Prozent „auch an dem Unternehmen beteiligt“ ist („FR“, 2.7.), sonst nicht zu den fortschrittlichsten Redakteuren gehört, wurde er gefeuert. Die offizielle Version lautete allerdings: „R. Bernhard beendet seine Tätigkeit als Chefredakteur im Einvernehmen mit dem Verlag“ („Handelsblatt“, 2.7.). Somit hat er erstmal Urlaub bis Ende dieses Jahres. „Die Deutsche Journalisten Union in der IG Druck und Papier hat die Kündigung Bernhards entschieden verurteilt“ („UZ“, 3.7.79).

Betriebszelle Broschek KB/Gruppe Hamburg

2.300 Chemie-Arbeitsplätze in Gefahr

Der amerikanische Chemie-Konzern Monsanto hat beschlossen, die gesamte europäische Nylon-Produktion einzustellen. Betroffen sind 2.300 Kollegen in England, Luxemburg und in der BRD.

Diese Stilllegungen sind eine Folge der Überkapazitätskrise in der west-europäischen Kunstfaser-Industrie. Die Faserkonzerne haben den Markt seit Ende der sechziger Jahre neu aufgeteilt, um ihre Profite zu sichern.

Die Internationale Chemiefabrikarbeiter Gewerkschaft (ICEF), zu der auch die IG Chemie gehört, hat am 20. April für den Monsanto-Konzern einen „Weltrat“ gegründet, der die Aktivitäten gegen den Konzern international koordinieren soll. Welcher Art diese Aktivitäten sind, oder ob der „Weltrat“ nur hohle Sprüche klopft, war der Gewerkschaftspresse nicht zu entnehmen. Der „Weltrat“ fordert den Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Monsanto. Während die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ von einem Solidaritätsprogramm spricht, das in mehreren Stufen ablaufen soll, schreibt die IG-Chemie-Zeitung „Gewerkschaftspost“ von Bemühungen des „Weltrates“, das Monsanto-Management zu bewegen, von den Stilllegungsplänen abzuweichen. Allerdings sei ein Erfolg noch nicht abzusehen, und die „Gewerkschaftspost“ gibt auch keinerlei Solidaritäts- bzw. Kampfmaßnahmen an, wie das Monsanto-Management „bewegt“ werden soll, tatsächlich Arbeitsplätze zu erhalten. Stattdessen schreibt sie: „Dies (gemeint ist die Erhaltung der Arbeitsplätze - d. Red.) kann von einem großen multinationalen Unternehmen erwartet werden. Den sozialen Interessen der Beschäftigten muß die gleiche Bedeutung eingeräumt werden wie den Gewinn- und Ertragsüberlegungen“. Mit solchen moralischen Appellen ist noch kein Arbeitsplatz gesichert worden.

Chemiekommission

„Asbest-Institut“ gegründet

Je mehr die Gefährlichkeit des Rohstoffs Asbest auch in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, um so dringender ersucht es der Asbest-Industrie, etwas für ihr öffentliches Ansehen zu tun. Das „Asbest-Institut für Arbeits- und Umweltschutz e.V.“ mit Sitz in Neuf, wurde gegründet. Die Industrie billigte einen Jahresetat von 2,5 Millionen DM zu. Obwohl ein DGB-

Grundsatz den Einzelgewerkschaften verbietet, sich bei industriefinanzierten Forschungseinrichtungen zu beteiligen, machte IG-Chemie-Chef Karl Hauenschild hier eine „Ausnahme“. Mit seiner ausdrücklichen Zustimmung ließ sich der Chemie-Gewerkschaftsführer Fritz Schuster in den Verwaltungsrat des Asbest-Instituts wählen. Nun basteln sie gemeinsam an den Möglichkeiten, die tödliche Staubbelastung bei der Verarbeitung von Asbest zu senken, und das, obwohl führende Arbeitsschutzexperten dieses für ein Herumdoktern an den Symptomen erklären und für ein totales Asbest-Verbot plädieren. (Der DGB hat übrigens kürzlich auch ein Asbest-Verbot gefordert). Der Gießener Arbeitsmediziner Hans-Joachim Weitowitz belegt, daß „asbestbedingte Tumore den ersten Platz unter den Berufserkrankungen“ einnehmen. Das amerikanische „National Cancer Institute“ geht in seiner neuesten Studie davon aus, daß 20-40% aller Krebserkrankungen auf Einflüsse am Arbeitsplatz zurückzuführen sind; davon 14-18% auf den direkten Umgang mit Asbest-Staub.

Auf die BRD übertragen heißt das: 4.000 bis 10.000 Menschen sterben jährlich an asbestbedingten Erkrankungen. An vorderster Stelle stehen Brustfell- und Lungenkrebs (siehe hierzu auch AK 154). Die Gewerkschaftsspitze fürchtet nun, daß eine massive Propaganda gegen die Asbest-Produktion ihre Mitglieder den Arbeitsplatz kostet. Das erinnert stark an ihre Pro-AKW-Kampagne, und es gehört schon eine gehörige Portion Zynismus dazu, eine Arbeitsplatzkampagne mit dem Wissen zukünftiger Krebserkrankungen zu führen. In den Niederlanden und Schweden besteht ein Verbot von Asbestproduktion, in der BRD hingegen hat sich der Industrieasbestverbrauch verfünffacht.

Chemiekommission

Protestaktionen gegen mögliche Stilllegung

Rund 100 Beschäftigte der Vereinigte Deutsche Metallwerke AG (VDM) legten am 21.6. für über eine halbe Stunde die Arbeit nieder.

Ärger im Sonderkindergarten Flensburg

Ärger im Sonderkindergarten Flensburg

Im Sonderkindergarten Flensburg (Adelbylund) sind Schikane, Zusammenbrüche und Entlassungen von Erziehern an der Tagesordnung. An die Tatsachen heranzukommen, ist nur schwer möglich. Denn wer Genaueres weiß, hat den Mund zu halten - wegen der Schweigepflicht und aus berechtigter Angst vor noch mehr Repressalien durch den Vorstand Fries. Redakteure der Flensburger „Zeitung“ (beliebtes Blatt der Flensburger fortschrittlichen Szene) sahen sich dort anlässlich des Tages der Offenen Tür etwas um:

Der pädagogische Leiter des SKG hat vor kurzem das Handtuch geworfen und von sich aus gekündigt. In einem Abschiedsbrief an die Mitarbeiter heißt es u.a. sinngemäß: „Den starken seelischen Druck, dem ich im Sonderkindergarten ausgesetzt bin, halte ich nicht mehr aus.“

Der sonst übliche Dienstausschleich nach den Ferienfahrten - zehn Tage Dienst rund um die Uhr - sollte weder in Geld noch in Freizeit vergütet werden. Eine Erzieherin wurde kürzlich vom Vorstandeshepaar Fries vor den Kindern derart zusammengeschrien, daß sie sich weinend auf den Weg zum Arzt machen mußte. Im Zusammenhang mit Personalratswahlen kam es schließlich zu drei Entlassungen. Die Entlassenen ließen sich allerdings nicht einschüchtern und gingen vor Gericht. Erfolgreich! Der Personalrat mußte nachträglich anerkannt werden. Was die Redakteure der „Zeitung“ erlebten, als sie am Tag der offenen Tür diesen Vorfällen vor Ort nachgehen wollten, schildern sie so:

„8. Juni 79, 9.10 Uhr: Wir betreten zu dritt... das Gebäude des SKG, schauen uns ein wenig um im großen Flur sowie in den Gruppenräumen. Unser Fotograf D. geht mit seinem Fotoapparat und Herrn S. in Richtung Verwaltung und des ‚Schwarzen Brettes‘. 9.15 Uhr: Wir halten uns in der Nähe des ‚Schwarzen Brettes‘ auf, wo ich den internen Hinweis lese: Das Rauchen ist für die Mitarbeiter in Anwesenheit der Kinder verboten - Zuwiderhandlungen werden mit Kündigungen geahndet! Eine Frau fragt nach unserem Anliegen -

Während einer Abteilungsversammlung wiederholten 100 andere Kolleg(innen) am Nachmittag aus Solidarität die Aktion.

Anlaß waren die Berichte über eine Stilllegung des Rohrwerkes, wovon 167 Beschäftigte betroffen wären. Die restlichen 1.600 Arbeitsplätze in Nürnberg und Scheßlitz seien, so die Unternehmensleitung, „ungefährdet“. Das Rohrwerk sei in den roten Zahlen und unter den alternativen Maßnahmen sei „eine Schließung im Teilbereich das Wahrscheinlichste“. Die Unternehmensleitung behauptete, die von der IG-Metall benannte Zahl von 190 bedrohten Arbeitsplätzen sei „viel zu hoch gegriffen“, doch komme man um Entlassungen nicht herum. VDM-Vorstandsmitglied Ernesti: „Etwas anderes zu behaupten, bedeutete, nur den Leuten Sand in Augen zu streuen.“

Zweite Schlappe für die coop

Walter Gerber, Betriebsratsvorsitzender der Hapro, einer Tochtergesellschaft der gewerkschaftseigenen coop, hat seinen zweiten Prozeß gewonnen. Gerber, langjähriger freigestellter BR-Vorsitzender, sollte seine Freistellung aufgeben, nachdem die Mitarbeiterzahl der Hapro unter 300 gesunken war. Der BR forderte von der Geschäftsleitung die weitere Freistellung Gerbers, diese antwortete mit einer fristlosen Kündigung wegen „Arbeitsverweigerung“.

Die Prozesse laufen zur Zeit um diesen Fall. Den ersten Prozeß gegen die fristlose Kündigung hat die coop bereits verloren. Daraufhin kürzte sie das Gehalt Gerbers um 25%. Von Freistellung war natürlich nicht zu reden. Am 27.6.79 entschied nun das Hamburger Arbeitsgericht, daß der Kollege weiterhin von der Arbeit freizustellen ist.

Der dritte Prozeß, der noch verhandelt werden muß, geht um die besagte Gehaltskürzung. Das wird die dritte Schlappe für die coop werden. Allerdings scheint sie die Nase noch nicht voll zu haben, denn gegen beide Urteile ist Berufung eingelegt worden.

HBV-Komitee

wir wünschen ein Interview mit der Leitung des SKG, uns wird Herr Schreiber vorgestellt als stellvertretender pädagogischer Leiter der Einrichtung. Herr Schreiber führt uns in das Büro des Ehepaars Fries, wo wir uns förmlich vorstellen als Vertreter der Zeitung für Stadt und Land.

Ich überreiche Herrn Fries dann ein Probeexemplar... Während F. sie durchblättert, stelle ich einige Fragen bezüglich der Organisationsform des Kindergartens, Finanzen usw.

Herr Fries schreit plötzlich auf und ruft sinngemäß: „Das sind ja Kommunisten“, hat dann den Benno Ohnesorg-Artikel vor der Nase, wird immer erregter und bringt dann abschließend ein - Verlassen Sie sofort mein Büro! - hervor. Was wir dann auch machen...“

9.20 Uhr: Ich gehe noch in den einen oder anderen Gruppenraum, erzähle einem anderem Besucher von unserem Hinauswurf, derweil fotografiert D. das ‚Schwarze Brett‘, als die Tür zur Verwaltung hinter ihm aufgeht. D. dreht sich um und hat den Herrn Fries auf der Platte. Herr Fries... fuchtelt mit seiner Zigarette in der Luft herum... und ruft: „Das habe ich ihnen nicht erlaubt, geben sie sofort den Film her! D.: ‚Daran denke ich überhaupt nicht‘. Fries ruft in sein Büro hinein: ‚Ruft die Polizei an!‘. Er selber rennt mit seiner Frau und Herrn Schreiber zur Außentür, um uns am Verlassen des Hauses zu hindern. Dreimal versuchen wir zu dritt, das Haus zu verlassen, geben es jedoch angesichts des kräftigen Körperbaus der Leute auf. Während wir alle gemeinsam auf die Polizei warten, geht Herr Fries mit seiner Frau zum internen Schwarzen Brett. Dort werden sehr hastig die Aushänge abgerissen - befremdlich...“

Als die Polizisten eintreffen, werden die Personalien der drei aufgenommen, der Film „zum Schutz privater Rechte“ beschlagnahmt. Die drei bekommen Hausverbot.

Einer der Redakteure erstattete Anzeige wegen Freiheitsberaubung. (Nach „Die Zeitung“)

Eine Flensburger Genossin

2. Bundesarbeitstagung der DGB-Jugend — Was hat's gebracht?

„Über viele Jahre war Berufsbildung das zentrale Arbeitsfeld der Gewerkschaftsjugend. Große Reformforderungen wurden artikuliert. Diese Erwartungen an den Gesetzgeber sind nicht eingetroffen... übrig bleibt (in der Gewerkschaftsjugend) zunächst eine allgemeine Frustration... Über viele Jahre hinweg war mobilisiert worden, um die Reform der beruflichen Bildung endlich durchzusetzen. Was dann kam, blieb weit hinter den Vorstellungen der DGB, aber auch weit hinter den damaligen Vorstellungen der Bundesregierung zurück.“

So weit erst einmal Heinz Hawreliuk, DGB-Bundesjugendsekretär, in seinem Einleitungsreferat. Aufgabe der Gewerkschaftsjugend sei es wieder, von Jugendlichen zu lernen und mit ihnen zu reden, um nicht zur Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Mit dem Rückgang der SPD-DGB-Reformpolitik sei versucht worden, auf betrieblicher und tarifpolitischer Ebene Fuß zu fassen. Allerdings hätte diese Tendenz kaum Eingang in die offizielle Gewerkschaftsjugendpolitik gefunden. In dem Sinne wertete Hawreliuk die Arbeitstagung als ersten Versuch seit Jahren, wieder gemeinsame Diskussionen zu führen. „Deshalb steht diese Arbeitstagung vor dem eher bescheidenen Anspruch, erst einmal wieder einen gemeinsamen Einstieg in ein für uns wichtiges und zentrales Arbeitsfeld zu finden... Das Schlagwort der Rückbesinnung auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten und auf die eigene Kraft hat an vielen Orten Gestalt gewonnen. Aber: Wir sollten aufpassen, daß jetzt nicht das Pendel in die andere Richtung schlägt. Nach Reform-Euphorie gegenüber dem Gesetzgeber jetzt nur noch auf die Tarifpolitik zu setzen...“

keiten und auf die eigene Kraft hat an vielen Orten Gestalt gewonnen. Aber: Wir sollten aufpassen, daß jetzt nicht das Pendel in die andere Richtung schlägt. Nach Reform-Euphorie gegenüber dem Gesetzgeber jetzt nur noch auf die Tarifpolitik zu setzen...

Wenn uns gesagt wird, daß das politische Kräfteverhältnis in Bonn keine Reform zuläßt, dann müssen wir im vorparlamentarischen Raum Kräfteverhältnisse ändern.“

Noch deutlicher in die Richtung sprach sich H.O. Vetter in seiner Rede an die Delegierten aus: „Es kann keine Rede davon sein, wir hätten unseren Glauben an die Reformfähigkeit dieser Gesellschaft aufgegeben... man muß sich der Gefahr bewußt sein, die in einer Überbetonung der Tarifpolitik liegt... Reformpolitik muß auf der Tagesordnung bleiben! Es gibt zur Reformpolitik keine Alternative, soll nicht die Zukunft verspielt werden.“ Für die Gewerkschaftsjugend gelte das gleiche wie für den übrigen gewerkschaftlichen Bereich. So sehr es zu begrüßen sei, daß die Tarif- und Betriebspolitik und ihre Möglichkeiten und Neuorientierungen heiß diskutiert werden, so möchte er, Vetter, doch davor warnen, auf derartige Schmalmeinklänge hereinzufallen, die ein totales Umdenken in der Tarifpolitik fordern. „In Bezug auf die Gewerkschaftsjugend ist diese Diskussion im vorigen Jahr begonnen worden, wie ich meine, auf die richtige Art und Weise und mit der gebotenen Sachlichkeit und Solidarität.“ Über diese „richtige und sachliche“ Auseinandersetzung, die seit nunmehr anderthalb Jahren heiß in der Diskussion sein soll (Angriffe auf die SDAJ, „Oberurseler Papier“) gab es außer den Anmerkungen von Hawreliuk und Vetter keine Auseinandersetzung.

Das unterstützt noch einmal unsere These aus AK 156, daß es neben der harten Linie, die am deutlichsten durch die IG Bergbau verkörpert wird, die sofortige repressive Maßnahmen gegen die DKP/SDAJ ver-

Auseinandersetzung. Das unterstützt noch einmal unsere These aus AK 156, daß es neben der harten Linie, die am deutlichsten durch die IG Bergbau verkörpert wird, die sofortige repressive Maßnahmen gegen die DKP/SDAJ ver-

langt, eine wesentlichere Linie gibt, die sich vorerst darauf beschränkt, die DKP/SDAJ ideologisch ins Abseits zu drängen. Diese Linie wurde auf der Arbeitstagung sowohl von Hawreliuk als auch von Vetter vertreten. Betont wurde aber dabei ausdrücklich, daß man kein Interesse an öffentlichen Auseinandersetzungen habe: „Publizistisches Sperrfeuer von außen können wir hierbei allerdings nicht gebrauchen“ (Vetter).

Auf der anderen Seite spricht Hawreliuk, wenn er vor der Überbetonung der betriebs- und tarifpolitischen Aspekte warnt, eine Tendenz an, die für die Gewerkschaftsführer auch eine Gefahr darstellt. In den Tarifaufeinanderstellungen der letzten Jahre haben sich Jugendvertreter und jugendliche Gewerkschafter zunehmend an oppositionelle Strömungen innerhalb der Gewerkschaften orientiert. Das zeigte sich 1978 in der Drucktarifrunde und während des Stahlarbeiterstreiks. Diese Tendenzen langfristig im Griff zu behalten und zuerst einmal die DKP/SDAJ ideologisch zurückzudrängen, dazu hat die zweite Bundesarbeitstagung auch einen Beitrag geleistet.

Diejenigen Kräfte in der DGB-Jugendpolitik, die erklärmaßen mit der verbalen Absicht angetreten waren, eine tatsächliche Alternative für eine linke Gewerkschaftsjugendpolitik herausarbeiten zu wollen — z.B. die Oberurseler — haben sich auf der Bundesarbeitskonferenz nicht zu Wort gemeldet, sich also nicht mit den sozialdemokratischen Integrationsversuchen von Hawreliuk-Vetter & Co. kritisch auseinandergesetzt. Auch daran müssen wir die Schreiber des „Oberurseler Papiers“ messen.

Lehrlingskommission

den sozialdemokratischen Integrationsversuchen von Hawreliuk-Vetter & Co. kritisch auseinandergesetzt. Auch daran müssen wir die Schreiber des „Oberurseler Papiers“ messen.

Lehrlingskommission

ÖTV-Kampagne zur „Humanisierung der Patientenversorgung“

Unter diesem Thema fand am 20.6. eine Veranstaltung der ÖTV in Göttingen statt. 50 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen klinischen Bereichen nahmen an der Veranstaltung teil. In einem Referat wurde die Veranstaltung der ÖTV dargestellt: Veränderung des Pflegekonzepts im Sinne der Ganzheitspflege, Verbesserung von Kommunikation und Information, Vermittlung psychosozialer Inhalte in Aus- und Fortbildung, Einbeziehung psychosozialer Dienstleistungen in die Personalbedarfsrechnungen und Verbesserung der Bewertung von Pflegeleistungen. In den anschließenden Berichten von Kollegen wurde der Abstand zwischen den allgemein gehaltenen Ansprüchen der ÖTV und der Wirklichkeit deutlich.

Der von der Verwaltung verteilte Personalschlüssel, acht Platteinstelle auf einer 20-Betten-Station, bedingt einen chronischen Personalmangel, der sich in Urlaubszeiten noch erheblich verschärft. Von einem Kollegen wurde aus der Neurologischen Klinik berichtet, in der es schon seit Jahren ständig Konflikte zwischen Personal und Verwaltung gibt. Die Personalsituation ist dort momentan so katastrophal, daß selbst der ärztliche Leiter eine Stationsschließung befürwortet hat. Eine Kollegin hatte Bedenken gegen diesen, als einziger möglichen Kampfschritt propagierten Vorschlag. Eine inhaltliche Diskussion wurde aber durch die Diskussionsleitung der Veranstaltung verhindert.

Stattdessen bekam ein Vertreter des Kreisvorstandes der ÖTV Gelegenheit, langatmige und inhaltslose Ausführungen zu machen über die „Erfolge“ der ÖTV im Kampf um mehr Humanität im Krankenhaus.

Von Kranken wurde der Kreisvorstand aufgefordert, es nicht bei allgemeinen Sprüchen zu belassen, sondern sich öffentlich für die Aufhebung des Bettenschlüssels einzusetzen. Eine klare Antwort erfolgte allerdings, wie zu erwarten, nicht. Im Gegenteil, die Untätigkeit der ÖTV-Kreisverwaltung wurde den „desinteressierten und inaktiven“ Kollegen in die Schuhe geschoben. Geradezu dreist war die Aufforderung, sich an den Kollegen in den anderen Göttinger Bereichen, Druck, HBV, ein Beispiel zu nehmen und wie diese doch mal zu streiken. Dieser Auffassung wurde von Kollegen widersprochen und auf das Verhalten des Kreisvorstandes in aktuellen Konflikten aufmerksam gemacht.

Als Beispiele seien hier angeführt: Die Information zum Klinikum, in der Kindertagesstätte des Klinikums, die vom Kreisvorstand untersagt wurde und die von ÖTV-Mitgliedern durchgeführt und Unterschriftensammlung zum Thema Klimaanlage, die ebenfalls auf Eis gelegt wurde. Auch in diesem Fall hatte sich der Kreisvorstand ausdrücklich gegen eine Öffentlichkeitsarbeit ausgesprochen.

KB/Gruppe Göttingen

623 Tote durch die DC-10

623 Tote durch die DC-10

Bei dem Absturz einer DC-10 bei Chicago kamen 275 Menschen ums Leben. Damit erhöhte sich die Zahl der DC-10-Opfer insgesamt auf 623. Die Ursache des Absturzes bei Chicago ist der Bruch einer Triebwerksaufhängung kurz nach dem Start. Das US-Luftfahrtbundesamt (FAA) entzog daraufhin der DC-10 die Musterzulassung, wodurch alle 272 DC-10 Flugzeuge weltweit Startverbot erhielten. Dabei wußte das FAA schon seit 1975 von Rissen in Triebwerksaufhängungen bei den Flugzeugen. Dies ergab sich bei einer Anhörung im Unterausschuß für Verkehr und Staatsausgaben des Repräsentantenhauses in Washington durch die Aussagen führender FAA-Vertreter. Der Leiter der FAA-Region „West“ gab auf die Frage, warum sie nicht früher auf die Mängel reagiert hätten, zu: „Das haben wir nicht für ein Sicherheitsrisiko gehalten“ („FR“, 13.6.) So wurden seit 1975 von der Behörde nicht einmal Schritte unternommen, um die Entwicklung dieser bekannten Mängel zu untersuchen. Nach dem Unfall bei Chicago verfügte die FAA lediglich, daß die Haltebolzen an den DC-10-Maschinen von allen Fluggesellschaften kontrolliert werden sollten. Doch zwei Mechaniker der „United Airlines“ begnügten sich nicht mit dieser Inspektion, sondern prüften etwas genauer. Dabei

stellten sie fest, daß ein wichtiger, tragender Holm ausgerissen war. „Wenn wir das nicht gefunden hätten, wäre auch bei dieser Maschine das Triebwerk weggekracht“ („Stern“, 13.6.). Erst auf diese Alarmmeldung hin verfügte die FAA ein Flugverbot für alle Maschinen dieses Typs. Nach den ersten gründlichen Untersuchungen wurde klar, daß fast jede zweite DC-10 in Amerika mit einem Knacks am Flügel geflogen war!

Die FAA hegt zwar den Verdacht, daß grundlegende Konstruktionsprobleme bei den Triebwerksaufhängungen von dem Hersteller Mc Donnell-Douglas mitgeliefert wurden, aber die reden nur davon, daß es sich bei den Mängeln um Wartungsfehler handelt. Auch die europäischen Fluggesellschaften äußerten sich dahingehend und bestanden darauf, daß das Startverbot für sie aufgehoben wird. Mit Erfolg. Mittlerweile fliegt fast wieder jede europäische DC-10. Argumentiert wird damit, daß ihre Flugzeuge anders ausgelegt sind und andere Strecken, nämlich Langstrecken, beflegen.

Die tatsächlichen Ursachen sind noch nicht festgestellt worden. Das ganze ähnelt der „Sicherheits“-Argumentation von AKW-Betreibern.

ÖTV-Kommission

Fast-Katastrophe bei BASF-Ludwigshafen

Am 16./17. Juni entging Ludwigshafen am Rhein knapp einer Katastrophe. In einer Lagerhalle bei BASF Ludwigshafen (ca. 50.000 Kollegen) brach ein Großbrand aus. Brandursache, so Experten, war die Selbstentzündung eines Sackes mit dem Pflanzenschutzmittel „Manep“, ein Pilzbekämpfungsmittel aus Ungarn. Das Feuer griff sofort auf weiteres Lagergut über, durch die entstehende Hitze wurden die Wände der angrenzenden Lagerhalle eingedrückt, in der 400 Tonnen Kunststoffe und Pestizide lagerten (400 verschiedene Produkte), darunter das krebserregende Nickelkarbonat, ein dem hochgiftigen Insektenvertilgungsmittel E 605 ähnelnder Stoff.

Um 24 Uhr, drei Stunden nach Ausbruch des Brandes, loderten die Flammen 20 bis 30 Meter hoch.

Die Verantwortlichen, die offenbar sofort die enorme Gefahr für die Bewohner der angrenzenden Stadtteile erkannt hatten, schickten ein Aufgebot von 400 Feuerwehrleuten in den Einsatz. Die Polizei fuhr mit Lautsprecherwagen durch die angrenzenden Stadtteile Friesenheim und Hemshof und forderte die Bewohner auf, die Fenster zu schließen (sie mußten dann 18 Stunden geschlossen bleiben). Polizei und BASF-Werksschutz, die in der unmittelbaren Umgebung des Brandherdes ihren Dienst taten, wurden mit Gasmasken ausgestattet. Die Bewohner der Stadtteile Friesenheim konnten nur noch mit nassen Tüchern vor dem Gesicht auf die Straße.

Beim Löscheinsatz der Feuerwehr ist es zu zahlreichen Problemen gekommen. Erst nach drei Stunden gelang es, den Brandherd genau zu lokalisieren. Die Löschwasserversorgung war erst nach einigen Umschaltungen im nötigen Umfang sichergestellt. Über zwei Stunden floß das Löschwasser direkt und ungeklärt in den Rhein, erst danach wurde es über die Kläranlage umgeleitet. Das heißt, daß zwei Stunden lang mit Pestiziden und ähnlichen Giftstoffen verseuchtes Wasser über die Regenwasserkanalisation abgeleitet wurde!

Erst am nächsten Tag um 17 Uhr hatten die Feuerwehren aus Ludwigshafen, Mannheim und Umgebung den Brand unter Kontrolle. Was blieb, war ein über, ätzender Gestank, der sich auf die Atemwege legte und zu Brechreiz führte.

Die Kollegen bei BASF sollen übrigens rund um die Uhr weitergear-

beitet haben, eine Ausweitung des Brandes sei nicht zu befürchten gewesen, so hatte es geheißt. Einen Tag später, beeilten sich die „Experten“ dann, den Vorfall als völlig ungefährlich herunterzuspielen. BASF behauptet, von dem Moment an, wo die Substanzen gebrannt haben, seien sie nicht mehr giftig gewesen. So behauptete der Leiter des Ressorts Technik, Dr. Hans G. Peine, „die zulässigen Immissionswerte wurden nicht überschritten“. Der leitende Di-



rektor des Gewerbeaufsichtsamtes in Neustadt, Bigon, gab an, daß der Schwefeldioxidgehalt zeitweise über dem zulässigen Knapp über der Nachweissgrenze gemessen worden war, doch, „es hat keine Gefahr für die Menschen bestanden“. Die Wasserschutzpolizei hat nach eigenen Angaben keine erhöhte Giftkonzentration im Rhein festgestellt — und auch kein Fischsterben beobachtet. Und der Ludwigshafener Oberbürgermeister Ludwig stellte sich ganz in den Dienst der BASF: Er beruhigte die Bevölkerung per Telefon.

Am 27.6.79 teilte der BBU in einem Offenen Brief mit, daß es In-

erst fünf Tage nach Ausbruch des Brandes die Liste mit den vom Brand betroffenen 400 Stoffen dem Gewerbeaufsichtsamts übergeben worden war. Eine gezielte Suche nach krebserregenden Stoffen sei so nicht mehr möglich gewesen. Der BBU fordert eine vollständige Dokumentation der Beinahe-Katastrophe und eine Bekanntgabe von daraus zu ziehenden Konsequenzen. (Nach Berichten aus: „FR“, 18.6./28.6., „TAZ“, 19.6., „Rheinpfalz“ 18.6.).

KB-Sympathisanten Mannheim und Chemiekommision

Rotbuch zum Rotwerden...

Unser Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle“ aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG Druck, IGBV und GEW (darunter mehrere Massenabschlüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

Handbuch in Paperback
654 Seiten
DM 22,-

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sog. Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlussverfahren praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende — und es sind keinesfalls nur Kommunisten, die dieser Verfallsurteil zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivitäten zu liquidieren versucht.

Rotbuch
zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle
dokumentiert
mit mehr als
350 Original-
Dokumenten

Auseinandersetzung um die Geschichte der Gewerkschaften

Zur Kampagne gegen die DKP

Ein Schwerpunkt der Kampagne im DGB gegen die DKP liegt in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Die Schwäche offizieller gewerkschaftlicher Geschichtsschreibung ist offensichtlich. Die DGB-Literatur zu diesem Thema ist oberflächlich, geschichtsfälschend und spart in der Regel die Konfliktpunkte in der Gewerkschaftsgeschichte aus. Besonders schwer tun sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit der Geschichtsschreibung zur Entwicklung zum Faschismus. In den DGB-Publikationen erscheint in der Regel die Gewerkschaftsgeschichte frei von innergewerkschaftlichen Konflikten als eine Entwicklung stetigen Fortschritts für die Arbeiterklasse, mit eben einer Ausnahme, dem Nazi-Faschismus.

In diese Lücke stieß die DKP bzw. Kräfte, die der DKP nahestehen sowie linke Geschichtsforscher, die an einem gemeinsamen Werk zur Gewerkschaftsgeschichte mitarbeiteten. So erschien 1977 von den Marburger Autoren Deppe, Fülberth und Harrer (sowie 12 weiteren Mitautoren herausgegeben) das Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ im DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Verlag. In kurzer Zeit wurde dieses Buch zum Standardwerk in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, nicht zuletzt, weil es keine vergleichbare Arbeit gibt.

Die Autoren gehören durchweg der „Marburger Schule“ um den Professor Wolfgang Abendroth an, der sich auch nach dem Verlassen der DDR nicht der antikomunistischen Geschichtsschreibung zuwandte, sondern sich kritisch der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften widmete. Die „Marburger Schule“ Abendroths war bereits in der Vergangenheit mehrfach Zielscheibe antikomunistischer Angriffe. So bezeichnete der SPD-Berufsdemagoge Fritz Vilmar sich vor Jahren als „kommunistische Parteihochschule“. Unter Berufung hierauf startete die hessische CDU eine (erfolgreiche) Kampagne zu ihrer Auflösung im Stile der Berufsverbotskampagnen. Es ist wohl kaum ein Zufall, daß der gleiche Fritz Vilmar sich heute wiederum gegen die Arbeit der „Marburger Schule“ engagiert.

Nachdem die DGB-Spitze ihre Kampagne gegen die „Unterwanderung“ der DGB-Jugendarbeit durch die SDAJ/DKP im November 1977 gestartet hatte (siehe AK 154 und 156), geriet sehr schnell auch die „Marburger Schule“ in die Kritik. Gestartet hatte (siehe AK 154 und 156), geriet sehr schnell auch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in die Schußlinie. Bereits im Januar 1978 zitierte der „Spiegel“ anonyme DGB-Führer, die darauf hinwiesen, daß DGB-Jugendbildungsreferenten „auf-fällig oft aus den Seminaren des Marburger DKP-Professors Frank Deppe kamen“ (Spiegel, 3/78 — unser Wissen ist Deppe nicht DKP-Mitglied!).

Im November 1978 schließlich begann die Kampagne gegen die „Marburger Schule“ und die Autoren des Geschichtsbuchs. Und auch hier wieder war, ähnlich wie bei den Angriffen auf die SDAJ in der Jugendpolitik, der Angriff „links“ abgetarnt.

Die Verbindung „Langer Marsch“ und „Oberurseler“

„Die Quelle“, Funktionärszeitung des DGB und alles andere als offen für linke Positionen, veröffentlichte einen Artikel „Eine Geschichte verfallender Gewerkschaftsgeschichte!“ („Quelle“ 11/78, S. 606 — 608), wohlgerichtet, das Wort „Gewerkschaftsgeschichte“ in Gänsefüßchen geschrieben. Autor dieser Rezension ist — man höre und staune — Manfred Scharrer, Mitarbeiter der westberliner Zeitschrift „Langer Marsch“.

Bevor wir uns den Inhalten der Scharrer-Rezension zuwenden, ist interessant, welche Verbindungen hierbei offensichtlich werden: Der „Lange Marsch“ hat von sich aus nämlich keinerlei Möglichkeiten, seine Ansichten in der Gewerkschaftspresse zu publizieren. Schützenhilfe leistete allerdings ein Gewerkschaftsfunktionär: Hinrich Detjen, Leiter der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel und Mitverfasser des mittlerweile berühmten „Oberurseler Papiers“ zur „Strategie von DKP und SDAJ in den Gewerkschaften“ (siehe AK 154 und 156). Oetjen versandte die Scharrer-Rezension mit einem Begleitschreiben an die Gewerkschaftspresse. Darin bittet er um Abdruck: „Damit ein solches Buch nicht kritiklos weiterverwendet wird, würden wir die Ver-

öffentlichung dieser Rezension sehr begrüßen“ (FR, 2.1.79). Dem DGB-Funktionärorgan war die Rezension gut genug, den Auftakt zu einer antikomunistischen Kampagne zu bilden, die sich mittlerweile allerdings von ihrem Ausgangspunkt, der Scharrer'schen Kritik, weit entfernt hat. Den „Langer Marsch“-Mitarbeiter hat mittlerweile das gleiche Schicksal ereilt wie seine Oberurseler Kollegen, die allesamt beteuern, ihre Kritik an der DKP/SDAJ käme von links. In der Gewerkschaftspresse, wo die Kampagne gegen das Geschichtsbuch seit nunmehr 8 Monaten läuft, spricht niemand mehr über den „Historiker“ Scharrer, heute sind es Namen wie Peter v. Oertzen und Herbert Wehner (SPD-Vorstandsmitglieder), Fritz Vilmar und der antikomunistische, sozialdemokratische Historiker Gerhard Beier, die die Spalten der Gewerkschaftspresse beherrschen, um der „Marburger Schule“ „Geschichtsfälschung“ nachzuweisen.

Scharrer aber, dem wir hier unterstellen, daß auch eine gehörige Portion persönliches Interesse seine Feder führte, guckt in die Röhre. Scharrer ist nämlich Verfasser eines Buches „Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat“, das er hoffte, an Stelle des Marburger Buchs in der Gewerkschaftsbildungsarbeit zu verankern. Die Oberurseler wollten ihm dabei behilflich sein. Mehrfach luden die Leiter der Oberurseler DGB-Bundesjugendschule Scharrer und Tilman Fichter, ebenfalls Mitarbeiter des „Langer Marsch“, als Jugendbildungsreferenten ein. In der Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit des DGB, der „Solidarität“, tauchten diese Autoren häufiger als „Historiker“ auf (z.B. in Nr. 8 und 12/78 sowie 1/79). In der „Solidarität“ 8/78 heißt es ausdrücklich: „Manfred Scharrers Buch „Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat...“ dürfte in den Gewerkschaften zunehmend Leser finden, nachdem Besprechungen in der Gewerkschaftspresse angelaufen sind“.

Mittlerweile hat die DGB-Führung dem aber einen Strich durch die Rechnung gemacht. Zum einen schießt sie sich voll auf das Deppe-Buch ein, zum anderen hat sie aber auch die Oberurseler in ihrer Arbeit entmachtet, indem sie sich die Bundesjugendschule direkt unterstellt hat (siehe AK 156). Gleichzeitig propagiert und forciert die DGB-Führung eine eigene, „positive“ (sozialdemo-

giert und forciert die DGB-Führung eine eigene, „positive“ (sozialdemokratische) Gewerkschaftsgeschichtsschreibung. Am 23. März dieses Jahres hielt der DGB-Vorsitzende Vetter ein Referat auf einem DGB-Historiker-Seminar zur deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vetter beklagte, daß die „große Tradition selbständiger gewerkschaftlicher Geschichtsschreibung... mit der Zeit schwächer geworden und heute leider fast ganz erloschen sei“ („Gewerkschaftliche Monatshefte“ 4/79, S. 254). Vetter beschwert sich, daß zunehmend „Geschichtsbildformer verschiedener Couleur... die verhassten Reformisten vor das Gericht des historischen Prozesses ziehen. Lassalle, Legien, Stegerwald, Leipart und Leuschner, sie alle werden zu Verrätern an der Arbeiterklasse“ oder zu inkompetenten und wankelmütigen Parvenus der Machtpolitik gestempelt. Und nahegelegt wird, daß die wahren Menschenfreunde, die wirklichen Profis der Politik in Moskau oder in den Chefetagen der Konzerne saßen“ (ebenda, S.255). Der DGB-Chef setzt sich für eine „positive“ Geschichtsschreibung ein, so wie er's versteht: Fälschung der Geschichte und Entlastung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vom Vorwurf, unzählige Male Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse begangen zu haben.

Scharrer: Reinwaschung der Sozialdemokratie

Wir zitieren im folgenden Scharrers Rezension nicht in der Fassung der „Quelle“, sondern in der Wiedergabe der „das da — avanti“ (1/79), da der „Quelle“-Beitrag gekürzt ist. Scharrer wirft Deppe & Co. vor, daß sie „die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung durch eine elende Wiedergabe von Fakten, Verschweigen von Fakten, Halbwahrheiten und willkürliche Interpretation verfälschen“. Es handele sich um den „bisher geschicktesten Versuch, die parteikomunistische Geschichtskonstruktion an den bundesrepublikanischen Leser zu bringen“. Der Vorwurf „parteikom-

munistischer“, bzw. „stalinistischer“ Geschichtsschreibung zieht sich wie ein „schwarzer Faden“ durch seine Argumentation. Die Belege allerdings, die Scharrer hierfür bringt, zeigen, daß es ihm nicht um eine „Objektivierung“ der Geschichtsschreibung geht (was immer diese „Historiker“ darunter verstehen), sondern um eine ebenfalls parteigebundene Geschichtsschreibung. Scharrers Rezension läuft eindeutig auf eine Rechtfertigung sozialdemokratischer Gewerkschafts- und Parteipolitik hinaus.

Seine Hauptvorwürfe gegen das Buch der Marburger Autoren:

Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten 1914 und die Unterstützung des imperialistischen Krieges — die Durchsetzung des Sozialchauvinismus in der SPD — sei kein Verrat der Führer an den Massen gewesen, sondern die Führer seien im Gegenteil dem Massenwillen gefolgt: „Die Führung hat keineswegs die Massen verraten, sondern befand sich mit der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder in Übereinstimmung, als sie die Parole ausgab: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich““ (avanti). Da „eine revolutionäre Antwort auf den imperialistischen Krieg“ nicht möglich war, so Scharrer, handelten die Führer nur rechtens, so sehr man das auch bedauern mag. „Die deutsche Regierung betrieb eine raffinierte Geheimpolitik, der alle zum Opfer fielen“, betonte Scharrer zur Entlastung der SPD-Führung auf einer Podiumsveranstaltung der DGB-„Akademie der Arbeit“ (Gewerkschaftliche Monatshefte 4/79, S. 247). Logisch schlußfolgert er in der Konsequenz, daß die Durchsetzung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung „nicht nur das Werk einer finsternen Verschwörung war..., sondern daß eine Mehrheit der organisierten Arbeiter ebenfalls revisionistisch eingestellt waren und deshalb die Politik der Führer „duldeten“. Dieser Teil der Arbeiter konnte also schon nicht verraten werden“ (avanti). Die in Deppes Buch aufgestellte „VerratsThese“ sei also glatte „Geschichtsfälschung“. Wir sind gespannt, ob der „Historiker“ Scharrer demnächst so weit gehen wird festzustellen, daß die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands widerstandslos den Machtantritt Hitlers duldet und unterstützte und damit die nationalsozialistischen Verbrechen zum „objektiven Gang“ der Geschichte erklärt. Die Sozialdemokratie

zum „objektiven Gang“ der Geschichte erklärt. Die Sozialdemokratie in Partei und Gewerkschaft dürfte damit wenigstens für ihre Mitverantwortung bei der Durchsetzung des Faschismus entlastet sein.

Anders verfährt Scharrer allerdings mit der Beurteilung der KPD-Politik. Ihre RGO-Politik und ihre Sozialfaschismustheorie greift er scharf an und gipfelt in der Aussage: „Wenn etwas die Einheit der Arbeiterbewegung verhindert hat, dann diese wahnwitzige Politik der KPD“ (avanti).

Auch hier wird also die sozialdemokratische Politik der „Arbeitsgemeinschaft“ mit der Bourgeoisie, Ereignisse wie der Blutmai 1929, die Massenausschlüsse in den Gewerkschaften, die reformistische Krisenbewältigungspolitik der Gewerkschaften, das Paktieren der SPD mit der Bourgeoisie und der nichterfolgte Widerstand der SPD-Führer gegen die Nazi-Diktatur entlastet und sogar der KPD die Schuld dafür in die Schuhe geschoben. Dies allein ist auch das Anliegen Scharrers — und nicht, wie er vorgibt, der Nachweis der „Geschichtsfälschung“.

Tatsächlich ist das Deppe-Buch in einer ganzen Reihe von Passagen zweifelhaft, jedoch nicht im Sinne Scharrers, sondern weil die Autoren in (typisch revisionistischer) Manier sich bemühen, Konfliktpunkte, die in das heutige Bild von den Gewerkschaften und revisionistischen Gewerkschaftsarbeit nicht hineinpassen, abzuschwächen oder auszulassen. An solchen Punkten (RGO, „Sozialfaschismus“, Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen Internationale) wird in der Tat durch Auslassen bzw. oberflächliche Darstellung Geschichte gefälscht, wie wir dies seit langem von der revisionistischen Geschichtsschreibung aus der DDR und in der Nachfolge der DKP kennen. Jedoch wollen Scharrer und in seinem Gefolge führende Sozialdemokraten, allein die Geschichte so hindrehen daß der „Schwarze Peter“ den Kommunisten zufällt.

Oetjen, Scharrer und andere müssen sich unserer Meinung nach vollkommen zu Recht von Wolfgang Abendroth den Vorwurf der Denun-

ziation gefallen lassen: „Jeder, der dies Buch als kommunistische Geschichtsklitterung hinstellt und das den Gewerkschaftsspitzen „meldet“, weiß, was er tut und welche Folgen das hat, ja er will sogar diese Folgen... Diskussionen und Denunziationen sind verschiedene Kapitel“ (in: Die Neue, 3.2.78).

Eher nach der Methode „Haltet den Dieb“ verfährt Scharrer, wenn ausgerechnet er einen Brief der Marburger Autoren an die Gewerkschaften als einen „gezielten Rufmord“ bezeichnet, da es sich hierbei um eine „konzentrierte Sammlung persönlich-politischer und wissenschaftlicher Diffamierung“ handele, was ihn an die „alte stalinistische Methode der Auseinandersetzung erinnere, der zum Glück die materielle Gewalt“ fehle (alle Zitate aus FR, 4.1.79).

In der Tat, und darin unterscheidet sich das Vorgehen von Scharrer und Oetjen: Ihre Denunziation kann mit Sicherheit auf diese materielle Gewalt in Form einer Gewerkschaftsbürokratie rechnen, die bedenkenlos kritische Stimmen in den Gewerkschaften unterdrückt, was die beiden sehr gut wissen. Die nachfolgende Kampagne in Teilen der DGB-Gewerkschaften hat dies deutlich gemacht.

Zustimmung in den DGB-Führungsetagen

Dem Scharrer-Artikel folgten eine Reihe von Stellungnahmen in den Einzelgewerkschaften, die überwiegend positiv in die Hetze gegen die DKP und Kommunisten in den Gewerkschaften einstimmten. Am meisten taten sich hierbei neben der IG Bergbau die ÖTV, die IG Chemie und auch die GEW-Bund hervor. Die ÖTV veröffentlichte als erste im März im ÖTV-Magazin einen Beitrag von Gerhard Beier: „Leninisten führten die Feder“, den im April die IG Chemie-Funktionärszeitung „Umschau“ und im Mai die GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft“ nachdruckten. Im Mai veröffentlichte das „ÖTV-Magazin“ einen Artikel von Herbert Wehner „Lernen und nicht verzweifeln — Gedanken zur Rolle der Gewerkschaften in der Republik“, den im Juni die „Quelle“ nachdruckte. Im Mai ließ das „ÖTV-Magazin“ Professor Vilmar auf 6 Seiten kritische Leserbriefe zu Beiers Artikel

Professor Vilmar auf 6 Seiten kritische Leserbriefe zu Beiers Artikel kommentieren und zensieren. Im Juni schließlich veröffentlichte die IG Chemie-„Umschau“ unter der Überschrift „DKP-orientierte Gewerkschaftspolitik“ einen Beitrag von Dieter Gaartz, seit Anfang des Jahres Mitarbeiter der Pressestelle des DGB-Bundesvorstandes, davor bis 1976 Angestellter an der Oberurseler Bundesjugendschule und anschließend Leiter des Referats „Jugendarbeitslosigkeit“ beim DGB-Bundesvorstand Abteilung Jugend (dieses Papier orientiert sich im wesentlichen an den Thesen des „Oberurseler Papiers“, siehe AK 154).

Beier: wüste antikomunistische Hetze

Den verbal schärfsten Angriff führt Gerhard Beier in seinem Artikel „Leninisten führten die Feder“. Es lohnt kaum, sich mit seinen inhaltlichen Positionen auseinanderzusetzen. Vielmehr setzt Beier in seiner Kommentierung bewußt auf antikomunistische Tiraden: „Das Buch der Marburger erinnert in mancher Hinsicht an Josef Stalins Geschichte der KPD“ und bediene sich der „Methode der schleichenden Indoktrination“ (dies und alle weiteren Zitate aus: „ÖTV-Magazin“, 3/79). Die Herausgeber und Autoren des Buchs seien „wohlbestallte Marburger Professoren“, die sich „in der Aura Wolfgang Abendroths“ sonnen und „Reklame für die Marburger Schule und die DKP machen... Wer als einzelner gegen sie auftritt, hat rasch die ganze Gruppe am Hals“. Zum Glück hat Beier ja den DGB hinter sich, er wird's übersehen. Fazit von Beier: „Das Werk dient nicht der autonomen gewerkschaftlichen Bewußtseinsbildung, sondern dem Transport sowjet-marxistischer Interpretationsmuster in die Schulungsarbeit der Gewerkschaften. Dabei wird leninistisches und stalinistisches Denken deutlich“. Im Eifer der antikomunistischen Hetze passieren dann auch schon mal solche Peinlichkeiten, daß Beier das Emblem auf der Titelseite des Buchs folgendermaßen beschreibt: „Da finden sich

F. Deppe
G. Fülberth
H.-J. Harrer
u. a.
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung
Zweite Auflage

Kleine Pahl-Rugenstein Bibliothek

Das „corpus delicti“, Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 475 Seiten, DM 12,80 im DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Verlag eine aufgehende Sonne wie auf dem Abzeichen der FDJ, verschlungene Hände, wie auf dem Emblem der SED und ein Hammer wie im Wappen der DDR und der UdSSR“, ja, wenn dann nicht alles klar ist, woher der Wind in diesem Geschichtsbuch weht. Doch das war selbst der IG Metall zuviel, die benutzt derzeit in ihrer Zeitung „Metall“ das gleiche Emblem zur Illustrierung der Serie „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung“. Sie schreibt: „Das in „Metall“ verwandte Emblem ist dem 75-Jahr-Band der IG Metall entnommen... und stammt aus dem Mitgliedbuch der internationalen Metallarbeiter-Gewerkschaften... Nun denn: Die Sonne wird weiterhin an hoffentlich vielen Tagen scheinen. Menschen werden einander die Hand geben und auch Hammer, Zirkel und Zange mögen sich weiterhin begegnen. Den Autoren... wünschen wir beim Anblick von „Metall“ weiterhin feuchte Hände und Stirnen“ („Metall“, 16.5.79). Aber wie gesagt, nicht wenige DGB-Führer entblöden sich, mit solcher Stimmungsmache antikomunistische Hetze zu betreiben, irgendwas wird schon hängenbleiben.

Der SPD-Vorstand schreibt mit

Weniger offen antikomunistisch, aber dennoch genauso eindeutig, haben sich führende SPD-Mitglieder zum Buch der Marburger Autoren geäußert. Scheinheilig schlossen sie sich im Dezember letzten Jahres Scharrers Protest gegen Deppe und die anderen Verfasser an. Der gleiche Peter von Oertzen, der als SPD-Vorstandsmitglied und ehemaliger niedersächsischer Kultusminister die Berufsverbote mitgetragen hat und heute noch mitträgt, beschwert sich über den Versuch von Deppe & Co., per Rundschreiben zu verhindern, daß Scharrers Kritik in die Gewerkschaftspresse gelangt: Das seien „administrative Wege“. Wir halten diesen Vorgang für einen Skandal“ (Brief an die Vorstände der DGB-Gewerkschaften, laut „FR“, 5.1.79 — Mitunterzeichner des Briefes u.a. Reinhard Crusius, Manfred Wilke und, wen wundert's, Fritz Vilmar).

Gab Oertzen sich in dem Brief noch scheinheilig als Verteidiger der Meinungsfreiheit, wird er kurze Zeit später ehrlicher, repressiv. In einem Brief vom 16.3.79 an die DGB-Vorstände greift er gleichermaßen Professor Abendroth und die Marburger Autoren an. Abendroth „steht prinzipiell auf der Seite des politischen Systems des sogenannten realen Sozialismus“. „Jedenfalls sind die Auffassungen Abendroths unvereinbar mit dem Programm des DGB und unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie und den Zielen des Sozialismus und den Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung“ (aus: „Das Argument“, 115/79). Die logische Konsequenz dieser Tirade Unvereinbarkeitsbeschluss und Berufsverbot läßt von Oertzen offen — noch...

Da ist es wohl mehr Tarnung, wenn Oertzen in einer längeren Rezension des Geschichtsbuchs (veröffentlicht in der „FR“ vom 11.4.79) behauptet, er halte „kein Plädoyer für irgendwelche administrativen Maßnahmen“, andererseits aber unmißverständlich feststellt: „Ich halte es für unerträglich, wenn interessierte Gewerkschafter ihre historischen und politischen Informationen überwiegend aus so trüben Quellen

Fortsetzung von Seite 16

beziehen" (ebenda). Wie Vetter plädiert auch von Qertzen für eine „Förderung einzelner Autoren“ (wer sucht die aus? Anm. d. Verf.) oder für eine „Förderung unabhängiger wissenschaftlicher Institutionen für Gewerkschaftsgeschichte und -politik“ (ebenda).

Die Tatsache, daß schließlich Herbert Wehner sich berufen fühlte, sich in einem Artikel in der Gewerkschaftspresse mit der Politik der KPD auseinanderzusetzen, belegt zusätzlich, daß die Kampagne gegen das Geschichtsbuch von Deppe, Fülberth und Harrer zum einen dazu dient, der DKP weitere Positionen in den Gewerkschaften zu nehmen und andererseits sozialdemokratische Geschichtsklitterung zu vermitteln. Wehners Fazit: „Worauf es 50 Jahre nach dem blutigen Mai in Berlin und 46 Jahre nach der Zerstörung der Gewerkschaften in Deutschland ankommt: nicht zurückgleiten in die dialektischen Doktrinarismen eines mit Leninismus gewürzten angeblichen Marxismus“ („ÖTV-Magazin“, 5/79). Der „Linke“ Scharrer, der offiziell die Kritik eröffnete, sollte auch zur Kenntnis nehmen, daß er so weit von Herbert

Wehner nicht fern steht, denn auch der stellt fest: „Angesichts der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre mit zwischen sechs und sieben Millionen Arbeitslosen in Deutschland wirkten die parteioffiziellen Lösungen der KPD lähmend auf die Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung und zerstörerisch auf die Solidarität der arbeitenden Menschen. Gewinner war die NSDAP, die dann 1933 und in den folgenden Jahren blutigen Aderlaß an der Arbeiterbewegung vollzog“ (ebenda). Schließlich war der „Linke“ Scharrer nichts weiter als ein nützlicher Idiot für die SPD-Parteiführung und sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, ihre antikommunistische Kampagne zu eröffnen.

Vorsichtige Kritik in den Gewerkschaften

Wir wollen nicht undifferenziert das Bild einer einheitlich reaktionären Kampagne in allen DGB-Gewerkschaften zeichnen. Mit Sicherheit tragen die Führungsspitzen der oben genannten Gewerkschaften diese Kampagne ebenso wie wesentliche Teile der DGB-Führung. Allerdings gibt es auch deutliche Gegenstimmen. In einem ausführlichen Kommentar di-

stanziert sich Detlef Hensche, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, von dieser Kampagne („druck und papier“, 12/79). In der gleichen Zeitung kommt der alte Antifaschist und ehemalige IG Metall-Führer Willi Bleicher zu Wort, der sich ebenfalls von dieser Anti-„Unterwanderungs“-Kampagne abgrenzt.

Sehr entschieden hat das Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Werner Haack, in die Debatte eingegriffen: Insbesondere dem Redakteur der Zeitung der IG Bergbau „einheit“, Horst Niggemeier (antikommunistischer Einpeitscher und Kernenergiebefürworter), wirft er vor, sich die Hetzmethoden eines Josef Goebbels zu bedienen („FR“, 25.4.).

Vorsichtig distanzierend verhält sich auch die Zeitung der IG Metall, die, ohne den Konflikt konkret zu benennen, immer wieder sich von Angriffen auf die Einheitsgewerkschaft distanziert und die Behauptung der „Unterwanderung“ der Gewerkschaften als Hetze zurückweist.

Schlechte Erfahrungen mußte auch die Zeitung der GEW „Erziehung und Wissenschaft“ machen. Nachdem sie Beiers Hetzartikel im Mai abgedruckt hatte, sah sich die Redaktion

in der Juli-Ausgabe genötigt, 23 Leserbriefe (in denen z.T. heftiger Widerspruch zu Beiers Artikel geäußert wurde) abzudrucken und anzukündigen, daß die Autoren des angegriffenen Geschichtsbuchs (Deppe & Co.) die Möglichkeit zu einer ausführlichen Antwort bekommen. Peter von Oertzen erhielt außerdem Gelegenheit, Anmerkungen zu den Leserbriefen zu machen, in denen er sich prinzipiell hinter Beiers Kritik stellt, aber bemüht ist, seine Begründung hierfür unter dem Titel „offener Meinungsstreit“ abzutarnen, sich als besonders kritischer Sozialdemokrat gibt und die oben zitierten offenen Aufforderungen zur Unterdrückung des Buchs tunlichst verschweigt.

Die ÖTV schließlich bemüht in ihrer Zeitung vom Mai Prof. Vilmar, die eingegangenen Leserbriefe zu kommentieren, wobei Vilmar selber sich vorbehält, die Leserbriefe auszugsweise zu zitieren. Bezeichnend für die Rechtsentwicklung des ehemals linken Professors, daß er folgende Passage eines CDU-Mitgliedes lobend zitiert: „Mir und meinen Kollegen ist der Beitrag von Beier von der Seele geschrieben. Viele Kollegen christlich-sozialer Prägung werden wieder überzeugt von der Gewerkschaft ÖTV als

ihre Gewerkschaft reden können ... Weiter so!“ („ÖTV-Magazin“, 5/79). Kostprobe von Vilmars professoralem Kommentarentum: Auf die Kritik eines Schreibers, wie hier eine „nicht-antikommunistische Geschichtsschreibung“ behandelt wird, antwortet Vilmar: „Der nicht besonders saubere Kunstgriff, die nachweisbar pro-(soviet-)kommunistische Darstellung der Marburger Autoren als ‚nicht antikommunistisch‘ zu verheimlichen, sollte hier nicht unerwähnt bleiben“ (ebenda) und einem anderen Schreiber droht Vilmar auf dessen Vorwurf, daß Beier „ganz gewöhnliche Denunziation in der Sprache des Staatsschutzes“ treibe: Das sei ein „Stil, den wir unter Gewerkschaftskollegen nicht einreißen lassen sollten.“

Auf jeden Fall zeigen die kritischen Stimmen, daß die antikommunistische Kampagne der Sozialdemokratie und der DGB-Führer nicht widerstandslos hingenommen wird. Die Debatte muß weitergeführt werden.

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Die DKP zur antikommunistischen Kampagne der DGB-Führung

Seit der Bundesjugendkonferenz im November 1977 wird in einer Reihe DGB-Gewerkschaften eine massive Kampagne gegen die „Unterwanderung“-Tätigkeit der DKP/SDAJ in den Gewerkschaften gestartet, die sich vor allem auf die starken Positionen der Revisionisten in der Gewerkschaftsjugendarbeit, der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und neuerdings auch der Wirtschaftswissenschaften konzentriert. In dieser Kampagne sind führende DGB-Gewerkschafter engagiert. Sie hat ihren Ausgangspunkt eindeutig in der DGB-Zentrale und wird flankiert von Vorstandsmitgliedern der SPD wie Peter von Oertzen und Herbert Wehner. Die Kampagne gegen DKP/SDAJ läuft zum einen darauf hinaus, ihren links-reformistischen Einfluß zurückzudrängen und durch offen sozialdemokratische

entgangen sein, daß der DGB mittlerweile tatkräftig damit begonnen hat, „neue Formen der Jugendarbeit“ anzugehen, wie etwa das Pfingsttreffen in Hannover, das erklärtermaßen eine Alternative zu den von der SDAJ favorisierten „Aktionstagen“, -wochen, -monaten“ sein soll (siehe dazu: AK 156).

In einer Sitzung am 5. und 6. April beschäftigte sich der Bundesjugendausschuß des DGB mit dem „Oberurseler Papier“ und faßte mit 13 zu 11 Stimmen den Beschluß, die Diskussion um das Papier für beendet zu erklären, da es „nicht geeignet (ist), die für die Gewerkschaftsjugend positiven Ergebnisse (...) weiterzuentwickeln.“ Es ist verständlich und legitim, daß sich die DKP/SDAJ in ihrer Presse gern und oft auf diesen Beschluß beruft. Indes — es hat

Beschluß beruft. Indes — es hat nichts genützt. Die Diskussion ist weitergegangen. Die DKP hat ihre Mitglieder bisher allerdings nur mit allerdürftigstem Rüstzeug versehen, um diesen Angriff auf ihre bisherigen Bastionen innerhalb der Gewerkschaften zu meistern.

Ebensowenig geht die DKP/SDAJ auf den Vorwurf der „Majorisierung der Gremien“ ein, der im Oberurseler Papier eine hervorragende Rolle spielt. In einem Interview mit der „TAZ“ (11.5.) auf diese Frage angesprochen, antwortet K. Hoffmann, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand der SDAJ, in bester Bonner Politiker-Manier völlig schwammig: „Für uns geht es darum, eine Politik zu unterstützen, die massenhaft die Interessen der Arbeiterjugend vertritt und dafür setzen sich unsere Mitglieder in den Gremien auch ein.“ Besser kann man sich um eine konkrete Frage nicht herumreden.

Statt offensiv ihre Positionen, ihre Praxis zu begründen und zu verteidigen, setzen die DKP/SDAJ alles daran, die eigene Haut mit ständig wiederholten, geradezu penetranten Loyalitätserklärungen gegenüber den Gewerkschaftsführern und ihrem Apparat zu retten.

Scheinheilig stellen sich die Revisionisten auf den Standpunkt, daß sie als Verband gar keine eigenen Gewerkschaftspolitik machen: „Es sind unsere Mitglieder, die ihre Rechte als Gewerkschaftsmitglieder wahrnehmen. Es sind sozusagen Doppelmitglieder, was sie verbindet; aber es sind nicht Abgesandte von uns“ (K. Hoffmann in „TAZ“, 10.5.). Befragt nach der Haltung der SDAJ zu den Ausschlüssen oppositioneller Gewerkschafter, antwortet Hoffmann der „TAZ“: „Wir haben als Verband die Haltung, daß es Sache der Gewerkschaften ist, ihre innerorganisatorischen Probleme selbst zu lösen. (...) Es gibt Beschlüsse einzelner Gewerkschaften über Unvereinbarkeit, das ist nicht Sache unseres Verbandes, das zu bewerten.“

Scheinheilig sind diese Aussagen insofern, als die Revisionisten in ihrer Praxis in der Gewerkschaftsarbeit diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht nur nicht kritisieren, sondern in vielen Fällen direkt Partei ergreifen für den Apparat und in nicht wenigen Fällen selbst beim Ausschuß oppositioneller Gewerkschafter mitgeholfen



haben.

Nicht minder scheinheilig ist folgende Aussage von Birgit v. Randow („UZ“, 15.5.): „Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft erfordert eine offene Diskussion, Achtung unterschiedlicher Meinungen und Weltanschauungen. Ein solches Verständnis von der Bedeutung der Einheitsgewerkschaft schließt Fraktionstätigkeit aus. SDAJler arbeiten aktiv in ihren Gewerkschaften mit auf der für alle Gewerkschaftsmitglieder selbstverständlichen Grundlage: der Satzungen und der Beschlüsse der Gewerkschaften.“

Völlig unglaublich ist zunächst das Plädoyer für die „offene Diskussion unterschiedlicher Meinungen“.

Noch im selben Beitrag wendet sich B. v. Randow schulmeisterlich an die Jusos: „Die Gewerkschaften dürfen kein Feld werden, in der vor allem ideologische und politische innere Auseinandersetzungen stattfinden.“ Offene Diskussion? Nein Danke... Diese Haltung nahmen die DKP-Gewerkschafter auch nach dem Streik der Stahlarbeiter ein, als sie völlig im Einklang mit dem IGM-Vorstand und der verantwortlichen Bezirksleitung alles daransetzten, eine kritische Aufarbeitung des Streiks, wie sie von vielen unzufriedenen Stahlarbeitern und ihren betrieblichen Funktionären gefordert wurden, zu verhindern. Kollegen, die die Forderung nach auch personellen Konsequenzen erhoben, mußten sich von DKP-Funktionären als „Gewerkschaftsfeinde“ beschimpfen lassen. Achtung unterschiedlicher Meinungen?

Unsinn ist natürlich auch die Behauptung, die DKP/SDAJ-Mitglieder würden nicht fraktionell arbeiten. Wir wollen an dieser Stelle nicht die Frage diskutieren, ob fraktionelle Arbeit in den Gewerkschaften notwendig und sinnvoll oder nicht ist, auch nicht die Frage, wie die kommunistischen Klassiker, auf die sich die DKP natürlich auch beruft, diese Frage beurteilt haben.

Die DKP kann ihre Behauptung überhaupt nur deshalb aufstellen, weil die Linie ihrer fraktionellen Tätigkeit in aller Regel darin besteht, die Linie des Apparats weitgehend zu unterstützen. Von dieser Regel gibt es nur eine entscheidende Ausnahme. Immer dann, wenn innerhalb der Gewerkschaften das Thema DDR und/oder Sowjetunion kritisch zur Sprache kommt, sind die Revisionisten bereit zur Konfrontation. Dies war dann auch der Ausgangspunkt, an dem die DGB-Führung nach Beendigung der DGB-Bundesjugendkonferenz 1977 die Kampagne gegen die DKP/SDAJ startete.

Während des Bundesjugendkongresses des DGB hatten die Delegierten, die der SDAJ angehörten, in allerschnödesten fraktioneller Manier zunächst die Diskussion und Befassung dreier Anträge verhindert, in denen Kritisches zur Verletzung der Menschenrechte in der DDR und Sowjetunion enthalten war.

Verteidigung der Einheitsgewerkschaft?

Glaubt man der DKP, dann handelt es sich bei der derzeitigen Kampagne gegen ihre „Unterwanderung“-Tätigkeit um einen Angriff von außen auf die Einheitsgewerkschaft, der wahlweise von der CSU oder der „FAZ“ oder der Springer-Presse geführt wird. Daneben wird dann festgestellt: „Leider gibt es auch Kollegen innerhalb der Gewerkschaften, die teilweise diese Argumentation — angeblich auch von einer linken Position her — ebenfalls vertreten“ („UZ“, 15.5.). Sicher ist es so, daß zur Zeit über die bürgerlichen Medien starker

Druck ausgeübt wird, die Gewerkschaften auf noch engere „sozialpartnerschaftliche“ Zusammenarbeit mit den Kapitalistenverbänden zu verpflichten. Doch dieser Druck paart sich mit der Bereitschaft wesentlicher Teile der DGB-Führungsspitzen, diesen Kurs auch in den Gewerkschaften durchzusetzen. Und diese Teile sind es, die die derzeitige antikommunistische Kampagne tragen, sie unterhalten engsten Kontakt zu den Spitzen der regierenden Sozialdemokratie. Es ist eine bewußte Verniedlichung seitens der DKP, diesen Zusammenhang tunlichst auszuspären, wobei die Anbiederung an die Sozialdemokratie haarsträubend ist. Das permanente Beschwören des Erhalts der Einheitsgewerkschaft gewinnt masochistische Züge, wenn die DKP schreibt: „Die Geschichte nach 1945 zeigt, daß neben den anderen politischen Strömungen gerade auch die Kommunisten einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung der Einheitsgewerkschaften geleistet haben. Wer diesen Anteil heute leugnet, oder, wie die CSU, aus den Gewerkschaften verdrängt sehen will, möchte die Einheitsgewerkschaft faktisch in eine antikommunistische Richtungsgewerkschaft umfunktionieren“ (Klaus Pickshaas: „Die Einheitsgewerkschaft — eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung“, „UZ“, 16.5.).

Hier wird tatsächlich Geschichtsfälschung betrieben: Was bedeutete denn die Heraussäubung der Kommunisten aus den Gewerkschaften mit ihren Höhepunkten 1953 und beim KPD-Verbot 1956 anderes, als die Herausbildung antikommunistischer Richtungsgewerkschaften? In der DKP-Geschichtsschreibung hat es dies nicht gegeben, bestenfalls als „Ausrutscher“. So kritisiert denn auch der Sozialdemokrat Peter von Oertzen höhnisch das Buch der Marburger Autoren in diesem Punkt: „Die große Säuberungsaktion (Säuberung, wohlgemerkt!) gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften Anfang der fünfziger Jahre wird nur erwähnt, aber nicht dargestellt, geschweige denn analysiert“ („FR“, 11.4.). Ja, die Revisionisten tun sich schwer bei ihren Anbiederungsversuchen, während die Sozialdemokraten drauf kloppen. Der Antikommunist Gerhard Beier, dessen Buchrezension durch die Gewerkschaftspresse ge-

stert, z.B. hält es nicht einmal für nötig, die Kommunisten bei der Bildung der Einheitsgewerkschaft nach 1945 zu erwähnen. Für ihn ist der DGB die Zusammenführung der sozialdemokratischen „Freien Gewerkschaften“, der christlichen Gewerkschaften (Zentrum) und der rechtsliberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften der Weimarer Zeit („ÖTV-Magazin“, 3/79) und sein Kollege Fritz Vilmar ergänzt gönnerisch, daß ja in den „Freien Gewerkschaften“ „auch Kommunisten mitgearbeitet haben“ („ÖTV-Magazin“, 5/79).

Die DKP verteidigen?

So manch einen wird Schadenfreude überkommen, wenn er jetzt erlebt, wie die DKP, die jahrelang treuer, ja treuester Erfüllungshelfer der Politik der DGB-Führung gespielt hat, wenn diese DKP jetzt selber ins Schußfeld gerät. Mitleid können die Genossen kaum erwarten. Wir kennen ihre Unterstützung von Ausschlüssen linker Gewerkschafter, ihre Bereitschaft zur Denunziation, ihre rigiden Methoden, an der Unterdrückung der Gewerkschaftsopposition mitzuarbeiten, ihre bürokratische Reglementierung der Gewerkschaftsbasis dort, wo sie die Möglichkeit dazu hatten. DKP und SDAJ sind nie für fortschrittliche Gewerkschafter eine Alternative zur herrschenden sozialdemokratischen Bürokratie gewesen. Wir erinnern die Genossen auch daran, daß wir ihnen 1973/74, als die Ausschußpraxis grassierte, prophezeit haben, daß sie die nächsten sind. Die DKP hat sich fast immer bedingungslos auf die Seite des Apparats gestellt. Wir wissen aber auch, daß die DKP nicht deswegen angegriffen wird; wir wissen, daß selbst Elemente der Gesellschaftskritik, wie sie die DKP-Politik enthält, dem sozialdemokratischen Apparat ein Dorn im Auge sind. Insofern ist der Angriff auf die DKP natürlich ein Versuch, oppositionelle Politik weiter zu beschränken und zu unterdrücken. Diese Angriffe müssen zurückgewiesen werden. Die DKP hat bisher gezeigt, daß sie selbst dazu nicht bereit ist, eher schaufelt sie sich ihr eigenes Grab — bzw. es ist zu befürchten, daß sie noch weiter nach rechts driftet, in den reformistischen Sumpf und krampfhaft versuchen wird, der Sozialdemokratie dieses Terrain streitig zu machen. Wir sind bereit, zusammen mit den DKP/SDAJ-Mitgliedern und diesen Organisationen gegen die von der SPD-Führung vorgetragenen Angriffe zu kämpfen. Bedingung dafür ist freilich, daß DKP/SDAJ zu solidarischen Verkehrsformen unter Linken zurückkehren, daß sie aufhören mit Denunziationen und Diffamierungen gewerkschaftsoppositioneller Kollektive.

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

GEW

Voller Erfolg für die GEW Westberlin

Mit der konstituierenden Sitzung der Vereinigten Gewerkschaften fand die Fusion zwischen der GEW Westberlin und der GEW im DGB ihren Abschluß. Zu wählen war der neue „Geschäftsführende Landesvorstand“.

Während die GEW im DGB nur drei Kandidaten für die 16 Posten ins Rennen schickte, mehr hatten sich nach Aussagen von Lore Schauer (ehemalige Zweite Vorsitzende der GEW im DGB) trotz ihres persönlichen Einsatzes nicht finden können, stand andererseits von Seiten der GEW Westberlin für jedes Amt ein Kandidat zur Verfügung, von denen sich alle durchsetzen konnten. Die Kandidatenfrage war allerdings in der GEW Westberlin in den letzten Wochen umstritten gewesen. Hier entwickelten sich zwei Positionen.

Eine „rechte“ Gruppe, die personell identisch ist mit den stärksten Protagonisten der Fusion, vertrat die Ansicht, daß nach der Fusion zunächst einmal eine „Phase der Ruhe“ mit der GEW Bund eintreten müsse. Deshalb wurde der Vorschlag gemacht, der LVV eine „Integrationsliste“ vorzuschlagen. Im Gespräch war ein Verhältnis 9:7; d.h. neun Kandidaten von der GEW Westberlin, sieben von der GEW im DGB. Dies hätte dem Willen der Mitglieder jedoch geradezu ins Gesicht geschlagen, denn die Delegiertenversammlung setzte sich nach gemeinsamen Wahl zu etwa zwei Drittel bis drei Viertel aus Mitgliedern der (jetzt ehemaligen) GEW Westberlin zusammen.

In enger Verbindung zum Integrationsmodell sind Bestrebungen zu sehen, Gerhard Schmidt, den bisherigen Vorsitzenden der GEW Westberlin in Vorgesprächen von seiner Wiederkandidatur abzubringen, um Frister einen kompetiblen 1. Vorsitzenden zu präsentieren. Erfreulicherweise wurde diese Position durch eine starke Unterstützung der Mitgliedschaft für Schmidt schon vor der LVV zurückgewiesen.

Der neue GLV

Auf der LVV wurde G. Schmidt dann mit 309 von 336 bei 15 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen wiedergewählt, d.h. von allen Gruppierungen, natürlich auch von der GEW im DGB. Schmidt stellte bei der Kandidatenvorstellung heraus, daß er als Gegner der UVBs damals für den Erhalt der GEW Berlin eingetreten sei und deshalb auch für deren Vorsitz kandidiert hätte. Die Spaltung habe er nie als Abschlußpunkt gesehen. Deshalb sei er für die Fusion eingetreten, werde allerdings weiterhin ein kritisches Verhältnis zur Bundesorganisation beibehalten.

Für den zweiten Vorsitz kandidierten die ehemaligen zweiten Vorsitzenden der beiden Verbände. Während Mathilde Lieberz-Groß (GEW Westberlin) ihre Gegnerschaft zu den UVBs bekundete und für eine Weiterführung des Kampfes dagegen eintrat, plädierte Lore Schauer (GEW im DGB) für einen konfliktfreien Kurs gegenüber der BundesGEW. Außerdem versicherte sie den staunenden Delegierten, daß sie stets froh gewesen sei, daß die GEW Westberlin so stark geblieben sei. Dies von einem der aktiven Spalter der GEW zu hören, zeigt deren derzeitige Defensive in aller Deutlichkeit.

Daß mit diesen Positionen kaum die Sympathien der Mehrheit der Delegierten zu gewinnen waren, mußte Lore Schauer dann tränenden Auges erfahren.

Das Wahlergebnis war eindeutig: L. Schauer erhielt 58 Stimmen, M. Lieberz-Groß 236 Stimmen, bei 52 Enthaltungen.

Als dritte Vorsitzende wurde die einzige Kandidatin der GEW Westberlin gewählt. Der Schatzmeister ist Utz Förderreuther, der diesen Posten auch schon in der GEW Westberlin bekleidete. Förderreuther gehört zu den Klägern, die 1976 die ganze Sache ins Rollen brachten. Später gehörte er zu den aktivsten Fusionisten. Er bekam erst im dritten Wahlgang die nötige Mehrheit!

Die Wahl der Referatsleiter, die auch dem GLV angehören, fand bis auf das Referat C ohne große Differenzen und Schwierigkeiten statt. Es hatten im wesentlichen die alten Referatsleiter der GEW Westberlin wieder kandidiert.

Für Referat C (Schulrecht, SVG, Schulgesetz...) hatte sich als Kandidatin Ursula Jacob von der GEW im DGB aufstellen lassen. Während der Aussprache zur Kandidatenvorstellung entpuppte sie sich als eine derjenigen rechten SPDler, die schon lange vor der Spaltung 1976 die GEW in Westberlin hatte spalten wollen. Sie und ihre Kumpanen (darunter der damalige Westberliner Schulsenator) hatten damals in Absprache mit Frister den Landesverband wegen dessen Linkstendenzen verlassen wollen, um sogenannte „Fördernde Mitglieder“ der GEW Bund zu werden.

Trotz dieser Enthüllungen erhielt sie noch 120 Stimmen, bei 188 Nein-Stimmen. Da hatten viele Delegierte wohl ihre Mitleidsminute, da sich schon abzeichnete, daß die GEW im DGB bei der Vorstandspostenverteilung völlig leer ausgehen würde.

Als Vertreter für den Hauptausschuß der GEW-Bund wurde gegen E. Kujawa (Vorsitzende der GEW vor der Spaltung, aber für diese maßgeblich mitverantwortlich, da sie mit zum Übertritt aufgerufen hatte) ein Vertreter des linken Flügels der

ein Vertreter des linken Flügels der GEW-Westberlin gewählt.

Dieses Wahlergebnis muß Frister wie eine Kröte quer im Hals stecken. Erst versucht er 1976 den Landesverband zur Übernahme der Bundessatzung und damit zur Auflösung zu zwingen. Das wurde abgelehnt. Dann schließt er kurzerhand 13.000 Mitglieder aus. Die GEW Westberlin ist immer noch nicht kaputt. Dann gründet er einen Spalterverband. Der erwünschte Effekt tritt auch nicht ein.

Nach zwei Jahren eigenständiger Politik der GEW Westberlin versucht er über das Angebot der Fusion die GEW Westberlin zu integrieren.

Vorläufiges Fazit:

Die GEW Westberlin hat sich voll durchgesetzt. Der Frister-Flügel ist auf Funktionärschicht so gut wie gar nicht vertreten, auf Mitglieder-Ebene total in der Minderheit. Symptomatisch dafür ist, daß der Vorsitzende der GEW im DGB, Stange, nicht einmal zur Wahl angetreten ist.

Auf eine Fortsetzung darf man gespannt sein. Vor allem darauf, was Erich Frister sich einfallen läßt.

Lehrerguppe des KB in Westberlin

2500 Lehrer demonstrieren während der Unterrichtszeit

Bremen. Die Demo zur Arbeitszeitverkürzung, an der sich 4000 Lehrer beteiligten, lautete die Kampfstimme in Bremen ein (AK 155). Am 13.6. fand dann die entscheidende Landesvertreterversammlung der GEW statt, auf der mit großer Mehrheit ein „demonstrativer Unterrichtsausfall“ von zwei Stunden und eine Demonstration während der Unterrichtszeit beschlossen wurden: „Die LVV fordert den Landesvorstand auf, Anfang Juli (vor dem Treffen der Ministerpräsidenten) eine Demonstration während der Unter-

rie Kampfmäßnahme verlief knapp, was auf massive Abwiegungsversuche seitens des DGB-Kreisvorsitzenden E. Schmidt und der der SPD zurückzuführen war: Jetzt — so kurz vor der Bremer Bürgerschaftswahl — muß die SPD Einsparungen im Bildungsbereich zugeben; d.h. kein Ausbau weiterer Gesamtschulen, keine Veränderung der Klassenfrequenzen und vor allem keine Arbeitszeitverkürzung und braucht zur Durchsetzung ihrer Rotstiftspolitik natürlich auch die Unterstützung der GEW-Genossen“. Wen wundert es, wenn Stell-

Bildungsminister Thape verschickte an alle Schulen Briefe, in denen er den streikenden Lehrern Disziplinarmaßnahmen androhte. Und die in der GEW organisierten Schulleiter besannen sich auf ihre Funktion als Behördenvertreter und stimmten mehrheitlich dafür, die Kollegen, die sich am Unterrichtsboykott beteiligten, bei der Behörde zu melden.

All dies führte in vielen Kollegien zu Verunsicherung und Verwirrung. Die Kollegen der kampfstarken Schulen versuchten dem entgegenzuwirken, indem sie Autokorsos organisierten



richtszeit zu organisieren, um unserer Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit zu Schuljahresbeginn Nachdruck zu verleihen und den Unmut der Kollegen, der sich auf der Personalversammlung gezeigt hat, öffentlich zu machen“.

Noch auf der LVV wurde eine Unterschriftenaktion begonnen, die einen Überblick über die Kampfbereitschaft der Kollegen bringen sollte — auch der Landesvorsitzende Steljes (SPD) unterschrieb! Die Betriebsgruppen sammelten in den Kollegien Unterschriften zur Mobilisierung — zur Landesvorstandssitzung am 28.6. lagen 1233 Unterschriften vor.

Die Abstimmung im Vorstand über

jes, der eben noch für den Streik seine Unterschrift gab, bei der Vorstandssitzung total panisch wurde, voll gegen die Aktion argumentierte und schließlich sogar mit seinem Rücktritt drohte, als die Abstimmung gegen ihn verlief.

Wenige Tage vor der Aktion wurde dann der Druck auf die streikwilligen Lehrer erheblich verschärft. Der Vorsitzende des GEW-Bezirks Ost, Schumacher, trat von seinem Posten zurück, weil ihn die SPD unter Druck gesetzt hatte. Täglich erschienen in der Presse Artikel, die den zweistündigen Unterrichtsausfall durch die Kampfmäßnahme als gegen die Schüler gerichtet darstellten. Der Bremer

und die Kollegen der benachbarten Schulen zur Demonstration abholten. So konnte erreicht werden, daß sich an dieser Demonstration während der Unterrichtszeit ca. 2500 Lehrer, das sind ein Drittel der Bremer Lehrer, beteiligten.

Auf der Demonstration hielt ein Vertreter des Vertrauensleutkörpers der Klöckner-Werke eine kämpferische Rede.

Jetzt kommt es darauf an, etwaige Disziplinierungen gegen Kollegen, die sich an der Aktion beteiligt haben, abzuwehren und in den anderen Bundesländern ähnliche Erfolge zu organisieren.

Eine Lehrerinnen aus Bremen

EINE LEHRERIN AUS BREMEN

GEW Hamburg: Arbeitsniederlegung noch in diesem Jahr?

Der Vorstand ist zum Kampf entschlossen, doch die Basis ist noch nicht so weit — diesen Eindruck versuchte der Hamburger GEW-Vorsitzende Lemke auf der Vertrauensleuterversammlung am 2.7. zu erwecken. Bei den Vertrauensleuten stieß er damit jedoch auf wenig Gegenliebe.

Zuvor hatte Lemke in einem Aufsatz in der Hamburger Lehrer-Zeitung die Marschrichtung ausgegeben: „An einer Arbeitsniederlegung (zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung der Lehrer, Anm.) geht kein Weg mehr vorbei und wir sollten sobald wie möglich mit der geplanten Mobilisierung für einen Generalstreik 1980 beginnen“. Er schlug dort einen Zeitplan vor, nach dem im Frühjahr 1980 Lehrerversammlungen während der Dienstzeit und im Herbst 1980 eine Urabstimmung über einen Warnstreik

durchgeführt werden sollten. Wahrscheinlich ein weitsichtiger Politiker!

In einem Beitrag auf der Vertrauensleuterversammlung betonte Lemke dann die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Kampfmaßnahmen: Zum einen dürfe man den Mobilisierungsgrad der Mitgliedschaft nicht zu hoch einschätzen, wie die schlecht besuchten GEW-Versammlungen beweisen würden, zum anderen müsse ein solcher Arbeitskampf gegen breite Teile der Öffentlichkeit geführt werden, zum Dritten würde ein Warnstreik noch nicht dazu führen, daß der Staat unmittelbar Zugeständnisse mache. Außerdem sei die Mobilisierung in den anderen Bundesländern gering, wobei Lemke noch nicht einmal erwähnte, daß für den übernächsten Tag in Bremen eine Arbeitsniederlegung angesetzt war.

Für viele Kollegen wurde spätestens hier offensichtlich, daß mit der angeblichen Resignation in der GEW von interessierter Seite Politik gemacht wird. Gegen den Willen des Vorstandes wurde beschlossen, daß eine zweistündige Arbeitsniederlegung noch in diesem Jahr durchgeführt werden solle.

Ebenfalls gegen den Widerstand Lemkes wurde vereinbart, daß diese Arbeitsniederlegung nicht durch eine Urabstimmung, sondern durch eine mobilisierende Mitgliederbefragung vorbereitet werden solle. Von Kollegen wurde die Befürchtung geäußert, daß es sonst bei der „Kampfmäßnahme“ Urabstimmung (wie schon 1977) bleiben könnte.



Aktion gegen Lehrerarbeitslosigkeit kriminalisiert

Hamburg. Anfang Februar veranstalteten arbeitslose Lehrer vor dem Rathaus eine Mahnwache, um auf die Arbeitslosigkeit von 1900 Lehrern bei gleichzeitigem Unterrichtsausfall und überfüllten Klassen hinzuweisen. „Ich stehe vor dem Rathaus, weil der Hamburger Senat die Verantwortung für diese Mißstände trägt“, stand auf dem Transparent einer Kollegin. Das mochten die politisch Verantwortlichen jedoch nicht auf sich sitzen lassen und sie ließen die Kollegen poli-

zeilich abführen.

Für zwei beteiligte Lehrerinnen hat die Aktion jetzt ein juristisches Nachspiel. Die Staatsanwaltschaft hat gegen sie Anklage erhoben, weil sie „gemeinschaftlich handelnd innerhalb des befriedeten Bannkreises um das Gebäude eines Landes an öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel teilgenommen und dadurch Vorschriften verletzt haben, die über den Bannkreis erlassen sind, indem sie nach einem gemeinschaftlich vorge-

faßten Tatentschluß zusammen mit einer unbekannten dritten Frau unmittelbar vor dem Rathausportal der gestalt gegen die Lehrerarbeitslosigkeit demonstrierten, daß sie mit brennenden Fackeln in der Hand auf ca. 100 x 80 cm großen Papptafeln auf die Forderungen der Lehrer hinwiesen, während die dritte unbekannte Demonstrantin Flugblätter an Passanten verteilte“.

Ein Hamburger Lehrerinnen

Ein Hamburger Lehrerinnen

ausländische Arbeiter in der BRD

Provokations- und Propagandaoffensive der türkischen Faschisten



Ankündigungsblatt der türkischen Faschisten

Blicken wir zurück: Dezember 1978 in der Stadt Kahramanmaraş (Türkei). Gezeigt wird in einem Kino der rassistisch-faschistische Film »Wann wird die Sonne wieder scheinen?«, der zur Mordhetze gegen die Linke aufruft. Um einen Vorwand zum Terror gegen die Linke zu haben, legen die Faschisten im Kino eine Bombe. Zahlreiche Menschen werden verletzt. Kurz danach veranstalten die türkischen Faschisten (MHP, Graue Wölfe) ein Massenabschlachten unter der Bevölkerung. Auch Frauen und Kinder fallen dem Terror zum Opfer, insgesamt über 200 Tote. In 13 Provinzen wird das Kriegsrecht verhängt. Der Film wird in der Türkei verboten, und die türkischen Faschisten exportieren ihn in die BRD. In Kiel, Neumünster und Hamburg sollte der Film als erstes anlaufen, andere Städte vermutlich folgen. Antifaschisten sollten daher wachsam sein, wie in Kiel und Neumünster, wo die Aufführung

verhindert werden konnte. In Hamburg sicherte nur ein starker Polizeischutz die Vorführung.

Kiel

Veranstalter sollte hier die »Türkische Gemeinschaft« sein, die Mitglied der »Europäischen Föderation der demokratisch-idealistischen Türkenvereine in Europa« ist. Den staatlichen Behörden ist sie sattem bekannt als legal operierende Tarnorganisation der in der BRD verbotenen MHP.

Für die SPD-regierte Stadt Kiel war dies aber noch lange kein Grund, dieser Terrorbande staatliche Räume zu verbieten. Bereits am 15. Juni genehmigte das Kieler Schulamt den »Grauen Wölfen« die Gerhardt-Hauptmann-Schule.

Eine Woche vor Veranstaltungsbeginn wurde dies von türkischen Antifaschisten aufgedeckt. Gemeinsam mit westdeutschen Antifaschisten forderten sie die Absetzung des Films.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Gerd Börsen initiierte eine Anfrage im Innenausschuß des schleswig-holsteinischen Landtags und der DGB drohte, »an die Öffentlichkeit zu gehen«.

Immerhin: Die Antifaschisten hatten mit ihrer Enthüllung und dem Protest Erfolg. Die Stadt entzog den »Grauen Wölfen« die Räume.

Allerdings nicht wegen der Rechtslosigkeit des ganzen Unternehmens, sondern: »Es steht zu befürchten, daß es bei Durchführung der Veranstaltung zu erheblichen Auseinandersetzungen konträrer politischer Gruppierungen türkischer Staatsangehöriger kommt...«. Der bekannten »Rechts-gleich-links«-Demagogie folgend, erteilte die Stadt auch nicht nur Raumverbot für die »Grauen Wölfe«, sondern gleichzeitig Demonstrationsverbot für die Antifaschisten. Ein Einspruch der Antifaschisten vor dem Verwaltungsgericht Schleswig wurde abgelehnt.

Die Faschisten ließen ihrerseits nichts unversucht: »Ball Pompös« wurde angemietet (Kieler Musikladen). Nachdem dem Besitzer bekannt wurde, wer sich eingemietet hatte, kündigte er die Räume wieder. Die Filmveranstaltung war damit endgültig geplatzt.

Um trotzdem etwaigen Versammlungsgelüsten der Faschisten vorzubeugen, mobilisierten die Antifaschisten zu einem Treff nahe dem »Graue Wölfe«-Büro und formierten trotz Drohung der Polizei, den spontanen Protestmarsch aufzulösen, einen Zug von ca. 350 Antifaschisten zu diesem Büro. Parolen wurden gerufen: »Türkische Faschisten raus aus der BRD«, »Für das Verbot aller faschistischen Organisationen«, »Graue Wölfe raus aus Kiel« und »Türkes Mörder«.

Als zum Abschluß dieser gelungenen Aktion ein angetrunkenen Autofahrer einen türkischen Jungen anfuhr,

nahm die Polizei in einer »Blitzaktion« zwei zu Hilfe eilende westdeutsche Antifaschisten wegen »Verursachung eines Verkehrsunfalls« (!) fest. Gleichzeitig wurden die beiden »Verkehrssünder« von der Polizei auch der »Rädelführerschaft« bezichtigt.

KB-Gruppe Kiel

Neumünster

In Neumünster war die Filmveranstaltung schon geplatzt, als die Kieler Aktion erst richtig anließ. Nachdem auch hier für den Fall des Stattfindens größere Proteste und eine Demonstration angekündigt worden waren, zog der Besitzer des örtlichen Kinos »Capitol« seine Zusage zurück.



Hamburg. Demonstration gegen das Zentrum der Grauen Wölfe im Schanzenviertel am 30.6..

Hamburg

Hier erfuhren die türkischen Antifaschisten erst in den Abendstunden des 30.6., daß im »Zentrum« der Hamburger türkischen Faschisten der Film einen Tag später ebenfalls laufen sollte. Ruckzuck durchmobilisiert erschienen neben gut 250 türkischen Antifaschisten 60-70 Spontis, Anarchisten und KBler, die per Mundpropaganda mobilisiert wurden und sich am Samstagabend in der Nähe des »Graue Wölfe«-Zentrums sammelten, vor dem die Polizei mit gut 20 Einsatzfahrzeugen und Polizeihunden vorgefahren war. Bereits in den Morgenstunden hatten die Faschisten beim Flugblattverteilen eine Abreibung be-

kommen, so daß sie vorgewarnt waren.

Trotz des Aufmarsches der Polizei wurde eine Demonstration, angeführt von den türkischen Antifaschisten, am Büro vorbeigeführt, das die Polizei im Anschluß weiträumig abriegelte.

Leider kam es kurz vor Demonstrationsbeginn, als noch kaum Antifaschisten anwesend waren, zu Festnahmen eines westdeutschen und eines türkischen Antifaschisten, nachdem türkische Faschisten wahllos auf die Beiden zeigten und sie wegen angeblicher Körperverletzung denunzierten. Wie üblich: Die Polizei ließ sich diese Chance nicht entgehen. Der türkische Antifaschist wurde mit zur Wache geschleppt, er muß mit einem Prozeß rechnen.

AK – bürgerliche Berichterstattung? Kritik türkischer Genossen

Mit der Bitte um Veröffentlichung schickten uns Sympathisanten von Devrimci Yol aus Rüsselsheim einen Leserbrief. Darin wird ein Artikel in AK 155 (S. 5) unter dem Titel »Verwaltungsgericht Darmstadt genehmigte Veranstaltung türkischer Faschisten« kritisiert.

Zum besseren Verständnis sei hier noch einmal kurz erwähnt, daß es sich um eine vom Gericht genehmigte Veranstaltung des faschistischen Kulturvereins in Rüsselsheim handelte. Die Faschisten hatten die Auflage, dort keine politischen Reden zu halten, was sie auch beteuerten. Die FIDEF enthüllte, daß auf der Veranstaltung ein »Groß-Türkistan« propagiert worden war. Diese Enthüllung war in der »Frankfurter Rundschau« gebracht worden. Gleichzeitig enthielt der Artikel einen Bericht über die Aktionen der Antifaschisten, den wir von den Genossen übermittelt bekommen hatten.

Leserbrief

Wir wollen Eure Artikel über die Ereignisse in Rüsselsheim kritisieren.

Im Grunde ist es nötig, über die Problematik »Kampf gegen »Graue Wölfe« auf breiterer Ebene zu diskutieren. Hier wollen wir nicht nur eine Kritik schreiben, sondern auch eine Diskussion über dieses Problem einleiten.

Erstmal wollen wir über die Art der Darstellung des Ereignisses einiges schreiben. Es gibt bestimmte Unterschiede zwischen einer bürgerlichen und einer kommunistischen Zeitung bei der Darstellung der Ereignisse. Die Intention der bürgerlichen Presse ist es, »ein Ereignis« zu publizieren. Die bürgerliche Presse streicht ausschließlich das außergewöhnliche und sensationelle des Ereignisses heraus. Für uns ist aber der politische Inhalt wichtig. Aus welchen Bedingungen es entstanden ist und was es in der politischen Auseinandersetzung bedeutet. Also, nicht die »objektive Darstellung des Ereignisses, sondern die Analyse.

Wir sind der Meinung, daß dem KB durchaus die Notwendigkeit des Kampfes gegen die »Grauen Wölfe« (besser gesagt: gegen den Faschismus) klar ist und er seine Aufgaben trotz aller Unvollständigkeiten zu erfüllen sucht. Deshalb sollte er von diesem

antifaschistischen Standpunkt aus die Ereignisse darstellen und nicht einfach von der »FR« abschreiben.

Hier nun unsere Kritik im Einzelnen:

1. Von der »FR« war kein Journalist »vor Ort« anwesend. Ihr Artikel stützt sich auf den Polizeibericht. Der Journalist versuchte zwar mit einem Freund von uns in die faschistische Versammlung hineinzugelangen, aber bei den Aktionen war er nicht dabei.

Unmittelbar darauf hängte sich einer unserer Genossen ans Telefon und gab einen mündlichen Bericht nach Hamburg, woraufhin der ange-rufene Genosse zum AK ging und die Sache vortrug.

Es ist schade, daß der AK mehr Wert auf die Aussagen der Zeitung legte als auf unsere eigenen Angaben (von unserem Genossen wurde als Beweismaterial Ausschnitte aus der bürgerlichen Presse verlangt).

2. Die türkische Arbeiterorganisation FIDEF hatte mit den Aktionen weder vorher noch nachher etwas zu tun. Diese Organisation, die in der BRD zusammen mit ihrer revisionistischen Politik versucht, die revolutionären Kräfte zu spalten, hat immer gegen antifaschistische Aktionseinheiten Stellung bezogen.

Die FIDEF, deren antifaschistischer Kampf sich auf Interviews und Flugblätter beschränkt, wurde in Eurem Artikel so dargestellt, als ob sie bei den antifaschistischen Aktionen eine große Rolle gespielt hätte. Solch eine Darstellung entspricht nicht der Wahrheit.

3. Bei der Darstellung der Ereignisse kommt es vor allen Dingen darauf an, die Punkte in den Vordergrund zu stellen, die beim antifaschistischen Kampf die wesentlichen sind. Hier wollen wir kurz an die bürgerliche Presse und die anderen Massenmedien erinnern, die auch über die Ereignisse berichteten, um klar zu machen, was wir meinen:

So berichtete der WDR, daß die Faschisten die »Gegendemonstranten« angriffen und vier von ihnen schwer verletzten. Türkische Zeitungen (abgesehen von der rechtsradikalen) berichteten ungefähr im selben Tenor oder kamen mit der »klassischen« Darstellung, der »Links-Rechts-Auseinandersetzung. In allen liberalen und demokratischen Massenmedien herrscht die Auffassung vor, nach

jedem Ereignis die Sache so darzustellen, daß immer wenn die Faschisten schlagen, ermorden usw., das Volk ratlos dasteht und nicht weiß, was man machen soll. Eine solche Berichterstattung hilft der Politik der Faschisten, indem sie Ratlosigkeit, Einschüchterung und Resignation erweckt. Und das ist genau das Klima, das die Faschisten brauchen, um gedeihen zu können, das sie mit ihrem Terror zu schaffen trachten. Beispiele für diese Taktik sind Berlin und Nürnberg.

Was sollten in dieser Situation unsere Aufgaben als Revolutionäre und Antifaschisten sein?

Sollen wir uns diesem Klagechor der Massenmedien anschließen? Oder sollen wir die Kräfte unseres Volkes, seine Kampfesbereitschaft und Organisationsbereitschaft erhöhen? Besonders in der BRD, wenn wir etwas gegen die Faschisten unternehmen wollen, müssen wir zuerst etwas gegen diese resignative Stimmung, gegen diese Klagehaltung machen.

Das ist möglich durch Organisationen, die sich als Alternative anbieten. Wir unterschätzen dabei keinesfalls die Wichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit, der Entlarvung und Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie, das Anprangern ihrer Verbrechen usw., ganz im Gegenteil!

Aber die reine Aufklärung reicht nicht aus, denn man muß sich aktiv und militant gegen die Angriffe der Faschisten zur Wehr setzen, weil sie die vorhandene Ablehnung gegen sie sowieso schon einkalkuliert haben und mit ihrem Terror »ausgleichen«.

Den Faschismus können weder FIDEF mit seiner durch eine Tonbandaufnahme untermauerten Beschwerde bei den Behörden noch unsere Demokraten mit ihren Appellen, doch endlich etwas dagegen zu tun, aufhalten. Der Faschismus hat weder Angst vor Flugblättern noch vor großen Anklagen. Die Faschisten haben nur Respekt vor organisierten Massenbewegungen, die sich nicht alles gefallen lassen. Wir erleben das in unserer täglichen Praxis in der Türkei. Die einzige Kraft gegen den Faschismus ist der organisierte und systematische Kampf des Volkes.

Gewiß, man kann diese allgemeinen Feststellungen noch weiterführen und einige Bemerkungen zu unseren vielfältigen und komplizierten Aufgaben im antifaschistischen Kampf in

der BRD hinzufügen. Kurz gesagt, haben wir in Rüsselsheim unseren Kampf von o.g. Ausgangspunkt geführt und den Faschisten eine Lektion erteilt. Trotz aller Einwände und Warnungen der Opportunisten vor »Provokationen« usw. wurde die Aktion zu einem gewissen Erfolg, indem auf die systematischen und bundesweiten Angriffe der Faschisten eine erste Antwort erteilt wurde.

Bei den Ereignissen war nicht das Wesentliche, daß FIDEF den Behörden eine Tonbandaufnahme als Beweis für die verbotene politische Aktivität des faschistischen »Kulturvereins« vorlegte, sondern daß 500 Menschen militant gegen die Faschisten auftraten und entschlossen demonstrierten. Interessant hinzuzufügen, daß bei den Handgreiflichkeiten mit den Faschisten weniger unsere militanten Genossen als vor allem einfache Arbeiter hervortraten.

Unsere Kritik ist eben, daß ihr die Geschehnisse nicht unter diesem Blickwinkel gebracht, sondern die »Aktivitäten« von FIDEF und die bürgerlichen Reaktionen unverhältnismäßig aufgewertet habt. Unseren Brief verstehen wir als Einleitung zu einer Diskussion, wie der Kampf gegen die Faschisten zu führen ist.

Mit revolutionären Grüßen

Devrimci Yol Sympathisanten aus Rüsselsheim

Zu Eurer Kritik:

Wir haben das, was wir dem Bericht Eures Genossen über die antifaschistische Aktion entnehmen konnten, in den Artikel mit hineingenommen.

Wir hatten dann zusätzlich gebeten über den Telefonbericht hinaus, möglichst noch einen schriftlichen zu bekommen, denn gerade eine kommunistische Presse muß ja mit genauen Fakten arbeiten.

Wir bedauern es sehr, daß wir keinen genaueren Bericht über die Aktion der Antifaschisten hatten. Das halten wir deshalb für bedeutsam, daß das Treiben der türkischen Faschisten erheblich brutaler ist, als vergleichsweise der westdeutschen Faschisten, und zusätzlich in den bürgerlichen Medien dies häufig unter der Rubrik »Konflikte zwischen rivalisierenden ausländischen Gruppen« zu finden ist.

Da wir über das Verbot etc. von

Euch keinen Bericht bekommen haben, haben wir uns bei diesem Teil ausschließlich auf die bürgerliche Presse beziehen müssen. Diesen Teil haben wir besonders herausgehoben, weil dort deutlich wird, daß hier die Justiz das Treiben der türkischen Faschisten deckt, nur weil sie sich für einen »kulturellen Verein« erklären. Das Tonband, das die FIDEF vorlegte hat in hervorragender Weise diesen Tatbestand in einem konkreten Fall enthüllt, wobei es der Justiz schwer-fallen dürfte, diesen Fall nicht zu verfolgen, will sie nicht vollends unglaubwürdig werden. So verständlich wir es finden, wenn ihr gerade als Ausländer nicht auf irgendwelche Unterstützungen (zumal von den bürgerlichen Medien) vertrauen könnt, und so klar es auch ist (auch dem AK-Leser übrigens), daß eine Organisation wie die FIDEF nicht gerade häufig bei solchen Aktionen der Antifaschisten anzutreffen ist, so wenig können wir doch eure Auffassung teilen, daß wir dieser Enthüllung bzw. der FIDEF selbst »eine zu große Rolle« eingeräumt hätten.

Zwar kann man mit Tonbandprotokollen etc. die Faschisten nicht »aufhalten«, wie Ihr schreibt. Tatsächlich spielen solche öffentlich ausnutzbaren Beweise aber sehr wohl eine große Rolle.

Bei den »Grauen Wölfen« wird derzeit in der BRD, die ja beansprucht »demokratische Verhältnisse« zu besitzen, ein faschistisches Treiben in einem Ausmaß geduldet, von dem westdeutsche Faschisten heute noch träumen müssen. Die Justiz übernimmt dabei bereitwillig die Tarnhauptung der Faschisten, daß es sich um »kulturelle Aktivitäten« handle.

Berichte darüber sollen und können demnach dazu beitragen, dies Treiben der ausländischen Faschisten auch zu einem Problem der westdeutschen Antifaschisten zu machen. Auch unsere Enthüllungen über westdeutsche Nazi-Banden und das Verhältnis der Justiz dazu haben erheblich zur Verbreiterung des antifaschistischen Kampfes beigetragen.

Nicht richtig finden wir, wenn wir als Kommunisten dies gegen die Berichterstattung oder Propagierung von direkten Aktionen der Antifaschisten ausstellen würden, so oder so herum. Wie gesagt, auch über die Aktion hätten wir gern genauer berichtet. Ansonsten hoffen wir, daß die hier begonnene Diskussion über die Fragen des antifaschistischen Kampfes dazu beitragen wird, die im Aufbau befindliche Zusammenarbeit zwischen unseren Organisationen zu stärken.

E./Ausländerkommission



Arbeitende Frauen jetzt gleichberechtigt?

Das Bundeskabinett hat am 13.6.79 einen Gesetzentwurf für „die Gleichberechtigung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz“ beschlossen. Noch in dieser Legislaturperiode soll diese Vorlage in den Bundestag eingebracht und verabschiedet werden und seinen Eingang in das bürgerliche Gesetzbuch finden.

Nach dem Grundgesetz (Artikel 3) sind die Frauen zwar schon seit 1949 in der BRD gleichberechtigt, unter den Verfassungsrichtern ist aber umstritten, ob diese Gleichheitsgarantie auch auf das Arbeitsverhältnis zutrifft. „Der Vertragsfreiheit wird zum Teil der Vorrang eingeräumt“ („FR“, 15.6.79) meinen die Juristen. Um nun die Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsverhältnis „durchzusetzen“, will die Bundesregierung zukünftig vorschreiben: „Für gleiche und gleichwertige

Arbeit darf wegen des Geschlechts kein unterschiedlicher Lohn gezahlt werden.“ („Hamburger Abendblatt“, 14.6.). Ebenso gleichberechtigt sollen die Frauen in Zukunft bei der Einstellung, bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen und bei Kündigungsfällen behandelt werden. Wesentlicher Punkt des Gesetzes ist die Beweislast: „Im Streitfall trägt der Arbeitgeber die Beweislast dafür, daß andere sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen“ („SZ“, 15.6.). D.h.: bislang hatte eine betroffene Frau vor Gericht zu beweisen, daß sie wegen ihres Geschlechts schlechter bezahlt als männliche Arbeitskollegen oder diskriminiert wurde. Wie dies bereits bei den Lohnklagen der Kolleginnen von Hinze u.a. der Fall war, mußten sie nachweisen, daß sie die gleiche Arbeit machen wie die Männer. „Im Bundesministerium ist man der Meinung, daß nur durch die Verlagerung der Beweislast vom Kläger auf den Angeklagten wirksam ein Schutz gegen eine Diskriminierung weiblicher Arbeitnehmer erreicht werden kann, weil der betroffene Arbeitnehmer in der Regel unmöglich in der Lage sein könne, zu beweisen, daß ihm lediglich aufgrund seiner Geschlechtszugehörigkeit Nachteile widerfahren seien“ („FR“, 14.2.). Soweit hört sich der Entwurf der Bundesregierung ja recht gut an. Aber die Sache hat mehrere Haken. „In der Begründung des Gesetzesentwurfs heißt es dazu jedoch, Voraussetzung für das Bestehen eines Schadenersatzanspruches sei, daß es ohne die diskriminierende Ablehnung aufgrund des Geschlechts auch tatsächlich zu einer Einstellung gekommen wäre.“ Das soll Frau erst mal vor Gericht begründen können, wenn nicht explizit eine Ablehnung aufgrund ihres Geschlechts vorliegt; und selbst wenn dies so ist, kann nur

eine von den Bewerberinnen diesen Schadensersatz beanspruchen. Ebenso scheinheilig ist die Formulierung, „daß andere sachliche Gründe“ („SZ“, 15.6.) eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen. Darunter ist nun ja alles möglich zu verstehen, und leicht für die Kapitalisten interpretierbar. Und weiter heißt es in der Gesetzesbegründung: „Ob eine Arbeit gleichwertig ist, richtet sich nach objektiven Maßstäben der Arbeitsbewertung“ ... Anhaltspunkte könnte auch die Praxis der Tarifvertragsparteien geben. Schutzvorschriften zugunsten der Frauen berechtigen jedenfalls nicht zur Vereinbarung einer geringeren Vergütung“ („FR“, 15.6.). Was unter „objektiven Maßstäben“ zu verstehen ist, erfahren die Frauen aus der Springer-

- „Oft haben sie eine kürzere Arbeitszeit.“
- Sie machen im allgemeinen weniger Überstunden.
- Nur 48 Prozent der Frauen haben eine betriebliche Berufsausbildung. Sie können deshalb nur zu einem geringeren Prozentsatz als die Männer (60 Prozent) beispielsweise als Facharbeiter beschäftigt werden.
- Die weiblichen Beschäftigten verfügen im allgemeinen über eine geringere Betriebszugehörigkeit als die Männer.
- Das Durchschnittsalter der berufstätigen Frauen ist niedriger als das ihrer männlichen Kollegen“ („Hamburger Abendblatt“, 14.6.79)

Diese „objektiven Maßstäbe“ sind so alt wie die Frauenarbeit selbst. „Hier haben wir die ganze bourgeoise Ideologie der 'Erklärung' niedriger Löhne für Frauen. Das Wirtschaftssystem, das zu Lohnrückgangs- und Ausbeutungszwecken das höchstvollendete System der Arbeitshetze durch 'Bezahlung nach Leistung' eingeführt hat — dieses System richtet sich, wenn es sich um verschiedene Geschlechter handelt, in der Bezahlung ganz plötzlich nach angeblichen Bedürfnissen der Arbeiter. Angeblich, indem festgesetzt wird: a) die Männer ziehen 'bekanntlich' Familien auf; die Frauen helfen nur dabei oder arbeiten überhaupt nur, um sich reizvolle Unterwäsche zu kaufen — b) die Männer bedürfen physiologisch und psychologisch eines größeren Einkommens ... man überlege doch nur, wie selbstverständlich ein männliches Saufgelage ist, wie moralisch minderwertig ein weibliches wäre, oder man denke daran, wie natürlich es ist, daß 'Vater' das beste Stück Fleisch bekommt“ (Jürgen Kuczynski Bd.18). Auch wenn selbst bei der Verabschie-

dung des vorliegenden Gesetzesentwurfs die Diskriminierung der Frauen nicht beseitigt wäre, so hätten die Frauen doch mehr Möglichkeiten, juristisch ihr Recht durchzusetzen. Wenngleich es schon eine Zumutung ist für eine Frau, die arbeitet und Familie hat, auch noch diverse Klagen vor Gericht zu führen, damit sie annähernd zu ihrem Recht kommt. In Zeiten der Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Entlassungen stehen die Frauen eh unter verstärktem Druck und Leistungszwang, ihren Arbeitsplatz zu halten. Aber selbst die geringfügigste Gesetzesverbesserung im Sinne der arbeitenden Frauen stößt auf Widerstand. Aus dem Bundeswirtschaftsministerium z.Z.: „... bei einer Beweislastumkehrung könne es zu einer Flut von Klagen kommen, weil das Klagen nicht nur für wirklich Benachteiligte, sondern auch für Querulanten risikolos werde“ („FR“, 15.6.). Ebenso lehnen Teile der FDP „sowohl aus rechtssystematischen wie aus arbeitsmarktpolitischen Gründen“ die Beweislastumkehrung ab („FAZ“, 31.5.79). Und Springers „Hamburger Abendblatt“ verteilt bereits geeignete Tipps an die Kapitalisten, wie das Gesetz zu umgehen ist: „Eine Flut von Prozessen droht, denn das Prozessieren wird leichter gemacht. ... Wird das die Unternehmer nicht dazu verleiten, um Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, möglichst wenig offene Stellen auszuscheiden? Wäre das die Folge, so müßte von negativer Arbeitsmarktpolitik gesprochen werden. Und wer Arbeitsplätze anbietet, wird die freien Stellen nicht von vornherein so beschreiben, daß sie ohne Zweifel nur für Männer geeignet sind; also gleich Barrieren gegen Frauen aufbauen, die ja bei relativ niedriger Bezahlung, Versetzung oder Entlassung nur Scheereien bereiten?“ („HA“, 14.6.79). Die Antwort dürfte den Kapitalisten nicht schwer fallen. Diese Gesellschaft gibt ihnen mehr als genug Möglichkeiten, Gesetze zu unterlaufen.

Hintergründe für die Gesetzesinitiative

Bereits 1975 hat die EG-Kommission Richtlinien über „gleiche Entlohnung von Männern und Frauen bei gleichwertiger Arbeit“ beschlossen. Diese sollen in das nationale Recht eingehen. „Die EG-Richtlinie schreibt auch eine 'Überwachung' vor“ („FR“, 23.3.79). Die Bundesrepublik ist bislang das einzige EG-Land, das mit Hinweis auf Artikel 3 des Grundgesetzes keine zusätzliche Ge-

Fortsetzung auf Seite 21

Rentengesetzgebung

Wieviele Jahrzehnte sollen die Frauen noch diskriminiert werden?

Anläßlich des Auftrages des Bundesverfassungsgerichtes an die Bundesregierung, bis 1984 die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Rentenrecht herzustellen, hat die „Sachverständigenkommission zur sozialen Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen“ Ende Mai ihr Gutachten vorgelegt. Vorgeschlagen wird von dieser Kommission eine Rentenreform, die die Benachteiligung der Frauen im Rentenrecht angeblich weitgehend aufhebt. Zur Beurteilung dieser Reformvorschläge sollten wir sie mit den zur Zeit geltenden Gesetzen und ihren Auswirkungen vergleichen.

Die offensichtlichste Ungerechtigkeit besteht in der Frage der Hinterbliebenenrente. Lebt ein älteres Ehepaar z.B. alleine von der Rente des Mannes, so behält der Mann, wenn seine Frau stirbt, 100% seiner Rente, während im umgekehrten Fall die Witwe nur 60% davon erhält. Das Bundesverfassungsgericht hat noch 1978 entschieden, daß das rechtens sei, denn „bei ihm solle die Rente den ausfallenden Lohn ersetzen, bei ihr nur die ausgefallenen 'Unterhaltszahlungen' des Mannes“ („Deutsche Volkszeitung“, 7.6.79). Sind allerdings beide berufstätig gewesen, erhält die Frau in jedem Fall Witwenrente (60%), der Mann aber erhält als Witwer nur dann die Rentenanteile seiner Frau, wenn er nachweisen kann, daß sie hauptsächlich für den Unterhalt der Familie zuständig war.

Besonders schlimm dran sind aber alle Frauen, die nur von ihrer eigenen Rente leben müssen: „Im Jahre 1972... betrug die durchschnittlichen Frauenrenten in der Angestelltenversicherung 49% der Durchschnittsmännerrenten und in der Arbeiterrentenversicherung waren es gar nur 37%“ (A. Kohl-eiss, Warum erhalten Frauen niedrigere Renten? aus dem Buch „Frauenprogramm“, Rowohlt 1979). So beträgt die Durchschnittsrente der Männer 1.012 DM, die der Frauen 364 DM! (nach „DVZ“, 7.6.79). Leben kann Frau davon allein schon gar nicht oder nur mit Unterstützung der Sozialhilfe. Die Ursachen liegen zum einen darin, daß bei den Frauen wesentlich weniger Versicherungsjahre anrechnungsfähig sind als bei den Männern (24 : 37 Jahre z.B. bei der Arbeiterrentenversicherung).

Viele Frauen leisten, wenn sie heiraten, Kinder bekommen und mit der (betrieblichen) Arbeit aufhören, keine Versicherungsbeiträge mehr. Während nun beim Mann Ausfallzeiten wie Kriegsdienst, politische Verfolgung und Vertreibung, aber auch Arbeitslosigkeit als rentensteigernd („nicht von ihm zu vertretende Gründe“) berechnet werden, wirken sich längerfristige Arbeitsunterbrechungen der Frauen beispielsweise wegen Kindererziehung stark rentenmindernd aus. Dafür also, daß die Frauen für die gesellschaftliche notwendige Arbeit der Kindererziehung schon kein Geld bekommen, werden sie noch im Alter bestraft, indem diese „Ausfallzeiten“ eben nicht angerechnet werden.

Zum anderen durchlaufen Frauen im Durchschnitt eine kürzere Ausbildung. Frauen sind häufiger in Berufen mit schlechteren Verdienstmöglichkeiten bzw. werden für gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt. Frauen leisten weniger Überstunden, verrichten häufiger nur Teilzeitarbeit und unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit häufiger. Alles Gründe dafür, daß auch niedrigere Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden und niedrigere Rentenansprüche bestehen.

1984 - Gleichberechtigung in der Rentengesetzgebung?

Die von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenkommission schlägt in ihrem Gutachten vor, die Hinterbliebenenrente durch eine Teilhaberente abzulösen. „Diese Teilhaberente wird gezahlt, wenn der überlebende Ehegatte Invalide ist oder beispielsweise die Altersgrenze von 45 oder 55 Jahren erreicht hat. Die Teilhaberente beträgt 75 oder 70% der Rentenansprüche beider Ehepartner.“ („Frankfurter Rund-

schau“, 23.5.79). Zur Teilhaberente hat die Kommission drei unterschiedlich teure, von den Beitragszahlern zu finanzierende Varianten erdacht. Vorschlag 1 mit 75% der während der Ehe und 100% der außerhalb der Ehe angesammelten Rentenansprüche für den überlebenden Ehepartner; Vorschlag 2 mit 75% der Rentenansprüche beider Ehepartner vor und in der Ehe für den Überlebenden und Vorschlag 3 mit 70% aller vor und in der Ehe erworbenen Rentenansprüche der Ehegatten, aber mindestens 100% der eigenen Ansprüche für den überlebenden Ehepartner.

Mal davon abgesehen, daß die Kommission hier verschiedene Varianten vorgeschlagen hat, heißt dies für Frauen, die gar nicht oder weniger als fünf Jahre gearbeitet haben, daß sie im Todesfall ihres Mannes statt jetzt 60% Hinterbliebenenrente, dann 70 bzw. 75% erhalten würden. Eine doch sehr geringe und im Grunde auch nicht viel gerechtere Verbesserung. Andererseits kann dem Mann in diesem Fall unter Umständen (siehe Varianten) diese gleiche (Un-)Gerechtigkeit widerfahren.

Haben beide gearbeitet und sich Rentenanteile erworben, verschlechtern sich die Rentenzahlungen nach dem Tod eines Ehepartners gegenüber der jetzigen Regelung sogar, je mehr die Rente von Ehemann und -frau die gleiche Höhe betragen.

Nach dem neuen Vorschlag erhält die Witwe 70% beider Renten (vorher 100% der eigenen plus 60% der Rente des Mannes); d.h. sie steht sich nach der neuen Regelung nur dann besser, wenn die Rente des Mannes mehr als dreimal (!) so hoch ist wie ihre.

„Gerechter“ auch in diesem Fall wäre nur, daß der Mann Witwenrente erhalten würde, was nach der geltenden Regelung normalerweise nicht der Fall ist.



Die Großbürger-Zeitung „Frankfurter Allgemeine“ schreibt denn auch zur geplanten Rentenreform: „Jeder, der die Finanzlage der Rentenversicherung kennt, weiß, daß das bisherige Rentenniveau nicht durchzuhalten sein wird. ... Ziel der Reform kann es daher nicht sein, einer Vielzahl von Männern ... auch noch eine Witwenrente zu zahlen. Es bleibt also nur der zweite Weg, nämlich für die Zahlung von Hinterbliebenenrenten an Männern und Frauen gemeinsam und damit für Frauen ungünstigere Anspruchsvoraussetzungen einzuführen ...“ (zit. nach „DVZ“, 7.6.79).

Auch in der Frage der Ausfallzeiten durch die Kindererziehung soll sich für die Frauen nicht viel ändern: „Drei Erziehungsjahre für jedes Kind, das nach 1984 geboren wird, sollen ... angerechnet werden. Frauen, die bereits vor 1984 Kinder erzo-gen haben und nach 1984 ihre Rente erhalten, bekommen pro Kind ein „Baby-Jahr“ gutgeschrieben“ („FR“, 23.5.79). Fakt ist allerdings, daß Frauen eben 10 bis 20 Jahre aus dem Berufsleben gehen, wenn Kinder kommen.

Der Kommissionsvorschlag muß jetzt noch von den Parteien usw. diskutiert werden, und es ist die Frage, was letztendlich von den geringen Verbesserungen nachbleibt. Schnell wird die „Reform“ eh nicht kommen. Für heutige Rentenbezieher wird sich nämlich nichts mehr ändern und ansonsten soll das alte Recht nur allmählich bis zum Jahr 2.010 abgelöst werden.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Schwule und Lesben demonstrieren gemeinsam



Laßt hundert Blumen blühen!

foto: helga wekel

Raus aus den Ecken,
Wir woll'n uns nicht verstecken!

foto: rüdiger trautsch



Auch die Liebe kam nicht zu kurz ...

foto: rüdiger trautsch

Kampf der Diktatur der Normalität!
Die Heteros in Frage gestellt

foto: rüdiger trautsch

Zum ersten Mal fanden auch in diesem Lande Demonstrationen und Veranstaltungen anlässlich des internationalen „Gay Liberation Day“ statt. In Bremen, Stuttgart und Köln hatten sich die örtlichen Schwulen und Lesbengruppen zusammengeschlossen, um an diesem Tag gemeinsam zu demonstrieren und zu feiern.

Aller Anfang ist schwer, und angesichts der Tatsache, daß alle Gruppen erstmalig Veranstaltungen dieser Art durchführten, kaum eine Gruppe Erfahrungen in der Durchführung von Demonstrationen hatte, war der erste „Gay Freedom Day“ in diesem Lande ein Erfolg.

Stuttgart

Das in Stuttgart gebildete „Gay Freedom Day Komitee“ organisierte die erste homosexuelle Demonstration in Stuttgart. Eingeladen waren alle Schwulen- und Lesbengruppen in Süddeutschland sowie aus Österreich und der Schweiz. Gekommen waren rund 300 Schwule und Lesben, die in einem sehr bunten Zug und mit vielen Transparenten durch die Stadt zogen. Auf Flugblättern, die an die Passanten verteilt wurden, wurden folgende Forderungen gestellt: Völlige Abschaffung des § 175, Antidiskriminierungsgesetz, Vernichtung der Rosa Karteien, keine Razzien in der Subkultur. Weiter heißt es auf Flugblättern: „Wir Schwulen denken nicht daran, uns zu verkriechen, lehnen es entschieden ab, so zu tun, als seien wir nicht schwul, verbitten uns das dummdreiste Gepöbel, den arroganten Spott, lassen uns von angepöbelten Mösenfickern nicht zum Arschficken pervertieren.“

In einem anderen Flugblatt hieß es: „Der Mensch ist weder Hetero- noch Homosexuell. Er ist mehr oder weniger beides, d.h. könnte es sein, wenn nicht“

– Kinder und Jugendliche von staatswegen in Kindergärten, Schulen etc. zur Heterosexualität hin erzogen würden;

– eine antihomosexuelle Sexualpädagogik die Homosexualität in einem Atemzug mit Perversionen, Geschlechtskrankheiten oder Sexualstraftaten nennen würde;

– Kindergärtner, Sozialarbeiter, Lehrer, Heimerzieher etc., die sich zu ihrem Schwulsein bekennen, von Berufsverboten bedroht würden;

– schwule Paare den Ehepaaren steuer- und erbrechtlich gleichgestellt wären;

– ein Hausbesitzer, der Schwulen eine Wohnung verweigert, sich in Zukunft strafbar machen würde;

– Homosexualität aus dem Katalog der Psychischen Krankheiten gestrichen wäre (denn Homosexualität ist,

verglichen mit Rothaarigkeit und Linkshändigkeit, eine andere Form der Gesundheit);

– psychotherapeutische Eingriffe wie Elektroschocks oder chemische Mittel oder stereotaktische Gehirnoperationen als mit der Würde des Menschen unvereinbar verboten wären.“

Im Anschluß an die Demo fanden Aufführungen von Straßentheatern statt und am Abend wurde eine Fete durchgeführt. Erwähnt wurde das „Schwule Spektakel“ in kurzen Berichten der Stuttgarter Nachrichten. Auch die Sendung „Point“ des Südwestfunks brachte eine halbstündige Livesendung zum Thema. Am Dienstag berichtete auch das Fernsehen im „Abendjournal“ über die Demo.

Bremen

In Bremen hatten sich um 11 Uhr rund 700 Schwule und Lesben vor dem Hauptbahnhof unter bunter Aufmachung versammelt. Entsprechend der Parole der Bremer „Stonewall-Initiative“ kein „gepeinigtes Märtyrertum“ zum Ausdruck zu bringen, sondern einen schwulen Karneval zu veranstalten, war der Zug von einer phantastischen Buntheit: Jede Menge Fahnen, Transparente, Konfetti, Watte, schlichte Fummel, Gala-Fummel, Feuerwerkskörper, Schminke, Schwestern in Nonnenfummel, Kerlsausstattung, Ballettrock mit Rollschuhen – alles war vertreten. Gekommen waren Gruppen aus ganz Norddeutschland, West-Berlin, dem Kohlenpott und aus den Niederlanden.

Besonders erfreulich war die massive Teilnahme von Lesben an dieser Demonstration: Sie machten etwa die Hälfte des Zuges aus!

Als der Zug sich vom Hauptbahnhof Richtung Innenstadt bewegte, erhob sich schnell ein lautes Gekreische, Gejuche und Getucke. Wattebäusche flogen durch die Luft, Konfetti und Bonbons wurden in die Menge der Schaulustigen geworfen.

Hatte die seelige Apo vor Jahren die Parole geprägt: „Wir sind eine kleine, radikale Minderheit, wir kommen aus dem Osten und Ulbricht zahlt die Kosten“, um damit die antikommunistisch verhetzten Teile der Zuschauer auf die Schippe zu nehmen und sie bei ihren Vorurteilen zu packen, so hallte in Bremen folgender Spruch durch die Straßen: „wir sind die hellen, wir sind die schnellen, wir sind die Homosexuellen, wir bleiben unserem Grundsatz treu – schwul, pervers und arbeitsscheu!“ Auch auf vielen mitgeführten Transparenten wurden die gängigen Vorurteile gegen Lesben und Schwule karriert: „Lieber lesbisch und gesund,

Fortsetzung auf Seite 23



Der gesamte schwule „Jet Set“ war zugegen

foto: r. t.



Mutter mit ihrem schwulen Sohn in Stuttgart

Fortsetzung von Seite 22

als hetero und neurotisch!" bzw. „Krank ist nur der Hetero, der meint, die Schwulen/Lesben wären so!"

Auf den Transparenten wurden u.a. folgende Forderungen gestellt: Abschaffung der Paragraphen 174 bis 176; Weg mit den „Schutz“-Alterbestimmungen, Wiedergutmachung für faschistische Verfolgung und KZ-Haft; keine Berufsverbote gegen Schwule und Lesben, Schluß mit der Bespitzelung und den Rosa Karteen, Schluß mit der Hetze in den Medien!

Die Bremer Bevölkerung reagierte auf die Demo recht „durchwachsen". Neben den üblichen faschistischen Bemerkungen („Gehören in die Anstalt!", „Sollte man vergasen") und verständnislosem oder verlegenem Grinsen, waren auch unterstützende Bemerkungen zu hören: „Ich finde das sehr gut. Ich habe vor 20 Jahren einen In-der-geheiratet, da wurde ich genauso dikriminiert wie ihr. Ich kann euch verstehen." (so eine Frau).

Nach einem Kulturprogramm auf dem Rathausmarkt, das leider in der Menge kaum wahrzunehmen war, wurde der Karneval im „warmen Eck" des Bürgerparks fortgesetzt, leider gestört durch andauernde Regenschauer. Auf die am Abend stattfindende Fete kamen etwa 1000 bis 1200 Leute. Einige Stunden vor diesem Fest hatten Faschisten die Gegend mit Parolen versaut: „Schwule ins KZ - NSDAP/OA" sowie

Hakenkreuze und „SA-Bremen". Auch auf der Fete kreuzte eine Handvoll Faschisten auf, die jedoch nach einiger Zeit nach draußen befördert wurden.

Über die Demonstration wurde in Radio Bremen sowie im NDR berichtet. (Über die Veranstaltung in Köln werden wir im nächsten AK berichten).

Das war nur ein Anfang

Insgesamt bleibt festzustellen, daß der Gay Liberation Day hierzulande ein wichtiger Schritt in die Öffentlichkeit war und der Beginn eines neuen Selbstverständnisses der Schwulen- und Lesbenbewegung darstellt, die nach einem hoffnungsvollen Auftakt zu Beginn der 70er Jahre in tiefe Lethargie und lähmende Stagnation verfallen war. Es wird nun darauf ankommen, in den kommenden 12 Monaten bis zum nächsten Gay Lib Day alle Anstrengungen zu unternehmen, um mehr Lesben und Schwule zu gemeinsamen Demonstrationen auf die Straße zu bringen. Daß dies - entgegen allen Abwiegungen - auch hierzulande möglich ist, zeigen diese ersten Demonstrationen ebenso wie die Tatsache, daß - nachdem anfänglich lediglich in Bremen eine Aktion stattfinden sollte - auch in anderen Städten entsprechende Veranstaltungen durchgeführt wurden.

AG Schwule im KB

Lesben kommt heraus aus euren Verstecken

war eine der Parolen in dem einzigen Lesben-Flugblatt, das auf der Bremer Demonstration zum Gay Pride Day verteilt wurde. „Aus unserer eigenen Betroffenheit heraus beteiligen wir Lesben uns an diesem Aktionstag. Unterdrückung ist nicht an offenen Polizeieinsatz gebunden, sondern äußert sich für uns heute in mehr oder weniger versteckten Formen. In der Familie, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit sind viele von uns gezwungen, sich zu verstecken. Unsere Angst vor den Reaktionen ist berechtigt, denn wir sind Repressionen ausgesetzt, wenn wir unsere Frauenliebe ausleben. Wir wehren uns gegen jegliche Form der Diskriminierung und Unterdrückung!" Die Hälfte des Bremer Demonstrationblocks waren Frauen, also ca. 350. Einige heterosexuelle Frauen waren aus Solidarität mitgegangen. Der Lesben-Block beeindruckte durch sein geschlossenes Auftreten und die kämpferischen Parolen mitgegangen. Der Lesben-Block beeindruckte durch sein geschlossenes Auftreten und die kämpferischen Parolen und Lieder. Abends gab es im Bremer Volkshaus ein ei-

genes Frauenfest, zu dem etwa 250 kamen. Die Lesben-Rockband „Unterrock" riß sämtliche Frauen zu Begeisterungstürmen hin, besonders mit dem Liedrefrain: „Wir sind keine Kellerasseln, wir sind lesbisch, haben Mut, haben schon so lang gewartet, helfen kann uns nur die Wut!" Die Lesbenrevue „Die unterste Stufe" machte ein sehr unverbissenes Kabarett mit „Pikanterien" und kleinen „erotischen Einlagen", wobei sie gängige Vorstellungen über lesbische Frauen auf die Schippe nahmen und auch die eigenen Schwächen nicht vergaßen. Sogar ein Striptease wurde vorgeführt und erntete starken Beifall, da man ja unter sich war.

Das Entscheidende dieses Tages war jedoch gewesen, daß das erste Mal seit 6 Jahren eine gemeinsame Aktion von Lesben und Schwulen stattgefunden hatte. Dies kann ein Anfang sein zu einem gemeinsamen Kampf gegen die homosexuelle Diskriminierung.

fang sein zu einem gemeinsamen Kampf gegen die homosexuelle Diskriminierung.

Eine lesbische Genossin im KB

Betr.: Bundestagswahlen 1980

Am 1.3.1979 führte die AHA (West-Berlin) eine beispielhafte Veranstaltung zum Thema „Die Parteien und die Homosexuellen" durch, um die Westberliner Landespolitiker zur Schwulen- und Lesbenunterdrückung zu befragen und angesichts der Wahl eine entsprechende Öffentlichkeit herzustellen. Für die Bundestagswahl 1980 hat die AHA wiederum eine Initiative ergriffen und folgendes Papier an alle Gruppen zur Diskussion verschickt:

Im Herbst nächsten Jahres wird der neue Bundestag gewählt. Wir haben daran gedacht, bei dieser Gelegenheit in Bonn eine Diskussion mit zukünftigen Bundestagsabgeordneten aller Parteien zu inszenieren, um unsere Forderungen nach Gleichstellung vor dem Gesetz und im Alltag anzumelden. Aus diesem Anlaß könnte sich unsere Bewegung auch in den Hetero-Massenmedien darstellen. Der Einwand, vor Wahlen werde viel versprochen, fällt auf den zurück, der Parlamentarier und Parteien nicht an die gegebenen Zusagen erinnert. Das heißt, auch nach einer solchen Wahlveranstaltung werden wir zu tun haben.

Andererseits wissen wir, daß auf dem kommenden Bundesparteitag der SPD in Westberlin die schwulen Jusos einen Antrag einbringen wollen, mit dem die Bundestagsfraktion der SPD aufgefordert wird,

für die Streichung des § 175 zu stimmen.

Die AHA oder gar unsere Arbeitsgruppe kann ein solches Projekt - etwa Podiumsdiskussion in der Beethovenhalle mit Schmidt und Genscher, Kohl und Strauß, im nationalen Maßstab sozusagen und einer ganzen Woche Lustbarkeiten auf den Rheinwiesen nicht durchführen: wir sind zu wenig und zu weit weg. Aber wir würden gerne mitmachen. Als zwei von uns auf dem letzten Treffen der NARGS in Westberlin den Vorschlag einer gleichgeschlechtlichen Bundestagswahlveranstaltung zur Diskussion stellten, wurde vielfach Skepsis geäußert, ob die Schwulen- und Lesbenbewegung nicht vielleicht zu schwach sei für eine solche überregionale Veranstaltung. Wir glauben auch, daß dies der heikelste Punkt ist, meinen aber, die Bundestagswahl sei ein guter Anlaß, um in unserem Emanzipationskampf eine neue Qualität zu erreichen. Wir denken nicht, daß die deutschen Lesben und Schwulen von Natur aus verkrüppelt und schlapper sind als unsere Brüder und Schwestern in anderen Ländern. Wir sollten begreifen, unsere Rückständigkeit etwa im Vergleich zu England und Holland zu überwinden.

Wir wenden uns mit diesem Brief an alle schwulen und lesbischen Emanzipationsgruppen und

an die Redaktionen der entsprechenden Zeitschriften, gemeinsam mit der Planung einer solchen Großveranstaltung zu beginnen. Als ersten Schritt schlagen wir vor, daß Ihr alle uns Eure Einschätzungen und Vorstellungen zu einer solchen schwulen und lesbischen Wahlveranstaltung schreibt. Wir würden diese dann in einem Info zusammengefaßt verschicken und an einem zentralen Ort der BRD ein Vorbereitungstreffen - vielleicht anläßlich von Homolulu - organisieren.

Wie könnte eine solche Wahlveranstaltung ablaufen? Nur eine Podiumsdiskussion an einem Abend oder mehr? Ein ganzes Wochenende mit verschiedenen Aktivitäten? Wofür würde es lohnen, im Herbst '80 von Hamburg, München oder Berlin nach Bonn zu reisen?

Welches besondere Interesse hätte Ihr inhaltlich an einer solchen Auseinandersetzung mit Politikern vor der Wahl? Welche organisatorischen oder privaten Fäden habt Ihr schon zu Parteienvertretern gesponnen?

Laßt Eure Klugheit und Eure Phantasie spielen, mobilisiert Eure Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Freundinnen.

Schreibt möglichst bald und möglichst ausführlich an die oben angegebene Kontaktadresse.

Dr. S. Tornow, Wulffstr. 7, 1 Berlin 41



Beginn der „Unnormalen Bewegung" - Schwule und Lesben demonstrieren gemeinsam

foto: helga wekel



Bremen: Schwules Theater auf dem Marktplatz

foto: rüdiger trautsch



Tucken, Trinen, Tunten und Ärschficker

foto rüdiger trautsch



Zigtausend „Männer mit dem Rosa Winkel" wurden in Hitlers KZs vergast. Wiedergutmachung wurde vom BVG verweigert: Der § 175 sei kein typischer Naziparagraph, deshalb seien die Schwulen rechtmäßig verurteilt worden.

foto: helga wekel

USA: 15 Jahre Knast

Ein Glanzstück amerikanischer Gerechtigkeit lieferte der Richter Edwin McCooy vom Superior Court in Massachusetts im vergangenen Februar, als er einen 39-jährigen Friseur namens Richard Bearse zu 15 (!) Jahren Gefängnis verurteilte, weil dieser nichts weiter getan hatte, als einen 15-jährigen Jungen in einer privaten Sauna zu massieren. Nach Angaben des Jungen hatte der Beschuldigte weder seine Geschlechtsteile berührt noch ein sexuell suggestives Gespräch mit ihm geführt. Dem Angeklagten wurde vom Gericht verweigert, den Anwalt seiner Wahl zu nehmen. Auch sämtliche von der Verteidigung beantragte Gutachten, sogar ein psychiatrisches, wurden vom Gericht abgelehnt. Das Gericht fand Bearse

schuldig, sich einem unter 16-jährigen Kind unsittlich genähert zu haben und Notzucht versucht zu haben. Richter McCooy fügte hinzu, daß dieses das „schlimmste Verbrechen sei, das er sich vorstellen könne, sogar noch schlimmer als Massenmord. Als der Angeklagte merkte, wie schlecht die Sache für ihn aussah, floh er aus dem Gerichtssaal und lebt heute in den Niederlanden, wo er wenigstens vorübergehend in Sicherheit ist. Zwischen den Niederlanden und USA besteht nämlich kein Auslieferungsabkommen für Sexualdelikte.

Päderstengruppe der HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg)

USA: Einreiseverbot für Schwule

Die Engländer Carl Hill und Michael Mason waren nach San Francisco geflogen, um dort ihr achtjähriges Zusammenleben zu feiern. Es gab aber Schwierigkeiten, als der Einwanderungsbeamte Carls „Gay Pride" Plakette sah. Er fragte ihn, ob er ein „praktizierender Homosexueller" sei und als Carl das bejahte, wurde ihm die Einreise verweigert, obwohl er ein gültiges Visum hatte. Ihm wurde gedroht, ihn der Einwanderungsbehörde als „einen Fremden, an einer psychopathischen Persönlichkeit leidend" zu melden. Nach vier Stunden Ausfragerei durfte Carl unter der Bedingung einreisen, sich von einem Tribunal auf seinen geistigen Zustand hin untersuchen zu lassen. Die gesamte Schwulenbewegung war wütend.

wenige Minuten nach Carls und Michaels Ankunft im Hotel hatten sie kostenlosen Rechtsbeistand von einem schwulen Anwalt. Viele Amerikaner wußten gar nicht, daß Homosexualität offiziell ein Grund zur Einreiseverweigerung ist, aber nachdem der Fall im Fernsehen und auf den Titelseiten der großen San Franciscoer Zeitungen auftauchte, wird sogar in Washington versucht, eine Gesetzesänderung durchzubringen. Als größte Ehre wurden die beiden gebeten, den „Gay Pride" Demonstrationsszug von 300.000 Leuten anzuführen.

(aus „Gay News", Nr. 170) AG Lesben



Lüneburg

Vom 10. - 14. Juli findet in Zusammenarbeit verschiedener Jugendinitiativen (JUSOS, SDAJ, Paritätische Jugendinitiative, Antifaschistischer Arbeitskreis, u.a.) eine antifaschistische Woche statt.

Abwechselnd im Jugendzentrum (akjz-Keller) und in der „Teestube“ gibt es an jedem Abend Kultur-, Film- und Diskussionsveranstaltungen zu verschiedensten Themen.

Die Woche beginnt mit einem Kulturabend: antifaschistische, jüdische Lieder und eine Dichterlesung mit der „Ermittlung“ von Peter Weiss. Am 11.7. geht es weiter mit einem Film- und Diskussionsbeitrag zum Thema „Autoritäre Erziehungsstrukturen in der Weimarer Republik, im Faschismus und heute.“

Die Woche soll am 14.7. mit einer „Rock gegen Rechts“-Fete gefeiert und beendet werden.

KB Lüneburg

Frankfurt

Nachahmenswertes Beispiel für antifaschistischen Unterricht geben Dozenten des Fachbereiches Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt: Aus Anlaß des Holocaust-Filmes im Fernsehen organisierten sie eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Was Holocaust verschweigt“. Bisherige Veranstaltungen fanden statt zu Fragen wie „Ökonomische Hintergründe - Drahtzieher des Hitlerfaschismus“ und „Massenpsychologie des Faschismus“.

Im Rahmen der jüngsten Veranstaltung am 26.6. zum Thema „Arbeiterbewegung gegen Hitlerfaschismus“ berichtete Peter Gingold (Mitglied der VVN und Vater der vom Berufsverbot bedrohten Sylvia Gingold) von seinen Erfahrungen.

Zum Abschluß der Veranstaltung (u.a. mit einem ausgezeichneten Beitrag über die Arbeit der Roten Hilfe im „Dritten Reich“) verabschiedeten die ca. 100 anwesenden Studenten und Dozenten eine Resolution, daß sie sich „auch durch Verbote nicht davon abhalten lassen werden, Antifaschisten aus der VVN einzuladen“ (nach „FR“ vom 28.6. - die Andeutung bezieht sich auf ein im März dieses Jahres ausgesprochenes Verbot durch Kulturdezernenten Mühlhans anläßlich einer antifaschistischen Schulveranstaltung in Frankfurt).

Gleichzeitig wurde eine Resolution an Oberbürgermeister Wallmann verabschiedet, in der die Anwesenden „auf das Schärfste gegen das verfügte Verbot der DGB-Kundgebung“ am 16.6. protestierten.

KB Frankfurt

Erneutes Arbeitstreffen zum Thema: „antifa-zeitung“

Am 17.6. fand im Rahmen des RGR-Festivals ein Arbeitstreffen interessierter Antifaschisten statt, auf dem Möglichkeiten der Kommunikation zwischen den im Bundesgebiet aktiven Antifagruppen besprochen wurden.

Es waren vor allem Mitglieder aktiver Antifa-Gruppen gekommen. Trotz einer relativ breiten Beteiligung (von Bremerhaven bis Freiburg) von ca. 50 Menschen dürfte das Treffen aber doch nur von einem Bruchteil der in Frage kommenden besucht worden sein. Erfreulich war die Anwesenheit zweier älterer VVN-Mitglieder, die sich kritisch zur Aktionseinheitspolitik ihres Verbandes äußerten.

Zu Beginn des Treffens wurden zunächst Erfahrungsberichte aus der lokalen und regionalen Antifa-Arbeit gegeben. Dabei stellte sich heraus, daß die meisten Gruppen nicht oder nur sehr schwer dazu in der Lage sind, die sich ihnen stellenden Aufgaben zu bewältigen. Auch aus NRW, wo sich die Antifa-Gruppen seit einem halben Jahr in einer regelmäßig tagenden Landeskonferenz zusammengeschlossen haben und wo, verglichen mit anderen Bundesländern, eine relativ entwickelte Organisationsstruktur vorliegt, wurde über solche Schwierigkeiten berichtet. Die Probleme liegen zum einen auf dem Gebiet der Informationsbeschaffung über die Aktivitäten von Neonazisten, zum anderen bei der Selbstschulung, der Finanzierung der Antifa-Arbeit, der Überwindung der regionalen Koordination usw. Als eine Möglichkeit, diesen Schwierigkeiten beizukommen, wurde von den Anwesenden übereinstimmend die Herausgabe einer bundesweiten Antifa-Zeitung angesehen. Allerdings gab es große Differenzen darüber, wer Träger einer solchen Zeitung sein soll und unter welchen Umständen sie erscheinen soll.

Einerseits wurde argumentiert, daß eine solche Zeitung Ausdruck einer kämpferischen Bewegung sein müsse und ihr Erscheinen erst bei relativ breit entwickelten bundesweiten Strukturen in der Antifa-Arbeit sinnvoll sei. Andererseits wurde vorgeschlagen, daß eine Zeitung ein wichtiger Beitrag zur bundesweiten Organisierung sein könne und ihr baldiges Erscheinen daher wünschenswert sei. Da auf dem Arbeitstreffen keine bevollmächtigten Vertreter anwesend waren, wurde natürlich auch kein weitergehender Beschluß über die Zeitung gefaßt. Das Treffen endete mit dem Beschluß, das vollständige Diskussionsprotokoll interessierten antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen zur Verfügung zu stellen und in einigen Wochen erneut zum selben Thema zusammenzutreffen. Dazu sollen weitere interessierte Gruppen und Personen eingeladen werden.

Das Arbeitstreffen machte den anwesenden Mitgliedern der „Landeskonferenz NRW“ den Vorschlag, sich dafür einzusetzen, den von der „Landeskonferenz“ geplanten Herbstkongreß als Bundeskongreß durchzuführen, zu dem Vertreter aller Antifa-Initiativen eingeladen werden und dort das Thema einer Antifa-Zeitung auf die Tagesordnung zu setzen.

Wer also Interesse hat, kann ein genaues Arbeitsprotokoll über das Arbeitstreffen anfordern bei: Bernd Rebenstrunk, Lazarstr. 168, 4900 Herford (bitte 60 Pf Marke beilegen). Dort ist auch der Termin des nächsten Arbeitstreffens zu erfahren.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
nach einem Kurzbericht des Protokollanten

Die Prozeßwelle rollt

Mit der Bitte um Abdruck wurde uns folgender Spendenaufruf aus Werne/Westfalen zugeschickt:

„Heute, acht Monate nach den schweren Zwischenfällen auf den beiden Kundgebungen der faschistischen NPD in Kamen und Unna, sehen die 15 angeklagten Antifaschisten einer der größten politischen Prozeßwellen im Kreis Unna entgegen.“

In Unna wurde das erste Urteil gegen einen jungen Antifaschisten gesprochen. 20 Stunden Zwangsarbeit, weil er eine Tomate in Richtung Nazis auf der Kundgebung geworfen haben soll.

War die Polizei den Nazis am 4.11.78 in Kamen und Unna ein hilf-

reicher Schutz gegen den berechtigten Protest von Antifaschisten (das SPD-Mitglied und Falkenfunktionär Ulrich Peter wurde von Polizisten krankenhaushausreif geschlagen), zeigt heute auch die Justiz, wie sie 35 Jahre nach „Holocaust“ antifaschistische Gesinnung belohnt. ... Die 15 Antifaschisten werden zu Kriminellen gestempelt, während dem JN-Landeschef Bernd Dröse vom Gericht bescheinigt wird, Kundgebungsteilnehmer mit einer Pistole bedrohen zu dürfen. ...“

Gefordert wird in dem Aufruf: „Sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Prozesse gegen Antifaschisten!“

Freiheit für die 15 Angeklagten!
Tod dem Faschismus!

SJD die Falken, KB-Sympathisanten, F.A.U. Anarchisten, Antifa-Gruppe Kamen, Mitglieder IGM, SMV-Gesamtschule, Bürgerinitiative Umweltschutz Bönen.“

Wir brauchen unbedingt Geld für die Prozeßkosten

Spendet, was das Zeug hält!

Volksbank Kamen
Kto. 501.1539.101

Für einen antifaschistischen

Für einen antifaschistischen Bundeskongreß

Liebe Antifaschist(inn)en!

Der große Erfolg der antifaschistischen Mobilisierung gegen das „Deutschlandtreffen“ der NPD in Frankfurt ist nicht zuletzt auch ein Erfolg der Arbeit antifaschistischer Initiativen und Arbeitszusammenhänge gewesen, die in jüngster Vergangenheit überall im Bundesgebiet und Westberlin entstanden sind. Diese Initiativen und Gruppen, die sich auf dem Hintergrund anwachsender neonazistischer Provokationen sowie zunehmender öffentlicher Versuche der Verharmlosung oder gar Rehabilitierung faschistischen Gedankengutes zusammengefunden haben, sind zu einem wesentlichen Motor des antifaschistischen Kampfes geworden.

Die bundesweite Mobilisierung nach Frankfurt hat allerdings auch einen Mangel dieser noch sehr jungen Bewegung dokumentiert: Es existieren unter den einzelnen antifaschistischen Kräften selten mehr als nur sporadische Ansätze von Zusammenarbeit, gemeinsamer Diskussion, Informations- und Erfahrungsaustausch.

Diesen Zustand gilt es u. E. zu beheben. In Nordrhein-Westfalen haben sich daher viele Antifa-Arbeitskreise und andere antifaschistische Kräfte in einer „Landeskonferenz“ zusammengeschlossen. Um nun auch bundesweit miteinander in die Diskussion kommen zu können, schlagen wir die Durchführung eines antifaschistischen Bundeskongresses vor, der Ende dieses Jahres stattfinden sollte. Wir - d. h. die „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus NRW“ - erklären uns dazu bereit, das Zustandekommen einer derartigen Veranstaltung nach Kräften zu fördern. Allerdings haben wir weder die Kräfte und noch weniger die Legitimation, diesen Bundeskongreß allein und stellvertretend für die antifaschistische Bewegung zu beschließen und vorzubereiten. Um ein repräsentatives Bild über das Für und Wider eines Bundeskongresses zu erhalten, bitten wir daher alle antifaschistischen Initiativen, Arbeitszusammenhänge und Organisationen, uns mitzuteilen, wie sie zu einer derartigen Veranstaltung stehen würden. Unter der Voraussetzung, daß dazu in den nächsten zwei bis drei Monaten zustimmende Stellungnahmen bei uns eingehen, würden wir eine Arbeitskonferenz vorbereiten, auf der die inhaltliche und formale Ausgestaltung eines Bundeskongresses beraten und festgelegt werden könnte.

Stellungnahmen und Anfragen richtet bitte an:

Gerhard Nordstieck
Hohe Straße 67
46 Dortmund 1
Tel. 0231/12 42 63

mit antifaschistischem Gruß
Landeskonferenz antifaschistischer
Arbeitskreise aus Nordrhein-Westfalen
Dortmund, 24.6.79

NPD-Klage

gegen

Willi Bleicher?

„Betet, daß ihr nicht in Versuchung kommt, den Verbrechern zu folgen, die sich NPD nennen“. Diesen Satz hatte Willi Bleicher, früherer Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, während einer „antifaschistischen Woche“ in Tuttingen zu den Teilnehmern gesagt. Daraufhin stellte die NPD Mitte Mai d.J. gegen Bleicher Strafanzeige wegen übler Nachrede und Verleumdung. Bei der Staatsanwaltschaft in Rottweil wird jetzt geprüft, ob es zu einer Anklageerhebung gegen Bleicher kommen soll. Die Entscheidung darüber soll frühestens in zwei Monaten fallen.

Inzwischen hat Bleichers Nachfolger, Franz Steinkühler, auf einer Bezirkskonferenz der IG Metall, die sich Bleichers Äußerung „eindeutig und vollinhaltlich“ zu eigen machte, erklärt, der ganze DGB in Baden-Württemberg werde mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, „ob unserem ehemaligen Bezirksleiter der Prozeß gemacht wird für seine klaren Aussagen gegen die Neonazisten“.

Auch außerhalb Baden-Württembergs sichern Arbeiter und Betriebsräte dem Antifaschisten Bleicher ihre solidarische Unterstützung zu. Willi Bleicher weiß, wovon er redet. Als ehemaliger Häftling im Konzentrationslager Buchenwald gehörte er der dortigen Widerstandsgruppe an. Wie er mit anderen Häftlingen unter den schlimmsten Bedingungen um das Überleben eines kleinen Kindes kämpfte, wurde eindringlich festgehalten in dem Buch „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz.

CSU gegen antifaschistische Ausstellung

Die CSU hat im bayerischen Landtag einen Antrag der SPD abgelehnt, die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933 - 1945“ mit Hilfe der Landeszentrale für politische Bildung und des Kultusministeriums mehr Menschen (und besonders Schülern) zugänglich zu machen. Die Ausstellung, die sowohl den Widerstand der Studentengruppe „Weiße Rose“, kirchlicher und sogar monarchistischer Gruppen wie auch den der Sozialisten und Kommunisten darstellt, wurde von

der CSU als „einseitig kommunistisch und vulgärmarxistisch“ diffamiert. FDP und DGB haben die CSU zum „Umdenken“ aufgefordert.

Die CSU ist allerdings nicht grundsätzlich gegen geschichtliche Ausstellungen. Eine Ausstellung über die Wittelsbacher Könige, deren Herrschaft 1918 durch die Münchener Arbeiter gestürzt wurde, war der CSU immerhin einen Zuschuß in Millionenhöhe wert („Süddeutsche Zeitung“ 23.6.).

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

gar monarchistischer Gruppen wie auch den der Sozialisten und Kommunisten darstellt, wurde von

ebenfalls wert („Süddeutsche Zeitung“ 23.6.).

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

Nazis vor Gericht: „Ermittlungen“ und Ergebnisse

Ende Juni verkündete Generalbundesanwalt Rebmann, daß er nun gegen die „NSDAP/AO“ (AO steht wahlweise für „Auslands-“ oder „Aufbau“-Organisation) vorgehen wolle. Er habe Ermittlungsverfahren wegen „Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ eingeleitet gegen „unbekannte Mitglieder“. Gemeint sind Ermittlungsverfahren zu Anschlägen, die zwar eindeutig aus neonazistischen Kreisen herrühren, bisher aber nicht auf konkrete Personen konzentriert werden konnten.

Was dies praktisch bedeutet, bleibt abzuwarten. Namentlich genannt wurden in Rebmann Mitteilung die Gruppe um Heinrich Eisermann aus Langwedel/Schleswig-Holstein, deren Mitglieder u.a. Nato-Dokumente geklaut haben und Bombenanschläge vorbereiteten. Bis auf Eisermann sind alle Mitglieder dieser Gruppe wieder auf freiem Fuß.

Des weiteren werden nun endlich auch von Rebmann die Bombenanschläge auf zwei Fernsehseendeantennen anläßlich „Holocaust“ in diese Ermittlung gegen die „NSDAP“ einbezogen. Hier hätten sich aber angeblich noch keine konkreten Anhaltspunkte ergeben.

Wie anläßlich der Mitteilung Rebmanns auch bekannt wurde, wurden die Ermittlungsverfahren gegen die beiden „Führer“ der „Auslandsorganisation“, Gary Rex Lauck und Mathias Koehl (USA) eingestellt und werden erst dann wieder eröffnet, wenn die beiden in die BRD einreisen. Für seine Zeugenaussage im Bückeburger Prozeß allerdings hat Lauck „sicheres Geleite“ zugesichert bekommen ...

Ganz offensichtlich nicht eingeleitet wurden Ermittlungsverfahren wegen „Mitgliedschaft in

einer terroristischen Vereinigung“ gegen die bekannten Mitglieder der „NSDAP“. Gegen „Reichsleiter“ Gunnar Pahl, gegen „Schulungsleiter“ Armin Peil, gegen die Hannoveraner „NSDAP“-Gruppe um Heidel, Schreiber und Nowall, gegen Curt Müller aus Mainz, gegen „Gauführer Hesse-Nassau“ Henri Beier, um nur die bekanntesten zu nennen. Es ist offensichtlich nach wie vor nicht einmal daran gedacht, diese Nazis wegen Fortführung einer verbotenen Vereinigung vor Gericht zu bringen. Was gegenwärtig läuft, ist im Folgenden knapp dargestellt.

Laufende Anklagen

Lüneburg: Neben dem Bückeburger Prozeß gegen Kühnen und Co. ist in einem weiteren Verfahren Anklage wegen § 129 a erhoben worden: gegen Paul Otte aus Braunschweig. Er sitzt zur Zeit in Karlsruhe in U-Haft. („FR“, 3.7.79)

Lüneburg: Gegen drei - uns bisher unbekannte - Mitglieder der Gruppe Otte wurde Anfang Juli in Lüneburg Anklage erhoben wegen nazistischer und antisemitischer Schmierereien im Raum Celle, Wolfsburg und Gifhorn in der Zeit vom Mai bis August 78. Es handelt sich dabei um einen 23jährigen ehemaligen Rechtsanwaltsgehilfen, dessen 20jährige Freundin sowie einen 19 Jahre alten Schüler („FR“, 3.7.79). Wer weiß mehr?

Witten: Anzeige gegen die Verfasser und Verbreiter des „Deutschen Arbeitskreis Witten“ hat der SPD-MdB

Fortsetzung auf Seite 25

Fortsetzung von Seite 24

Uwe Lambinus gestellt. Die Anzeige enthält die Punkte: Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß sowie Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener.

Urteile

Bückeburg: Zu zwei Tagen Ordnungshaft ist ein Zeuge im Bückeburger „NSDAP“-Prozeß verurteilt worden. Der Zeuge Hermann Voit, Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, einschlägig vorbestraft wegen eines Überfalls auf einen AK-Verkäufer im Herbst 77 in Hamburg (gemeinsam mit dem Angeklagten Wegener), hatte seine Kumpane auf der Anklagebank mit dem „Hitlergruß“ begrüßt.

Frankfurt: Zu 18 Monaten ohne Bewährung wurde in Frankfurt Erwin Schönborn (64) verurteilt. Allerdings erging dieses Urteil nicht wegen Volksverhetzung, deretwegen Schönborn ebenfalls angeklagt war. Alle seine schweinschen Flugblätter (Kein Jude wurde vergast etc.) fielen unter das Recht auf freie Meinungsäußerung – so Richter Kunisch; er hatte Schönborn schon im März ebenfalls freigesprochen, als es um die Behauptung ging, das Tagebuch der Anne Frank sei eine Fälschung. Von der Anklage übrig blieb nur der Punkt „Beleidigung“ der VVN, der von Schönborn unterstellt worden war, sie „präpariere Zeugen“ in Prozessen gegen Nazi-Verbrecher.

Lüneburg: Werner Edgar Geiss, weltweit wegen seines „Hitlergrußes“ bei Kapplers Beerdigung bekannter Neonazi mit Verbindungen in die gesamte Szene (Christophersen, ANS, NSDAP, Roeder-Bande ...), darf sich erneut „bewähren“. Er wurde von der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg wegen Verbreitung von NS-Propaganda und Beleidigung von Journalisten in mehreren fortgesetzten Fällen zu neun Monaten verurteilt – „auf Bewährung“. Das Gericht schenkte der Beteuerung von Geiss Glauben, er werde zwar seine Gesinnung nicht ändern, wohl aber weitere Straftaten unterlassen. Nur wenige Tage zuvor waren erneut Flugblätter, die Geiss verantwortete, wegen Nazi-Propaganda eingezogen worden!

wegen Nazi-Propaganda eingezogen worden!

Eingestellt

Göttingen: Endgültig zu Grabe getragen wurde das vor einem Jahr großartig angekündigte Ermittlungsverfahren gegen den NPD-Landesvorsitzenden Heinrich Gerlach wegen seiner Hetzreden vom 15.4.78 in Göttingen. „Viermal standen die Türken vor Wien. Viermal hat sich das deutsche Volk gegen diesen Türkenanmarsch gewehrt. Heute sind sie mitten unter uns. Deutschland, speziell Westdeutschland, soll zersetzt werden von den negriden und asiatischen Menschentypen und Menschenrassen, Gewerkschaftsbonzen, Homosexuelle, unverbesserliche CDU-Fanatiker, Wallstreet-Bonzen und Kremlgänger“ – so hetzte Gerlach vom polizeilich geschützten Podium.

Dies sei weder Volksverhetzung, denn die müsse sich gegen „eine bestimmte“ Gruppe richten, noch Aufstachelung zum Rassenhaß, denn Gerlach rufe ja nicht zu Aktionen auf – so wurde jetzt die Einstellung begründet. Ein bemerkenswertes Beispiel leistete sich die Staatsanwaltschaft bei der Frage, ob „Rotfront verrecke“ eine nazistische Parole sei. Mehrere Monate recherchierte das Münchener „Institut für Zeitgeschichte“ mit dem Ergebnis, die Parole der Nazis sei „Juda verrecke“ gewesen. „Rotfront verrecke“ sei nicht wörtlich von den Nazis übernommen. Die Staatsanwaltschaft sah in dieser Parole nichts Strafwürdiges.

Nazis im öffentlichen Dienst

Nazi Lehrer Günther Deckert will das Land Baden-Württemberg verklagen: Es habe ihm „beruflich geschadet“. Hintergrund ist, daß dem NPD-Funktionär Deckert einmal kurzfristig die Bezüge gekürzt waren wegen eines gegen ihn laufenden Verfahrens auf Suspendierung vom öffentlichen Dienst. Deckert will nun „Schadenersatzansprüche“ geltend machen.

Auf öffentlichen Druck hin hat nun das bayerische Kultusministerium ein Disziplinarverfahren gegen drei seit Jahren im öffentlichen Dienst beschäftigte NPD-Funktionäre eingeleitet. Wie von der Staatsregierung verlautete, sei eine Entfernung aus dem öffentlichen Dienst aber „sehr schwierig“ („tat“, 6.7.79).

Mann erschlagen – Polizisten freigesprochen!

„Die beiden Angeklagten sind mit Mitteln vorgegangen, die Rechts waren, aber zum Bedauern aller zum Tode geführt haben“ („Kieler Nachrichten“, 22.6.). So heißt es in der Begründung des Flensburgs Landgerichts zum Freispruch gegen die Polizisten Horst Rennwandt und Ralf Surkus. Beide waren beschuldigt, in der Nacht zum 20. Juli 1976 durch Einsatz von Schlagstöcken gegen Schläfe und Kinn für den Tod des 41-jährigen Bauarbeiters Kurt Broselge aus Flensburg-Weiche verantwortlich zu sein.

Nach Aussagen der Zeugen hatte sich in dieser Nacht etwa folgendes abgespielt: Kurt Broselge kommt gutgelaunt in eine Kneipe in Flensburg-Weiche, bestellt sich ein Bier, der Kellnerin spendiert er auch eins, was er auch bezahlt. Nachdem ihm ein zweites Bier gebracht wird, will er die restlichen 3,70 DM nicht mehr bezahlen. Daraufhin ruft der Wirt – angeblich mit Broselges Zustimmung – die Polizei. Broselge weigert sich,

seine Papiere vorzulegen und seine Personalien anzugeben. Daraufhin wollen ihn die Polizisten mit zur Wache nehmen. Broselge wehrt sich. Die Polizisten greifen zum Schlagstock, ein Schlag trifft Broselge an der Schläfe, er bekommt noch einige Faustschläge in den Bauch und einen ans Kinn. Im Wagen „schläft“ Broselge sofort ein – so die Polizisten. Angeblich hatte der Schlag mit dem Stock keine Wirkung gezeigt. Dennoch rufen die Polizisten – auf der Wache angekommen – den Arzt, der nach 20 Minuten erscheint. Er erkennt sofort Lebensgefahr für den Bauarbeiter. Aber alle Wiederbelebungsversuche sind umsonst. Die erste Diagnose lautet: Tod durch Versagen des Kreislaufs infolge starken Alkoholgenußes. Die Obduktion ergibt schließlich Hinweise auf eine Tötung.

Die Witwe von Broselge sagte vor Gericht aus, ihr Mann habe zuvor nie körperliche Auseinandersetzungen gehabt. Der Ausweis ihres Mannes sei

in ihrer Tasche gewesen. Um 6 Uhr früh sei sie in jener Nacht zur Polizei gegangen und habe ihren Mann als vermißt gemeldet. Als sie drei Stunden später nochmal nachfragte, hieß es nur: „Ihr Mann ist auf dem Friedhof!“ (Informationen nach „Flensburger Tageblatt“, 19./20.6.79).

Die beiden Polizisten versuchten von Anfang an, die Sache zu vertuschen: „Bereits auf der Fahrt ins Revier waren beide Angeklagte übereingekommen, keine Anzeige wegen Widerstands zu erstatten und im Bericht den Einsatz des Schlagstocks zu verschweigen. Der erste Bericht enthielt vielmehr den Vermerk, „daß der Betrunkene durch Einknicken der Knie auf den Rücken und auf den Hinterkopf gefallen sei“.

Im Prozeß meinte ein als „Sachverständiger“ geladener Polizeirat, hrer an der Landespolizeischule in Eutin, das Protokoll sei zwar zu beanstanden, dennoch seien „für Polizeibeamte zur Durchsetzung einer

Personenfeststellung durchaus Zwangsmittel zugelassen ... , wenn Widerstand erwartet oder geleistet werde. Der Polizeibeamte müsse darauf bedacht sein, dem Gesetz Geltung zu verschaffen“ („FT“, 21.6.). Er bezeichnete es als „einmalig, daß ein Schlagstockeinsatz und ein Fausthieb solche Folgen haben könnten. Beiden Beamten sei ein längerer Faustkampf gegen diesen starken Mann nicht zuzumuten gewesen. Ein Ablassen von einer polizeilichen Maßnahme hätte für sie eine Dienstpflichtverletzung bedeutet. ... Den Polizisten solle man nicht zumuten, Schmerzen zu erdulden, um ein geringeres Mittel einzusetzen“. (ebenda).

Einem normalen Sterblichen ist allerdings zuzumuten, daß er wegen 3,70 DM sein Leben auf Spiel setzt. Und die Verantwortlichen werden noch nicht mal wegen Körperverletzung verurteilt!

KB Flensburg

Perspektiven an der Datenfront

INFORMATIONSTECHNOLOGIE und BÜRGERFREIHEIT

Gefährdet die Informationstechnologie unsere Freiheit?

Unter diesem Thema veranstaltet die Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V., Bonn, ihre 2. Jahrestagung. Termin ist der 27. und 28. September 1979, Ort ist die Beethovenhalle in Bonn.

Die Informationstechnologie und die darauf gestützten Informationssysteme stehen in einer dramatischen Entwicklung. Aus der Verknüpfung mit Nachrichtentechnik und Büroautomation werden u. a. gravierende Auswirkungen für die staatliche Organisation, die Arbeitswelt und die Presse und Medien und damit für die öffentlichen und privaten Freiheitsrechte des Bürgers erwartet.

Diese Auswirkungen und ihre Gefahren für den Freiheitsspielraum des Bürgers aufzuzeigen, auch um rechtzeitig politische Konsequenzen ziehen zu können, ist Ziel der diesjährigen Tagung der Deutschen Vereinigung für Datenschutz. Dabei sollen folgende Themenblöcke das Schwergewicht haben:

- Auswirkungen der Informationstechnologie auf das Verhältnis Bürger zum Staat (Gewaltenteilung, Kontrolle)
- Auswirkungen der Informationstechnologie auf die Autonomie am Arbeitsplatz (Humanisierung der Arbeitswelt)
- Auswirkungen der Informationstechnologie auf Presse und Medien (Informationsfreiheit)

Weitere Auskünfte gibt die

Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V.
Fürstenstraße 3 D-5300 Bonn 1

Ruf. 02221/658603

„Dokumentationszentrum für Informationsrecht und Datenschutz“ (DID) in Westberlin gegründet

Die „Gesellschaft für Zukunftsfragen“ in Westberlin, zu deren Mitbegründern Osnip K. Flechtheim und Robert Jungk gehören, hat Mitte Juni ein „Dokumentationszentrum für Informationsrecht und Datenschutz“ (DID) als einen Arbeitskreis der Gesellschaft ins Leben gerufen.

Zur Begründung dieses Schrittes und als Anspruch wurde von den Initiatoren offiziell erklärt: „Rapid anwachsende Sensor, Speicher, Übertragungs- und Ausgabekapazitäten bei sinkenden Kosten (im Bereich technischer Kommunikation) drohen den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung in einer Weise zu beeinflussen, die Orwells Vision von 1984 als harmloses Kindermärchen erscheinen

läßt. Angesichts der Gefahr totaler Verdattung und unentrinnbarer Fern-

läßt. Angesichts der Gefahr totaler Verdattung und unentrinnbarer Fernsteuerung des Bürgers mit Hilfe intelligenter Computernetze und ubiquitärer Peripherien (überall verbreiteter Ein- und Ausgabegeräte, Anm. AK) lauten die aktuellen Aufgaben: Definition der datenschutzspezifischen und informationsrechtlichen Probleme und Entwicklung alternativer Lösungen. Dazu soll der ins Leben gerufene Arbeitskreis DID einen Beitrag leisten“ (aus: „analysen und prognosen“, Heft 63, Mai 1979, S. 25).

Der Arbeitskreis strebt ein „weitgehendes Informationsrecht in der Bundesrepublik (an), das dem Bürger ermöglichen soll, Einblicke in Amtsunterlagen zu erlangen, wie es im Europarat einstimmig empfohlen wurde“ (aus: „Die Neue“, 20.6.79).

Während sich die Initiatoren insbesondere dem Austausch von Informationen zwischen Fachleuten, der

Dokumentation relevanter Informationen und der Unterrichtung von Interessenten über Forschungsergebnisse auf dem Gebiete des Rechts auf freien Zugang zu Amtsunterlagen (freedom of information) widmen wollen, wurde auf einer Gründungsveranstaltung diese begrenzte Zielsetzung kritisiert und gefordert, daß „in erster Linie der Bürger informiert und befähigt werden (soll), die über ihn gespeicherten Daten selbst zu kontrollieren“, wobei man sich zum Ziel stellen solle, „eine breite gesellschaftliche Gegenbewegung“ zu entwickeln, „um die sich am Horizont abzeichnende Computer-Diktatur abzuwenden“ („Die Neue“, aaO.).

Kontaktadresse des DID: Gesellschaft für Zukunftsfragen e.V. Giesebrechtstr. 15 1000 Berlin 12

Aktivitäten der „Deutschen Vereinigung für Datenschutz e.V.“

Der Aufmerksamkeit aller Daten- für Datenschutz e.V.

Der Aufmerksamkeit aller Datenmuffel muß auch die „Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V.“ (DVD) empfohlen werden. Die DVD wurde im November 1977 gegründet. Sie ist bemüht, „beim Bürger das notwendige Bewußtsein für einen wirksamen Datenschutz zu wecken“.

Der Verein will verschiedenen Aufgaben dienen:

- dem Schutz der Bürger und einzelner Betroffener vor „mißbräuchlicher“ Datenverarbeitung;
- dem Verständnis für Probleme des Datenschutzes und der Datensicherung in der Öffentlichkeit;
- der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis auf dem Gebiete des Datenschutzes und der Datensicherung;
- dem Verständnis für rechtliche, soziale und ökonomische Probleme der Automation;
- der Förderung eines internationalen

len, insbesondere europäischen Datenschutzes.

Dem Beirat des Vereins gehören namhafte Wissenschaftler und fortschrittliche Personen an wie z.B. Prof. Steinmüller, der sich kürzlich gerichtlich mit der Feststellung „Der Sicherheitsbereich ist zum Sicherheitsrisiko für den Bürger geworden“ gegen den BKA-Präsidenten H. Gerold durchsetzte. Diese Bemerkung Steinmüllers stammte von der ersten DVD-Tagung im vergangenen Jahr. Das charakterisiert ein wenig die Arbeit des Vereins. Andere Angehörige des Vereins sind verschiedentlich gutachterlich tätig geworden, um Kritiken am Melderecht, Datenmißbrauch u.a.m. vor Gericht etc. abzusichern.

Zur Erarbeitung von Standpunkten sind von der DVD Arbeitskreise gegründet worden, von denen bereits vier ihre Arbeit aufgenommen haben:

- Datenschutz im Arbeitsverhältnis
- Datenschutz in der Medizin
- Internationaler Datenschutz und
- Datenschutz in der Schule.

Durch Presseerklärungen in den Medien, Interviews und Berichte im Rundfunk, Referate bei Veranstaltungen und Beratung Betroffener wurde versucht, eine Sensibilisierung für die Probleme infolge der computergestützten Verarbeitung personenbezogener Daten zu erreichen.

Verstärkt wird diese Zielsetzung durch die Herausgabe der Zeitschrift „Datenschutz-Nachrichten“, durch die Mitglieder-Information, „Mitglieder-Nachrichten“, und durch den Ausbau von an die 50 Vereins-Ausenstellen.

Für September 1979 plant die DVD ihre 2. Jahrestagung unter dem Thema: „Informationstechnologie und Bürgerfreiheit“ in Bonn. Wir empfehlen diese Tagung und die übrige Arbeit der DVD der Aufmerksamkeit unserer Leser und Leserinnen.

KB/Gruppe Hannover

Bullenüberfall auf Disco

Kappeln: Am Sonnabend, den 30.6., wurde in der Diskothek „Lila Eule“ in Kappeln durch eine Hundertschaft Polizei, die sich aus Beamten aus ganz Schleswig-Holstein und Hamburg zusammensetzte, überfallartig eine „Razzia“ durchgeführt. Gegen 22 Uhr 45 stürmten die Beamten das Lokal und verlangten die Ausweise zu sehen. Mit acht VW-Bussen und diversen LKW's, darunter ein Gefangenentransporter, sowie mit bissigen Schäferhunden waren sie ausgerückt.

Keiner durfte den Laden verlassen, keiner durfte aufs WC gehen, und man durfte nicht einmal den Platz, an dem man sich befand, verlassen. Bullen und Politessen stürmten in die Klos, wohl um die phantastischen Berge von Shit (Häschisch) zu finden.

Dann wurden die Ausweise „kontrolliert“; per Funk wurden die Daten zum Computer durchgegeben und dort gespeichert. Es wurden nahezu 70 Jugendliche ins Rathaus und in einen Lagerraum, danach in Gruppen zur Bullenstation geschafft. Merkwürdigerweise wurde das Rathaus als Zwischenlager genutzt. Der „neutrale“ Magistrat scheint, wenn es gegen die Jugend geht, sauber mit der Polizei zusammenzuarbeiten.

Man hörte Sprüche wie: „Wenn wir dich noch mal auf irgendeiner Demo erwischen, weißt du ja, was dir blüht“ oder „Paß auf, die Hunde sind scharf, wenn du gebissen wirst, bist du selbst dran schuld“. Gefangene Jugendliche wurden in den Gefangenentransporter gesteckt, der von außen abgeschlossen wurde und mußten dort warten.

Als Protest gegen diesen Polizeiberfall gab die JZI ein Flugblatt heraus; außerdem sollen Leserbriefe, Protestbriefe und eine Presseerklärung die Öffentlichkeit informieren. Da die JZI zum Großteil in der „Eule“ agiert, fühlt sie sich direkt betroffen. Daß ein selbstverwaltetes JZ her muß, ist klarer denn je.

Rockfestival in Kappeln

Am 14.7. veranstaltet die JZI ein OPEN AIR FESTIVAL. U.a. mit den Gruppen: FATE, PERFORMANCE, OCEAN und MÜLLER'S KAMPFKAPPELLE AUS HH. Hier soll auch das Bündnis ROCK GEGEN RECHTS vorgestellt werden. Außerdem wird über die Neonazis informiert. Wir erwarten zu diesem Festival ein- bis zweitausend Leute.

KB/Gruppe Kappeln

Diese drei in den Knast!



„NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe- Neonazis in der BRD

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und nazistischen Aktionisten um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Seit Jahren betreibt dieser Kreis offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“; dabei sind sie keine isolierten „Spinner“, sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt. Die Entwicklung der Umtriebe dieser Nazi-Bande, ihre in- und ausländischen Beziehungen und Helfershelfer, ihre Tolerierung und Unterstützung durch Stadtverwaltungen, Regierungen, Gerichte und Polizei – und der Skandal, daß diese Bande noch immer nicht hinter Gittern ist, wird detailliert und umfassend dargestellt.

Dieses Buch ist in der RUSSELL-REIHE unter der Nr. 3 erschienen. 210 Seiten/DM 13,50 Paperback – ISBN 3-88305-003-1 Die Bücher der RUSSELL-REIHE sind wie auch andere Publikationen des J. reents-verlages über die Vereinigte Verlagsauslieferung VVA zu erhalten.

Rechtsanwalt Ulve Maeffert:

Der Fall Martin E. Gonzales

Ein polizeilicher Todesschuß wurde fünf Jahre nach der Erschießung des Kolumbianers gerichtlich verhandelt

Als vor mehreren Jahren Thomas Weisbecker in Süddeutschland und Georg v. Rauch in Berlin von Polizeibeamten aus Sonderkommandos durch Herz- bzw. Kopfschuß getötet wurden, waren die dubiosen Umstände der Erschießungen für Teile der kritischen Öffentlichkeit in der BRD Anlaß, angesichts der gerade erst gebildeten Sonderkommandos der Polizei und einer intensivierten Schießausbildung die Vorahnung zu formulieren, daß im Zusammenhang mit anderen polizeistaatlichen Tendenzen eine Entwicklung zu staatlicher Exekution von Gewaltkriminellen und politischen Gegnern zu besorgen sei. Von den Kriminellen gerieten Bankräuber und Flugzeugentführer, von den politischen Gegnern die Köpfe derjenigen ins polizeiliche Fadenkreuz, die mit der Bezeichnung „mutmaßliche Terroristen“ versehen wurden. Ob und mit welchem Unrechtsgehalt jene Personen Angehörige der RAF oder anderer Stadtguerillagruppen waren, wurde nie geklärt: Sie blieben „mutmaßlich“, weil der „kurze Prozeß“ ihrer Erschießung in der Regel nicht öffentlich verhandelt wurde.

So schnell wie die unbekannt gebliebenen Polizisten ihre großkalibrigen Pistolen gezogen und abgefeuert hatten, wurde von den Staatsanwaltschaften die Legitimation von „Notwehr“, „Putativnotwehr“, „Nothilfe“ oder „Übergesetzlicher Notstand“ aus den Gesetzbüchern gezogen und die Ermittlungen abgeschlossen, noch bevor sie richtig begonnen hatten. So wurde im „Fall“ Thomas Weisbecker am Tag seiner Erschießung durch das Landeskriminalamt Bayern von „Notwehr“ gesprochen: Der Todesschütze sei im letzten Augenblick einem Schießversuch von T. Weisbecker zuvorgekommen. Als Folge von Strafanzeigen wurde dann ermittelt. Der gerichtsmedizinische Obduktionsbefund ergab, daß der Tod von Weisbecker durch eine Pistolenkugel verursacht worden war, deren Schußkanal von oben nach unten verlief. Der Todesschütze, dessen Identität bis heute hinter dem Buchstaben „A“ verborgen gehalten wurde, sagte bei seiner Vernehmung aus, er habe auf den vor ihm stehenden Weisbecker aus der Hüfte geschossen. Obduktionsbefund und polizeiliche Aussage waren also nicht in Einklang miteinander zu bringen. Für die Staatsanwaltschaft war der Mißklang im Ermittlungsergebnis jedoch kein „genügender Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage“ (§ 170 Strafprozeßordnung). Sie stellte das Verfahren ein, wie es zur Regel aller anderen vergleichbaren Fälle geworden ist. Unerbittlich und weitreichend dagegen prozessierten Bundeskriminalamt, Landeskriminalämter und die westdeutsche Justiz gegen die Kritiker der sich häufenden polizeilichen Todesschüsse. Der Mechanismus funktionierte: Die Justiz wurde durch Strafverfolgung der Kritiker überwiegend zum Instrument, freie und dem Anlaß nach angemessene Anprangerung der Todesschüsse aus der öffentlichen Diskussion ausschalten zu sollen. Selten wurde der erlaubten Ausübung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung mehr als die Feststellung, daß ein Mensch durch Polizeikugeln getötet worden sei, zuerkannt. Dabei liegt jene Feststellung noch vor dem eigentlichen Bereich freier Meinungsäußerung; denn die Feststellung war in allen Fällen unbestreitbar. Die Freiheit der Meinungsäußerung aber in Fällen von Todesschüssen, die Zweifel an der Rechtmäßigkeit, Verwunderung über die amtlichen Versionen über den Geschehensablauf und Entsetzen über den Zusammenhang von der Geschwindigkeit des Schußwaffengebrauchs und der Eile bei seiner Rechtfertigung auslösen, fängt dort erst an, wo von rechtloser Tötung eines Menschen, von Mord gesprochen werden darf. Die Justiz hielt dagegen, daß von Mord erst dann gesprochen und geschrieben werden dürfe, wenn die Täter der Erschießung als Mörder im Sinne des Gesetzes verurteilt worden seien. Wozu hat eine Gesellschaft dann das Grundrecht der freien Meinungsäußerung in seiner Verfassung? So ging in den letzten Jahren mit den sich häufenden polizeilichen Morden und einer Straffreihaltung der Todesschützen ein stückweises Morden der Meinungsäußerungsfreiheit durch dieselbe Justiz einher.

Aber es kam noch schlimmer. Die Polizeiführungen in diesem Staat ließen es nicht bei der geheimen Losung „Schießen und Prozessieren“ bewenden. Die Gesetze sollen dem erhöhten Schießbedürfnis angepaßt werden. Ein „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz“ der Innenminister der Länder enthält die gesetzliche Erlaubnis für einen tödlichen polizeilichen Schuß außerhalb von Notwehr und Nothilfe. Im Land des Ministerpräsidenten F.-J. Strauß ist die Todesschußregelung seit dem 1.10.1978 geltendes Gesetz. An die Stelle einer näheren Beschreibung und Analyse dieser Regelung setze ich hier das Beispiel des Münchner Polizeipräsidenten Dr. Schreiber, der in einem im November 1978 auf einer Polizeiführungsakademie gehaltenen Vortrag mit dem Titel „Terrorismus – Herausforderung für die Polizei“ sagte:

„Neben Änderung der Justizgesetze gehören vornehmlich die Gesetze zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung (Polizeigesetze) geändert, denn die Kernfrage ist nicht die Strafdrohung, sondern das Entdeckungsrisiko! Es ist zu begrüßen, daß der Freistaat Bayern das in seinem Bereich mit der Änderung des PAG zum 1.10.1978 geschafft hat. Erst sieben Jahre, nachdem beispielsweise 1971 in der Prinzregentenstraße an Polizeiführung und Mitarbeiter erstmalig das Problem des gezielten Rettungsschusses herangetragen wurde, hat die Polizei die dafür ausreichende Rechtsgrundlage erhalten.“

Polizei sei dadurch beleidigt, daß in einem von der Antifaschismus-Kommission des Kommunistischen Bundes herausgegebenen und von J. Reents verlegten Buch mit dem Titel „Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD – zügiger Ausbau der neuen GeStaPo“ die Erschießung von Gonzales als „öffentliche Exekution“ bezeichnet werde. Die Staatsanwaltschaft erhob zügig Anklage und der Amtsrichter ließ die Anklage wegen dieses und anderer Vorwürfe zu. J. Reents wäre wohl auch verurteilt worden, wenn es nicht in dem fünf Monate dauernden Prozeß eine Reihe von bemerkenswerten Umständen gegeben hätte. Ich schreibe darüber, um eine Verteidigung in Beleidigungsprozessen aus Anlaß polizeilicher Todesschüsse zu stärken, die Kritik an den polizeilichen Erschießungen der letzten Jahre zu vertiefen und die Forderung nach unabhängigen Untersuchungskommissionen in derartigen Fällen zu unterstützen:

Als der Staatsanwalt einem Beweis-antrag der Verteidigung zu der ebenfalls inkriminierten Textstelle „Bei der Jagd auf Terroristen ist die Exekution bereits Bestandteil der Planung“ mit den Worten widersprach: „Die Verteidigung will unter Beweis stellen, man habe sich im Bonner Krisenstab anläßlich der Schleyer-Entführung in Planspielen Gedanken darüber gemacht, die Stammheller Gefangenen freizulassen, um sie später durch Sonderkommandos zu exekutieren, da kann ich nur sagen: Na, und!“, befand er sich in dem von Teilen der bürgerlichen Presse stark beachteten Zensurprozeß nicht mehr auf der Linie des Gerichts. Das Gericht beschloß im „Fall“ Gonzales die Vernehmung des Todesschützen vom Hamburger MEK zu der Behauptung, daß bei der Erschießung keine Umstände vorlagen, die für die tödlichen Schüsse und für die Verletzung der Geisel eine Rechtfertigung von Notwehr oder Nothilfe abgegeben hätten. Bekannt wurde der Name des MEK-Beamten nur deshalb, weil er Jahre vorher als Zeuge in einem Terroristenprozeß ausgesagt hatte und von mir anhand des in der Presse veröffentlichten Fotomaterials zur Erschießung von Gonzales erkannt werden konnte.



**Hamburg 1974:
Erschießung des Bankräubers
Gonzales**

Das von den Sozialdemokraten regierte Hamburg hatte am 18.4.1974 bayerische Verhältnisse. Drei Beamte des MEK erschossen den Kolumbianer Martin Emilio Gonzales, als er mit einem als Geisel genommenen Bankangestellten aus der Commerzbank am Hamburger Steindamm heraustrat.

Die Erschießung von Gonzales, die in einem Artikel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ als „Quasi-Exekution“ bezeichnet wird, wurde unmittelbar nach den Ereignissen von allen Hamburger Politikern, die dazu den Mund aufmachten, gerechtfertigt, ohne daß bei den Rechtfertigungsversuchen irgendein Gesetz bemüht wurde. Es gab keines. Vielmehr wurde von dem jetzigen Justizsenator Dahrendorf, damals Staatssekretär, lediglich davon gesprochen, daß die Sache am Ort des Geschehens erledigt werden sollte, und im September 1976 meldete sich dazu noch einmal Bürgermeister Klose, damals Innensenator, um zu kritisieren, daß die CDU in einem Wahlspot Ausschnitte aus dem Film über die Erschießung von Gonzales gezeigt hatte:

„...ist der gesamte Vorgang denkbar schlecht geeignet, im Wahlkampf einseitige Sicherheits-Argumente gegen die sozialliberale Koalition abzustützen, denn diese damalige Aktion hat eindrucksvoll gezeigt, wie groß in dieser von einer sozialliberalen Koalition regierten Stadt das Risiko für Gewaltverbrechen ist.“

**1978:
Anklage wegen „Beleidigung“**

Fast auf den Tag genau vier Jahre nach dem Tod von Gonzales stellte der Hamburger Polizeipräsident Redding Strafantrag gegen den Verleger Jürgen Reents: Die Hamburger

**Aussageverweigerung für den
Todesschützen**

Dennoch kam es nicht zu einer Vernehmung des Polizeischützen. Zum vorgesehenen Termin erschien der Zeuge nicht, sondern entschuldigte sich durch nicht näher bezeichnete Krankheit, nachdem er wenige Tage zuvor mit der Geschäftsstelle des Gerichts telefoniert hatte, dabei ankündigte, er werde „sowieso“ keine Aussagegenehmigung erhalten, jedoch in diesem Gespräch nichts von einer Krankheit erwähnte.

Anfang April beantragte J. Reents den Erlass einer einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht. Das VG setzte der Landespolizeidirektion eine Frist zur Stellungnahme, entschied jedoch nicht, als diese Frist überschritten war, sondern wartete untätig mehrere Tage, bis eine Stellungnahme der Behörde einging. Diese Stellungnahme enthielt kaum Gesichtspunkte, warum aus rechtlichen Gründen eine Aussagegenehmigung für den Beamten versagt werden könne, sondern im wesentlichen Angriffe nach zwei Seiten:

- Dem Strafrichter wurde vorgeworfen, er habe einen fragwürdigen Beweisbeschuß erlassen;
- Dem Angeklagten – und wohl auch der Verteidigung wurde vorgeworfen, es gehe ihm nur um eine Vorführung des Beamten in einem öffentlichen Prozeß, da es offensichtlich sei, daß die Todesschüsse durch Notwehr und Nothilfe gerechtfertigt gewesen seien.

Durch Beschluß vom 9.5.79 wies das VG den Antrag mit einer Begründung zurück, die – an juristischen Kategorien gemessen – kaum faßbar erscheint:

Dem Antragsteller fehle das Rechtsschutzinteresse, nachdem das Strafgericht seinen Beweisbeschuß

Fortsetzung von Seite 26

aus dem Grund der „Unerreichbarkeit“ des Zeugen aufgehoben habe; es erscheine auch wegen der Bedenklichkeit des aufgehobenen Beweisbeschlusses nicht gewiß, ob für den Fall einer Aussageerteilung derselbe Beweisbeschluss wiederholt werden würde.

Zeuge Lietz: Bitte nicht schießen!

Inzwischen hörte das Strafgericht den Zeugen Lietz als damalige Geisel des Dramas vom 18.4.1974. Diese Zeugenvernehmung erbrachte den Beweis dafür, daß die Todesschüsse auf Gonzales nicht durch eine Nothilfesituation gerechtfertigt waren: eine Notwehrlage schied ohnehin aus, da der Todesschütze keinen Angriff auf sich abzuwehren hatte, denn er hielt sich – für Gonzales unerkannt – in einer Nische neben dem Bankeneingang auf. Der Zeuge Lietz machte zwei wesentliche Angaben:

1) Als eine telefonische Verbindung aus der Bank heraus zur polizeilichen Einsatzleitung bestanden hatte, hatten die als Geiseln genommenen Angestellten der Bank „flehtentlich“, so der Zeuge wörtlich, die Polizei gebeten, den Forderungen des Bankräubers nachzukommen und keineswegs von der Schußwaffe Gebrauch zu machen;

2) Später hatte die Post die telefonische Verbindung in die Bank hinein blockiert, so daß drinnen niemand mehr mit der Einsatzleitung sprechen konnte.

Damit stand fest, daß – auch vom Standpunkt der Polizei aus – die Befreiung der Geiseln am 18.4.1974 in einer Form, dem Schußwaffengebrauch, erfolgt war, die von denjenigen, denen die Aktion zur Befreiung gegolten haben soll, ausdrücklich abgelehnt worden war und daß darüber hinaus offensichtlich aus dem Grund, die Aktion wie geplant durchzuführen, den Geiseln von ihren Befreier die Möglichkeit genommen wurde, ihren Willen gegenüber der Einsatzleitung zum Ausdruck zu bringen und auf die Form der Aktion Einfluß zu nehmen. Das Gegenteil dessen, was die Polizeidirektion gegenüber dem Verwaltungsgericht behauptet hatte, war also bewiesen:

Die Todesschüsse am 18.4.1974 sind nicht durch Nothilfe gedeckt.

sind nicht durch Nothilfe gedeckt.

Der Gehalt dessen, was die Bezeichnung „öffentliche Exekution“ kritisch zum Ausdruck bringen wollte, und gebracht hat, war in diesem Strafprozeß bewiesen worden.

Wäre es anders gewesen, als der Zeuge Lietz ausgesagt hat, oder wäre es rechtlich anders zu beurteilen, so hätte die Polizeiführung Gelegenheit gehabt, die unmittelbaren polizeilichen Zeugen des Geschehens zu Wort kommen zu lassen. Die Polizeidirektion zog es vor, die Wahrheitsfindung zu behindern und zu blockieren. Das Strafgericht hat den damaligen Einsatzleiter, den Polizeidirektor Bertling als Zeugen geladen. Der Zeuge legte eine Aussagegenehmigung vor, versehen mit Einschränkungen.

Erste Frage des Richters an den Zeugen: „Sie waren am 18.4.1974 Einsatzleiter, Herr Bertling?“

Zeuge: „Dazu habe ich keine Aussagegenehmigung.“



„JEDER KANN DER NÄCHSTE SEIN“
Dokumentation der
polizeilichen Todesschüsse seit 1971
und ihre Legitimation
Ein Buch der RUSSELL-REIHE
(Band 4), 300 Seiten, Paperback,
DM 19,-
Erschienen im und zu bestellen beim:
Verlag J. Reents
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon: 43 53 06
BITTE VORAUSKASSE!

Ermittlungen gegen den Todesschützen nicht geführt

Daraufhin entließ auf Antrag der Verteidigung das Gericht den Zeugen ohne weitere Vernehmung. Eine herangezogene Akte enthält eine Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß die Polizeiführung Gründe für das Verdecken der Wahrheit sieht, die außerhalb des Bereichs liegen, der dem Staat die alleinige Grundlage für die Verweigerung einer Aussagegenehmigung für seine Beamten gibt, wie es in den Beamtengesetzen steht. Diese Akte ist nicht die Ermittlungsakte, die gegen die hätte angelegt werden müssen, die Gonzales erschossen haben, sondern trägt als Beschuldigten den Namen des toten Gonzales. Alles deutet darauf hin, daß niemals wegen der tödlichen Schüsse ermittelt worden ist, und die Todesschützen und ihre Vorgesetzten niemals vernommen wurden. Man begnügte sich – entgegen der Vorschriften der StPO – mit der Einholung schriftlicher Stellungnahmen. Der damalige Leiter des MEK schrieb am 22.4.1974 unter anderem:

„Vom Einsatzleiter, Herrn KD Zühlsdorf, bekam das MEK den Gesamtauftrag, den Täter durch blitzschnellen Zugriff zu überwinden... Ein Eingreifkommando unter Führung von KOK F. hatte sich rechts des Bankeneingangs bereitgestellt. Der Auftrag lautete, durch blitzschnellen Zugriff und notfalls durch Einsatz der Schußwaffen den Täter angriffsunfähig zu machen... Jetzt gab ich KOK F. den Befehl, dann anzugreifen, wenn sich aus seinem Blickwinkel eine aussichtsreiche Zugriffsmöglichkeit ergeben sollte... Aus dieser Situation heraus entschied KOK F. blitzschnell, daß nur gezielte Schüsse auf den Kopf des Täters diesen angriffsunfähig machen konnten. KOK F. schoß sofort. Der Täter taumelte zurück, und die Geisel fiel nach vorn. In diesem Augenblick hatten auch die anderen beiden Beamten... freies Schußfeld. Alle drei Beamte schossen dann auf den Täter...“

Der MEK-Beamte F. schrieb in seiner anderthalbseitigen Stellungnahme vom 19.4.74 u.a.:

„Ich hatte als Zugführer den Auftrag, mit dem KOM D. und dem PM H. durch blitzartiges Zugriff die Geisel zu befreien und den Täter angriffsunfähig zu machen... Ich habe die Mitteilung über Funk, daß der Täter sich jetzt mit der Geisel im Bankeneingang befindet. Ich sprang mit meinen beiden Kollegen nach vorn. Der Körper des Täters war bis auf den Kopf durch den Körper der Geisel gedeckt. Um das Leben der Geisel zu retten, bestand jetzt nur für mich die Möglichkeit, gezielte Schüsse auf den Kopf des Täters abzugeben. Der Täter ließ die Geisel los. Diese fiel nach vorn. Jetzt war der ganze Körper dekungslos. In diesem Augenblick gaben meine beiden Kollegen und ich weitere Schüsse auf den Täter ab...“

Der Beamte H. hielt die Darstellung der Erschießung von Gonzales und ihrer Rechtfertigung zwei ganze Sätze für ausreichend. In seiner Stellungnahme vom 19.4.74 heißt es: „Auch ich hatte, als die Geisel nach vorn fiel, freies Schußfeld. Ich gab einen gezielten Schuß auf den Täter ab.“ Der dritte Beamte dieses sog. Eingreifkommandos begnügte sich mit vier Sätzen.

Dabei boten schon diese durch das schriftliche Verfahren ohnehin „begünstigten“ Stellungnahmen genügend Anlaß für eine peinlich genaue Untersuchung und Befragung. Die Berichte lassen folgendes erkennen:

Der Befehl an die MEK-Beamten, beim Hinaustreten von Gonzales aus der Bank einzugreifen, die Konfrontation mit Gonzales in dieser Situation zu suchen und die Angelegenheit zu erledigen, erfolgte bedingungslos. Befehl und Einsatz schlossen den Schußwaffengebrauch ein. Gonzales sollte „blitzschnell“ angriffsunfähig gemacht werden. Angriffsunfähig konnte er in dieser Situation nur durch gezielte Schüsse auf den Kopf, also durch nach höchster Wahrscheinlichkeit tödliche Schüsse gemacht werden.

Bei einem Vergleich zwischen dem Bericht des Leiters des MEK und dem Schützen F. fällt auf, daß der Befehl lautete, zuzugreifen, wenn sich aus dem Blickwinkel des Schützen eine „aussichtsreiche Zugriffsmöglichkeit“ ergeben sollte. Dies schließt logisch ein, daß im Blickwinkel das Objekt des Zugriffs erst auftauchen muß, bevor man zum Zugriff ansetzt; anderenfalls wäre das Risiko eigener und anderer Gefährdung unkalkulierbar und käme einem „Blind-

schießen“ gleich. F. erweckt in seiner Stellungnahme aber genau diesen Eindruck: Er sei aus der Deckung vorgesprungen, ihm habe sich dann nur der Kopf von Gonzales als Ziel geboten. Niemand kann so schnell ein solches Ziel finden, wenn er es nicht bereits aus der Deckung im Auge, also im Blickwinkel gehabt hätte, ohne sich und andere durch ein derart angedeutetes Handeln in höchste Gefahr zu begeben.

Die Zweifel werden durch das umfangreiche Fotomaterial bestärkt und zwar in zweifacher Hinsicht:

Gonzales und die Geisel waren vom Standpunkt der Schützen aus zu sehen, bevor die MEK-Beamten weiter vortraten. Da Schütze und Gonzales bei der Schußabgabe seitlich zueinander standen, und Gonzales die Geisel gerade vor sich herführte, boten sich dem Schützen nicht nur der Kopf, sondern auch andere Körperteile von Gonzales als Ziel.

Eine wirkliche, unbefangene Ermittlung dieser Vorgänge hat es nie gegeben. Dazu hätte es der Vernehmung der Beamten auch mit Hilfe des Foto- und Filmmaterials bedurft. Stattdessen hat die Beschränkung auf schriftliche, offensichtlich gemeinsam oder in Kenntnis dessen, was der andere geschrieben hatte, angefertigte Stellungnahmen das Fragen nach dem, was hinter Begriffen wie „angriffsunfähig“, „blitzschnell“, „aussichtsreich“ usw. stecken mag, das Hinterfragen also, verhindert und verhindern sollen. Fünf Jahre nach dem Geschehen vor der Commerzbank wurde schließlich eine Aussagegenehmigung für den Todesschützen ohne Angaben irgendwelcher tatsächlichen Gründe verweigert. Was liegt näher, als daß die Zweifel an der Rechtmäßigkeit der damaligen Todesschüsse, die die Grundlage für den inkriminierten Begriff von der „Exekution“ sind, durch dieses Verhalten der Polizeiführung selbst genährt werden? Der Skandal aber liegt heute darin, daß dieselbe Behörde, die eine Aufklärung nie betrieben hatte, und sie durch die Verweigerung einer Aussagegenehmigung blockierte, an ihrem Strafantrag gegen den Verleger festhielt; daß eine Staatsanwaltschaft, die es in der Hand hatte, alle möglichen Zeugen und Beschuldigten zu vernehmen, dies aber unterließ, noch nach diesem Prozeßverlauf eine Bestrafung wegen Beleidigung der Polizei forderte und sich sowohl in der Beweisaufnahme als auch im Plädoyer gegen die Widerle-

gung der Nothilfethese gestemmt hatte.

Als der Zeuge Lietz von dem „flehtentlichen“ Bitten an die Polizei, nicht von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, gesprochen hatte, fragte ihn der Staatsanwalt: „Herr Lietz, haben Sie sich später bei der Polizei darüber beschwert, daß sie geschossen hat?“

Nein, die Geisel, die beim „blitzschnellen Zugriff“ der MEK-Beamten durch einen Pistolenschuß in die Brust verletzt worden war, hatte sich nicht beschwert, aber sie und die anderen Menschen in der Bank hatten eine Ahnung von der Gefahr, die auch für sie vom polizeilichen Schußwaffengebrauch ausging und gaben der Polizei gleichzeitig einen Vorstoß an Vertrauen in humane Maßstäbe, das die Polizeikräfte offensichtlich nicht verdienen. Dem Protokoll von der polizeilichen Vernehmung eines Bankangestellten kann man folgende Aussage entnehmen: „Bei seinen Gesprächen, die er selbst oder über seine unmittelbare Geisel mit der Polizei führte, sagte er, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden, würde es ein Blutbad geben, er würde alle umlegen. Wir versuchten, ihn in der Folgezeit immer wieder zu beruhigen, insbesondere dahin, daß wir sagten, daß die Polizei auf keinen Fall schießen würde; da nach einem ähnlichen Vorfall in München eine Geisel erschossen wurde, würde die Polizei ganz besonders strenge Anweisungen haben, das Leben von Geiseln nicht zu gefährden, so daß auch er keine Gefahr läuft, bei seiner Flucht von der Polizei erschossen zu werden...“

Ein ermutigendes Urteil

Die Serie der polizeilichen Todesschüsse reichte bis in den Prozeß, dessen Gegenstand gerade diese Schüsse waren, hinein; ja, zum Ende des Prozesses steigerte sich die Serie in dramatischer Weise.

Zwischen dem 14. und 18. Verhandlungstag, innerhalb von nur vier Wochen, wurden in der BRD drei Menschen durch Polizeikugeln unter Umständen getötet, die eine Notwehr- oder Nothilfesituation auf der Seite der schießenden Polizisten wenig glaubwürdig erscheinen lassen: In Bayern wurden ein Bankräuber bei einer Geiselnahme durch Schüsse in die Brust, Elisabeth v. Dyck in der von ihr gemieteten Wohnung durch einen Schuß in den Rücken, in Süd-

deutschland der Führer einer Zigeunersippe durch Schüsse getötet, ohne auch nur im Besitz einer Waffe gewesen zu sein. Zwei Tage vor Ende des Zensurprozesses (11. Juni 1979) schließlich schossen Beamte eines Sonderkommandos dem „mutmaßlichen“ Terroristen Rolf Heißler in der von ihm gemieteten Wohnung in Frankfurt in den Kopf. Heißler hatte bei der Begegnung mit den in der Wohnung ihn erwartenden Polizeibeamten eine Tasche mit Zeitungen und eine Tüte mit Brötchen in den Händen. Die von ihm hochgerissene Segeltuchtasche rettete ihm das Leben, indem die Wirkung der Polizeikugel gedämpft wurde.

Die Aussage des Bankangestellten Lietz, die polizeiliche Abdeckung der Wahrheit über die Ereignisse am Hamburger Steindamm und die während des Prozeßverlaufs an anderen Orten abgegebenen Todesschüsse haben ihre Wirkung auf den Amtsrichter nicht verfehlt. Im freisprechenden Urteil sprach der Richter davon, daß die tödlichen Schüsse am 18.4.74 nicht durch Notwehr und Nothilfe gerechtfertigt waren, daß sie durch die Todesschußregelung im „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz“ gedeckt gewesen sein könnten, daß diese Regelung selbst unter Juristen umstritten sei, daß die polizeilichen Todesschüsse Gegenstand lebhafter öffentlicher Diskussionen seien, und er zog aus allem den Schluß: Von „öffentlicher Exekution“ dürfte straffrei in „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ gesprochen und geschrieben werden. So ist das ermutigende Urteil aber kein Stück, auf dem sich der Widerstand gegen polizeiliche Todesschüsse und Polizeigesetze wird ausruhen können. Man kann es herauslesen: Wird die Todesschußregelung bundeseinheitliches Gesetz, wird die Exekution mutmaßlicher Straftäter nicht „Exekution“ genannt werden dürfen. So ist der Prozeß und sein Urteil auch ein Lehrstück darüber, wie sehr die reaktionären Kräfte im Polizeiapparat das Gesetz, das sie sich wünschen, brauchen, wie weitreichend ein solches Gesetz auf demokratische Rechte, die nicht unmittelbar betroffen scheinen, abzielt und wie notwendig deshalb Kritik und Widerstand gegen die mörderischen Polizeischüsse den Widerstand gegen eine gesetzliche Todesschußerlaubnis umfassen muß: Zum Schutz menschlichen Lebens vor Polizeiwillkür! Zur Verteidigung der Freiheit der Meinungsäußerung!

„Initiative gegen die Bochumer Polizeiübergreife“

Der Todesschuß auf den 25jährigen Bernhard Deffner, der am 24. Mai 79 von einer Bochumer Zivilstreife getötet wurde, hat inzwischen zu einem nachhaltigen Echo von Protesten geführt. Deffner, der selbst die Polizei zu Hilfe gerufen hatte, wurde auf einer stillgelegten Zeche ohne Vorwarnung erschossen.

Wie schon einmal vor mehreren

Jahren hat sich in Bochum eine „Initiative gegen die Bochumer Polizeiübergreife“ gebildet. Eine erste Erklärung der Initiative wurde von neun Angehörigen der Polizeiopfer unterzeichnet, außerdem von einer stattlichen Anzahl politischer Kräfte Bochums. Wir drucken die Erklärung im Folgenden ab – in der Hoffnung, daß sich die Basis der Ini-

tiative noch verbreitert – und daß sie Schule macht.

Das nächste Treffen der Initiative findet nach der Ferienzeit statt am Donnerstag, den 9.8.79 um 20.00 Uhr im Jugendheim Akademiestraße 69 (früher Falkenheim)

Antifa-Kommission
KB Hamburg/Bochum

ERKLÄRUNG

Zur Erschießung des Herrn Deffner in Witten in der Nacht vom 24. zum 25. Mai 1979 durch die Bochumer Polizei.

Mit Entsetzen und Empörung haben wir gehört, daß schon wieder ein Bürger von der Bochumer Polizei erschossen worden ist.

Wieder haben Polizeibeamte in einer eigentlich harmlosen Situation zur Pistole gegriffen und ihr Gegenüber einfach erschossen.

Das ist jetzt schon der dritte Tote, den die Bochumer Polizei auf dem Gewissen hat. In den letzten vier Jahren sind bei insgesamt 10 schwerwiegenden Schießereien weitere sieben Personen verletzt worden. Drei wurden so schwer verletzt, daß sie nur zufällig dem Tode entronnen sind.

In den meisten Fällen handelte es sich bei den schießenden Polizisten um Mitglieder bewaffneter Zivilstreifen, die gar nicht ohne weiteres als Beamte zu erkennen waren; so zuletzt bei dem erst kurze Zeit zurückliegenden Vorfall in Wattenscheid, wo Bochumer Polizisten den Wagen eines Zahnarztes mit Kugeln durchsiebten und es wohl nur dem Zufall zu verdanken ist, daß die Wageninsassen unverletzt blieben.

Wir fragen uns, warum in Bochum immer wieder Menschen von der Polizei erschossen werden und wann das endlich aufhört.

Soweit wir wissen, haben die Bochumer Polizeischützen nie ernsthafte Konsequenzen ihres Tuns zu spüren bekommen. Reißt deshalb die Serie der tödlichen Schüsse nicht ab?

Wir glauben nicht, daß die Bochumer Polizisten von Natur aus besonders schießwütig sind und daß die Verantwortung bei der Polizeiführung zu suchen ist.

- Wir fordern rückhaltlose Aufklärung der neuesten Polizeischüsse.
- Wir fordern die Bestrafung der verantwortlichen Beamten.
- Wir fordern die Abschaffung der bewaffneten Zivilstreife.
- Wir fordern die Offenlegung der Ausbildung von Bochumer Polizeibeamten.
- Wir fordern Konsequenzen für die Leitung der Bochumer Polizei, insbesondere den Polizeipräsidenten Bernd.

„Guten Tag, ich komme von der Behörde für Inneres“

Immer häufiger werden Versuche bekannt, in denen der Verfassungsschutz Spitzel bzw. V-Leute für seine schmutzige Arbeit gewinnen möchte. Der Kreis der Angesprochenen zeigt, daß der Rahmen der VS-Tätigkeit immer weiter gesteckt wurde und wird. Wurde früher behauptet, daß V-Männer im „Vorfeld der Kriminalität: als Händler in der Rauschgiftszene, als Aufkäufer beim illegalen Waffenhandel, als Partner in der Falschgeldproduktion“ („Bild am Sonntag“, 25.9.78) eingeschleust werden, so zeigt sich heute, daß das Feld enorm ausgeweitet wurde.

Bereits bekannt ist die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Geschäftsleitungen von Betrieben, bei der gegenseitig Informationen über betroffene Arbeitskollegen zugespielt werden. Diese „Zusammenarbeit“ geht allerdings weit über den Bereich von Betrieben hinaus, die dem militärischen Sicherheitsbereich unterliegen, denn „selbst die Belegschaften von Großbäckereien und Kaufhäusern können noch immer auf ihre politische Zuverlässigkeit hin vom Verfassungsschutz durchleuchtet werden“ („UZ“, 1.2.79).

Spitzelaufgaben im Jugend- und Freizeitbereich

In Nordrhein-Westfalen hat es für diese Agententätigkeit bereits einen Erlaß „zur Bekämpfung der Jugendkriminalität“ gegeben, der die Sozialarbeiter zu Polizeispitzeln verpflichten sollte. Dieses polizeistaatliche

gen Geld einem Mann, der sich als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz vorgestellt hatte“ („FR“, 14.3.79). Das Mitglied der JU, Urban Hessling, wurde dann durch Genossen der SDAJ entlarvt, die ihn während der Geldübergabe fotografierten.

An den Drähten zu den Schulen, sei es nun über bereitwillige Lehrernunzianten oder käufliche Schüler zieht auch der „Militärische Abschirmdienst“ (MAD). Bremer Schüler wurden bei der Einziehung in die Bundeswehr mit verblüffenden Detailkenntnissen des MAD konfrontiert, die ihre politischen Aktivitäten und ihre Arbeit in der Schülermitverwaltung betrafen (n. „ED“, 21.1.79).

In München wurde ein weiterer Fall bekannt, wo der VS einen Agenten auf einen ehemaligen Schüler und Mitglied der „Roten Schüler-Front“ (RSF) ansetzte. Der Verfassungsschutzmann „Christian“ zeigte sich erstaunlich gut informiert über interne Papiere der RSF: Informationen, die ihm nach Aussagen des Genossen Bruno S. nur durch Telefonüberwachung oder Abfangen der Post bekannt sein konnten. Wissen wollte „Christian“ mehr über „Organisationsstrukturen“ und sekundär „detaillierte Personaleinschätzungen“ („TAZ“, 17.5.79). Nach diesem ersten Kneipengespräch schaltete Bruno S. einen Rechtsanwalt ein, um mit ihm über weitere Schritte zu beraten und informierte den „Stern“, der einen Fotografen zu einem weiteren Treff mit dem Agenten schickte, „Christian“ ließ sich jedoch nicht mehr blicken.

Hans Traxler: Was lesen Sie denn da?



Stellt der Verfassungsschutz Nachforschungen auch in öffentlichen Bibliotheken an? Hans Traxler ist der Frage nachgegangen

Wunschdenken wurde von den Sozialarbeitern allerdings zurückgewiesen, denn hier würden „die Aufgabenbereiche zwischen Polizei und Sozialarbeitern kumpeln, so daß eine gefährliche Kumpanei entstehe“ („ED“, 5.1.79).

Eine Kumpanei dieser Art ist in Bayern bereits verwirklicht worden. Dort wurde bekannt, daß der VS Lehrer anspricht, um Informationen über die Gesinnung von Schülern zu erhalten. Der befragte Verfassungsschützer: „er mache das seit fünf Jahren“ und habe „noch nie Schwierigkeiten gehabt“ („ED“, Jan. 79). Das bayerische Innenministerium sieht dabei keinerlei Probleme: „Die Erfassung extremistischer Gruppen müsse unabhängig vom Alter der Mitglieder geschehen ... und begründete damit die Tatsache, daß der Verfassungsschutz auch in Schulen ermittelt“ („Welt“, 26.7.78). Doch Bayern ist keineswegs die Ausnahme, sondern offenbar Regel. In Bottrop wurde unlängst ein Schüler-Spitzel enttarnt. „Im Heinrich-Heine-Gymnasium der Stadt bespitzelte ein Schüler seine Mitschüler und Lehrer und übergab die schriftlichen Aufzeichnungen seiner Beobachtungen ge-

Der Verfassungsschutz im Hörsaal

Die Münchener VS-Praxis, in einigen Vorlesungen auch zivile Spitzel „mithören“ zu lassen, hat die Verfassungsschutz dazu animiert, sich von den Universitätsverwaltungen gleich die ganzen Listen der eingeschriebenen Studenten zukommen zu lassen. Und dies geschieht auch ohne Zustimmung der Universität. Der baden-württembergische Innenminister Palm „verteidigte das Vorgehen des Verfassungsschutzes insbesondere in den Fällen, in denen die Studentenlisten mit konspirativen Mitteln erlangt wurden. Wenn diese Methoden nicht erlaubt seien, könne der Geheimdienst einpacken“ („Die Neue“, 23.5.79). Für diese Aufgaben braucht der Verfassungsschutz Aktivisten, die er unter den Studenten der Universitäten anzuheuern versucht. So wurde ein Fall aus Reutlingen bekannt, wo der Pächter eines Bierkellers als Spitzelwerber auftrat („Wie ist denn deine Stellung zum Grundgesetz?“). Er ließ durchblicken, daß es an der PH Reutlingen bereits zwei V-Studenten gab, er selbst

„sei vor rund einem halben Jahr von Herrn Zeeb... für den Verfassungsschutz gewonnen worden“ („Die Neue“, 29.5.79).

Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Bunte und Alternative Listen sollen vom VS durchschnüffelt werden

„Guten Tag, ich komme von der Behörde für Inneres“ („Stern“, 33/78), begrüßte ein Verfassungsschutzmann die Hamburger Studentin E.L. Ihm war bekannt, daß E. Geld benötigte, daß er ihr gegen Informationen über ihre frühere Arbeit in der „Liga gegen den Imperialismus“ beschaffen wollte. Als er auch noch ein Plakat der „Bunten Liste“ im Flur der Studentin entdeckte, war ihm das gerade recht: „Bunte Liste — das wäre auch was für uns“ („Stern“, 33/78). E.L. tat allerdings dem VS nicht den Gefallen, sich anwerben zu lassen, sondern informierte den „Stern“, der sich ein weiteres Treffen nicht entgehen ließ und den Verfassungsschutz bei der Arbeit fotografierte.

Bekannt ist auch der Fall, daß ein Spitzel in die Lübecker Kneipengruppe eingeschleust werden sollte, auch hier gegen gutes Geld. Hier kam es dann zu einer Informationsgewinnung ganz anderer Art. Die Kneipengruppe beobachtete den Spitzelanwerber nun ihrerseits. Nervös geworden, versuchte der Mann zu fliehen und während eines Gerangels kam ihm dann sein Notizbuch abhanden, in dem sich Kontaktpersonen im BKA, LKA Wiesbaden etc. befanden („konkret“, 1/79).

Entlarvt wurde auch die Tätigkeit von zwei Agenten, die im „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ als „agent provocateurs“ auftraten. Sie versuchten der Bürgerinitiative den Gebrauch von Tränengasgranaten, die sie zufällig dabei hätten, schmuckhaft zu machen. Auch sie wurden auf einer wöchentlichen Sitzung des Arbeitskreises entlarvt als Mitarbeiter des Landeskriminalamtes Hannover.

Unter der Rubrik „Nebenbeschäftigung“ erschien im „Weser Kurier“ die Anzeige: „Suche für Ermittlungen unabhängigen jungen Mann, nebenberuflich“. Ein 18-jähriger Schulabgänger ging zum Schein auf das Angebot ein und „jobbte“ zwei Monate beim VS, der Auftraggeber der Chiffre-Anzeige war. Nach seiner Bewerbung bekam er Besuch von zwei Herren, die sich erstmal nicht zu erkennen gaben. Nachdem er die politische Durchleuchtung bestanden hatte, rückten sie raus, worum es ging: Er sollte sich in Kneipen im Ostertorviertel in die „Szene“ einschleichen, sich Namen merken, Gespräche, Gesichter etc. Die Bezahlung würde sich an der Miete orientieren (in dem Fall etwa 200 DM) plus Spesen, versteht sich. Bei einem weiteren Treffen wurde dem Schüler (Deckname „Riegel“) angeboten, vom Wehrdienst freigestellt zu werden. „Riegel“ lieferte daraufhin zwei nichtssagende Berichte ab, die verbunden mit der Aussicht auf Gehaltserhöhung von den Verfassungsschützern zum Anlaß genommen wurden, neue Aufgaben zu stellen: Er solle sich an Flugblattverteiler ranhängen und versuchen, zu den Erstellern und Verfassern Kontakt zu bekommen und dort auch mitarbeiten.

Agenten werden gebraucht für Kneipengespräche und Durchleuchten des „Szene-Umfeldes“

Bekannt wurde uns auch noch ein weiterer Fall der Spitzelanwerbung. Aus dem Gedächtnisprotokoll werden wir im folgenden zitieren: „Das Gespräch mit dem Beamten des VS fand in einer Kneipe statt und dauerte ca. 30 Minuten. Er versuchte mir weiszumachen, daß er nicht von der Polizei wäre und mich ja sonst darüber aufklären müßte. Er käme vom „Institut für Ursachenforschung des Terrorismus“ und ich sei ja wohl kompetent, weil ich zum „Umfeld“ gehören würde. Auf meine Frage, wie er gerade auf mich käme, antwortete er: Ich sei bei der Beerdigung in Stuttgart gewesen, vor dem Karlsruher Gefängnis kontrolliert worden, wurde beim Prozeß gegen Sonnenberg, Folkerts, Mayer, Haag usw. beobachtet, ich gehöre zu einer Gruppe, die immer näher an den „harten Kern“ heranreicht, die „offen sympathisiert“ und die „einen Mord befürworten und Menschenleben gefährden könnten“. Von daher würde ihn mein Verhältnis zur „Szene“ interessieren. Ich würde mich sozusagen in der Grauzone befinden und sollte mir das alles noch einmal gut überlegen.“

... und der neueste Fall

Der neueste Fall wird aus Stade gemeldet. Dort wurde der Krankenpfleger Klaus Wogawa von einem Mitarbeiter des „Hamburger Amtes für Umweltschutz“ angerufen und telefonisch dazu beglückwünscht, vom Computer mit seinem neuen PKW für einen halbjährigen Benzintest ausgewählt worden zu sein. ... Er sollte dafür mit 6.000 DM Aufwandsentschädigung bedacht werden. Klaus Wogawa ist aktives ÖTV-Mitglied, Geschäftsführer des Stadtjugendrings und Kirchenvorstandsmitglied — und außerdem seit neuestem DKP-Mitglied. Er wurde mißtrauisch. Er bestellte sich zwei Zeugen zu dem vereinbarten Treff. Der Mann vom „Umweltschutzamt“ gab sich dort als VS-Mann zu erkennen. Er wollte Informationen über die DKP kaufen. Dafür seien monatliche Treffen notwendig. Er bot einen Mindestbetrag von 500,— per Monat.

Nicht beirren lassen! Anwerbungsversuche öffentlich machen!

„Hinterher ist mir klar geworden, wie psychologisch geschickt sie vorgehen und daß sie schon was erfahren können, wenn man an bestimmten Stellen nachfragt oder konkrete Antworten verlangt. Meiner Meinung nach muß man sich im klaren sein, daß sie, wenn sie was von einem wollen, auch eine stärkere Position haben“ (ein Betroffener). Mit der Methode der Einschüchterung (warum gerade ich, was wissen sie über mich etc.) versucht der VS sich seine Agenten zu fangen. Der Versuch, sich etwa mal mit Verfassungsschützern auf ein Bier zu treffen und sie auszufragen zu wollen, wird am unaugstlichen Objekt gemacht. Denn genau das ist ihr Geschäft und das verstehen sie besser als jede/r Genosse/in.

Gefühle ganz anderer Art, aber gleichermaßen gefährlich überkam den Drucker Roland K. bei der Spitzelanwerbung: „Überhaupt: Wenn du für die arbeitest, kriegst du ein wahnsinniges Machtgefühl. Du gehst in die Kneipe und denkst: Wenn ich wollte, dann könnte ich euch alle irgendwo reinreiten!“ („Bremer Blatt“, 6/79). Soweit Aussagen aus Anwerbungsversuchen von Leuten, die sich dem verführerischen Sog der „Herren des Morgengrauens“ noch entziehen konnten.

Grundsätzlich ist zu sagen: Kontakte mit den Agenten der geheimen Staatspolizei der BRD

Der Spitzelanwerber konnte fotografiert werden. Wogawa und seine Freunde informierten die Gewerkschaft und den Stadtjugendring sowie die örtliche Presse. Gegenüber dem „Stader Tageblatt“ bestätigte der stellvertretende Leiter des Hamburger „Amtes“ kackfrech, „daß das Amt grundsätzlich Anwerbungsversuche — auch mit Geldangeboten — betreibt.“ Die Vertreter der Stader Jugendverbände lehnten laut „Stader Tageblatt“ in einer „einstimmig verabschiedeten Entschließung derartige Anwerbemethoden“ ab (nach „Stader Tageblatt“, 28.6.79).

Schritt für Schritt: Die „neue GeStaPo“ dehnt ihr Netz aus

„Wer also in Zukunft Postbote, Lehrer oder Putzfrau in öffentlichen Gebäuden werden will, sollte in der Kneipe den Mund besser nur noch zum Trinken öffnen, denn alles, was er sagt, könnte einmal gegen ihn verwendet werden... Kein Wunder, daß die Beamten, die ihn (den Spitzel, Anm. AK) engagierten, bei solch einem perfekten staatlichen Spitzelsystem energisch bestreiten, daß der Verfassungsschutz Aufgaben hätte, wie die GeStaPo im Dritten Reich“ („Popcarton“, Sendung des Radio Bremen, aus dem „Einstellungs“-gespräch mit R.).

Neu sind solche GeStaPo-Methoden keineswegs. Zur Zeit des KPD-Verbots wurde bereits festgestellt, daß in der „Nationalen Front“ die „Mehrzahl der hauptamtlichen Instrukteure

Agenten waren... Jene Agenten waren aktive Kräfte in der Organisation und haben andere, gutgläubige Mitarbeiter angeleitet“ (S. Cobler, Die Gefahr geht vom Menschen aus, zit. Posser, Erfahrungen aus Vorverfahren..., S. 19).

Staatschützer Schwagerl gab 1968 auch unumwunden zu, daß „agent provocateurs“ eingesetzt werden, „um durch die Stimme oder Meinung des V-Mannes die Beschlüsse eines verfassungsfreundlichen Gremiums in einem dem Auftraggeber gewünschten Sinne zu beeinflussen“ (H.J. Schwagerl, Der Schutz der Verfassung — Ein Handbuch für Theorie und Praxis, S. 91, n. S. Cobler, Die Gefahr...,). Und 1974 dachte der damalige MEK-Chef Zühlsdorf öffentlich darüber nach, welche Funktion denn der V-Mann haben müsse und wie er bezahlt werden muß: „Die beste Lösung scheint der Einsatz von sog. Agenten zu sein, die hauptberuflich für die Polizei arbeiten“ (H. Zühlsdorf, „Polizei aktuell“, Bd. 18).

(Verfassungsschutz, MAD, BND, BKA/T-Leute, auch Jupos und KOBs u.a.m.) sind abzulehnen. Die Parole heißt vielmehr: Enttarnt die Spitzel, wo ihr sie trefft! Das bedeutet: Wird jemand von einem Spitzel „geworben“, dann sofort mit anderen über die Angelegenheit sprechen, um die nächsten Schritte festzulegen. Ziel muß auf alle Fälle die öffentliche Bloßstellung des Spitzels (männlich wie weiblich) sein. Auch wo man/frau zwar nicht „angeworben“ werden soll, aber einen Agenten/eine Agentin in dem eigenen politischen Umfeld vermutet, gilt dasselbe. Richtig gemacht haben es zum Beispiel die Göttinger Blier, die „ihre“ zwei Spitzel einem organisierten öffentlichen Verhör unterzogen. Ebenso die Lübecker Kneipengruppe, die den Spitzel fotografierte und ihm auch noch das Notizbuch fortnahm.

Denn ein Agent ist nur solange etwas wert — für den Verfassungsschutz und die Polizei —, solange er nicht enttarnt ist. Ist sein Gesicht erst einmal bekannt, muß er seine „Karriere“ aufstecken. Der zweite Vorteil ist dabei, daß wir eine Öffentlichkeitsarbeit darüber entfalten können, die diese Methoden des Staatsapparates auch anderen Menschen deutlich macht. Und nur das ist auch der beste Schutz für den „Umworbenen“ selbst!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der Einsatz von Agenten in der BRD ist durch den § 163 an sich generell verboten, denn die Polizei muß im „ersten Zugriff“ tätig werden. Heute zeichnen sich aber weitere Dimensionen der illegalen Aktivitäten vom sog. Verfassungsschutzern ab. Innenminister Baum steht mit seinem neuesten Bericht über den Verfassungsschutz dazu in peinlichem Widerspruch. So heißt es da: „Danach dürfen nur Personen überwacht werden, die in einen konkreten Verdacht der im Gesetz beschriebenen Art geraten sind, die Überwachung darf, auf nichts anderes gerichtet sein, als auf die Erlangung der Kenntnis von verfassungsfreundlichen Vorgängen“ („Innere Sicherheit“ 48, v. 18.5.79). Und energisch vertritt Baum: „So ist es den Mitarbeitern dieses Amtes beispielsweise keineswegs gestattet, beliebige Organisationen, Objekte oder Personen zu beobachten“ („Innere Sicherheit“ 48, S. 3). Klare Worte. Tatsächlich wird aber gegen alles und jeden gespitzelt, in Kneipen, der „Bunten Liste“ genauso wie in Initiativen und Betrieben. Illegal und kriminell sind die Methoden dieses Staatsapparates, immer offensichtlicher die Annäherung an Methoden der Geheimpolizei im Faschismus. Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes Horchem: „Ich kann nur sagen, unsere Methoden richten sich nicht nach moralischen Kategorien“ (zit. nach S. Cobler, Die Gefahr..., S. 44).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz



Abbruch des Hungerstreiks — die Solidarität muß weitergehen

Am 26.6.79 haben die Gefangenen den am 20.4.79 begonnenen Hungerstreik abgebrochen.

Rechtsanwalt Fromman gab nach einem Besuch in Stuttgart-Stammheim die Erklärung ab, daß Irmgard Möller sich für den Abbruch des Hungerstreiks entschieden habe, „um nicht einem politischen Kalkül des Staates zum Opfer zu fallen, das eher den Tod von Gefangenen in Kauf nimmt, als ihre bescheidensten Forderungen nach Normalisierung ohne Aufgabe ihrer politischen Persönlichkeit nachzugeben. Wer noch nicht keit nachzugeben. Wer noch nicht auf der Flucht erschossen wurde und die Todesnacht in Stammheim überlebte, für den wäre dies die dritte Art der Liquidierung politischer Gegner. Ein Beispiel dafür gab schon der Tod von Holger Meins“, (nach „TAZ“, 27.6.79).

Bei einigen (wenigen) Gefangenen haben die zuständigen Justizbehörden minimalste Zugeständnisse gemacht oder Verbesserungen in Aussicht gestellt, wie z.B.:

— Andreas Vogel und Till Meyer in Westberlin wurden täglich zwei Stunden Umschluß, mehr Hofgang und eine großzügigere Regelung bei Besuchen zugesagt.

— Knut Folkerts wurde das Zusammentreffen mit anderen Untersuchungsgefangenen gestattet (JVA Straubing).

— Christoph Wackernagel wurde in eine Zelle verlegt, in der das Fenster nicht mehr mit undurchsichtigen Milchglascheiben versehen ist. Darüber hinaus wurde eine Verlegung in den Normalvollzug in Aussicht gestellt (alle Informationen nach „TAZ“).

Trotz des lebensbedrohlichen Zustandes von I. Möller in der letzten Woche des Hungerstreiks lehnten die Stuttgarter Justizbehörden die Forderung nach Verlegung (nach Westberlin, Hamburg oder Köln) kategorisch ab („FR“, 26.6.79).

In der letzten Woche des Hungerstreiks ist der Protest gegen die vernichtenden Haftbedingungen in der Bundesrepublik und im europäischen Ausland angewachsen.

— So veröffentlichte die „TAZ“ am 22.6.79 einen nach unserer Information inzwischen von über 180 z.T. namhaften Persönlichkeiten unterschriebenen Aufruf: „Wir wollen nicht, daß Irmgard Möller stirbt. Daß keine andere Gefangene und kein Gefangener stirbt“. Die Unterzeichner fordern „die sofortige Haftentlassung von Irmgard Möller, weil nur so ihr Leben gerettet werden kann“ und „für alle Gefangenen Haftbedingungen, die ein Überleben möglich machen“.

— Die Mitgliederversammlung der GEW im Bezirk Neukölln/Westberlin formulierte mit überwältigender Mehrheit einen Antrag zur Verbesserung der Haftbedingungen an die Landesvertreterversammlung der GEW in Westberlin (aus Zeitgründen konnte dieser Antrag auf der LVV am 25./26.6. nicht mehr entschieden werden („TAZ“, 22.6.79)).

— Auf Bitten der Angehörigen Westberliner politischer Gefangener hat Landesbischof Kruse mit Justizsenator Meyer Gespräche über die Haftbedingungen geführt. Einzelheiten

wurden nicht mitgeteilt („Tagesspiegel“, 27.6.79).

— Bereits am 8.6. hatten sich in Frankfurt-Preungesheim 21 gefangene Frauen dem Hungerstreik der politischen Gefangenen angeschlossen. Sie forderten die Selbstorganisation der Gefangenen, Aufhebung der Zensur, Selbsthilfegruppen für Drogenabhängige, keine Rollkommandos, keine Briefzensur, Abschaffung der Trennscheibe, Abschaffung der Isolationshaft, der Zellen- und Körperkontrollen, mehr Umschluß, mehr Urlaub, Tariflohn, Streikrecht, Renten- und Tariflohn, Streikrecht, Renten- und Krankenversicherung und vieles mehr. Ausdrücklich solidarisierten sich die Preungesheimer Frauen mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen und übernahmen die Forderung nach interaktionsfähigen Gruppen für politische Gefangene („TAZ“, 21.6.79).

— In Hannover hat der Protest gegen Hochsicherheitstrakte (insbesondere den Trakt in Celle) und inzwischen auch gegen die Haftbedingungen die größte Breite in der Bundesrepublik erreicht. 36 Initiativen und Organisationen forderten am 23.6. die sofortige Haftverschonung von I. Möller und die Aufhebung der Isolationshaft für alle Betroffenen (siehe AK 156). Eine Veranstaltung zu Hochsicherheitstrakten und Haftbedingungen ist für Mitte Juli geplant. Darüber hinaus gründete sich an der juristischen Fakultät ein Arbeitskreis von Professoren, Assistenten und Studenten, die zu diesen Themen weiterhin Öffentlichkeitsarbeit machen wollen (nach Berichten des AstA Hannover).

Wie wir schon im AK 156 berichteten, verhandelt Amnesty International über die Haftbedingungen mit der Bundesregierung. Laut „FR“ vom 26.6. teilte der für diesen Bereich zuständige niederländische Rechtsanwalt Douve Korff mit, daß ein von Amnesty erstellter Bericht über die Situation politischer Gefangener der Bundesregierung bereits vor einigen Monaten (!!) übergeben worden sei. „Über Einzelheiten und Ergebnisse dieser Verhandlungen wollte Korff nichts sagen, betonte aber, daß Amnesty über die Isolation und auch die Kleingruppenisolation der RAF-Häftlinge „sehr besorgt“ sei“ („FR“, 26.6.79).

Außerdem wurde eine Verhandlungskommission der politischen Gefangenen gebildet. Mitglieder sind: Christa Cullen und Wienke Zitzlaff (Angehörige) sowie Claude Bourdet und Jean-Pierre Faye (Mitglieder des III. Russell-Tribunals). Diese Viererkommission will versuchen, über Verhandlungen mit den einzelnen Justizministerien der Länder Veränderungen der Haftbedingungen zu erreichen.

Alle diese Initiativen sind ein guter und wichtiger Ansatz. Um die Haftbedingungen aber tatsächlich substantiell zu verbessern und insbesondere die Einkerkierung der Gefangenen in Hochsicherheitstrakte zu verhindern, müssen große Anstrengungen unternommen werden, eine möglichst breite und kontinuierliche Solidarität der linken und demokratischen Öffentlichkeit zu erreichen.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Anti-Schah-Demonstrationsprozesse: Hamburger Polizei in Schwierigkeiten

Die derzeit laufenden Prozesse anläßlich der Hamburger Anti-Schah-Demonstrationen im Dezember 1978 versprechen nicht nur interessant, sondern für die Polizei auch zu Verursachern von Magenschmerzen und dergleichen zu werden. Am 29.6.79 nämlich sprach das Gericht einen Schah-Gegner vom Vorwurf der Körperverletzung und des Widerstands gegen die Staatsgewalt frei, wobei sich der Vorsitzende Richter Sörensen auf das bemerkenswerte Plädoyer des Staatsanwalts Schulz stützte, der den Freispruch forderte! Wie konnte das geschehen?

Zeugenbetreuung — unauffälliger junger Mann gesucht

Der ganze „Ärger“ begann damit, daß der Verteidigung gleich am ersten Prozeßtag ein verdächtiger junger Mann unter den Zuschauern auffiel, der sich sehr schnell als Polizeibeamter entpuppte, allerdings vorgab, „aus reinem individuellen Interesse“ den Prozeß beobachten zu wollen. Dieser Irrtum konnte jedoch im Verlaufe der Zeugenvernehmung aufgeklärt werden, als ein Polizeizeuge zugab, am Tage zuvor bei besagtem jungen Mann, nämlich PHK Tellkamp, zusammen mit den anderen Zeugen ein Gespräch „über ihre Rechte und Pflichten“ vor Gericht geführt zu haben.

Tellkamp, der am zweiten Verhandlungstag nun selbst als Zeuge vor Gericht erscheinen mußte (nachdem er sich seinerseits entsprechende „Ratschläge“ vom Leiter der Rechtsabteilung der Hamburger Polizei und beim langjährigen Zeugenbetreuer Stöhlmacher — siehe dazu AK 143, Artikel von U. Maeffert — geholt hatte), sagte aus, er habe den dienstlichen Auftrag erhalten, die Polizeibeamten zu versammeln und zu beraten, die als Zeugen gegen Festgenommene bei den

Anti-Schah-Demonstrationen im Dezember 1978 in Betracht kämen.

Tellkamp und zwei weitere Polizeizeugen berichteten zögernd, wie diese „Beratung“ ausgesehen hat. Es sei von der Taktik und den Verhaltensweisen der Verteidiger die Rede gewesen, auf die man sich einstellen sollte. Verteidiger in Demonstrationsprozessen würden versuchen, durch eine Fülle von Detailfragen die Polizeizeugen zu verunsichern und so ihre Glaubwürdigkeit zu beeinträchtigen. Um sich dagegen zu schützen, empfahl der Zeugenbetreuer den Beamten, sich in „unwesentlichen“ Punkten nicht festzulegen, z.B. keine Entfernungangaben zu machen oder Teilnehmerzahlen nicht anzugeben.

Der böse Blick ...

Zu welchen — man muß wohl sagen: erbärmlichen — Folgen das Aufbauen eines derartigen „Feindbildes“ führt, wurde am dritten Prozeßtag deutlich.

Der mittlerweile vierte als Zeuge geladene Polizist sitzt vor dem Richter und starrt diesen unverwandt an (bzw. zu diesem hoch). Auch als RA Maeffert Fragen an ihn richtet, antwortet der Zeuge stur in Richtung des Vorsitzenden. Nach diesem „Phänomen“ befragt, meint der Zeuge ernst, man habe ihm und anderen als Zeugen vorgeladenen Polizisten den Rat gegeben, die Verteidiger niemals anzusehen, da diese versuchen würden, die Polizeizeugen durch Mimik und Gestik zu verunsichern! Kommentar des Staatsanwaltes: „Der ‚böse Blick‘ des Verteidigers...!“

Derartige Späße prägten zwar zeitweise den Prozeßverlauf; was jedoch an weiteren Enthüllungen über Zeugenbetreuung und -präparierung, an Manipulationen bei den Ermittlungen zutage gefördert wurde, ließ so manchem das Lachen im Halse steckenbleiben.



Herbert Soffel wieder in Haft

Herbert Soffel, dessen 9. Verhandlungstag im Prozeß gegen den Frankfurter Gefangenerrat aufgrund seines kritischen Gesundheitszustandes in der Universitätsklinik in Frankfurt stattfinden mußte, wurde am 28.6., wenige Stunden nach Beendigung der Verhandlung, aus dem Krankenbett heraus verhaftet.

Herbert mußte am 4. Mai 79, drei Wochen vor Beginn des Prozesses aus der Untersuchungshaft in Preungesheim entlassen werden. Aufgrund der jahrelangen Isolationshaft hatte sich sein Zustand lebensbedrohlich verschlechtert.

Der Haftbefehl gegen Herbert wurde außer Kraft gesetzt und Herbert wurde in die Frankfurter Universitätsklinik gebracht, wo sich sein Gesundheitszustand bis zum Beginn des Prozesses gegen ihn ständig besserte.

Seit Beginn des Prozesses geht es ihm aufgrund der psychischen Belastung wieder so schlecht, daß die medizinischen Gutachter ihm zeitweise nur eine halbe Stunde Verhandlungsfähigkeit und ansonsten Verhandlungsunfähigkeit attestieren mußten.

Am 19.6. trat bei Herbert ein akutes Nierenversagen ein, was zur Folge hatte, daß Herbert an zwei Tagen völlig verhandlungsunfähig war und ein Verhandlungstag im Krankenhaus stattfinden mußte.

Gegen 17.30 Uhr — wenige Stunden nach dieser Verhandlung — wurde Herbert von mehreren Kriminalbeam-

ten aus dem Bett geholt und in die JVA Preungesheim verfrachtet.

Der Haftbefehl gegen ihn wurde wieder in Kraft gesetzt, wofür die zuständige Kammer bis zur Stunde noch keine Begründung geliefert hat.

Es ist zu befürchten, daß sich Herberts Gesundheitszustand in der Haft wieder so verschlechtert, daß er in akuter Lebensgefahr schwebt.

Ich bitte euch, die nachfolgende Resolution zu unterschreiben und an die 23. Strafkammer, Postfach 6000 Frankfurt a.M. oder an Birgit Soffel, Hamburger Berg 23, 2000 Hamburg 4 zu schicken.

Keine weiteren Zeugen im Schmücker-Prozeß

Wie in AK 155 berichtet, hat die Fernscheidung „Panorama“ neue handfeste Anhaltspunkte dafür veröffentlicht, daß die Erschießung Ulrich Schmückers 1974 mit Wissen und unter den Augen des Verfassungsschutzes geschah, und daß Jürgen Boeders als geheimer Mitarbeiter des VS an der Erschießung beteiligt war.

Die von der Verteidigung daraufhin gestellten Anträge auf neue Zeugenvernehmungen und die Herbeischaffung von weiteren Akten sind entweder vom Gericht abgelehnt worden, oder das BKA bzw. der VS haben keine Aussagegenehmigungen erteilt.

Der gute Ton — oder die Sache mit den Stilblüten

Neben einer vom Zeugenbetreuer vorweggenommenen Wertung von „wesentlichen“ und „unwesentlichen“ Punkten in der Zeugenaussage (s.o.), gehört es darüber hinaus zu den „Pflichten“ der Polizeizeugen, sich für ihre Aussage durch vorherige Einsicht in die Polizeiberichte vorzubereiten. Des weiteren sind allen Polizeizeugen formularmäßige Fragebögen zugesandt worden, die möglichst „einheitliche“ Berichte mit der entsprechenden „Grundhaltung“ gewährleisten sollen (Zitat unter Ziffer 1: „Bringen Sie zum Ausdruck, daß (!) Sie sich in rechtmäßiger Amtsausübung befinden.“)

Anstatt die Zeugen einzeln zu vernehmen, bevor die Anklagen gefertigt wurden, präsentierte die Ermittlungsbehörde offensichtlich in Gemeinschaftsarbeit gefertigte Berichte, die frappierende Übereinstimmungen in Formulierungen, Satzfolge, Umfang und sogar Fehlern wie bei Hausnummern und Eigennamen aufwiesen! Das ganze gipfelt in dem am letzten Prozeßtag bekanntgewordenen Verfahren, die schriftlichen Aussagen vom Vorgesetzten auf Rechtschreib- und grammatikalische Fehler prüfen und „Stilblüten“ sowie ganze Text-Passagen korrigieren bzw. streichen zu lassen. (Zitat: „Das können Sie so nicht schreiben, das könnte zu Mißverständnissen führen.“)

Das dicke Ende ...

Angesichts derartig folgenswerer Verstöße gegen „rechtsstaatliche Grundsätze“ — RA Maeffert nannte das: „irreparable Verletzung prozessualer Garantien zuungunsten des Beschuldigten“ — beantragte die Verteidigung Einstellung des Verfahrens.

Wegen der weitreichenden Konsequenzen für die anderen Prozesse lehnten sowohl Staatsanwalt Schulz als auch Richter Sörensen diesen Antrag ab. In dem dann folgenden Plädoyer des Staatsanwaltes wurde allerdings das Bemühen deutlich, aus diesem Fiasko einen einigermaßen guten „Abgang“ zu finden. Einen Teil der Ausführungen von RA Maeffert fand er beachtlich. Die Zeugenbetreuung im zeitlichen Zusammenhang mit einem Prozeß sei „unglücklich“, die Korrektur von Stilblüten durch den Vorgesetzten „äußerst bedenklich“. Am Schluß appellierte Staatsanwalt Schulz an RA Maeffert, mit dafür Sorge zu tragen, daß derartige Vorfälle unterbunden werden.

Gern nehmen wir die Aufforderung des Herrn Staatsanwaltes entgegen und fordern, um unseren guten Willen unter Beweis zu stellen:

Einstellung aller Anti-Schah-Demonstrationsprozesse!

IKAH

RESOLUTION

Herbert Soffel ist am 28.6.1979 trotz absoluter Haftunfähigkeit in der Universitätsklinik, wo er sich in stationärer Behandlung befand, verhaftet worden.

Die Inhaftierung von Herbert bedeutet für ihn akute Lebensgefahr.

Wir protestieren gegen diese Verhaftung und fordern, daß Herbert Soffel sofort zurückverlegt wird in die Universitätsklinik in Frankfurt und daß der Haftbefehl gegen ihn unverzüglich außer Kraft gesetzt wird.

Die Recherchen, Informationen und Ergebnisse der „Panorama“-Sendung wurden von BKA und VS in ihrem Wahrheitsgehalt schlicht bestritten. Die Beweisaufnahme wurde wieder geschlossen, die Plädoyers wurden fortgesetzt.

Es ist kaum zu glauben, wie wenig sich das Gericht von der kritischen Öffentlichkeit selbst bürgerlicher Medien beeindrucken läßt, und mit welcher Leichtigkeit hier ein Skandal unter den Teppich gekehrt wird.

Westberliner Antirepressionsgruppe des KB

Meldungen aus dem Staatsschutzbereich

RAF-Buch beschlagnahmt

Nach einer Pressemitteilung der Buchhandlung J. Burkhardt / Heidelberg beschlagnahmte die Polizei ein in der Buchhandlung ausliegendes Buch „texte: der RAF“ wegen des Verdachts eines Vergehens nach §129a StGB. Obwohl die richterliche Beschlagnahmeentscheidung erst drei Monate nach der Beschlagnahme selbst erfolgt ist, sei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht verletzt. Dies war bereits die zweite Beschlagnahmeaktion innerhalb eines Jahres (Quelle: „id“ vom 8.6.79).

90a-Verfahren wegen Patty-Smith-Liedern

Weil sich eine Gruppe jugendlicher den Spaß erlaubt hatte, am sogenannten „Volks“trauertag während dem Abspielen der Nationalhymne auf einer Feierlichkeit die gebührende aufrechte, stehende Haltung zu verweigern und sich stattdessen mit dem Aufstellen von Lautsprechern beschäftigte, aus denen dann lautstark Songs von Patty Smith ertönten, läuft jetzt gegen einen Verantwortlichen ein Ermittlungsverfahren. Die Bundesrepublik und ihre Symbole sollen verunglimpft worden sein (§90a), ebenso sei durch das Abspielen von Patty Smith bewußt Ansehen und Würde der Opfer des 2. Weltkrieges geschädigt worden (Rothenburgsorter Alternativzeitung „Mühle“, 1.4.79, S.15).

Spitzelwerbung

Das „Bremer Blatt“ berichtete in seiner Ausgabe vom Juni 79 von einem neuen Fall der Spitzelwerbung. Am 24. Februar 1979 stand eine Anzeige im „Weser Kurier“, mit der unscheinbaren Angabe: „Suche für Ermittlungen, vorwiegend in den Abendstunden, unabhängigen jungen Mann, nebenberuflich. Ang. 62565, Bremer Anzeigenblock, Martini-str. 43“. (Direktbewerbung beim Landesamt für Verfassungsschutz über Senator für Inneres, Abteilung 5, Tel. 346045, Herrn Klocke oder Siemens verlangen — die Red.). Besonders interessiert war das Landesamt für Verfassungsschutz an politischen Aktivitäten, über die in Kneipen gesprochen werde. Der angeworbene Spitzel sollte Name, Alter, Haar- und Augenfarbe, Größe und Bekleidung der Kneipenbesucher notieren, um damit die Computer des VS zu speichern (Quelle: „Bremer Blatt“, Juni 79).

Urteile gegen dpa-Besitzer

Im Prozeß gegen die elf Besitzer des dpa-Büros sind am 25.6.79 wegen

Im Prozeß gegen die elf Besitzer des dpa-Büros sind am 25.6.79 wegen „Werbens für eine terroristische Vereinigung“ acht Angeklagte zu Haftstrafen von 10 Monaten (zur Bewährung) verurteilt worden. Zwei Angeklagte erhielten vier Wochen Jugendarrest, während der als „Rädelführer“ herausgegriffene W. Behr ein Jahr ohne Bewährung erhielt („TAZ“ 26.6.79).

Immer noch: Buback-Nachruf-Prozeß

Am 22.6.79 begann in Osnabrück ein weiterer der inzwischen für Justiz sattem unbehag gewordenen Buback-Nachruf-Prozesse. Angeklagt ist Kurt Chrzanowski, weil der den Abdruck des Nachrufs, ergänzt durch einen Artikel aus „konkret“ und der Studentenzeitung „Fettpresse“ zu verantworten hat. Verurteilt werden soll nach dem Willen der Staatsanwaltschaft wieder einmal nach §90a, da die BRD mit dem Nachdruck des Nachrufs verunglimpft werde. Vorangegangen war die Ablehnung der Eröffnung der Hauptverhandlung, da der Artikel eine Absage an den Individualterror enthalte. Aufgrund der Beschwerde der Staatsanwaltschaft wurde der Prozeß dann doch vom Landgericht eröffnet („TAZ“, 27.6.).

„Wildes Plakatieren“

Weitreichende Konsequenzen für den Spielraum der freien Meinungsäußerung linker Organisationen dürfte das gegen den KBW ergangene Urteil des OLG Frankfurt haben. Darin wird der KBW straf- und haftungsrechtlich für die Folgen „wildes Plakatieren“ verantwortlich gemacht, von dem er selbst keine Kenntnis hatte. Das Gericht macht dem KBW zum Vorwurf, daß die Plakate frei zugänglich, ohne Kontrolle auf einem Büchertisch auslagen, wodurch er sich die durch „wildes Plakatieren“ hervorgerufenen Störungen zurechnen lassen müsse.

Wenn der KBW nicht haftbar gemacht werden könne, würde der geschädigte Eigentümer rechtlos stehen. Hat man keinen Schuldigen, schafft man sich eben einen. So einfach ist das! Das Urteil bereitet für die Fälle, in denen der Plakatierer selbst nicht „auf frischer Tat erappt“ werden kann, eine weitreichende Handhabe, um politische Organisationen für ihre Agitation und Propaganda in Rückgriff zu nehmen (Quelle: „Frankfurter Rundschau“, 25.6.79).

Schülerzeitungs-Zensur

Wie aus einer Untersuchung von Frithjof Rendtel, durchgeführt mit der „Deutschen Jugendinstitution“, hervorgeht, fallen 50% aller Schülerzeitungen unter direkte oder indirekte Zensur. Nur 15% seien völlig zensurfrei. Dabei wird die Zensur in allen Bundesländern gleichermaßen ausgeübt, egal ob SPD/FDP- oder CDU/CSU-regiert. In 15,9% der Fälle läuft die Zensur über ein Betriebsverbot, in 23% über Anzeigenentzug. Rendtel Fazit: „Es herrschen Zensur, ökonomischer Druck, pädagogischer Meinungsterror — wenigstens gegenüber der Schülerpresse“ (Quelle: „Die andere Zeitung“, Nr. 40, Juni 79, S.10).

Antifaschismus stört die Polizei

Am 25.5.79 wurde die Berufung von Peter L. gegen das erstinstanzliche Urteil zurückgewiesen. Dort war er wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt worden, da er sich bei einer Demonstration gegen Nazis zu seinem eigenen Schutz mit anderen Antifaschisten untergehaht hatte. Damit habe er den Einsatz der Polizei gestört („Stadtzeitung für Braunschweig“, Juni 1979).

Carstens-Karikatur beschlagnahmt

Am 1.6.79 wurde in einer Heidelberger Buchhandlung das Plakat von Ernst Volland sichergestellt, was den neuen Bundespräsidenten Carstens und seine Nazi-Vergangenheit karikiert. Die Beschlagnahme erfolgte unter dem Vorwand der „Gefahr im Verzuge“ und der Untersuchung zu Prüfzwecken. Die Buchhandlung wandte sich dagegen an die Öffentlichkeit mit einer Protesterklärung, in der sie das Vorgehen als undemokratische Zensur verurteilt („Heidelberger Rundschau“, 19.6.79).

Bundesadler darf für Satiren verwendet werden

Die Bundesrepublik hat sich in

In der Bundesrepublik hat sich in neuester Zeit eine weitere Zensurinstanz herausgebildet. Das Bundesverwaltungsamt nimmt nunmehr für sich in Anspruch, darüber zu befinden, was Kunst ist und was nicht. Etwa drei Jahre nach Erscheinen erließ das Amt gegen den Karikaturisten Ernst Volland einen Bußgeldbescheid über 600 DM, weil in seinem Plakat zur Berufsverbotsdiskussion eine „unbefugte Benutzung von Hoheitszeichen“ liegen würde. Der Bundesadler — den

Volland abgebildet hatte — müsse vor seiner Entwertung durch immer wiederkehrenden Gebrauch geschützt werden. Als Vollands Verteidiger darauf hinwies, daß der Bundesadler immerhin auch täglich und tausendfach die Verpackung der Deutschen Markenbutter schmücke, war dies für das Bundesverwaltungsamt doch etwas ganz anderes.

Die Richter am AG Köln/Wippenhohn-Rötzheim hob jedenfalls auf den Einspruch von Volland den Bußgeldbescheid auf, da schon deshalb keine unbefugte Benutzung von Hoheitszeichen darin liegen würde, weil das Plakat nicht den Anschein amtlicher Benutzung entstehen lasse. Bei dem Plakat würde es sich eindeutig um eine Satire handeln („FR“, 27.6.).

6 Monate wegen Verunglimpfung von Buback

Wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener ist ein zwanzigjähriger Arbeiter aus Pirmasens von der Jugendstrafkammer des LG Kaiserslautern zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Zum Vorwurf gemacht wurde ihm, daß er im Mai 77 aus der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken Briefe mit beifälligen Äußerungen zum Tod von Buback an Andreas Baader und Klaus Jüschke geschrieben hatte („FR“, 3.7.).

Schleyer-Grafik kostete 2 Monate Haftstrafe

Zwei Monate Haftstrafe auf Bewährung hieß das Urteil, das am 2.7.79 gegen den Maler Johann Linthaler aus Wien verhängt wurde. Linthaler hatte in einer Klagenfurter Universitätsausstellung eine von ihm gefertigte Grafik gezeigt, in der das von der RAF von H.M. Schleyer aufgenommene Bild mit einer Zielscheibe auf der Brust versehen worden war und ein Spruchband mit der Aufschrift trug: „Auf ihr Schützen, nah und fern, heit ziagt mas wieder (heut ziehen wir wieder) gegen die Herrn“. Linthaler wollte damit eine Absage an den Individualterror zum Ausdruck bringen; das Gericht sah darin eine Billigung des Anschlags auf Schleyer („FR“, 3.7.).

90a-Ermittlungen gegen ein ganzes Uni-Seminar

Im Januar 79 verfaßten Seminarleiter am Historischen Institut in Heidelberg eine Protestresolution gegen die „Terrorurteile“ gegen verurteilte Studenten, die wegen ihrer Teilnahme an Streikaktionen 1976 u.a. wegen Widerstands und Hausfriedensbruch bis zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden waren.

Das brachte ihnen nun ein Ermittlungsverfahren wegen §90a ein. Dabei dürfte es eine Einmaligkeit im bundesrepublikanischen Unibetrieb darstellen, daß aufgrund der Resolution gegen sämtliche Teilnehmer eines Seminars ermittelt wird („TAZ“, 29.6.).

Frauen in Aichach im Hungerstreik

In der Haftanstalt Aichach befinden sich 30 Frauen im Hungerstreik. Ihre wichtigsten Forderungen sind:

- Gleichstellung mit den männlichen Gefangenen (in Aichach befinden sich 120 Frauen und 30 Männer). Die Männer bekommen besseres Essen, mehr Sport und Freizeit. Beispielsweise wurde den Frauen die Teilnahme an einem Rockkonzert verboten, weil „da die Frauen nur geil machen würde“.
- Bessere medizinische Versorgung.
- Keine Streichung der Pause bei der Arbeit am Fließband (die Frühstückspause ist gestrichen worden, so daß die Frauen vier Stunden ununterbrochen am Fließband stehen müssen).
- Mehr offene Zellen (in Aichach gibt es nur einmal pro Woche offene Zellen).

Die Frauen griffen zu dem Mittel des Hungerstreiks, nachdem ihre Versuche, durch Anrufen des Petitionsausschusses, der für die Strafvollzugsbeschwerden zuständig ist, Verbesserungen zu erreichen, gescheitert sind.

Sein Anwalt erklärte, daß Bernhard B. an dem Schaum fast erstickt wäre. Das Aufsichtsführende Vollzugs-

amt erklärte lediglich, daß die beiden Wärter sich nicht anders zu helfen gewußt hätten; von Maßnahmen gegen diese Typen war nicht die Rede (RP, 9.6.79).

Düsseldorf. Ein Untersuchungshäftling erhängte sich nach zwei Tagen U-Haft mit seinem Bettlaken am Fensterkreuz der Einzelzelle (RP, 19.6.79).

Zensur im Knast — „Arbeiterkampf“ gibt's häufig zerstückelt oder gar nicht —

Öffentlicher Dienst
Wir stellen ein:
fähige

**Radfahrer
Schleimer
Duckmäuser
Schnüffler
Kriecher**



Die Kultusminister der Länder

Kuhn acht Artikel als „Beleg“ dafür: u.a. den Artikel zum Prozeßbeginn gegen das „Russell-Buch 5“ wegen der „Behauptung“, der Staat und die Gerichte hielten „über die Aktivitäten faschistischer Gruppen die schützende Hand“, „ganz im Gegensatz zu ihrer Willkür gegenüber der Linken“, sowie wegen des Artikels „Rock gegen Rechts“, in dem „behauptet“ wurde, der „BRD-Staat“ gehe an „kritische Literatur nur mit der bekannten Gummiknüppel-Methode heran“. Grund für die Nichtaushandigung des AKs war ferner „eine grob beleidigende Karikatur eines Richters“, die wir nebenstehend dokumentationshalber noch einmal bringen.

— Die Moabiter Anstaltsleitung schickte uns Anfang des Jahres für Monika Berberich bestimmte AK-Ausgaben mit dem Vermerk zurück, daß diese nur „durch Vermittlung der Anstalt zu beziehen“ seien. Das Anstaltschreiben schloß mit der „Bitte, von weiteren Übersendungen abzusehen“. Das taten wir indes nicht, und Monika Berberich schrieb uns: „Zu diesem Brief der Knastleitung an euch nur soviel: durch Vermittlung der Anstalt hieß nach dem bisherigen Sprachgebrauch, daß man für Zeitungen, die von draußen abonniert worden waren, ne nachträgliche Genehmigung beantragen konnte, was ich soundsooft auch gemacht hab. Sie haben nie gesagt, daß das nicht mehr geht, und nachdem sich rausgestellt hatte, daß der Knast unfähig war, andere als die absolut gängigen Tages- und Wochenzeitungen zu beschaffen (von ausländischen ganz zu schweigen), haben sie Bestellungen von draußen wieder zugelassen. Naja — ne Genossin hier wollte den AK „durch Vermittlung der Anstalt“ bestellen und sie haben ihr gesagt, ginge nicht, sie solle selbst an den Verlag schreiben — zu ner Zeit, wo sie die AKs für mich immer noch zurückgeschickt haben, weil nicht durch Vermittlung usw.“. Monika teilte in diesem Brief mit, daß die Ausgaben 149 und 150 des AK nun tatsächlich bis zu ihr durchgekommen seien und bat um Nachsendung der zuvor zurückgegangenen AKs sowie einiger Broschüren. Wir taten's und fanden alles einige Zeit später in unserem eigenen Briefkasten wieder: mit dem Stempelauddruck „Annahme behördlicherseits verweigert“.

IKAH



Unter anderem wegen dieser „grob beleidigenden Karikatur eines Richters“ wurde der AK 146 an den Gefangenen Knut Folkerts nicht ausgehändigt.

— Enno Schwall wurden zuvor durch OLG-Beschluß auch schon die Seiten 11 und 35 aus AK 150 mit gleicher Begründung rausgerissen: dabei handelte es sich um Artikel zur Analyse der Stammheim-Anklage gegen den AK und über die Isolationshaft von Günther Sonnenberg sowie um eine anwaltliche Presseerklärung zum Müller/Newerla-Prozeß.

Selbstmord im Tegeler Knast

Am 22.6.79 wurde der 25-jährige Manfred Borchert im Haus III des Tegeler Gefängnisses früh morgens in seiner Zelle tot aufgefunden; allem Anschein nach hatte er sich mit Tabletten vergiftet. Schon vor Monaten hatten Mitgefangene die Zentrale des Hauses III über von ihm angedeutete Selbstmordabsichten informiert und seine Verlegung, wenigstens über Nacht, auf eine Gemeinschaftszelle gefordert. Nach Ablehnung dieser Forderung erstatteten die Gefangenen Anzeige wegen Beihilfe zum Mord.

Die Anzeige wurde auf Betreiben des Teilanstaltsleiters eingestellt. Manfred Borchert unternahm darauf seinen ersten Selbstmordversuch und schnitt sich die Pulsadern auf, kam auf dem Umweg über das Gefängnis Krankenhaus und die Psychiatrisch-Neurologische Abteilung wieder ins Haus III in die Einzelzelle. So wurde also trotz des Einsatzes seiner Mitgefangenen nichts unternommen, um den voraussehbaren Selbstmord Manfred Borcherts zu verhindern. C.S., Westberlin.

Amnestie?

Die Utopie vor Augen — das Mögliche wirklich machen

Seit Herbst letzten Jahres wird in verschiedenen Zeitungen der Linken die Forderung nach einer Amnestie-Kampagne gestellt. In der beginnenden Diskussion schalten sich sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber heraus, sowohl was die Zielvorstellungen einer solchen Kampagne betrifft, als auch in der Frage, ob die Forderung generell überhaupt „richtig“ ist. Die einen fordern „Amnestie für alle“, die anderen „Amnestie für alle politischen Gefangenen“, wieder andere „Amnestie für diejenigen politischen Gefangenen, die sich von ihrer bisherigen politischen Praxis distanzieren“. Wir möchten in diesem Artikel Thesen dieser Auseinandersetzung darstellen, die wir als Hilfe verstanden wissen wollen für alle fortschrittlichen Menschen, die diese Diskussion bisher nicht erreicht hat und als Anstoß auch für diejenigen, die ihr noch den Rücken kehren, weil die tägliche Anstrengung in der politischen Arbeit ihnen „schon genug zu schaffen macht“.

„Amnestie fordern bedeutet...: Sich selbst aus der Perspektivlosigkeit retten, sich von den Gespenstern befreien, die uns reiten, zur Tagesforderung: Normalvollzug für alle und Schluß mit jeglicher Isolationshaft! Die konkrete langfristige Utopie gesellen; heißt: den deutschen Schwachsinn überwinden, den Mangel an Phantasie, Mut, Vision, Ziel.“ (P.P. Zahl, Offener Brief an die „Nachtzeitung“)

„Wenn Ihr dagegen sagt: Hör mal zu, P.P., die Zeiten sind hart, sie sind nicht danach, der Wind steht uns stramm ins Gesicht, er pustet uns fast aus den Pantinen, Papst PIOS hat uns noch voll im Griff, Herr Herold und seine Gespenster haben uns voll im Visier, dann Genossen, nick ich und sag: Gebongt, aber was kommt danach? Meint Ihr etwa es gäbe kein Danach? Meint Ihr, den Genossen in Spanien wehte der Wind nicht viel mehr ins Gesicht? Was war mit Franco? Und was mit Carrero Blanco? Und was mit den Hunderten und Tausenden von politischen Gefangenen? Und was ist jetzt dort? Ich wills Euch sagen, wie's da lief, als es hart war: die „Familien und Freunde der politischen Gefangenen“ organisierten sich, taten sich zusammen, forderten Amnestie! Kamen paar in den Knast. Taten sich noch mehr Familienmitglieder und Freunde zusammen, machten Politik in der ersten Person, forderten unbeirrt: Amnestie! Wurden mehr. Repression wuchs. Widerstand wuchs. Organisierten sich die „Familien und Freunde der politischen Gefangenen“ überregional, als „Assoziation“. Ging soweit, bis mir eine Genossin begeistert schrieb, ganz „ramilien und freunde der politischen Gefangenen“ überregional, als „Assoziation“. Ging soweit, bis mir eine Genossin begeistert schrieb, ganz zum Schluß, eh Das wegsank in Asche und Grab: die größte und schönste Demo habe sie gesehen in Barcelona: eine Million Leute, alles rot und gelb, und die Forderung war geblieben: AMNESTIE TOTAL [und AUTONOMIE]! Bis sie da war. Die Gefangenen gespalten. Die politischen „frei“, amnestiert; die sozialen, die die gleichen Richter gehabt hatten, aber noch drin. Organisierten sich die. Als Räte kämpfender Gefangener. Als COPEL. Und ihre Freunde und Familien als „Assoziation der Familien und Freunde der sozialen Gefangenen“. Werden mehr. Werden mehr werden. Werden sich durchsetzen. Werden fordern, bis sie eintritt: AMNESTIE FÜR ALLE! (...)

Sind Rote Hilfe und Amnestie Widerspruch? Sie sind es nicht. (...) Schließen handfeste Organisation des jetzt Machbaren und Nötigen und langfristige Kampagnen einander aus? Sie tun es nicht.“ (P.P.Z., ebenda).

Rote Hilfe Westberlin an P.P. Zahl

„Wir haben zur Verdeutlichung drei Hauptgruppen von Amnestieforderungen unterschieden:

1. Die Frankfurter Antiguerrilla-Konzeption, 2. Die Position der Vorhut der Arbeiterklasse, 3. Die Peter Paul Zahl-Maximallösung. (...) Wir lehnen das Modell 1 ab, weil die Amnestie gekoppelt ist an die Bedingung des Abschwörens der politischen Identität, der politischen Praxis — unabhängig davon, ob wir diese politische Praxis ablehnen oder teilen können. Es ist klar, daß bezweckt wird, reuevolle Mitglieder der Guerilla zurückzugewinnen, sie zu integrieren, sie einzuspannen für propagandistische Zwecke, sie womöglich für Verräterdienste anzuheuern. Nicht zufällig sind bis in die Innenministerien viele sogenannte Liberale bereit, diese Forderungen als Möglichkeit zur Reintegration zu erwägen. Eine an politische Bedingungen geknüpfte Amnestie ist auch deshalb abzulehnen, weil man sich ausmalen kann, wohin das führt: Atomkraftgegner müssen sich für Kernenergie einsetzen, Gegner des einheitlichen Polizeigesetzes müssen den „finalen Rettungsschuß“ befürworten.

Auch das Modell 2 ist für uns in-diskutabel: Seit jeher lehnen wir die Sonderbehandlung von politischen Gefangenen ab. Überhaupt lehnen wir eine Grenzziehung zwischen den sogenannten sozialen und politischen Gefangenen ab. Eine solche Forderung ist spalterisch, unabhängig von der Möglichkeit, daß es in anderen geschichtlichen Situationen sinnvoll sein mag, politische Gefangene zu befreien. (...) Das gutgemeinte Vorhaben (die Forderung P.P. Zahl's „Amnestie für alle“ — Anm. IKAH), eine einheitliche Stoßrichtung zu schaffen, verkehrt sich ins Gegenteil. Die Mehrheit der Knastgruppen arbeitet seit Jahren mit der utopischen Perspektive „Freiheit für alle Gefangenen“, die eingeschlossen gesellschaftliche Veränderungen voraussetzt. Davon abgeleitet sind konkrete Forderungen, wie „Integration in den Normalvollzug“, „Abschaffung der Isolation“ — und in einigen Fällen als Notlösung gewissermaßen angesichts der Situation der politischen Gefangenen wenigstens die Schaffung sog. „interaktionsfähiger Gruppen“. Als neue Aufgabe hat nun hinzukommen die Verhinderung der „Hochsicherheits“-Trakte, die allen jahrelangen Bestrebungen zuwiderlaufen.

Diese Forderungen — in den Knastgruppen relativ vereinheitlicht — haben nichts von ihrer Bedeutung verloren, (...) im Gegenteil: die Forderung „Freiheit für alle Gefangenen“ mit ihrer Implikation gesellschaftlicher Veränderung war jahrelang in der Lage, für eine Mehrheit der Knastgruppen eine einheitliche Zielperspektive festzulegen.

schafflicher veranuerung war jahrelang in der Lage, für eine Mehrheit der Knastgruppen eine einheitliche Zielperspektive festzulegen.

(...) Amnestie ist ... ausdrücklich eine vorrevolutionäre Forderung, denn sie richtet sich ja an den noch bestehenden Staat. Es braucht sicher nicht darüber gestritten zu werden, daß es nicht in Frage kommt, als Bittsteller gegenüber dem Staat aufzutreten. Die Forderung nach Amnestie ist nur realisierbar aufgrund des politischen Drucks der Massen. Es ist aber nicht so, wie Du es am Beispiel Spanien dargestellt hast, daß sich die Massen auf der Basis einer einheitlichen Amnestie-Forderung zu weitergehenden politischen und sozialen Forderungen zusammengeschlossen hätten. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Die Amnestie-Forderung war die Folge der politischen Kraft, die zuerst gesellschaftliche Veränderungen zum Ziel hatte. Und weil im Kampf um eben diese politische Veränderung zahlreiche Menschen im Knast gelandet sind, fand die Forderung nach Amnestie der politischen (!) Gefangenen eine weite Verbreitung (...). Diese Situation ist bei uns derzeit nicht gegeben! Die Forderung würde von einer extrem schwachen Bewegung zu einem starken Staat gerichtet sein, ohne die Möglichkeit zur Realisierung zu haben. Was bleibt, ist das utopische Konzept ...“ (Rote Hilfe Westberlin in „Radikal“ 59/60, 27.4. bis 10.5.79).

Amnestie contra „Guerilladiskussion“?

Eine nicht zu umschiffende Frage bei der Auseinandersetzung um „Amnestie für alle!“ ist die Frage nach Sinn und Unsinn des bewaffneten Kampfes oder vielmehr dessen, was die Kräfte in der BRD, die den „bewaffneten Kampf“ auf ihre Fahne geschrieben haben, dafür halten. Die „Nachtzeitung“ meint, die Amnestieforderung sei „wirklich eine bequeme Möglichkeit, sich die leidige Auseinandersetzung mit der Guerilla vom Hals zu schaffen“, worauf P.P. Zahl in seinem Offenen Brief antwortet: Wißt Ihr denn nicht, daß die gelaufen ist? Und zwar zu 100% gegen die jetzige Theorie und Praxis der Stadtguerilla in der BRD? Weil, unter anderem, die Linke es satt hat, gezwungen zu

werden, sich verhalten zu müssen zu Spektakeln, die ohne jeden demokratischen Willensbildungsprozeß von unten und von seiten der Massen (der hiesigen, aber auch der palästinensischen, vietnamesischen, usw. usf.) zustandekamen und -kommen!“

Wenn wir im folgenden einige Thesen von Werner Schlegel zur Amnestiedebatte wiedergeben, die er in seinem „Offenen Brief an den Genossen Tauras“ (Rheinbach, 15.2.—15.3.1979) dargelegt hat, sind wir uns voll bewußt, daß wir eigentlich seine umfassende Kritik an diesem „Bewaffneten Kampf“ mit dokumentieren müßten, um seiner Argumentation voll gerecht zu werden. Wir wollen das hier jedoch (aus Platzgründen) nicht tun, es an anderer Stelle nachholen, aber seine Entgegnung auf Zahl doch nicht ganz aussparen, weil nach seiner Meinung die Frage „Amnestie für alle“ nicht von der von ihm angestrebten Guerilladiskussion zu trennen ist: „Hör ich recht? Die (Auseinandersetzung mit der Guerilla — Anm. IKAH) hat doch wohl noch nicht einmal richtig angefangen. WAS ist da bisher gelaufen? — Selektive Informationspolitik in den alternativen Medien; Austausch von wer-kritisiert — treibt - counter-insurgency einerseits und wir - lassen - uns - von - der - Guerilla - nicht - erpressen - Noten andererseits; Distanzierungs- und Distanzierung - von - der - Distanzierung - Kampagnen; kilowise Aus- und Abgrenzungserklärungen verschiedener Vollversammlungen aller möglichen und unmöglichen 24-Stunden-Gruppchen, -fraktionchen, komitechen, nicht zu reden von denen ernstzunehmender linker Zusammenschlüsse, die's Bakuninseidank auch noch gibt; jeweils — im doppelten Sinne — einseitige, also monologisierende Rechtfertigungsstatements; last not least verlogene, Tatsachen leugnende, wirklich staatschutzsympathisierende Denunzationselaborate. Das ist gelaufen!“

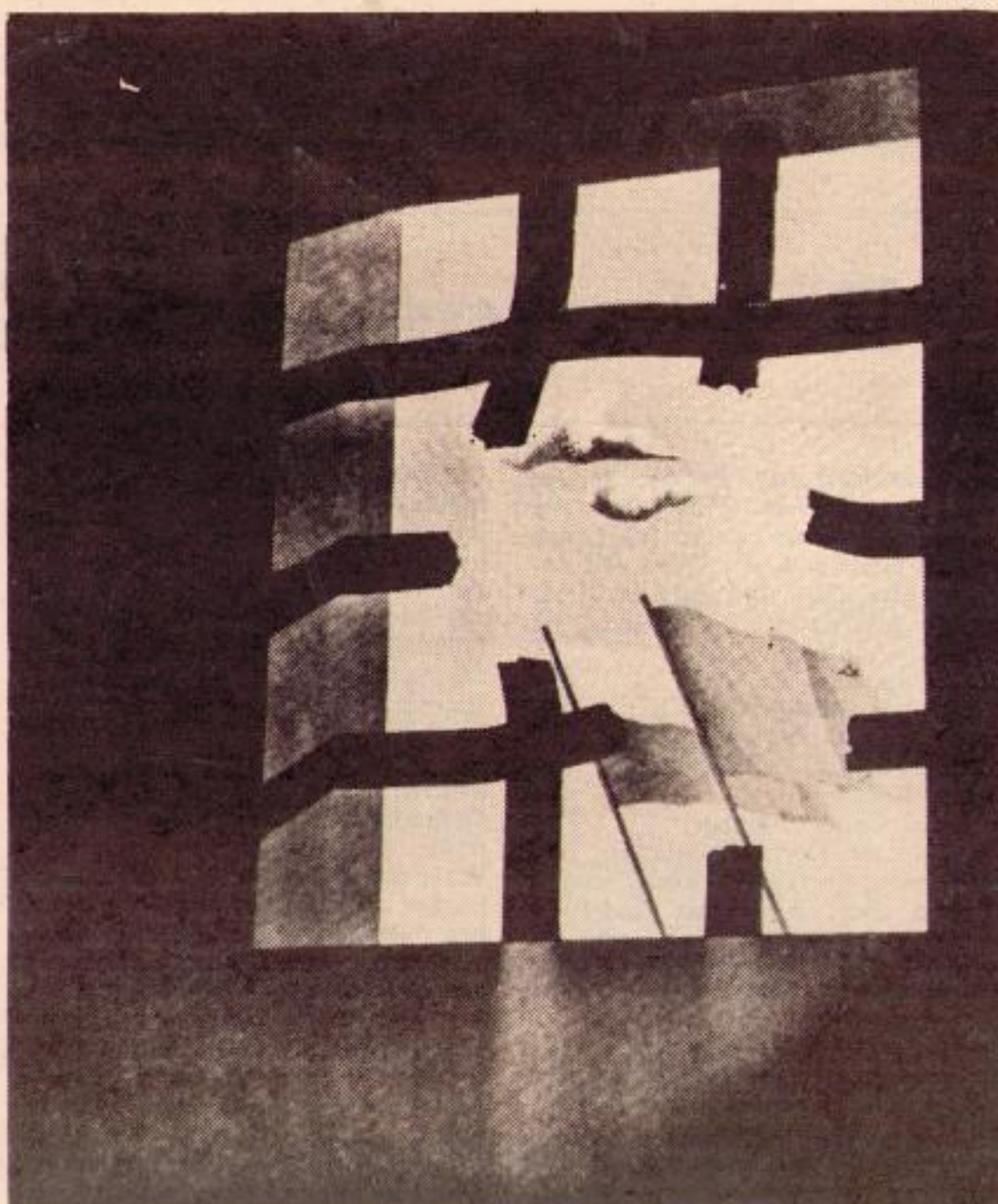
Werner Schlegel: Kein Knast im Knast

Werner Schlegel: Kein Knast im Knast

Warum unterschreibt Werner Schlegel, seit Zahl's Amnestieforderung in der linken Öffentlichkeit verbreitet wird, mit der quasi Gegenparole: „KEIN KNAST IM KNAST FÜR NIEMAND!“? Warum ist er (und sicherlich auch andere Gefangene, die sich bisher nur noch nicht so engagiert äußerten) hier und heute gegen die Amnestieforderung? In seinem „Offenen Brief an den Genossen Tauras“ gibt er eine Reihe von Antworten:

1. „Die Diskussion über Sinn und Unsinn des bewaffneten Kampfes fällt wieder flach (...) Wenn mit dem Begriff konkrete Utopie (Zahl's Amnestieforderung — Anm. IKAH) umgegangen wird, dann gefälligst auf dem Boden der Realität dieser BRD des Jahres 1979 und seiner herrschenden Gehirne. Wenn überhaupt eine Amnestie erkämpft werden könnte, dann nur mit einer schriftlichen Unterwerfungs- und Abschwörerkklärung aller inhaftierten Genoss(inn)en, bis in alle Ewigkeit das Wörtchen Militanz, Widerstand usw. weder jemals wieder im Munde, noch im Kopfe zu führen. Wer glaubt, dies sei mit entsprechender Massenmobilisierung zu verhindern, lügt sich und anderen in die Tasche. (...) Weil auch die andere Seite weiß, daß eine e r k ä m p f t e Amnestie eine Niederlage für sie wäre. Wer daran zweifelt, meint Utopie, aber nicht k o n k r e t e Utopie.“

2. Gnade von den Herrschenden eines Systems, das ich ablehne? Ohne mich!“
3. Was die Modelle e r k ä m p f t e r Amnestien in anderen Ländern anbetrifft, die P.P. Zahl in seiner Argumentation anführt, zitiert Werner den Brief einer Genossin: „In Spanien, in Barcelona sind 1 Million Leute für die totale Amnestie auf die Straße gegangen. Danach ist k e i n e Amnestie (im eigentlichen Sinne) gelaufen, sondern es war das kleinere Übel, sonst hätten die Massen die Knäste eingegrissen. (...) Kannst Du Dir das hier vorstellen? Nein, ich kann nicht, können auch andere nicht, wenn diese Linke hier und heute nicht einmal in der Lage ist, die Einhaltung der minimalen Menschenrechte der politischen Gefangenen zu gewährleisten.“



4. Überdies gelte es zu bedenken: „Wie überall sind auch im Knast schon lange die Liberalisierungsansätze passé. (...) Die neue Parole heißt Knast im Knast. Meint: Die 'Guten' ins Töpfchen, sprich Urlaub, offener Vollzug, 'Therapie' etc., die 'Schlechten' ins Kröpfchen, sprich Isolationshaft-Prinzip, Gehirnwäsche, Brechen der Identität. (...) Dieser Knast im Knast, daran gibt's nichts zu rütteln,

gilt nicht nur der Guerilla. Und seine Bedingungen, mit ihren lebensgefährlichen Folgen, wie zuletzt in den 'Fällen' Werner Hoppe und Herbert Soffel manifest, gelten für nicht gerade wenige Gefangene. Nur wird's selten bekannt.

5. Wieviele Gefangene — politische oder nicht — wären bis zu diesem Fortsetzung auf Seite 32

„Du darfst keinen kleinen Schlenker machen, wenn jemand 'nen Pik auf dich hat!“ — Willkür im Knast —

In der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremen-Oslebshausen werden Gefangene, von denen vermutet wird, daß sie Zugang zu Drogen haben, listenmäßig erfaßt und isoliert. Betroffen sind Insassen, die im Rahmen des Betäubungsmittelgesetzes (BTM) verur-

teilt wurden. Und ebenfalls solche, von denen angenommen wird, daß sie Drogen einnehmen. Festgestellt wird die Suchtabhängigkeit durch Blicke von Vollzugsbeamten. Ihnen wurde gesagt: „Ihr müßt hauptsächlich auf die Augen achten.“ Diese Vorgehensweise öffnet der Willkür Tür und Tor...

Es werden Rechte, die im Strafvollzug verankert sind, eingeschränkt. Dieses geschieht mit dem Hinweis auf die Kann-Bestimmungen des Gesetzes...

- Der Urlaub wird gesperrt.
- Die Post wird scharf kontrolliert.
- Der Empfang von Besuchern ist nur außerhalb der normalen Besuchszeiten möglich. Er wird verstärkt überwacht.
- Leibesvisitationen werden durchgeführt.

Durch diese „Vollzugstechnischen Maßnahmen“ wollen der zuständige Senator und der Anstaltsleiter das Drogenproblem (Verkauf und Einnahme) in den Griff bekommen. Zusätzlich wurden seit Ende 1978 folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Verschluß des betroffenen Personenkreises für zwei Tage, weil eine Meuterei angenommen wurde. Durch Schlamperei der Verwaltung war der Einkauf von Konsummitteln (Tabak etc.) nicht gewährleistet. Die Gefangenen wehrten sich mit dem Ruf: „Kein Einkauf — keine Arbeit!“ Die sog. „BTM-Leute“ wurden der Rädelsführerschaft bezichtigt. Die folgende Isolation führte zu fünf ernsthaften Selbstmordversuchen.
2. Der „harte Kern“ dieser Insassen wurde ins anstaltsseigene Lazarett verlegt. Diese Maßnahme wurde aufgehoben.
3. Während der letzten Monate wurde diesem Personenkreis angeboten, ein Konzept vorzulegen. Dieses geschah unter der Voraussetzung, daß Grabesruhe einzukehren hätte. Das Konzept wurde vorgelegt. Es hat sich nichts geändert.
4. Die Verwaltung bot die Aufhebung der Urlaubssperre in Einzelfällen ab Mai 1979 an. Urlaubsanträge wurden dennoch mit der Begründung: „Sie verkehren noch in Drogenkreisen“ (was Wunder, wenn man in dieser Weise isoliert ist), auf Eis gelegt.

Dieser gesamte Maßnahmenkatalog betraf willkürlich ausgewählte In-

sassen. Die Praxis, den Drogenkonsum durch Urinproben zu überprüfen, wurde aufgegeben. Es war grundsätzlich ein fragwürdiges Unterfangen, welches zudem nicht nur wegen des erforderlichen Arbeitsaufwandes, sondern ebenfalls wegen der „dreckigen

Arbeit“ eingestellt wurde... Befunde wurden nicht begründet und kaum mitgeteilt.

Die Insassen wehrten sich zeitweilig gemeinsam gegen diese Maßnahmen. Sie hefteten sich Judensterne mit der Aufschrift „BTM-Listler“ an die Kleidung und sprachen vom KZ Oslebshausen.

Nicht nur die willkürliche Behandlung einzelner Insassen, sondern diese gesamten „vollzugstechnischen Maßnahmen“ sind schikanös. Sie stießen u.a. auch bei der Drogenberatungsstelle des Sozialamtes auf Widerspruch.

1. Die Ziele werden verfehlt.
2. Die Drogenabhängigkeit verstärkt sich.
3. Die Arbeit der Drogenberatungsstelle wird erschwert.
4. Die individuelle und die Gruppensituation der Drogenabhängigen verschlechtert sich.
5. Die Situation wird für die JVA schlechter.

Denn, die Isolation dieses Personenkreises ist nicht, wie angenommen, zum Schutze anderer Gefangener geeignet. Sondern, die Haftisolation selbst schafft Folgeprobleme (Konzentrationsstörungen, Halluzinationen, Schweißausbrüche etc.), welche zum Drogenkonsum (Alkohol, Tabletten etc.) führen. Diese Drogen sind für den Großteil der Insassen zugänglich. Sie werden eingenommen.

Es hat den Anschein, daß dieser Personenkreis für die Drogenprobleme der JVA verantwortlich gemacht wird. Der Knast ist damit aus dem Schneider.

Eine JVA, die „resozialisierende“ Arbeit leisten will, muß sich den Problemen, die durch ihren Strafvollzug entstehen, selbstkritisch zuwenden. Es müssen „Resozialisierungsformen“ gefunden werden, die ehemalige Drogenabhängige nicht ausgrenzen und Drogenprobleme nicht entstehen lassen. Der gesetzliche Rahmen dieser Maßnahmen darf nicht, wie seit eh und je, durch willkürliche Akte bestimmt sein.

Wenn ein derartiger Strafvollzug Normalfall würde, wäre ein Stück der vielbeschworenen Reformen nicht für die Katz.

M., Sozialarbeiter, Bremen

Werner Schlegel

Die fortgesetzte Hinrichtung des Hendrik B.

Irgendein naßkalter Tag im Januar 1981. An einem Übergang der deutsch-belgischen Grenze fährt, aus Belgien kommend, ein PKW vor. Insassen: Der Autor und Publizist H.M. Broder am Steuer des Wagens, im Fond ein Anhalter.

„Ihre Papiere!“

Zwei, drei Handgriffe, ein rot aufleuchtendes Lämpchen, scharfkantige Buchstaben- und Ziffernfolgen auf einem Monitor.

„Fahren Sie dort hinüber!“

Wagenrazzia. Der Freiheitlichste, den wir je (und sofort) greift wieder einmal zu und über. Aber Das findet da nichts. Folgt die Leibvisitation im inneren des Grenzschutzgebäudes. Nur so und überhaupt, schließlich ist BeFa 7 BeFa 7, last not least: wer mit einem „Terroristen“ Kontakt hat — „Briefwechsel mit P.P. Zahl war im Computer“/„FR“ v. 18.4.1979 — oder hatte, ist selbst schon ein halber, wenn nicht noch mehr. Wer sich dann allerdings überraschend zeigt als die 27 g Heroin in einem kleinen Plastik-tütchen im Futter von Broders Pelzmütze entdeckt werden, er oder die Langnasigen, kann hier offen bleiben. Klappe, Schnitt, nächste Szene.

Fortsetzung von Seite 31

Zeitpunkt (einer 'Generalmobilisierung' aller Demokraten für die Amnestie — Anm. IKAH) durch die Haftbedingungen vernichtet worden?

6. Und das wäre letztlich — Amnestie vorausgesetzt — mit der zweiten Generation der Knacks, die garantiert einfährt, wenn die jetzige entlassen würde (Knofo Kröcher), was würde aus ihr, die wiederum gleiche Knaststrukturen, gleiche Haftbedingungen anträte?

7. Die Forderung, die Logik (von P.P. Zahl — Anm. IKAH), erst müßten sich die politischen Gefangenen und deren Angehörige, wenn erstere amnestiert werden, die übrigen Gefangenen organisieren, rieht nach elitärer Position (Wenn schon, dann g e m e i n s a m). Amnestie total! Bis sie da war. Die Gefangenen gespalten (Zahl) gibt's zu und verweist auf die Teilamnestien nach Bambulen in Italien, (...) — die auch noch einen anderen Grund hatten, z.B. Platz in den überfüllten Gefängnissen zu schaffen! — nach jahrelanger politischer Vorarbeit ('drinnen' und 'draußen' — Anm. IKAH). Wie aber sollte diese auch p e r s o n e l l schwache Linke in der BRD eine Amnestiekampagne führen, sich dafür mobilisieren, a l l e vorhandenen Kräfte, und gleichzeitig das Nahziel, weitere gleichzeitige zu verhindern, N O R M A L V O L L Z U G F Ü R A L L E zu erkämpfen, bewältigen? Sie ist derzeit dazu nicht in der Lage. Wer anderes sagt verschließt die Augen vor der Realität. (...)

8. „Steht Kurzfristiges im Gegensatz zu Langfristigem“, fragte Zahl (...). Ich denke ja, wenn das Langfristige in einem Land durchgesetzt werden muß, das eine schwache, hilflose, sektiererisch zerrissene und zersplitterte, in permanenter Nabelschau gefangene Linke sein eigen nennt; während die a n d e r e Seite nur auf die für sie arbeitende Zeit bauen braucht (...) auch (...) weil jahrelang zuviel versäumt wurde von dieser Linken, in Sachen Haftbedingungen etc. (...) auch von Genoss(innen) wie Dir und anderen, Jürgen, 'drinnen', die sich kaprizios auf die Kleingruppenisolation verstoßen, auf den e l i t ä r e n und b o r n i e r t e n Kriegsgefangenenstatus, ersteres immer noch vertreten und fordern, statt von Anfang an mit allen Mitteln für eines zu kämpfen: Normalvollzug für alle! — Kein Knast im Knast, für Niemand! Die sich einen Dreck um die s o g e n a n n t e n normalen Gefangenen kümmerten, bis heute fein säuberlich auf der Trennung politische / normale bestehen (...). Weil's der bitter nötige erste Schritt ist: N O R M A L V O L L Z U G F Ü R A L L E — KEIN KANST IM KANST FÜR NIEMAND! Dafür ist breiteste Öffentlichkeit nötig.“

IKAH, Ma.

Broder, trotz festen Wohnsitzes wurden er und der Tramper wegen Rauschgiftsmuggelverdachts in Untersuchungshaft genommen, befindet sich in der JVA Köln-Ossendorf. Dort sitzt momentan auch der Schriftsteller Hendrik Bicknaese ein, weil er sich Deutschlands sensibelste Ehre (alias Richter, alias de Someskoey) im Rückfall unsittlich genähert hatte. Bicknaese hungerstreikt gerade wieder einmal, zusammen mit 80 anderen Gefangenen, zwecks justizverglimpfender Propaganda, wie Dr. Herold, Waid-artikler der WILD-Zeitung, wie immer objektiv abhängig die Wahrheit präzise im Fadenkreuz habend, zu berichten weiß. Broder schließt sich diesem Hungerstreik solidarisch an. Da gegen ihn bereits 1966 wegen „landesverräterischer Beziehungen“ ermittelt worden war, eine Tatsache, deren Charakter auch nicht durch die später erfolgte offizielle Rehabilitation entwertet wird, entlarvt er sich damit endgültig. Der Mann ist nicht nur ein halber, sondern ein ganzer „Terrorist“. Vielleicht sogar zwei? Man wird das im Auge behalten müssen. Klappe, Schnitt, nächste Szene.

Eine reichlich ramponiert aussehende schwarze Tafel kommt ins Bild. Auf ihr steht in großen, weißen, teils stark verbläuten, teils verwischten Kreidelettern: „Niemand darf wegen seiner (...) politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden“/Art. 3 (3) GG. Monotone Stimme aus dem Off:

Broder wurde am 23.6.1981 von einem Schöffengericht beim AG Aachen zu einer Freiheitsstrafe von 19 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Strafverschärfend wertete das Gericht dabei neben B.'s hartnäckig und uneinsichtig vorgebrachter Unschuldbeurteilung die unbestreitbare Tatsache, daß zwar nicht er, wohl aber der von ihm mitgenommene Anhalter zum Zeitpunkt der Verhaftung wegen des Verdachts des Rauschgiftsmuggels zur beobachtenden Fahndung ausgeschrieben war. Weiter stellte das Gericht in der geheimen Urteilsberatung fest, es widerspräche der allgemeinen Lebenserfahrung, daß dieser nette, politisch noch niemals auffällig in Erscheinung getretene, geständnisfreudige und B. bereitwillig belastende Anhalter, B. ohne dessen Wissen als Transporteur mißbraucht haben könnte. Der allgemeinen Lebenserfahrung entspreche hingegen die Auffassung, daß einem politisch derart auffälligen Subjekt wie B. die Tat von vorneherein zuzutrauen sei. (Randbemerkung: Der Anhalter wurde zu einer Freiheitsstrafe von 16 Monaten auf Bewährung verurteilt).

Broder legt Berufung gegen das Urteil ein. Diese wird am 16.11.1981 verworfen, der Haftbefehl jedoch gleichzeitig außer Vollzug gesetzt. Folgt Revision. Die Generalstaatsanwaltschaft beim OLG Köln beantragt am 7.4.1982 B.'s Revision gutzuheißen, das Urteil aufzuheben und die Sache zurückzuweisen an eine 2. Berufungsinstanz beim LG Aachen, was einem Antrag auf völlig neue Beweisaufnahme gleichkommt. Daraufhin wird der Haftbefehl am 11.5. ganz aufgehoben. Die Revision jedoch wird am 16.6.1982 verworfen. Nunmehr bereitet B. mit Hilfe seiner Anwältin und zahlreicher Freunde ein Wiederaufnahmeverfahren vor.

Wir hingegen haben uns zu erinnern, daß der wegen Rauschgiftsmuggels verurteilte B. eigentlich 'Terrorist' ist. Es versteht sich daher von selbst, wenn zwischendurch vom Rektor der Ernst-Albrecht-Universität zu Göttingen, Prof. Rechts-Beug, B.'s dortige Immatrikulation widerrufen wird, „weil dieser sich durch die rechtskräftig abgeurteilte Tat für den gewählten Studiengang als ungeeignet erwiesen hat“. Klappe, Schnitt, nächste Szene.

Val Veddaesca, hoch über dem Lago Maggiore, wenige Kilometer von der Schweizer Grenze entfernt. Aus der Tür eines einsam gelegenen alten Steinhauses tritt gegen 6 Uhr morgens am 29.3.1984 Henryk M. Broder, bleibt stehen, schüttelt sich kurz, atmet in kräftigen, tiefen Zügen die messerscharfe Eisluft ein. Es schneit.

Die Flocken weben einen dichten Vorhang; tanzend, wirbelnd, fließend, undurchdringlich. Aber da ist irgend etwas anderes noch. Schatten? Schatten! Huschende Schatten, kein Zweifel. Und dann geht alles sehr schnell. Die verwischten Schattenkonturen gewinnen an Schärfe, schälen sich aus dem Schneeschleier, hetzen in grotesken Sprüngen den Hügel herauf, oben vom Berg herunter, von allen Seiten kommen sie, auf den erstarrt dastehenden Broder zu. In den Händen halten sie MPs! Wie viele sind es eigentlich? 10? 20? 30? Mindestens 40, die meisten uniformiert, ein paar in Zivil.

„Su le mani (Hände hoch)!“ Langsam regen sich zwei Arme, heben sich zögernd, unsicher und werden dann jäh in ihrer Aufwärtsbewegung gestoppt. Ein Körper zuckt kurz zusammen, beginnt sacht, dann immer heftiger zu schwanken, torkelt, fällt, sackt nieder wie eine führungslose Marionette, erreicht den Boden, schlägt auf, liegt still. Erst jetzt schneidet der die Szene begleitende kurze scharfe Knall ins Bewußtsein und von irgendwoher tropfen Worte dazwischen. Deutsche Worte. „Ts, die greifen doch jedesmal zur Waffe, diese Terroristen!“ Klappe, Schnitt, letzte Szene.

Hinter einem Stahlrohrschreibtisch sitzt Dr. Herold, seines Zeichens Waid-artikler der WILD-Zeitung und liest aus verschiedenen Zeitungen selbst etwas vor: „IL GIORNO, 30.3.1984 — Blitzaktion des Kommandos für Anti-Terrorismus ... Waffen in einer geheimen Base ... hunderte deutscher und italienischer Dokumente ausgehoben, Namenslisten und Drogen. IL GIORNO, 31.3.1984 — von der RAF gesandt ... Person aus der obersten Etage der Szene der Ultra-Linken in der BRD, vermutlich ein Gesandter der 'Rote Armee Fraktion', denn nur so läßt sich die Anwesenheit der Geheimpolizei des Nucleo Anti-terrorismo aus Mailand und von Funktionären des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus der BRD erklären. CORRIERA DELLA SIERRA, Mailand, 31.3.1984 — Die Operation war bereits seit Wochen geplant, indem die Schritte des Deutschen kontrolliert wurden.“

Dr. Herold schiebt die Zeitungen zur Seite, lächelt, stipp mit der Spitze des rechten Zeigefingers auf die Schreibtischplatte und malt ein unsichtbares großes Kreuz. Das Bild bleibt stehen, aus dem Off intoniert ein Chor „Deutschland, Deutschland über alles ...“. Klappe.

II Wir schreiben nicht Anfang 1984, sondern Juni 1979. Henryk M. Broder — er wird mir diesen Kunstgriff nachsehen — wurde weder zu Recht noch zu Unrecht je wegen Rauschgiftsmuggels verurteilt; saß zu keiner Zeit in der JVA Köln-Ossendorf monatelang in U-Haft, konnte dort also auch nicht den Schriftsteller Hendrik Bicknaese kennengelernt haben. Aber — alles h ä t t e sich so abspielen können!

Broder war's, von dem sich Deutschlands sensibelste Richterehre durch einen Kommentar im WDR unsittlich berührt fühlte. Sichtbare Folge: Verurteilung zu 3000 DM Geldstrafe wegen Beleidigung in 1. Instanz. Damit ist Broder abgestempelt, ist ein für allemal klassifiziert. Das Schema kennen wir! Wer die Justiz kritisiert, kritisiert den Staat, wer den Staat kritisiert, ist Staatsfeind und Staatsfeinde sind z u m i n d e s t potentielle Terroristen. Was aber macht ein anständiger Rechtsanwalt mit diesen? Er läßt sie zuerst einmal suchen, mittels großer Plakate, „Wegen Mordes an Caesar, Heydrich, Hitler, John F. Kennedy, Buback, Ponto, Schleyer, Johann Wolfgang v. Goethe und Bundeskanzler Helmut Schmidt“. Wie, Goethe, Kennedy, Hitler, das passe schon zeitlich nicht, von anderen Fakten ganz abgesehen? Ja eben! Außerdem spielt's keine Rolle, Toten braucht nichts nachgewiesen zu werden. Überhaupt, wer wird denn so kleinlich sein? (Wohl ein Sympathisant, ha?) Letztlich sprechen

schon allein die WILDlichen Tatsachen für sich und noch allemal gegen den gesunden Menschenverstand. Also: gesucht wegen Mordes an John Wayne, Karl dem Großen, Aldo Moro, Doc Holliday und Sophia Loren, basta! Danach läßt der anständige Rechtsstaat die Gesuchten einzeln finden, observieren und vorläufig, bis zum Nachweis der Schuld, erschießen. Zu letzterer läßt er seine ungetübtesten Schützen ausschwärmen, obwohl bekanntlich 'Terroristen' bei drohender Verhaftung selbst mit zwei Koffern in der Hand noch versuchen, blitzartig die Bazooka aus dem linken Schuh zu ziehen. Daß es dann dennoch zu den einstweiligen Erschießungen kommt, erklärt sich ganz einfach. Die ungetübtesten aller ungetübten Scharfschützen zielen auf die Beine. Immer! Weil sie aber so ungetübt sind, treffen sie dann mitten in die Stirn oder auch mal von hinten durch die Brust in's Auge.

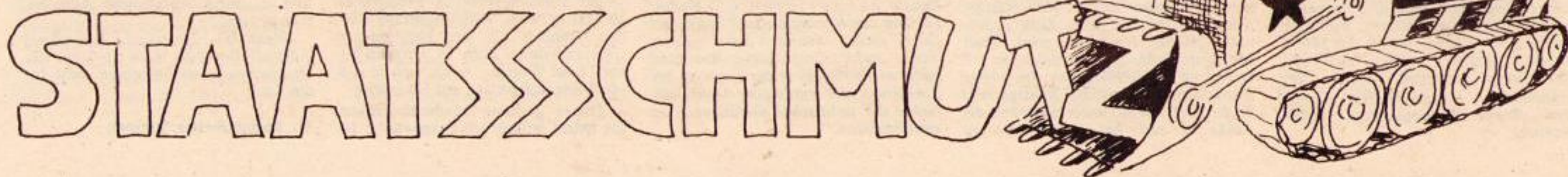
Und Broder? Weil das alles s o ist, lebt er seit seiner Verhaftung gefährlich. Und zwar exakt so gefährlich, wie der Schriftsteller Hendrik Bicknaese. D e r wurde 1976 unschuldig verurteilt, saß in Köln-Ossendorf ein, traf dort P.P. Zahl, schloß sich dessen und anderer Hungerstreik an, leistete sich als Schriftsteller radikale Staats- und Justizkritik, kümmerte sich nach seiner Entlassung aus der U-Haft um Gefangene, wurde — quasi als letzte Warnung nun doch, politisch motiviertes Fehlurteil hin oder her, endlich Ruhe zu geben — von der Uni Göttingen gefeuert; und er, dieser Hendrik Bicknaese entzog sich 1978 dem (Rest) strafantritt von 11 Monaten. Er lehnte es ab, für nichts in den Knast zu gehen, nochmals, vermutlich gar unter den allseits bekannten Privilegierten-Haftbedingungen von Herolds Gnaden für Staatsfeinde, wo das Wiederaufnahmeverfahren von den Fakten her erfolgversprechend schien. Also begab er sich ins Ausland, um dort in Ruhe den Fortgang dieses Verfahrens abzuwarten. Nicht etwa versteckt, klandestin, konspira-tief tauchte er unter, nein, er lebte im Haus seiner italienischen Frau (Provincia di Varese, Val Veddesca, „Casa Morandini“); arbeitete h o c h o f f i z i e l l für den Züricher eco-Verlag als Lektor und Herausgeber; reiste im Rahmen dieser Tätigkeit x-mal nach Zürich und wieder zurück — und wurde schließlich am 29.3.1979 morgens gegen 6 Uhr von einem aberwitzigen Aufgebot italienischer und deutscher Herren des Morgengrauens verhaftet. Als „Top-Terrorist“! Danach überführten sich die Schlagzeilen. Keine als „Top-Terrorist“! Danach überstürzten sich die Schlagzeilen. Keine Vermutung, keine Spekulation war abwegig genug, um nicht WILD-artikeld verbreitet zu werden. Vom „Corriera della Sierra“, über „La Stampa“, „Il Giorno“ und „Neue Züricher Zeitung“ bis zur „FR“ und anderen fdGO-geachteten Blättern auf BRD-Seite. Bicknaese kann sich dagegen nicht wehren, soweit überhaupt Gegenwehr möglich wäre, denn er sitzt in Varese, ohne Besuchs- und Anwaltskontakt, im Knast. 41 Tage lang. Dann, am 8.5.1979 wird er entlassen. Keine Auslieferung, keine Ausweisung, keine Abschiebung und noch weniger ein Ermittlungsverfahren. Nichts blieb von 'Top-Terroristen', außer ein möglicherweise endgültig ruiniertes Ruf. Öffentliche Rehabilitation? Nicht doch, wo kämen wir hin in diesem Rechtsstaat, wenn die Berufsverfassungsverbrecher ihre eigene Arbeit sabotieren würden! Es s o l l schließlich was hängen bleiben, wozu sonst der Aufwand.

Inzwischen versucht Bicknaese selbst, seine Rehabilitation zu erreichen. In einem seitigen Brief an Heinrich Boge (BIM, Polizeiabteilung) protestierte er am 20.5.1979 „gegen die Rufmord-Kampagne“, gegen „die mit System verbreiteten bössartigen Verleumdungen.“ „Sie stammen aus Dateien des BKA oder des BfV oder aus Pullach“, meint er. Aus denen des BKA und des BfV, sagt der Verfasser, wissend, daß Hendrik Bicknaese mit P.P. Zahl, anderen und ihm korrespondierte, (die den Maßnahmen der sog. Haftlingsüberwachung unterliegen), deren gesamte ein- und ausgehende Post im Rahmen dieser „Maßnahmen“ seit Jahren via Computervordruck von den Gefängnisensoren rechtswidrig via LKAs an BKA und BfV gemeldet und dort gespeichert wird. Und damit schließt sich der Kreis! Lange vor seinem Beleidigungsprozeß war auch Henryk M. Broder in der Wiesbadener TE-Sympathisanten-Diffamierungszentrale gelandet. Da war's ein Briefwechsel mit P.P. Zahl allein. „Alles gelöscht“, verkündete BIM Baum als die Sache ruckbar wurde. Genau deshalb wurde auch ein Leserbrief des Verfassers v. 28.4.1979 an die „FR“, in dem er den Beweis zu erbringen versuchte, daß — und weshalb — die ministerielle Auskunft gar nicht stimmen konnte, wochenlang von den höheren Vollzugsbehörden festgehalten und erst weitergeleitet, als mit Strafanzeige wegen Unterschlagung gedroht wurde. Es war einigen Herrschaften peinlich, daß in diesem Brief zu genau und wahrheitsgetreu geschildert wurde, auf welchem Wege des Verfassers Korrespondenzpartner in die diversen Dateien gelangen. Haben sie doch, ganz Rechtsstaat, die Details extra als „VS-vertraulich!“ deklariert. (Dem Verfasser waren und sind sie dennoch bekannt ...). Broders Name befindet sich weiterhin in den Dateien und da zwischenzeitlich seine staatskritische Gesinnung auch noch gerichtsnotorisch wurde, lebt er — wie bereits gesagt — ziemlich gefährlich. Er ist nicht der einzige. Die meisten wissen es nur nicht. Am Beispiel Hendrik Bicknaeses können sie's allerdings lernen. Da demonstrierte Das par excellence wie man kritische Schriftsteller zu Terroristen umfunktioniert. Angesichts anderer exemplarischer Schema-F-Ereignisse drängt sich die Frage auf, was wäre geschehen, wenn Bicknaese nicht zufällig Besuch von Freunden gehabt hätte ...

Und noch etwas muß konstatiert werden: Vor einem Schulterzucken ist dringend zu warnen! Die Namen sind beliebig austauschbar. Broder oder Bicknaese oder Heinz Jacobi oder, oder, oder. Wenige sind's, die in diesem Land hier und heute noch über den Nimbus der Unantastbarkeit verfügen. Die fortgesetzte Hinrichtung des Hendrik B. geht daher alle etwas an, die sich kritisches Denken nicht verbieten lassen wollen. Wenn es nicht gelingt, für eine öffentliche Rehabilitation Bicknaeses zu sorgen, wird über kurz oder lang jede systemkritische Stimme in der BRD kriminalisiert werden können, bis hin zur einstweiligen Erschießung.

Wie sagte Prof. Carlo Schmidt schon 1954? „Man kann einen Menschen auch mit anderen Mitteln fertigmachen als mit Konzentrationslagern.“

Dem wäre nichts hinzuzufügen ...





Berufsverbot für Anwalts - kollektiv in Bern

Nun ist es offenbar auch in der Schweiz soweit: linke Anwälte, die die Verteidigung in „Terroristen-Prozessen“ übernehmen, müssen mit Repressalien, öffentlicher Verkettung bis hin zum Berufsverbot rechnen.

In diesem Sinne wurde kürzlich an den vier Verteidigern von Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller von der Berner Anwaltskammer ein „Exempel statuiert“. Die vier Anwälte aus Zürich, Gian Danuser, Bernhard Rambert, Edmund Schönenberger und Hans Zweifel, die im bekannten Züricher Anwaltskollektiv zusammenarbeiten, haben für den Kanton Bern Berufsverbot erhalten. Nach dem bernischen Anwalts-gesetz von 1840 (!), auf das sich das Verfahren gegen die Anwälte stützt, wird ihnen vorgeworfen, sich nicht der „Würde des Anwaltsstandes“ entsprechend verhalten zu haben. Was die Würde des gesamten Standes so sehr beschmutzt haben soll, hört sich vergleichsweise banal an: Die Anwälte hatten angesichts einer Presseberichterstattung über den Kröcher/Möller-Prozess, die auf eine Vorverurteilung hinausläuft, eine eigene Informationsarbeit für die Öffentlichkeit aufgenommen, Presseerklärungen herausgegeben und Pressekonferenzen abgehalten. Hauptsächlich dieser Schritt in die Öffentlichkeit zur Information über das Prozeßgeschehen ist für die Anwaltskammer der Anlaß, den Betroffenen ihr Anwaltspatent zu entziehen. Darüber hinaus lastet man ihnen an, die menschenvernichtenden Haftbedingungen ihrer Mandanten angegriffen zu haben, die auch von drei unabhängigen ärztlichen Gutachten als „in der Form nicht verantwortlich“ (zit. n. Focus 108, 6/79) bezeichnet wurden; außerdem hätten die Anwälte ein „unsachliches“ Schreiben an den Präsidenten der Kriminalkammer geschickt und bei einer Verhandlung den Gerichtssaal verlassen, ohne den Präsidenten des Gerichts zu

fragen (alle Angaben nach „focus“ 108). Die Vorwürfe laufen also durchaus nicht darauf hinaus, den Anwälten eine „kriminelle“ Zusammenarbeit mit ihren Mandanten vorzuwerfen, sie nach dem in der BRD üblichen Muster als „Sympathisanten“ zu kriminalisieren, sondern allein diese z.T. eher lächerlich anmutenden Anschuldigungen reichen schon für die Verhängung eines Berufsverbotes. Besondere Bedeutung gewinnt der Spruch der Anwaltskammer noch dadurch, daß im Kanton Zürich ebenfalls ein Disziplinarverfahren gegen das Anwaltskollektiv eingeleitet wurde und dort nun ein ähnliches Ergebnis zu erwarten ist. Damit wäre den Anwälten in der gesamten Schweiz die Ausübung ihres Berufes untersagt, für linke und oppositionelle Kräfte in der Schweiz eine wichtige Stütze in der Auseinandersetzung mit der Justiz ausgeschaltet.

Schweiz-Kommission

Faller muß nicht angestellt werden

Freiburg. Vom Landesarbeitsgericht aufgehoben wurde das erstinstanzliche Arbeitsgerichtsurteil im Fall Kurt Faller. Im November '78 hatte das Arbeitsgericht Freiburg entschieden, das Land Baden-Württemberg müsse den wegen seiner DKP-Funktionen aus dem Beamtenverhältnis entlassenen Sonderschullehrer als Angestellten weiterbeschäftigen. Das Landesarbeitsgericht entschied nun, daß für Beamten und Angestellte „die gleichen Maßstäbe für die Treuepflicht gegenüber dem Staat zu gelten haben“ („Badische Zeitung“, 28.6.79).

Fallers Anwalt kündigte Revision beim Bundesarbeitsgericht in Kassel an.

KB/Freiburg

NRW: Erklärungsmodell — Nein Danke!

Anfang Juni 79 beschloß die NRW-Landesregierung, ab Herbst 79 die Regelanfrage beim Verfassungsschutz über die „Verfassungstreue“ von Bewerbern für den öffentlichen Dienst durch das sogenannte „Erklärungsmodell“ zu ersetzen. Im Zuge dieses Modells sollen alle Revisionen der NRW-Behörden gegen Arbeits- und Verwaltungsgerichtsurteile zu Gunsten der Betroffenen in 2. Instanz zurückgezogen und die Verfahren nach dem „Erklärungsmodell“ durchgeführt werden. Während einer zunächst auf zwei Jahre begrenzten Erprobung des neuen Verfahrens sollen alle Bewerber — egal, ob künftige Angestellte oder Beamte — folgende Erklärung akzeptieren: „Ich bin über meine Pflicht zur Verfassungstreue und darüber belehrt worden, daß die Teilnahme an Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder gegen ihre grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, mit den Pflichten eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes unvereinbar ist. Auf Grund der mir erteilten Belehrung erkläre ich hiermit, daß ich meine Pflicht zur Verfassungstreue stets erfüllen werde, daß ich die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und daß ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Ich versichere ausdrücklich, daß ich in keiner Weise Bestrebungen unterstütze, deren Ziele gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind. Ich bin mir bewußt, daß beim Verschweigen einer solchen Unterstützung die Erneuerung der Abschuß des Arbeitsvertrages als durch arglistige Täuschung herbeigeführt angesehen wird.“

Arglistige Täuschung führt zur Zurücknahme der Ernennung/Anfechtung des Arbeitsvertrages“.

Erfährt die Behörde nachträglich über sog. „verfassungsförderliche Bestrebungen“, hat sie jetzt die Möglichkeit, die sofortige Entlassung auszusprechen. Gerichtlicher Widerspruch hat dabei keine aufschiebende Wirkung.

Auf diese Weise lassen sich Berufsverbote erheblich einfacher und schneller durchziehen. Für die Betroffenen handelt es sich eindeutig um eine Verschärfung der Berufsverbotspraxis.

Aber auch die Anfragen beim Verfassungsschutz sind durch das „Erklärungsmodell“ beileibe nicht vom Tisch: Sollte sich nämlich ein Bewerber weigern, die genannte Erklärung zu unterschreiben oder sollten der Behörde Anhaltspunkte über „mangelnde Verfassungstreue“ des Bewerbers vorliegen (woher hat sie die wohl?), dann wird wie eh und je beim Verfassungsschutz angefragt. Allerdings hat der Bewerber dann wenigstens noch die Möglichkeit, sich gerichtlich dagegen zu wehren. D.h. aber auch umgekehrt, daß sog. „Verfassungsfeinde“ zur Selbstanklage gezwungen werden sollen.

Zur „Abschaffung“ der Regelanfrage wurde von NRW-Ministerpräsident Rau auch ganz deutlich ausgeführt, daß es wenig sinnvoll gewesen sei, wenn bei der Überprüfung von mehreren 10.000 Bewerbern nur 40 „Verfassungsfeinde“ entdeckt worden seien („Neue“, 8.6.79). Daran zeigt sich ganz deutlich, daß es weniger um eine „Liberalisierung“ der Berufsverbote als vielmehr um eine Rationalisierung der bisherigen Überprüfungspraxis geht.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbotemeldungen

Stuttgart. Noch ein Fall aus Baden-Württemberg. Das Arbeitsgericht Stuttgart hat die Klage des Realschullehrers Heinz S. auf Einstellung in den Schuldienst zurückgewiesen, und zwar durchaus auf der Basis der „Liberalisierung“ des Radikalerlasses: Der vom Land Baden-Württemberg erhobene Vorwurf mangelnder Verfassungstreue wegen Mitgliedschaft in der DKP wird vom Gericht zurückgewiesen. Aber: S. habe eine Kreismitgliederversammlung der DKP geleitet und verschiedene Referate für die DKP gehalten. Darin sieht das Gericht „...über die bloße Mitgliedschaft in der DKP und im MSB Spartakus sowie über die Kandidaturen für diese Organisationen hinausgehende Umstände, aufgrund derer der Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen begründet erscheint.“ Logisch, nicht wahr!

NRW. Mehrere positive Arbeitsgerichtsurteile gab es wiederum in Nordrhein-Westfalen. Das Arbeitsgericht Köln verurteilte das Land, die Lehrerin Irmgard C. als Angestellte in den Schuldienst zu übernehmen. Das Landesarbeitsgericht Hamm wies das Be-

rufsverbot gegen die Lehrerin Irene J. zurück und ließ hierbei auch keine Revisionsmöglichkeit für das Land mehr zu. Das LAG Düsseldorf entschied schließlich, daß das Land den Lehrer Herbert H. bis zur Entscheidung im Hauptverfahren weiterbeschäftigen habe. Allen dreien war DKP-Mitgliedschaft vorgeworfen worden. Wie die „UZ“ meldete, haben die Landesarbeitsgerichte in NRW bereits in 18 Fällen Berufsverbote zurückgewiesen.

Drei neue Berufsverbotsfälle wegen Mitgliedschaft, Zusammenarbeit oder Teilnahme an Veranstaltungen der „KPD“ meldet die „Rote Fahne“ vom 26.6. aus München, Westberlin und Neustadt an der Weinstraße. In einem der Fälle wies das Landesarbeitsgericht Westberlin inzwischen das Berufsverbot gegen die Erzieherin Bettina M. zurück. Revision ist allerdings noch möglich.

Frankfurt. Eine Klage gegen den hessischen Kultusminister Krollmann vor dem hessischen Staatsgerichtshof hat die CDU-Fraktion im hessischen

Landtag angekündigt. Grund: Krollmann habe „schuldhaft Verfassung und Gesetz verletzt“, weil er unter dem Zwang gerichtlicher Entscheidungen die Lehrerin Silvia Gingold mit einem befristeten Angestelltenvertrag auf der Basis von Teilzeitarbeit vorübergehend eingestellt hat. Weil er Silvia Gingold wegen ihrer Europawahl-Kandidatur für die DKP nicht mit „dienstrechtlichen Maßnahmen“ belegt habe, habe der Minister seinen Amtseid verletzt.

Lüneburg. Dem Lüneburger Lehrer Frieder K. wurde von der niedersächsischen Anhörungskommission neben seiner Mitgliedschaft in der DKP auch die Teilnahme an einer Protestaktion gegen eine Nazi-Veranstaltung vorgehalten. Gegen ihn war ein Ermittlungsverfahren wegen „Störung einer öffentlichen Versammlung“ eingeleitet worden, das allerdings wieder eingestellt werden mußte. Wenns auch für eine Verurteilung nicht reicht, für ein Berufsverbot scheint anti-faschistische Betätigung allemal zu reichen.

Berufsverbotekommission

Berufsverbot wegen zu guter Noten?

Tuttlingsen. Wegen seiner Ablehnung der herkömmlichen Noteengebung steht jetzt ein Deutsch-Lehrer am Otto-Hahn-Gymnasium in Tuttlingsen unter massivem Beschuß.

Ernst Köhler, früher Dozent an der Konstanzer Uni, jetzt angestellter Deutsch-Lehrer mit Teilzeitvertrag, praktiziert auch in der Schule Erkenntnisse fortschrittlicher, an den Interessen der Schüler orientierter Pädagogik. Er bewertet Schülerarbeiten ausschließlich mit „gut“ oder „befriedigend“, um den Leistungsdruck zu mildern und um den unterschiedlichen Voraussetzungen der Schüler gerecht zu werden.

Daß hier ein Lehrer auch praktische Kritik am herrschenden Noten-

system zu üben wagte, rief massive Reaktionen seiner Vorgesetzten hervor. Nachdem Oberstudiendirektor Roland Fischer sich längere Zeit vergebens bemüht hatte, Köhler auf den bestehenden Notenkurs zu trimmen, alarmierte er das Oberschulamt. Köhlers Verhalten bezeichnete er als „einen Alleingang, der schlecht eine Verletzung der Dienstpflicht darstellt“ (nach: „Badische Zeitung“, 29.6.79).

„In diesem Sinne hat auch die Aufsichtsbehörde in Freiburg alles darangesetzt, Köhler zum ‚Widerruf‘ zu bewegen — verbunden mit der unvorhergesehenen Drohung, eine Weigerung hätte die Entlassung zur Folge“

(„BZ“, 29.6.79). Köhler wurde zum Oberschulamt zitiert, wo von ihm eine „schriftliche Aussage über sein weiteres Vorgehen“ gefordert wurde.

In seiner von ihm auch veröffentlichten Stellungnahme wies Köhler diesen Kontrollversuch des OSA zurück und beharrte auf seiner Freiheit in der Noteengebung, für die er auch ausdrückliche Rückhalt bei Schülern und Eltern hat. OSA-Präsident Kinder, der sich bereits in einer Reihe von Berufsverboteverfahren einen Namen gemacht hat, deutete schon vor der offiziellen Entscheidung an, daß hier wohl wieder ein Berufsverbot am Platze sei.

KB/Freiburg

16 Berufsverbotefälle weiter in der Schwebe

Wie wir in AK 155 u. 156 berichteten, hat es in Hamburg heiße Auseinandersetzungen um die Verbeamtung von 16 linken Lehrern gegeben. Nachdem die Deputation der Schulbehörde der Verbeamtung zugestimmt hatte, brachte die CDU die Sache in die Bürgerschaft und forderte den Rücktritt von Schulsenator J. Grolle, den sie als Wegbereiter von Kommunisten im Hamburger Schuldienst bezeichnete.

Nachdem diese Hürden überwun-

nen Termin wurde noch nicht genannt. Damit ist der für die 16 Betroffenen schon lange unerträgliche Zustand der Ungewißheit noch weiter verlängert worden. Ein Lehrer, dessen Angestelltenvertrag nur bis zum 31.7.79 läuft, muß sogar mit seiner Entlassung rechnen.

Zum Hintergrund der Verschiebung einer Entscheidung im Beamtenernennungsausschuß ist noch anzumerken, daß dieser sich am 1.7.79 in einer neuen Zusammensetzung konsti-

Auf einer Vertrauensleuterversammlung der Hamburger GEW erklärte der 2. Vorsitzende P. Daschner: „Für die Betroffenen hat sich in Hamburg seit der Ankündigung einer Liberalisierung der Einstellungspraxis noch nichts geändert!“ und weiter: „Wir können nicht in den Jubel einstimmen, in den einige schon verfallen sind.“

Der GEW-Landesvorstand hat als Reaktion auf die erneute Verzögerung der Verbeamtung der 16 Lehrer einen

16 Berufsverbotefälle weiter in der Schwebe

Wie wir in AK 155 u. 156 berichteten, hat es in Hamburg heiße Auseinandersetzungen um die Verbeamtung von 16 linken Lehrern gegeben. Nachdem die Deputation der Schulbehörde der Verbeamtung zugestimmt hatte, brachte die CDU die Sache in die Bürgerschaft und forderte den Rücktritt von Schulsenator J. Grolle, den sie als Wegbereiter von Kommunisten im Hamburger Schuldienst bezeichnete.

Nachdem diese Hürden überwunden waren, sollte am 27.6.79 der Beamtenernennungsausschuß (in Hamburg hat der Senat die Kompetenz der Verbeamtung an dieses Gremium delegiert) endgültig über die Verbeamtung entscheiden. Dieser traf sich auch zum vorgesehenen Termin, vertagte sich jedoch wegen nicht näher benannter Unstimmigkeiten. Ein

neuer Termin wurde noch nicht genannt. Damit ist der für die 16 Betroffenen schon lange unerträgliche Zustand der Ungewißheit noch weiter verlängert worden. Ein Lehrer, dessen Angestelltenvertrag nur bis zum 31.7.79 läuft, muß sogar mit seiner Entlassung rechnen.

Zum Hintergrund der Verschiebung einer Entscheidung im Beamtenernennungsausschuß ist noch anzumerken, daß dieser sich am 1.7.79 in einer neuen Zusammensetzung konstituiert. Es mag sein, daß die Mitglieder des alten Ausschusses nicht zum Schluß ihrer Amtszeit noch solche heiße Entscheidungen treffen wollten. Wahrscheinlicher ist, daß die CDU-Mitglieder im Ausschuß weitere Informationen angefordert haben, um hiermit eine weitere Kampagne zu initiieren.

Auf einer Vertrauensleuterversammlung der Hamburger GEW erklärte der 2. Vorsitzende P. Daschner: „Für die Betroffenen hat sich in Hamburg seit der Ankündigung einer Liberalisierung der Einstellungspraxis noch nichts geändert!“ und weiter: „Wir können nicht in den Jubel einstimmen, in den einige schon verfallen sind.“

Der GEW-Landesvorstand hat als Reaktion auf die erneute Verzögerung der Verbeamtung der 16 Lehrer einen Brief an die zuständigen Stellen geschrieben und eine Presseerklärung herausgegeben, in denen er heftig gegen die Vertagung protestiert und die Verbeamtung aller 16 Kollegen fordert.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Nach vier Jahren freigesprochen Berufsverbot besteht weiter

Am 14.6.79 wurde der Hamburger Studienrat Gerd Heide vom Landgericht Hamburg vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen. Die Anklage warf G.H. vor, am 9. und 12. Mai 1975 (!) dadurch Hausfriedensbruch begangen zu haben, daß er an diesen beiden Tagen entgegen dem Verbot des Landesschulrats Neckel das Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer in Hamburg betreten hatte, an dem er zu dem Zeitpunkt bereits seit über fünf Jahren unterrichtet. Zusammen mit dem Hausverbot war damals eine sofortige Suspendierung vom Unterricht ausgesprochen worden; das Hausverbot hatte sich sogar auf alle Hamburger Schulen erstreckt. Grund für diese absolute Ausschlussmaßnahme war die Tatsache, daß Gerd Heide eine Klassenarbeit zum Thema Vietnam hatte schreiben lassen, bei der die Fragestellungen Parteilichkeit für das kämpfende vietnamesische Volk ausdrückten.

Den Widerspruch Gerd Heides gegen Hausverbot und Suspendierung hat die Behörde bis heute — vier Jahre nach ihren Verboten — noch nicht bearbeitet; stattdessen leitete sie ein disziplinarisches Ermittlungsverfahren mit dem Ziel ein, den Lehrer endgültig aus dem Dienst zu entfernen. Wie dieses Disziplinarverfahren gehandhabt worden ist und offensichtlich auch weiterhin gehandhabt werden soll, ist eine einzige Un-

gläublichkeit: Bis zum Sommer '78 (also in drei Jahren) hatte die Behörde es noch nicht einmal fertiggebracht, eine sogenannte Anschuldigungsschrift fertigzustellen. Das geschah erst, nachdem die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichtes Hamburg eine Frist für die Erstellung einer solchen Schrift gesetzt hatte. Diese Anschuldigungsschrift greift zum altbewährten Mittel des Vorwurfs der Unterstützung einer „verfassungsfeindlichen Organisation“; dieser stützt sich darauf, daß Gerd Heide im Herbst '76 (also ein Jahr nach seiner Suspendierung) für die „KPD“ kandidiert hatte.

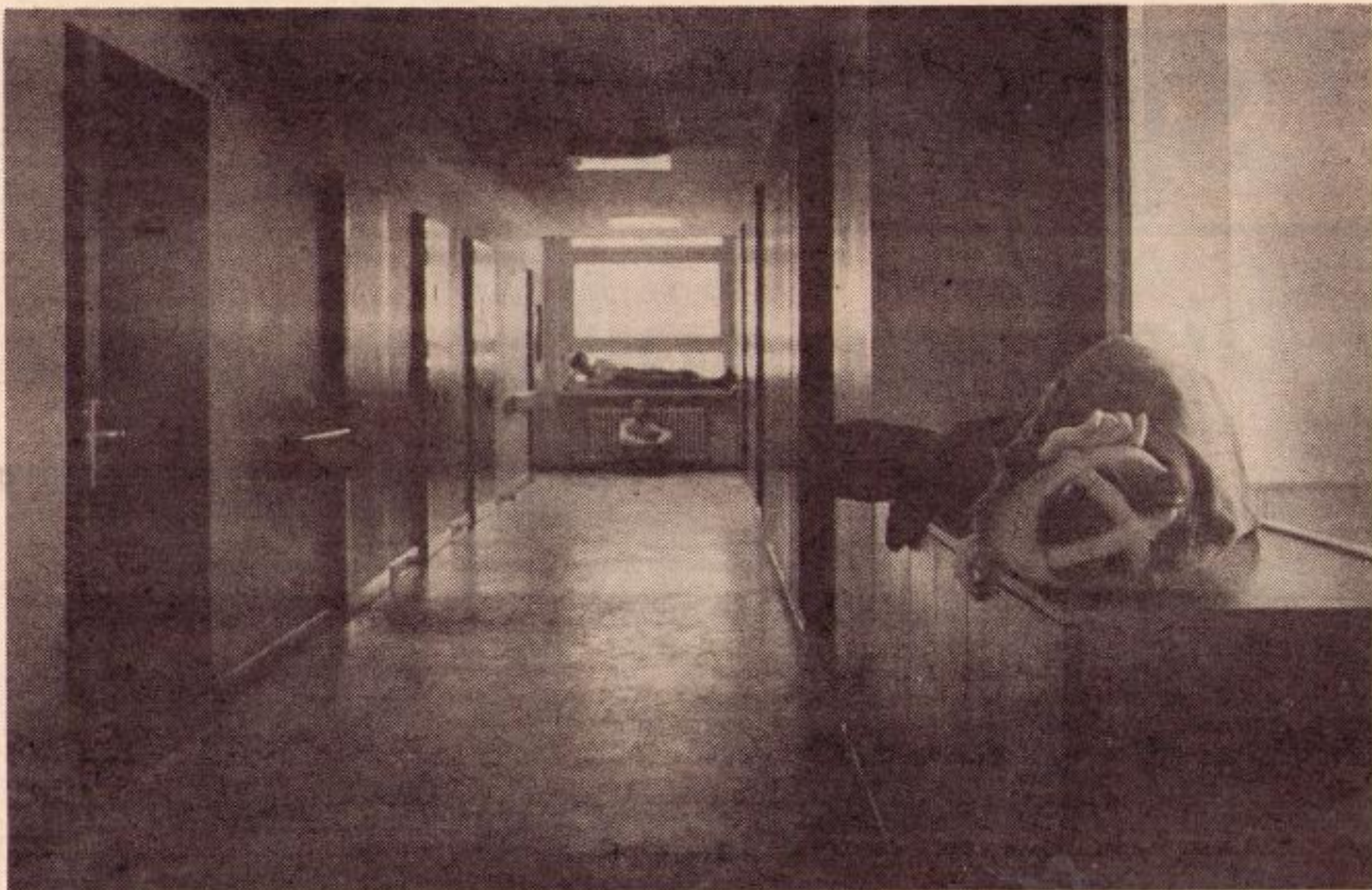
Obwohl seit Erstellung dieser Schrift nun schon wieder ein Jahr verstrichen ist, ist bis heute ein Termin für eine Verhandlung vor der Disziplinarkammer des Hamburger Verwaltungsgerichtes nicht einmal angesetzt worden. Gerd Heide ist damit seit vier Jahren suspendierter Lehrer mit halbierten Bezügen, dem jetzt aber immerhin wieder das Betreten Hamburger Schulen erlaubt ist (vielleicht wird ihm ja erlaubt, sich als Schüler anzumelden).

Vor dem Amtsgericht Hamburg war Gerd Heide noch für den angeblichen Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von 1500,- DM verurteilt worden. Wohl in der Hoffnung, daß vor dem Landgericht dieses Urteil bestätigt würde, hatte das Dis-

ziplinargericht am 23.4.79 den Beschluß gefaßt, das Disziplinarverfahren so lange auszusetzen, bis das „Hausverbotsurteil“ rechtskräftig wäre. Gegen diesen Beschluß hat Gerd Heide logischerweise Beschwerde eingelegt.

Da Gerd Heide nun von dem Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen worden ist, wird die Disziplinarkammer sich etwas Neues einfallen lassen müssen. Hält sie an ihrem Beschluß fest, würde das möglicherweise einen Entscheidungsaufschub von vier bis sechs Jahren bedeuten, da der Staatsanwalt gegen das positive „Staatsverbotsurteil“ des Landesgerichtes Revision beantragt hat. Damit steht bevor: Der Revision des Staatsanwaltes wird stattgegeben, das Verfahren kommt noch einmal vors Landgericht, das Langericht verurteilt Gerd Heide im zweiten Anlauf, Gerd Heide würde Revision beantragen, das Urteil würde möglicherweise bestätigt. Wäre das schließlich abgeschlossen, würde das Disziplinarverfahren selbst mindestens noch zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Summa summarum würde Gerd Heide bereits zehn Jahre faktisch Berufsverbot haben, bevor er möglicherweise ein gerichtlich bestätigtes bekommt. Das dürfte dann bundesrepublikanischer Rekord sein. Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



Hamburger Alsterdorfer Anstalten, Wachsaa 21: Hier werden Schwerstbehinderte, ebenso wie Suizidgefährdete, Ausreißer und Unangepasste ohne Unterschied hinter Panzerglastüren eingesperrt. Hier gibt es keine Anregung mehr — Endstation eines verwahrten Lebens.

Protest gegen das Psychiatrieuwesen

Die Dortmunder Selbsthilfe (DSH), die Bielefelder Selbsthilfe (BIS) und die Beschwerdestelle für psychisch Kranke in Münster hatten für den 20.6. zu einer Protestkundgebung in Münster aufgerufen. Anlässlich einer Landschaftsversammlung wollten sie ihren Protest gegen die menschenunwürdigen Zustände in den psychiatrischen Landeskrankenhäusern des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe deutlich machen.

Die (bekanntgewordenen) Zustände stinken seit langem zum Himmel: — Jürgen Bartsch, verurteilter Sexualtäter, wurde im April 1976 im Landeskrankenhaus Eickelborn kastriert. Aus der Narkose erwachte er nicht mehr.

Eine Woche vor ihm war eine 32-jährige „Patientin“ auf demselben OP-Tisch zu Tode gekommen.

— Ebenfalls aus Eickelborn wurde rund zwei Jahre später ein medizinisches Massenexperiment bekannt. 110 Patienten, die wegen „fehlender oder verminderter Zurechnungsfähigkeit“ zwangseingewiesen worden waren, wurden mit einem bis dahin ungetesteten(!) Hormonpräparat der Firma Schering zum Zwecke der medikamentösen Kastration „behandelt“!

— Im LKH Brauweiler starb die infolge einer Gehirnoperation behinderte 20-jährige Marion Masuhr an einer Überdosis stark dämpfender Psychopharmaka. Brauweiler mußte nach Aufdeckung vieler weiterer völlig haltloser Zustände geschlossen werden.

Die DSH hatte Material über Zwangssterilisierungen im „Sozialwerk St. Georg“ im Sauerland und über Medikamentenmißbrauch in verschiedenen Landeskrankenhäusern gesammelt und Strafantrag wegen Veruntreuung und Unterschlagung von Pflegegeldern gegen den Direktor des „Sozialwerkes St. Georg“, Henne-meyer gestellt. Bisher wurden jedoch alle Beschwerden formal abgewiesen oder die Ermittlungen verschleppt.

Ziel von DSH und BIS ist es, Patienten und Insassen aus „Irrenhäusern“ und Heimen herauszuholen und sie in Arbeits- und Wohnkollektiven zusammenzufassen. Durch diese Arbeit praktizieren die Initiativen täglich ein Stück Anti-Psychiatrie („Die Neue“, 21.6.79).

— Für das Landeskrankenhaus Düren (zwischen Köln und Aachen) wurde Ende März ein Aufnahmestopp beschlossen. Vorausgegangen waren die Selbstmorde zweier Insassen, die auf diese Art gegen die menschenunwürdigen Zustände dort protestieren wollten, und ein Protestschreiben von 70 Ärzten, Psychologen, Schwestern und Pflegern der Klinik. Sie weigerten sich, „die Verantwortung für die Folgen der derzeitigen Behandlung zu übernehmen“ („Die Neue“, 27.6.79).

Daraufhin sank die Zahl der Aufnahmen innerhalb eines Monats von 260 auf 160 Personen. Die Aufnahmeärzte versuchen, für die abgewiesenen Patienten ambulante Behandlungsmöglichkeiten zu finden. Die dafür angesprochenen Sozial- und Gesundheitsämter, Beratungsstellen und Wohlfahrtsverbände sind nicht gerade begeistert von dieser Entwicklung: „Bisher waren die Landeskrankenhäuser Abschiebebahnhöfe für alle Problemfälle. Jetzt sind die Kommunen im Einzugsbereich des Landeskrankenhauses gezwungen, ambulante Behandlungsmöglichkeiten zu schaffen“ („Die Neue“, 27.6.79).

Großen Anteil am Aufdecken der Skandale in Düren hat die „Sozialistische Selbsthilfe Köln“ (SSK), die dafür in einigen Landeskrankenhäusern Hausverbot erhielt. Den Patienten werden SSK-Flugblätter weggenommen und Zettel mit Adressen des Beschwerdezentrums beschlagnahmt. Krankenpfleger wurden wegen „konspirativer Kontakte“ zum SSK unter Druck gesetzt. Dazu erklärte SSK-Anwalt Hartmann: „Patienten von Nervenkliniken haben in Deutschland noch weniger Rechte als Strafgefangene“ („Stern“, 12/79).

Nazi-Psychiatrie?

In vielen Landeskrankenhäusern werden die psychischen Probleme mit chemischen Mitteln (Psychopharmaka) „gelöst“. In einem Sachverständigenutachten für einen in Köln geführten Prozeß heißt es dazu: „Die Dämpfungsmittel bestimmen weitgehend die Arbeitsbedingungen der Pfleger. Sie machen die Patienten zu

menschenunähnlichen Wesen... Sie bieten das abstoßende Bild von 'Irren'. Speicheltropfend und lallend bewegen sie sich mit schleppendem Gang dahin. Der chemische Nebel läßt sie quasi auf der Stufe von Tieren dahinvegetieren. Sie sind unfähig, sich zu artikulieren, untauglich als Gesprächspartner. Diese Entmenslichung setzt die Hemmschwelle des Personals zu „partikul“, diese entmenslichend setzt die Hemmschwelle des Personals zu Spott, Erniedrigung, Mißhandlungen und Ignorieren der Persönlichkeit der Unterbrachten weit herab. Sie fördert die Brutalisierung der Behandlung... Viele Pfleger haben eine solche Entwicklung mit Entsetzen an sich selbst beobachtet...“ („Die Neue“, 16.6.).

„Die Neue“ vergleicht diesen Prozeß „mit der Verrohung und Gefühlslosigkeit von Naziwächtern gegenüber jüdischen Lagerinsassen, die sie aufgrund andauernder Propaganda als Untermenschen ansahen und behandelten. (...) Liegt doch diesem Menschenbild eine 'therapeutisch-nihilistische Verwahrungspsychiatrie' zugrunde, die nach 1933 die Nervenanstalten beherrschte, und deren Anhänger auch nach Kriegsende zum Teil ihre Erblichkeitstheorie der Geisteskrankheiten und die Vorstellung von der Rassenhygiene ungehindert weiterverbreiten konnten“ (ebd.).

Einer dieser Männer schrieb 1936 in seiner Veröffentlichung „Rasse und Wahrheit“: „Das Recht muß daran mitwirken, daß ... stets den wertvolleren Erbströmen die Entfaltungsmöglichkeit gesichert wird. Das geschieht positiv durch Förderung der rassistisch wertvolleren Menschen, negativ durch Aussonderung der Entarteten“ (zit. nach „Die Neue“, 16.6.). Dieser Rassenhygieniker ist der NS-Karrierer Udo Klaus. Klaus war jahrelang, von 1954 bis 1975, Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland, eines der bedeutendsten westdeutschen LKH-Träger und als solcher u.a. oberster Dienstherr der Landeskrankenhäuser Düren und Brauweiler. Klaus hat „nicht nur eine entsprechende Personalpolitik betrieben, sondern gleichzeitig Ärzte, Pfleger, Therapeuten, Sozialbetreuer und Verwaltungen der Kliniken überwacht. Nach eigener Aussage setzt der Landschaftsverband Rheinland die Tradition seiner Vorläufer, der ehemaligen preußischen Provinzialverwaltungen fort“ („Die Neue“, 16.6.).

Der Zusammenhang zwischen den unhaltbaren, menschenunwürdigen Zuständen in diesen Landeskrankenhäusern und der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“ drängt sich damit auf. Die Zustände dürften somit Ausdruck davon sein, daß in diesen Bereichen bis heute nicht mit der NS-Tradition und -Vergangenheit gebrochen worden ist.

Übrigens lagert im Westberliner „Document Center“ noch immer das fast vollständige „Reichsärzte-Register“ mit Personalkarteien und anderen Unterlagen über die von 1933 bis 1945 tätigen Mediziner. „Die Bundesregierung könnte mit der Öffnung dieser Dokumente einen sehr guten Beitrag zur Reform der Psychiatrie leisten“ („Die Neue“, 16.6.).

Gesundheits-Kommission

Hamburger Ärzte gegen Bereitschaftsdienste — ein ganzes Anästhesisten-Team klagt

Nachdem bereits vor längerer Zeit zwei Ärzte des Allgemeinen Krankenhauses (AK) Heideberg (Junghanns und Limbrock, siehe AK 141 und 143) einen Prozeß gegen die Gesundheitsbehörde angestrengt hatten, klagt jetzt das ganze Anästhesisten-Team des AK Wandsbek.

Sie wollen nicht länger gezwungen sein, bis zu 32 Stunden hintereinander Dienst zu tun und das fünf bis siebenmal im Monat. Stattdessen fordern sie:

- Reduzierung der Bereitschaftsdienste auf vier pro Monat bzw. einen pro Woche;
- Begrenzung der maximalen Arbeitszeit auf 24 Stunden und eine mindestens 11-stündige Pause bis zum nächsten Dienst (d.h. nach dem Nachtdienst auf jeden Fall nach Hause gehen zu können);
- Freizeitausgleich für Nacht- und Wochenenddienst und
- Vergütung der Dienste als Überstunden, mindestens aber als Arbeitsbereitschaft.

Außerdem fordern die Ärzte/innen einen Schichtdienst auf der Intensivstation, die ebenfalls von den Anästhesisten betreut wird. Dort lag die Arbeitsbelastung während der Nachtdienste regelmäßig weit über 50%. Dieser Schichtdienst wurde inzwischen eingerichtet. Das hat jedoch zu einer erheblichen Mehrbelastung der für die Narkosen zuständigen Anästhesisten geführt: Bisher war je ein Kollege tags und einer nachts für die Intensivstation zuständig, jetzt sind fünf Kollegen im Schichtdienst. Statt zehn Kollegen machen jetzt sieben die Narkosen — steigende Arbeitsetze ist schon jetzt für alle deutlich spürbar. Die Einführung eines Schichtdienstes wird erst also dann zu einer Verbesserung, wenn zusätzliche Stellen ge-

schaffen werden! Deshalb fordern die Wandsbeker ebenfalls zwei neue Stellen.

Der erste Termin vor dem Hamburger Arbeitsgericht hat am 28.6. stattgefunden. Der Behördenvertreter machte den Vorschlag, den Ausgang des Limbrock-Prozesses abzuwarten (der sich nun schon 1 1/2 Jahre hinzieht!). Diese Verschleppungstaktik wurde von den Klägern zurückgewiesen. Der nächste Termin ist auf den 30.8. festgesetzt. Die ÖTV unterstützt die klagenden Ärzte.

Der Prozeß hat ein reges Echo in den Hamburger Krankenhäusern gefunden. Im Hamburger Abendblatt erschien bereits ein von 30 (!) Assistenzärzten des AK-Rissen unterzeichneter Brief mit einer zustimmenden Stellungnahme zum Vorgehen der Wandsbeker Kollegen. In vielen Abteilungen anderer Häuser ist durch diesen Prozeß die Diskussion über die immer schlechter werdende Versorgung in den Krankenhäusern neu entfacht worden. Blanker Zynismus dagegen ist die Stellungnahme der Hamburger Gesundheitsministerin Elstner: Wenn nur so wenige der 1.300 Hamburger Krankenhausärzte klagen, könne man daraus schließen, „daß bei der überwiegenden Zahl dieses Gefühl, sich bei der Behandlung von Patienten besonders belastet zu fühlen, nicht besteht“ (Hamb. Abendblatt, 25.6.).

Die neu belegte Diskussion auch über mögliche Gegenmaßnahmen hat zwar noch nicht Westberliner Ausmaße erreicht, wo die öffentliche Diskussion um die Gesundheitsversorgung hohe Wellen geschlagen hat, aber immerhin: Ein wichtiger Anfang ist gemacht.

Genossen aus dem Gesundheitsbereich KB / Gruppe Hamburg

Altenheimbewohner gegen neue „Heimmindestpersonalverordnung“

Wenn sich die neue „Heimmindestpersonalverordnung“ zum Maßstab für die Betreuung im Altenpflegeheim entwickeln sollte, sehen Mitarbeiter der Altenhilfe und Altenheimbewohner „die Grundrechte älterer Bürger auf Achtung der Würde des Menschen, auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ gefährdet.

Die Mindestverordnung sieht für jeweils fünf Altenheimbewohner, die bei den „Verrichtungen des täglichen Lebens“ ständig Hilfe brauchen, nur eine Pflegekraft vor, für alle übrigen Pflegebedürftigen soll ein Personalschlüssel von 1 : 20 gelten. Nach Aussagen des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (Köln) bedeutet der Personalschlüssel von 1 : 5 bei schweren Pflegefällen, daß in der Praxis „im Durchschnitt täglich nicht mehr als 45 Minuten für die pflegerische Versorgung eines erhöht oder schwer pflegebedürftigen, Tag und Nacht Aufmerksamkeit erfordernden Menschen bleiben. Damit sei nicht einmal die notwendige Grundpflege [insbesondere Körperpflege, Anziehen, Füttern] zu sichern.“

Vielmehr häuften sich zwangsläufig gefährliche Pflegesituationen, be-

dingt durch einen unangemessenen Tagesrhythmus (beispielsweise lange Nächte), Festbinden desorientierter Bewohner nachts oder am Tage, Weglaufen nicht hinreichend beobachteter, zeitweise verwirrter Bewohner, möglicher Mißbrauch von Beruhigungs-, Schlafmitteln und Psychopharmaka“ (Frankfurter Rundschau, 28.6.).

Die Mitarbeiter der Altenhilfe und die Altenheimbewohner, die zu einer Tagung der Sektion Altenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie zusammengekommen waren, wollen in einer Resolution an Bundesrat und Bundestag „ihre Bestürzung darüber mitteilen“, daß sich die Mehrheit des Bundesrates bei der Verabschiedung des „Heimmindestpersonalverordnung“ über die Bedenken der Wohlfahrtsverbände sowie von Experten, Institutionen und Betroffenen hinweggesetzt habe.

Sie streben, entsprechend einem Vorschlag des Gesundheitsministeriums, an, „daß für je vier pflegebedürftige Altenheimbewohner eine Pflegekraft beschäftigt werden muß“ (FR, 28.6.). Das scheint uns aber auch noch zu wenig.

Gesundheits-Kommission

Elektroschocks, Gehirnoperationen und Kastration bei Psychiatrie-Patienten in den Niederlanden verboten

Während in der Bundesrepublik hirnschädigende Elektroschocks und persönlichkeitsverändernde psychochirurgische Eingriffe noch immer ungestraft zum psychiatrischen „Therapie-repertoire“ gehören, hat jetzt die niederländische Regierung die Narrenfreiheit der Psychiater beendet. Nach einem Regierungsbeschluß sind Elektroschockbehandlung und die Persönlichkeit verändernde Gehirnoperationen an Patienten psychiatrischer Anstalten gestoppt worden. Auch Kastrationen und Sterilisationen von Psychiatrie-Patienten fallen unter dieses Verbot.

Wesentlichen Anteil an diesem in Hinsicht auf den Schutz von Psychiatrie-Patienten bisher einmaligen Schritt hatte das „Niederländische Komitee für Menschenrechte“ („Netherlands Committee for de Rechten van de Mens“), das den Einsatz von Elektroschocks als Bestrafungsmaßnahme nachweisen konnte und eine Liste von 10 000 Unterschriften für ein Verbot des Elektroschocks dem Gesundheitsministerium vorlegte.

Ein Genosse aus Hannover



Hexachlorophen — oder „Seveso“ in unseren Krankenhäusern

Die Autorin Jutta Dittfurth hat in AK 152 (S.22) aufgedeckt, daß das Supergift TCDD, das in Seveso zur Katastrophe führte, uns hier im Alltag begleitet: Spuren dieses Giftes sind in Hexachlorophen enthalten. Hexachlorophen ist eine aus Trichlorphenol zusammengesetzte Chemikalie, die als Desinfektionsmittel Deodorants, Seifen, Intimsprays und Mundwässern beigemischt ist. Dank der „Pflege“ mit einem Hexachlorophen-haltigen Babypuder mußten bis heute u.a. 30 Säuglinge in Frankreich an Gehirnentzündung sterben. Trotzdem werden in unseren Kliniken hexachlorophenhaltige Präparate wie das Kodan-Spray ungehemmt angewandt. Das zeigt der folgende Bericht, den uns ein Leser des ARBEITERKAMPF aus Marburg schickte. Eine Liste von Hexachlorophen-haltigen Arzneimitteln ist übrigens in AK 152, S.22 abgedruckt.

Betr. Hexachlorophen

Für einige Aufregung in den höheren Etagen der Uni-Kliniken Marburgs sorgte die Initiativgruppe Medizin (IGM) mit einem Brief zum Problem Hexachlorophen (Kodan-Spray...), der an verschiedene „Verantwortliche“ geschickt worden war. Diese Herren riefen daraufhin ständig bei dem Hygiene-Professor Knoll an, wie er in einem medizinischen Kurs mitteilte. Nach seinen Aussagen befindet sich auf der offiziellen Desinfektionsliste kein Hexachlorophen-Mittel. Auf vielen Stationen wird aber tatsächlich Kodantinktur verwendet, wie eine kurze Überprüfung der IGM ergab. Einige auf den Stationen angesprochene Ärzte reagierten mit Interesse, aber auch mit Lachsalven: Was wäre denn mit den Deo-Sprays? Die nicht-staatliche Elisabeth-Klinik reagierte mit einem wohlwollenden Schreiben: es würde kein Kodan-Spray verwendet, man wäre aber für diesen und künftige Hinweise dankbar.

Ein AK-Leser aus Marburg

Was ist ein Verstoß gegen die ärztliche Aufklärungspflicht?

Es ist weithin bekannt, daß die Patienten in westdeutschen Kliniken schlecht bis irreführend über ihre Krankheiten aufgeklärt werden. Dazu erklärte jetzt der Bundesgerichtshof, nur eine ausreichende Aufklärung wahre das unabdingbare Selbstbestimmungsrecht des Patienten.

„In dem Fall, der jetzt die Richter beschäftigte, war es um einen damals 23 Jahre alten Mann gegangen, dem man eine Gewebeprobe aus der Niere entnommen hatte (Nierenbiopsie). Es kam zu Nierenblutungen, auf deren Möglichkeiten ihn der Arzt hingewiesen hatte. Und es kam schließlich zum Verlust der Niere. Ob der Patient vom Arzt auch auf dieses Risiko (das sich in etwa 0,1% der Fälle verwirklicht) hingewiesen worden war, das müssen die Richter am Oberlandesgericht in Karlsruhe klären, an die der Fall zurückgewiesen worden ist“ (FAZ, 20.6.79).

Nicht geklärt wurde in diesem Fall offensichtlich die medizinische Notwendigkeit einer Nierenpunktion, die zumindest heftig umstritten sein dürfte. Auch das Risiko, dabei eine Niere zu verlieren, scheint uns zu niedrig angesetzt.

Dennoch betonte der BGH ausdrücklich, daß bei diagnostischen Eingriffen ohne therapeutischen Eigenwert allgemein strengere Anforderungen an die Aufklärung des Patienten über die damit verbundenen Risiken zu stellen sind.

In diesem Fall hätte der Arzt nach Ansicht der Karlsruher Richter gegen seine Aufklärungspflichten verstoßen, wenn er allein auf die Gefahr einer Nierenblutung, nicht aber auch auf ein darüber hinausgehendes Risiko hingewiesen hätte (Aktenzeichen, VI ZR 70/77).

Allerdings dürfte nach Meinung des BGH die ärztliche Aufklärung auch nicht zu weit gehen. Klärt der Arzt „brutal“ auf, kann er den Patienten verunsichern und von vielleicht „lebenswichtigen Eingriffen“ abhalten (nach „FAZ“, 20.6.79).

Gesundheits-Kommission

Spanien

Euskadi: Die Lage spitzt sich zu

Der Auslöser der Bombenserie an der spanischen, in diesen Monaten bereits vom Tourismus überfluteten, Mittelmeerküste, die derzeit in den meisten westeuropäischen Medien Schlagzeilen macht, war die Ermordung eines baskischen politischen Flüchtlings im französischen Teil des Baskenlandes (Bayonne). Die französische Regierung hatte auf Drängen der Regierung in Madrid den im französischen Baskenland lebenden politischen Verfolgten im Januar dieses Jahres den Status des politischen Flüchtlings entzogen und zahlreiche linke Basken — meist Sympathisanten oder Mitglieder der ETA — entweder direkt nach Spanien in die Hände der Polizei abgeschoben oder vorübergehend in entlegene Gebirgsdörfer „verbannt“.

Die baskischen Genossen sind seitdem quasi „Freiwild“ für Razzien der französischen Polizei und „Spezialkommandos“ der spanischen Faschisten bzw. der spanischen Polizei. Der jetzt getötete ETA-Anhänger soll das Opfer von spanischen Bullen geworden sein.

Gegen die Behandlung der exilierten ETA-Genossen hatte es in den letzten Monaten in Euskadi (Baskenland) schon zahlreiche militante Proteste gegeben. Der militärische Flügel von ETA (ETA/m) kündigte nach dem neuerlichen Mord eine „qualitativ neue Stufe im offensiven Kampf gegen die Interessen des französischen Staates“ an, und erklärte, daß bevorzugte Angriffsobjekte „alle französischen Transportmittel seien, zu Lande, zu Wasser oder in der Luft, sei es, daß sie dem Transport von Waren oder von Touristen dienen“. Ebenso wurden in dem Kommuniqué alle offiziellen oder privaten Firmenniederlassungen oder französische Banken in Spanien zum Angriffsziel erklärt. Die militärischen Aktionen würden laut ETA/m dann eingestellt, wenn den politisch Exilierten in Frankreich wieder der Asylstatus zuerkannt werde („El Pais“, 27.6.79).

Bei den zahlreichen Bombenanschlägen, die seitdem längs der spanischen Mittelmeerküste in den Touristenzentren passiert sind, kam bisher kein Mensch zu Schaden, lediglich zwei belgische Staatsbürger erlitten leichte Verletzungen bei einer Detonation am Strand von Marbella (bei Málaga).

Unter anderem wurde bisher ein französisches Handelsschiff im Hafen von San Sebastian zum Sinken gebracht, am 5.7. wurde die französische Nationalbank in Madrid durch eine Bombe schwer verwüstet. In der

Nacht zum 2.7. wurde der Schnellzug Paris-Madrid kurz vor der spanischen Grenze durch brennende Reifen zum Halten gezwungen und auf den unteren Teil der Waggonen Schüsse aus Maschinenpistolen abgegeben. Es wurde ganz offensichtlich jede Verletzung von Menschen vermieden. Im nördlichen Teil des Baskenlandes wurde die Polizeistation von Bayonne durch eine Sprengladung stark beschädigt. Verantwortlich erklärte sich in diesem Fall die nordbaskische Organisation „Iparretarak“ („Männer des Nordens“), die damit ebenfalls eine neue Qualität bewaffneter Aktionen einleitete („FAZ“, 3.7.79).

Hintergründe der Verschärfung der Kämpfe in Euskadi

Das baskische Autonomiestatut, das vom baskischen Generalrat ausgearbeitet wurde (dieser wird von allen politischen Parteien mit Ausnahme des radikalen „Heeri Batasuna“ getragen) wird von der regierenden Zentrumsunion (UCD) in fast allen Punkten abgelehnt. Die Autonomie-Debatte im Parlament und im Senat in Madrid wurde von der UCD mit einem Dokument eröffnet, in dem an allen inhaltlichen Autonomieforderungen „verfassungsrechtliche“ Einwände angemeldet wurden. So wird insbesondere die Forderung nach einer eigenen baskischen Polizei von UCD rundheraus abgelehnt. Und dies in einer Situation, in der gerade 43 baskische Gemeinde- und Stadträte geschlossen den stufenweisen Abzug der nationalen Polizei gefordert haben.

Im übrigen wird selbst dieses Autonomiestatut des baskischen Generalrats als „zu reformistisch und nicht weitgehend genug“ von der in Euskadi recht breit verankerten Strömung um „Herri Batasuna“ abgelehnt.

„Herri Batasuna“ hat vor kurzem einen Kongreß durchgeführt, der von der Polizei mit gezielten Straßensperren auseinander geschlagen werden sollte, was jedoch nur teilweise gelang, da die in über hundert Bussen und hunderten von PKWs anfahren den Teilnehmer einfach dort tagten, wo sie festgehalten worden waren. Auf diesem „denzentral“ durchgeführten Kongreß wurde die Ausarbeitung eines alternativen Autonomiestatuts beschlossen, das in spätestens zwei Monaten vorliegen soll.

Für Unruhe und Proteste unter der baskischen Bevölkerung sorgt schon

lange die Inhaftierung von über hundert baskischen Gefangenen (zumeist ETA-Kämpfern) in einem Gefängnis außerhalb von Euskadi, in Soria. Es kommen immer wieder Meldungen über miserable Behandlung dieser Gefangenen, über Folterungen, Verhinderung von Besuchen durch die Gefängnisverwaltung. Die Gefangenen haben schon Hungerstreiks zur Verbesserung ihrer Lage durchgeführt, jedoch bisher ohne Erfolg. Viele sollen sich nur noch mit Drogen und Schlafmitteln „aufrechterhalten“. Die Forderung nach Überführung dieser Gefangenen in baskische Gefängnisse wird seit Monaten auf Demonstrationen etc. erhoben.

Für weitere öffentliche Skandale sorgten Vorfälle der jüngsten Zeit: Jose Onaindia, Arzt und leitendes Mitglied der ETA-nahen Organisation HASI, war am 13.6. verhaftet worden, ihm wurde 8 Tage lang jeder Anwalts- noch sonstiger Besuch verweigert. Bei seiner Freilassung berichtete er über Folterungen, deren Spuren noch festzustellen waren. Er war sunnenlang mit Telefonkabeln auf den Kopf geschlagen worden, an den Haaren durch den Raum geschleift worden. „Bei mindestens zwei Verhören versetzten sie mir elektrische Schläge an den Schläfen und hinter die Ohren. Sie ließen mich kaum schlafen und einen Tag machten sie mit mir den 'quirolano'“. Diese Foltermethode besteht darin, daß der Gefolterte auf einen Tisch gelegt wird und mit dem Oberkörper über den Tisch rüberhängt, dabei wird auf ihn eingeschlagen. Die Bullen wollten aus ihm die Namen leitender Mitglieder seiner Organisation herausbekommen, wissen, ob er schon mal einen Verwundeten von ETA gepflegt habe und andere Dinge. Er wurde vor seiner Freilassung mit dem Tod bedroht, falls er von seinen Folterungen erzähle. Der Genosse berief nach seiner Freilassung eine Pressekonferenz ein.

„El Pais“, 22.6.79).

Auch gegen Verantwortliche für bestimmte Veröffentlichungen wurde in den letzten Wochen scharf vorgegangen. So wurden zwei Direktoren der baskischen Zeitung „Egin“ verhaftet und mit einer Kaution von 100 000 Peseten freigelassen, weil sie über Folterungen an einem Gefangenen berichtet hatten!

Mario Onaindia, dem Generalsekretär der baskischen linken Organisation EIA drohen drei Jahre Gefängnisstrafe, weil er im Februar 1978 in einem Artikel in der Lokalpresse zum Gedenken an zwei bei einer Straßen-

kontrolle erschossene ETA-Genossen von „Ermordung“ gesprochen hatte. Die Verurteilung von Linken nach dem Vorbild der berüchtigten BRD-Paragrafen „Staatsverleumdung“ oder „Verherrlichung von Gewalt“ setzt sich auch in Spanien zunehmend durch! Onaindia gehörte übrigens zu den im berühmten Burgos Prozeß zum Tode verurteilten ETA-Genossen...

Faschisten immer hemmungsloser

In Euskadi, aber auch immer mehr im übrigen spanischen Staat treten die militanten Faschisten immer frecher auf. Sie terrorisieren speziell Angehörige linker Organisationen. Am 18.6. zerstörte eine Bombe das Stadtbüro von MC/OIC fast vollständig. Die Bombe detonierte genau zwei Tage, nachdem MC/OIC mit einer Massenkampagne zur Illegalisierung der faschistischen „Fuerza Nueva“ begonnen hatte.

In Valladolid besteht seit Wochen eine gespannte Situation. Dort wurde gerade ein Prozeß gegen drei Schläger von „Fuerza Nueva“ durchgeführt. Die Anwältin der Anklage ist zugleich Provinzsekretärin von MC/OIC. Sie erhielt bereits mehrfache Morddrohungen. Die ganze Innenstadt ist voller Faschistenparolen gegen die „marxistischen Parteien“. Mehrere Molotow-Cocktails wurden von Faschisten schon in ein Lokal geworfen, in dem sich die Linken zu treffen pflegen. In eben diesem Lokal wurde dann von den politischen Parteien und Gewerkschaften am Ort (außer der Regierungspartei — versteht sich) eine Protestversammlung durchgeführt.

In Barcelona demonstrierten am 20.6. 2000 Menschen gegen den Terror der faschistischen Banden: Aufgerufen hatten MC, LCR und PSAN. Es wurde das Verbot von „Fuerza

„Fuerza Nueva“ gefordert, die Abschaffung des Anti-Terror-Gesetzes, das nur gegen die Linken gerichtet ist sowie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der spanischen Völker. Auch hier provozierten wieder Angehörige von „Fuerza Nueva“, einer zog gar seine Pistole, wurde aber von den Demonstranten verfolgt und mußte flüchten. Es ist typisch, daß auch bei dieser Demonstration die Polizei wieder mit Gummigeschossen und Tränengas gegen die Antifaschisten vorging (El Pais, 21.6.79).

Spanien-Kommission

Spanien: Internationaler Schwulentag

Viele Festnahmen und ultrarechte Überfälle

Mehrere zehntausend Schwule und Lesben demonstrierten in Spanien am internationalen Schwulentag mit Unterstützung der revolutionären linken Organisationen (MC/OIC, LCR, aber auch ORT und PTE sowie der Frauenorganisationen). In Barcelona folgten ca. 5.000 Menschen dem Aufruf der illegalen Schwulenorganisation FAGC. Die Demonstration war entgegen der Praxis des Vorjahres vom Zivilgouverneur gestattet worden. Auf der Demonstration wurde die Legalisierung der FAGC gefordert, die Auflösung der faschistischen Banden, die in der Vergangenheit mehrfach Schwulenlokale überfallen und einzelne Schwule verprügelt hatten.

In Madrid war eine Demonstration der Schwulen und Lesben (entgegen der Praxis der Vorjahre) verboten worden und nur eine geschlossene Veranstaltung zugelassen worden. Im vergangenen Jahr hatten zehntausend Schwule an der Demonstration teilgenommen! Elemente der faschistischen Organisation „Fuerza Nueva“ wollten sich (bewaffnet) in den Raum schmuggeln, wurden aber erkannt und rausgeworfen. Sie lauerten am Ende der Veranstaltung einigen Teilnehmern auf und verletzten einen schwer am Kopf. Bei den Handgreiflichkeiten zückte ein Faschist seinen Revolver. Die anrückende Polizei nahm nur zwei der



Das Haupttransparent in Valencia: „Gegen alle Normen und Gesetze, die die Sexualität unterdrücken“

Faschisten fest und ließ die anderen laufen, obwohl auch diese zahlreiche Schlagringe, Buschmesser u.a. bei sich hatten.

Ein Mitglied der kastilischen Schwulenorganisation sagte zu dem Verbot der Demonstration in diesem Jahr: „Diese Verwirrungstaktik, die scheinbar willkürlich ist, ein Hin und Her zwischen Tolerieren und Unterdrücken ist typisch für das Vorgehen gegen die Homosexuellen“ (El Pais, 22.6.79).

In Valencia demonstrierten eben-

falls ca. 5.000 Menschen für die Abschaffung des faschistischen Gesetzes gegen die sozial „Abartigen“ („Ley de Peligrosidad Social“), gegen die Diskriminierung der Homosexuellen am Arbeitsplatz, gegen die chauvinistische Moral und für das Recht auf eine individuelle Sexualität. Auch in Valencia provozierten Faschisten die Demonstranten, wurden jedoch vom Ordnungsamt verjagt. „Fuerza Nueva“ hatte eine Erklärung am selben Tag in der Lokalpresse verbreiten lassen, in der die Bürger auf-

gefordert wurden, ihren Abscheu gegen den „wachsenden sozialen und moralischen Verfall“ zum Ausdruck zu bringen.

In Bilbao inszenierte die Polizei eine Razzia kurz nach Beendigung des Homosexuellen - Festivals, überprüfte alle Gäste eines nahegelegenen Lokals und verhaftete 138 Menschen, die bis zum nächsten Morgen auf dem Kommissariat festgehalten wurden!

Spanien - Kommission

Frankreich

Repression und Polizeistaat

Mehr als ein Jahr nach der Wahlniederlage der ehemals „Vereinigten Linken“ schreitet die Repression mit Riesenschritten voran. Nach dem Terrorurteilen von St. Lazare (siehe AK 148) zu Beginn dieses Jahres sind jetzt die Urteile gegen Demonstranten, die sich am 23. März am Marsch der Stahlarbeiter auf Paris (siehe AK 151) beteiligten, ein neuerliches krasses Beispiel für die Willkür von Polizei und Justiz. Sie wurden gefällt in einem Klima der panikartigen Hetze auf die „Autonomen“, der französischen Variante der Terroristenhetze; in einem Klima, das durch den rapiden Abbau demokratischer Rechte auf den verschiedensten Sektoren (Demonstrationsrecht, Streikrecht, Recht auf Meinungsfreiheit, Asylrecht) und wachsende Angriffe auf die Arbeiter – vor allem die ausländischen – gekennzeichnet ist. Daß sich in einer solchen Situation faschistische Banden verstärkt aus ihren Löchern wagen, ist nicht verwunderlich. Die Reaktion der reformistischen Linken bleibt wie gewöhnlich weit hinter diesen Angriffen zurück. Seitens der revolutionären Linken und Basisinitiativen gibt es positive Ansätze im Aufbau eines Unterstützungskomitees für die Angeklagten des 23. März.

Die Folgen des 23. März

Bei der Demonstration der 100.000 Stahlarbeiter wurden insgesamt 106 Demonstranten festgenommen, davon 37 angeklagt. Die Festnahmen wurden zum großen Teil von Zivilbulln in sog. „Autonomentarnung“ vorgenommen und zwar auf dem An- und Abmarsch zur Demonstration. Etliche der Festgenommenen konnten sich an der Demo nicht mehr beteiligen.

Ebenso nahmen die Bullen bereits vor der Demonstration zahlreiche dem Verfassungsschutz bekannte Leute aus dem sog. „autonomen Milieu“ fest und führten Razzien in besetzten Häusern durch. Obwohl die Festnahmen durchweg nicht auf „frischer Tat“ passierten, wurden 32 der Festgenommenen im Schnellverfahren abgeurteilt. Grundlage des umstrittenen Schnellverfahrens, in dem eine vorbereitete Verteidigung unmöglich ist, ist jedoch, daß jemand „in flagranti“ ertappt wird. Verurteilt wurden die Demonstranten aufgrund des umstrittenen „Loi anticasseurs“, wonach einzelnen Demonstranten die Verantwortung für „Ausbrechungen“ angelastet werden kann.

Ohne konkrete Beweise und einzig und allein aufgrund belastender Bullenaussagen wurden 24 Angeklagte in 1. Instanz zu Haftstrafen zwischen drei Monaten und drei Jahren verurteilt, die in keinem Verhältnis zu den Vorwürfen (Besitz einer Schleiher, Steinwürfe u.a.) standen. Zwei Araber wurden wegen Stehlens eines Lampenschirms bzw. eines Hemdes und einer Hose aus einem eingeschlagenen Schaufenster zu einem Jahr bzw. 10 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt! Mehrere Angeklagte berichteten im Prozeß von Schlägen und brutalen Vernehmungsmethoden (z.B. Festbinden an der Heizung), mit denen „Geständnisse“ erpreßt werden sollten. Einer der Bullenhauptlinge mit Namen Kayser, auf dessen Rapport sich zahlreiche Anklagen stützten, gab vor Gericht zu, bei vielen der von ihm beschriebenen Aktionen gar nicht Augenzeuge gewesen zu sein!



Das alltägliche Bild einer Demo in Frankreich 1979: Vorneweg demonstriert die Bürgerkriegstruppe CRS in Kampfausrüstung

Ohne Zweifel gab es in den Prozessen eine organisierte Vorbereitung der Bullenzeugen, da diese „völlig unabhängig“ voneinander zu teilweise wörtlich identischen Formulierungen kamen.

Angeichts dieser offenen Rechtsbrüche ist es eine ganz besondere Dreistigkeit, daß in allen Verfahren die Staatsanwaltschaft in die Berufung ging, da ihr die Strafen nicht hoch genug waren. Obwohl die gesamte bürgerliche, einschließlich der rechten Presse, offen davon sprach, daß willkürlich die Demonstranten festgenommen worden waren, die nicht schnell genug laufen konnten, wurden in den Berufungsverhandlungen am 10. und 23.5. die Strafen noch erhöht! Nur am 1.6. – als die Solidaritätsbewegung stark angewachsen war – gab es geringfügige Strafminderungen.

Solidarität mit den Angeklagten

Solidarität mit den Angeklagten

Während es anfangs nur aufgesplittete Solidaritätsaktionen gab (so z.B. einen Solidaritätsstreik für den Krankenhausangestellten Pierre Legall und verschiedene Schülerstreiks und -demonstrationen für Gilles Desraisses, die Selbstankettung von 20 CFDT-Gewerkschaftlern in Longwy für ihren inhaftierten Kollegen Roger Marin), bildete sich im Verlauf der Solidaritätskampagne ein nationales Unterstützungskomitee mit einer recht breiten Aktionseinheit. Dieses „Nationale Kollektiv für die Befreiung der Angeklagten des 23. März und 1. Mai“ hat eine breite Öffentlichkeitsarbeit und verschiedene Demonstrationen organisiert. Es umfaßt an Organisationen die OCT, die UTCL (=Union des Travailleurs Communistes Liberales), die JCR (=Jeunes Communistes Revolutionnaires), MJS (=Mouvement des Jeunes Socialistes), MAS (=Mouvement d'Action Syndical), FA (=Federation Anarchiste), MAJ (=Mouvement d'Action Judiciaire), die Koordinierung der Pariser Gymnasien, verschiedene gewerkschaftliche Gruppen wie SDEN, CFDT der öffentlichen Fürsorge, die Ecole Emancipée, einzelne Sektionen aus der PS und der PSU sowie zahlreiche Basisinitiativen.

Die Gewerkschaften organisierten eigene Solidaritätsaktionen, teilweise alternativ zu denen des Kollektivs, denen sich das Kollektiv dann anschließen „durfte“ (oder mußte, da seine Demonstrationen verschiedentlich verboten wurden, siehe unten), führten jedoch keine Verhandlungen mit dem Kollektiv.

Abschaffung des Demonstrationsrechts?

Die trotzkistische LCR – anfangs auch im „Kollektiv“ – rief später zu den Gewerkschaftsveranstaltungen auf. Der Opportunismus der LCR macht sich jedoch nicht bezahlt: Obwohl sie zuvor noch selber gegen „Autonome“ vorgegangen waren, wurden Mitglieder des LCR-Ordnertropes auf der Demonstration am 1. Mai festgenommen. Und das, obwohl die LCR vorher ein Abkommen mit den Bullen unterzeichnet hatte, worin sie ordentliches Auftreten zusicherte!

PS und PC forderten eine Amnestie, die am 15.6. von Justizminister Peyrefitte abgelehnt wurde. Die Auseinandersetzungen reichten bis in die Chefetagen der bürgerlichen Politik, Justizminister Peyrefitte sah sich genötigt, auf „Offene Briefe“ aus „Le Matin“ und „Le Nouvel Observateur“ zu antworten, wobei er ihnen

nötigt, auf „Offene Briefe“ aus „Le Matin“ und „Le Nouvel Observateur“ zu antworten, wobei er ihnen vorwarf, „einen schweren Angriff auf die Unabhängigkeit der Richter und das Ansehen der Rechtsprechung zu unternehmen“ („Le Matin“ 1.6.). Giscard persönlich schrieb an den CFDT-Führer Edmond Maire und teilte mit, er könne keinen Einfluß auf die „Unabhängigkeit der Justiz“ nehmen („Liberation“, 20.6.).

Unmittelbar nach dem Marsch vom 23.3. lancierte die Regierung im Klima der von der bürgerlichen Presse geschürten Angst vor „italienischen Verhältnissen“ Pläne zur völligen Abschaffung des Demonstrationsrechts. Danach sollte nur noch demonstrieren dürfen,

– wer 18 Jahre alt ist (Art.1),
– wer französischer Nationalität ist, und Männer nur, wenn sie ihren Militärdienst abgeleistet haben (Art.2).

– „Jede Demonstration mit autonomen separatistischem Charakter oder die darauf abzielt, die Autorität des Staates durch eine illegale Autorität zu ersetzen, ist verboten.“
– „Keinerlei Demonstration ist in den folgenden französischen Gebieten erlaubt: Korsika, Pyrenäen, Atlantik, Bretagne.“ (Art.6)

– „Das Land wird in 8 Demonstrationsszonen aufgeteilt.“ (Art.8) Dazu wird für jedes Gebiet festgelegt, an welchem Ort zukünftig Demonstrationen nur noch stattfinden dürfen. Die Bevölkerung von Paris sollte danach nur noch in einem kleinen Ort im Département Seine et Marne demonstrieren dürfen; (Art.10)

– Demonstrationsanmeldungen sollten einen Monat(!) vorher erfolgen und die Namen von 10(!) Verantwortlichen enthalten! (Art. 11 und 12, alles zitiert nach „Libe“, 31.3. und 1.4.79).

Nach der Enthüllung dieses skandalösen Gesetzentwurfs erhob sich ein breiter Proteststurm, die Gewerkschaften führten einen halbstündigen Warnstreik durch. Die Regierung distanzierte sich daraufhin vom Plan. Tatsächlich kann man jedoch im ganzen letzten Jahr eine fortlaufende Beschränkung des Demonstrationsrechtes in der Praxis feststellen. So wird vom Staatsapparat alles getan, damit praktisch keine Demonstration mehr ohne Zusammenstöße stattfindet. Immer häufiger werden Demonstrationen von vornherein verboten (Die des Kollektivs vom 10. und 22.5.), werden doppelt so viele Polizeikräfte herangekarrt wie Demonstranten oder bekommen die Demonstranten einen provokatorischen Bullen „geleitschutz“. So gingen z.B. vor der Demonstration am 1. Mai mehrere Reihen CRS in Kampfausrüstung, außerdem fuhr ein Polizeipanzer vorneweg. Am 6.4. gab es eine unfreiwillig gemeinsame Demonstration von 2.000 Schülern, da 100 CRS vor der Demonstration von 2.000 Schülern für Gilles patrouillierten.



Streikende Arbeiter und CRS stehen sich bei Renault in Blainville gegenüber

Am 22.6. standen in Paris 50 Frauen, die aus Solidarität mit der von Faschisten schwer verletzten Annick aus Caen demonstrierten, 60 CRS gegenüber. 40 der 50 Frauen wurden festgenommen.

Am 23.3. wurden die Auseinandersetzungen zwischen CRS und Demonstranten nachweislich von Polizeiprovokateuren angeheizt (vgl. AK 151).

Nach der Demonstration am 1. Mai wurde ein 16-jähriger von Bullen in Zivil in der U-Bahn festgenommen. Drei andere Jugendliche, die protestierten, wurden ebenfalls gleich mitgenommen. Der 16-jährige Thomas P. wurde 11/2 Monate lang inhaftiert, mit der skandalösen Begründung, er sei für ein gerichtliches Schnellverfahren zu jung!

Sämtliche 32 politischen Gefangenen im Zusammenhang mit St. Lazare, dem 23. März und dem 1. Mai wurden anfangs im Knast Fleury im „Zentrum für junge Gefangene“ zentralisiert. Am 8. Juni traten 13 von ihnen für ihre Anerkennung als politische Gefangene und damit verbundene Haftverbesserungen wie gemeinsamer Umschluß, das Recht auf Bücher und Unterricht, eigene Kleidung u.a. in den Hungerstreik. Bis auf vier Ausnahmen brachen sie den Streik ergebnislos am 11.6. wieder ab. Anstatt sie mehr Kontakt untereinander haben zu lassen, wurden die Gefangenen auf verschiedene Knäste in ganz Frankreich verteilt. Während des Transportes wurden sie an Händen und Füßen gefesselt.

Einer besonderen psychischen Folter wurde Pierre Legall, der seinen Hungerstreik fortsetzte, ausgesetzt: Er kam in die Zelle des Basken Jose Tronelle, der vor einem Jahr am Vorabend seines Prozesses mit aufgeschlitztem Hals in seiner Zelle gefunden wurde. Die Zelle war seitdem nicht mehr belegt und ist noch nicht vom Blut gesäubert worden!

Der Hintergrund

Es ist allerhöchste Zeit, die letzten Illusionen über das angeblich viel liberalere Frankreich zu Grabe zu tragen! Stellvertretend für die Entwicklung des französischen Polizeistaates einige aktuelle Beispiele:

– Am 29.6. brachen Bullen die Türen des Parteigebäudes der PS in Paris auf, um die Sendung von „Radio Riposte“ (= Gegenstoß) zu stören. Zuvor hatte Mitterand über diesen neu eingerichteten Piratensender gegen die „Herrschaft der Regierung über die Medien“ protestiert. Freie Radiosender sind in Frankreich verboten und werden scharf verfolgt. Bei ihrem Überfall richteten die Bullen erhebliche Verwüstungen an, nahmen sozialistische Abgeordnete fest, setzten Tränengas gegen Menschen in geschlossenen Räumen ein und verletzten einen Journalisten. Die PS sprach von „einem seit dem Krieg beispiellosen Akt der Verletzung eines Parteigebäudes“ (Süddeutsche Zeitung, 30.6.). Die Tatsache, daß es hier einmal nicht gegen die zum Abschluß freigegebenen „Autonomen“, sondern gegen die große PS ging, zeigt die schnelle Gangart der Repression.

– Ende Juni setzten CRS in Cherbou die lebensgefährlichen Offensivgranaten gegen streikende Arbeiter des Marine-Arsenals von Caen ein und zerschlugen einen Streik bei Renault in Blainville (bei Caen). Ein Bulle in Zivil erschoss in Frejus einen Jugendlichen, der als Schwarzhörer an einem Rockkonzert teilnahm.

Bulle in Zivil erschoss in Frejus einen Jugendlichen, der als Schwarzhörer an einem Rockkonzert teilnehmen wollte. Der Jugendliche war nicht bewaffnet und hatte den Bullen nicht angegriffen.

In diesem Klima mehren sich auch Überfälle faschistischer Banden:

– Am 8.5. wurde ein Bombenattentat auf das Auto des Hauptverantwortlichen für den Ordnerdienst der CGT verübt. Die Verantwortung übernahm eine „Gruppe Polizeicheure“, die damit Angriffe von Demonstranten auf Bullen rächen wollte. In ihrem Kommuniqué heißt es: „Es handelt sich um eine Warnung gegenüber der CGT und der liberalen Hierarchie des Innenministeriums, dessen Passivität die Gewalt der CGT ermöglicht.“ („Liberation“, 9.5.).

– Am 25.5. ritzen Faschisten der OCT Genossin Annick aus Caen Hakenkreuze in Brust und Bauch (vgl. AK 156).

– Ende Juni werden mitten in Paris zwei linke baskische Flüchtlinge auf offener Straße erschossen. Es sind bereits der 3. und 4. Mord an baskischen Flüchtlingen innerhalb von einem Jahr.

Der Staatsapparat selber wird auch nicht müde, reaktionäre Gesetzesmaßnahmen zu planen:

– Verschärfung des Ausländerrechts, Abschaffung des Asylrechts und jährliche Abschiebung von bis zu 200.000 ausländischen Arbeitern.

– Gesetz zum Verbot des Plakatiens: Danach darf nur noch an wenigen dafür vorgesehenen Stellen plakatiert werden, eine erhebliche Beschränkung der Informationsfreiheit. Bei der Anwendung des Gesetzes müßten die Mitglieder von linken Organisationen und Initiativen in den Knast, um die enormen Geldstrafen für freies Plakatiere abzusitzen.

– Streikverbot für Arbeiter und Angestellte der staatlichen Rundfunk- und Fernsehgesellschaften; gleichzeitig massives Vorgehen gegen freie Sender wie „Coeur d'Acier“ (=Stahlherz) in Longwy. – Das sog. „loi Mesrine“ (Gesetz Mesrine): Der „Ausbrecherkönig“ Jacques Mesrine, lange Zeit als Staatsfeind Nr.1 gejagt, hat als Einzelkämpfer eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit gegen die QHS-Abteilungen (=Isolationstrakte) in französischen Gefängnissen gemacht und dabei u.a. mit verschiedenen Veröffentlichungen Geld verdient.

Das von der Presse nach ihm benannte Gesetz sieht vor, daß Verlage nichts mehr von beschuldigten Personen veröffentlichen dürfen. Dieses Anfang Mai verabschiedete Gesetz hat kaum Proteste hervorgerufen. Seine sehr weitreichenden Auslegungsmöglichkeiten eignen sich in kaum vorhersehbarer Weise zur Zensur unliebsamer Informationen.



Demonstration von Schülern für einen Mitschüler, der zu den Verurteilten des 23. März gehört.



IRAN

nahost

Kampf um eine demokratische Verfassung

F.: Khomeiny hat sich in aller Schärfe gegen die Verlängerung der Verfassungsdebatte ausgesprochen. Einer seiner Mitarbeiter soll vor kurzem erklärt haben: „Die Zeit arbeitet gegen uns, wir haben es nicht nötig, uns von der weltlichen Linken überflügeln zu lassen.“ Deuten diese Aussagen eine Zunahme des Einflusses der linken und demokratischen Kräfte an, und worin liegt sie begründet?

A.: Eines kann man jedenfalls mit Sicherheit sagen. Khomeiny verfügt längst nicht mehr über jene Massenbasis, die er bei seiner Rückkehr aus Paris vorgefunden hat. Zwar steht immer noch die überragende Mehrheit der Bevölkerung hinter ihm, aber die Zahl seiner Kritiker ist vor allem seit der Volksbefragung über Staatsreform enorm gestiegen. Dafür sind drei Gründe zu nennen.

Erstens. Die Differenzen und Widersprüche im islamischen Lager zwischen Khomeiny und Schariat-Madari, zwischen den reaktionären und konservativen Kräften und den progressiven Modjahedin des Volkes, zwischen den Dogmatikern und den Reformatoren, haben sich deutlich verschärft. Die schon seit Jahren bestehenden Differenzen zwischen Schariat-Madari und Khomeiny sind an der Frage der Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung offen ausgebrochen. Obwohl Khomeiny bei der Ernennung Bazargans zum Ministerpräsidenten als Hauptaufgabe der provisorischen Regierung die Durchführung des Referendums über die Staatsform, die Ausarbeitung eines Entwurfs für die Verfassung, die Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung und schließlich eine Volksabstimmung über die von der Versammlung verabschiedete Verfassung angekündigt hatte, bezeichnete er vor kurzem unerwartet die verfassungsgebende Versammlung als eine westliche Einrichtung, die nur Zeitverschwendung bedeute. Stattdessen ordnete er die Einberufung einer Versammlung von vierzig sachverständigen islamischen Gelehrten an, die mit dem islamischen Glauben und islamischer Gesetzgebung voll vertraut seien und in der Lage wären, die richtige und beste Verfassung für eine islamische Republik zu erstellen. Khomeiny ging bei dieser Anordnung offensichtlich von der richtigen Annahme aus,

ging bei dieser Anordnung offensichtlich von der richtigen Annahme aus, daß bei einer von der Bevölkerung frei gewählten Versammlung zumindest eine nicht zu verachtende Minderheit der Volksvertreter seine Vorstellungen von einer künftigen Staatsordnung Irans nicht teilen würde. Dies würde den Prozeß zur Stabilisierung seiner Macht verlängern oder gar verhindern, selbst den Verfassungsexperten und Juristen sprach er die Kompetenz zur Teilnahme an der Versammlung ab. Sie seien verworren und somit nicht in der Lage, die von islamischem Geist und islamischer Seele durchdrungenen Grundgesetze zu verfassen.

Schariat-Madari lehnte diese neue Anordnung entschieden ab, und zur Demonstration seiner Macht kündigte seine Partei, die Partei der Republik des islamischen Volkes in einigen Großstädten und in der Hauptstadt Teheran für den 15. Juni Protestdemonstrationen an. Zwar wurde diese offene Auseinandersetzung zunächst hinter verschlossenen Türen scheinbar beigelegt. Die von Khomeiny angeordnete Zahl von vierzig Gelehrten wurde auf 75 erhöht, auch über die Bezeichnung der Versammlung täuschten Khomeiny und seine Anhänger plötzlich Gleichgültigkeit vor. Es sei schließlich egal, ob man diese als kleine verfassungsgebende Versammlung oder als Versammlung der Gelehrten bezeichne. Außerdem sollten die Abgeordneten nicht wie vorgesehen ernannt, sondern vom Volk gewählt werden. Schariat-Madari erklärte, er sei von seinem Standpunkt nicht abgewichen, lediglich über die Zahl der Abgeordneten habe er mit sich reden lassen.

Zum ersten Mal nach seiner Machtübernahme hatte nun Khomeiny nachgeben müssen, was die

Unantastbarkeit seiner Macht vor den Augen der Öffentlichkeit in Frage stellte.

Die eindeutigen Widersprüche zwischen den Volksmodjahedin und den reaktionären und konservativen Kräften spitzen sich täglich zu. Die vor fast drei Monaten erfolgte Inhaftierung von Mohammed Reza Saadati, eines der führenden Mitglieder der Volksmodjahedin, seine Folterung in demselben Gefängnis, in dem er bereits von den SAVAK-Beamten unter dem Schah-Regime gefoltert wurde, hat die Modjahedin und die sie unterstützenden Organisationen zu scharfen Protesten gegen die Regierung und Khomeinys bewaffneten Komitees veranlaßt. An den Demonstrationen, die in den letzten Tagen in mehreren Städten und vor allem in Teheran zur Freilassung von Saadati durchgeführt wurden, haben Hunderttausende teilgenommen. Bei einer dieser Demonstrationen kam es sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit den reaktionären Kräf-

ten und Räte Freiheit, die Universitäten und Schulen Selbstbestimmung, die Obdachlosen Wohnungen, die Fabrikbesitzer Kapitalhilfe, technische Kader, Ersatzteile und vor allem Sicherheit, usw.

Um die tiefen Wunden, die das Schah-Regime hinterlassen hat, heilen zu können, muß eine grundlegende Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsstrukturen erfolgen, wozu die Regierung weder fähig noch nach eigenem Eingeständnis willens ist. Bazargan machte in seiner letzten Fernsehansprache vor zwei Tagen alle Hoffnungen der Illusionisten zu nichts und erklärte unmißverständlich, daß seine Regierung keinerlei große gesellschaftliche Umwälzungen plane. Zu derartigen Schritten, betonte er, sei seine Regierung nicht die richtige. Er sehe seine Aufgabe darin, mit kleinen, sicheren Schritten die zusammengebrochene Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Auch der Kampf gegen den Imperialismus müsse langsam und im Laufe der Zeit

den Fabriken unter den Arbeitern beschwichtigen. Ihr dürft die Arbeiter nicht wie früher behandeln. Sie haben keine besonderen Ansprüche. Sie wollen nur leben. Ihr müßt ihnen diese Möglichkeit geben und dadurch verhindern, daß eine unkontrollierbare Explosion entsteht. Bei einer derartigen Explosion würde niemand mehr etwas besitzen können. Deshalb müssen die Herren eine derartige Situation nicht aufkommen lassen. Ihr müßt ein wenig herabsteigen und den Arbeitern unter die Arme greifen. Gott sei Dank seid ihr alle wohlhabend, ihr besitzt viele Fabriken und zahlreiche Angestellte. In eurem Interesse müßt ihr den Arbeitern etwas helfen. Natürlich muß die Regierung sich auch um die Arbeiter kümmern. Auch wir werden predigen und uns um sie kümmern. Die Arbeiter müssen merken, daß die Kommunisten und andere Abtrünnige Unrecht haben.“

Die sogenannte Verstaatlichung ist also nicht nur nicht gegen die Inter-

gen. Das bedeutet natürlich nicht, daß der erzielte Kompromiß auch von den Linken und Demokraten befürwortet wird. Wir fordern nach wie vor die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die sich aus gewählten Volksvertretern und Abgeordneten der Parteien, Gewerkschaften und Räten zusammensetzt.

Der Druck der Linken und Demokraten wird aber auch sichtbar in dem zweiten Entwurf der Verfassung, der im Vergleich zum ersten deutlich spürbare Verbesserungen erhält und gerade zu jenen Fragen, wenn auch vieldeutig, Stellung bezieht, die von den Linken und Demokraten aufgeworfen wurden. Aber auch dieser Entwurf entspricht keineswegs den Forderungen und Bedürfnissen einer Bewegung, die den Anspruch erhob, das Volk vom Joch des Imperialismus zu befreien oder eine selbstständige, von Unterdrückung befreite Gesellschaft aufzubauen. In dem neuen Entwurf sind die für die Emanzipation des Volkes notwendigen Freiheiten längst nicht garantiert. Zwar wird die Gleichheit der Männer und Frauen vor dem Gesetz anerkannt, von der Gleichberechtigung ist jedoch in dem neuen Entwurf keine Rede. Die Frauen sollen an Heim und Herd zurückgewiesen werden. Über die Autonomie der Nationalitäten wird geschwiegen. Stattdessen ist die Rede von Dorf-, Stadt- und Provinzräten, deren Machtbefugnisse durch die Zentralregierung erheblich eingeschränkt sind. Von den Rechten der Arbeiter und Werktätigen ist wenig die Rede. Das Streikrecht wird nicht erwähnt. Das Bildungswesen, Schulen und Universitäten unterstehen der Zentralmacht, über ihre Selbstbestimmung wird nicht gesprochen.

Während man nach dem Siegesrausch der Revolution den Soldaten und Offizieren das Recht der Mitgliedschaft in einer Partei und der Bildung von Soldatenräten eingeräumt hatte, wird ihnen im neuen Entwurf das Recht zum politischen Engagement abgesprochen. Der Kampf gegen den Imperialismus soll offenbar nur verbal geführt werden. Von der Enteignung imperialistischen Eigentums (Banken, Montagerwerke und Gesellschaften) ist keine Rede. Der Kampf gegen die ökonomische, politische, kulturelle und militärische Abhängigkeit, findet in dem Entwurf keinen Niederschlag. Das Privateigentum ist unantastbar, soweit es auf „ehrlichem“ Weg angeeignet worden ist.

Damit ist auch das Schicksal der Bauern besiegelt. Ihre Hoffnung auf den Besitz des Stück Landes, das sie einzeln oder kollektiv bearbeiten, wird jedenfalls im Falle der Verabschiedung dieses Verfassungsentwurfes vorläufig begraben. Die Vorstellung der Verfasser des Entwurfes zeigt deutlich den Willen zum Aufbau einer autoritären und hierarchisch strukturierten Gesellschaft. Die Macht, die sie dem Staatspräsidenten, der von der Bevölkerung durch direkte Wahl gewählt werden soll, zuordnen, ist fast grenzenlos und ohne Kontrolle. Wird dieser Entwurf endgültig verabschiedet, so wird der künftige Staatspräsident der islamischen Republik ein Schah ohne Krone, aber vielleicht mit einem Turban sein, mit dem Unterschied, daß der Schah die absolute Macht entgegen der Verfassung innehatte, während die Monopolherrschaft des künftigen Präsidenten durch die Verfassung legitimiert sein würde.

Die Teilung der drei Gewalten wird in dem neuen Entwurf zwar formal anerkannt, die Stellung der Exekutive ist jedoch so überragend, daß sie die anderen Mächte in den Schatten stellt. Eine Gewaltenteilung innerhalb der drei Gewalten liegt den Verfassern ohnehin fern. All dies zeigt, daß auch der zweite Entwurf trotz einiger akzeptabler Passagen, die in jeder Verfassung zu finden sind, reaktionär ist.

Für uns ist der Kampf um eine Fortsetzung auf Seite 39



ten, die die Hinrichtung Saadatis forderten. Vor zwei Tagen wurden die

ten, die die Hinrichtung Saadatis forderten. Vor zwei Tagen wurden die Hauptquartiere der Modjahedin in Qom und Meshed von einer aufgebrachten Menschenmenge angegriffen. Es gab mehrere Verletzte. Die Forderung nach Freilassung oder Hinrichtung von Saadati ist lediglich ein Ausdruck für neue Frontbildungen, die potentiell bereits vor dem Sturz des Schah-Regimes im islamischen Lager angelegt waren.

Schließlich muß ich auf Auseinandersetzungen hinweisen, die zur Zeit über den Inhalt des vom Revolutionsrates vorgelegten Verfassungsentwurfes zwischen den Dogmatikern und Reformisten im islamischen Lager geführt werden. Während die letzten den Entwurf befürworten, sehen die Dogmatiker darin viele Spuren der westlichen Demokratie, was ihrer Ansicht nach den Grundsätzen des islamischen Glaubens widerspricht. In einer islamischen Republik dürfe eine Trennung der drei Gewalten nicht existieren. Die Selbstständigkeit der Justiz widerspreche der Tatsache, daß Gesetze bereits vor Gott festgelegt seien. Die drei Gewalten müssen somit in der Hand des Stellvertreters des Propheten konzentriert sein.

Der zweite Grund für das Wachsen der Opposition gegen die neue Macht ist die Tatsache, daß sowohl Khomeinys Revolutionsrat wie auch die provisorische Regierung bisher keinen einzigen wirksamen Schritt zur Lösung der vorhandenen ökonomischen und sozialen Probleme unternehmen konnte. Das Volk aber läßt sich schwer mit hohlen Versprechen abspesen. Die Arbeitslosen wollen Arbeit, die Bauern Land und technische Hilfe, die Nationalitäten Autonomie, die Frauen Gleichberechtigung, die Parteien, Gewerkschaften

geführt werden, z.B. haben wir

geführt werden, z.B. haben wir Waffen im Werte von Milliarden Dollar aus den Vereinigten Staaten gekauft, sagte Bazargan, wir können nun diese Waffen nicht einfach wegwerfen. Wir brauchen Ersatzteile und technische Kader aus den USA. Deutlicher kann man kaum die Fortsetzung der alten Abhängigkeitsverhältnisse beschreiben.

Zu den wirtschaftlichen Problemen kommt die Willkür hinzu, die von Khomeinys Komitees gegen die Bevölkerung ausgeht, und die Zahl der Unzufriedenen erhöht.

F.: Was hat es mit den jetzt durchgeführten Verstaatlichungen auf sich?

A.: Mit der sogenannten Verstaatlichung hat die Regierung die Verwaltung der Beamten übernommen, d.h. die Verwaltung ist verstaatlicht, die Kapitale bleiben nach wie vor in der Hand der Kapitalisten, und da werden nicht einmal die in- und ausländischen Kapitalisten voneinander unterschieden. Auch die Verstaatlichung der Industrie entspricht in keinem Punkt unseren Vorstellungen. Darunter fallen erstens die Rohstoffindustrie, die sich zum größten Teil ohnehin in der Hand des Staates befand, eine Handvoll von Industrieanlagen, deren Besitzer samt dem vorhandenen Geldkapital und Millionen von Schulden ins Ausland geflüchtet sind, und schließlich Industrieanlagen, die breits unter der Last der Schulden ruiniert sind. Alles andere bleibt weiterhin in Privatbesitz. Man spricht deshalb mit Recht von Verstaatlichung der Schulden.

Zur Beruhigung der Kapitalisten betonte Khomeiny gestern, daß der Islam das Privateigentum als heilig erachte. Vor Vertretern der Industrie und Wirtschaft sagte er: „Ihr müßt die explosive Atmosphäre in

essen der Kapitalisten gerichtet, sie dient vielmehr zu ihrer Unterstützung.

Ich möchte nun noch den dritten Grund nennen, der meiner Ansicht nach zur Abnahme von Khomeinys Popularität geführt hat. Die instabilen Machtverhältnisse und die immer noch herrschende Lebendigkeit und Offenheit unter der Bevölkerung haben trotz vieler Unterdrückungsmaßnahmen gegen Kommunisten und Demokraten den Linken insgesamt die Möglichkeit gegeben, innerhalb der Opposition richtungsweisend zu wirken.

Daß die Nationale Front trotz des Rücktritts ihres Vorsitzenden Sandjabi aus der Regierung immer weiter zusammenschumpft und praktisch von der politischen Bühne abgetreten ist, während die radikaldemokratisch orientierte Demokratische Nationalfront täglich an Einfluß gewinnt, ist eine Bestätigung für die Zunahme des linken Lagers, zu dem nun auch viele Arbeiter gestoßen sind. Je länger der Zustand der instabilen politischen Verhältnisse andauert, desto entschiedener wird der Absolutheitsanspruch Khomeinys auf Macht in Frage gestellt. Daher ist es allzu verständlich, daß Khomeiny und seine Berater keine Zeit verlieren und die Verabschiedung der Verfassung und vor allem die Wahl des Staatspräsidenten und der Parlamentsabgeordneten schnell über die Bühne bringen wollen.

F.: Welche Erfolge haben die linken und demokratischen Kräfte bei der Auseinandersetzung um die Verfassung bisher erzielt?

A.: Schariat-Madaris Teilerfolg ist nicht allein ihm zuzuschreiben. Der Druck, den die Linken und Demokraten ausgeübt haben, hat zweifellos zu Khomeinys Nachgeben beigetra-

Fortsetzung von Seite 38

fortschrittliche Verfassung aus zwei Gründen wichtig:

- Erstens trägt der Kampf selbst zur Aufklärung und Mobilisierung vor allem der Arbeiter und Bauern bei.
- Zweitens würde jeder Erfolg in diesem Kampf den gesetzlichen Rahmen für unsere politische Arbeit erweitern und auf der anderen Seite den Machtbesessenen das Handwerk erschweren. Der größte Erfolg, den wir bisher erreichen konnten, ist die entschiedene Erweiterung unserer Basis, nicht zuletzt unter den Werktätigen und der Bevölkerung nationaler Minderheiten. Natürlich kann

und Männer vor dem Gesetz gesprochen. Der Justizminister erklärte aber sogleich, daß die Ausübung des Richter- und Rechtsanwaltsberufes für Frauen nicht gestattet sei. Eine unverheiratete Frau, die einen Antrag auf Einstellung bei einer Bank gestellt hatte, mußte zunächst durch einen ärztlichen Attest ihre Jungfräulichkeit nachweisen. In dem neuen Verfassungsentwurf wird Folter als Mittel zur Erzwungung von Aussagen untersagt. Als Mittel zur Strafe wird sie aber bereits öffentlich von den Richtern angeordnet und angewandt. Schon das Trinken von alkoholischen Getränken kann mit 50



selbst die fortschrittlichste Verfassung für Diktatoren kein großes Hindernis sein, um dem Volk ihre Willkürherrschaft aufzuzwingen. Die Anzeichen derartiger Absichten sind bereits deutlich spürbar. Einige Abteilungen des Geheimdienstes SAVAK sind - selbstverständlich unter einer neuen Bezeichnung - wieder aufgebaut. Einige Revolutionäre, die bereits unter dem Schah-Regime jahrelang eingekerkert waren, sitzen schon wieder hinter den Mauern des berühmten Qasr-Gefängnisses. Saadati, ein führendes Mitglied der Volksmodjahedin, von dem ich bereits gesprochen habe, wurde von einem Henker gefoltert, der bereits seit 25 Jahren diesen Beruf ausübt. Die Zensur der Presse und der staatlichen Medien, Anschläge gegen linke Buchhandlungen und Verlage, Terrorakte gegen Verkäufer linker Publikationen, bewaffnete Überfälle auf Zentralen linker Organisationen sind längst wieder an der Tagesordnung.

Eine Kundgebung der Demokratischen Nationalfront, die am 22. Juni stattfinden sollte und zu der über 100.000 Menschen erschienen waren, mußte gleich zu Beginn abgebrochen werden, weil organisierte Terrorbanden die Lautsprecheranlagen zerstörten und die Veranstalter und Ordner zusammenschlugen.

In dem Entwurf der Verfassung wird von der Gleichheit der Frauen

bis 100 Peitschenschlägen auf öffentlichen Plätzen bestraft werden. Arbeiter, die Flugblätter verteilten, in denen zu einer Kundgebung der Arbeitslosen eingeladen wurde, wurden als Konterrevolutionäre beschimpft und zusammengeschlagen. Der Gipfel dieser faschistischen Maßnahmen ist aber ein vom Revolutionsrat verabschiedetes Rahmengesetz zur Behandlung konterrevolutionärer Delikte. Mit diesem Rahmengesetz wird den Schnellgerichten freie Hand zur Niederschlagung jeder Opposition gelassen. Eine Störung des Arbeitsfriedens zum Beispiel, worunter natürlich Proteste und Streiks der Arbeiter fallen, kann mit zehn Jahren Gefängnis bestraft werden. Zudem hat der Arbeitsminister bereits Schutztruppen gebildet, die in den Fabriken für Ruhe und Ordnung sorgen sollen. Das hat nicht einmal der Schah gewagt. Seine Agenten waren als Arbeiter getarnt.

Die formale Diskussion um den Inhalt der Verfassung muß also immer mehr in den Kampf gegen die Stabilisierung einer neuen Diktatur verlagert werden. Viel Zeit werden wir nicht mehr haben, es sei denn, die Organisation und Vereinheitlichung der revolutionären Teile der Bevölkerung gelingt früher als der Aufbau der neuen Macht in der islamischen Republik.

(7.7.79)

Prozeß gegen CISNU-Mitglieder

Vier CISNU-Mitgliedern soll jetzt in Bonn der Prozeß gemacht werden, weil sie sich im Oktober letzten Jahres an einer Demonstration vor der irakischen Botschaft in Bonn beteiligt hatten, um gegen die Ausweisung Ayatollah Khomeinis aus dem Irak zu protestieren. Am ersten Verhandlungstag (27.6.) wurde der Prozeß erst einmal verschoben, weil gegen die einmal gemeinsam festgenommenen Genossen die Prozesse getrennt geführt werden sollen. Der nächste Prozeß gegen einen der Genossen findet am 12.7. statt. Die CISNU schrieb zu den Prozessen: „Daß die deutsche Justiz und Polizei den oppositionellen Iranern nie wohlgesonnen war, die

deutschen Behörden rege Kontakte mit dem ehemaligen persischen Geheimdienst SAVAK pflegten und daß die Gründe hierfür die ökonomischen und politischen Interessen der BRD an der Erhaltung des „befreundeten“ Schah-Regimes waren, ist nichts Neues und wohlbekannt. Neu ist allerdings die Tatsache, daß der Schah, „der Freund des Westens“ westwärts geflüchtet ist und nicht mehr für Öl und einträgliche Aufträge für die BRD sorgen kann.“

Trotzdem geht die Verfolgung der Schah-Gegner weiter, als ob die westdeutsche Justiz der Erbverwalter oder Rächer des gestürzten faschistischen Regimes wäre.“

Tunesien: Hohe Haftstrafen für Linke

Am 20. Juni begann in Tunis ein Gesinnungsprozeß gegen 44 Mitglieder und Sympathisanten der linken tunesischen Organisation PRPT (Revolutionäre Partei des tunesischen Volkes). Die Anklagepunkte waren u.a.: Gründung und Mitgliedschaft einer illegalen Organisation, illegale Grenzüberschreitung, Planung eines Komplotts gegen die Regierung, illegaler Waffenbesitz und als schärfster Anklagepunkt der Versuch, die Bevölkerung gegeneinander aufzuheizen (worauf die Todesstrafe ausgesprochen werden kann). Der Hauptangeklagte Zine el-Medhkouri, bis zu seiner Verhaftung Generalsekretär der PRPT, wurde zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, zehn weitere Angeklagte erhielten Strafen von 1 bis 5 Jahren, 16 wurden freigesprochen. 6 Genossen wurden in Abwesenheit zu 5 bis 6 Jahren Haft verurteilt; zu ihnen gehören Ibrahim Tobal, der seit Jahren in Algerien im Exil lebt, und Chabbi, ein Vorstandsmitglied der PRPT.

Solche Anklagen sind in Tunesien nicht ungewöhnlich, weil alle Par-

teien außer der regierenden Destour-Partei verboten sind. Die meisten Mitglieder der PRPT leben in Frankreich. Seit 1977 versuchen sie, nach Tunesien zu gelangen. So wurden im August 1977 Medhkouri und ein weiterer Genosse verhaftet, als sie über die algerische Grenze nach Tunesien kommen wollten. 2-3 Monate später wurden 9 weitere Mitglieder der PRPT verhaftet.

Im November wurden weitere Sympathisanten der Organisation verhaftet, nachdem sie in Libyen Waffen erhalten und versucht hatten, über die libysche Grenze nach Tunesien zu kommen. Daraufhin wurde von der tunesischen Regierung eine Hetzpropaganda gegen die „libysche Einmischung“ gestartet. Im Januar 1979 wurden 12 Sympathisanten verhaftet, die versucht hatten, in einem Destour-Parteibüro in Soussa die Zeitung der PRPT zu drucken, die sonst im Ausland hergestellt wird. Alle verhafteten Sympathisanten wurden jedoch bis zum Prozeß wieder freigelassen.

Anders wurde mit den 11 verhafteten Mitgliedern verfahren: Gleich nach ihrer Verhaftung wurden sie

mehrere Wochen in den Händen der D.S.T. gehalten (DST = Verteidigung der nationalen Sicherheit) und gefoltert, sogar in den Räumen des Innenministeriums (!). Danach wurden sie ins Zivilgefängnis von Tunis gebracht, wo sie in Isolationshaft saßen, ohne ausreichendes Essen und medizinische Versorgung, unter den schlimmsten hygienischen Bedingungen. Von diesem Gefängnis wurden einige Gefangene mehrfach von der DST abgeholt, um gefoltert zu werden. In einem Brief an seine Genossen, in denen er die Haft- und Folterbedingungen schildert, schrieb Medhkouri, daß einigen Gefangenen sein Anblick genügte, um alles auszusagen, was man von ihnen verlangte.

Mehrfach führten die Gefangenen einen Hungerstreik durch, um bessere Haftbedingungen zu erreichen; erst durch einen Hungerstreik erreichten sie, daß sie tatsächlich eine Anklage und den jetzigen Prozeßtermin erhielten! (nach Informationen des Tunesien-Komitees)

Nahost-Kommission

Zine el-Medhkouris Gefängnisalltag

„Im Innenministerium mußte ich die ersten drei Tage ohne Essen und Trinken stehend verbringen... im großen und ganzen sah der Tagesablauf wie folgt aus: Morgens lag ich auf dem Fußboden einer Zelle ohne Bett, während zwei uniformierte Agenten und ein Brigadier mich bewachten. Die Wache wurde viermal täglich abgelöst. Die Zelle war Tag und Nacht von grellem Licht erhellt. War ich eingeschlafen, so weckte man mich spätestens wieder nach einer Stunde. Nachmittags wurde ich in den vierten Stock gebracht, wo ich unter einer Flut von Beschimpfungen, Ohrfeigen und Fußtritten gegen die Schienbeine stundenlang verhört wurde. Abends gegen sieben hielten

mich die Schweine wieder ab - sie waren echte Nachtteufel -, um mich bis vier Uhr morgens zu foltern. Die Folterprozedur sah so aus: Man ist nackt. In gebückter Haltung werden Waden und Unterarme zusammengebunden. Zwischen Armbeugen und Kniekehlen wird nun eine Eisenstange geschoben, deren Enden auf zwei gegenüberstehende Tische gelegt werden, so daß der Gefolterte frei in der Luft schwebt. Sie nennen das den „Hubschrauber“. Der Kopf hängt unten. Die Halsschlagadern schwellen an, während die Beine kaum Blut bekommen. In den Mund wird ein dreckiges Tuch gestopft. Die Nasenlöcher als letzte Atmungsmöglichkeit nach oben ge-

richtet, wird dem Gefolterten ein Eimer Wasser über den Kopf geschüttet. Dann bringt man ihn in Schwung, so daß er um die Stange rotiert, bis er ohnmächtig wird oder Blut aus der Nase schießt. Danach wird man auf den Boden gelegt und mit Wasser begossen, bis man wieder zu sich kommt. Dann fangen sie damit an, mit einem Wasserschlauch oder einem Spitzhackenstiel auf die Fußsohlen zu schlagen....

Wenn die Füße stark geschwollen sind, und zu platzen drohen, muß man durch kaltes Wasser laufen, bis die Schwellungen zurückgegangen sind. So kann der Vorgang wiederholt werden. Man hält mir bei hinter dem Kopf festgebundenen Händen einen spitzen Bleistift vor das Auge. Sie schlagen mir mit einem Schlauch auf die Schenkel und Knie und treten mir außerdem mit festen Schuhen auf die Zehen. Die kleinste Kopfbewegung könnte bedeuten, daß mir der Bleistift ein Auge anticht. Sie drücken Zigaretten auf meinen Lippen aus: damit ich nicht mehr in der Lage bin, Frauen zu küssen und Reden zu halten, sagen sie... Sämtliche Prozeduren fanden unter Musik statt. Hier im Untersuchungsgefängnis ist es genauso schlimm wie bei der DST. Es wird zwar nicht geschlagen, dafür gibt es andere Mittel, sich die Zeit zu vertreiben.... Nachdem drei Genossen, fünf Strafgefangene und ich durch einen neuen Hungerstreik eine Verbesserung unserer Haftbedingungen zu erzwingen versucht hatten, wurden wir in einen unterirdischen Kerker gesteckt. Wir gingen zwanzig Stufen hinab, ehe wir in einen dunklen Tunnel voll Pisse und Scheiße gelangten. Wir hatten nur stark zerrissene, dreckige Uniformen an, waren barfuß und ohne Unterwäsche. Die Füße waren in dreißig Zentimeter Länge, im Boden verankerte Ketten gelegt. Wir mußten unsere Notdurft am Platz verrichten. Der Fußboden war abschüssig, so daß sich am unteren Ende des Tunnels, wo ich festgebunden war, eine Schlammschicht bildete. Im Gegensatz zu den anderen war meine Kette so kurz, daß ich mich weder aufrichten noch meine Haltung ändern konnte. Als Verpflegung bekamen wir (neun Menschen) drei Liter Wasser und neun schwarze kleine Brötchen täglich.... Als man uns herausholte, war meine ganze Haut, vor allem die empfindlichen Stellen, voller Pickel, und meine Augen wollten nicht aufhören zu tränen. Jetzt kann ich kein Licht ertragen.... Moralisch bin ich noch nicht ganz am Ende. Mein Zustand hat sich gebessert. Krätze und Pickel sind verschwunden. Auf den von den Krätze befallenen Hautpartien sind allerdings Härchen wie Pilze gewachsen. Ich habe immer noch Kreislaufstörungen, Durchblutungsstörungen in den Beinen und meine Zähne wackeln. Kurz und gut: es geht mir schon besser. Ich bin dabei, Kraft zu tanken, bis ich für die nächste Folter abgeholt werde....“

Datum 16. Juni 1979
Teheran: Teheransuni

An Herrn Gerhard Baum
Minister des Inneren

Herr Minister!

Wir müssen Ihnen das Neueste berichten, nämlich, daß der Schah bei uns schon längst gestürzt ist. Dennoch werden bei Ihnen, wie wir aus sicherer Quelle informiert worden sind, die CISNU-Mitglieder wegen Beteiligung an einer Protestdemonstration vor der irakischen Botschaft in Bonn, die sich gegen die Ausweisung Ayatollah-Khomeinis aus Irak richtete, weiter verfolgt.

Herr Minister!

Nach 17-jähriger Tätigkeit der CISNU, müßte es Ihnen ins Bewußtsein gedrungen sein, daß der Kampf der CISNU, wie unserer, sich immer gegen Imperialismus richtet. Diese Kampfverbindung hat uns dazu bewogen, gegen Repressionsmaßnahmen des BRD-Staates zu protestieren. Falls die Staatsorgane der BRD ihre Repressalien, wie zuvor gegen die CISNU-Mitglieder fortsetzen, sehen sich die iranischen Völker gezwungen, den BRD-Imperialismus mehr denn je in ihrem Kampf, der sich zur Zeit gegen den amerikanischen Imperialismus konzentriert, hineinzu beziehen.

Dieses Hineinziehen scheint notwendiger zu werden, wenn man die politischen Entwicklungen, vor allem die neue (z.B. die Bundespräsidentenwahl) verfolgt.

Vorstand der
Nationalen Vereinigung der iranischen Schüler und Studenten

Einreise verweigert

Dem ehemaligen Vorstandsmitglied der CISNU, Ali Sadr-Zadeh, wurde auf dem Frankfurter Flughafen die Wiedereinreise in die BRD ohne Angabe von Gründen verweigert. Da im Innenministerium seine Akte angeblich nicht auffindbar war und lediglich das Einreiseverbot bestätigt wurde, mußte der Genosse zunächst nach Belgien weiterreisen, obwohl er noch im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung ist.

Ali Sadr-Zadeh hatte die Bundesrepublik Anfang Januar verlassen und wollte jetzt hier seine Wohnung auflösen.

Ali Sadr-Zadeh hatte sich an der Demonstration Ende November in Frankfurt beteiligt. Damals waren mehrere Iraner festgenommen worden und sollten ausgewiesen werden.

Auch in diesem Zusammenhang ist gegen den Genossen weder ermittelt noch seine Ausweisung verfügt worden, er konnte sogar als Vertreter der CISNU in der Hessenschau die Standpunkte der CISNU darlegen.

Die Einreiseverweigerung ist ein völliger Willkürakt und ein weiteres Beispiel dafür, daß die demokratische Studentenorganisation CISNU auch nach dem Sturz des Schah-Regimes weiter verfolgt wird. Noch im Februar hatte der Innenminister auf eine kleine Anfrage von CDU-Abgeordneten in seiner Antwort nicht das Verbot der CISNU ausgeschlossen (Innere Sicherheit“, 48, Mai 79). (Angaben nach „Frankfurter Rundschau“, 7.7.79 und Mitteilung des CISNU-Vorstandes).

Nahost-Kommission

asien



„Flüchtlingsdrama“ und neuer Krieg gegen Indochina

Drei Jahre nach der Befreiung Indochinas vom Imperialismus marschierten Chinas Truppen in Vietnam ein. Hatte der Imperialismus der chinesischen „Strafexpedition“ noch wohlwollend zugesehen und konnte er es sich sogar noch leisten, China scheinheilig zum Rückzug der Truppen aufzufordern, greift er jetzt selbst wieder massiv ein. Anlaß dazu ist das wesentlich von China inszenierte Flüchtlingsproblem.

Nachdem wochenlang das Flüchtlingsdrama auf den Meeren Südostasiens in den bürgerlichen Massenmedien hochgespielt worden war, legten die Hauptlinge der sieben größten imperialistischen Staaten auf ihrem Gipfeltreffen in Tokio die Marschroute gegen Vietnam fest: Vietnam soll wirtschaftlich ausgetrocknet werden, während gleichzeitig die Kriegsvorbereitungen Thailands und anderer ASEAN-Staaten vorangetrieben werden, was ohne direkte Absprache mit und Unterstützung durch den US-Imperialismus gar nicht denkbar ist.

Das „Flüchtlingsdrama“

Nach Angaben des Hochkommissariats der UN für Flüchtlingsfragen sind ... vier Jahren zwischen 1975 und dem 15. Juni 1979 „fast 243 000 Personen“ mit Booten aus Vietnam „geflüchtet“ („FR“, 2.7.). Hauptsächlich in der Zeit direkt nach der Befreiung 1975 und ab Herbst 1978, als die Verstaatlichung des Mittel- und Kleingewerbes im Süden Vietnams begann, und sich der Konflikt mit der VR China zuspitzte.

In diesem Jahr, 1979, haben sich nach Angaben der bürgerlichen Presse bisher rund 200 000 Flüchtlinge in die verschiedenen südostasiatischen Staaten abgesetzt. Interessant und vielfach unbekannt ist die Zusammensetzung des Flüchtlingsstroms. Dazu schreibt die „Newsweek“: „Im selben Zeitraum haben schätzungsweise 100 000 chinesische Flüchtlinge (!) die Grenze illegal überschritten und – als Ergebnis der liberaleren Auswanderungsregeln Chinas – wurde weiteren 47 000 die Ausreise nach Hong Kong erlaubt“ („Newsweek“, 11.6.).

Selbstverständlich wird in der allgemeinen Darstellung demgegenüber ständig nur von „vietnamesischen Flüchtlingen“ geredet. Allenthalben wird noch zugegeben, daß die Restbestände der Pol-Pot-Banden bei ihrer Flucht aus Kampuchea zugegeben, daß die Restbestände der Pol-Pot-Banden bei ihrer Flucht aus Kampuchea zigtausende unbewaffneter Menschen als Geiseln vor sich hergetrieben haben. Nach Angaben Vietnams ist die Flüchtlingswelle inzwischen sogar rückläufig (Vietnam Bulletin Nr. 13/79) und seit Ende Mai ist die Auswanderung aus Vietnam in einem Abkommen mit der UNO geregelt.

Nach diesem Abkommen ist niemand gezwungen, als „Bootsmensch“ mit „leckgeschlagenen Nußschalen“ abzuhausen. Vietnam hat sich verpflichtet, die in Zusammenarbeit mit der UN genehmigten Ausreisen auch transportmäßig (!) sicherzustellen (Vietnam Bulletin, Nr. 13/79). In seiner jüngsten Erklärung stellte der Botschafter der SR-Vietnam in der Bundesrepublik noch einmal klar, „daß seine Regierung solchen Personen, die wegen Familienzusammenführung oder aus anderen humanitären Gründen ausreisen wollen, eine geregelte und gesicherte Ausreise gestattet. Die Regierung der SRV erlaube jedoch illegale Ausreisen nicht, weil diese das Leben der Ausreisenden gefährdeten und sowohl Vietnam als auch den Ankunftslandern Schwierigkeiten verursachen“ (UZ, 7.7.).

Einige Bemerkungen noch zur Zusammensetzung des Flüchtlingsstroms aus Vietnam. Niemand bezweifelt, daß es sich in erster Linie um Menschen handelt, die mit dem politischen System, den sozialistischen Maßnahmen, nicht einverstanden sind. Ein Großteil sind ehemalige Händler usw., die für ihre Art des Verdienstes in Vietnam keine Perspektive mehr sehen. Gleichfalls kommt eine Hypothek der US-Imperialisten zum Tragen: Wilfred Burchett, Indochina-Spezialist, berichtet in der „Le



BRD-Außenminister Genscher beim Chef des faschistischen thailändischen Militärregimes, Premier Kriangsak. Auf seiner Reise zum Tokioer Gipfeltreffen machte Genscher in Bangkok Station und versicherte Kriangsak die Unterstützung des BRD-Imperialismus.

Monde“ unter Berufung auf den strategischen Chef des CIA, Frank Snepp: „Man weiß heute, daß die amerikanische Regierung und die CIA eine Liste mit rund 200 000 Personen aufstellten, die in dem für die USA unwahrscheinlichen Fall einer Niederlage evakuiert werden sollten. Frank Snepp... berichtet, daß nur 5 595 von ihnen tatsächlich evakuiert wurden und schreibt dann weiter, daß sich unter den zurückgelassenen Personen 30 000 Agenten und Unteragenten des CIA-Programms Phoenix befanden“ („Die Neue“, 3.7.). Insgesamt handelt es sich lt. Burchett um 195 000 Personen, die zu diesen Kreisen gerechnet werden und die sich „jetzt auf den Wartelisten oder bereits auf den Schiffen“ wiederfinden. Hinzu kommen, wie der bürgerlichen Presse zu entnehmen ist, Teile der Kleinbourgeoisie (u.a. Hoas), ehemalige Thieu-Anhänger usw.

Imperialistische „Fluchthilfe“

Imperialistische „Fluchthilfe“ und Hilfeleistung

Ein Teil der „Flüchtlinge“ sind hochqualifizierte Kräfte: Der vietnamesische Außenminister räumte ein, daß sich die Massenflucht von Technikern und Ärzten aus Vietnam inzwischen nachteilig auf die gesamte kommunistische indochinesische Nation auswirke“ („SZ“, 2.7.). Der Vergleich zur Arbeitskräfteabwerbe-Kampagne in der DDR seitens der BRD drängt sich hier auf. Angesichts der Notwendigkeit, mit der Vietnam gerade solche Fachkräfte benötigt, dürften die Auswirkungen katastrophal sein.

Die imperialistische Fluchthilfe hat mittlerweile einen offenen Provokationscharakter erreicht.

Anfang Juli versuchten zwei westdeutsche Versorgungsschiffe ca. 300 „Flüchtlinge“ aus vietnamesischen Hoheitsgewässern zu schmuggeln. Mißbraucht wurden hierzu auch die ebenfals in vietnamesischen Gewässern gelegene Bohrsinsel der westdeutschen Ölförderungsgesellschaft „Deminex“ („SZ“, 2.7.). Der Ablauf der Aktion wird in der hiesigen Presse verworren dargestellt. Mal hatte die „Alexandersturm“ ein „Boot am Haken“, mal war das Boot gerade untergegangen und die Flüchtlinge von den Schiffen aus dem Meer gefischt. Nun, wie dem auch sei, Tatsache ist, daß beide Schiffe (Alexandersturm und Nordwind) versuchten, sich mit Tricks und Manövern der vietnamesischen Küstenwache zu entziehen („FR“, 2.7.) – bis diese Küstenwache ihnen „eine Warnsalve vor den Bug setzte“ („SZ“, 6.7.). Beide Schiffe wurden vorübergehend in vietnamesischen Häfen festgesetzt. Entgegen den frechen Antworten Genscher's auf diese Aktion befanden sich beide

Schiffe innerhalb der vietnamesischen 200 Meilen-Zone (die BRD erkennt nur 12 Meilen an...).

Bereits zuvor hat ein westdeutscher Schlepper 412 Flüchtlinge aus Vietnam „rausgeholt“ („SZ“, 27.6.).

Am 23.6. wurden in Hanoi mehrere Besatzungsmitglieder eines griechischen Schiffs wegen Menschen-smuggel zu Geldstrafen verurteilt („Vietnam Bulletin“ 13/79). An Bord des Schiffes wurden ehemalige Polizisten und Techniker gefunden („SZ“, 20.6.79).

Diese Machenschaften machen wohl deutlich, mit welchen Methoden die Imperialisten die ihnen genehmen Flüchtlinge aus Vietnam rauschleusen und was davon zu halten ist, wenn die „sofortige Beendigung des ungeordneten Flüchtlingsstroms“ auf dem „Weltgipfel“ in Tokio gefordert wird („FR“, 29.6.).

Wieweit die Imperialisten zu gehen bereit sind, exerziert derzeit Italien vor: „Der italienische Raketenkreuzer Andrea Doria ist mit zwei Begleitschiffen nach Südostasien ausgelaufen. Alle drei Schiffe sollen in den Gewässern um Indochina nach Schiffen mit Vietnam-Flüchtlings suchen...“ („SZ“, 6.7.). Wieder einmal haben sich die Imperialisten den Vorwand zur Entsendung von Kriegsschiffen nach Indochina geschaffen. Ohne Frage macht Italien hier in Absprache mit den anderen imperialistischen Staaten den Vorreiter!

Vietnam in die Knie zwingen

„Die Bundesregierung wird nicht Vertreibern sondern den Vertriebenen... helfen“ erklärte demagogisch Helmut Schmidt zur Streichung jeglicher Hilfe an Vietnam. In konzentrierter Aktion haben seit dem „Weltgipfel“ die Staaten der „westlichen Welt“ mit nur wenigen Ausnahmen jegliche Hilfe an Vietnam eingestellt!

In Westeuropa haben die EG-Staaten das gesamte Hilfsprogramm zurückgezogen, einschließlich der Nahrungsmittelhilfe. Schweden hat sich an diesen Maßnahmen nicht beteiligt („FR“, 5.7.). Japan hat zum gleichen Zeitpunkt die Einstellung der Hilfe bekanntgegeben („FAZ“, 4.7.). Andere Staaten wie Australien haben gleichgezogen.

Eine Zersäuerung aller Kreditzusagen durch die westlichen Industrienationen, die Weltbank und internationale Hilfsorganisationen würde Vietnam etwa 1,8 Milliarden Dollar kosten. Das ist ein Drittel der Auslandshilfe für den laufenden Fünfjahresplan“ („SZ“, 5.7.). Mit Genugtuung erklärt die „Süddeutsche Zeitung“ dazu, daß dieser „ökonomische Hebel jedoch wirkungsvoller ansetzen“ dürfte als bloße politische Beschuldigungen („SZ“, 5.7.).

Derartige Summen müssen die schwierige Lage Vietnams enorm zuspitzen – zumal auch die SU bzw. der RGW-Block nicht die ökonomische Potenz haben dürfte, ein derartiges Loch auszugleichen. Und selbst wenn, würde es Vietnam künftig enorm erschweren, weiterhin

einen unabhängigen Kurs zu fahren. Begründet wird die wirtschaftliche Austrocknung mit den „Verbrechen, die von Vietnam, Kambodscha und Laos an den Menschenrechten begangen werden“ (Erklärung des Europarats, „FR“, 2.7.).

Ohne Frage ist dies der eine Strang der forcierten Zerschlagungsstrategie des Imperialismus gegenüber Indochina: Durch gezielte Fluchthilfe für Fachkräfte sowie durch die Hilfeleistung soll Vietnam zum ökonomischen Zusammenbruch getrieben werden.

Kriegsvorbereitungen

Der zweite Strang besteht in der direkten Vorbereitung eines neuen militärischen Schlages gegen Indochina, namentlich Vietnam. Bereits die Entsendung der drei italienischen Kriegsschiffe muß hier als deutliches Zeichen gewertet werden. Es ist das erste Mal seit dem 30. April 1975, daß imperialistische Kriegsschiffe in vietnamesischen Gewässern zu operieren gedenken. Dies muß als unverhohlene Provokation und Drohung begriffen werden. (Beiläufig sei an den Tonkin-Zwischenfall erinnert, mit dem die USA ihr Engagement in Vietnam begründete).

Kriegsvorbereitungen finden vor allem innerhalb des ASEAN-Blocks statt. Zeitgleich zum Hauptgipfeltreffen in Tokio fand eine ASEAN-Ministerkonferenz statt.

Unter Federführung von Singapur und den Philippinen wurde ein extrem aggressiver Kurs eingeschlagen. „Niemand zuvor haben die Länder Südostasiens ihre Ablehnung und Verachtung der Politik Hanois derart ungeschminkt zum Ausdruck gebracht... Singapur und die Philippinen hatten für eine noch krassere Verurteilung Hanois plädiert, für den offenen Konfrontationskurs“ („SZ“, 5.7.). Der philippinische Außenminister Romulo gab bekannt, daß „ASEAN auf höchste Alarmstufe geschaltet“ habe und „entschlossen“ sei, sich „gegen Angriffe von außen zu verteidigen“ („FAZ“, 3.7.). Die ASEAN-Staaten beschlossenen auf dieser Konferenz eine Verstärkung ihrer militärischen Aufrüstung, der „Gedanke eines Militärbündnisses... wird unterdessen ziemlich offen diskutiert“ („SZ“, 5.7.). Dieser Kurs wurde auf der folgenden Absprache („Konsultationsrunde“, „SZ“, 5.7.) mit den Außenministern der imperialistischen Staaten des „Weltgipfels“ abgesprochen. Ungefragt sicherte US-Außenminister Vance Thailand volle militärische Unterstützung zu. „Diese Versicherung wiederhole ich (den Manila-Pakt einzuhalten – er sieht ein direktes US-Eingreifen bei einer militärischen Bedrohung Thailands vor, Red.). Wir sind moralisch und vertraglich verpflichtet den ASEAN-Staaten beizustehen“ („FAZ“, 4.7.). Vance „betonte“ außerdem, daß „die USA jedem der fünf... bedrohten Staaten – derzeit besonders Thailand – zu Hilfe kommen würden“ („FR“, 4.7.). Zum gleichen Zeitpunkt erklärten die USA, daß sie auch weiterhin „den Indischen Ozean“ mit atomar bewaffneten U-Booten kontrollieren werden („FR“, 4.7.). Dies sind eindeutige Kriegsdrohungen und Vorbereitungen gegen Indochina.

Die imperialistischen Staaten des „Weltgipfels“ abgesprochen. Ungefragt sicherte US-Außenminister Vance Thailand volle militärische Unterstützung zu. „Diese Versicherung wiederhole ich (den Manila-Pakt einzuhalten – er sieht ein direktes US-Eingreifen bei einer militärischen Bedrohung Thailands vor, Red.). Wir sind moralisch und vertraglich verpflichtet den ASEAN-Staaten beizustehen“ („FAZ“, 4.7.). Vance „betonte“ außerdem, daß „die USA jedem der fünf... bedrohten Staaten – derzeit besonders Thailand – zu Hilfe kommen würden“ („FR“, 4.7.). Zum gleichen Zeitpunkt erklärten die USA, daß sie auch weiterhin „den Indischen Ozean“ mit atomar bewaffneten U-Booten kontrollieren werden („FR“, 4.7.). Dies sind eindeutige Kriegsdrohungen und Vorbereitungen gegen Indochina.

Ideologische Kampagne gegen Vietnam

Hand in Hand mit der aktuellen Vernichtungsstrategie gegen Vietnam geht die international betriebene Propaganda gegen dieses Land. Sie liefert sozusagen die ideologische Voraussetzung für ein erneutes kriegerisches Eingreifen der Imperialisten und ihrer Vasallen. Auch hier besteht das

Kernstück in der sogenannten „Flüchtlingswelle“. Ausgerechnet eine deutsche Zeitung wagt es, das Elend der „Flüchtlinge“ als „Holocaust in Asien“ zu bezeichnen („Hamburger Abendblatt“, 2.7.), als „Völkermord“ (dto.). Da werden irrsinnige Zahlen gehandelt, „von 200.000 Toten ist die Rede“ („FAZ“, 23.6.). „Die Vertreibung, die durchaus schon die Ausmaße eines Genozids angenommen hat, ist von Menschen ins Werk gesetzt, es gibt Schuldige, und sie sitzen in Hanoi“ („FAZ“, 26.6.).

Die Maßlosigkeit dieser Hetztiraden ist nur mit den dahinter stehenden Kriegszielen des Imperialismus zu erklären. Die Argumentation ist dabei total heuchlerisch: Der Flüchtlingsstrom wird Vietnam als „Völkermord“ vorgeworfen (der gestoppt werden muß) – der Versuch Vietnams aber diesen Strom zu stoppen und in geordnete Bahnen zu bringen ist wiederum Beweis für die Unterdrückung, für „vielfältige Schikanen“ („HA“, 3.7.), da wird sich dann beklagt, daß niemand „freiwillig“ ausreisen darf ...

In diese Argumentation geht die Forderung nach Beseitigung der „Barbarei in Vietnam“ nahtlos ein: „Eine dauerhafte Lösung kann nur gefunden werden, wenn die Ursachen beseitigt werden“ – und die liegen „in Hanoi“ („Zeit“, 22.6. u. „FAZ“, 26.6.).

Es kann kein Zweifel daran sein, daß die Imperialisten mit großen Schritten an die Zerschlagung des sozialistischen Indochinas gehen wollen.

Der Imperialismus hat ein Interesse an der Flüchtlingskampagne, an der Schwächung Vietnams und an bestimmten Gruppen der Flüchtlinge (die sorgsam ausgewählt werden). Was ansonsten mit den von ihnen herausgelockten und geholten Flüchtlingen geschieht, interessiert sie nicht.

Die Flüchtlingslager in Südostasien sind überfüllt – eine Folge der Weigerung des Imperialismus, sie nun auch aufzunehmen und zu versorgen. Zu diesem Schluß kommt selbst das reaktionäre Regime Malaysias: „In der in Kuala Lumpur herausgegebenen Erklärung heißt es, die USA sollten das Durchgangslager errichten, da das Problem der Flüchtlinge ein Überbleibsel der amerikanischen Einmischung in Südvietsnam sei“ für die „Vietnam und die USA verantwortlich seien“ („SZ“, 28.6.).

Diese wiederum sehen ihre Ziele „Vietnam und die USA verantwortlich“ („SZ“, 28.6.).

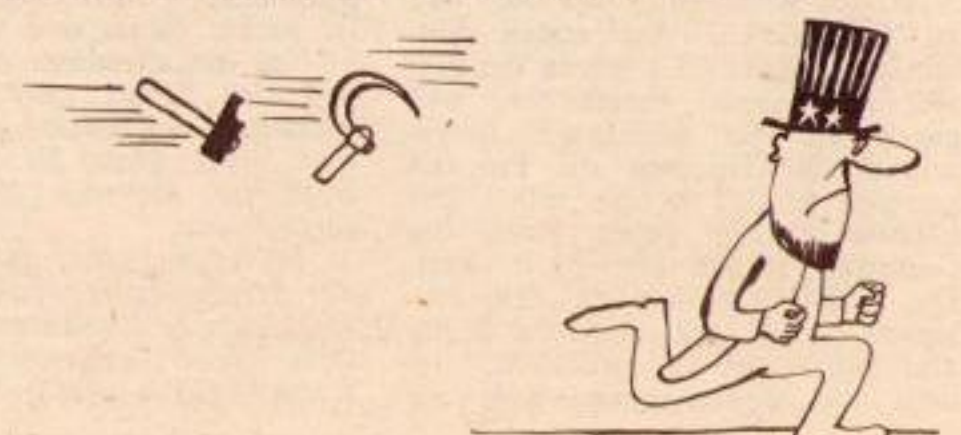
Diese wiederum sehen ihre Ziele erfüllt, wenn die Flüchtlinge Vietnam verlassen haben.

Aufgrund der unzureichenden hygienischen Ausrüstung der Lager brechen Seuchen aus, aufgrund des Nahrungsmittel Mangels hungern Tausende.

Um das Problem jetzt „in den Griff“ zu bekommen, sollen diese Flüchtlinge in KZ-ähnlichen Lagern untergebracht werden. Diskutiert wird die Einrichtung einer „Flüchtlingsinsel“ in Indonesien oder auf den Philippinen, auf denen die Flüchtlinge unbestimmte Zeit leben sollen („SZ“, 21.6.). Ein solches Lager wäre militärisch bewacht und zweifellos gäbe es auch dort den Schießbefehl, der in Malaysia gegen Flüchtlinge besteht („TAZ“, 25.6.). Dies würde in der Tat zu einem „Holocaust“ führen – allerdings unter Verantwortung des Imperialismus.

Auch unter humanitären Gesichtspunkten kommt man nicht umhin, von den Imperialisten und den chinesischen Reaktionen die Lösung der von ihnen geschaffenen Probleme zu fordern!

Asien-Australien-Kommission



Afghanistan

Taraki-Regierung am Ende?

Die „linke“ Regierung Afghanistans scheint am Ende – jedenfalls wenn man den Meldungen der bürgerlichen Presse Glauben schenken wollte. „Afghanische Regierung kämpft ums Überleben“ (FR, 18.6.).

Die afghanische Regierung kann sich angeblich „nur noch durch Repression an der Macht“ halten (Vorwärts, 28.6.). Inzwischen heißt es, die Regierungstruppen seien aus einer „militärischen Schlüsselstellung“ vertrieben worden und hätten sich „zu einem letzten Widerstand umgruppiert, um eine strategisch wichtige Provinz zu halten“ (FR, 6.7.).

Allgemeiner Tenor der bürgerlichen Presse ist, daß ein Machtwechsel in Afghanistan eine Frage der nächsten Zeit sei. Einzige Grundlage für die Berichte sind die Siegesmeldungen der faschistischen Front, die aus der „Hezbe-i-Islami“ (Islamische Partei), der „Jamiyat-i-Islami“ (Islamische Sammlung) und der sogenannten Nationalen Befreiungsfront besteht und die zumindest in ihren führenden Positionen aus Bürgermeistern, Stammesführern, Grundbesitzern, islamischen Klerikalfaschisten und nach Pakistan geflüchteten Reaktionsären zusammengesetzt ist (Spiegel, 24/79 und „blätter des iz3w“, Mai 79).

Nach eigenen Angaben kontrolliert diese faschistische Front derzeit 23 der 28 afghanischen Provinzen (FR, 19.6.) und 70% der Bevölkerung beteiligen sich danach am Kampf gegen das „marxistische Regime“ (FAZ, 18.6.). Demgegenüber spricht der US-Geheimdienst CIA von 2 Provinzen an der pakistanischen Grenze, die von den Faschisten kontrolliert werden („SZ“, 9.6.). Auch die „Frankfurter Allgemeine“ ist z.T. skeptisch über die Erfolgsmeldungen, „die übertrieben scheinen“ (27.6.). Der „Vorwärts“ schreibt in ein und demselben Artikel von „schwerer Bedrängnis“, in die die Taraki-Regierung gekommen sei und die sich nur noch durch die Hilfe der Sowjetunion an der Macht halten könne, bringt aber gleichzeitig die Einschätzung: „Wenn die Muslim-Rebellen nun von Kämpfen, kurz vor Kabul sprechen, so sind auch das bis jetzt nur einzelne Gefechte und nicht etwa schon der Abschluß eines konzentrierten Marsches auf die Regierungszentrale“ (28.6.).

Die Ende Juni in der Hauptstadt Kabul ausgebrochenen Kämpfe wurden in der „Welt“ zum entscheidenden Durchbruch hochstilisiert: „Immer mehr Stämme schließen sich unter dem Banner des Islams dem heiligen Krieg gegen die Macht-haber in Kabul an“ (29.6.).

Anlaß dieser Auseinandersetzungen in der Hauptstadt war nach Angaben der „TAZ“ eine Demonstration von kaum 200 Demonstranten (25.6.). Die afghanische Nachrichtenagentur Bakhtar erklärte zu diesem Vorfall, daß „die bewaffneten Konterrevolutionäre mit Hilfe von Einwohnern Kabuls durch die Sicherheitskräfte schnell festgenommen“ wurden (UZ, 26.6.).

Der Ministerpräsident und Außenminister der Demokratischen Republik Afghanistan, Hafizullah Amrullah, erklärte zur Lage in einem Interview, „daß 98% unserer Bevölkerung, welche das werktätige Volk umfassen, entschlossen unser Volksregime verteidigen. (...) Wir haben unwiderlegbare Dokumente als Belege in Händen, daß ausländische Quellen bei Intrigen gegen unser Volksregime eine Rolle gespielt haben“ (POCH-Zeitung, 21.6.).

Die Nachrichten aus Afghanistan sind für uns schwer einzuschätzen. Skeptisch sind wir allerdings gegenüber den Erfolgs- und Siegesmeldungen aus den Quellen der faschistischen Front. In diesem Zusammenhang weist die „Neue“ auf die Feiern des 1. Jahrestages der Revolution Ende April in Kabul hin, an denen mehr als 100.000 Menschen auf einer Kundgebung der Regierungspartei teilnahmen und „die Verteidigung der Revolution“ forderten (3.7.). Kabul zählt etwas mehr als 400.000 Einwohner.

Tatsache ist weiterhin, daß die Destabilisierungsversuche sich in einer Zeit massieren, in der „die Vertiefung des revolutionären Prozesses den geballten Widerstand der gestürzten Ausbeutungsstufen, der Feudalherren, Gutbesitzer, Wucherer und alten monarchistischen Staatsbeamten herausfordert. Die Volksmacht befreite im ersten Jahr die landlosen und armen Bauern von der Schuldenlast und beseitigte das Spekulantentum. Im Zuge der Agrarreform wur-



Mitglieder der reaktionären moslemischen Banden

de mittlerweile an über 132.000 Bauernfamilien kostenlos Boden verteilt und 104.000 Familien in Genossenschaften zusammengeschlossen“ („POCH-Zeitung“, 21.6.).

Weißer Terror...

Verharmlosend und in völliger Umkehrung der Tatsachen schreibt die bürgerliche Presse vielfach von „Aufständischen“, von „Moslem-Rebellen“, die gegen die „grausame Unterdrückung“ des „marxistischen“ Taraki-Regimes aufstehen. Damit soll die angestrebte faschistische Machtübernahme hier noch als „Volksaufstand“ verkauft werden. Doch wie dagegen ein „unterdrückerisches Regime“ „rebelliert“ wird, beschreibt der „Spiegel“ im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Herat (Mitte März): „Der Pöbel umzingelte eine Gruppe russischer Kolonialisten und riß ihnen die Kleider vom Leibe. Dann schnitt man den Opfern die Nase ab, die Ohren, schließlich die Genitalien. Sadisten zogen drei Russinnen aus und schnitten ihnen, ehe sie getötet wurden, die Brüste ab“ (11.6.). Ähnliches wird auch aus anderen Orten berichtet. Die „Rote Fahne“ berichtet genüsslich, daß „sowjetische Berater, die den Guerillas in die Hände fallen“ in der Regel „sofort gesteinigt oder zu Tode gefoltert“ werden („RF“, 31.5., Hervorhebung von uns). Liebevoll umschreibt die „FAZ“ als „alten Brauch“, was schlicht rechter Terror ist: „Angeblich wurde in diesem und jenem Ort der Kopf eines Russen auf einen Pfahl gespießt...“ (1.6.). In den ländlichen Gebieten richtet sich der Terror augenscheinlich gegen die Bauern, Parteifunktionäre usw., die die Landreform durchführen wollen. „Schließlich wird häufiger berichtet, daß die Kleinbauern aus Angst vor Repressalien seitens der ehemaligen Eigentümer nicht wagten, das ihnen zugeteilte Land in Besitz zu nehmen“ („IZ3W“, Mai 79).

... und die „Rebellion“

Nicht selten werden die faschistischen Massaker in den bürgerlichen Medien voll und ganz gerechtfertigt, als Ausdruck eines Volksaufstandes umgelogen und so für Unterstützung gewonnen.

„Der Kampfgeist der freiheitsliebenden, für ihre islamische Religion das letzte riskierende Afghanistan“ („FAZ“, 15.6.) wird „mit der inzwischen sprichwörtlich (?) gewordenen Brutalität der afghanischen Streitkräfte, mit Bomben und Artillerieinsatz unterdrückt“ („FR“, 18.6.). Während der faschistische Terror als Ausdruck „alten Brauchs“ entschuldigt und gerechtfertigt wird, die Faschisten selbst als „schlecht ausgerüstete Aufständische“ dargestellt werden; von „Volksrebellion“ („RF“, 31.5.) und „Aufstand“ die Rede ist – wird die berechnete Unterdrückung dieses Terrors durch die Taraki-Regierung von Bürgerlichen und Vaterländern als Völkermordpolitik hingestellt.

Die pakistanische linke Zeitschrift „Viewpoint“ charakterisiert diese Propaganda so: „Die Propagandakampagne gegen Afghanistan läßt den Geist ... des Experten der psychologischen Kriegs-

führung, Dr. Goebbels, mit boshafter Befriedigung grinsen“ („Viewpoint“, 24.6.).

Intervention von außen?

Die afghanische Reaktion erhält massive Unterstützung aus dem Ausland, speziell durch die reaktionären islamischen Staaten Pakistan und Saudi-Arabien sowie seitens der reaktionären Kräfte des Iran.

Pakistan soll bereits mit eigenen Truppen in die Kämpfe eingegriffen haben („SZ“, 8.6.). Gleichfalls wurde von Kämpfen zwischen pakistanischen Milizionären und der afghanischen Armee berichtet („SWB“, 8.6.) – übrigens im angeblich von den Faschisten „befreiten Gebiet“. Einige westliche Journalisten, die Pakistan frei betreten konnten, erklärten, „daß die Insurgenten (Aufständischen, Anm. AK) hauptsächlich aus einer Gruppe von 10-20.000 Guerillas bestehen, die aus Flüchtlingscamps in Pakistan heraus in Afghanistan operieren“ („Viewpoint“, 24.6.).

Verschiedene pakistanische politische Organisationen und Personen haben sich inzwischen gegen die Kriegstreiberei gewandt. So der Präsident der „National Progressive Party“, führende Mitglieder der „Pakistan National Party“, die „Peoples National Front“ u.a. („Viewpoint“, 17.6.). Die neugegründete PNP fordert die pakistanische Zentralregierung auf, „die Provokationen gegen die afghanische Regierung zu stoppen“ („SWB“, 8.6.). Die pakistanische Zentralregierung hat bereits vor Monaten die Marschroute eindeutig ausgegeben und „eine gemeinsame Aktion der islamischen Staaten zum Sturz der kommunistischen Regierung im islamischen Afghanistan“ gefordert („Die Neue“, 31.3.).

Die reaktionären arabischen Staaten Saudi-Arabien und Kuweit unterstützen die Faschisten ebenfalls materiell und propagandistisch. Saudi-Arabien ist hauptsächlich der Financier der „Moslem-Brüder“, die immer wieder im Zusammenhang mit Aktionen gegen das Taraki-Regime genannt werden. Entsprechend äußern sich die Faschisten selbst: „Wir haben einige Leute nach Saudi-Arabien geschickt, um Geld und Waffen zu beschaffen“ („Spiegel“, 24/79). Der saudiarabische Rundfunk verbreitet inzwischen die Kommuniqués der Faschisten („FAZ“, 15.6.).

Kuweit hat ebenfalls dazu aufgerufen, den Kampf gegen die afghanische Regierung zu unterstützen („FR“, 17.4.). Offenbar mischt auch Ägypten mit, das über Vertreter sich mit Rädelsführern der „Moslem-Brüder“ trifft und ihnen große Geldbeträge gibt (Informations-Bulletin, 4/79). Was den Iran angeht, so stellt sich die Lage – entsprechend den politischen Verhältnissen im Iran – widersprüchlich dar. Auf jeden Fall erhalten die Faschisten Rückendeckung seitens der reaktionären islamischen Kräfte. Ayatollah Rouhani erklärte, es sei „eine islamische Pflicht für die Iraner, ihren afghanischen Moslembrüdern zu helfen“ („FR“, 18.6.). Ayatollah Qomi fordert gar den Einsatz „aller nur möglichen Mittel“, um die „despotische Regierung“ zu beseitigen. Auch Khomeiny höchstpersönlich hat sich entsprechend geäußert („FAZ“, 22.6. und „Vorwärts“, 19.4.).

Die POCH-Zeitung schrieb dazu in einem Vorspann zu einem Interview mit H. Amin, Ministerpräsident und Außenminister Afghanistans: „Iranische Soldaten waren bei dem bisher blutigsten Zwischenfall im März d.J. in der zweitgrößten Stadt Herat (nach offiziellen Angaben 2700 Tote) mit von der Partie“ (21.6.).

Sowjetische Politik gegenüber dem Taraki-Regime und die Kriegshetzer-Rolle der Agenturen Pekings

Hand in Hand mit der Hochpowerung des angeblichen Volksaufstandes sowie der Deckung des faschistischen Terrors wird der SU ein massives Eingreifen vorgeworfen. Die bürgerlichen Kommentatoren schwelgen bereits bei dem Gedanken eines „sowjetischen Vietnams“ in Afghanistan.

Die „Rote Fahne“ steuert gleich noch eine Reihe Gruselstorys über die „Russen“ bei, die Männer „mit Kalaschnikow-Maschinenpistolen zusammengeschossen“ hätten. Der „Spiegel“ berichtet, „sowjetische Kampfflugzeuge“ seien „im Einsatz gegen die Rebellen“ (24/79). Den Vogel schießt schließlich wieder die „Rote Fahne“ ab, die von „sowjetischem Völkermord“ spricht.

Widersprüche gibt es in diesen Kreisen nur noch darüber, ob die SU schon voll im Einsatz ist (wie die „Rote Fahne“ und der „Spiegel“ berichten), oder ob dies erst bevorsteht.

Auch die konkreten Angaben über das sowjetische Engagement schwanken: China nennt „mehrere Tausend, darunter 1000 – 2000 militärische Berater“ („NCNA“, 25.4.), die hiesige bürgerliche Presse liegt zwischen 7 und 10.000 Beratern, davon 2000 Militärberater. Den Vogel schießt der „Afghanische Studentenverein“ (Hamburg) ab, der bereits vom „Einmarsch der russischen, kubanischen und DDR-Söldner“ phantasiert (Flugblatt vom 18.4.). Die „GUAFS“ (Generalunion afghanischer Studenten im Ausland) berichtet gar davon, daß die SU „50.000 Sowjetbürger aus den südlichen Grenzgebieten ... nach Afghanistan geschickt“ hat, womit der Tatbestand einer „direkten sowjetischen Intervention“ erfüllt sei (Zeitung der „GUAFS“, Nr. 1/79). Nach oben ist, wie man merkt, keine Grenze gesetzt.

Die afghanische Regierung selbst hat eine Zahl von 1100 sowjetischen Beratern angegeben (Stand vom Mai dieses Jahres). Tatsache ist, daß es bis dato keinerlei Beleg für ein militärisches Eingreifen der SU in die Kämpfe gibt. Weder wurde bisher eines der angeblich abgeschossenen sowjetischen MIG-Bombenflugzeuge gezeigt, noch ein sowjetischer, kubanischer oder DDR-Soldat vorgeführt.

Tatsache ist weiter, daß die SU schon traditionell „gute Beziehungen“ zu Afghanistan pflegt. Diese Beziehungen bestehen seit 1921 und den sowjetischen Machthabern scheint es dabei ganz egal zu sein, zu wem sie da gute Beziehungen haben. Anders läßt sich die jahrelange herzliche Unterstützung des diktatorischen Daud-Regimes wohl kaum interpretieren. Schon zu diesen Zeiten war die SU größter Handelspartner Afghanistans und hatte gut 800 Berater im Land (nach: Handbuch der Dritten Welt).

Bis 1977 belief sich die Gesamtsumme der sowjetischen Unterstützung im Laufe der Jahre auf ca. 1 Mrd. US-Dollar. Die der USA, BRD sowie einiger anderer westlicher Staaten knapp darunter – auf ca. 900 Mio. Dollar („HB“, 2.5.78). Darüber hinaus erhielt Afghanistan US-Militärhilfe, allein 1975 in Höhe von 400.000 US-Dollar („Das trojanische Pferd“, S.186). Ebenfalls 1977 war die UdSSR der wichtigste Handelspartner mit einem Exportanteil von 38% – gefolgt von verschiedenen imperialistischen Ländern sowie Indien und Pakistan mit zusammen ca. 60% („Handbuch der Dritten Welt“, S.15). Keineswegs hat die SU wirtschaftlich eine Monopolstellung mit 80% Exportanteil – wie die „Rote Fahne“ (19/79) behauptet.

Hier hat, was die wirtschaftliche Zusammenarbeit angeht, im letzten Jahr eine Verschiebung zugunsten der SU stattgefunden – vor allem, weil die USA ihre „Hilfe“ gänzlich einstellten.

Wenn auf dieser Grundlage heute von einem „sozialfaschistischen Regime“ (Flugblatt der GUAPS), von einem „Marionettenregime“ der „Sozialimperialisten“ die Rede ist („KVZ“, 28.5.), dann müßte Afghanistan eben schon seit Jahren oder Jahrzehnten „in der Hand der SU“ sein.

Die prochinesische Strömung zeichnet sich in ihrem „Internationalismus“ dadurch aus, daß sie auf der Grundlage eines von ihnen maßlos übertriebenen und behaupteten Einflusses der Sowjetunion bei der Unterstützung der Reaktionsäre aller Welt landet, ob das die FNLA/Unita-Banden in Angola waren, oder ob es die inzwischen lieb gewonnene faschistische Regierung Thailands ist. So ist es auch nur konsequent, wenn die „KPD“ eine „relevante internationale Protestbewegung“ gegen die „Sozialimperialisten“ in Afghanistan und für die Unterstützung der „Moslem-Rebellen“ fordert!

Dabei ist es für uns keine Frage, daß die SU bei ihrem Engagement in anderen Staaten, auch in Afghanistan, durchaus eigennützige Ziele verfolgt. Wir halten es auch für möglich, daß die SU in bezug auf Afghanistan zum „Umsatteln“ bereit wäre, wenn sie sich davon einen Vorteil verspräche. Derzeit verbreiten die sowjetischen Führer radikale Töne – aber wie gehabt in der üblichen orakelhaften Weise. Da wird Pakistan davor gewarnt, „sich in ein riskantes Spiel ziehen zu lassen, das fatale Konsequenzen haben könnte“ („FAZ“, 8.6.). Aber ob und vor allem wie die SU die Taraki-Regierung z.B. gegen eine noch weitergehende Einmischung Pakistans unterstützen würde, wie es von der afghanischen Regierung gefordert wurde, bleibt völlig unklar.

Die afghanische Regierung selbst hat eine Zahl von 1100 sowjetischen Beratern angegeben (Stand vom Mai dieses Jahres). Tatsache ist, daß es bis dato keinerlei Beleg für ein militärisches Eingreifen der SU in die Kämpfe gibt. Weder wurde bisher eines der angeblich abgeschossenen sowjetischen MIG-Bombenflugzeuge gezeigt, noch ein sowjetischer, kubanischer oder DDR-Soldat vorgeführt.

Solidarität mit dem afghanischen Volk

Dem Imperialismus und seinen Helfern (u.a. China!) geht es nicht nur darum, ein bürgerlich-nationalistisches Regime zu stürzen. Ein Machtwechsel würde ein faschistisches Regime hervorbringen und würde das Kräfteverhältnis in der Region wesentlich zugunsten des Imperialismus verschieben. Dagegen gilt es, auch ein bürgerlich-nationalistisches Regime (wie das derzeitige in Afghanistan) zu verteidigen.

Asien-Australien-Kommission



Bauern begrüßen begeistert die in ihren Dörfern durchgeführte Landreform



lateinamerika

Revolution in Nicaragua

Die inzwischen 45-jährige Diktatur des Somoza-Clans ist eng verknüpft mit der Geschichte des Einflusses des US-Imperialismus in diesem Gebiet. 1909 - 1933 war Nicaragua praktisch eine Kolonie der USA und von Invasionstruppen besetzt. Nicht nur aus wirtschaftlichen Überlegungen — Nicaragua ist ein armes Land ohne Bodenschätze — sondern vor allem aus strategischem Interesse an der einzigen Landenge Zentralamerikas, wo ohne Schwierigkeiten ein ebenerdiger interozeanischer Kanal gebaut werden kann. Nach dem Abzug der Marines — durch den nicht zu brechenden Widerstand von Augusto Sandinos Guerillaarmee zumindest mit-erzwungen — gelang es Anastasio Somoza Garcia, dem Vater des jetzigen Diktators die Macht zu ergreifen. Somoza war der Chef der unter amerikanischer Leitung aufgebauten Nationalgarde; in seinem Auftrag wurde Sandino in einen Hinterhalt gelockt, gefangen genommen und ermordet.

Seine militärische Stellung konnte er mit wohlwollender Unterstützung der USA schnell ausbauen und durch eine wirtschaftliche Monopolstellung ergänzen. Heute wird das Privatvermögen der Somozas auf über eine Milliarde US Dollar geschätzt und das Land praktisch wie eine riesige Ha-

zum Sturz der Diktatur spaltete die FSLN in zunächst zwei, später drei Tendenzen. Während die GPP (Guerra Popular Prolonga) am bisherigen Weg des „langen Volkskrieges“, also der Strategie einer traditionellen Landguerilla, wie sie in dieser Form nach Cuba überall in Lateinamerika gescheitert ist, festhalten wollte, begann die „Tendencia Proletaria“ mit politischer Arbeit in den Städten, ein Feld, das bis dahin praktisch den Revis überlassen wurde.

Das Entstehen einer dritten Tendenz („Terceristas“) ist eng verknüpft mit der Zuspitzung der gesamten politischen Situation und der stärker werdenden Opposition auch des größten Teils der nikaraguanischen Bourgeoisie. Dies führte zu einer neuen, breiteren Bündnispolitik und der Hoffnung mit einer breiten Anti-Somoza Allianz des ganzen Volkes, begleitet von gezielten militärischen Schlägen, schon in kurzer Zeit einen erfolgreichen Volksaufstand herbeiführen zu können.

Am 10. Januar 1978 wurde der Kopf der bürgerlichen Opposition, der Zeitungsverleger Joaquin Chamorro, von Somoza erschossen. Das war der Tropfen, der das randvoll gefüllte Faß zum Überlaufen brachte. Die bürgerliche Opposition — praktisch

Intellektueller, Unternehmer und Priester aus dem Exil zurück nach Nicaragua, wo sie triumphal empfangen wurden.

Die Fao...

Im August wurde ein „Minimalprogramm veröffentlicht, das von allen Teilen der Opposition getragen, aber noch sehr stark von der Bourgeoisie dominiert wurde und sich im wesentlichen auf die Forderung nach dem Sturz Somozas, die Garantie der bürgerlichen Freiheiten und die Aufzählung zu reformierender sozialer und wirtschaftlicher Bereiche beschränkte.

Septemberaufstand

Im Oktober wurde unter militärischer Führung von Eden Pastora („General Zero“) und politischer Leitung der Genossin Nora der Nationalpalast in Managua im Handstreich genommen. Die Sandinisten hatten die Wache getauscht, indem sie in den Uniformen der Nationalgarde aufgetreten waren. Auf diese Weise gerieten eine Reihe hoher Staatsfunktionäre in die Hand der Guerilleros und es konnten die Freilassung einer Reihe politischer Gefangener und Lösegeld erpresst werden. Diese Aktion löste praktisch den Aufstand gegen die Diktatur aus, der sehr schnell das ganze Land ergriff. Mehrere Städte wie Esteli, Leon, Masaya, Matagalpa waren mehrere Tage in den Händen der Aufständischen. Nur durch brutale Bombardierung der Wohnviertel, Massenhinrichtungen und Vertreibungen konnte die Nationalgarde die Herrschaft Somozas sichern. Die FSLN konnte sich, mit nur geringen Verlusten, in die Berge zurückziehen.

Die bürgerliche Opposition hat diesen Aufstand mitgetragen, in der Hoffnung auf einen schnellen Sturz Somozas, hervorgerufen durch militärischen Druck durch die FSLN und Verlusten, in die Berge zurückziehen.

Die bürgerliche Opposition hat diesen Aufstand mitgetragen, in der Hoffnung auf einen schnellen Sturz Somozas, hervorgerufen durch militärischen Druck durch die FSLN und diplomatischen Druck durch die USA. Es zeigte sich jedoch, daß die FSLN nicht stark genug war, dem mehr spontanen Massenaufstand zum Sieg zu verhelfen und die USA nicht wirklich bereit waren, Somoza fallenzulassen. Sie stellten ihre Militärhilfe an Somoza erst ein, als dessen Sieg sicher war.

Verhandlungslösung...

In den Verhandlungen nach dem Scheitern des Septemberaufstandes zeigte sich sehr schnell, daß die Einheit in der FAO doch trügerisch und nur von kurzer Dauer gewesen ist. Die rechten Teile des Bündnisses waren nur allzu schnell bereit einen Vorschlag der internationalen, von den USA geführten Verhandlungskommission anzunehmen, der einen „Somozismus ohne Somoza“ bedeutete hätte. Eine Volksabstimmung sollte über den Verbleib Somozas befinden und ihn gegebenenfalls durch eine Koalition aus FAO und der „liberalen“ Somozapartei ersetzen. Eine Auflösung der Nationalgarde und eine Enteignung des Somozaclans wurde nicht vorgesehen. Unter Protest verließen daraufhin die „Gruppe der 12“ und kurze Zeit später über die Hälfte der mitarbeitenden Gruppen die FAO, sie seitdem auf einen reinen Unternehmerclub ohne wirklichen Masseneinfluß zusammengeschmolzen ist.

Zwar waren die kläglichen Reste der FAO durchaus zu einem Kompromiß mit Somoza bereit, aber Somoza war nicht einmal bereit der Kontrolle durch die OAS einer Volksabstimmung zuzustimmen und kündigte frech an, bis 1981 im Amt zu bleiben.

Die MPU

Die MPU wurde im April 1978 als Bündnis von 22 zumeist kleinen links-



Eine Sandinista-Kämpferin in der befreiten Stadt Masaya bei einer politischen Versammlung.

orientierten Frauen-, Studenten-, Schüler-, und Gewerkschaftsorganisationen gegründet. Die MPU wird von der FSLN unterstützt und gilt als politische Massenorganisation der FSLN. Inzwischen hat die MPU begonnen durch Gründung von Stadt-, Gewerkschafts-, und regionalen Komitees die politische Organisation des Volkes voranzutreiben, und die Bevölkerung auf den Aufstand vorzubereiten (Aufbau von Milizen, Anlegen von Vorräten etc.). Hierdurch wird eine langjährige Schwäche der FSLN, die mangelnde Verankerung in den Städten, aufgeholt.

Das Minimalprogramm der MPU fordert eine restlose Ausrüttung des Somozismus, neutrale Außenpolitik und Nationalisierung der Bodenschätze.

Die FPN („Frente Patriótico Nacional“)

Die FPN („Frente Patriótico Nacional“)

Nach dem Scheitern der FAO stellte sich die Notwendigkeit einer neuen Organisation, die alle Kräfte umfaßt, die die FAO wegen ihres Rechtsruckes verlassen haben. Minimalkonsens der FPN ist: Bedingungsloser Sturz und Enteignung der Somozas, sowie Auflösung der Nationalgarde und Ablehnung jeder Intervention.

Wiedervereinigung

Nach längeren Verhandlungen beschlossen die drei Tendenzen der FSLN sich wieder zu vereinigen und bildeten im Winter 78/79 eine gemeinsame Leitung, die aus je drei Vertretern der drei Tendenzen besteht, ferner wurde eine gemeinsame militärische Führung gebildet. Als Schwerpunkte der Arbeit wurden festgelegt: Vorbereitung der Bevölkerung auf den Aufstand sowie die gemeinsame Unterstützung der MPU und deren Programm für eine Übergangsregierung bis zu den Parlamentswahlen.

Esteli besetzt

Nachdem es in den Wintermonaten relativ wenige Kämpfe gegeben hatte und die Zeit mehr durch die verschiedenen Verhandlungen zwischen der FAO, den USA und Somoza geprägt waren, kam es im April erneut zu schweren Kämpfen, nachdem sich herumgesprochen hatte, daß reaktionäre Kreise in der Nationalgarde einen Putsch planten — Somoza selber befand sich zu diesem Zeitpunkt auf „Osterurlaub“ in den USA. Es gelang Esteli zu befreien und eine knappe Woche zu halten, dann mußten sich die Kämpfer zurückziehen, um zu verhindern, daß die Nationalgarde die ganze Stadt in Schutt und Asche

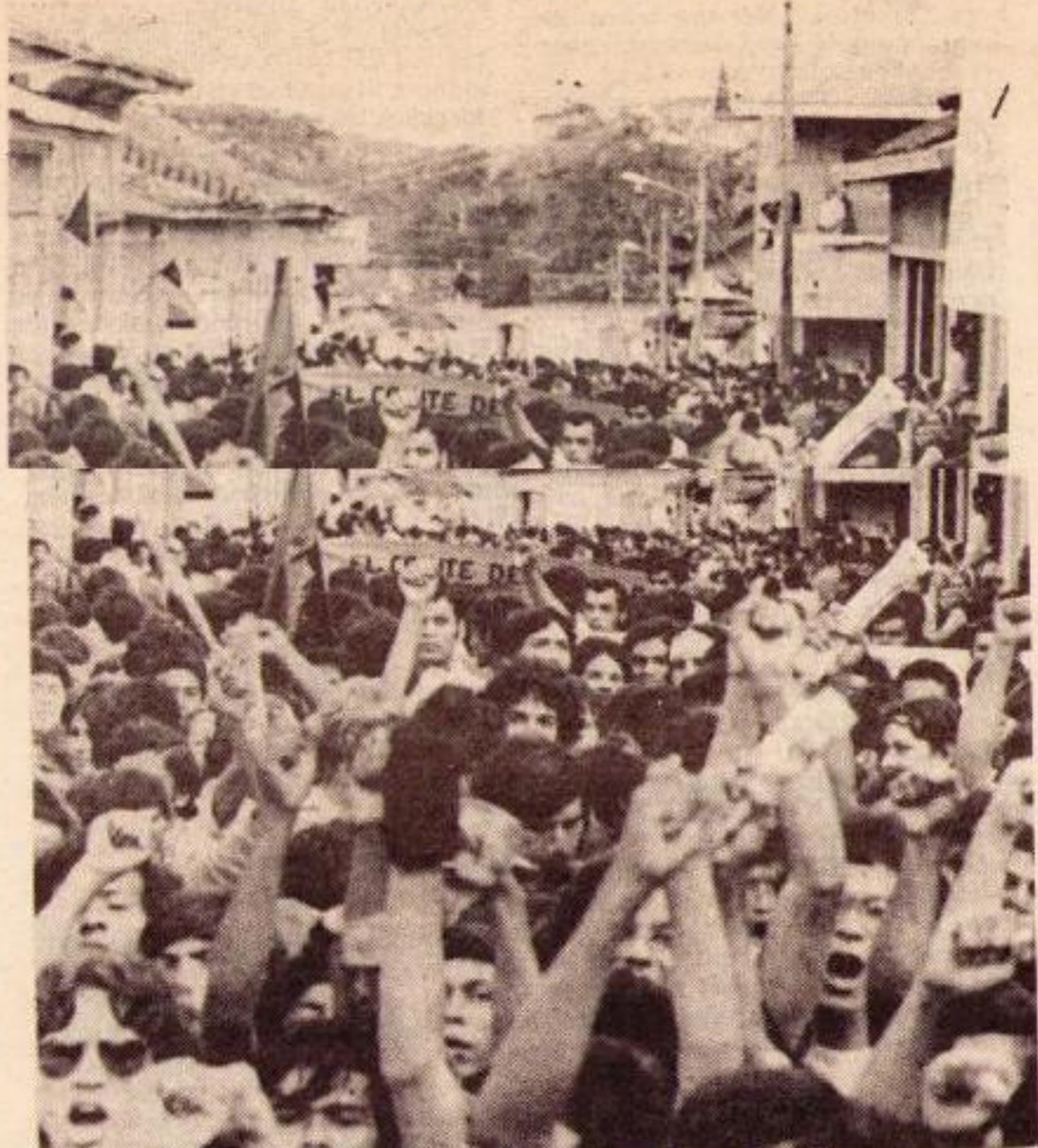
bombt. Die Kämpfe brachten vor allem der Bevölkerung schwere Verluste bei.

Provisorische Regierung gebildet

Auch in der Zusammensetzung der provisorischen Regierung spiegelt sich die zunehmende Stärke der FSLN gegenüber den bürgerlichen Kräften wieder. Die Provisorische Regierung, die während der Septembekämpfe des vergangenen Jahres gebildet wurde, setzte sich aus je einem Vertreter der UDEK und MDN (beides Unternehmerorganisationen) sowie einem Vertreter der „Gruppe der 12“ zusammen. Die Unternehmer waren also weit überrepräsentiert, die FSLN war lediglich Unterstützer dieser Regierung. Im Gegensatz dazu ist die FSLN in der jetzigen Regierung direkt vertreten, ferner ein Vertreter der MPU und der „Gruppe der Zwölf“, die bürgerliche Opposition ist in der Regierung nur noch mit zwei Mitgliedern vertreten (Auch hierdurch ist sie noch weit überrepräsentiert). Dies trägt dem Umstand Rechnung, daß die jetzige Offensive voll unter der Führung der FSLN steht, ja gegen die Verzögerungstaktik der FAO durchgesetzt wurde (siehe AK 156, S. 46).

Abschließend ein paar Worte zur Strategie der USA. Die USA haben bis zuletzt Somoza unterstützt und andere Lösungen der Krise (Somozismus ohne Somoza o.ä.) zwar überlegt, aber nicht konsequent betrieben. Das liegt zum einen an einer sehr starken Somoza-Lobby im amerikanischen Parlament, die damit droht, die Durchführung der Panama-Verträge zu torpedieren; zum anderen in der Befürchtung, daß die bürgerliche Opposition zu schwach ist, um ein „zweites Kuba“ zu verhindern. So nahm man zwar öffentlich etwas Abstand von der Diktatur (auch um mit der Opposition ins Geschäft zu kommen), ernsthafte Maßnahmen wurden aber nie eingeleitet. Ein zunächst gestrichener Kredit wurde dann doch vom Währungsfond genehmigt, Somoza kann weiterhin in den USA Vietnamveteranen anwerben und auch Waffen fließen nach wie vor mit wohlwollender Unterstützung an die Nationalgarde. Inzwischen hat sich die US-Diplomatie mit dieser Strategie aber ziemlich ins Abseits manövriert. Die linke Opposition — die große Mehrheit — akzeptiert nur den bedingungslosen Sturz Somozas, selbst die FAO fordert zumindest eine Volksabstimmung unter der Kontrolle der OAS und erklärt die Verhandlungsbemühungen der USA für gescheitert, weil sie Somoza nicht hierzu zwingen. Die neuesten Ereignisse haben die USA inzwischen gezwungen nun auch die FSLN als „legitimen Teil der Opposition“ zu sehen und als Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Lateinamerika-Kommission



Kundgebung der revolutionären sandinistischen Jugend (IRS)

zienda in ihrem Privatbesitz regiert.

Der Guerilla-Krieg gegen USA und Somoza hat lange Tradition. Die Guerillatruppen Sandinos haben gezeigt, daß ein relativ kleines Heer, eng mit der Bevölkerung verbundener Guerillas, durchaus in der Lage ist eine große Übermacht reaktionärer Truppen zu schlagen. Einen neuen Aufschwung nahmen Aktivitäten der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) dann in den 60er Jahren als das Beispiel der erfolgreichen kubanischen Revolution in ganz Lateinamerika die Revolutionäre anspornte.

Erst mit der Wiedergründung der Sandinistischen Befreiungsfront Anfang der 60er Jahre begann eine Phase des (langsamen) Aufschwungs, bis Somoza im Dezember 1974 nach einer erfolgreichen Guerillaaktion, bei der mehrere Größen des Regimes als Geisel genommen wurden und gegen politische Gefangene ausgetauscht wurden, die Stärke der Sandinisten zugeben mußte. Der Einfluß der Sandinisten blieb aber auf ländliche und vor allem die unwegsamen bergigen Gebiete beschränkt.

Ideologische Auseinandersetzungen um die Frage der richtigen Strategie

alle nicht mir Somoza verflochtenen Unternehmer — riefen zusammen mit den Gewerkschaften zum Generalstreik auf und forderte den Rücktritt Somozas. Die Unternehmer, die zunächst die Führung dieses Streiks innehatten — den Arbeitern wird während des Streiks weiter Lohn gezahlt — brachen den Streik nach 14 Tagen ab, als sich herausstellte, daß Somoza auf diese Weise nicht zum Rücktritt gezwungen werden konnte, die erhoffte Unterstützung durch die USA ausblieb und der Streik mehr und mehr ihren Händen zu entgleiten und in offenen Volksaufstand überzugehen drohte (Daß die bürgerliche Opposition die Volksbewegung nicht im Griff hat, ist im Übrigen der Hauptgrund dafür, daß sie von den USA nicht als Alternative zu Somoza unterstützt wurde). Die folgenden Monate wurden eindeutig durch Volkskämpfe bestimmt, einer offenen Rebellion gegen die Nationalgarde in Monimbo, dem indianischen Viertel von Masaya, Streiks, Hungerstreiks und der Besetzung von Schulen und Kirchen durch Oberschüler. In dieser Situation kehrte die „Gruppe der Zwölf“, eine Gruppe angesehener



Somozas Uhr ist abgelaufen

Das Volk von Nicaragua ist im Bürgerkrieg gegen die Nationalgarde Somozas nach wie vor in der Offensive, auch wenn der Vormarsch an einigen Frontabschnitten nicht so zügig vor sich geht wie erhofft. Die FSLN kontrolliert bereits den ganzen Norden des Landes, im Süden das Grenzgebiet zu Costa Rica bis zur Linie nach Rivas. Insgesamt sind über 20 Städte bzw. größere Ortschaften in den Händen der Aufständischen; lediglich in Managua mußten sich die Guerilleros zurückziehen.

Die Meldung, daß sich die Sandinisten am Donnerstag, dem 28. Juni aus Managua zurückgezogen haben, kann leicht mit einem militärischen Rückschlag für die Sandinisten verwechselt werden. Die Meldung wird von der bürgerlichen Presse natürlich auch unter der Überschrift „Erfolge für die Nationalgarde“ gebucht. Daran ist wohl soviel richtig, daß es nicht sinnvoll ist, weiterhin einzelne Wohngebiete besetzt zu halten, die täglich von Bombenteppichen der Luftwaffe belegt werden, ohne daß genau absehbar ist, wann Managua insgesamt eingenommen werden kann.

Die Verluste vor allem der Zivilbevölkerung sind zu groß. Es gelang den Kämpfern der FSLN sich geordnet und ohne große Verluste nach Massaya zurückzuziehen, von wo aus ein neuer Angriff auf Managua vorbereitet wird.

Der gesamte Norden des Landes ist unter der festen Kontrolle der FSLN. Die Guardia Nacional hat sich in ganz wenigen militärisch besetzten Kasernen zurückgezogen, wo sie von den Guerilleros belagert wird. Die Kasernen von Matagalpa und Achuapa konnten von der FSLN erobert und zerstört werden („NZZ“, 5.7.79). In den größeren Städten — vor allem in der zweitgrößten Stadt des Landes, Leon — existieren inzwischen revolutionäre Stadtverwaltungen. Geplante Angriffe der Nationalgarde gegen Leon und Massaya scheinen schon im Ansatz stecken zu bleiben („SZ“, 5.7.79).

An der Südfrost kommen die Guerilleros nur langsam voran, nachdem sie zunächst bis zur Provinzhauptstadt Rivas relativ schnell vordringen konnten. Hier bereitet die Eroberung einer strategisch wichtigen Kaserne Schwierigkeiten. Inzwischen gelang es aber den Sandinisten in Rivas einzudringen und die Stadt nach langen Straßenkämpfen zu erobern. Die Kämpfe um diese Provinzhauptstadt sind deshalb so bedeutend, weil Rivas als Sitz für die provisorische Regierung vorgesehen ist. Rivas wäre hierfür besonders geeignet, weil dann ein direkter und sicherer Zugang nach Costa Rica möglich ist. Um allerdings Rivas wirklich sicher zu beherrschen, mußte auch die wenige Kilometer entfernte Festung La Virgen erobert werden, in der sich ca. 2.000 Nationalgardisten verschanzt haben. Das scheint in den nächsten Tagen noch nicht möglich zu sein („TAZ“, 6.7.79), so daß auch überlegt wird, die provisorische Regierung in Leon zu installieren.

Die Luftwaffe Somozas, die vom internationalen Flughafen in Managua

aus noch ständig Verstärkung in umkämpfte Gebiete fliegt, besteht inzwischen nur noch aus weniger als einem Dutzend Kampf- und Transportflugzeugen sowie einigen Hubschraubern („FR“, 5.7.79). Ein Hauptziel der revolutionären Truppen, die zur Zeit einen Ring um Managua legen, wird deshalb sein, den Flughafen von Managua zu zerstören, um ein weiteres Bombardement der T33-Bomber (wie auf die Wohngebiete Managuas) zu verhindern („TAZ“, 6.7.79).

Im somozistischen Lager werden inzwischen deutliche Zerfallerscheinungen sichtbar: Es gibt zahlreiche Fluchtversuche, darunter sogar Regierungsmitglieder wie der Landwirtschaftsminister, der Arbeits- oder Innenminister. Sie sind allerdings auf Befehl Somozas von der Nationalgarde abgefangen worden und wurden auf ihren Posten zurückgeschickt. Verdanken kann man ihnen sicher nicht, daß sie das Weite gesucht haben, denn auch der Somozaclan zieht es vor, sich langsam aus dem Staub zu machen: Die Abgeordneten José Somoza Abrego und José Debayle Bonilla sind ebenso nach Miami gefahren wie der Onkel des Präsidenten, Luis Somoza Debayle. Somoza selber ist ebenfalls etwas kleinlaut geworden, auch wenn er auf Pressekonferenzen nach wie vor erklärt, bis 1981 im Amt zu bleiben und eine Offensive der Nationalgarde nach der anderen ankündigt. Unter der Hand verlautet allerdings, daß Somoza bereits seine Koffer packe („NZZ“, 5.7.79), ja sogar zu Verhandlungen mit den Sandinisten bereit sei (allerdings nur wenn die „Liberale“ Somoza Partei an der Regierung beteiligt werde und die Guardia erhalten bleibe). International ist Somoza inzwischen vollständig isoliert. Lediglich Pinochet und Stroessner (Paraguay) unterstützen ihn noch. Es scheint sogar, als ob die USA inzwischen tatsächlich Druck ausüben, jedenfalls soll ein Waffenembargo, das Israel inzwischen über Nicaragua verhängt hat, auf Druck der USA zustande gekommen sein („SZ“, 3.7.79).

Die USA bemühen sich zu retten, was zu retten ist. Zum einen versuchen sie sich zum einen Hals zu schaffen und haben hierzu extra einen neuen Botschafter nach Managua geschickt. Auf der anderen Seite haben sie einen Sonderbotschafter, Bowdler, mit der Aufgabe betraut, die provisorische Regierung unter Druck zu setzen. Konkret geht es den USA darum, den Einfluß der Sandinisten in der Regierung zu verringern, indem mehr Oppositionspolitiker der Unternehmervverbände in ihr aufgenommen werden. Diese Versuche wurden bisher zurückgewiesen. Die Schwierigkeit ist allerdings, daß die provisorische Regierung bisher nur von ganz wenigen Staaten anerkannt wurde. Dies wird sich wohl auch solange nicht ändern, wie es sich um eine Exilregierung handelt und das militärische Gleichgewicht nicht zugunsten der Sandinisten geändert ist.

Lateinamerika-Kommission

Erfolgreiche Initiative — chilenischer Geheimdienstagent ausgewiesen

Seit März dieses Jahres hielt sich — wie berichtet — der chilenische Geheimdienstagent Ahumada Castro in Hamburg auf. Am Sonntag, den 27.6. bestieg Castro ein Flugzeug Richtung Spanien. Die Ausländerbehörde hatte ihm ein Ultimatum von 48 Stunden eingeräumt, um die BRD zu verlassen. Diese Ausweisung ist auf die Aktivitäten einer Steilshooper Stadtteilinitiative zurückzuführen. Dazu gehört ein gemeinsamer offener Brief an Innensenator und Bürgermeister, un-

terzeichnet vom Pastor, Chilegruppe, Vereinigung der Angehörigen der verschwindenden politischen Gefangenen in Chile, Bunte Liste, Frauengruppe, Bürgerinitiative Umweltschutz, KB. Unterstützt wurde die Aktion von Einzelpersonen aus SPD und DKP, sowie der örtlichen Mietergemeinschaft und auch auswärtigen Gruppen, wie einer Frauengruppe aus Ahrensburg. Bleibt zu hoffen, daß es Castro in Spanien nicht anders ergeht als hier.

Peru: Diskussion in der Linken

Die stark zersplitterte peruanische Linke hat seit den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im letzten Jahr die Diskussionen in Richtung Einheit der Linken und zur Herausbildung einer tragfähigen revolutionären Führung der Massenkämpfe intensiv vorangetrieben.

Der Generalstreik vom Juli 1977, der erste nationale Streik seit 40 Jahren in Peru, hatte den Aufschwung und die Radikalisierung der Massenbewegung markiert und die wachsende Kampfkraft gegen die Verelendungspolitik und zunehmende Repression der Militärregierung unter Morales Bermudez deutlich gemacht. Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 1979 erhielten die linken Wahlbündnisse (einschließlich Revisionisten) insgesamt über 30 % der Stimmen.

Die — mehrheitlich von Rechten besetzte — Versammlung hat jetzt einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet und bis 1980 sollen Präsidentschaftswahlen stattfinden (vergl. AK 144).

Dies entspricht dem Konzept der „Institutionalisierung der Demokratie“, der Übergabe der Regierung an Zivilisten — ganz im Sinne von Carters Menschenrechtspolitik. Geplant ist, daß die APRA auf der Grundlage demokratischer und nach außen imagewirksamer Wahlen die Regierung übernimmt. Die APRA hat als ursprünglich populistische Bewegung immer noch einen gewissen Einfluß in Teilen der Massenbewegung und soll dies zur Integration und Befriedung der Massenkämpfe einsetzen. Dies geschieht zur Zeit bereits durch Gründung von Parallelgewerkschaften gegen die klassenkämpferischen Gewerkschaften. Die APRA wird dabei von der Militärregierung unterstützt, indem z.B. allein die APRA-Gewerkschaften als Verhandlungspartner anerkannt werden oder die klassenkämpferischen Gewerkschaften durch Verhaftung und Entlassung ihrer Führer aktionsunfähig gemacht werden (wie z.B. bei den Bergarbeitern im Süden, oder bei den Lehrern — siehe unten).

Neben Integrationsversuchen gegenüber der Massenbewegung soll eine zukünftige APRA-Regierung durch die Militärs gestützt werden, eine zukünftige APRA-Regierung durch die Militärs gestützt werden, um eine „stabile Demokratie“ gegen die wachsende revolutionäre Bewegung zu garantieren (vergl. z.B. AK 152). „Die Übergabe der Macht an eine Zivilregierung werde in jedem Falle erfolgen“, kündigte Präsident Bermudez an, „aber die neue Regierung müsse stark sein und die Unterstützung der Streitkräfte habe ...“ (Monitor-Dienst, 22.5.79).

Der Aufbau einer APRA/Militärregierung wird vom Imperialismus gezielt vorangetrieben, wobei die BRD eine wesentliche Rolle spielt und Carters Konzept einer „stabilen“ aber kontrollierbaren Demokratie unterstützt. Auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Vancouver 1978 wurde die APRA anerkannt. Dazu gehört, daß Peru sich unter den drei bevorzugten lateinamerikanischen Ländern für westdeutsche Entwicklungshilfe befindet und auch der Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Peru im Frühling dieses Jahres.

Die peruanische Linke stimmt einhellig in der Forderung überein, daß nur ein gemeinsames Vorgehen der Linken eine Alternative zur APRA darstellen kann. In der Verfassunggebenden Versammlung haben die linken Fraktionen immer wieder versucht, den damagagischen Charakter der APRA und ihre enge Zusammenarbeit mit der Militärregierung deutlich zu machen. Die Chancen der Linken werden dadurch erhöht, daß einige Gruppen, die 1978 noch zum Wahlboykott aufriefen, jetzt auch für eine Wahlbeteiligung eintreten (z.B. Patria Roja). Das Wahlrecht

für die Analphabeten, das in der neuen Verfassung ebenfalls die Linke (obwohl hier die Regierung noch versucht, durch Manipulationen mit Wahlregistern u.ä., Einschränkungen durchzusetzen). Darüber hinaus sind im Laufe der letzten zwei Jahre Organisationsstrukturen auf Massenebene entwickelt worden, wie die Verteidigungsfronten, die Gewerkschaften, Kleinbürger, Schüler, Studenten umfassen und für bessere Bezahlung und Lebensbedingungen (teilweise auch militärische Kämpfe, und in denen der Einfluß der Revolutionäre groß ist (vergl. AK 148/149). Nicht abzusehen ist bisher, wie sich die Teilniederlagen in den letzten Streiks (Abbruch des Minenarbeiterstreiks) auswirken, ob sie Einschüchterung und Resignation in nennenswerter Weise schaffen werden. Nicht zu übersehen ist jedoch die wachsende Bereitschaft aller revolutionären Kräfte für stärkerer Zusammenarbeit trotz aller ideologischer Differenzen.

Bisher zeichnen sich drei zentrale Blöcke der Linken ab. Einer um die revisionistische KP und die von ihr beherrschte Gewerkschaftszentrale CGTP; ein trotzkistischer Block, der sich im Wesentlichen aus dem Wahlbündnis FOCEP entwickelt; und ein sogenannter marxistisch-leninistischer Block, der zunächst vor allem Parteien des UDP-Bündnisses umfaßt (Marka, Peru 24.5.79).



Lehrerstreik in Peru, unterstützt von Schülern und Eltern.

Lehrerstreik in Peru, unterstützt von Schülern und Eltern.

Mehrheitliche Übereinstimmung besteht bisher in der Überzeugung, daß eine wachsende Einheit der Linken unbedingte Notwendigkeit ist bei Erhaltung der ideologischen Unabhängigkeit aller Gruppen. Daß nur über diesen Weg die bestehende „Führungskrise“ innerhalb der Volkskräfte überwunden werden kann. Dabei geht es im wesentlichen um folgende Aufgaben:

- Vorantreiben der direkten Massentätigkeiten der Diktatur;
- auch wenn der Sozialismus heute nicht auf der Tagesordnung steht, gilt es neue Formen und Wege zu entwickeln, um den Kampf für den Sozialismus vorzubereiten;
- die Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen, wobei eine Reihe (auch nicht trotzkistische) Organisationen offenbar eine Kandidatur Hugo Blancos als gemeinsamen Kandidaten der Linken zustimmen würde.

Wesentliche Differenzen bestehen vor allem in der Frage, wie bei der gegenwärtigen Situation Bündnisse einzugehen sind, ob und wie Teile der Bourgeoisie einbezogen werden sollen, z.B. in den Verteidigungsfronten. Außerdem in der Einschätzung und Haltung gegenüber dem sozialistischen Lager, insbesondere in Bezug auf die chinesisch-sowjetischen Widersprüche. Und über den Charakter der zu entwickelnden revolutionären Partei, das Verhältnis von Proletariat und Bauernschaft, bzw. einer „Vielklassenpartei“.

Solche Fragen wurden z.B. auf

einer Veranstaltung diskutiert, an der Führungsmitglieder von fünf Organisationen der Linken teilnahmen, die anlässlich des 14. Jahrestages der Gründung von Vanguardia Revolucionaria stattfand.

Unklar ist, wie weit die Diskussion zwischen den verschiedenen Blöcken, insbesondere mit dem revisionistischen Block entwickelt ist. Daß es hier tatsächlich zu einer engeren Zusammenarbeit kommt, scheint zunächst noch unwahrscheinlich, wenn man allein die Tatsache berücksichtigt, daß die revisionistische KP die Militärdiktatur immer noch gegen die Falken innerhalb des Militärs verteidigt oder daß die revisionistische dominierte Gewerkschaftszentrale CGTP immer wieder die Unterstützung von klassenkämpferischen Streiks ablehnt. Daß die Revisionisten einen (wenn auch „undogmatischen“) Trotzkisten Hugo Blanco als Präsidentschaftskandidaten unterstützen würden, ist noch unvorstellbar.

Solidarität mit den streikenden Lehrern

Seit dem 4. Juni streiken die Lehrer unbefristet. Schon eine Woche vor Streikbeginn wurden sämtliche greifbaren Gewerkschaftsfunktionäre der Lehrergewerkschaft Sutep (etwa 400) verhaftet. Die Guardia Civil

ist zumindest in Lima an jeder Ecke präsent. Im vorigen Jahr hatten die Lehrer in einem drei Monate langen Streik alle ihre Forderungen durchgesetzt: Lohnerhöhungen, Anerkennung der Sutep, die 85 bis 90 % aller Lehrer repräsentiert, als Gewerkschaft, Wiedereinstellung aller aus politischen Gründen entlassenen Kollegen. Die Regierung hatte diesen Forderungen zugestimmt, ihre Forderungen dann aber nicht eingehalten. Statt der Anerkennung der Sutep wurde ein Dekret erlassen, das mehrere völlig unbedeutende Lehrergewerkschaften, die lediglich rund 5 % der Lehrer repräsentieren (APRA-Gewerkschaft, eine von den Militärs selber ins Leben gerufene und eine revisionistische) anerkennt. Gleichzeitig bestimmt das Dekret die Mitsprache des Staates bei der Aufstellung der Forderungen und bei der Wahl der Gewerkschaftsvertreter. Und schließlich wurden im Februar zahlreiche Sutep-Militärs verhaftet, 50 von ihnen sind heute im Gefängnis. Ein Lehrervertreter stürzte bei seiner Verhaftung Ende Februar aus dem 5. Stock und erlag seinen Verletzungen (Lateinamerikaner, Nr. 71).

Einlenken kann die Regierung, selbst wenn sie wollte, nicht. Im Rahmen des Sparprogramms wurde der Erziehungsetat fast um die Hälfte gekürzt. Mit weiterer massiver Repression gegen die Streikenden ist zu rechnen.

Lateinamerikakommission

Wahlen in Mexiko und Bolivien

Bei den Parlamentswahlen in Mexiko — deren offizielle Ergebnisse bei Redaktionsschluß noch nicht vorlagen — hat ergebnismäßig die PRI (institutionalisierte Revolutionspartei) mit über 50 % der Stimmen deutlich gewonnen.

Die Wahlen fanden — gemessen an den geringen Befugnissen, die das Parlament in Mexiko nur hat — außergewöhnliche Beachtung in der Presse. Ein Grund dafür war, daß zum ersten Mal seit Jahren oppositionelle Parteien zugelassen waren. Nach der Auszählung von zehn Stimmbezirken hat die revisionistische KP immerhin über 10 % der Stimmen erhalten, — in einem Land,

wo der gesamte Wahlkampf staatlich, d.h. von der PRI, finanziert wird, wo seit 50 Jahren die gesamte Verwaltung und Bürokratie in den Händen der PRI liegt!

Die mit Spannung erwarteten Wahlen in Bolivien haben eine rechte Mehrheit gebracht.

Nach zwei Militärputschen im Laufe des letzten Jahres sollten diese Wahlen einen neuen Versuch zur Demokratisierung Boliviens einleiten. Das Wahlbündnis UDP (Zusammenschluß von sozialdemokratischen und linken Gruppierungen) wurde mit seinem Kandidaten Siles Zuazo mit 37,3 % deutlicher Wahlsieger. Allerdings erhielten die beiden stär-

en rechten Gruppierungen die national-revolutionäre Bewegung (MNR) von Victor Paz Estenssoro (29,3 %) und die rechtsradikale Revolutionsdemokratische Allianz von Ex-Diktator Hugo Banzer (17,9 %) zusammen über 47 % der Stimmen. Da keiner der Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit auf sich vereinen konnte, wird der Präsident jetzt vom Parlament gewählt, wo ein Zusammengehen der Rechten zu erwarten ist. Die Gefahr eines neuen Putsches ist darüber hinaus immer noch gegeben.

Lateinamerikakommission

afrika

Tschad: Blutige Rivalitäten

Ein Ende der bewaffnet ausgetragenen Rivalitäten im Tschad ist auch nach dem Sturz der reaktionären Malloum-Regierung nicht abzusehen. Die Kämpfe verlaufen auf zwei Ebenen: Einerseits gibt es starke Spannungen in der neuen „provisorischen Regierung“, die – nach jahrelangen Kämpfen – eine Kompromißlösung der bürgerlichen Kräfte des Südens mit denen des Nordens darstellt. Bei einem blutigen Waffengang der zwischen der MPLT (Frolinat West) und anderen Frolinat-Verbänden (vermutlich des Frolinat-Nord Führers Goukouni) kamen Mitte Juni in der Hauptstadt N'Djamena ca. 200 Menschen ums Leben („FAZ“, 16.6.79). Auf der anderen Seite hat sich die Opposition zur „provisorischen Regierung“ weiter gefestigt und gewisse diplomatische Erfolge errungen. Unterstützt von Libyen hat

„provisorischen Regierung“ beschlossen (wir berichteten ausführlich darüber in AK 153, S. 38). Chef dieser Regierung wurde Shawa. Goukouni erhielt das Innenministerium und der profranzösische Habre wurde Innenminister. Ausgeschlossen von der Lösung waren die Frolinat-Ost (A. Acyl), der im algerischen Exil lebende Ex-Frolinat-Führer Abba Siddick, die recht unbekannte „Forces Populaires de Liberation“ unter Mohammed Abba sowie eine weitere Fraktion unter Aboulaye Adoum. Auf der 2. Kano-Konferenz wurde daher beschlossen, einen Untersuchungsausschuß einzurichten, der die Übernahme der bisherigen Ausgeschlossenen in die Regierung prüfen sollte. Von den beiden maßgeblichen Führern der provisorischen Regierung, Habre und Goukouni, wurde dies boykottiert. Die dritte Kano-

Die Oppositionsgruppen ihrerseits unterzeichneten das Abkommen von Kano I, das seinerzeit von Habre und Goukouni unterschrieben wurde und das u.a. Neuwahlen vorsieht. Die neuen Unterzeichner forderten außerdem in einem gesonderten Text den sofortigen Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad und deren Ablösung durch eine panafrikanische Streitmacht („NZZ“, 31.5.79).

Die alten Herren bleiben

Letzte Forderung steht im offenen Gegensatz zur gegenwärtigen Politik der Übergangsregierung. Diese hat in der jüngsten Zeit klargemacht, daß sie die Vormachtstellung des französischen Imperialismus nicht angreifen wird, sich vielmehr ganz offen auf die französischen Truppen im Tschad stützen will. Der Vize-Premierminister Djogo erklärte dazu am 10. Mai bei einem Besuch in Paris, seine Regierung wünsche ein „vorläufiges Einfrieren“ der französischen Rückzugspläne. Er fügte hinzu: „Das Grundproblem des Rückzugs wird zu geeigneter Zeit untersucht werden. Wir befinden uns in einer Periode, wo die Probleme sich überschneiden und wir haben enorme Schwierigkeiten. Es ist deshalb eine Frage der notwendigen Vorsicht, keine übereilten Entschlüsse zu treffen“ („Le Monde“, 12.5.79). Ganz im Sinne einer solchen proimperialistischen Politik ist auch die ausdrückliche Einladung des Premierministers Shawa, „daß die Türen des Tschad für Investoren weit offen sind und daß sie ins Land kommen können. Die Regierung garantiert ihnen die Ordnung und die Sicherheit des Eigentums und der Personen“ („Neue“, 10.5.79). Alle alten Vereinbarungen, die vom vorherigen neokolonialen Regime Malloum getroffen wurden, sollen eingehalten werden – so heißt es im Regierungsprogramm Shawas („Neues Deutschland“, 8.5.79).

Süd-Sezession

Obwohl in der neuen Regierung gemäß einem Proporz, der jeweils etwa der Bevölkerungsstärke entspricht, sowohl Minister aus dem Norden als auch „gemäßigte“ Süd-Machthaber aus der alten Malloum-Administration sowohl Minister aus dem Norden als auch „gemäßigte“ Süd-Machthaber aus der alten Malloum-Administration vertreten sind, gehen im Süden die Vorbereitungen für eine neue Sezession weiter. Neben der „FUS“ (Front Uni du Sud) wurde eine weitere Süd-Partei gegründet, die „Republikanische Partei für das nationale Wohl des Tschad“. Auch diese Gruppe wird von ehemaligen hohen Kadern des Malloum-Regimes geführt. Inzwischen sind vier Minister der Übergangsregierung auf die Seite der Sezessionisten übergelaufen („DN“,



21.6.79). – Eine besonders wichtige Rolle in dieser Entwicklung spielt der ehemalige Chef der Malloum-Gendarmerie, Leutnant Kamouge. Er wird als Hauptorganisator der fürchterlichen Massaker angesehen, die in den letzten Monaten ca. 10.000 im Süden wohnenden Moslems das Leben kostete. Bei Gesprächen in Libyen, zu denen er extra aus Kamerun mit einer libischen Sondermaschine abgeholt wurde, versuchte er, die Unterstützung Gadhafis gegen die tschadische Zentralregierung zu gewinnen. Von Libyen aus gegen die Shawa/Goukouni-Regierung kämpfen will neuerdings auch Abba Siddick, Generalsekretär der „Frolinat original“, die im Tschad seit seiner Absetzung als Führer der Frolinat-Nord keine bedeutende Rolle gespielt hat. Er hat sich in Libyen verbündet mit Ahmed Acyl, feudalistisch orientierter Chef

und Führer der „Volcan“-Armee (Frolinat-Ost, seit Ende '78 von Libyen unterstützt), sowie mit Mohammad Abba, Chef der bisher unbekannten „Forces Populaires de Liberation“ (Volkskräfte der Befreiung). In einer gemeinsamen Erklärung versicherten die Drei ihre Entschlossenheit, den Kampf zu führen gegen die „illegale, diktatorische und faschistische Regierung Shawa/Goukouni“.

Libyen hat gegenüber Tschad vor allem das Interesse, sich im Norden jacobinische Regierung Shawa/Goukouni.

Libyen hat gegenüber Tschad vor allem das Interesse, sich im Norden des Tschad einen uranreichen Gebietsstreifen zu sichern, den es faktisch seit 1973 besetzt hält. Wie tief Libyen in diesen Konflikt verstrickt ist, das verdeutlicht der Absturz eines libischen Flugzeugs, vollgeladen mit Waffen, im Nordosten des Tschad. Sie waren für die Opposition bestimmt.

Afrika-Kommission



Hissene Habre und Goukouni Oueddej, Führer der neokolonialen Übergangs-Regierung

„Konferenz fand prompt ohne die Hissene Habre und Goukouni Oueddej, Führer der neokolonialen Übergangs-Regierung

die Opposition im Norden des Tschad den Truppen der „provisorischen Regierung“ heftige Gefechte geliefert („SZ“, 29.6.79). Bei diesen komplizierten Abläufen ist eine klare anti-imperialistische Strömung für uns gegenwärtig nicht zu erkennen.

Kano-Konferenz III

Auf den ersten beiden Konferenzen in Kano (Nigeria) im März und April '79 wurde die Bildung einer

Konferenz fand prompt ohne die Mitglieder der provisorischen Regierung statt. Stattdessen nahmen insgesamt sechs verschiedene Oppositionsgruppen an dem Treffen teil. Anwesend waren ferner die Vertreter der Nachbarländer Niger, Sudan, Libyen, Kamerun, Nigeria, Zentralafrikanisches Kaiserreich. Sie bezeichneten immerhin die Übergangsregierung unter Habre und Goukouni als „unannehmbar“ und verlangten ihre Auflösung bis zum 25. Juni 79.

Uganda: Die Absetzung Lules – Ein Sieg der Linken?

Am 19. Juni verfügte der Nationale Konsultativrat Ugandas (oberstes beschließendes Gremium) überraschend die sofortige Absetzung des Kabinetts unter Staatspräsident Yusuf Lule.

Lule selbst widersetzte sich erst dem Beschluß und erklärte, nur er sei der „rechtmäßige Präsident“ Ugandas („Tansania Daily News“, 21.6.79).

Mit der Begründung, er wolle „keinen Konflikt um seine Person“, fügte Lule sich schließlich dann doch den Forderungen nach Rücktritt. Die Politik Lules waren bei Teilen der UNLF und des Konsultativrates schon seit längerem auf Kritik gestoßen.

So führte sich Lule gleich bei Amtsantritt mit dem Plan ein, die UNLA-Streitkräfte zugunsten eines stammesorientierten Elite-Heeres nach westlichem Vorbild aufzulösen – ein eklatanter Bruch in der Moshi von den ugandischen Oppositionsgruppen getroffenen Vereinbarungen. Lule war es auch, der über ein Parteienverbot die Position und den Einfluß der UNLF nachhaltig zu schwächen suchte.

Darüberhinaus erweiterte er selbstherrlich und ohne vorherige Absprache mit dem Konsultativrat sein Kabinett und machte beispielsweise einen Ex-Botschafter Amins in der UNO, Ibgingira, zum Innenminister.

Lule gab mit diesen Maßnahmen offen zu erkennen, daß er nicht gewillt war, den Nationalen Konsultativrat als oberstes Entscheidungsgremium anzuerkennen.

Daraufhin sprachen ihm bereits am 8.6. 14 Mitglieder des Rates in einer Resolution das Mißtrauen aus. Lule reagierte mit der Abberufung des Innenministers, setzte aber seine diktatorische Personalpolitik fort.

Reaktionen nach der Absetzung

Bereits kurz nach der Absetzung Lules kam es in der Hauptstadt Kampala zu Protestdemonstrationen gegen den neuen Präsidenten Binaisa.

Die Demonstranten sperrten die Straßen ab und verteilten Flugblätter, auf denen sie die Rückkehr Lules forderten.

Viele Geschäfte und Büros blieben geschlossen; eine Polizeistation wurde überfallen und der Verteidigungsminister Museveni von Demonstranten tätlich angegriffen („FR“, 26.6.79, „TAZ“, 27.6.79).

Die neue Regierung verhängte ein absolutes Demonstrationsverbot und eine teilweise Ausgangssperre. Nach den bisherigen Informationen ist unklar, ob sich die Protestaktionen gegen die Regierung Binaisa und für die Rückkehr Lules auf größere Teile der Bevölkerung

stützen oder ob es sich um bewußte Provokationen, geschickt genährte tribalistische Konflikte handelt. (Lule ist Angehöriger des südlichen Baganda-Stammes.)

Das Kabinett Binaisa

Auch der neue ugandische Präsident, Godfrey Binaisa, wird unterschiedlich eingeschätzt.

Während die „Neue“ (22.6.) „westliche Beobachter“ anführt, die Binaisa als „weitaus erfahreneren Politiker“ und als einen Mann charakterisieren, der die „nötige Ordnung ins derzeitige Chaos“ bringt, die amerikanische „Herald Tribune“ (21.6.) ihn als „prowestlich und konservativ“ einstuft, steht zumindest die personelle Besetzung seines Kabinetts in gewissem Widerspruch zu diesen Einschätzungen.

Bisher hat Binaisa sechs Minister ernannt, von denen sich z.B. der Minister für kommunale Entwicklung und Kultur als Marxist bezeichnet und der Verteidigungsminister, der in Mosambik im Exil lebte, als Anhänger Samora Machel.

Binaisa stuft sich selbst als „links von der Mitte“ stehend ein, was allerdings auch nicht viel über seinen tatsächlichen politischen Standort verrät.

Dies läßt sich schon eher aus folgender Äußerung ablesen:

„Jedoch, ohne freies Unternehmertum wird das Volk niemals dazu angehalten, sich völlig für den wirtschaftlichen Fortschritt einzusetzen.“ Er sprach sich in diesem Zusammenhang auch gegen eine umfassende staatliche Kontrolle der Wirtschaft aus („Le Monde“, 26.6.). Obwohl zur Zeit nicht feststellbar ist, ob derartige Positionen Binaisas von einer Mehrheit in der UNLF und des Konsultativrates getragen werden, scheint es auch andere Ansichten zu diesem Thema zu geben:

So kündigte der Präsident des Konsultativrates, Rugumayo, nach der Absetzung Lules einen „mehr progressiven Kurs“ an.

„Wir können keine großen ausländischen Investitionen in Uganda brauchen, denn das würde uns ruinieren und die Zukunft des Landes verpfänden.“

Rugumayo will ausländische Investoren nicht ganz fernhalten, fordert aber ihre strikte Kontrolle („FAZ“, 26.6.).

Betrachtet man die bisherige politische Laufbahn Binaisas, so erscheint die Einschätzung eines eher konservativen, gemäßigten Politikers zutreffender.

Von 1959-1962 war er Anwalt im englischen Kron-Kolonialrat, seine juristische Ausbildung erhielt er in Großbritannien.

Von der Unabhängigkeit an war Binaisa der erste Generalstaatsanwalt Ugandas und vier Jahre Minister des rechten Flügels bei Obote.

Nach dem Machtantritt Amins war er noch zwei Jahre Minister und ging dann ins Exil nach New York und London.

In einer offiziellen Erklärung kurz nach seinem Regierungsantritt wies Binaisa selbst auf vorhandene Widersprüche innerhalb der UNLF hin, indem er erklärte, daß die Diskussion um den künftigen wirtschaftlichen Kurs des Landes noch nicht abgeschlossen sei („Le Monde“, 26.6.).

Weiterhin betonte er, innerhalb von 22 Monaten allgemeine Wahlen durchführen zu wollen.

Angeht die bisherigen Informationen wäre es sicher verfrüht, eine endgültige Einschätzung des Regierungswechsels in Uganda vorzunehmen.

Man kann aber davon ausgehen, daß die Absetzung Lules eine Stärkung der Kräfte innerhalb der UNLF bedeutet, die sich für einen mehr demokratischen und wirtschaftlich unabhängigen Kurs in der ugandischen Politik einsetzen.

Ob sich dies auch in der zukünftigen Politik der Regierung Binaisa niederschlägt, bleibt abzuwarten.

Afrika-Kommission



Kurzmeldungen Südliches Afrika

Sambia/Rhodesien Neuer Kniefall Kaundas

Wieder mal muß eine angeblich drohende „Nahrungsmittelkrise“ in Sambia für Kaundas Kompromißbereitschaft mit dem rassistischen Nachbarn Rhodesien herhalten. Nachdem Kaunda bereits im letzten Jahr – ohne Rücksprache mit den Frontstaaten – Sambias Grenze für den Schienenverkehr nach Rhodesien geöffnet hatte und damit dem zimbabwischen Widerstand in den Rücken fiel, ist das sambische Regime jetzt augenscheinlich bereit, die Grenze auch für den Straßenverkehr zu öffnen. Vor wenigen Wochen haben sich sambische „Offizielle“ nach Johannesburg begeben, um diesbezüglich mit Vertretern der von Kaunda so wortgewaltig verurteilten Marionetten-Regierung Muzorewas zu verhandeln („Neue“, 21.6.). Schon sprechen die Regierungszeitung „Times of Zambia“ und der sambische Außenminister von einer „kritischen Situation“ der Versor-

gungslage („FAZ“, 16.6.). Die Öffnung der Grenze für den Straßenverkehr würde erneut den Operationsraum der zimbabwischen Guerillas einschränken, Sambia in noch stärkere Abhängigkeit von den Rassenstaaten bringen und die Spannungen zwischen den Frontstaaten verschärfen.

Tatsache ist, daß die mit chinesischer Hilfe seit Jahren fertiggestellte TanZam-Eisenbahn, die Sambia mit dem tansanischen Hafen Dar-Es-Salam verbindet, eine theoretische Kapazität von einem Drei- bis Vierfachen des gesamten sambischen Außenhandels hat, aber auf sambischen Gebiet völlig heruntergewirtschaftet ist. Tatsache ist außerdem, daß sich die tansanische Regierung Anfang dieses Jahres bereit erklärt hat, die Grenze zum benachbarten Kenia ausschließlich zum Zwecke des Nahrungsmitteltransports nach Sambia zu öffnen („FR“, 5.4.). Überdies werden zwei Millionen Sack Mais, um die es dabei geht, durch Kredite der EG finanziert.

Namibia Razzia im Schwarzenviertel

Bei umfangreichen Razzien im Schwarzenviertel Katutura der namibischen Hauptstadt Windhuk hat die südafrikanische Polizei und Armee am 26.6. rund 1.500 Menschen festgenommen. Die Massenverhaftung wurde von den Rassen mit „vorbeugender Verbrechensbekämpfung“ begründet. Die Polizeirazzien dauerten von Mitternacht bis zum Nachmittag, das gesamte Viertel wurde systematisch durchkämmt. Bewohner Katuturas erklärten, die Polizei habe nach SWAPO-Militanten gesucht, die angeblich in das Gebiet eingeschickt seien („TAZ“, „NZZ“, 28.6.).

Namibia Marionettenversammlung erlaubt Rassendiskriminierung

Wegen der Drohung seitens rechtsextremer Rassenvereine mit „offener Konfrontation“ hat die RSA-Marionettenpartei DTA ihren Plan aufgegeben, rassendiskriminierende Maßnahmen unter Strafe zu stellen! In dem geplanten Gesetz zum „Abbau der Rassenschränken“ war eine Geldstrafe bis zu 300 Rand (ca. 680 DM) oder drei Monate Gefängnis für Hotel-, Restaurant- und Kinobesitzer vorgesehen, die der schwarzen Bevölkerung den Zutritt verweigern. Diese Klausel, kurz zuvor als unabdingbar bezeichnet, wurde jetzt ersatzlos fallengelassen, bis „die Eigentümer von Restaurants und Hotels ihre Gebäude so hergerichtet haben, daß sie Angehörige aller Rassen aufnehmen können“ (!) („FAZ“, 19.6.). Man sieht, die Rassisten sind in der Offensive – nicht mal kosmetische Änderungen werden der „unabhängigen verfassungsgebenden Versammlung“ zugestanden.

Rhodesien Muzorewa läßt Flüchtlingslager bombardieren

„Jene, die Terroristen beherbergen und aktiv deren Versuche unterstützen, meine Regierung gewaltsam zu stürzen, müssen die Konsequenzen ihres Handelns tragen. ... Meine Regierung wünscht, mit den benachbarten Staaten in Frieden und Harmonie zu leben; es muß jedoch zur Genüge klargemacht werden, daß es die erste Pflicht der Regierung ist, unsere Grenzen zu sichern und unser Volk gegen terroristische Anschläge von jenseits der Grenze zu schützen“ („FAZ“, 27.6.). – Das sind bezeichnende Sätze – nicht etwa des Rassensteineinpeitschers Ian Smith, sondern des ersten schwarzen Staatsoberhauptes von „Zimbabwe-Rhodesien“, Gumedes, anläßlich der Eröffnung des

„Parlaments“ in Salisbury.

Zu der Eröffnungszeremonie in dem im Stadtzentrum gelegenen Parlament fuhr der Präsident in einem schwarz glänzenden Rolls-Royce vor, eskortiert von berittener Polizei. Premierminister Muzorewa rollte im cremefarbenen Mercedes hinterher. Ehrengarden salutierten, eine Formation von neun Jägern donnerte über den Gebäudekomplex hinweg, und dem Gesang der Nationalhymne folgten 21 Kanonenschüsse als Salut für den ersten schwarzen Präsidenten – da lacht das Herz des Kompradoren. Daß die Eröffnungsrede Gumedes keine leeren Worte waren, bewies die Regierung Muzorewa am gleichen Tag mit brutalen militärischen Überfällen auf Flüchtlings- und Guerillalager im benachbarten Sambia: Rhodesische Kampfflugzeuge und Luftlandetruppen überfielen am 26.6. eine angebliche Guerillazentrale im Vorort Roma der sambischen Hauptstadt Lusaka. Weiße Kommandos riegelten nach der Bombardierung des Lagers für eine komplette Stunde die Straßenverbindung zum Zentrum Lusakas ab, während andere Soldaten den Stützpunkt mit Maschinengewehren, Raketen und Handgranaten beschossen. Zur gleichen Zeit wurde ein anderes Lager nördlich von Lusaka von Kampfflugzeugen bombardiert. Flugblätter mit einem Aufruf an die sambische Bevölkerung, die Guerillas zu vertreiben, wurden abgeworfen („IHT“, 27.6.). Nach Angaben der sambischen Regierung wurden bei den Überfällen mindestens 20 Personen getötet und weitere 30 verletzt („FR“, 28.6.). Dieser Überfall ist bereits der zweite nach Amtsantritt der „neuen“ Regierung Rhodesiens. Augenscheinlich hat das mit enormen Propagandaaufwand (Flugblätterabwurf über befreite Gebiete) betriebene Amnestieangebot Muzorewas an die Militanten der Patriotischen Front nichts gefruchtet – Muzorewa zieht es jetzt wohl vor, dem Befreiungskampf mit den „traditionellen“ Mitteln, der Ausrottung, zu begegnen.

So wundert denn auch keinen mehr, daß der erste Auslandsbesuch des neuen Premierministers ihn ausgerechnet ins rassistische Südafrika führte. Bei Gesprächen mit RSA-Chef Botha wurden „Angelegenheiten gegenseitigen Interesses“ diskutiert.

Rhodesische Rassen in Bolivien

Nach Angaben der bolivianischen Zeitung „Tribuna“ ist die Ansiedlung rhodesischer Rassen in Bolivien in „vollem Gange“. Trotz zahlreicher Dementis der Behörden seien die ersten Siedler bereits im Department Beni angekommen.

Die Landkäufe werden über die Firma Sefa abgewickelt, die von rhodesischen Rassen finanziert wird. Geplant ist sogar die Errichtung einer modernen Stadt, die über einen eigenen Flugplatz und Eisenbahnan-schluß verfügen soll.

Nach Informationen der schwedischen Zeitung „Lektyr“ habe sich bereits im März dieses Jahres ein rhodesischer Landwirtschaftsexperte in Bolivien aufgehalten, um über Landkäufe zu verhandeln. Dieser habe erklärt, daß sich die Weißen im Fall eines Machtverlustes in Rhodesien auf einen „großen Exodus“ nach Bolivien vorbereiten.

RSA PAC-Mitglieder zu hohen Strafen verurteilt

17 Mitglieder des verbotenen „Panafrikanischen Kongresses“ (PAC) wurden am 26.6. von einem Bezirksgericht der RSA zu Gefängnisstrafen zwischen fünf und 30 Jahren verurteilt. Sieben der Verurteilten wurden schuldig gesprochen, eine militärische Organisation für den PAC aufgebaut zu haben; neun weitere, unter der schwarzen Bevölkerung Rekruten für eine militärische Ausbildung im Ausland angeworben zu haben. Die Urteilsverkündung, die für die 17 Angeklagten Gefängnisstrafen von insgesamt 167 Jahren ergab, stand am Ende eines 18monatigen Prozesses. Der Prozeß fand unter Ausschuß der Öffentlichkeit statt – nur Presseleute mit Sonderausweisen der Polizei durften den Gerichtssaal betreten („FR“, 28.6.).

Am 12. Juni wurde einer der Führer des PAC, David Sibeko, in Dar-Es-Salam (Tansania) Opfer eines Anschlags des südafrikanischen Geheimdienstes. Sibeko war einer der drei Führer der Bewegung und u.a. Repräsentant des PAC bei der UNO („Le Monde“, 13.6.).

RSA Rüstungsindustrie blüht

Der südafrikanische Rüstungskonzern Armscor, dessen Umsatz 1968 ca. 38 Millionen Dollar betrug, wies für das vergangene Jahr 1,165 Milliarden Dollar aus. Vor Journalisten äußerte Ministerpräsident und Verteidigungsminister Botha, Südafrika sei mittlerweile in der Lage, seine eigenen Hubschrauber zu produzieren. Der Stabschef der Luftwaffe erklärte darüber hinaus, daß die südafrikanischen Kampfgeschwader über eine Luft-Luft-Rakete verfügten, die ähnlichen Waffensystemen in Westeuropa nicht nachstehe. Südafrika, so Botha, sei inzwischen in der Lage, seine Rüstungsproduktion „in sehr hohem Maße“ selbst abzudecken („TAZ“, 15.6.79).

Wende für Ghana?

Mit erheblicher Verspätung sind die Ergebnisse der Wahlen in Ghana bekannt geworden, die zwei Wochen nach dem jüngsten Militärputsch (s. AK 156) stattfanden. Ob Manipulationen die Verzögerung verursachten oder besonders sorgfältige Auszählung der Stimmen und Kontrolle der Ergebnisse, war nicht zu erfahren. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 30 %.

Mit 71 von 140 Sitzen gewann die sich auf Nkrumah berufende Nationale Volkspartei (PNP) die absolute Mehrheit. Sie verdankt ihren Erfolg dem heute noch großen Ansehen Nkrumahs und konnte offensichtlich auch die linken Wählerstimmen auf sich ziehen. Die PNP als „links“ zu bezeichnen („TAZ“, „Neue“, 27.6.), ist gewagt. Die eigenen Aussagen der PNP widersprechen dieser Einschätzung (die die beiden linken Tageszeitungen unbesonnen von der Agentur übernommen). Das Wort Sozialismus hat sie lange vor der Wahl aus dem Programm gestrichen. Sie erklärt, gegen Verstaatlichungen zu sein („Neue Zürcher Zeitung“, 25.6.). Über ein Konzept zur wirksamen Bekämpfung der Unterversorgung, der Inflation knapp unter 200 % (US-„Guardian“, 11.4.) und dem Darniederliegen von Produktion und Transport verfügt sie nicht.

Erfreulich ist, daß die rechten Parteien abgeschlagen wurden. Die „Volksfrontpartei“ (PFP) erhielt 42 Sitze, die „Vereinigte Nationale Konvention“ (UNC) 13, die „Aktion-Kongresspartei“ (ACP) 10 und die „Sozialdemokratische Front“ (SDF) 3. Ob überhaupt eine aktionsfähige Regierung zustande kommt, hängt von der Stichwahl zum Präsidentenamt ab. Hier erhielt der PNP-Kandidat Limann nur 37 % der Stimmen, gegenüber 30 % für den PFP-Kandida-

ten, 17 % für UNC und 10 % für ACP. Ob in der Stichwahl der PNP-Kandidat von nunmehr nur noch einem Rechten geschlagen werden konnte und damit in den politischen Institutionen ein politisches Patt eingetreten ist, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Weitere Voraussetzung für eine Regierungsübernahme ist ein Abtreten des regierenden Revolutionsrates der Militärs, die bis „mindestens Oktober“ („Le Monde“, 10.6.) an der Macht bleiben wollen.

Die Äußerungen und Taten des Revolutionsrates unter Vorsitz des Leutnants Rawlings sind nach wie vor widersprüchlich. In einem Kommuniqué erklärte der Revolutionsrat, daß er nicht kommunistisch ausgerichtet sei und die bisherige Außenpolitik (die z. B. keine Parteinahme im Kampf der südafrikanischen Völker gegen den Rassismus beinhaltete) beibehalten werde („Le Monde“, 13.6.).

Dagegen behauptete Rawlings, ein Anhänger des Antimperialisten Frantz Fanon zu sein („IHT“, 25.6.) und auch weiteren Mitgliedern des Revolutionsrates wird eine linke Einstellung nachgesagt („Neue Zürcher Zeitung“, 25.6.).

Die Säuberungen in Armee und Gesellschaft, die Schmuggel, Schwarzmarkt und Korruption bekämpfen sollen, gehen weiter. Dabei werden sowohl die Drahtzieher aus den höheren Rängen der Armee inhaftiert (bisher über 50), aber auch kleine Händler und Marktfrauen bestraft, die überhöhte Preise verlangen.

Inzwischen sind drei ehemalige Chefs korrupter Militärregierungen und vier weitere hohe Militärs hingerichtet worden, die von „Revolutionären Volkserichten“ verurteilt worden waren, denen aber nur Militärs



Jerry Rawlings

angehörten („IHT“, 25.6.). Die Hinrichtungen sind gestoppt worden, nachdem sowohl westliche Regierungen Protest angemeldet hatten als auch Nigeria mit dem Stopp seiner Öllieferungen drohte („Frankfurter Rundschau“, 2.7.).

Gegen diese ausländischen Einmischungsversuche fand in der Hauptstadt Accra eine Demonstration von mehreren tausend Menschen, vor allem Studenten, statt. Auf Transparenten forderten sie „Yankees raus!“ und „USA, hört mit der Einmischung in unsere Angelegenheiten auf“. Gleichzeitig drückten sie ihre Solidarität mit dem Revolutionsrat und den „Revolutionären Volkserichten“ aus. Die Demonstration zog zur US-Botschaft, die gestürmt wurde. Dabei wurde die US-Flagge in Stücke gerissen („TAZ“, 5.7.).

Sicherlich kann man nicht davon sprechen, daß sich in Ghana so schon eine politische Wende vollzogen habe. Allerdings haben sich die Möglichkeiten dafür seit dem Sturz der reaktionären und korrupten Generäle vergrößert.

Afrika-Kommission



RSA 3. Jahrestag von Soweto

Zehntausende Schwarze des Vororts Soweto gedachten am 16. Juni mit kämpferischen Parolen und Liedern des 3. Jahrestags des Aufstands von

Soweto. Parolen wie „Die Macht sind wir“ und geballte Fäuste kennzeichneten die Gottesdienste, die demonstrativ zu besuchen schwarze Führer aufgerufen hatten („IHT“, 18.6. – siehe Foto).



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Basisgruppen an der FU: Ab ins Sektierertum?

Mit einem klaren Wahlerfolg der Basisgruppenliste endeten die Wahlen zum 1. Studentenparlament an der FU Westberlin nach 10 Jahren VS-Abstinentz (siehe AK 155). 31,5% der Wähler gaben mit ihrer Stimme für die Basisgruppenliste ein Votum für radikaldemokratische Politik.

Gleichzeitig macht das Wahlergebnis eine relativ starke Verankerung der Initiativen an den einzelnen Fachbereichen deutlich – 12 von 18 Direktkandidat(inn)en brachte die BG-Liste durch!

Offensichtlich honoriert wurde von den Studenten auch, daß mit der BG-Liste ein breiter Zusammenschluß unterschiedlicher politischer Strömungen kandidierte. Stellen auch die Basisgruppen im Stupa mit Abstand die größte Fraktion, so konnten die GO-Kräfte zusammen (ADS (SEW nahe) und Jusos) doch fast ebenso viele Stimmen auf sich vereinen. So ist die Situation im Stupa dadurch gekennzeichnet, daß weder die Basisgruppen allein, noch die GO-Fraktion allein im Stupa Mehrheiten finden können.

Erste Stupa-Sitzung

Diese fand am 15.6. im Audimax der FU bei ca. 300 Anwesenden statt. Nachdem der zentrale Wahlvorstand, FU-Präsident Lämmert, und die Rechten die Sitzung verlassen hatten, weil der Sitzungsvorsitz nicht

gesprengt und die Konstituierung des Stupa verhindert hat. Denn wie anders soll der Antrag auf Abstimmungsberechtigung aller – mehr oder weniger zufällig – Anwesenden gewertet werden, denn als Versuch, Sitzungen des Stupa's zu (kleinen) studentischen Versammlungen umzufunktionieren? Dieses Vorgehen dann auch noch mit der Berufung auf „Basisdemokratie“ legitimieren zu wollen erscheint uns als reiner Hohn: die BG-Liste kandidierte – im Gegensatz z.B. zur Liste „Kaos/ML“ – für das Stupa um es für radikaldemokratische Politik zu nutzen. Dafür gaben 32% ihre Zustimmung, während lediglich 1,3% für die Kaos/ML'er stimmten. Auch wenn das subjektiv von vielen BG'lern im Stupa anders gesehen werden mag: praktisch haben sie sich auf der ersten Sitzung ganz im Sinne der Kaos/ML'er verhalten. Auf deren 1,3% können sich die BG-Genossen sicherlich berufen. Allerdings dürfte nur ein winziger Bruchteil der BG-Wählerbasis ihr Vorgehen gutheißen – die hätten nämlich sonst gleich Kaos/ML gewählt! Von einer „Durchsetzung basisdemokratischer Prinzipien im Stupa“ kann hier also keinesfalls die Rede sein. Vielmehr kommen hier u.E. zwei politische Strömungen innerhalb der BG-Liste zusammen, die zu dem Verhalten der BG-Fraktion geführt haben.

Zunächst mag es ja sein, daß etliche BG-Genoss(inn)en den undemokratischen, verschleiern den Charakter des bürgerlichen Parlamentarismus von Grund auf durchschaut haben. Trotzdem deutet aber nichts darauf hin, daß die radikale Linke diesem Parlamentarismus heute praktisch an der Uni eine Alternative gegenüberstellen und verankern könnte. Vielmehr zeigt das Scheitern des UStA-Konzepts (der Versuch der BGs, unabhängige Vertretungsorgane aufzubauen) das Gegenteil. Und solange die Linke das zu nicht in der Lage ist, ist es völliger Unsinn davon zu reden, daß Parlamente keine „reale Funktion“ hätten. Entweder sie erfüllen z.B. als RCDs-ASTA eine Funktion im Sinne der Herrschenden oder als linker ASTA eine Funktion (zumindest partiell) gegen die Interessen der Herrschenden. Es muß daher Aufgabe der Linken sein um die Mehrheit in den Stupas zu kämpfen und die ASTen zu besetzen.

Zweitens wird „übersehen“, daß insbesondere die Studentenparlamente und ASTen eine zentrale Funktion innerhalb der Studentenbewegung hatten und haben. Und dies sicherlich nicht durch die Abstinentz der Linken, sondern indem sie die ASTen erobert und dort eine Politik gegen die Herrschenden und im Sinne der Mehrheit der Student(inn)en betreibt. Weshalb wohl sonst die wütenden Angriffe der Bourgeoisie gegen die Verfaßte Studentenschaft?

Drittens wird „übersehen“, daß die Wiedereinführung der ASTen in Westberlin eine Reaktion des Senats auf die Studentenkämpfe der letzten Jahre ist. Sicherlich: der SPD-Strategie Glotz erhofft sich davon, den „zweifelhafte Teil der jungen Generation“ in die Arme der Sozialdemokratie zu reintegrieren. Es ist allerdings keineswegs zwangsläufig, daß ihm dies mittels des ASTAs auch gelingt. Vielmehr macht gerade das Wahlergebnis an der FU deutlich, daß Glotz von diesem Ziel noch weit entfernt ist. Es wird also wesentlich von der Politik der radikalen Linken im Stupa abhängen, ob er diesem Ziel näher kommt, oder ob seine Taktik gerade das Gegenteil zur Folge hat. Daß eine – wie auch immer geartete – Boykottpolitik seitens der BG-Liste im Stupa kein geeignetes Mittel zu Verbreiterung radikaldemokratischer Positionen in der Studentenschaft ist, läßt sich schon anhand der ersten Stupa-Sitzung exemplarisch verdeutlichen: Vor dem Hintergrund der annähernden Stimmengleichheit zwischen GO-Fraktion (ADS und Jusos) und den Basisgruppen veröffentlichte die Liste „Gewerkschaftliche Orientierung“ (ADS) ein „Angebot an alle Linkskräfte“: „Es muß möglich sein, festzulegen, daß der ASTA

- Ort der Interessenvertretung aller Studenten ist;
- gegen das Hochschulrahmengesetz und seine konkrete Umsetzung kämpft;
- ant imperialistisch und antifaschistisch ist, allen Rechtstendenzen in Hochschule und Gesellschaft entgegentritt;
- gegen Berufsverbote, Ordnungsrecht, Zensurmaßnahmen, Strafrechtsänderungen, die fortschrittliche Kräfte mundtot machen sollen, auftritt;
- die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Bürgerinitiativen sucht;
- Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Lernsituation der Studenten einleitet;
- ausgehend von unserer gesellschaftlichen Verantwortung zu diesen und weiteren Fragen das politische Mandat wahrnimmt.“ (Zit. nach „Wahrheit“, 7.6.79)

Auf dieser Basis sollte nach Vorstellung der ADS ein gemeinsamer Minimalkonsens erarbeitet und ein gemeinsamer ASTA gebildet werden. Gleichzeitig sind die in diesem Angebot formulierten Vorstellungen zumindest nicht unvereinbar mit den formulierten Positionen der BG-Liste, teilweise sogar identisch. Also insgesamt ein Angebot, das zumindest

ernst genommen und mit dem sich auseinandergesetzt werden müßte. Unterläßt es die BG-Liste weiterhin auf derartige Angebote überhaupt zu reagieren, oder bringt sie sogar selbst offensichtlich weder in der gesamten Studentenschaft noch im Stupa konsensfähige (bzw. wie auf der ersten Sitzung unsinnige) Anträge ein, so dürfte sie binnen kurzer Zeit jeden Kredit bei der Masse der Student(inn)en verspielt und wesentlich an Einfluß verloren haben.

Die „Antirevisionisten“ um den KSV

Aus verständlichen Gründen ist der KSV der schärfste Propagandist dieser sektiererischen Linie gegenüber der ADS. So wird in der „Roten Fahne“ vom 14.6.79 heftig gegen diejenigen gewettert, „... die von einer Politik – unabhängig von Sozialdemokratie und Revisionisten – nicht viel halten“ und womöglich mit der ADS auch gemeinsam gegen Rechts vorgehen wollen. „Wir kritisieren die Ins bei den Wirtschaftswissenschaftlern und am FB Jura, die Positionen der zentralen Basisgruppen-Liste bei den Fachbereichswahlen preisgaben und mit den ADSen Listenverbindungen eingingen“ („Rote Fahne“, 14.6.79). Dazu muß man zunächst folgendes wissen: Am FB Jura haben die 6 rechten Listen zusammen 33%, die Junge Union allein 15,4% (BG-Liste: 14,6%) bei den Stupa-Wahlen bekommen. Bei den Wirtschaftswissenschaftlern erreichten die Rechten zusammen immerhin 24,3% (BG: 20%). Daraufhin kandidierte die BG-Liste mit der ADS gemeinsam bei den Fachbereichswahlen. Mal abgesehen davon, daß der KSV sich hier in widerwärtig penetranter Weise zum Zensor der Bündnispolitik der (autonomen) Initiativen aufspielt: es ist keine Position der Basisgruppen, keine Listenverbindung mit den ADS einzugehen. Vielmehr habende Basisgruppen bislang immer Bündnisse an der Übereinstimmung in konkreten Positionen festgemacht (ansonsten wäre der KSV auch schon aus fast allen Initiativen aufgrund der Unterstützung der Verfolgung der Kulturrevolutionäre in China (Todesurteile!) rausgefliegen!). Weiterhin bleibt festzuhalten, daß im Kampf gegen Rechts Übereinstimmungen zwischen den Positionen der Basisgruppen und der ADS, ebenso wie zwischen BGen und Trotzkisten, Jusos usw. existieren und es überhaupt keinen Grund gibt, an diesem Punkt nicht zusammenzuarbeiten. (Interessanterweise will der KSV ja auch die Jusos, deren Mutterpartei immerhin hier für die politische Repression verantwortlich ist, nicht aus einem Bündnis gegen Rechts aussparen!)

Wenn sich der KSV daher mit dieser Schärfe gegen eine Listenverbindung zwischen BGen und ADS wendet, so kann dies nur zum Ziel haben, von vornherein innerhalb der Basisgruppenfraktion einen Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber der ADS (sozialimperialistischer Hauptfeind) zu verankern. Ausschließlich aus diesem Grund dürfte der KSV auch den Antrag der BG-Liste im Stupa unterstütz haben: jeder Trennungsstrich zwischen BGen und ADS – und sei er noch so unsinnig – ist ihm lieb! Die BG-Liste wäre gut beraten, sich auf diesen sektiererischen „Antirevisionismus“ nicht einzulassen.

WAS IST JETZT ZU TUN?

... fragt die „Rote Fahne“ und empfiehlt der Basisgruppenliste die Bildung eines Minderheiten-ASTA. Dabei mogelt sich der KSV schnell um das Problem herum, daß vor der Wahl eines ASTA eine Satzung bzw. zumindest der Teil einer Satzung, der festlegt, wer den ASTA wählt, wer ihn kontrolliert und wer ihn abwählt, mit 2/3 Mehrheit im Stupa verabschiedet werden muß.

Bei der dann folgenden ASTA-Bildung sollte u.E. die BG-Liste mit

allen Fraktionen der Linken in Verhandlung treten und die Bildung des ASTAs anhand der inhaltlichen Übereinstimmung bzw. Differenz entscheiden. Erst wenn die inhaltlichen Differenzen vor der Studentenschaft politisch ausgewiesen werden können, wird ein eventueller BG-Minderheiten-ASTA innerhalb der Studentenschaft über den Rückhalt verfügen, den er braucht.

SSB/Westberlin

Nachträgliche Meldung

Dieser Artikel lag schon für den AK 156 vor, konnte dort aber nicht mehr erscheinen. Inzwischen haben zwei weitere SP-Sitzungen stattgefunden. Auf der ersten wurde ein Präsidium gewählt, bestehend aus je einem Vertreter der Jusos, des LHV und der ADS und drei Vertretern der BG-Liste. Die Aufgaben des Präsidiums sollten die Verhandlungen mit dem Uni-Präsidium über die Finanzen und die Vorbereitungen für eine studentische Satzung sein.

Die dritte Sitzung endete mit der vorläufigen Auflösung des SP. Die Uni-Verwaltung hatte dem SP und dem noch zu wählenden ASTA zwar Räume bewilligt, Gelder sollten jedoch nur zweckgebunden vergeben werden, so daß die Univerwaltung hätte bestimmen können, wofür die studentischen Vertretungsorgane Gelder ausgeben. Die Begründung hierfür: Es gäbe keine satzungsmäßige Beitragsordnung und Studentenschaft.

Jusos und ADS setzten sich für die sofortige Ausarbeitung einer Beitragsordnung ein. Die BGs wollen jedoch keine Beitragsordnung ihre Zustimmung geben, die Beitragszahlungen durch die Studenten vorsieht. Da der ASTA nach der gesetzlichen Regelung eine Gliedkörperschaft der Hochschule ist und nicht über vollständige Finanzhoheit verfügt (Univerwaltung ist kontrollberechtigt), müsse der Staat auch die Kosten tragen, argumentieren sie. In diesem Sinne stellten sie auch einen Antrag, der jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde (Jusos, LHV, ADS, Rechte).

Ein zweiter Antrag der BGs wurde dann mehrheitlich angenommen (mit den Stimmen des LHV), worin das SP angekündigt, seine Sitzungen einzustellen, falls die Univerwaltung nicht in einer Frist von 14 Tagen Gelder für die studentische Arbeit bewilligt hat.

Maihofer –

nein
danke!

Der ehemalige Bundesinnenminister Werner Maihofer, bemüht um eine Professur an der Universität Konstanz, hielt dort Ende Juni seinen ersten Gastvortrag. Seine uneingeschränkte Verteidigung seiner Politik als Innenminister, als auch Äußerungen wie „der Bundesgrenzschutz ist der größte Sicherheitsfaktor in der BRD“ machten ihn bei den Studenten nicht gerade beliebter. Diese hatten in einer Unterschriftenaktion am betroffenen Fachbereich innerhalb weniger Tage 300 Unterschriften gegen eine Berufung Maihofers gesammelt. Ob allerdings die Professoren (sie haben in allen Gremien die notwendigen Mehrheiten) darauf Rücksicht nehmen werden, ist mehr als fraglich. Sie sind – entzückt eine solche Berühmtheit an ihrer Universität begrüßen zu können – sogar bereit, eigens für Maihofer einen passenden Lehrstuhl einzurichten.



„satzungsgemäß“ bestimmt worden wäre, brachte die Basisgruppenfraktion einen Antrag ein, der das Abstimmungsrecht aller Anwesenden fordert. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag gegen die Stimmen von Jusos und ADS angenommen, was den sofortigen Auszug der Jusos zur Folge hatte. Die ADS fragten nach, woraufhin die BG-Fraktion ihren Antrag nochmal ausführlicher begründete:

Ziel dieses Antrages sei es, durchzusetzen:

1. daß alle Stupa-Sitzungen öffentlich sind – wogegen sich auch die GO'er nicht aussprechen
2. daß jeder(r) Anwesende Rederecht hat – auch hier war kein Widerspruch von GO-Seite zu hören
3. daß basisdemokratische Vorstellungen im Stupa Eingang finden. Es sei in der Vergangenheit ein verankertes Prinzip gewesen, daß immer alle Anwesenden reden und abstimmen konnten; man solle sich nicht ahistorisch zur eigenen Geschichte (USTA-Bewegung) verhalten und der Antrag entspräche den basisdemokratischen Prinzipien der BGen. Weiterhin würde man natürlich das Kräfteverhältnis im Stupa selbst zur Kenntnis nehmen (was allerdings auf dieser Sitzung nicht mehr möglich war, da ein Teil der Basisgruppier ihre Stimmkarten schon zerrissen hatte). Ausdrücklich unterstützt wurden diese Ausführungen vom KSV. Die ADS-Fraktion folgte daraufhin den Jusos und zog aus, so daß Spontis, BG-Fraktion und der LHV als Sieger auf dem Schlachtfeld um die „Basisdemokratie“ zurückblieben.

Als Ergebnis dieser ersten Stupa-Sitzung läßt sich festhalten, daß die BR-Fraktion diese Sitzung faktisch

Die Undogmatischen Antiparlamentarier

Nach wie vor ist die Strömung innerhalb der Basisgruppen sehr stark, die prinzipielle Vorbehalte gegenüber der „Formbestimmtheit des ASTA“ und parlamentarischen Strukturen generell hat (siehe auch AK 154). „ASTA und Stupa sind formale Hüllen, die eigentlich niemand interessiert. Der ASTA kann erst dann eine reale Funktion innerhalb der Studentenschaft und über die Uni hinaus bekommen, wenn eine politische und soziale Bewegung, die unabhängig von diesem parlamentarischen Firlefanz entsteht, sich der Mittel eines solchen ASTA bemächtigt, um dann diese Bewegung materiell und organisatorisch zu stärken“ (Ein BG-Genosse in „Radikal“, 15.6.79). Diese Position ist in der Regel verbunden mit der Einschätzung, daß es bei der Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft in Westberlin ausschließlich „... um Herrschaftssicherung und Befriedung der Unis, durch Zugeständnisse formaler Sandkastendemokratie an diejenigen geht, die nach Ansicht von Senator Glotz aus dem „demokratischen“ Grundkonsens dieser Gesellschaft auszubrechen drohen“ geht („Radikal“, 15.6.79). Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Position zu einer völligen Geringschätzung der politischen Arbeit im Stupa führen muß. Beteiligt man sich schon an dem „Firlefanz“, dann mit der Intention Glotz'schen „sandkastendemokratischen“ Integrationsinstrument lahmzulegen. Bei dieser scheinbar radikalen und konsequenten Sichtweise werden gleich mehrere Umstände „übersehen“:

Neue Angriffe auf niedersächsische ASten

Göttingen: Eine Geburtstagsfeier und ihre Folgen

... der Minister für Wissenschaft und Kunst, Eduard Pestel, möchte gerne im Laufe des Sommersemesters 79 an einer Podiumsdiskussion an der Uni Göttingen teilnehmen. So stand es in einem Schreiben des RCDS an ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften (KNS). Die „Diskussion“ sollte dann am 20. Juni in Göttingen stattfinden. Auf dem Podium sollten neben Pestel noch folgende Personen Platz nehmen: Der RCDS Bundesvorsitzende, der RCDS Landesvorsitzende, der Chef der niedersächsischen Studienreformkommission und, sozusagen als linkes Feigenblatt, Inge Wettig-Danielmeier, hochschulpolitische Sprecherin der niedersächsischen SPD-Fraktion. Thema der Veranstaltung: die Studienreform.

Der AStA war der Meinung, daß dies ein Thema wäre, über das es nichts mehr zu diskutieren gäbe, da mit Verabschiedung von Hochschulrahmengesetz und Niedersächsischem Hochschulgesetz die entscheidenden Weichen bereits gestellt sind und daß Pestel lange genug sein Unwesen in Niedersachsen getrieben habe.

Da Pestel wenige Wochen zuvor 65 geworden war, stieg an dem Mittwoch eine große „Geburtstags-“ und „Pensionierungsfeier“ mit Negerküsen, Konfetti und Papierschlagen. Allein das Geburtstagskind war nicht erschienen, es ließ sich wegen zu „erwartender Gewalttätigkeiten“ durch seinen neuen Staatssekretär Möller vertreten, was die anwesenden 2000 Studenten als Affront auffaßten und einen derartigen Lärm veranstalteten, daß keiner der vom RCDS geladenen Gäste zu Wort kam. Lediglich ein Vertreter des AStA war es vergönnt, in einer kurzen Rede das Wirken Eduard Pestels zu würdigen, um sodann die sofortige Pensionierung desselben zu fordern, was großen Beifall erntete. Kurz darauf verließen

die RCDSler und ihre Gäste unter johlendem Gepfeife den Saal, die Veranstaltung war zuende, bevor sie richtig begonnen hatte.

Schon am nächsten Tag meldete sich der RCDS zum ersten Mal seit langem mit einem Flugblatt wieder zu Wort, zwei Tage später erschien ein weiteres sowie eine neue Ausgabe seiner Zeitung „rational“. Tenor all dieser Machwerke war nicht nur die Hetze gegen die „linken Chaoten“. Im Mittelpunkt der Veröffentlichungen stand jedoch der Angriff auf die Jusos, die in Göttingen gemeinsam mit dem SB und dem KHB (KB-Sympathisanten) den AStA stellen. Über den AStA-Vorsitzenden, einen Juso-Genossen, heißt es da: „Gewaltsam versuchte er zusammen mit dem KB dem derzeit sprechenden RCDS-Vorsitzenden das Mikrophon zu entreißen“. Daß der RCDS MIT SOLCHEN Lügen Linke bei jeder Gelegenheit denunziert, ist leider ja nichts Neues. Am schwersten liegt dem RCDS jedoch das AStA-Bündnis im Magen: „Wieder einmal wurde damit deutlich, daß die Göttinger Jungsozialisten nichts mit der SPD gemein haben, sondern sich voll zur Politik des KB bekennen, von dem sie sich immer wieder in die Tasche stecken lassen“ (RCDS Flugblatt).

Den Worten des RCDS folgten auch Taten. Er schickte eine Presseerklärung über den Vorfall an den SPD-Parteivorstand. Dieser will dies nun zum Anlaß nehmen, so heißt es zumindest aus gut unterrichteten Juso-Kreisen, die Juso-Hochschulgruppen an die kurze Leine zu nehmen. Erfreulich ist bei der Angelegenheit, daß die Jusos sich von diesem Druck bisher nicht beeindrucken ließen. Unter der Überschrift „Ein Ring sieht rot“ enthüllen sie die Äußerungen des RCDS als Lügen. Zur Behauptung der Jusos als „Marionetten“ heißt es: „Wer Politik nur unter Gesichtspunkt des Machterwerbs zu betrachten gewohnt ist, dem bleibt es unerklärlich, wie bei der

Linken gemeinsames politisches Handeln zustandekommt“.

Pestel, der eigentliche Hauptakteur dieser Angelegenheit, der sich im entscheidenden Moment gedrückt hatte (wofür er sich vom RCDS vorhalten lassen mußte, er liebe sich von „Chaoten erpressen“) konnte es sich nicht verkneifen, nach der Veranstaltung doch noch seinen Senf zur Sache zu geben. Über seinen Pressesprecher ließ er verkünden, es würde geprüft, „inwieweit Straftatbestände durch die schriftlichen Äußerungen des AStA gegeben seien“ („Göttinger Tageblatt“, 21.6.79). Um dies zu gewährleisten, ist die Göttinger Universitätsleitung per Fernschreiben angewiesen worden, sämtliche Veröffentlichungen des AStA sofort nach Hannover zu übersenden. Daneben wurden Überprüfungen der AStA-Druckereien in Niedersachsen angekündigt. Die letzten Angriffe gegen den Göttinger AStA sind ja noch gut in Erinnerung.

Pestl erwägt Zwangsenthebung des AStA der Uni Hannover

Unter dieser Überschrift berichtete die „FAZ“ am 28.6.79 von den neuesten Erwägungen des Wissenschaftsministeriums. Danach drohen dem kommissarisch amtierenden AStA Mittelspern und Zwangsenthebung. „Daneben müssen seine Mitglieder mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.“ („FAZ“)

Anlaß für diese Maßnahmen war ein Kommentar des AStA zu einer gemeinsamen Presseerklärung von 10 niedersächsischen ASten zur Erschießung Elisabeth von Dyck und der Beinahe-Erschießung Rolf Heisslers, in der sich die Unterzeichner, darunter der AStA Uni Hannover, der Erklärung verschiedener Persönlichkeiten anschlossen (vgl. AK 156). Auf der KNS-Sitzung, auf der diese Presseerklärung diskutiert wurde, hatten verschiedene MSB- und Juso-Asten ge-

fordert, in diese Erklärung eine Distanzierung vom Terrorismus aufzunehmen. Dies wurde von den Unterzeichnern abgelehnt.

In einem Kommentar zu diesem Vorfall hatte der AStA Uni Hannover geschrieben: „Dies (die Distanzierung, d.V.) war für uns unter keinen Umständen akzeptabel — weil für uns kein denkbarer Anlaß besteht, uns von der R.A.F. (Roten Armee Fraktion) oder wem auch immer abzugrenzen, wo es im Moment darum geht, daß Menschen von Polizei und Staatsschutz umgebracht werden.“ (nach „FAZ“, 28.6.). Dem kann man nur zustimmen. Umso dringender ist von daher auch die Solidarität mit dem von Amtsenthebung bedrohten AStA der Uni Hannover. Die Auseinandersetzungen um den Göttinger „Buback-Nachruf“ zeigen, daß ein gemeinsames Vorgehen möglichst aller demokratischen und linken Kräfte in der Studentenschaft solche Angriffe durchaus zurückweisen kann.

TIHO Hannover — AStA droht Amtsenthebung

An der Tierärztlichen Hochschule zu Hannover wurde im Januar ein neues Studentenparlament gewählt. Die Überraschung auch für das Ministerium war sicherlich groß, als die „Demokratische Initiative Tierärztliche Hochschule“ (DIT) elf der 24 Sitze errang und so zusammen mit den zwei Sitzen des Spartakus ein linker AStA gewählt werden konnte. Dies war gerade deswegen eine Überraschung, da diese Hochschule über Jahre hinweg von der Rechten dominiert wurde.

Die den AStA tragenden Gruppen waren im Wahlkampf mit Forderungen nach „selbstgegebener Satzung, eigener Wahlordnung und Finanzhoheit sowie Wahrnehmung des politischen Mandats“ aufgetreten. Sie wehrten sich damit gegen die Einschränkung ihrer satzungsmäßigen Rechte durch die Regierung. Der

AStA ließ deshalb in einer Urabstimmung eine neue Satzung beschließen.

Der Rektor der TIHO reagierte umgehend. In einem Schreiben an den AStA erklärte er die Satzung der Studenten für ungültig, meinte, „ein politisches Mandat hat die Studentenschaft danach (NHG — Anm. AK) nicht, es darf auch nicht in Anspruch genommen werden“. Der Rektor forderte den AStA dann auf, die Regierunsatzung zur Grundlage seiner Arbeit zu machen, andernfalls sähe er keine Möglichkeit „für eine Zusammenarbeit in der TIHO und die Notwendigkeit, rechtsaufsichtliche Schritte in Erwägung zu ziehen“, was in letzter Konsequenz die Amtsenthebung des AStA bedeuten würde.

Der AStA kontierte, daß er in seinem Wahlprogramm deutlich gemacht habe, was er wolle, und dafür sei er auch gewählt worden. Der AStA sehe „es aus politischen Gründen als (seine) moralische Pflicht an, die Wünsche der studentischen Wähler, die (ihn) beauftragt haben, ihre Interessen zu vertreten, zu beachten...“

Eine VV der TIHO bestätigte diese Haltung des AStA. „Sie fordert den Rektor auf, die Wahlbeauftragung der Studentenschaft zu respektieren, die Zusammenarbeit zu intensivieren und dies als demokratisches Mitspracherecht zu verstehen“.

Die konsequente Haltung der Studentenschaft der TIHO scheint sich gelohnt zu haben. Bis heute hat der Rektor seine Drohungen gegenüber dem AStA nicht wahrgemacht.

KHB Göttingen

Einwöchiger Lehrboykott

Einen einwöchigen Lehrboykott führten 183 Hochschullehrer und wissenschaftliche Assistenten der FU/Westberlin Ende Juni durch. Sie protestierten damit gegen das Vorhaben Wissenschaftssenator Glotz, die wissenschaftlichen Assistenten der strik-

Wissenschaftlichen Assistenten der strikten Weisung der Hochschullehrer zu unterwerfen und ihre Forschungsaufgaben künftig zu „Freizeitbeschäftigungen“ degradieren zu wollen. Glotz — sein spezialdemokratisches Mäntchen hatte er wohl ausnahmsweise zu Hause gelassen — verurteilte den Boykott schließlich als einen „vorhergründigen und leichtfertigen Versuch“, auf einen bundesweit laufenden Diskussionsprozeß Druck auszuüben. Im Übrigen ermahnte er die beamteten Teilnehmer, darüber nachzudenken, „wie ihr Verhalten nach den Dienstpflichten (und der FdGO, sollte man wohl noch hinzufügen) zu vereinbaren sei.“

Boykott gegen Mieterhöhung



Gegen geplante Mieterhöhungen in den Braunschweiger Studentenwohnheimen wollen die Betroffenen einen Boykott durchführen.

Das Studentenwerk hatte die Erhöhungen bis zu 25 Mark mit durch die steigenden Ölpreise anwachsenden Heizkosten begründet. In einem offenen Brief an den Minister für Wissenschaft und Kunst haben die Heimbewohner die Steigerung der Zuschüsse für die sozialen Leistungen des Studentenwerks gefordert sowie die Senkung der Ölpreise, da diese „nicht Folge von Rohölverknappung, sondern von Preismanipulation der Ölkonzern“ seien. Zwei Drittel der mit einer Unterschriftenliste angesprochenen Heimbewohner sprachen sich für einen Boykott der Mieten aus. Der Vorstand des Studentenwerks konnte bisher aufgrund einer Pattsituation (2 Prof. und 2 Studenten) keinen Beschluß über die Mieterhöhungen herbeiführen. Diese Entscheidung soll nun auf der kommenden Sitzung durch eine fünfte „neutrale“ Person — den Herrn Bauunternehmer Eppers — herbeigeführt werden. Man braucht wohl nicht besonders gespannt zu sein, auf welche Seite sich dieser „neutrale“ Stimmberechtigte schlagen wird.

Drittmittelforschung:

Bochumer Assistenten decken Skandal auf!

Den Wortlaut eines Vertrages zwischen einem Industrieunternehmen und einem Lehrstuhl veröffentlichte die Assistentenschaft der Ruhruniversität Bochum. Ein (namentlich nicht genannter) Lehrstuhl erhielt von einem (ebenfalls nicht genannten) Unternehmen 36.000 Mark für Forschungen auf dem Gebiet des „Fischer-Tropsch-Verfahrens“. Daß es derartige Verträge gibt, ist allgemein bekannt; im Dunkeln bleiben allerdings fast immer die genaueren Vertragsbedingungen.

Das Rektorat und die Verwaltung der Universität haben den Abdruck der Informationen der Assistentenschaft anfangs verzögert, dann genehmigt — unter der Bedingung, daß die Namen geschwärzt werden. Es wundert kaum, daß diese nicht der Öffentlichkeit preisgegeben werden sollen, sieht man sich den Vertrag mal näher an:

— „Diese Arbeiten haben das Ziel, zu patentfähigen Erfindungen zu gelangen“.

— „Die vom Lehrstuhl... erzielten Forschungsergebnisse (Kenntnisse und Erfahrungen sowie theoretische Überlegungen) sind uns unverzüglich mitzuteilen und stehen ausschließlich uns zu“.

— „Schutzfähige Erfindungen... stehen den Erfindern zu. Sie werden uns jedoch unverzüglich mitgeteilt und zunächst ausschließlich uns zur Inanspruchnahme angeboten. Der Lehrstuhl macht diese schutzrechtlichen Vereinbarungen zum Bestandteil von Dienst- und Honorarverträgen, die der Lehrstuhl mit den von uns zur Verfügung gestellten Mitteln abschließt“.

— „Wir sind... übereingekommen, daß sich beide Seiten über Art und Umfang sowie Fortgang ihrer Arbeiten unterrichten und regelmäßig im Einzelnen abstimmen“.

— „Der Lehrstuhl bestätigt, daß er Bindungen mit Dritten auf dem... Vertragsgebiet nicht eingegangen ist und während der Dauer der Zusammenarbeit nur mit unserer Zustimmung eingehen wird“.

Die vielgerühmte Wissenschaftsfreiheit wird unter diesen Bedingungen zur Freiheit des Kapitalisten, wissenschaftliche Arbeit lückenlos zu kontrollieren. Die Forschungsarbeit orientiert sich ausschließlich am Interesse des Kapitalisten. Er bestimmt jeden einzelnen Schritt der Untersuchungen. Beide Seiten sollen sich „unterrichtet und regelmäßig im Einzelnen abstimmen“, nennt sich

das im Vertrag. Der Wissenschaftler (dessen Freiheit in Forschung und Lehre natürlich nach wie vor garantiert ist) hat die freie Wahl, sich den Forderungen des Unternehmens anzupassen oder die Arbeiten abbrechen zu müssen.

Nun, zu derartigen Verträgen gehören allerdings immer zwei, ein Unternehmen — und ein Lehrstuhlhaber. Der betreffende Bochumer Prof. ist diese Verpflichtungen eingegangen ohne Diskussion mit den Beschäftigten des Lehrstuhls, obwohl diese im Vertrag ausdrücklich mit einbezogen sind: „Der Lehrstuhl macht diese schutzrechtlichen Vereinbarungen zum Bestandteil von Dienst- und Honorarverträgen, die der Lehrstuhl mit den von uns zur Verfügung gestellten Mitteln abschließt“. Damit wird der Assistentenschaft ohne ihr Wissen eine Vertragsklausel aufgezwungen, nach der sie auf ihre Erfinderrechte verzichten. Ebenso wenig wurden bei den Diplomanden eine Zustimmung erfragt, ihre Arbeiten für diesen Zweck zu verwenden. Als man ihnen diesen Zusammenhang mitteilte, waren sie schon mitten im Prüfungsverfahren, hatten also überhaupt keine andere Wahl mehr.

Dazu die Bochumer Assistentenschaft: „Wer so locker mit der Wissenschaftsfreiheit umgeht, muß sich nicht wundern, wenn die Ministerialbürokratie von ihren allgemeinen Auslassungen zur Wissenschaftsfreiheit sich nicht beeindrucken läßt... Diese Wissenschaftsfreiheit, die wir meinen und verteidigen ist aber nicht zu verwechseln mit der hier praktizierten Freiheit eines Lehrstuhlinhabers, Teile seines Lehrstuhls praktisch an einen Großkonzern zu vermieten“.

36.000 Mark — eine recht billige Miete für einen halben Lehrstuhl: „Mit dieser Summe kann noch nicht einmal im vorgesehenen Zeitraum von 16 Monaten ein wissenschaftlicher Angestellter bezahlt werden. Da aber der Vertrag sehr viel umfassendere Pflichten des Lehrstuhls und der dort Beschäftigten begründet, bedeutet dies de facto, daß auch Personen, die vom Land NRW bezahlt werden, an der Privatarbeit für das Unternehmen teilnehmen. So erhält dies Unternehmen noch einmal eine zusätzliche und verdeckte Subvention aus der Landeskasse.“ (Die Assistenten)

(Nach: „Bochumer Studentenzeitung“, Nr. 197)

Eine neue Runde im RCDS-Prozeß

Unter dem landläufig bekannten Namen „RCDS-Prozeß“ beginnt ein neuer Versuch der Freiburger Staatsanwaltschaft, acht Berufsverbotegegner wegen ihres Protestes gegen die Berufsverbote zu verurteilen. In der ersten Instanz waren die acht Studenten zu insgesamt vier Jahren ohne Bewährung verurteilt worden.

Dieses Terror-Urteil war der Staatsanwaltschaft zu milde, sie ging in die Berufung. Die Studenten allerdings auch. Sie waren empört über dieses Urteil, zumal damals eindeutig die Gesinnung verurteilt wurde. So heißt es in der Urteilsbegründung: „...daß alle Angeklagten keine Einsicht und Reue gezeigt hätten, sondern im Gegenteil auch in Zukunft an ihren Überzeugungen festhalten wollen“ [aus einer Presseerklärung des Solidaritätskomitees zur Unterstützung der Angeklagten].

Was war geschehen?

Vor langer Zeit, 1975, fand an der Uni eine vom AStA durchgeführte Aktionswoche gegen die Berufsverbote statt. Der RCDS kontierte mit einer provokatorischen Veranstaltung für die konsequente Anwendung des Radikalenerlasses. Über fünfshundert Studenten protestierten gegen diese Provokation und wandelten die Veranstaltung zu einer Diskussion gegen die Berufsverbote.

Der RCDS stellte gegen zehn Studenten, deren Namen mit Hilfe von Wahllisten vergangener Studentenratswahlen „ermittelt“ wurden, Strafanzeige wegen Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und und und...

Die Hauptbelastungszeugen, drei führende RCDS'ler, darunter der ehemalige Bundesvorsitzende Reckers, erfinden nahezu bürgerkriegsähnliche Zustände vor Gericht. So behauptete Reckers, er sei mitsamt des Stehpults in hohem Bogen von der Bühne geflogen. „Leider“ gibt es keinen Zeugen, der dies belegen konnte. Erös behauptete, auf der Veranstaltung durch Gewaltanwendung eines Angeklagten einen Nierenriß erlitten zu haben, eine Verletzung, die niemals ärztlich bestätigt wurde.

Die Entlastungszeugen, darunter ein ehemaliges Mitglied des RCDS, das heute aktiv in der Anti-AKW-Bewegung arbeitet, konnten glaubhaft beweisen, daß:

— die angeblichen Verletzungen durchweg erfunden sind

— die RCDS'ler sich nach der Veranstaltung alle Mühe gaben, um strafbare Handlungen der linken Studenten ausfindig zu machen. Als es ihnen nicht gelang, mußten dann erfundene Dinge und Wahllisten herhalten.

Die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen wurde durch diese Aussagen eindeutig erschüttert. Das hinderte das hohe Gericht allerdings nicht daran, festzustellen, daß „der Zeuge... nicht unbewußt die Unwahrheit gesagt hat“ (S. 27 der Urteilsbegründung). Es verfuhr nach dem Motto: Je größer die Ungereimtheiten in den Aussagen, desto glaubwürdiger die Zeugen.

Bereits am zweiten Verhandlungstag wurden die Zuhörer wegen Lachens in der Pause aus dem Prozeß für die Dauer der Aussage eines RCDS'lers ausgeschlossen! Zuvor war ein Befangenheitsantrag der Anwälte gegen den Richter Schönefuß abgelehnt worden. Die Anwälte waren zurecht der Meinung, er sei befangen, da er von der SPD zur CDU übergetreten ist wegen der zu laschen (!) Position der SPD zu den Berufsverböten. Die Vernehmung eines RCDS'lers förderte einige abstruse Dinge zu Tage:

— So behauptete er, er lehne Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab, obwohl er rechtskräftig wegen Zusammenschlusses eines Streikpostens verurteilt worden ist.

— Seine Erinnerungen an die Vorfälle im Jahre 1975 wurden im Laufe der Zeit immer lückenhafter, ganz genau wußte er allerdings Dinge, die die Angeklagten belasten. Diese waren ihm genauer in Erinnerung als vor vier Jahren. Ein Phänomen, daß sogar das Gericht in Erstaunen versetzte. Zu der o.g. Aussage wird der RCDS'ler nochmal vor Gericht geladen. Man darf gespannt sein, wie er sich dann herausredet!

Der Entlastungszeuge machte wiederum durch seine Aussagen deutlich, daß die Aussagen der RCDS'ler mit der Realität nichts zu tun haben.

Der Prozeß wird sich bis Ende Juli hinziehen. Es kommen immense Kosten auf die Angeklagten zu. Spenden sind erwünscht. Bitte auf das Konto:

Ch. Zander
Dresdner Bank, Freiburg
Kto.-Nr. 4754682
Vermerk: RCDS-Prozeß

Eine Diskussion, die nicht nur die Frauen angeht

Oh, tut mir mein Busen weh, wenn ich diese Chauvis seh!

Seit Tagen geht mir diese Melodie durch den Kopf. Sorgen mache ich mir schon seit einiger Zeit. Es scheint heute in der Linken eine neue Modeerscheinung zu geben: den Neochauvinismus.

Angefangen hat es ja schon 1978 mit dem Artikel eines Siegfried Knittel im „Pflasterstrand“, in dem dieser berichtete, eine Frau zu schlagen, sei für ihn ein Akt der persönlichen Befreiung gewesen. Und überhaupt, immer diese Sensibilität in der Frauenfrage, schrecklich! Neuerdings liest frau auch frauenfeindliche Töne in der „Tageszeitung“. Ein Glück, daß es so etwas im KB nicht gibt, oder?

Obwohl, wenn ich ehrlich bin, haben mich manchmal schon leise Ängste beschlichen, daß auch im AK der Chauvi-Trend zum Zuge kommt. Da las frau im AK 154 über den „Knittel“ in einem Hamburger Bezirk, und die SM-Debatte war auch nicht immer frauenfreundlich, wie frau es ansonsten eigentlich von schwulen Genossen gewöhnt ist. Der „Hammer“ sind nun aber die zwei Leserbriefe aus Göttingen im AK 156. Da meint man(n) doch tatsächlich, uns vorschreiben zu können, wie unsere Frauenpolitik aussehen soll, was wir lesen sollten und was nicht, wann und worüber wir diskutieren dürfen. Am stärksten polemisiert besonders Kl. gegen die Parole „Macht das Private öffentlich!“ Sie machen wilde Voraussagen über den KB, falls ihr Rat nicht befolgt wird: „Das Ansinnen, in einer kommunistischen Zeitung diese Fragen breit diskutieren zu wollen, ist ein Ausdruck dieser ganz und gar utopischen und objektiv auf die Zerstörung der Organisation abzielenden Ansprüche.“ (Kl.)

Was ist für euch eigentlich „privat“? Vielleicht die Konkurrenz zwischen den Genossinnen in einer Zelle, die die Arbeit behindert? Oder der im Kopf von vielen Genossen befindliche „Mythos vom vaginalen Orgasmus“? Oder vielleicht die Ohrfeige des Genossen, die er seiner Freundin

in den eigenen vier Wänden verpaßt? Oder ist für euch „privat“, daß ich – heute Frau und Genossin – ganz zufällig in einer Arbeiterfamilie geboren wurde, leider Gottes als Mädchen? Und damit fing meine typische „rollenspezifische“ Erziehung schon an.

Einige typische Merkmale: weiße Strümpfe, auf Ordnung getrimmt, keine Sexualerziehung, keine Sexualaufklärung, keine schulische Förderung, weil Mädchen ja doch heiraten wird. Dieses Mädchen – Dickkopf – wollte nicht gleich heiraten, hat sich durchgesetzt. Aber auch in diesem Emanzipationsprozeß gibt es den typisch „weiblichen“ Weg: Haus- und Erziehungsarbeit. Weil junges Mädchen seinen Kopf durchsetzte und eigensinnig war (oftmals bekam es zu hören: „An dir ist ja ein Junge verloren gegangen“), war es auch neugierig, hörte hier und da hin, bekam auch so manches mit, wie Vietnam-Krieg, Demonstrationen, die „Internationale“, Kinderladenerziehung. Ergebnis: politische Arbeit und Organisation. Und trotzdem, mit 21 Jahren hat die typische Mädchenerziehung im Kopf, in der Psyche, im Aussehen ihre Spuren hinterlassen.

Am einfachsten war es noch, das Äußerliche zu verändern. Die Sprache und Denkweise zu verändern war schon weitaus schwieriger. Die Emotionen, die Psyche zu verändern, die teilweise verkrüppelt wurde, wo Mädchen am verletzbarsten ist, ist bis heute nicht völlig gelungen. So hat junges Mädchen zwar politisch gearbeitet, sich teilweise typisch männlich mit Ellenbogen durchgesetzt und trotzdem brannte die Sehnsucht nach Geborgenheit, nach Besitzergreifen von einem Typen, nach gesicherter Zweisamkeit. Also gab es Eheschließung, Eifersucht, Konkurrenz zu anderen Frauen, sexuelle Unterdrückung, körperliche Unterlegenheit, auch mal Schläge, Träume und Sehnsüchte. Ergebnis: Trennung.

Das Resultat dieser persönlichen Geschichte; politisch: aktive Tätig-

keit, persönlich: kaputtes Selbstbewußtsein, Selbstvorwürfe, Versagermentalität, körperliche und seelische Zusammenbrüche. Mit dem Widerspruch nicht fertig werden; das „Ansehen“, das frau als Genossin hat, mit der persönlich miesen Situation in Einklang bringen zu wollen. Nicht den Mut aufzubringen, mit Genossinnen über Schwierigkeiten zu reden. Ergebnis: Zweifel am Leben.

Und dann ein Lichtblick! Frauengruppen entstehen, erstmals zaghaft Diskussionen mit Geschlechtsgenossinnen über die eigene Situation und die Erfahrungen des Lebens: Mein privates Problem ist kein persönliches Problem, es ist ein typisches Frauen-schicksal in dieser kapitalistischen Gesellschaft!

Macht das Private öffentlich!

Erstmals kann frau anderen Frauen Zärtlichkeiten und Freundschaft entgegenbringen, erstmals lernt frau, Konkurrenz zu anderen Frauen abzubauen. Erstmals nach 25 Jahren

kommt frau in den Genuß, mit einem Mann einen Orgasmus zu erleben. Erstmals schreibt frau Artikel für den AK, macht mit anderen Frauen Veranstaltungen und Diskussionsrunden, lernt, den Mut zum freien Sprechen zu entwickeln und Frauen zu lieben. Eine weitere wichtige Erfahrung macht frau noch dabei, nämlich daß ihre alte Lebensweise und Erziehung noch vergleichsweise harmlos ist, gemessen am Werdegang von anderen Frauen.

Erst zuhören, bevor MANN redet!

Ihr Männer könnt euch glücklich schätzen, solche Erfahrungen nicht am eigenen Leibe gemacht zu haben. Aber vielleicht bequemt ihr euch doch mal, ein „Ohr an den Sorgen und Nöten der Massen“ zu haben, ich meine immerhin an der Hälfte der Menschheit!

Nicht, daß ihr uns falsch versteht: wir wollen nicht euer männliches Mitleid für unsere ach so hinderliche Er-

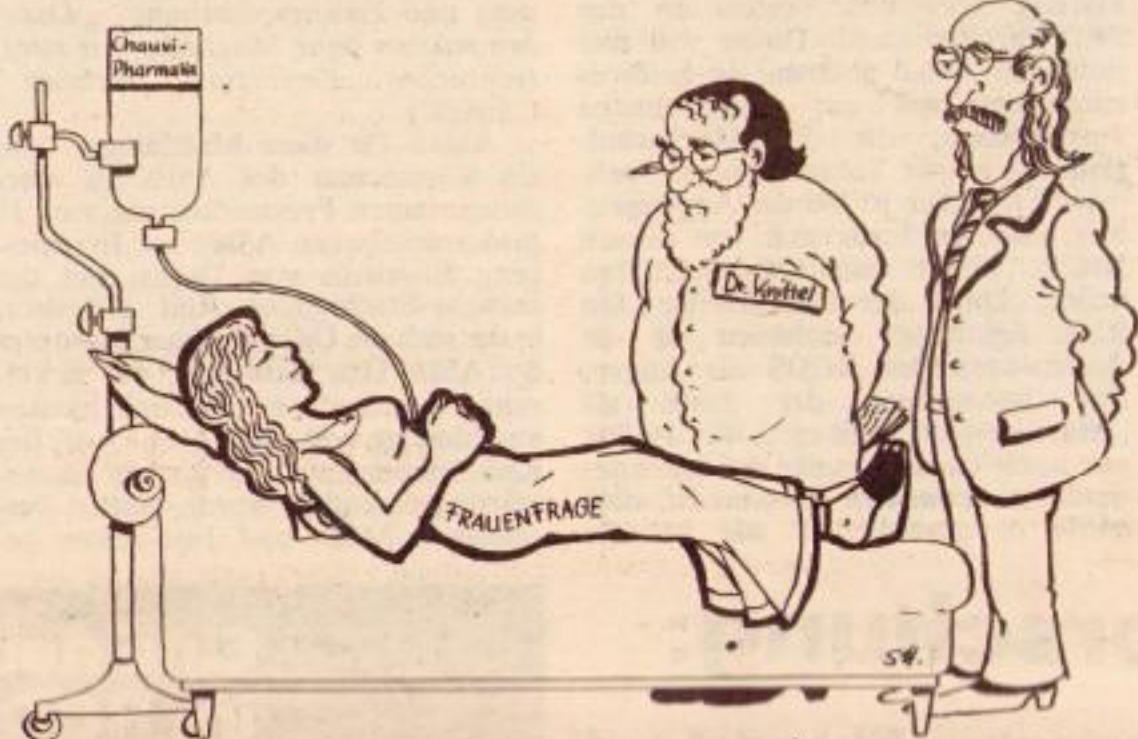
ziehung! Nein, am besten ist, ihr seid erstmal ganz still, ihr laßt uns unseren Weg gehen! Wir wollen uns emanzipieren, wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, was wir diskutieren sollen! Wir werden Artikel schreiben, die uns gefallen, wir werden lesen, was uns gefällt und wollen uns eine eigene Meinung über diese Bücher bilden. Wir wollen weiter das Private öffentlich machen, eigentlich mit noch mehr Mut als vorher, denn die Scham ist endlich vorbei und das Private ist politisch!

Und ihr irrt, ihr irrt euch enorm! Der KB ist für uns nicht eine Schranke unserer persönlichen Emanzipation, sondern der KB gibt und gab uns bislang überhaupt die Möglichkeit, uns als Frauen unserer Lage bewußt zu werden und sie zu verändern. Sicherlich, darüber ist wohl die Mehrheit der Frauen im KB einer Meinung, besser als in irgendeiner feministischen Gruppe.

Ein Lob möchte ich euch zum Schluß doch noch aussprechen: Ihr habt in beiden Artikeln eure männliche Überlegenheit hervorragend demonstriert! Nicht schlecht geschrieben, vor allen geschickt. Ihr habt die bekannte Methode angewandt, erstmal zu behaupten, nach dem Motto: die Phantasie ist groß und irgendwas wird schon hängenbleiben. Das Ganze ist gemischt mit der Wiedergabe von Positionen, die tatsächlich einige Genossinnen als Diskussionsansatz vertreten haben (wie das Verhältnis zur autonomen Frauenbewegung).

Nur, es sollte doch dem Leser nicht entgehen, daß ihr dann diese Positionen uns allen unterstellt und meint, dann die Grundlage zu haben, mit uns abzurechnen. Es geht euch offensichtlich nicht um sachliche Kritik an der Frauenpolitik, sondern ihr möchtet diese lieber insgesamt „mit penetranter Leichenge-ruch“ versehen.

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg, in Zusammenarbeit mit einer anderen Genossin



„ein schwieriges Problem oder eine schwierige Patientin“

Das Kind mit dem Bade ausgeschüttet oder Roll-Back gegen Frauenbewegung?

Ich will mich in diesem Beitrag nicht lange bei den teilweise richtigen Beobachtungen aufhalten, die die beiden Göttinger Genossen in ihren Artikeln anstellen (trotz unterschiedlicher Schwerpunkte „argumentieren“ beide auf derselben Ebene); z.B. ist es ja richtig, daß die ausbleibenden Reaktionen auf die Infragestellung der Faschisierungsthese ein alarmierendes Signal für uns alle sein muß.

Allerdings werde ich den Eindruck nicht los, daß es den Genossen in Wirklichkeit weder um konstruktive Beiträge zur Frage „Wie das politische Niveau des KB anheben“ geht, noch um den Kartoffelsalat, den sie zwar machen, aber nicht essen dürfen, die Armen. Die beiden Beiträge verfolgen das Ziel, eine(n) Schuldige(n) für die derzeitige „Misere“ zu finden, und der ist bei ihrer Sichtweise natürlich schnell gefunden: die Frauen im KB – wobei sie teilweise subtil, teilweise platt-demagogisch Diskussionen über SM, über Gewalt gegen Frauen, über Sexualität, über die Situation der Frauen im KB etc. gegen die wahren „politischen Fragen“ ausspielen. Wenn es nach den Genossen ginge, haben solche „idiotischen“ Beiträge also im AK nichts zu suchen, sollen diese Probleme also weiter unter die Decke des geheiligten Privatlebens gekehrt werden, weil sie von uns hier und heute ja eh nicht voluntaristisch gelöst werden können, weil sie sowieso nur Ersatzdebatten sind, um über die politische Frustration sich rüberzusetzen und uns abhalten von unseren wahren Aufgaben? Meine Gegenrede möchte ich einleiten mit einem Zitat von Carmen Castillo, Militante des MIR – oder steht die bei euch auch im Verdacht der Grauzone? „Ein Militant, das ist erstmal jemand, der das Leben mehr als andere liebt. Diese Liebe für das Leben ist etwas sehr Entscheidendes. Die Freude zu leben, die Liebe, die Verhältnisse zu den anderen, die Kinder – all dies ist untrennbar verbunden mit der Freude zu kämpfen, für das Ziel, das wir erreichen wollen. Die Genossen, die wir

sind, sind notwendigerweise dem Sozialismus ähnlich, den wir aufbauen wollen.“ (C.C., Interview, Frauen in Chile, S.50).

Diesem Sozialismus ähnlich sind wir alle, aber eben nicht von Natur aus oder automatisch, wenn wir uns entschließen, dieses System hier zu bekämpfen, sondern wir müssen darum kämpfen, es zu werden. Die Entwicklung zu einer politischen Avantgarde erfordert von uns nicht zuletzt die ehrliche, schonungslose Auseinandersetzung um die Herausbildung einer neuen revolutionären Moral und dies gerade, was die Rolle der Frauen in der Gesellschaft betrifft. Dies ist einerseits eine Frage der Glaubwürdigkeit (frau kann auch Massenlinie dazu sagen) andererseits auch des subjektiven Interesses derjenigen Männer und Frauen, die sich heute als Linke gegen dieses System und seinen Müll in unseren Köpfen zu wehren versuchen. Fakt ist doch, daß alle diese „Probleme“, die jetzt relativ breit im AK diskutiert werden (KB sei dank, wo wird das sonst gemacht!) nicht eine Erfindung der Genossinnen sind, die sonst nichts besseres zu tun haben, sondern schon lange existieren. Nicht sie zu diskutieren behindert uns in unserer Arbeit, sondern sie weiter schamhaft unter den Tisch zu schweigen.

An dieser hart erkämpften Fähigkeit, auch über das zu reden, was sich hinter den Kulissen abspielt, gilt es festzuhalten, auch wenn wir uns als Kommunistinnen natürlich darüber im Klaren sind, daß „der Kampf ums tägliche Brot nicht in unserer Küche entschieden wird“ (Brecht, Die Mutter).

Aber was denkt ihr eigentlich, warum wir im KB sind? Glaubt ihr, wir verkaufen z.B. den ARBEITERKAMPF, (was übrigens bedeutet, als Linke und als Frau angemacht zu werden) aus lauter Blödsinn? Wißt ihr nicht, daß es in weiten Teilen der Organisation gerade Frauen sind, die „die Fahne hoch halten“? Wahrscheinlich habt ihr überhaupt nicht den Bericht von dem Frauentreffen

zur Kenntnis genommen, aus dem sehr deutlich hervorgeht, daß unsere Bemühungen um die Entwicklung einer Frauenmassenarbeit sich nicht auf Beziehungsdiskussionen oder Nörgelei über Unterdrückung der Genossinnen in der Organisation reduzieren? Jedenfalls sind zur Auseinandersetzung mit feministischen Strömungen unter Genossinnen Anregungen und Vorschläge wie der, Frauenschulung anhand des Clara-Zetkin-Buches von K. Bauer durchzuführen, ein sinnvoller Weg und nicht hässliche Bemerkungen über die Literaturvorlieben von Genossinnen. Und wobei sich mir vollends der Magen umgedreht hat, war diese Bemerkung über die „sprachschänderischen Exzesse der Verena Stefan“. Seit wann spielen sich Kommunisten zu Hütern der reinen deutschen Sprache auf, damit haben gerade deutsche Kommunisten doch schon mal allzu schlechte Erfahrungen gemacht.

Nein, Genossen, dieser deutsche Puritanismus wird nicht dazu beitragen, den KB aus der Krise herauszubringen!

Zum Schluß doch noch eine Anmerkung zur Frage der „Entpolitisierung“. Meiner Meinung nach ist es ein Anzeichen von ziemlicher Resignation und von arroganter Unterschätzung der Genoss(inn)en, wenn für euch die Krisen-debatte noch nichts Vorwärtswieendes hervorgebracht zu haben scheint. Ja, richtig: Zu vielen Fragen herrscht tödliche Ebbe in der Organisation, zu selbstverständlich wird auf Kommentare von oben gewartet – alles zugestanden, aber es ist genauso wenig zu übersehen, daß diese Krisen-debatte uns viele unserer Schwächen überhaupt erstmals vor Augen geführt hat und daß zum anderen Überlegungen, Ideen und Erkenntnisse freigesetzt wurden, wie z.B. (!) die Produktion des Stalin-Buches, die durchaus auf weitere Lebendigkeit des KB hoffen lassen bzw. anspornen. „Die Weisheit der Resignierten nützt niemandem etwas“ (R. Bahro). bine, Frankfurt, von Rock gegen Rechts total begeistert

THERE'S NO BUSINESS LIKE CHAUVIN BUSINESS

Was seit dem Beginn der KB-Frauen KB-Diskussion um die Frauenfrage 1975 schamhaft verschwiegen und unterdrückt wurde, drängt wieder ans Licht. Das etwas geschwächte Selbstbewußtsein des starken Geschlechts rappelt sich. Die Scham ist vorbei, die Krise machts möglich.

„Die Krise des KB ist nicht nur aus der nationalen und internationalen Entwicklung zu erklären, die Krise des KB ist auch eine Folge überhöhter Erwartungen an die Rolle einer kommunistischen Organisation bei der persönlichen Emanzipation und der Lösung „privater“ Probleme und Schwierigkeiten.“ (Ha.). Gut behandelt werden wollen sie, die Frauen. Und das nicht nur von ihren Chefs; nein, Gott steh uns bei, sogar von ihren Männern, selbst wenn es sich bei diesen um Kommunisten handelt. Das geht zu weit! Das hiesse ja womöglich, Kl. bringt auf den Punkt, daß sie „die Wut gegen ihre sgleichen statt gegen ihre Unterdrücker kehren“. Kl. ist es hier schon fast genial gelungen, die menschliche Anatomie dem Primat der Politik unterzuordnen.

Wir Frauen müssen doch endlich begreifen, daß es um Wichtigeres geht als um uns! Ein schöneres, gleichberechtigtes, freies Leben zu führen, diese Ziele des Kommunismus sollten wir uns für die Agitation aufsparen und nicht mit unseren eigenen Bedürfnissen verwechseln, denn „da bei uns in aller Regel die politischen und persönlichen Beziehungen eng ineinander verzahnt sind, wirkt sich der Beziehungsknatsch direkt auf die politische Arbeit aus und verschärft die eh schon vorhandenen politischen Schwierigkeiten“. Aber das wollen sie irgendwie nicht einsehen, diese Frauen. So fällt es Ha. auf, daß bei der Göttinger Frauendiskussion „die Frage der Frauenunterdrückung im KB ausschließlich auf das Problem der sexuellen Unterdrückung von Frauen „in Beziehungen“ reduziert wurde“. Diese Schweinchen! Sexualität gehört doch nun wirklich nicht in die Zei-

tung, jedenfalls nicht in diese! So etwas macht man höchstens, angehen tuts jedenfalls niemanden etwas.

Der typisch weibliche Unverstand zeigt sich auch an der „Hitliste“ der meistgelesenen Frauenbücher, freundlicherweise aufgestellt von Ha. „dabei fällt mir auf, daß Bücher von Kommunistinnen aktuell nicht in der Diskussion sind... wahrscheinlich liegt es daran, daß sie von Frauen geschrieben worden sind, die im Kampf in der Konfrontation mit den herrschenden Verhältnissen ihre Identität gefunden haben“. Das ist unseren kleinbürgerlichen, affenähnlichen Gehirnen natürlich zu hoch. Ein Dank an die studierten Göttinger Genossen, die ein wenig Licht in unser ewiges Dunkel bringen.

Es mehren sich jetzt auch schon die Stimmen von z.T. nicht unwichtigen Genossen, denen die beiden Artikel „wie aus der Seele gesprochen“ sind. Zu sagen, sie kämen jetzt aus ihren Rattenlöchern, wäre wirklich unschön und diffamierend. Denn allein, daß Mann uns solange hat gewähren lassen, ist doch „nicht zuletzt“ auf „die neue Sensibilität in der Frauenfrage“ (Ha.) zurückzuführen. Und was zu weit geht, geht zu weit! Denn wenn der gerechte Kampf der Frauen gegen Unterdrückung in der „freien Wirtschaft“ oder gegen politische Benachteiligung in den eigenen Reihen abdriftet in wilde Psychodebatten um solch lächerliche Dinge wie Konkurrenz unter Frauen, physische und psychische Gewalt der eigenen Beschützer, so vergiftet das nicht nur die Atmosphäre und behindert die wirkliche politische Arbeit – nein, es tut auch weh und kratzt am (roten) Lack. Und das wollen wir doch alle nicht, oder?!

P.S. Bitte legt doch ein Blatt in den AK 156, damit sichergestellt ist, daß kein Leser der Seiten „Westdeutsche Linke“ diese mit einer Rubrik in der „KVZ“ verwechselt!

E., Kulturkommission

Die Frauenfeinde kommen aus ihren Löchern

Mein erster Gedanke bei den Artikeln aus Göttingen war: Das können doch nur Männer geschrieben haben! Mein zweiter Gedanke: Na endlich kommen die Frauenfeinde aus ihren Löchern, denn diese Argumentationsweise ist unterschwellig auf Kneipenebene nicht neu.

Ich finde mich auch bald bestätigt. Viele von mir angesprochene Genossen (aber leider auch Genossinnen) atmen auf, sind hoch erfreut („Endlich spricht es mal einer aus“, „Goldrichtig die Artikel“). Der Genosse Kl. meint, mit dem Widerspruch zur These der Faszisierung von Staat und Gesellschaft die großen politischen Fragen zu diskutieren. Offensichtlich hält er selbst gerade diese Frage für das Ei des Columbus, die Krisen Debatte weiterzubringen. Mag sein, und ich hoffe es, daß diese Auseinandersetzung uns politisch weiterbringt. Der Genosse sollte allerdings nicht so tun, als ob er völlig neue Fragen aufwirft. Schon 1972 haben wir die gleichen Kritiken in der Antifa-Frage wie sie jetzt von den Göttinger Genossen kommen, in der Diskussion gehabt.

Hier scheint ein Genosse der frustriert und genervt von der Arbeit im KB ist, weil eine ihm wichtige politische Diskussion nicht so recht zum Zuge gekommen ist, jetzt auf die Frauen im KB einschlagen zu wollen.

Nein, Genossen, so geht das nicht! Das ist frauenfeindlich, das ist Chauvinismus, wie er im Buche steht. Das ist blindes Draufschlagen auf die Probleme unserer Genossinnen – und nicht zu vergessen unserer männlichen Genossen, die von diesen Problemen nicht frei sind. Und ob man/frau es glauben will oder nicht, es ist ein Teil unserer Krise, der wir uns stellen müssen (...). Es werden heute Beziehungen, wie sie in der Vergangenheit geführt wurden, infrage gestellt, und meines Wissens findet dies außerhalb der Organisation statt und nicht, wie der Genosse glauben machen will, auf Organisationsterminen. Daß dies so ist, sehe ich erstmal als einen Fortschritt. Wenn diese Diskussion überschattet wird mit Psychodramen u.a., so ist dies sicher zurückgehend aber noch lange nicht der Grund für die Zersetzung unserer Organisation. Ebenso könnte ich die Infragestellung unserer Faszisierungstheorie oder auch andere Positionen und Kritiken als „Zersetzungsmanöver“ der Göttinger Genossen bezeichnen. Nein, das wäre in der Tat sehr einfach und subjektiv. Und ich würde wahrscheinlich genau wie der Genosse einen neuen Sündenbock für die Krisensituation gefunden haben.

Wir können und müssen uns auch damit auseinandersetzen, daß es Genossinnen (auch Genossen) gibt, die in starker Abhängigkeit zu ihrem „damit“ auseinandersetzen, daß es Genossinnen (auch Genossen) gibt, die in starker Abhängigkeit zu ihrem Freund(in) eine politische Arbeit leisten, bzw. diese Probleme Auswirkungen auf die politische Arbeit haben. Das ist unser Recht gerade als Frauen, die auch in der Organisation weiterhin die doppelt Unterdrückten sind, die über Beziehungen diskutieren, um aus dieser Abhängigkeit herauszukommen, die ihrem Anspruch nach die Konkurrenz unter Männern und Frauen abbauen wollen, und die in einem Klima, das ehrlich, aufgeschlossen und solidarisch ist, politisch arbeiten wollen.

Es gibt nun eine ganze Reihe von Genoss(inn)en, die den Artikeln von Kl. und Ha. etwas Positives abgewinnen wollen. „Da ist doch was dran“, es sei bloß „ungünstig, daß nicht Frauen diese Artikel geschrieben haben...“. Nein, auch hier bin ich nicht bereit, den kleinsten Ansatz für eine vorantreibende Diskussion zu sehen. Es geht um die Entpolitisierung in unserer Organisation. Sicher, ich würde dies nicht bestreiten wollen, daß dem so ist. Und plötzlich hat man/frau den Eindruck, als ob jemand hier eine besonders neue Erkenntnis vermittelt. Nein, das ist wirklich Schnee von gestern! Seit einem Jahr diskutieren wir über die Krise des KB und der westeuropäischen Linken, das Wort Entpolitisierung ist in vielen Zusammenhängen bereits gefallen. Eine Entpolitisierung hat in fast allen Bereichen der Linken stattgefunden und sicherlich auch in der Frauenbewegung. Aber es geht den Verfassern der Leserbriefe aus Göttingen m.E. nicht darum, den Frauen (im KB) durch eine Diskussion über die Entpolitisierung einen Weg zu zeigen. Z.B. im Beitrag zur Krisenliteratur, wo das Buch „Rubinroter Dschungel“ als „literarisch minderwertig“ abqualifiziert wird, nur weil es keine Systematik beinhaltet und eben „nur“ ein Beitrag für eine diskriminierte Minderheit ist. Ebenso werden nicht die Argumente untersucht, die tatsächlich mit diesem Buch oder auch mit dem Buch von Meulenbelt, „Die Scham ist

vorbei“, von unseren Genossinnen kommen oder gar propagiert werden. Hier wäre sicherlich eine Auseinandersetzung angebracht, und der Zusammenhang zur Krise ist sicherlich nicht falsch. Mir ist eine Auseinandersetzung, auf die man/frau sich beziehen könnte, bislang aus dem AK nicht bekannt. Dies wäre sicher ein angebrachter Beitrag zur politischen Auseinandersetzung. Aber auch hier spielt sich ein Frauenbefreier auf: Er empfiehlt die politische Literatur von R. Luxemburg, A. Smedley etc. als den Weg aus der Sackgasse. Als ob wir Genossinnen nicht schon selbst darauf gekommen wären, Klassikerinnen zur Frauenfrage zu schulen.

Im übrigen empfinde ich diese Gegenüberstellung erstmal als Frechheit, wenngleich ich nicht abstreiten will, daß dies Krisenliteratur ist, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Mir ist nicht bekannt, daß Genossinnen des KB die oben genannte Lektüre als Schulungsmaterial des KB verstehen oder diese auf Frauenversammlungen ausschließlich diskutiert wird. In der Regel ist dies die „Bettlektüre“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballteil oder die Comics sein mögen. Mir würde auch nicht die Idee kommen, einem Genossen, der einen Western im Kino sehen will, um die Ohren zu hauen, sich gefälligst den Film anzusehen „Eine Frau steht ihren Mann“. Das erreiche ich logischerweise nur durch Überzeugung.

Ha. teilt die Genossinnen in zwei Strömungen ein, deren Gemeinsamkeit „die offene ideologische Flanke zum Feminismus (sei), so wie sie ihn interpretieren (und) beibehalten wollen“. „Im Bereich der Frauenemanzipation sind sie Feministinnen, in allen anderen Bereichen Kommunistinnen.“ Und weiterhin glaubt der Genosse, daß die Begeisterung der Genossinnen „für eine autonome Organisation von Frauen außerhalb des KB eher zu- als abnehmen“. (...).

Ich kenne keine Genossin, die sich lieber autonom organisieren möchte, weil sie es ablehnt, für den Sozialismus zu kämpfen oder prinzipiell den Männern als Hauptfeind gegenüber tritt. Die bloße Tatsache, daß heute Genossinnen lieber autonom, außerhalb des KB, arbeiten wollen, hat doch nichts mit Feminismus zu tun. Das kann die verschiedensten Ursachen haben, und es ist erstmal das Recht der Frauen, sich aus einer Organisation zu lösen, wenn diese ihren Interessen nicht mehr nachkommt. Das scheinen viele noch nicht begriffen zu haben. Statt sich mit derartigen Fragen in ihrer Allseitigkeit auseinanderzusetzen, wird nur draufgeschlagen, ja noch schlimmer, diese Frauen werden verantwortlich gemacht für den Zustand der Organisation.

Und wenn ich dann die Beschreibung des Genossen Ha. zur Situation der Frauen im KB lese, die sich „zu Recht oftmals als Frauen diskriminiert fühlen“, aber auf Grund der „neuen Sensibilisierung“ kaum noch „offen diskriminiert werden“, dann gebe ich es hiermit schriftlich, daß beide Göttinger Beiträge exemplarisch chauvinistisch und diskriminierend sind. Und nicht zuletzt wegen der unverschämten Infragestellung der Frauenstrukturen im KB. Während die männlichen Genossen weiter Politik machen, ist „die Frauen-MV (als) freimütige Diskussionsrunde, (als) Refugium für die Frauen, die ungestört ihre Probleme besprechen wollen“.

Ich kenne die Göttinger Situation nicht, ich brauche sie auch nicht zu kennen, um die Herangehensweise schärfstens zurückzuweisen. Die Methode, die Frauen im KB fertig zu machen, ist allzu deutlich. Und es ist nicht zufällig die Frauenfrage, die erhalten muß. Sicher ist unsere Frauenpolitik heute noch sehr schwach entwickelt, und es war schon immer am leichtesten, die „Schwachen“, diejenigen, die die wenigste Unterstützung haben noch mehr zu unterdrücken, zu diskriminieren und zu beuteln. Und es ist auch kein Zufall, daß gerade solche Leute wie die Verfasser und Unterstützer der Leserbriefe sich in Krisenzeiten an die Spitze stellen und die großen „Frauenbefreier“ spielen. Jahrelang haben die meisten männlichen Genossen durch Ignoranz und Boykott an der Frauenfrage „geglänzt“. Ihr solltet euch schnellstens der Entpolitisierung in eigener Sache oder meinestwegen auch in euren Arbeitsansätzen widmen. Für Beiträge wie die von Kl. und Ha. können sich die Frauen im KB „bedanken“, da sind wir allemal geeigneter und politischer, diese Fragen zu behandeln und zu diskutieren.

Ul., Hamburg

KRISENMACHER

Am Rande einer großen Salatschüssel, in die sich viele Genossinnen und auch einige Genossen geflüchtet haben sollen, darin herumwühlen und vor lauter Nudeln nicht wieder rauskommen, stehen die Genossen Kl. und Ha. mit „politisch“ gerunzelter Stirn. Am besten gleich in den Mülleimer mit diesem Salat?!

Um mit euren Worten zu sprechen: Ihr seid doch „Pädagogen der Provokation“! Eure Artikel sind phantastisch! Endlich spricht es mal jemand aus, was viele schon so lange denken! Nämlich: Schuld an allem ist der Hinfuß unserer Organisation, die Frauenpolitik, die es glücklich geschafft hat, die „politische“ Debatte so weit zu verdrängen, daß nur noch über Beziehungsprobleme, Typen, Salat und rubinrote Bettlektüre diskutiert werden kann.

So richtig „geglaubt“ hat man ja noch nie, daß die Frauenpolitik das eine Bein revolutionärer Politik sein soll. Nein, heute lautet der neue Schlachtruf: Ab mit dem Hinfuß!

Da wagt es doch tatsächlich eine Genossin, ganz subjektiv, ihre Erfahrungen in einer KB-Ortsgruppe öffentlich zur Diskussion zu stellen („Die Scham ist vorbei“, AK 153). Sie beschreibt Verhaltensweisen von Genossinnen und Genossen, die oftmals die Arbeit der Ortsgruppe behindert, z.T. unmöglich gemacht haben. So etwas darf einfach nicht geschrieben werden, so etwas darf erst recht nicht gedruckt werden, also wirklich, AK-Redaktion!

„Die Herren im Morgengrauen“ (die Genossen meinen die Herren im öffentlichen Dienst) werden ja arbeitslos, wenn wir ihnen so offen sagen, wie es bei uns aussieht! Der AK muß immer hübsch sauber bleiben und „politisch“ adrett. „Ist es die hohe Zeit der Sterilisationsdebatten? Oder der SM-Diskussionen? So lebhaft die Debatte über diese Fragen geführt wird, geht doch von ihr ein penetranter Leichengeruch aus.“ Hosianna, Hallelujah, Leichen müssen zu Grabe getragen werden!

Wenn Ihr ein Bestattungsunternehmen aufmachen wollt, dann weiter so, Genossen! Denn eure Artikel haben eine fatale Wirkung: Wenn sie nicht Wut hervorrufen, dann führen sie zu Einschüchterung.

Ihr habt von der ganzen Krisen Debatte wenig verstanden, Ihr seid nicht auf dem Weg, die Krisenbewältigung voranzutreiben, sondern Ihr zerrt die Diskussion zurück, weil Ihr Euch mit vorhandenen Problemen (z.B. Konkurrenzkampf, Rückzugstendenzen ins Private) nicht auseinandersetzen, sondern die Diskussion darum liquidieren wollt!

Die Veröffentlichung dieser „subjektiven“ Artikel bedeutet eben gerade nicht „Reprivatisierung“, wie Ihr schreibt, sondern ist ein Schritt zur Überwindung von Problemen. Ihr müßt erst noch lernen, mit derartigen Artikeln zu arbeiten, denn sie werden weiterhin erscheinen!

G., AG Frauen, KB/Hamburg

Sind Frauen schuld an der Krise?

Es scheint, zwei Genossen wollen in die Fußstapfen Alexanders des Großen treten. Die Lösung der Krise, unseres Gordischen Knotens, stellt die gesamte Organisation auf eine harte (Geduld)probe. Ein so kompliziertes, verstricktes Ding wie unsere Krise erfordert sehr differenzierte Lösungsvorschläge, zuallererst eine Analyse, die alle Aspekte der Krise einbezieht. Nun gibt es aber immer auch Menschen, die meinen, ein solch kompliziertes Problem mit einem „Geniestreich“ lösen zu können. So auch unsere beiden Genossen aus Göttingen. Worin besteht für diese Genossen die Krise? Im Kern reduziert sie sich auf den Widerspruch zwischen der Hinwendung zu privaten, persönlichen Problemen und Bedürfnissen und der Abkehr vom politischen Kampf. Nun ist dies als ein Aspekt der Krise absolut keine neue Erkenntnis. Der Genosse Kl. zitiert ja selbst aus dem ersten UW zur Krise, in dem hierauf schon hingewiesen wurde. Neu ist allerdings, wie die Genossen die „Schuldfrage“ aufwerfen und welche Lösungsvorschläge sie unterbreiten.

Für beide steht offenkundig eindeutig fest: Hauptträger des Rück-

Für beide steht offenkundig eindeutig fest: Hauptträger des Rückzugs vom politischen Kampf hin zur Befriedigung persönlicher Emanzipationsgedanken sind die Frauen. Kl. ist die Frage „Wie geht's weiter im KB?“ erstmals am Artikel „Die Scham ist vorbei“ voll bewußt geworden. Ha. hat als Hauptproblem die feministischen Tendenzen unter KB-Genossinnen entdeckt. Für ihn ist dies in der Tat die drängende Frage, „um die ideologische Krise des KB zu meistern und damit letztlich auch Überleben der Organisation zu meistern“.

Das Empörende und Gefährliche hieran ist nicht, daß diese Probleme angesprochen werden, sondern wie sie zum Hauptproblem der Krise gemacht werden.

Tatsächlich gibt es unter KB-Genossinnen feministische Strömungen in verschiedenster Ausprägung, wovon auch das Infragestellen einer kommunistischen Organisation fällt. Dies dokumentiert schon die Berichtserstattung über die Arbeitskonferenz. Es wirken hier jedoch die gleichen Ursachen, die auch für eine Reihe von Genossen Zweifel an der kommunistischen Organisation aufkommen lassen, oder andere zum Verlassen des KB „getrieben“ hat. Es kann aber sogar sein, daß Genossinnen verstärkt von der Tendenz zur persönlichen Emanzipation betroffen sind. Dies hängt mit der besonderen Lage der Frauen zusammen, die eine persönliche Emanzipation in viel stärkerem Maße notwendig macht als bei Männern. Ansonsten könnten wir uns alle Aussagen über die doppelte Unterdrückung der Frau sparen.

Das frauenfeindliche Sektierertum drückt sich bei den beiden Artikeln gerade darin aus, daß diese besondere Problematik der Frauen als Sündenbock für die gesamte Krise des KB erhalten muß. Musterexemplar für diese Herangehensweise ist hierbei Ha., der mit der Krise in der kommunistischen Bewegung im allgemeinen anfängt, konkret für die heutige Situa-

tion aber nur die „grauen Zonen des Feminismus“ behandelt.

Demagogisch wird m.E. die Herangehensweise dadurch, daß den männlichen Genossen endlich der Ansatzpunkt geboten wird, an dem sie ihren ganzen Frust über die Krise auslassen können. Verstärkt wird diese Tendenz noch dadurch, daß sich ausgerechnet der in dieser Hinsicht schwächste Teil der Organisation für diese Attacke ausgesucht wird.

Um das Ausmaß dieses Herangehens zu erkennen, muß man sich nochmals die konkreten Angriffspunkte in Erinnerung zurückrufen. Da schreibt eine Genossin über ihre persönlichen und politischen Probleme in der Leitung einer Ortsgruppe. Sie schreibt darüber, daß sie durch die Haltung von Genossen in ihrer eigenen politischen Entfaltung enorm gehemmt worden ist. Sie schreibt von vielversprechenden politischen Ansätzen, die mit dem „Weiberrat“ geschaffen worden sind, die aber wieder zusammenbrechen, weil auch unter den Genossinnen keine solidarische Grundlage der Zusammenarbeit geschaffen werden konnte.

Auch ich kritisiere, wie Kl., daß die Geschichte dieser Ortsgruppe of-

Auch ich kritisiere, wie Kl., daß die Geschichte dieser Ortsgruppe offensichtlich die Geschichte zweier Beziehungen war, daß die Genossen offensichtlich nicht in der Lage waren, die Differenzen zwischen ihnen so zu lösen, daß darunter nicht die Arbeit der gesamten Gruppe leidet. Ich kann mich jedoch nicht über die Tatsache hinwegsetzen, daß es

diese Schwierigkeiten gegeben hat und daß diese die beschriebenen Auswirkungen gehabt haben.

Genau diesen Weg schlägt jedoch Kl. ein. Seine Forderung: Schluß mit den Debatten über persönliche Schwierigkeiten in der Politik. Auch ich wünsche mir nichts mehr als einen Zustand, in dem die Diskussionen um unsere theoretischen und praktischen Aufgaben wieder in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Nur, sollte versucht werden dies zu verordnen, wie es Kl. und Ha. offensichtlich vorhaben, ist der Weg ins Sektierertum schon vorgezeichnet. Sie selbst beklagen sich darüber, daß politische Debatten um die Grundfragen des KB oftmals an der Organisation vorbeigehen. Woher nehmen sie dann die „Gewissheit“, daß dies anders aussehen würde, wenn sie die Diskussion um persönliche Bedürfnisse unterdrücken würden? Genau der gegenteilige Effekt dürfte wohl eintreten.

Für weitaus sinnvoller als diesen Versuch, die persönlichen Schwierigkeiten in der politischen Arbeit und die Tendenz, die persönliche Emanzipation vor die Politik zu stellen, zu unterdrücken, würde ich die Auseinandersetzung über die politischen Grundlagen dieser Verhaltensweisen ansehen. D.h. die Diskussion über die Probleme Individuum und Organisation, persönliche Emanzipation und politischer Kampf.

he, KB/Gruppe Hamburg

Danke schön, kl.

Es freut mich, daß ich mit meinem Leserbrief „Die Scham ist vorbei“ (AK 153) dich zu dieser schriftlichen Stellungnahme provozieren konnte. Waren doch bisher diese Positionen zur KB-Frauenpolitik mehr an Kneipentischen und „unter der Hand“ ausgetauscht worden, so werden sie jetzt durch dein recht offenes Bekenntnis besser diskutierbar.

Beim Lesen deines Briefes wird der eine oder auch die andere sicherlich denken: „Endlich mal einer, der es wagt, gegen die schädlichen Tendenzen der Frauenpolitik aufzutreten!“ Ich glaube, daß du dir einer breiten Zustimmung innerhalb der Organisation sehr sicher bist. Vermutlich hättest du sonst nicht diesen dermaßen dreisten Brief geschrieben und doch so offen im „ARBEITERKAMPF“ gegen die gesamte Frauenpolitik ausgekotzt.

Ich halte es für müßig, auf alle angeschnittenen Fragen einzugehen. Interessant finde ich deine plumpe Art, mit der du versucht, gegen die KB-Frauenpolitik zu Felde zu ziehen, und an deiner Stelle eine Anstrengung unternimmst, ein wenig wissenschaftlich an nur ein Problem heranzugehen.

Du arbeitest schwerpunktmäßig mit Unterstellungen und unbewiesenen Behauptungen. Es geht dir ja auch gar nicht darum, dich mit den

geschilderten Problemen meines Leserbriefes tatsächlich auseinanderzusetzen. Vielmehr ist dieser Anlaß gewesen, endlich mal abzurechnen mit dem, was dir schon lange stinkt. In KBW-Manier versuchst du, Diskussionen zu ersticken, die dir nicht passen.

Du schreibst, mir könnte nach meinem Leserbrief „auch gar nicht mehr in den Sinn kommen, offen über politische Kontroversen, über die vorliegenden Resolutionen und Stellungnahmen zum Kongreß zu reden. Und schon gar nicht kann es auf den Gedanken kommen, in dieser Diskussion eine (und zwar die erfolgversprechendste!) Möglichkeit zu sehen, aus dem Sumpf herauszukommen“.

Aha, du hältst also die Frauen-Resolution und -diskussion für unpolitisch. War ja nicht anders zu erwarten, da du ja in einer sehr politischen Kontroverse zur KB-Frauenpolitik stehst. Insbesondere bei deinen demagogischen Thesen, mit dem „Schlachtruf“ Macht das Private öffentlich! würden die KB-Frauen eine Entpolitisierung vorantreiben, Leserbriefe in diese Richtung würden „objektiv auf die Zerstörung der Organisation“ abzielen, müßten mindestens allen KB-Frauen kalte Schauer über den Rücken laufen. An dieser Frage wird es sicher sehr politisch knallen! Die schamlose Leserbriefschreiberin

Die Scham ist vorbei — auch für Frauenfeinde im KB

Ich möchte alle Genoss(inn)en auffordern, die beiden Leserbriefe „Die Scham ist vorbei“ und „Vorsicht, Einbahnstraße“ noch einmal und sehr gründlich zu lesen. Denn beim ersten Durchlesen kommt manche(r) nach meiner Erfahrung zu dem Ergebnis: ein wichtiger Beitrag zur Krisen-debatte.

Auch mir ging es beim ersten Überfliegen so. Es blieb jedoch ein Rest Unbehagen, das vor allem durch die in den beiden Leserbriefen verwendeten Beispiele zustande gekommen war. Es handelt sich fast ausschließlich um Beispiele zur Frauenfrage. Ich habe daraufhin vorgeschlagen, die Leserbriefe in der Zelle zu diskutieren. Zur Vorbereitung haben zwei Genossinnen aus der Zelle und ich die Artikel vordiskutiert und zum Vorgehen beschlossen, daß zuerst die Genossen Stellung nehmen sollten. Das Ergebnis war: Außer einem Genossen äußerten alle anderen, auch eine Genossin, Zustimmung zu den Leserbriefen. Begründung:

- Die Tendenz des Rückzugs ins Private ist richtig beschrieben.
- Die Stellungnahmen stellen korrekt den Zusammenhang zwischen der jetzigen politischen Situation (Krise der Linken) und der zunehmenden Bedeutung bestimmter Fragen (wie persönliche Beziehung u.ä.) dar.
- Der „politische Grundkonsens“ muß erst wieder hergestellt werden, bevor persönliche Probleme gelöst werden können.
- Die Wut der Genossen über das Nichtstattfinden der Faschismus-

debatte ist verständlich und berechtigt.

Vorsichtige Kritik wurde an einigen „Nebenpunkten“ geäußert: Die ablehnende Haltung des Genossen Kl. zum Abdruck von Artikeln wie „Zur psychischen Gewalt gegen Frauen“, zur SM-Debatte und anderen Fragen fand man nun doch etwas weitgehend, meinte aber, daß diese Punkte untergeordnet gesehen werden müßten gegenüber der sonst richtigen und vorantreibenden Kritik an Erscheinungsformen der Krise unserer Organisation.

Diese Einschätzung wird nach meiner Erfahrung von vielen Genossen geteilt und kommt deswegen zustande, weil die beiden Göttinger Genossen durchaus richtig einige Krisenerscheinungen benennen und kritisieren. M.E. benutzen die Genossen diese Aussagen aber dazu, um sie in demagogischer Weise in einen Zusammenhang mit der Behandlung der Frauenfrage im KB zu stellen und damit die Verantwortung dieser Krisenerscheinung der KB-Frauenpolitik in die Schuhe zu schieben. Das läßt sich an einer Reihe von Punkten belegen.

Schon die Beispiele, die Kl. zum Ausgangspunkt seines Leserbriefs macht, kennzeichnen die Intention. Jede(r) gibt dem Genossen recht, wenn er beklagt, daß um die Faschisierungstheorie keine Auseinandersetzung in der Göttinger Ortsgruppe zustande gekommen ist. Was hat das aber mit der Diskussion um das Frauenfest zu tun? Soll die deshalb auch nicht geführt werden? Der Genosse unterstellt doch, daß die dazu laufen-

de Diskussion die Auseinandersetzung mit „wichtigeren“ Themen (Faschisierung, ML) verhindert hat.

War bis dahin dem Genossen die angebliche Prioritätensetzung im KB schon nicht geheuer, so wird ihm bei der Lektüre des Leserbriefs der Genossin aus Bochum „Die Scham...“ klar, daß im KB „nach einem Jahr Krisen-debatte... die Ursachen für unsere Schwierigkeiten verzweifelt in Beziehungen, persönlichen (Abhängigkeit) Verhältnissen etc.“ gesucht werden. Blättert man/frau den AK durch, fällt auf, daß diese Fragen in erster Linie im Frauenteil behandelt werden. Die Kritik von Kl. (wie allgemein er sie auch zu formulieren versucht) richtet sich also dagegen, daß Frauenartikel zur persönlichen Situation und zu Beziehungsfragen im AK abgedruckt werden. „Das Ansinnen, in einer kommunistischen Zeitung diese Fragen breit diskutieren zu wollen, ist ein Ausdruck der ganz und gar utopischen und objektiv auf die Zerstörung der Organisation abzielenden Ansprüche.“ Berücksichtigt man, daß Kl. die Auseinandersetzung mit diesen Fragen als entscheidende Krisenerscheinung benennt, heißt das doch im Klartext: Die Frauen sind verantwortlich für das Andauern der Krise.

Weitaus deutlicher formuliert das aber noch Ha., der zweite Leserbriefschreiber. Kernpunkt seiner Aussage ist m.E.:

1. Die Politik der Frauen ist maßgeblich für die Krise im KB mitverantwortlich, da sie (die Krise) „auch eine Folge überhöhter Erwartungen an

die Rolle einer kommunistischen Organisation bei der persönlichen Emanzipation und der Lösung privater Probleme“ ist. Diese Erwartungen werden nach Ha.s Meinung in erster Linie von den Frauen in die Organisation hineingetragen.

2. Die Frauen im KB sind ein unpolitischer Haufen geworden (KB-Frauen-Politik zeichnet sich dadurch aus, „daß politische Fragen repräsentiert werden“), der sich in zwei Strömungen einteilen läßt: diejenigen, die offen mit Trennung und autonomer Organisation außerhalb des KB liebäugeln, und diejenigen, die „noch“ kein grundsätzliches Problem in der KB-Mitgliedschaft sehen, aber auch „die offene ideologische Flanke zum Feminismus“ haben.

Das läßt sich an verschiedenen Punkten nachweisen: So unterstellt Ha., daß im Bewußtsein vieler Genossinnen die AK-Schulung als politischer Termin, die Frauen-VV als „freimütige Diskussionsrunde“ begriffen wird. Dementsprechend sei die Zahl der an den AK-Schulungen teilnehmenden Genossinnen gesunken.

Die Genossinnen diskutieren nicht mehr, welchen spezifischen Beitrag die Frauen für die sozialistische Revolution leisten können und müssen. (Da frage ich mich, ob das derzeit überhaupt der Punkt ist, um den wir vordringlich diskutieren müssen. Aber ich bin natürlich auch eine Frau.)

Es macht mich wütend und betroffen, daß ein derartiger Angriff auf die Genossinnen überhaupt formuliert wird und, was wohl noch

schlimmer ist, auf fruchtbaren Boden fällt.

Ich frage mich, wo hier eigentlich der Unterschied (außer bei der physischen Konsequenz) noch zum Knittel-Artikel aus dem „Pflasterstrand“ liegt, der seinerzeit so heftig in der Organisation kritisiert wurde. Die Genossen verurteilen in Bausch und Bogen die derzeitige Frauenpolitik, wobei sie a) nicht den Ansatz einer Untersuchungsarbeit dazu geleistet haben, und b) ihren chauvinistischen Standpunkt zum Maßstab machen. Ha. geht in seiner Arroganz sogar so weit, die Hoffnung auszudrücken, daß im Verlauf der Debatte um seine Vorstellungen zur Lösung der Krise die Chance, zu einer wirklich fruchtbringenden kommunistischen Frauenpolitik zu kommen, bestehe.

Wenn wir den hier dargelegten Vorstellungen folgen würden, hieße das: – keine, wie auch immer gearteten autonomen Frauenstrukturen in der Organisation, weil sie zur Entpolitisierung führen.

– Fragen der persönlichen Entwicklung und Beziehungen (= in erster Linie Frauenfragen) haben im KB keinen Platz.

Damit dürfte dann wohl der Anspruch „Die Frauen tragen die Hälfte des Himmels auf ihren Schultern und sie müssen ihn erobern“ endgültig begraben sein.

Wir sollten in der nächsten Zeit alle Genossen auffordern sich dieser Frage auf der Grundlage der beiden Göttinger Artikel zu stellen.

Gl., Steilshoop (Hamburg)

Vorsicht Ablenkungsmanöver

Es ist schon erstaunlich, was Frau im KB so alles erleben kann: Nach langer Zeit gibt es mal wieder eine Gesamt-MV zur Frauenpolitik, auf der über die Kongressresolution der AG Frauen diskutiert werden soll. Zwei Genossen legen dazu ein Papier vor, zu dem Frau gutwillig sagen kann, daß die betreffenden Genossen von der besonderen Unterdrückung der Frauen offensichtlich überhaupt nichts begriffen haben, oder im Klartext: Siegfried Knittel scheint sich auch im Göttinger KB breit machen zu wollen. So beklagen sich die Genossen, daß sich mit ihnen nicht solidarisch auseinandergesetzt werde; es werde von den Frauen versucht, ein Klima des „totalen Maulhaltens und Duckmäusertums bei Frauenfragen“ zu erzeugen; statt politischer Diskussion werde mittelmäßige Psychologisierung betrieben; und als Indiz für das fehlende Interesse an gleichberechtigten Beziehungen wird u.a. die Forderung der Frauen angeführt, allein darüber entscheiden zu wollen, ob sie ein Kind haben wollen.

Wenn Frau der Meinung war, daß dieses Papier einen Sturm der Empörung auslösen würde, sah sie sich leider enttäuscht. Stattdessen wurden für die zweite MV zu diesem Thema ellenlange Papiere von Genossen geschrieben, die sich seitenlang über die drohende ideologische Versumpfung des KB durch den Feminismus aus-

lassen, ohne auf die o.a. Position auch nur mit einem Wort einzugehen.

Soweit zur Hintergrundinformation zu den beiden Leserbriefen. Worum geht es nun Kl. und Ha.? Beide sehen in den AK-Frauenseiten und den Frauendiskussionen im KB eine Reprivatisierungstendenz, einen Subjektivismus, der zur Entpolitisierung führt. Ist es schon einigermaßen zynisch, wenn Ha. behauptet, daß „die Zahl von Fällen, wo Frauen ‚offen‘ diskriminiert werden, nicht zuletzt dank der neuen Sensibilität in der Frauenfrage, drastisch zurückgegangen“ ist (und das vor dem Hintergrund des oben genannten Papiers zweier Göttinger Genossen, den Fällen von offener Gewalt gegen Frauen etc.), so geht Kl. sogar noch weiter: „Die direkte emotionale Betroffenheit solcher hautnah erfahrenen Konflikte trübt den Blick für die politischen und gesellschaftlichen Ursachen der Krise...“

Hat Kl. wirklich noch nicht begriffen, daß es gerade die „direkte Betroffenheit“, die Wut und Empörung über erfahrene Unterdrückung, und zwar in allen Lebensbereichen ist, die ungeahnte Kräfte zum Kampf gegen diese Unterdrückung freisetzt? Ich will nicht nur wütend sein dürfen gegen AKW-Betreiber oder Faschisten, sondern auch über Mackerverhalten in Beziehungen, das

Nichternstnehmen von Frauen etc.! Es reicht mir nicht aus zu wissen, „daß Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit sich in Beziehungen entläßt“, sondern ich will auch heute schon daran arbeiten, dies zu verändern. Erste Voraussetzung dafür ist, unter Frauen, auf deren Rücken besagte „Unzufriedenheit“ ja ausgetragen wird, auch über diese sog. „Privatprobleme“ zu diskutieren, um dahinzukommen, sich zu wehren – auch gegen Genossen! Durch unser „verständnis“ haben wir Frauen lange genug dazu beigetragen, die Genossen für die Politik wieder zu stabilisieren, haben unsere eigenen Schwierigkeiten dabei hinten an gestellt, was nicht zuletzt häufig genug auf Kosten der politischen Arbeit ging.

Für mich ist es immer noch ein wesentliches Verdienst u.a. der neuen Frauenbewegung, den Versuch unternommen zu haben, eine Synthese zwischen politischem Kampf und persönlicher Emanzipation herzustellen. Daß es Ha. und Kl. nicht um eine berechtigte Kritik an „feministischen Auswüchsen“, sondern um eine Generalabrechnung geht, mit dem Anspruch, auch persönliche Probleme in einer revolutionären Organisation diskutieren zu wollen, wird schon allein darin deutlich, daß mit keinem Wort auf die existierende Unterdrückung der Frauen im privaten Bereich eingegangen wird. Ist es etwa „Aus-

druck dieser ganz und gar utopischen und objektiv auf die Zerstörung der Organisation abzielenden Ansprüche“, wenn wir fordern, daß Genossen, die ihre Freundinnen schlagen, beurlaubt werden?

Von dem unglaublichen Zynismus gegenüber der Frauenunterdrückung in der Organisation mal abgesehen, würden Kl. und Ha. Vorstellungen zur Frauenpolitik – die sie leider ja nur sehr indirekt äußern – eine Verengung unserer Frauenpolitik auf die klassischen Bereiche wie Leihlohngruppen etc. bedeuten, halten sie doch Diskussionen über die besondere Unterdrückung der Frauen für unpolitischen Subjektivismus.

Folgerichtig wird von Ha. dann auch kritisiert, daß die Frauen-MVs „zum privaten, von der allgemeinen KB-Politik getrennten unverbindlichen Diskussionsforum für Genossinnen“ geworden seien. Konnte Ha. diese Kritik auf der MV, vor dem MVs die Frauenresolution und die Frauenschulungsbroschüre diskutiert worden war, zwar nicht aufrechterhalten, so kritisiert er (gemeinsam mit Kl.) gleichzeitig, daß auf den Frauen-MVs nicht die Faschismusresolution diskutiert worden sei.

Ich bin generell nicht bereit, diese Trennung zwischen „allgemeiner“ KB-Politik und KB-Frauenpolitik zu akzeptieren und schon gar nicht vor dem Hintergrund einer von völlig unent-

wickelten Frauenarbeit. In einer solchen Situation führt die o.a. Unterscheidung zwangsläufig zur Liquidierung der Frauenarbeit! Auf den zumindest indirekt erhobenen Vorwurf, daß die Frauendiskussion mitverantwortlich für die Krise des KB seien, kann ich an dieser Stelle aus Platz- und Zeitgründen nicht eingehen. Nur soviel: Wir werden es uns nicht gefallen lassen, daß der (berechtigte) Frust z.B. über die Faschismus-MVs auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird!

Eines zumindest haben die Papiere von Kl. und Ha. gezeigt: Es existieren jede Menge Widersprüche zu Fragen wie „Frauenpolitik als integraler Bestandteil der KB-Politik“, „Macht das Private öffentlich“ etc. Ich erwarte, daß die Genossen in der weiteren Diskussion diese Differenzen etwas klarer als bisher auf den Tisch legen.

Auf die auch meiner Meinung nach im KB existierenden „feministischen Tendenzen“ möchte ich lieber in anderem Zusammenhang, an konkreteren Fragen eingehen.

Nach wie vor gilt: Die Frauen tragen auf den Schultern die Hälfte des Himmels und sie müssen sie erobern! Worauf ihr euch verlassen könnt!

Pa., AG Frauen Göttingen

Die Scham ist vorbei — und schon wittern die Chauvis Morgenluft!

„KRATZT DEN KOMMUNISTEN UND DER PHILISTER (ODER AUCH CHAUVI) ERSCHEINT“ (Lenin, zitiert nach Zetkin, Erinnerungen an Lenin, S. 85).

Erst nach eingehendem Studium der beiden Göttinger Artikel ist uns klar geworden, daß die Forderungen der Genossen eindeutig auf die Liquidierung unserer Frauenpolitik abzielen.

Genossinnen versuchen, die in der Krise offensichtlich gewordene „Ohnmacht“ in der Politik, die „durch Machtstreben gegenüber Personen kompensiert“ würde und „Mackertum und Abhängigkeitsverhältnisse“ sprießen ließ, zu überwinden. Uns geht es nämlich nicht um eine Diskussion über Euch Männer, extra weil wir Euch so wichtig finden oder nichts anderes in der Birne hätten, sondern darum, die Behinderungen für unsere politische und sonstige Arbeit, und dazu gehören immer auch die Männer (und Genossen), aufzuspüren und dagegen zu kämpfen. Unsere Erfahrungen zeigen, daß die offene und öffentliche Diskussion über die diversen Sauereien im sogenannten Privatbereich ein hervorragendes Kampfmittel für uns sind.

Deshalb können wir die unverschämte Behauptung, daß mit dem Schlachtruf „Macht das Private öffentlich!“ die Entpolitisierung in unseren Reihen vorangetrieben würde

und die Kritik an der Sterilisations- und SM-Debatte nur als Aufforderung zur Liquidierung unserer Frauenpolitik begreifen.

Der „Leichengeruch“, der da angeblich aufsteigt, ist eher der Gestank chauvinistischer Positionen in unserer Organisation. „Die Berufung auf das Prinzip stellt sich bei manchen Köpfen immer dann ein, wenn ansonsten die Begriffe fehlen“, daß heißt, wenn der Sinn sich den nüchternen Tatsachen verschließt, die berücksichtigt werden müssen. Wie finden solche Hüter des „reinen Prinzips“ sich mit den uns historisch aufgeworbenen Notwendigkeiten unserer Revolutionspolitik ab? All das Gerede bricht vor der unerbittlichen Notwendigkeit zusammen! Wie wahr! (Zetkin, Erinnerungen, S. 81).

Der Genosse in der „Einbahnstraße“ wedelt zwar noch ein bißchen mit der Geschichte, aber was soll der plumpe Vergleich und die dumme Frage „Wer ist heute von ‚Rock gegen Rechts‘ begeistert?“ Die solltest Du Dir lieber selbst beantworten!

Du „glaubst“, daß Tendenzen bei den KB-Genossinnen für eine autonome Organisation von Frauen außerhalb des KB eher zu als abnehmen. „Du glaubst“ weiterhin, „daß viele dieser Genossinnen den KB als ‚kleineres Übel‘

betrachten und nur mangels einer realen Alternative an einer Organisation im KB festhalten“. Du kannst Dir vorstellen, „daß im Bewußtsein vieler Genossinnen der Dualismus der AK-Schulung – Frauen-MV die Gestalt eines Gegensatzes angenommen hat: Die AK-Schulung als ‚politischer Termin‘, die Frauen-MV als freimütige Diskussionsrunde, als Refugium für Frauen, die ungestört ihre Probleme besprechen wollen“ (Leserbrief Ha. AK 156).

Deine Glaubensbekenntnisse kannst Du Dir in einer Auseinandersetzung mit uns Genossinnen sparen! Glaubensfragen waren noch nie Grundlagen von Einschätzungen in der KB-Politik.

Warum läßt Du nicht mal Deine Scham runter und gibst zu, daß für Dich dieser Dualismus die Gestalt eines Gegensatzes hat, und da wären wir dann gleich bei Deinen Widersprüchen zur Frauenpolitik.

„Autonome Strukturen“ sollen „zur politisch-ideologischen Dominanz der Männer beigetragen haben“. In welcher Organisation warst Du eigentlich vor Einrichtung der Frauen-MVs? Wird in Göttingen die Frauenpolitik von Männern gemacht (z.B. Frauenreferat im AS1A, Veranstaltung „Frauen zum Bund“ etc.)?

Woher kommt die plötzliche Sensibilität für die „männerbeherrschte“

Diskussion, denn das ist sie unserer Kenntnis nach in Göttingen seit Jahren? Eure Reaktionen zeigen eher, wie schwer Euch das Umgehen mit einer „frauenbeherrschten“ Diskussion und Politik fällt (siehe „Salatfrage“ zum Frauenfest, Sterilisationsdebatte). Augenscheinlich bereitet Euch doch die größte Schwierigkeit, daß die Genossinnen im Zusammenhang mit diesen Diskussionen Forderungen an Euch stellen. Und Ihr habt natürlich nichts Eiligeres zu tun, als die Diskussionen als „unkommunistisch“ oder „unpolitisch“ abzuqualifizieren, mehr noch, die Genossinnen für die Nichtbewältigung der Krise im KB verantwortlich zu machen – und schon seid ihr aus dem Schneider. Denkste, Chauvi! „Man betrachtet die agitatorische und propagandistische Betätigung unter den Frauenmassen, deren Erweckung und Revolutionierung als etwas Nebensächliches, als Angelegenheit der Genossinnen allein. Ihnen allein macht man es zum Vorwurf, daß es damit nicht schneller und kräftiger vorwärts geht. Das ist falsch, grundsätzlich! Wirklicher Separatismus und Frauenrechte! a' rebours (wider den Strich), wie die Franzosen sagen, umgekehrte Frauenrechte! Was liegt denn der falschen Einstellung zugrunde? ... Letztens Endes nichts anderes als die Geringschätzung der Frau und ihrer Leistungen“ (Zetkin, S. 85).

Bezeichnend ist doch wieder einmal, daß sich Genossen nicht entblöden, unsere Frauenpolitik abzuqualifizieren ohne auch nur ein Wort der Auseinandersetzung über das Referat zur Frauenarbeit, den Bericht der Frauenvollversammlung etc. zu verlieren. Aber wie war das noch? „Was in der Politik als Ohnmacht schmerzhaft empfunden wird, wird durch Machtstreben gegenüber Personen kompensiert, Mackertum und Abhängigkeitsverhältnisse entwickeln sich schwinhaft“ (Leserbrief Kl. AK 156).

Für die Zweiflerinnen:

„...daß unsere Gegenwartsforderungen für die Frauen falsch aufgefaßt und ausgelegt werden könnten... Diese Gefahr besteht für alles und jedes, was wir sagen und tun. Wenn wir unsere Furcht vor ihr abhalten lassen, das Zweckmäßige und Nötige zu tun, so können wir uns gleich zu indischen Säulenheiligen machen. Nicht rühren, nur nicht rühren, wir könnten von der hohen Säule unserer Grundsätze herunterpurzeln! In unserem Falle kommt es doch nicht allein auf das Was unserer Forderungen an, sondern auch auf das Wie“ (Zetkin, S. 83).

Wir machen weiter! Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen! Genossinnen aus Hannover

Ein Leserbrief aus Frankfurt

Die Göttinger Genossen beschreiben einen Zustand der Entpolitisierung in der Organisation, der, so erschreckend er ist, wohl von niemandem abgestritten werden dürfte:

Das vom Genossen Kl. angeführte Beispiel der Gleichgültigkeit und des Desinteresses gegenüber einem Infragestellen des Marxismus/Leninismus oder einer der zentralen Positionen des KB (Faschisierungsthese), und andererseits ewige „Grundsatzdebatten“ über Salate für ein Frauenfest, geben diese Tendenz sehr gut wieder.

Zur Kritik am Artikel „Die Scham ist vorbei“ (AK 153)

Der Genosse polemisiert gegen dieses in der Tat sehr subjektivistische „Bekenntnis“ einer Bochumer Genossin insofern mit Recht, als sie über die Bedingungen der in der Ortsgruppe gelaufenen Auseinandersetzungen, (nämlich: Welches waren die politischen Ursachen für die Arbeitsunfähigkeit der Gruppe? – Welche politischen Schwierigkeiten bzw. Differenzen waren z.B. ausschlaggebend für die Zuspitzung des schlechten Arbeitsklimas in der Bochumer Gruppe nach den Stammheimer Ereignissen?) kein einziges Wort verliert. Auch darin, daß Artikel wie dieser Ausdruck eben jener oben beschriebenen Tendenz der Entpolitisierung sind, vor allem was das Interesse an diesen Fragen relativ zum Interesse an politischen Debatten angeht, stimme ich dem Genossen zu! Trotzdem (oder gerade deswegen?) war die Veröffentlichung dieses Artikels wichtig und notwendig.

Zum einen, weil er diese gewiß weitverbreitete subjektive Haltung offenlegt und damit diskutierbar macht; zum anderen, weil er m.E. sehr anschaulich die schon in „Eine Zwischenbilanz der Frauen Diskussion im KB“ (AK 151, S.26) beschriebene Haltung aufzeigt und problematisiert: „... Schwankungen in der Arbeit führen manche Genossinnen dann in erster Linie auf ihr eigenes angebliches ‚Versagen‘ zurück. So ein Herangehen an unsere Arbeit ist typisch für uns Genossinnen. Anstatt erstmal von den Erfolgen auszugehen, neigen wir eher dazu, von den Mängeln auszugehen, alles schwarzer zu malen als es ist. Es ist eine ‚typisch weibliche‘ Herangehensweise, die wir bekämpfen sollten“.

Das heißt, die hier benannten Probleme („weiblicher Subjektivismus“, Abhängigkeit und Unselbstständigkeit) bedeuten sehr wohl ein Handicap für unsere politische Arbeit und sind somit auch berechtigt Gegenstand der innerorganisatorischen wie der öffentlichen Debatte.

Die Frage, an der sich nun die Geister scheiden ist:

- a) ob diese Probleme vor der „Krise“ nicht oder weniger bestanden haben – oder ob die breitere Diskussion darüber gar auch mit Schuld an der Krise im KB trage; und
- b) auf welcher Ebene diese Probleme angegangen werden sollen/bzw. welche praktischen politischen Konsequenzen wir für sinnvoll halten.

Wie der Genosse Kl. ganz richtig bemerkt, werden Frustrationen und Nervereien in der politischen Arbeit (vor allem die dort schmerzhaft empfundene Ohnmacht) häufig gerade in persönlichen (Zwei-)Beziehungen entladen und kompensiert: „Wenn man schon nicht die politischen Schwierigkeiten in den Griff kriegen kann, dann wenigstens die Freundin (seltener: den Freund)“. Nun kommt noch die oben beschriebene „typisch weibliche“ Herangehensweise an die eigene politische Arbeit („Versagen“-Gefühle, daraus folgende Resignation) hinzu, dies beides verstärkt durch die allgemeine „Krisensituation“ (die eben gekennzeichnet ist durch relativ geringe Erfolgchancen) – und der Beziehungsknatsch ist perfekt!

Die Frage, wie herauszukommen ist aus diesem Mischmasch und Teufelskreis von „persönlichen“ und politischen Schwierigkeiten, beantwortet der Göttinger Genosse richtig, wenn er schreibt, daß wir die Ursachen, nämlich die politischen Schwierigkeiten, auch nur politisch beheben können; aber einen Denkfehler macht er dabei: Daß gerade der von ihm inkriminierte Artikel das Ziel verfolgt, „persönliche Schwierigkeiten“ öffentlich diskutierbar zu machen, um sie „politisch zu beheben“, übersieht er einfach (gelingt gesprochen), und treibt das Ganze auf die Spitze mit dem Vorwurf an die AK-Redaktion, sie würde „die Entpolitisierung in unseren Reihen“ noch unterstützen.

Da unsere „persönlichen“ Schwierigkeiten Folge unserer Sozialisation in der kapitalistischen Gesellschaft sind, und nicht allein dadurch zu beheben, daß wir in unserem „Bereich“ mal wieder mehr Erfolge haben (und damit weniger Anlässe, Frusts am Partner auszulassen), ist es doch selbstverständlich, daß auch diese nur politisch zu bekämpfen sind, und zwar auch im Rahmen der Organisation.

M.E. ist der Stellenwert und das Ausmaß dieser „persönlichen“ Probleme in der Krisendebatte in der Organisation eine Erscheinungsform dieser all-

gemeinen Krise (und nicht, wie von beiden Göttinger Genossen letztlich unterstellt wird, eine der Ursachen!).

Die Situation der Frauen im KB – welche politischen Konsequenzen?

Der Genosse Ha. gibt in seinem Artikel einige Positionen/bzw. einen Zustand der KB-Frauengruppe Göttingen wieder, den er folgendermaßen umreißt:

Es wird kaum noch über politische Positionen in der KB-Frauenpolitik diskutiert:

– die Frage der Frauenunterdrückung im KB wurde (wird?) ausschließlich auf das Problem der sexuellen Unterdrückung von Frauen „in Beziehungen“ reduziert;

– Überdies werde von einigen Genossinnen vertreten, daß „der(?)“ Marxismus allein nicht ausreiche, die Emanzipation der Frauen voranzutreiben und zu garantieren; und daß „der(?)“ Feminismus für den „privaten“ Bereich nutzbar zu machen sei.

Als konkretes Beispiel führt Ha. die AK-Schulung und andererseits die Frauen-MV an, die „inzwischen im Bewußtsein vieler Genossinnen die Gestalt eines Gegensatzes angenommen haben“.

Abgesehen davon, daß mir die beiden zuletzt genannten Standpunkte (Marxismus-Feminismus) inhaltlich nichts über die politischen Kontroversen aussagen (da viel zu schwammig), zeigt doch die hier beschriebene Praxis, daß die Genossinnen kein Interesse an, ihre politischen Schwierigkeiten (evtl. Unsicherheit bei Diskussionen in der gesamten Gruppe – AK-Schulungen?), oder auch Widersprüche „offen und ehrlich“ zu diskutieren, bzw. Bedingungen zu schaffen, unter denen dies möglich ist. Insgesamt hat der Genosse recht, wenn er feststellt, daß dies erschreckende Anzeichen einer zunehmenden Entpolitisierung unter uns Genossinnen (leider nicht nur in Göttingen!) sind, und daß sich die Frage stellt, welche politischen Schritte die Genossinnen planen, um ihren Einfluß innerhalb der Organisation zu vergrößern.

Dazu bedarf es m.E. erstens der Einsicht, daß Probleme wie die oben bereits genannten (Subjektivismus, Abhängigkeit in persönlichen Beziehungen, Unselbstständigkeit, Konkurrenz unter Frauen etc.) offen als politische erkannt und bekämpft werden, und zwar, indem wir „uns persönlich wie poli-

tisch“ gegenseitig unterstützen“ (sinngemäß aus „Die Scham ist vorbei“, AK 153), wobei m.E. die Voraussetzung sein muß, wieder eine gemeinsame politische Basis zu erlangen. Und zwar, wie Genosse Kl. schreibt: „Nur über den offenen Meinungsstreit kann eine kommunistische Organisation sich weiterentwickeln, und die Krise des KB ist auch eine Krise der ideologischen Diskussion“. Zweitens sollten KB-Frauen-MV's gerade dazu genutzt werden, mehr Selbstbewußtsein und –sicherheit für die Debatte in der Gesamtorganisation zu gewinnen, und um sich gegenseitig z.B. dabei zu unterstützen, unsere subjektivistische Herangehensweise zu bekämpfen.

Letztlich ist unsere Emanzipation innerhalb der Organisation davon abhängig, wie weit wir uns in allen politischen Fragen einmischen und aktiv an den Aufgaben der Organisation teilnehmen – dafür müssen wir auch etwas tun!

P.S.: Zur Kritik an der SM-Diskussion, und anderen Buchkritiken im AK nur kurz: Im obigen Sinne finde ich es wichtig und gut, daß diese öffentlich und breit diskutiert werden, wenn es mir auch lieber wäre, wenn diese Auseinandersetzungen in einer anderen Relation zu den übrigen, z.T. viel brennenderen Fragen unserer Organisation und Politik stünden.

Su., Frauengruppe im KB Frankfurt

Ein Mann nimmt Stellung

„Na endlich – das wurde ja auch mal Zeit – ganz schön mutig der Kl. – endlich mal wieder ein Leninist – besser hätte ich das auch nicht sagen können...“ – aber auch differenziertere Kommentare, wie: „Ist ja was richtiges dran, aber so kann man das auch nicht machen“, oder: „Hat ja nen frauenfeindlichen Touch, aber sonst ok.“ – das sind die häufig anzutreffenden Reaktionen vor allem der männlichen Genossen auf die beiden Artikel aus Göttingen im letzten AK, wobei wir wohl richtig liegen, daß beide Artikel als „Duett“ verstanden werden sollen, denn nicht umsonst bezieht sich Ha. am Ende seines Artikels auf Kl.

Was hat Kl. denn nun für ein Kunststück vollbracht, daß ihm dermaßen breite Zustimmung vor allem der männlichen Genossen zuteil wurde? (Wir wären auch fast auf den Leim gegangen!). Da startet Kl. einen „Streifzug“ durch die in der Organisation mal hier und da geäußerten, aber nie offen diskutierten Widersprüche zu den verschiedensten Fragen. Das „Kunststück“ von Kl. besteht darin, diese „auf Kneipenebene“ gehandelten Widersprüche – ohne sich mit diesen wirklich politisch auseinanderzusetzen – entsprechend dem Kneipentisch-Motzton und dem dazugehörigen Niveau schlicht zu reproduzieren und damit den Subjektivismus zur politischen Kritik zu erheben: Besonders ausführlich (aber nicht gründlich) hat sich Kl., den Leserbrief einer Bochumer Genossin vorgenommen und mal ordentlich draufgehauen: Da würde doch glatt die politische Geschichte einer Ortsgruppe als Beziehungsdebatte aufgearbeitet, was objektiv dem Verfassungsschutz in die Hände arbeite, weil eben nur über „Beziehungen, Konkurrenz und Typen“ geredet würde, statt sich mit den Resolutionen zum Kongreß auseinanderzusetzen.

Die Liste solcherart subjektivistischer Kritiken am politischen Leben der Organisation ließe sich bedenkenlos verlängern.

Kl. macht nicht den Ansatz einer politischen Auseinandersetzung mit den hinter diesen „Kritiken“ stehenden Problemen, geschweige, daß er sich mit dem darin enthaltenen Subjektivismus auseinandersetzt. Im Gegenteil, er benutzt die kritiklose Aneinanderreihung der unterschiedlichsten „Kritiken“, um Stimmungsmache gegen all jene Genossinnen, die den Zustand der vorübergehenden „Sprachlosigkeit in eigener Sache“ bekämpfen wollen, und dabei – wie die Bochumer Genossin – deutlich werden lassen, daß sie auch gegen die doppelte Unterdrückung innerhalb der Organisation antreten werden.

Faktisch analysiert Kl. alle so wohl berechtigten als auch unberechtigten Kritiken auf einen Schlag gegen die Frauen, die seiner Meinung nach im Kampf zur Überwindung der Krise nur zurückzerrend wirken, sobald sie sich wieder offensiv gegen ihre besondere Unterdrückung zur Wehr setzen.

In Zeiten, wo es wieder Praxis ist, daß in linken und/oder alternativen Zeitungen die Linken Chauvis von dem AVANTI-Herausgeber Röhl per Anzeige gebeten werden können, ihm Material zuzusenden, aus dem hervorgeht, wie übel den linken Männern von den Emanzen mitgespielt wurde, um daraus zum Generalangriff von „links“ auf die Frauen zu blasen, war es wohl auch nur noch eine Frage der Zeit, wann dies auch innerhalb des KB seinen Niederschlag findet.

Betroffen macht uns dabei Folgendes: Es geht ein Ruck des Aufatmens durch die Reihen der Genossen, ja selbst anerkannte erfahrene Genossen gehen mit diesem Leserbrief in der Hand hausieren. Das führt uns zu folgender Überlegung: Die meisten Genossen halten sich aus der Auseinandersetzung um Frauenpolitik des und im KB völlig raus und begreifen sich insofern nicht als „Chauvis“, da sie doch jene Frauen, die „voll dabei“ sind, wenn es um die allgemeinpolitischen wichtigen Fragen geht, akzeptieren, mit ihnen in Anleisungsrunden zusammenarbeiten, ja gar mit ihnen manchen „Schlachtplan“ aushecken. Mit den anderen Frauen, geschweige denn außerhalb der Organisation, hat man gar nichts mehr am Hut. Hinzu kommt die Schwierigkeit, daß es tatsächlich die Erscheinung bei Genossen gibt, sich der politischen Auseinandersetzung dadurch zu entziehen, daß „Privates“ zum „Politischen“ erklärt wird, und solche Auseinandersetzungen durchzustehen in der Tat viel Kraft kostet! Was beileibe kein „Frauen-Problem“ ist.

Jetzt bedarf es nur noch einer Hand, die es versteht unter „heftigem

Jetzt bedarf es nur noch einer Hand, die es versteht unter „heftigem Wedeln mit der roten Fahne“ alle Unzufriedenen mit Hilfe von Demagogie zu sammeln, um dahinter sein eigentliches Anliegen, die Liquidierung einer KB-Frauenpolitik, zu betreiben.

Und all jene Genossen, die sich bisher kl. angeschlossen haben, müssen sich ernsthaft fragen lassen, was ihr eigentliches Anliegen ist.

Kl.'s Leserbrief hält bei gründlicher Auseinandersetzung dem Anspruch einer solidarischen, konstruktiven Kritik in keiner Weise stand, sodaß es auch nicht akzeptabel ist, sich irgendwem auch immer an einer Teilrechtfertigung zu beteiligen.

Bj. Cl. und Ma. (drei Genossen) KB Hamburg

„Endlich spricht's mal jemand aus“?!

Endlich spricht es mal jemand aus! – das haben, glaube ich, viele Genossen beim Lesen der beiden Göttinger Stellungnahmen gedacht. Auch ich habe überlegt: Mensch, da ist doch was dran. Ist es sicher auch. Nur: was wollen die Genossen mit diesen Artikeln, welche Konsequenzen fordern sie? Hauptthese der beiden: die Ursache der (durchaus richtig beschriebenen) Entpolitisierung im KB ist die Auseinandersetzung der Genossinnen mit ihrer Unterdrückung, z.B. in Beziehungen zu Männern. So stellt Kl. direkt gegenüber die totale politische Abstinenz der Göttinger Genoss(inn)en bei der Faschismuskritik einerseits und den Abdruck des Artikels „Die Scham ist vorbei“ im AK 153 andererseits. Ha. spricht es nur nicht so offen aus: Er erklärt zunächst (welch neue Weisheit!), daß schon immer zu Zeiten politischer Krisen die Beschäftigung mit persönlichen Problemen einen größeren Stellenwert bekam, stellt dann fest, daß die Krise im KB auch eine Folge „überhöhter Erwartungen an die Rolle einer kommunistischen Organisation bei der persönlichen Emanzipation und der Lösung privater Probleme“ sei. Ja, und dann leitet er direkt über zur KB-Frauenpolitik und behauptet, „daß die allgemeine gesellschaftliche Erscheinung der doppelten Unterdrückung von Frauen umstandslos auf die konkrete Situation der Frauen im KB übertragen wird“. Konkret heißt das für ihn: „Von vielen Genossinnen wird sehr weit die Frage diskutiert, inwieweit der KB eine Schranke ihrer persönlichen Emanzipation darstellt“.

Ha. dreht die Verhältnisse doch einfach um! Die doppelte Unterdrückung existiert natürlich auch für die KB-Genossinnen; wir müssen uns auch gegen die Genossen wehren, in

der politischen Arbeit und in den persönlichen Beziehungen. Das heißt doch aber nicht, daß aus dieser Tatsache folgt, daß ich als Frau, die sich z.B. in einer Beziehung gegen einen Genossen zur Wehr setzt, den KB als Schranke für meine persönliche Emanzipation sehe. Ich meine, die Genossen verwechseln nicht nur ein bißchen Ursache und Wirkung, sondern sie haben die Frauenfrage nicht begriffen! Konsequente zueindeutige bedeutet ihre These sogar die Liquidierung der Frauenfrage im KB!

M.E. besteht das Problem für uns in erster Linie darin, wie wir uns mit den persönlichen, hier frauenspezifischen, Schwierigkeiten auseinandersetzen. Und in diesem Wie äußert sich auch die Entpolitisierung. Ein Beispiel: der Leserbrief „Psychische Gewalt gegen Frauen“ in AK 150. Er wurde unkommentiert abgedruckt und es kamen auch keine Kritiken. In diesem Brief schildert die Genossin hauptsächlich ihre Probleme im Zusammenleben mit ihrem ehemaligen Freund. Durchaus Beispiele, die ich auch kenne. Ich hab beim Lesen gedacht: „Verflucht, warum zieht sie nicht aus oder macht irgendetwas, um diesen unwürdigen Zustand schnellstens zu beenden“. Ich finde nicht, daß der Abdruck (unkommentiert) irgendetwas gebracht hat. Denn es wird fast nur die Situation beklagt, aber es ist kein Funke von „Sich-Wehren“ zu finden. Und das ist m.E. bei allen Diskussionen über persönliche Probleme die Hauptsache: sich darüber streiten, wie wir am besten aus unserer Misere rauskommen. Genau diesen Streit vermeiden wir aber oft peinlichst, treten einander aus Opportunismus und falsch verstandener Frauensolidarität nicht zu nahe. Die Folge: oft ein noch größerer Rückzug, da die Probleme al-

lein durch Aussprechen ja nicht kleiner werden. Diesen Zustand der Kritiklosigkeit ändern wir aber nicht dadurch, daß solche Probleme nicht mehr auf den Tisch (und in den AK) gebracht werden, sondern nur dadurch, daß wir uns kritisch damit auseinandersetzen. (Dies ist auch eine Selbstkritik.)

Denn die in „Die Scham ist vorbei“ beschriebene Abhängigkeit, die Konkurrenz, die überhöhten Ansprüche sind tatsächlich vorhanden. Nur: Sie dürfen nicht einseitig in den Mittelpunkt gestellt werden. Das hat meiner Meinung nach die Genossin aus Steilshoop in AK 154 richtig kritisiert.

Soweit erstmal. Dies ist nicht als umfassende Kritik an beiden Stellungnahmen gedacht, sondern nur eine Kritik an der Zielrichtung. Zum Schluß noch zwei Bemerkungen:

Ich finde die Methode der Auseinandersetzung von Ha. unredlich: Er stellt eine ganze Reihe Behauptungen auf, speziell über die Göttinger Genossinnen, ohne diese tatsächlich zu belegen: So z.B. die Gegenüberstellung AK-Schulung – Frauen-MV oder die Beschreibung von zwei Strömungen unter den Genossinnen, die mit dem Feminismus sympathisieren.

Ha. knüpft hier an einer sicher vorhandenen Stimmung im KB an: viele Genossen mögen ähnliche Eindrücke von den Genossinnen haben, aber es wird keine inhaltliche Auseinandersetzung an Positionen oder Praxis der Göttinger Genossinnen geführt.

Kl. irrt – glaube ich – wenn er von der „hohen Zeit“ der Sterilisationsdebatten spricht. Im AK war davon jedenfalls nichts zu merken!

Eine Genossin aus Bremen

Zurück zur Scham?

Die Artikel „Die Scham ist vorbei“ (Kl., Göttingen) und „Vorsicht, Einbahnstraße!“ (Ha., Göttingen) haben vielen Genossen und sogar einigen Genossinnen so richtig aus dem Herzen gesprochen. „Wie eine Erlösung“ habe man/frau diese beiden Artikel empfunden, ist zu hören.

Offensichtlich hängt auch diesen Genossen und Genossinnen das „Breitentreten“ von ganz „idiotischen“ (Originalton Kl.) „privaten“ Problemen zum Hause raus, gegen das vor allem Kl. kräftig Holz. Als da sind, um beim Artikel von Kl. zu bleiben: Sterilisationsdebatten, SM-Diskussion, jede Art von „Beziehungs“-artikeln.

Auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß das Spektrum der von Kl. (und wohl auch von Ha.) als lästig und „idiotisch“ empfundenen Artikel nahezu ausschließlich die Unterdrückung der Frauen betrifft, sowie am Rande Probleme von Schwulen und Lesben. Den Frauen,

kaum daß sie sich im KB und im AK mit ihren „persönlichen Problemen“ ein Stückchen aus der Kiste gewagt haben, soll mit voller männlicher Autorität wieder der Sargdeckel auf die Nase geknallt werden.

Manches an den „persönlichen“ Artikeln mag unsinnig sein. Aber was ist denn? Weil wir es nicht, noch nicht genug gelernt haben, Politisches und „Persönliches“ in sinnvoller Weise miteinander zu verknüpfen. Das ist aber nicht Schuld der Frauen (oder der Schwulen), sondern liegt in der Verantwortung der kommunistischen Bewegung, die traditionell auf dem Gebiet des „Persönlichen“ teilweise ziemliche Sünden, zumindest aber schwere Unterlassungen begangen hat! Wenn ein Kind die ersten Schritte macht, wird kein vernünftiger Mensch erwarten, daß es gleich wie ein Weltmeister lossprintet. Ebenso verhält es sich mit der gerade erst begonne-

nen Erörterung „persönlicher“ Probleme im AK.

Die Beurteilung der in letzter Zeit in Gang gekommenen „persönlichen“ Artikel und Debatten muß zu verhängnisvollen Schlußfolgerungen führen, wenn sie die früheren Zustände einfach ignoriert. Jahrelang war im KB der „persönliche Bereich“ tabu. Daß darunter in allererster Linie die Frauen zu leiden hatten (deren Unterdrückung keineswegs nur außerhalb der Hand. Vor ein paar Jahren wäre es undenkbar gewesen, im AK über „Gewalt gegen Frauen“ im KB oder sonstige negative Erfahrungen mit Genossen zu berichten. Will man(n) ernsthaft zu diesen „guten alten Zeiten“ zurück? Davor mögen uns die „Klassiker“ und unser eigenes bißchen politischer Verstand bewahren!

Es scheint mir richtig, und insofern ein Verdienst unserer Genossinnen, das „Persönliche“ auch zum Bestandteil unserer Presse zu machen, die Gesamtheit unserer Erfahrungen in unsere Politik „einzubringen“. Wahrscheinlich würde man(n) es gar nicht so falsch finden, wenn frau im AK beispielsweise die Konkurrenz-Situation unter Frauen im Betrieb darstellt. Warum dann nicht auch im KB? Und wer dann zumindest meint, daß bei solchen Schilderungen immer gleich die Analyse dranhängen müßte („Genosse X hat mich geschlagen, weil ihm die staatliche Repression so in den Knochen steckt“), sollte noch mal nachlesen, was Lenin über die Funktion betrieblicher und sonstiger „Enthüllungen“ geschrieben hat.

Warum haben die beiden Artikel aus Göttingen auf viele Genos-

s(inn)en so „erlösend“ gewirkt? Ich vermute, wegen des darin aufgebauten ursächlichen Zusammenhangs zwischen der im KB tatsächlich galoppierenden Entpolitisierung einerseits und den „persönlichen“ Debatten, dem größeren Interesse an „Beziehungsproblemen“ etc. andererseits. Die „Beziehungs-Diskussionen“ sollen also schuld sein an der Entpolitisierung. „Weg von der Beziehungs-Scheiße, Rückbesinnung auf die wesentlichen Fragen!“ lautet daher der Schlachtruf. Ich verspreche mir nichts gutes von diesem Schlachtruf. Eher macht er mir etwas Angst.

Der reale Hintergrund der Artikel von Kl. und Ha. liegt in einer m.W. seit längerem geführten ziemlich scharfen und emotionalisierten Geschlechter-Diskussion zwischen Genossinnen und Genossen in Göttingen. Abgesehen von der für Außenstehende kaum verständlichen Anspielung von Kl. auf die „Salat-Diskussion“ gehen aber weder Kl. noch Ha. auf diese Auseinandersetzung konkret ein. Statt sich mit den von den Frauen aufgetragenen Fragen auseinanderzusetzen, macht Kl. sich über die Frauen lustig, zieht die von ihnen aufgeworfenen Themen pauschal in's Lächerliche, spielt sie gegen die in seinen Augen viel wichtigeren „großen“ Themen (z.B. Antifa-Diskussion) aus.

Es ist ein intellektuell verbrämter Vorstoß des Mackertums. Kl. schildert zwar in seinem Artikel, daß so ziemlich niemand in der Göttinger Ortsgruppe des KB Interesse am Einstieg in die Antifa-Diskussion hatte. Seltsamerweise entwickelt er daraus aber nur eine Polemik gegen die Entpolitisierung der Frauen im KB. Auch Ha. befaßt sich nur mit der Entpolitisierung unserer Genossinnen,

gerade als ob dies ein „frauenspezifisches“ Problem wäre. Eva verschuldete mit der Weitergabe des bekannten Apfels die Vertreibung aus dem Paradies. Heute, so scheint es, verschulden die Genossinnen unsere Vertreibung aus dem Paradies kommunistischer Politik, indem sie uns faule Äpfel wie „Salat-Diskussionen“, Sterilisationsdebatten und ähnlich „idiotische“ Themen aufdrängen.

Wenn das „Persönliche“ einen so hohen Stellenwert gewonnen hat (verglichen mit unseren allgemeinen politisch-theoretischen Aufgaben), so scheint mir das in erster Linie auf eine Krise der persönlichen Motivation zurückzuführen: Es geht der Zweifel um, ob es überhaupt richtig ist, soviel Arbeit und Verzicht in den politischen Kampf zu investieren, ob dieser Kampf Erfolg haben kann, ob überhaupt das Ziel (Sozialismus) erstrebenswert ist usw. Diesen Zweifeln und dem sich daraus ergebenden Wegfallen der kommunistischen Bewegung ist mit Argumenten schwer beizukommen. Eine Polemik, die in den „Beziehungs-Diskussionen“ oder in der „Krisenliteratur“ der Frauenbewegung die Schuldigen sieht, ist zumindest unmateriell.

Ich bestreite, daß im KB und speziell in seiner Presse zu viel über „persönliche Probleme“ gesprochen und gestritten wird. Im Gegenteil: Es wird noch viel zu viel „runtergewürgt“, es wird noch viel zu viel gezauert, und es wird vor allem viel zu wenig vorantreibend über die Probleme diskutiert. Insofern zeigt sich im „Persönlichen“ genau die selbe Abstinenz der meisten Ge-

nos(s)innen, die Kl. für die Fragen unserer politischen Arbeit zu Recht beklagt. Wir sind noch weitgehend auf der Stufe, wo bezuglos Erlebnisberichte nebeneinander gestellt werden, ohne daß sich an diesen Berichten öffentliche Diskussionen entwickeln. Aus dieser Situation gilt es, nach vorn zu gehen, nicht zurück!

Kl. schreibt: „Der AK-Redaktion muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie diese Entwicklung (die Entpolitisierung - Anm. Kl.) unterstützt und vorantrieben hat (privilegiert und unkommuniziert Abdruck von Leserbriefen zu solch idiotischen Themen wie „Zu viert in einem Bett“, Forcierung der SM-Debatte etc.)“.

Was ein „privilegiert“ Abdruck“ ist, weiß ich nicht. Das Wort „unkommuniziert“ hingegen verstehe ich. Gemeint ist offenbar, daß die AK-Redaktion, wenn sie schon „solche“ Artikel abdruckt, wenigstens jedesmal der Tendenz der Artikel „entgegenzutreten“ müßte. Andere Genos(s)innen meinen, daß es die Aufgabe unserer zentralen AG Frauen sei, „falschen Tendenzen entgegenzutreten“, „stärker einzugreifen“, den „wegdriftenden“ Genossinnen zu zeigen, wo's längsgeht.

Ich bin aus langer negativer Erfahrung gegenteiliger Meinung. Sooft die Redaktion (oder auch die AG Frauen) irgendwelchen für falsch gehaltenen Tendenzen „entgegenzutreten“ ist, war das letztlich nur ein Alibi für den Rest der Organisation, sich mit dem betreffenden Thema selbst nicht befassen zu müssen. Die SM-Debatte ist ein Beispiel dafür. Tatsächlich ist dieses Thema weder überflüssig noch „idiotisch“, sondern höchst politisch.

Eine Frankfurter Genossin hat damals in einem Leserbrief die politische Dimension der Sache meiner Ansicht nach sehr gut auf den Punkt gebracht. (AK 150, S. 28). Abgesehen von drei Genossinnen und mir (und „natürlich“ unseren schwulen Genossen) hat der Rest der Organisation aber zu diesem Thema schlicht geschwiegen. Wir haben daraufhin im AK 151 (erschienen am 2. April) seitens der Redaktion die „schweigende Mehrheit“ dazu aufgefordert, sich zu Wort zu melden, warum sie „solche“ und andere „persönlichen“ Themen im AK für nicht angebracht halten. (AK 151, S. 30). Wir haben daraufhin keine einzige Zuschrift erhalten, weder aus Göttingen, noch von sonstigen jetzt „Erlösten“. Aber drei Monate später wirft man der Redaktion vor, sie habe versagt, bzw. „diese Entwicklung unterstützt“. Und dankbar steigen auf diese Kritik jetzt scharenweise die „Erlösten“ ein, die - ich formuliere es absichtlich scharf - bisher zu feige oder zu träge waren, selbst eine solche Kritik zu formulieren.

Die beiden Göttinger Artikel werden wahrscheinlich zu einer höchst schädlichen Polarisierung im KB führen, zu einem Aufwerfen falscher Fronten, weil sie das reale Problem der Entpolitisierung von der falschen Seite her angreifen. Mir scheint es darum zuerst wichtig, die Störfunktion der beiden Göttinger Artikel ohne Zweideutigkeiten zurückzuweisen. Daß ich damit längst nicht allen Aspekten, besonders im Artikel von Ha., gerecht werde, ist mir klar. Diese Aspekte sollten nicht verloren gehen. Kl., AK-Redaktion

„Die Scham ist vorbei“ Eine Buchbesprechung

„Etwas ist grundlegend falsch. Aber was. Suche ich mir einfach die falschen Männer aus? Möglichkeiten: a. alle Männer sind Stümper b. ich habe eine Antenne für Stümper c. ich mache sie zu selbigen. Ich werde daraus nicht schlau. Jedenfalls ist klar, daß ich mir nicht erlauben kann, viel für die Männer zu fühlen, mit denen ich umgehe. Wenn ich das Spiel mitspielen will, nicht daran kaputtgehen will, muß ich es anders machen. Mich nicht binden, genau wie sie. Aussteigen, bevor es zu spät ist, aufhören, bevor es zu schmerzhaft ist, ihn wieder zu verlieren. Gott, was für eine Aufgabe. Wie vermeidest du es, jemanden zu lieben? Warum bin ich nicht mit einem eingebauten Thermostat geboren, den ich ständig auf halbe Flamme stellen kann?“

Wir haben das Buch von Anja Meulenbelt gelesen, und es hat uns so sehr angesprochen, daß wir versuchen wollen, ein bißchen davon euch spüren zu lassen. Anja ist heute 34 Jahre, hat einen 16jährigen Sohn Armin und lebt als Journalistin in der holländischen Frauenbewegung. In ihrem ganz persönlich gehaltenen Buch schreibt sie ihre eigene Geschichte.

Kurz die wichtigsten Stationen: Aufgewachsen in einem kleinbürgerlichen Elternhaus heiratet sie schon mit 16 Jahren ihren ersten Freund, von dem sie schwanger ist. Was dann folgt, ist ein unvorstellbarer Eheknast. Zusammen mit Armin, ihrem Sohn, und Toni, ihrem Mann, lebt sie als Ausländerin in Deutschland. Ihre Isolation als Hausfrau geht soweit, daß sie sich schließlich kaum noch unter Menschen traut. Dazu trinkt Toni, schlägt und vergewaltigt Anja regelmäßig. Eigentlich hat sie sich selbst schon aufgegeben, aber für Armin tut sie den Schritt, sich von Toni zu trennen (nicht bevor sie eine Abmachung erfüllt hat, nach der sie sich die letzten zwei Monate von ihm dreimal in der Woche vergewaltigen lassen mußte!). Nach dieser Trennung kommt eine beinahe atemberaubende Entwicklung: Anja besucht eine Uni, lernt zu leben, Kontakte zu entwickeln. Sie ist fasziniert vom Theater, arbeitet im Jugendtreff „Paradiso“ in Amsterdam als Sozialarbeiterin, macht als Praktikantin eine halbe Schule rebellisch, als sie ihren Schülern beibringt, ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen, statt den Lehrplan einzuhalten. In einer holländischen kommunistischen Gruppe lernt sie alle Seiten schlimmsten ML-Tums kennen, wo Intrigen als politische Linienkämpfe getarnt werden und Frauen eigentlich „nur eine Position einnehmen: die horizontale“, ähnliches erlebt sie in einem Black-Panther Solidaritätskom-

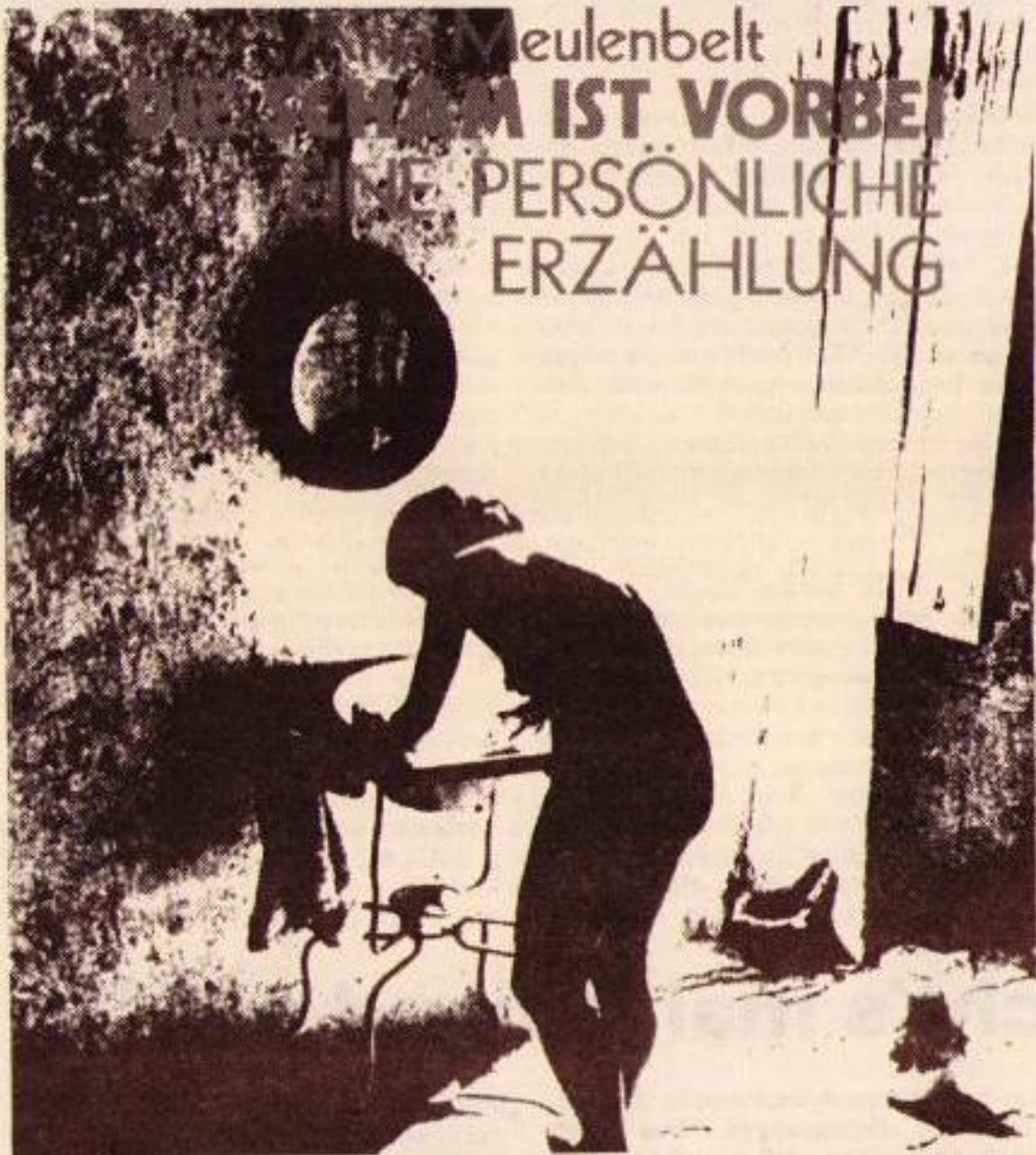
mittee. Zu diesem Zeitpunkt entstehen die allerersten Frauengruppen in Holland. Selbsterfahrung ist etwas, „was sich beinahe nur in religiösen Begriffen beschreiben läßt: Offenbarung, Bekehrung“. Frauen, die alle ihre ähnliche Situation sehen, entwickeln Frauensolidarität. Es wird eine Bewegung, Frauenkongresse, Frauenlager, auf denen die Frauen ihre Scham verlieren, nackt herumlaufen, aufhören, sich mit Männeraugen zu sehen und abzuschätzen.

Diese Entwicklung bis hierher wird begleitet von einer Unmenge von Beziehungen, die sie zu Männern hat. Aber alle verlaufen ähnlich, oft sehr bitter. Als alleinstehende Frau ist sie oft mit Männern befreundet, die schon eine feste Freundin/Frau haben. So spielt sie immer wieder die Rolle des dritten Rades am Wagen, erlebt, wie die Typen oft „ihre“ Frauen gegeneinander ausspielen, verheimlichen - auf jeden Fall so, daß sie immer aus dem Schneider sind, immer ein warmes Bett haben und sich zurückziehen können, wenn es kompliziert wird. Und wie schwierig es ist, wenn Frauen dieses Spiel nicht mitspielen wollen. Sie sollen immer verfügbar sein, tags, nachts, die Männer treffen Verabredungen, die sie nicht einhalten, aber erscheinen plötzlich unerwartet und wollen umsozt werden: immer nach dem Motto: „Wir sind ja so frei!“

Zudem stellt Anja fast regelmäßig fest, daß die meisten ihrer Freunde ihre Stellung als Parteikader, als Uniozent oder sonstwas gerade dem verdanken, daß ihre Frauen ihre Unabhängigkeit völlig aufgegeben haben, den Haushalt machen, die Kinder hüten und ihn versorgen. Anja gegenüber kehren sie aber den unabhängigen Mann heraus und beklagen sich bei ihr, daß „ihre“ Frauen Nur-Hausfrauen seien, ihnen intellektuell unterlegen und mehr und mehr uninteressant würden.

Anders wird es, als sie Anna kennenlernt, die Frau von Toni, mit dem sie ohne Annas Wissen seit sechs Monaten zusammen ist. Zwischen Anna und Anja entwickelt sich eine tiefe Frauenliebe, sie arbeiten viel zusammen und erleben, gegen welche Schwierigkeiten sich eine Frauenbeziehung in der Öffentlichkeit durchsetzen muß. „Männerhasserinnen“ bekommen sie zu hören und „Ihr isoliert euch doch nur“, einen klaren Fall von „Lustangst“ diagnostiziert ein Psychiater ungefragt, und andere wollen ihre Beziehung wiederum nur akzeptieren als Nebenbeziehung zu der mit Toni, einem Mann also.

Toni allerdings merkt, wie er immer überflüssiger wird. „Die Bedrohung für Männer, daß sie nichts zu bieten haben, was wir nicht auch und besser, bei anderen Frauen be-



kommen können“, schreibt Anja. Er zieht alle Register des psychischen Unter-Druck-Setzens, bis er schließlich schafft, daß Anna wirklich nicht mehr die Kraft hat, dagegen zu kämpfen und die Beziehung zu Anja aufgibt. Anja ist tot vor Schmerz und Trauer. Was sie bisher nur von Typen erlebt hat, kommt jetzt von einer Frau. Das Buch endet mit einer Beschreibung des Danach: Anjas Versuch wieder auf die Beine zu kommen, Schwierigkeiten in der Frauenbewegung, weil sie inzwischen beinahe berühmt ist, der Vorwurf der Korruption, der Wichtigkeit. Selbstzweifel, aber auch neue Projekte, es geht weiter.

Die Geschichte hat die Form einer Rahmenhandlung. Einzelne Szenen eines Urlaubs in Gordes (Frankreich) tauchen auf, in dem sie beginnt, ihr Buch zu schreiben. Vielfach wird in diesen „Gordes“ genannten Abschnitten das gerade Geschriebene reflektiert, mit anderen besprochen und deren Kommentare miteingebaut. Der Leser/ die Leserin kann/ soll sich also nicht völlig in die Geschichte versenken, sondern hat immer wieder einen „Hoppla“-Effekt bei dem das gerade Gelesene überdacht werden kann.

Anja hat zudem eine einmalige Fähigkeit, viele Probleme anzureißen, indem sie sie in kurzen Szenen oder Sätzen bringt, ohne sie weiter breitzutreten. Beim Lesen hat frau/man also ständig neben der Haupthandlung kleine Aha-Erlebnisse, die das Buch unheimlich lesenswert und bunt machen. Zur Frage ihrer Darstellungsweise sagt Anja, daß es ihr noch nicht gelungen ist, eine Sprache

zu finden, die eine Einheit zwischen Politik und „Privatem“ herstellen könnte. Sie, die sich als Feministin und Marxistin versteht, beschränkt sich hier bewußt auf die Darstellung, wie sie alles erlebt. Manch einer mag die Darstellung der Inhalte ihrer jeweiligen Anschauungen oder Tätigkeiten zu mager vorkommen, aber das Wie ist ja oft gerade das, was wir uns bei unseren eigenen politischen Tätigkeiten nicht eingestehen wollen. Von daher empfinden wir gerade das als sehr wohlthuend.

Eine Sache fanden wir beim Lesen etwas problematisch: es geht nur aus wenigen Stellen hervor, um welche Zeiträume es sich in dem Buch handelt. Frau/man vergißt leicht, daß es insgesamt um mehr als 15 Jahre geht. So kann es kommen, daß einem/einer Anjas Entwicklung wirklich den Atem verschlägt so im Zeitraster und das Gefühl hervorruft, selbst wenn ich möchte, das könnte ich nie.

Weil wir das Buch zu zweit gelesen und besprochen haben, wollen wir unsere Eindrücke auch noch getrennt schildern.

Ich (männlich) muß sagen, daß mich dieses Buch sehr berührt hat, was natürlich auch mit der verstärkten Diskussion „persönlicher“ Fragen im KB zu tun hat. Ich hatte selten bei einem Buch das Gefühl, daß mich so viele Sachen so direkt angingen. Einige will ich nennen: Die Frage, wie Männer sich verhalten, wenn Frauen aktiv, selbständig werden. Verlustängste etc. führen doch oft dazu, daß man das nicht unbedingt unterstützt, sondern sogar eher froh ist, wenn nicht alles

klappt, Rückschläge erfolgen und man seinen starken Arm anbieten kann. Weiter das Problem, daß meistens unsere Beziehungen zu Frauen unheimlich einseitig verlaufen, die Frau dann oft die Seelsorgerin sein darf, uns unsere Probleme von den Augen ablesen soll, aber umgekehrt? Und die Befürchtung, daß Frauen, die ähnliche Fragen wie Anja stellen, tatsächlich zu der Feststellung kommen könnten, daß es vielleicht ohne uns genauso gut oder auch besser gehen kann. Ein letzter Punkt noch (neben vielen anderen ungenannten): Wie sieht es mit unserer Ehrlichkeit in Beziehungen aus? Wie oft werden aus den fadenscheinigsten Gründen Sachen nicht benannt, vor sich hergeschoben usw., immer in der Erwartung, sie möge sich dann doch bitte blitzartig und „ohne Theater“ auf die neue Situation einstellen! Eigentlich kann ich nur jedem Mann dringend empfehlen, das Buch zu lesen!

Das Buch „Die Scham ist vorbei“ von Anja Meulenbelt war für mich ein wichtiges Buch. Durch die Begeisterung, die es bei mir auslöste, empfahl ich anderen Leuten, unter anderem meinen Freund, dieses Buch zu lesen. Auch er verslang das Buch und wir beschlossen, es gemeinsam noch einmal zu lesen, darüber zu diskutieren und einen Artikel zu schreiben, um so auch vielen anderen Leuten die Möglichkeit zu geben, das Buch kennenzulernen.

Mich hat es insbesondere beeindruckt, weil ein großer Teil der Geschichte sich mit Frauen-Männer-Beziehungen auseinandersetzt, in denen sich meines Erachtens jede Frau, eben auch ich, wiederfinden kann. Typische Verhaltensweisen von Männern: Ansprüche an Frauen stellen, aber selber keine akzeptieren, Frauen politisch, aber auch in ihrer Arbeit nicht für ganz voll zu nehmen, Unehrlichkeit gegenüber Frauen, psychisches Unter-Druck-Setzen, ja bis hin zur Vergewaltigung in der Ehe - dies alles wird dargestellt.

Wichtig war für mich die Entwicklung von Anja zu einer immer selbstbewußteren und unabhängigeren (vom Mann) Frau. Die Konsequenz, mit der sie diese Entwicklung abschließt, ist (noch) nicht meine, aber ich glaube, für viele Frauen wird gerade auch die Beschreibung von Frauenbeziehungen wichtig sein.

Ich kann, ja muß jeder Frau empfehlen, dieses Buch zu lesen, aber vor allem darüber zu diskutieren!

Anja Meulenbelt
„Die Scham ist vorbei“
Verlag Frauenoffensive, München 1978
Preis: ca. 16,-

Eine Genossin und ein Genosse
aus Westberlin

Zwei Fraktionen im Lehrerbereich: So sieht es die Minderheitsfraktion

Dieser Artikel lag der AK-Redaktion rechtzeitig vor Redaktionsschluß von AK 156 vor. Die AK-Redaktion lehnte den Abdruck ab! Begründung war u.a., daß in diesem Artikel ihrer Meinung nach „die Schwerpunkte falsch gesetzt“ seien. Nach einer Diskussion in der sog. „Minderheitsfraktion“, an der auch ein Genosse der AK-Redaktion teilnahm, stellten wir fest, daß jede „Fraktion“ das Recht haben muß, ihre Sicht der Auseinandersetzung so darzustellen, wie sie es für richtig hält, und daß der vorgelegte Artikel den Standpunkt der „Minderheitsfraktion“ wiedergibt. Wir halten es für selbstverständlich, daß unser Artikel im AK abgedruckt wird — immerhin ist inzwischen bereits der zweite Artikel der „Minderheitsfraktion“ erschienen. (Eingearbeitet wurde in den Teil „Wie geht's weiter?“ nachträglich noch zwei Passagen aus einem Brief unserer „Fraktion“ an das LG; diesen Brief hatten wir ursprünglich ebenfalls zur Veröffentlichung vorgeschlagen.)

Vorwort: Am 1. Juni wurde — wie im AK 155 berichtet — eine (vorläufige) fraktionelle Trennung des Lehrerbereichs des KB/Gruppe Hamburg beschlossen. Wir wollen hiermit die Entwicklung zu dieser „Trennung“ und die ihr zugrundeliegenden Differenzen aus unserer Sicht klarlegen. Das umso mehr, als der mit „Lehrerkomitee“ unterzeichnete Bericht zwar „überfraktionell“ und moderat geschrieben scheint, dennoch aber u.E. die gleichen Unterstellungen aufweist, die wir in dieser Debatte des öfteren glauben feststellen zu müssen seitens der (führenden) Genossen der „Mehrheitsfraktion“.

Der Beweis für diese Behauptung soll im Artikel selbst vorgenommen werden. Schon jetzt aber eine Vorbemerkung: Über die Hälfte des Artikels des „Lehrerkomitees“ beschäftigt sich mit einer Position zur Gesamtschule, die von fast keinem Genossen im gesamten Lehrerbereich getragen wird. (Selbst der Schreiber dieses „Positionspapiers“ hält es für „schlecht, mißverständlich usw.“). Dennoch wird durch die Gewichtung im Artikel der Eindruck erweckt, daß eine „starke Anti-GS-Fraktion“ ähnliche Positionen vertritt und u.a. diese Frage die Scheidelinie für die „Trennung“ ist!

Entstehung des Konfliktes

Im AK ist zur Einschätzung der Gesamtschule vor dem wiederholten kritisierten „sektiererischen“ Artikel des LEHRERKOMITEES (10 Jahre Gesamtschule, AK 148) nie etwas geschrieben worden. Unwidersprochen geblieben sind bis dahin auch Positionen, die Lehrer/Genossen in anderen Publikationen veröffentlicht haben. Demgegenüber war etwa seit Februar dieses Jahres zu bemerken, daß das Lehrerkomitee (LK) in seiner Mehrheit sich plötzlich auf Einschätzungen zur GS vereinheltlicht hat, wie sie etwa im AK 146 vertreten werden: GS als kleiner aber wichtiger Schritt weg von einer kinderfeindlichen Schule.

licht hatte, wie sie etwa im AK 146 vertreten werden: GS als kleiner aber wichtiger Schritt weg von einer kinderfeindlichen Schule. Aufgrund dieses ohne Diskussion vorgenommenen Positionswechsels haben sich auch Genossen, die heute unserer Fraktion angehören, schon damals vehement dafür eingesetzt, daß „Gesamtschule“ als wichtige Frage für praktische Bündnispolitik und als Kristallisationspunkt für Unklarheiten in dieser Frage diskutiert wird. Auf einem Schulungsseminar im März haben auch einige der jetzt „abgetrennten“ Genossen darum gekämpft, daß die widersprüchlichen Positionen schriftlich dargelegt werden. Den Genossen von uns, die damals an der Diskussion beteiligt waren, (wir müssen das immer wieder so kompliziert ausdrücken, weil wir entgegen allen anderslautenden Behauptungen damals noch keine Fraktion waren), ging es neben einer Klärung der Widersprüche auch darum, daß das LK nicht nur seine neuen Einschätzungen zur GS darlegt, sondern auch die Gründe für eine Kurskorrektur transparent macht.

Auf der 1. VV hätte es nach unserer (jetzt nachträglich vereinheltlichten) Meinung nicht nur darum gehen dürfen, den Lehrerbereich auf die „richtige Linie“ auszurichten, sondern es hätte endlich einmal eine gründliche Aufarbeitung der Politik der letzten Zeit vorgenommen werden müssen. Im AK 155 wird richtig dargestellt, daß der Lehrerbereich in der Vergangenheit vielfach sektiererische Positionen vertreten hat. Diese Fehler aber einzelnen Genossen, die heute unserer Fraktion zuzurechnen sind, in die Schuhe schieben zu wollen, ist absolut unernsthaft und lächerlich („Eine solche Position und Herangehensweise... hat auch in der Vergangenheit unübersehbare (und möglicherweise nicht wieder gutzumachenden Schaden) angerichtet“, AK 155).

Kenner der Szene sollten sich einmal erinnern, daß das LK federführend für die einseitige Ausrichtung des Lehrerbereichs auf GEW-Politik oder für Fehler in der Berufsverbote Frage verantwortlich war.

Unsere Erwartungen an eine VV zur GS-Frage war also, daß die verschiedenen Positionen deutlich gemacht, Positionswechsel erklärt werden und daß dann nach einer ernsthaften Auseinandersetzung falsche Positionen zurückgewiesen werden.

Verlauf der ersten VV

Was geschah aber stattdessen? Es wurde das Papier eines Genossen als Ppnapz aufgebaut, um bestimmte Positionen, die von fast allen als höchst widersprüchlich angesehen wurden, in einer Art und Weise abzukanzeln, die keine inhaltliche Diskussion zuließ. Noch vor Beginn der geplanten Diskussion wurde dem Genossen der Aus-

tritt aus dem KB nahegelegt, es wurde in einer unheimlichen Schnelligkeit der Verriß des Papiers vorgenommen, was ohne Vorbereitung und ohne daß diese „Kritik“ schriftlich vorlag (trotz unserer Forderung übrigens bis heute nicht) nur den faden Nachgeschmack ließ: Hier soll geholt werden. Das LK, welches als Ganzes genauso verantwortlich ist für die Politik der Vergangenheit, saß schweigend im Hintergrund und sah sich dieses Schauspiel an. (Was haben diese Genossen für ein unverdautes Verhältnis zu ihrer eigenen politischen Vergangenheit?)

Begründet wurde dieses Vorgehen auf der nächsten VV von dem LG-Genossen mit einem Mao-Zitat, was deutlich macht, welches Verhältnis dieser Genosse zu uns hat: Man müsse den Patienten solange anschauen, bis er einsieht, daß er krank ist. Bei dieser Rollenverteilung (LG = Arzt, Kritiker = Kranke) steht das „Diskussions“ergebnis von vornherein fest.

Das sog. „forsche“ Auftreten des LG-Genossen war unserer Meinung nach völlig ungeeignet, die im ganzen Bereich tatsächlich vorhandenen Widersprüche, — die ja durch die Jahre hindurch auch nach LG-Meinung deutlich geworden sind — aufzubrechen und gründlich zu diskutieren. Das aber war das Ziel einiger „unserer“ Genossen. Dieses Auftreten war höchstens geeignet, Teile des Bereichs auf Linie zu bringen, ohne Zeitverlust und große Debatte. Ausdruck eines erfolgreich behandelten Patienten: „Ich distanziere mich von P.“ (das ist der Verfasser des inkriminierten Papiers). Deshalb haben fünf Genossen (der bis dahin immer noch nicht existierenden Fraktion) Papiere zur Formfrage vorgelegt; Wir taten das allerdings nicht, um die inhaltliche Debatte zu verhindern (warum sollten wir? Man nenne uns einen vernünftigen Grund, wo auch wir doch für deren Initiierung eingetreten sind), sondern weil wir der Meinung sind:

wir der Meinung sind:



Die Minderheitsgruppe bei der Bewältigung der Vergangenheit

1. daß Ausrichtungs-VV in dieser Form ungeeignet sind, eine politisch begründete Kurskorrektur vorzunehmen, ohne daß an der nächsten Frage die gleichen Widersprüche wieder auftreten, bzw. daß wieder der ganze Bereich bis zur Ausrichtung eine sektiererische Linie verfolgt.

2. weil wir überhebliches, selbstgerechtes Mackerverhalten überall kritisieren, und nach unserer Meinung war die Kritik des LG-Genossen nicht lediglich „zu scharf vorgetragen“, sondern sie wirkte einschüchternd und lähmend.

Die weiteren Vollversammlungen

Nachdem abgelehnt worden war, vor Beendigung der Diskussion der „Gesamtschulthesen“ überhaupt über die „Formfrage“ zu diskutieren, wurde auf den nächsten drei VVs inhaltlich zur Gesamtschule diskutiert. Wenn auch das „Klima“ gereizt war und z.T. mit Unterstellungen gearbeitet wurde, sind wir (im Gegensatz etwa zu den AK-Artikelschreibern) der Meinung, daß — besonders auf der 4. VV — sehr ausführlich über die Gesamtschulproblematik gesprochen wurde. Konkret über die Einschätzung der Elternbewegung, über die Agitationschwerpunkte, die Einarbeitung der Kritik am Regelschulwesen insgesamt in eine Gesamtschulkampagne usw. Zu wichtigen Fragen wurden deshalb auch Arbeitsgruppen vorgeschlagen.

In dieser Diskussion zeigte sich, daß unterschiedliche Einschätzungen zu diesen Komplexen vorlagen. Wichtig ist hierbei, daß auch die Genossen, die am Vorgehen von W. Kritik geäußert hatten und die vom LG-Genossen den Titel „Anti-GS-Fraktion“ erhalten hatten, völlig unterschiedliche Positionen zur Gesamtschulfrage hatten und daß diese Differenzen in der Diskussion auch geäußert wurden.

Nur — was nicht sein darf, kann auch nicht sein. Eigentlich gibt es nämlich — und jetzt geben wir Textstellen aus einem Papier wieder, daß der LG-Genosse auf der 4. VV verteilte — eine „Anti-GS-Fraktion“, die „weitgehend umfassend durchdachte Position gegen die GS entwickelt hatte und sie auch begründet vorgetragen hat.“ Diese Position habe die „Anti-GS-Fraktion“ allerdings nie vor den VVs dargelegt, sondern sie „hat es (aus welchen Gründen?) vorgezogen, ihre Position in einzelnen Kritikartikeln, kritischer Fragestellungen, neuer Denksätze u.a. einzubringen.“ Und diese verdeckte Kampfform hat dann — immer Originalton LG-Genosse — „zur allseits konstatierten politischen Verwirrung und praktischen Lahmlegung des Lehrerbereichs geführt/beigetragen.“

Diese „unehrliche, verdeckte Kampfform“ der „Anti-GS-Fraktion“ zeigte sich dann angeblich auch auf den VVs: Wenn die Genossen/innen, die dieser Fraktion zugerechnet wurden, nicht so stimmten, wie sie es „eigentlich“ (nach Meinung des LG-Genossen) hätten tun müssen, dann ist das „pure Heuchelei“; wer sich so verhält, „kämpft um Aufrechterhaltung eines Klimas, wo jeder gerade das vertreten und tun lassen kann, was er/sie für recht und billig hält. Es ist dies ein Hohn auf politische Diskussion und Auseinandersetzung überhaupt. Es ist der Versuch, die Krise/Krisenstimmung im KB zu konservieren.“

Das Argumentationsmuster ist offensichtlich: Man konstatiert eine „Anti-GS-Fraktion“ (die es an der Gesamtschulfrage gar nicht gibt!), unterstellt dieser „Fraktion“ Unehrlichkeit, wenn sie nicht so abstimmt, wie „man“ es erwartet (was die „Fraktion“ auch gar nicht kann, weil sie an dieser Frage gar keine einheitliche Meinung hat, in dieser Hinsicht überhaupt keine Fraktion ist!) und ist dann flugs mit dem üblichen Vorwurf da, „diese Fraktion wolle mit diesem unehrlichen Verhalten die Krise im KB konservieren“.

Es war deutlich, daß diese „Einschätzung“ des LG-Genossen (um es höflich auszudrücken) bei sehr vielen Genossen auf Empörung stieß. Dieses Papier sollte deshalb auf der 5. VV — im Rahmen der „Formdebatte“ — ausführlich behandelt werden.

VV vom 1. Juni

Wir zählen die 5. VV zum Thema GS. Hier sollte — dies war auf der vorangegangenen VV beschlossen worden — die Debatte um das „formale“ Vorgehen in der gesamten Debatte, speziell gegenüber der „Anti-GS-Fraktion“, endlich beginnen.

Doch es kam ganz anders: Trotz mehrerer Anträge auf Einstieg in W.s Papier wurde fast ausschließlich über ein 28-Seiten-Papier diskutiert, welches höchstens drei bis vier der anwesenden Genossen kannten. Von leitenden Genossen wurde ein Zusammenhang zwischen diesem Papier und der „Anti-GS-Fraktion“ konstruiert (ein Lehrer/Genosse ist Mitverfasser dieses Papiers). Uns wurde damit erneut verdeckte Fraktionsarbeit unterstellt, da das 28-Seiten-Papier nicht breit gestreut, sondern an als Kritiker bekannte Genossen verteilt wurde. Zum anderen wurden wir in die Nähe von Erpressern der AK-Redaktion gerückt, weil in recht ultimativer Form der Abdruck dieses Papiers im AK gefordert wird. Dies alles vor dem Hintergrund, daß nur zwei Genossen der „Anti-GS-Fraktion“ das Papier inhaltlich kannten.

Als die Stimmung derart emotional aufgeladen war, daß eine sinnvolle Debatte völlig unmöglich war, wurde von uns der Antrag auf Vertagung der VV eingebracht. Dieser Antrag wurde von W. aufgegriffen, um eine organisatorische Trennung zwischen Kritikern und Vertretern des Leitungsstandpunktes durchzusetzen. Ca. zwei Drittel der anwesenden Genossen stimmten dieser Trennung zu, wobei äußerst verschiedene Konzepte über die Reichweite dieser Maßnahme anklangen. Für einige Genossen sollten „nur“ zum Thema GS keine weiteren gemeinsamen VVs gemacht werden, für andere verborg sich hinter dem Trennungsbeschuß eine weitgehende Abkoppelung von der Organisation (keine weitere Anleitung, keine gemeinsamen VVs, unabhängig vom Thema, Auflösung „inhomogener“ Zellen).

Die Wirklichkeit hat inzwischen unsere Befürchtungen bezüglich des Kaltstellens der Kritiker bestätigt.

(Nachträgliche Anmerkung: Diese Kritik bezog sich auf Ereignisse in den ersten Wochen nach der „Trennung“; in der Zwischenzeit wurde jetzt nach Diskussion in beiden Fraktionen eine gemeinsame Anleitung beschlossen.)

Konstituierung der sog. „Minderheitsfraktion“

Mit diesem Beschuß hat sich eine sog. „Minderheitsfraktion“ konstituiert, genauer gesagt: Sie ist per Beschuß „konstituiert“ worden.

Wir sind uns einig in folgenden Fragen, die u. E. wesentlich für die Entwicklung einer weiteren Politik sind:

— Es kann keine „Kurskorrektur“ in einer politisch entscheidenden Frage (z. B. der Gesamtschule) geben, ohne eine kritische Aufarbeitung der eigenen Praxis: Die Erkenntnis, warum man bestimmte Fehleinschätzungen gemacht hat, ist eine zentrale Voraussetzung, neue Fehler zu vermeiden. (Die damit verbundene Selbstkritik vieler Genossen dürfte zwar (zuerst) schwerfallen, sollte sich aber langfristig nur positiv auswirken auf die politische Entwicklung jedes Genossen/ni).

— Die Entwicklung einer „neuen Linie“ kann nur auf der Grundlage einer ernsthaften Diskussion geführt werden. Dazu gehört, daß verschiedene Standpunkte auf gleichberechtigter Basis diskutiert werden. Dazu gehört, daß die Auseinandersetzung um die tatsächlich strittigen Punkte geführt wird. Auf dieser Grundlage sind dann auch Entscheidungen möglich, die von den Genossen auch inhaltlich voll begriffen und in die Praxis umgesetzt werden können.

Wie geht's weiter?

Wie geht's weiter?

Im Gegensatz zur „Mehrheitsfraktion“, die sich bisher (d. h. zum Zeitpunkt, als dieser Artikel geschrieben wurde) noch nicht wieder getroffen hat (= was das „Lehrerkomitee“ nicht davon abhalten konnte, eine Diskussion und einen Beschuß dieser Fraktion über die weitere Arbeit im Artikel in AK 155 als gegeben vorauszusetzen) — haben wir auf unseren bisherigen Treffen folgende Vereinbarungen getroffen, die auch in einem Brief an das LG zur gemeinsamen weiteren Arbeit der „Fraktionen“ ausgeführt werden:

„Fraktionsbildung wird (nach unserem Verständnis) mit dem Ziel betrieben, unterschiedliche Positionen unter gleichenden Genoss/innen zu diskutieren, um sie besser in die gemeinsame Auseinandersetzung aller Genoss/innen einbringen zu können. Diese Fraktionsarbeit ist dabei grundsätzlich (d. h., daß es auch Ausnahmen geben kann) für alle Genoss/innen des Bereichs offen“. D.h. unter anderem Ankündigung der Termine, Austausch der Arbeitsergebnisse. Wir werden in diesen Treffen versuchen, gemeinsame Standpunkte zur Schulpolitik insgesamt, speziell zur Gesamtschule sowie — das versteht sich nach den gelaufenen Auseinandersetzungen von selbst — auch zu sogenannten „Formfragen“ zu entwickeln.

„Fraktionsarbeit kann nach unserem Verständnis nur vorübergehenden Charakter haben und sie läuft neben den normalen Treffen der Organisation (Zellen, Anleitertreffs, Frauen-VV etc.). Fraktions-treffen können und dürfen nach unserer Auffassung nicht die gemeinsamen Strukturen der Organisation ersetzen. Geschieht dies, so kommt dies einer Spaltung nahe. Nur in der Beibehaltung der oben genannten Strukturen sehen wir die Möglichkeit, in eine gemeinsame inhaltliche Auseinandersetzung zu kommen... Ziel sowohl der Fraktionstreffen als auch der gemeinsamen Sitzungen muß die gemeinsame Praxis in der GEW, im Schulbereich, in der GS-Frage etc. sein.“

Das sind die bisher diskutierten (und beschlossenen) „nächsten Schritte“...

Dazu noch Vorschläge einzelner Genoss/innen, die noch nicht diskutiert wurden:

— Eine selbstkritische Aufarbeitung der KB-Lehrerarbeit in Hamburg, wo „Selbstkritik“ nicht nachträglich „eingewoben werden muß“, sondern Voraussetzung der Analyse ist;

— Zusammenarbeit mit „Kritikern“ aus anderen Bereichen aus der Einsicht, daß hier kein lehrerspezifisches Problem vorliegt;

— Diskussion der aktuellen Situation in der GEW/Streikfrage.

Sollen wir unter Lehrern für die gegenwärtige Gesamtschule mobilisieren?

Vorbemerkungen: mir geht es hier um die Diskussion einer Politik unter Lehrern, denn ich meine, unter Eltern muß eine Politik etwas anders aussehen als unter Lehrern. Warum, soll unter 1. klarer werden.

1. Der Kern der Gesamtschuldiskussion scheint mir die Frage zu sein, wie muß kommunistische Bündnispolitik im Bereich kleinbürgerlicher Intellektueller aussehen. Standpunkt 1: die Lehrer müssen dafür gewonnen werden, sich ausschließlich an den Interessen fortschrittlicher Eltern und Schüler zu orientieren; früher hieß das, „sich in den Dienst des Volkes stellen“ oder bei der KPD der 20iger Jahre, „den proletarischen Schulkampf“ unterstützen. Den fortschrittlichen Lehrern wird damit eine Unterstützungsfunktion zugewiesen (Unterstützung für das Prol.), von ihnen wird Altruismus bzw. Idealismus verlangt.

In der praktischen Politik bedeutet eine konsequente Anwendung dieses Prinzips, daß wir uns mittelfristig darauf beschränken, nur noch wenige Kollegen politisch anzusprechen, d.h. nicht, daß nicht relativ viele das erst mal gut finden, aber machen und durchhalten werden es eben nicht viele, letztlich nur die, die auch bereit sind, sich kommunistisch zu organisieren in irgendeiner Form. In der GEW bedeutet eine solche Politik ein Verzicht auf Breitenwirkung (vgl. die Entwicklung des KBW), letztlich überhaupt ein Verzicht auf eine gewerkschaftliche Politik (d.h. auf ein Aufnehmen der Interessen der Lehrer als Berufsgruppe). Die GEW wird dann für uns lediglich zum Rekrutierungsfeld für fortschrittliche Kollegen.

(Das steht nicht im Widerspruch dazu, daß heute in der GEW eine Unterstützung der GS von der Führung sehr gern gesehen wird — eben als Unterstützung sozialdemokratischer Politik, deren Hebel die GEW ja ist.) Standpunkt 2: wir müssen an den Interessen der Lehrer anknüpfen (und die sind nicht auf Mehrarbeit an den neuen GS aus) mit dem klaren Bewußtsein, daß diese Interessen nicht geradezu auf den Sozialismus zu laufen und auch nicht „sozialistisch zugespitzt werden können“. Im wesentlichen betrachten wir die fortschrittlichen Kollegen als ein demokratisches Potential, deren Anteil am demokratischen Kampf so- wie wie Flankenschutz für die Arbeit ein demokratisches Potential, deren Anteil am demokratischen Kampf so- wie wie Flankenschutz für die Arbeit

beide haben ihre Aufgabe, ihre Publikation, ihre Rolle — bei der Veranschaulichung der Eltern. Für die SPD ist die GS nachgewiesenermaßen systemstabilisierend und Vehikel ideologischer Sozialdemokratismen, als das sind Gleichheit, Chancengerechtigkeit usw. Außerdem ist die GS billiger, da die sozialen Folgekosten dieses Schulsystems wesentlich geringer sind als im herkömmlichen Schulwesen (das ist ihr eigentlicher Vorteil — auch für die Eltern).

Für die CDU sprengt die GS das System der begründeten und offen organisierten Ungleichheit in der Ausbildung. Die Stellung der bestehenden Klassen wird damit zwar nicht real, aber ideologisch in Frage gestellt.

Wie gesagt, beide Parteien haben ihre Klienten, Wählerpotential, die sie zu binden, zu absorbieren haben in Bildungsfragen. Dabei ist es noch Aufgabe der SPD, davon abzulenken, daß eine Schule eben nicht systemsprengend sein kann, daß eine Schule letztlich nicht besser sein kann als das System. Andererseits verheißt der Sozialdemokratismus (wir auch) den gewaltlosen Weg der Änderung dieser Gesellschaft durch „bessere Bildung“ zur neuen Gesellschaft.

Fortsetzung auf Seite 54

Stellungnahme eines AK-Redakteurs

Nun ist es schon soweit, daß der AK-Redaktion das Recht bestritten wird, begründet Beiträge zurückzugeben. Prompt wird dann mit dem Vorwurf der „Zensur“ gekontert.

Am Mittwoch, dem 20.6., lagen der Redaktion drei Artikelvorlagen als Antwort auf den Artikel „Zwei Fraktionen im Lehrerbereich“ (AK 155, S. 55) vor. Sie umfaßten insgesamt 700 Zeilen, also mehr als doppelt soviel wie der Stein des Anstoßes (280 Zeilen). Der Hauptartikel (ca. 420 Zeilen) wurde ausdrücklich als „Gegendarstellung“ zum Artikel „Zwei Fraktionen...“ bezeichnet. Dieser Artikel behandelt auf diesen über 400 Zeilen nur einen Aspekt der Auseinandersetzung, nämlich die „Formfrage“, während dies in AK 155 gerade 80 Zeilen ausmachte. Der Artikel enthält eine derartige Fülle von Unwahrheiten, Halbwahrheiten und subjektivistischen Eindrücken, daß die AK-Redaktion für die nächste Ausgabe mit einer Flut von weiteren Gegendarstellungen rechnen mußte, die natürlich wiederum ein Vielfaches der 400 Zeilen ausgemacht hätten.

Am Freitag, dem 22.6., erhielten die Genossen darauf hin die Artikel mit einer schriftlichen Begründung zurück. Ohne jedoch überhaupt die Kritikpunkte zu diskutieren, wurde pauschal der Vorwurf der „Zensur“ erhoben. Für AK 157 wurde dann der gleiche Artikel nochmals eingereicht.

Die AK-Redaktion hat sich aus rein formalen Gründen entschlossen, diesen Beitrag abzurufen, um das formale Recht der Minderheitsgruppe auf eine eigene Darstellung zu wahren.

Zu einigen der größten Unwahrheiten und Verdrehungen werde ich Stellung nehmen, um Außenstehenden überhaupt die Möglichkeit zu geben, den politischen Hintergrund der Auseinandersetzung zu erkennen. Gleichzeitig bitte ich die Genossen der Mehrheitsgruppe, darauf zu verzichten, zu allen weiteren Punkten Gegendarstellungen zu schreiben, da dies weder der AK verkraften kann, noch besonders fruchtbringend für die weitere Auseinandersetzung ist.

1. Es ist schlicht unwahr, wenn die Genossen schreiben: „Über die Hälfte des Artikels („Zwei Fraktionen...“) des Lehrerkomitees beschäftigt sich mit einer Position zur Gesamtschule, die von fast keinem Genossen im gesamten Lehrerbereich getragen wird.“ (Selbst der Schreiber dieses „Positionspapiers“ hält es für schlecht, mißverständlich usw.“) Der Schreiber des Papiers hat dies weder zurückgezogen noch einzelne selbstkritische Ansätze verlauten lassen, obwohl hierfür auf drei VV's die Möglichkeit bestanden hätte. Stattdessen hat er den Spieß umzudrehen versucht, indem er seinen Kritikern vorwarf, sie würden seine Positionen böswillig verfälschen. Weiterhin hat kein Mitglied der Minderheitsgruppe diese Positionen zurückgewiesen. Im Gegenteil! Während der Diskussion um die Thesen zur Gesamtschule (abgedruckt in AK 156, S. 54), die als Gegenposition zu dem angegriffenen Papier formuliert wurden, wurde mehrmals von der Minderheitsgruppe die Zurückweisung dieser Positionen verweigert. Damit nun endgültig Schluß ist mit den Behauptungen über „Mißverständnisse“ und „Fehlinterpretationen“, drucken wir in diesem AK das besagte Papier ab.

2. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Anfang dieses Jahres plötzlich ein Positionswandel vorgenommen wurde. Schon zu Beginn des Bunte Wahlkampfes (Ende 77/Anfang 78) wurde eine Position für Gesamtschulen „vereinheitlicht“. Allerdings zeigte die folgende Praxis, daß die Standpunkte weiterhin weit auseinandergingen (bis hinein ins Lehrerkomitee). Erst die reaktionäre Elternkampagne in diesem Jahr stellte den KB-Lehrerbereich wieder vor die Aufgabe, konkret Position zu beziehen. Hierbei wurde auf die einmal „vereinheitlichten“ Positionen zurückgegriffen. Insofern handelt es sich um eine eindeutige Geschichtsfälschung der Minderheitsgruppe, wenn sie versucht, den Eindruck zu erzeugen, es sollten plötzlich ganz neue Positionen „durchgedrückt“ werden. Ihre Intention bei der Debatte war eben nicht, die Diskussion überhaupt zu führen, sondern gegen die eindeutige Befürwortung der GS. In diesem Zusammenhang muß man ihre Forderung sehen, „endlich einmal eine gründliche Aufarbeitung der Politik der letzten Zeit vorzunehmen.“

3. Bewußt verdreht wird die Rolle des Lehrerkomitees (LK). Verschwiegen wird, daß der Exponent der Anti-GS-Strömung Mitglied des LK war und der Minderheitsgruppe ist. Verschwiegen wird ebenso, daß für die Diskussion neben diesem Papier noch ein weiteres von Genossen aus dem LK vorlag, das im Sinne der Thesen zur GS argumentierte. Insofern ist es einfach verlogen, den LK-Genossen der Mehrheitsgruppe plötzlichen Sinneswandel zu unterstellen. Sinn und Zweck dieser Übung ist es, ein Beispiel mehr für die Theorie von der „Unterwerfung“ unter das LG anzuführen.

4. Die Genossen widersprechen sich selbst in einem Atemzug, wenn sie behaupten, das Vorgehen des LG sei nicht geeignet, die bestehenden Widersprüche „aufzubrechen“. Ich frage mich, was denn sonst, über die vollzogene Trennung hinaus, noch passieren muß, damit die Genossen anerkennen, daß die Widersprüche „aufgebrochen“ sind? Weiterhin behaupten die Genossen, ihre Papiere zur Form der Auseinandersetzung hätten dem Ziel gedient, die inhaltlichen Widersprüche aufzudecken. Auch dies ist eine Lüge, denn in den Papieren wird gar nicht auf diese Aspekte eingegangen. Sollte auch diese Lüge weiterhin aufrechterhalten werden, können wir auch diese Papiere der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen.

5. In dem Versuch, den Eindruck zu erwecken, auf der 5. VV sei über ein Papier diskutiert worden, das insgesamt nur einem Bruchteil der Genossen bekannt war. Über die Inhalte ist nicht diskutiert worden. Es war bekannt geworden (auf dieser VV), daß innerhalb der Organisation konspirativ ein Papier verbreitet wird, um darunter Unterschriften zu sammeln. Weiterhin war bekannt, daß darin eine ultimative Forderung an die Redaktion für den Abdruck enthalten ist (es handelt sich um das im AK 156 veröffentlichte Kritikpapier). Bekannt war dann ebenfalls noch, daß der Verfasser des Anti-GS-Papiers zu den Autoren dieser Schrift zählt. Über diese Vorgehensweise der Fraktion wurde diskutiert. Bezeichnenderweise solidarisierte sich die spätere Minderheitsgruppe mit diesem Vorgehen.

6. Systematisch versuchen die Genossen den Eindruck zu erwecken, die Mehrheitsgruppe und das LG wollten eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit verhindern. Sie dagegen würden sich dafür einsetzen, „endlich einmal eine gründliche Aufarbeitung der Politik der letzten Zeit“ vorzunehmen, „keine Kurskorrektur“ in einer politischen entscheidenden Frage (z.B. Gesamtschule) vorzunehmen, „ohne eine kritische Aufarbeitung der eigenen Praxis“, und schließlich geben sie als Schwerpunkt für die Zukunft die „selbstkritische Aufarbeitung der KB-Lehrerarbeit in Hamburg“ an.

Hierin scheint tatsächlich der wesentliche Unterschied in den Auffassungen zu bestehen. Während die Genossen der Mehrheitsgruppe und die Vertreter des LG die Auffassung vertreten, daß mit der Diskussion der neuen Aufgaben – und in diesem Zusammenhang – die alten Fehler berichtigt werden müssen, wollen die Genossen der Minderheitsgruppe „analytisch“ die Vergangenheit „aufarbeiten“. Dies widerspricht total der materialistischen Methode, Untersuchungen (in diesem Fall der alten Fehler) durch Veränderung vorzunehmen. Alle Erfahrungen unserer eigenen Geschichte und der Geschichte der ML-Bewegung beweisen, daß der Rückzug auf die Analyse der Vergangenheit gleichzeitig der Rückzug aus den praktisch anstehenden politischen Aufgaben ist. Insofern haben die Genossen tatsächlich ein wenig recht, wenn sie sich dagegen wehren, als „Anti-GS-Fraktion“ bezeichnet zu werden. Die aufgebrochenen Differenzen wären an jeder anderen politischen Frage, die praktische Konsequenzen erfordert hätte, in der gleichen Weise aufgetreten. Es handelt sich also um den ideologischen Widerspruch, ob Fehler in der Praxis überwunden werden, oder in analytischer Weise allein über den Kopf. Das letztere entspricht dem Vorgehen der bürgerlichen Wissenschaft, von der die Genossen als Studenten ja genug mitbekommen haben.

Die Minderheitsgruppe war nicht bereit, diese Unrichtigkeiten und Lügen zu berichtigen. Stattdessen operiert sie mit dem Vorwurf der „Zensur“, in der (wohl berechtigten) Hoffnung, daß dies auf fruchtbaren Boden fällt. Insofern stellt auch dies wiederum eine Erpressung der AK-Redaktion dar. Darüber hinaus halten wir es ebenso für eine Zumutung, daß auf die Auseinandersetzungen um die GS inhaltlich mit keinem Wort eingegangen wird. Mit Sicherheit wird auf dieser Ebene kein weiterer Beitrag im AK erscheinen.

4. Wir müssen natürlich die Angriffe der Reaktion zurückweisen und offenlegen, was dahinter für ein Gesellschaftsbild steckt (wo sind die Untersuchungsarbeiten dazu?). Wir sollten natürlich auch die Einrichtung von GS fördern und unterstützen, aber gleichzeitig sie kritisieren je nach Ort, Zeit und Bedingung – zumindestens als Inkonzistent, – besser noch als Veranschung und Augenwischerei, – am besten mit klaren Äußerungen über ein tatsächliches Modell kollektiver fortschrittlicher Erziehung (ohne Schule und inklusive Abschaffung aller Lehrer).

Aber bitte ohne Analyse der sozialdemokratischen Bildungspolitik und nur mit Schnacks (siehe Bull-Zeitung) wird das ganze eben bloße Unterstützung der SPD. So beurteilt ich die Bull-Standpunkte. Mir scheint das in einem merkwürdigen Kontrast zur Einschätzung des SPD-Manövers in Sachen Berufsverbote zu stehen. GS – kein Manöver?

P. (Lehrerkomitee)

Position für Gesamtschulen „vereinheitlicht“. Allerdings zeigte die folgende Praxis, daß die Standpunkte weiterhin weit auseinandergingen (bis hinein ins Lehrerkomitee). Erst die reaktionäre Elternkampagne in diesem Jahr stellte den KB-Lehrerbereich wieder vor die Aufgabe, konkret Position zu beziehen. Hierbei wurde auf die einmal „vereinheitlichten“ Positionen zurückgegriffen. Insofern handelt es sich um eine eindeutige Geschichtsfälschung der Minderheitsgruppe, wenn sie versucht, den Eindruck zu erzeugen, es sollten plötzlich ganz neue Positionen „durchgedrückt“ werden. Ihre Intention bei der Debatte war eben nicht, die Diskussion überhaupt zu führen, sondern gegen die eindeutige Befürwortung der GS. In diesem Zusammenhang muß man ihre Forderung sehen, „endlich einmal eine gründliche Aufarbeitung der Politik der letzten Zeit vorzunehmen.“

3. Bewußt verdreht wird die Rolle des Lehrerkomitees (LK). Verschwiegen wird, daß der Exponent der Anti-GS-Strömung Mitglied des LK war und der Minderheitsgruppe ist. Verschwiegen wird ebenso, daß für die Diskussion neben diesem Papier noch ein weiteres von Genossen aus dem LK vorlag, das im Sinne der Thesen zur GS argumentierte. Insofern ist es einfach verlogen, den LK-Genossen der Mehrheitsgruppe plötzlichen Sinneswandel zu unterstellen. Sinn und Zweck dieser Übung ist es, ein Beispiel mehr für die Theorie von der „Unterwerfung“ unter das LG anzuführen.

4. Die Genossen widersprechen sich selbst in einem Atemzug, wenn sie behaupten, das Vorgehen des LG sei nicht geeignet, die bestehenden Widersprüche „aufzubrechen“. Ich frage mich, was denn sonst, über die vollzogene Trennung hinaus, noch passieren muß, damit die Genossen anerkennen, daß die Widersprüche „aufgebrochen“ sind? Weiterhin behaupten die Genossen, ihre Papiere zur Form der Auseinandersetzung hätten dem Ziel gedient, die inhaltlichen Widersprüche aufzudecken. Auch dies ist eine Lüge, denn in den Papieren wird gar nicht auf diese Aspekte eingegangen. Sollte auch diese Lüge weiterhin aufrechterhalten werden, können wir auch diese Papiere der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen.

5. In dem Versuch, den Eindruck zu erwecken, auf der 5. VV sei über ein Papier diskutiert worden, das insgesamt nur einem Bruchteil der Genossen bekannt war. Über die Inhalte ist nicht diskutiert worden. Es war bekannt geworden (auf dieser VV), daß innerhalb der Organisation konspirativ ein Papier verbreitet wird, um darunter Unterschriften zu sammeln. Weiterhin war bekannt, daß darin eine ultimative Forderung an die Redaktion für den Abdruck enthalten ist (es handelt sich um das im AK 156 veröffentlichte Kritikpapier). Bekannt war dann ebenfalls noch, daß der Verfasser des Anti-GS-Papiers zu den Autoren dieser Schrift zählt. Über diese Vorgehensweise der Fraktion wurde diskutiert. Bezeichnenderweise solidarisierte sich die spätere Minderheitsgruppe mit diesem Vorgehen.

6. Systematisch versuchen die Genossen den Eindruck zu erwecken, die Mehrheitsgruppe und das LG wollten eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit verhindern. Sie dagegen würden sich dafür einsetzen, „endlich einmal eine gründliche Aufarbeitung der Politik der letzten Zeit“ vorzunehmen, „keine Kurskorrektur“ in einer politischen entscheidenden Frage (z.B. Gesamtschule) vorzunehmen, „ohne eine kritische Aufarbeitung der eigenen Praxis“, und schließlich geben sie als Schwerpunkt für die Zukunft die „selbstkritische Aufarbeitung der KB-Lehrerarbeit in Hamburg“ an.

Hierin scheint tatsächlich der wesentliche Unterschied in den Auffassungen zu bestehen. Während die Genossen der Mehrheitsgruppe und die Vertreter des LG die Auffassung vertreten, daß mit der Diskussion der neuen Aufgaben – und in diesem Zusammenhang – die alten Fehler berichtigt werden müssen, wollen die Genossen der Minderheitsgruppe „analytisch“ die Vergangenheit „aufarbeiten“. Dies widerspricht total der materialistischen Methode, Untersuchungen (in diesem Fall der alten Fehler) durch Veränderung vorzunehmen. Alle Erfahrungen unserer eigenen Geschichte und der Geschichte der ML-Bewegung beweisen, daß der Rückzug auf die Analyse der Vergangenheit gleichzeitig der Rückzug aus den praktisch anstehenden politischen Aufgaben ist. Insofern haben die Genossen tatsächlich ein wenig recht, wenn sie sich dagegen wehren, als „Anti-GS-Fraktion“ bezeichnet zu werden. Die aufgebrochenen Differenzen wären an jeder anderen politischen Frage, die praktische Konsequenzen erfordert hätte, in der gleichen Weise aufgetreten. Es handelt sich also um den ideologischen Widerspruch, ob Fehler in der Praxis überwunden werden, oder in analytischer Weise allein über den Kopf. Das letztere entspricht dem Vorgehen der bürgerlichen Wissenschaft, von der die Genossen als Studenten ja genug mitbekommen haben.

Die Minderheitsgruppe war nicht bereit, diese Unrichtigkeiten und Lügen zu berichtigen. Stattdessen operiert sie mit dem Vorwurf der „Zensur“, in der (wohl berechtigten) Hoffnung, daß dies auf fruchtbaren Boden fällt. Insofern stellt auch dies wiederum eine Erpressung der AK-Redaktion dar. Darüber hinaus halten wir es ebenso für eine Zumutung, daß auf die Auseinandersetzungen um die GS inhaltlich mit keinem Wort eingegangen wird. Mit Sicherheit wird auf dieser Ebene kein weiterer Beitrag im AK erscheinen.

4. Wir müssen natürlich die Angriffe der Reaktion zurückweisen und offenlegen, was dahinter für ein Gesellschaftsbild steckt (wo sind die Untersuchungsarbeiten dazu?). Wir sollten natürlich auch die Einrichtung von GS fördern und unterstützen, aber gleichzeitig sie kritisieren je nach Ort, Zeit und Bedingung – zumindestens als Inkonzistent, – besser noch als Veranschung und Augenwischerei, – am besten mit klaren Äußerungen über ein tatsächliches Modell kollektiver fortschrittlicher Erziehung (ohne Schule und inklusive Abschaffung aller Lehrer).

Aber bitte ohne Analyse der sozialdemokratischen Bildungspolitik und nur mit Schnacks (siehe Bull-Zeitung) wird das ganze eben bloße Unterstützung der SPD. So beurteilt ich die Bull-Standpunkte. Mir scheint das in einem merkwürdigen Kontrast zur Einschätzung des SPD-Manövers in Sachen Berufsverbote zu stehen. GS – kein Manöver?

P. (Lehrerkomitee)

he., Mitglied der AK-Redaktion

Leserbrief: Wovon träumt eigentlich der KB?

Den AK lese ich ganz gern, u.a. weil er bekanntermaßen eine Fülle von Informationen zu verschiedenen Bereichen bringt, die man/frau in diesem Ausmaß in keiner anderen Zeitung findet.

Trotzdem bleibt nach der regelmäßigen Lektüre des AKs ein leerer Nachgeschmack: da fehlt mir einfach zuviel! Das macht sich zwar bei ca. 60 vollen Seiten recht merkwürdig aus, aber ich will euch mal an einem Beispiel klar machen, wo ich diese Lücke sehe:

Seit nun über einem halben Jahr lese ich da unter der Rubrik „Westdeutsche Linke“ im AK viele größere und kleinere Berichte über das ML-Sektenwesen in der BRD. Nun mag man sich über die Bedeutung dieser Gruppchen für 'ne linke Politik (zumindest in „organisierten Kreisen“) streiten, aber um zu wissen, daß in der westdeutschen undogmatischen Linken im Großen und Ganzen erfreulicherweise (oder nicht?) ganz andere Sachen angesagt sind, braucht man/frau kein Sponti sein. Was sich da in der „alternativen“ Sponti-Welt unter dem Stichwort „neuer Irrationalismus“ breit macht, ist nun eben keine unbedeutende Mode. Auch an Hand des veröffentlichten Materials als zur „Wie geht's weiter“-Debatte müßte euch eigentlich klar sein, daß man/frau heute niemand mehr einfach mittels „Strategie und Taktik“-Schulungen davon überzeugen kann, daß es für den/ die einzelne(n) (!) überhaupt sinnvoll ist, sich zu engagieren in der politischen Arbeit. Aus diesem Widerspruch zwischen oft langjähriger aufreibender politischer Arbeit und den effektiven Ergebnissen dieser Arbeit sind ja vor einigen Jahren nicht zuletzt die Spontis (weil immer das alles sein mag) hervorgegangen. Entgegen der „Energieverpulverung in ‚Parteien‘ mit nachstalinistischen Organisationsstrukturen, wo der Einzelne sich letztendlich als Rädchen im Parteiparat sieht, bieten nun die Spontis „Politik in erster Person“; dort soll sich der/ die einzelne mehr aufgehoben fühlen, kann nach dem berühmtesten Bockprinzip arbeiten, oder es gleich sein lassen. Und so hat sich mittlerweile eine recht große Szene von „Aussteigern“ aller Richtungen gebildet. (Das geht von Landkommunarden, Alternativwerkstätten, Polit-Freaks und Späthippies über Anarchisten, Rätefreunden und Hobby-Theoretikern bis zu den Punkern und den Autonomen. Und das sind nur die „Aktiven“ – dazu gibt's noch'n größeres Umfeld von „Konsumenten“).

Für diese recht große und uneinheitliche Szene gibt es nun nicht nur Zeitungen, sondern auch einen entsprechend großen Buchmarkt, aus dem man in aller Vielfalt und Breite die theoretischen Begründungen des individuellen Rückzuges vom politischen Engagement ansehen kann, mit denen ihr euch meines Wissens bis jetzt immer noch nicht ernsthaft auseinandergesetzt habt.

Da wären z.B. die Texte der sogenannten „Neuen Philosophen“ aus Frankreich, sicherlich nicht die bedeutendsten, aber recht typisch für die Szene. Vor einiger Zeit wurden die Ideen und Schriften der Herrn Glucksmann, Levy, u.a. breit durch die bürgerlichen Feuilletons bekannt gemacht. Auf einen Kern gebracht lautet ihre These: Die stalinistischen Gulas sind kein „historischer Zufall“, sondern schon im Keim im Marxistischen Gedankengut vorhanden. Daß dieser Unsinn von der bürgerlichen Presse so werbegerecht propagiert wird, überrascht euch wohl kaum, und interessiert euch wohl leider auch nicht. Leider, weil in

etlichen Sponti-Kreisen diese „Neuen Philosophen“ sehr interessiert aufgenommen werden, aus einem einfachen Grund. Nachdem man kein „Heil“ aus den linken Organisationen mehr erwartete, lehnte man auch gleichzeitig deren theoretischen Überbau ab, auf den sich die meisten Linken zumindest berufen, den Marxismus. Da nach dem Rückzug aus der politischen Arbeit dieser „neue“ Individualismus bei vielen auch ein Bedürfnis nach einer „neuen“ (gleichsam privaten) Theorie hervorgerufen hat, konnte sich der Buchmarkt mit einem neuen Angebot an linker und pseudolinker Literatur „für die eigenen vier Wände“ einen neuen Markt schaffen. Dreh- und Angelpunkt all dieser doch höchst verschiedenen Theorien ist die Spekulation über die Natur des Menschen, die die allgemeine Resignation mit der „offensichtlichen Unfähigkeit der Menschen zu positiven sozialen Veränderungen“ begründet. In Frankreich gibt's da schon eine richtige Tradition dieses Denkens, die wohl eine Ausgangsposition in den 50er Jahren im Strukturalismus fand, den Sartre damals die letzte Bastion der bürgerlichen Philosophie gegen den Marxismus nannte. Diese Tradition wurde fortgeführt durch Foucault, dann durch Deleuze und Guattari bis hin zu den „Neuen Philosophen“ (die übrigens fast sämtlich Aktivisten der Pariser Mai-Revolution und danach maoistischer Gruppen waren). Im Rahmen dieser Rehabilitierung meist irrationalistischer Theorien kommen auch Leute wie Ernst Jünger zur Geltung, die zumindest eine Zeitlang recht stark mit dem Nationalsozialismus sympathisierte. Da wundert's auch nicht, wenn ein Kassenschlager wie Theweleits „Männerphantasien“ neben recht interessanten Thesen unter anderem auch behauptet, faschistische Verhaltensweisen wären auch in der Natur des Menschen angelegt.

So, liebe Leute, diesen (nicht gerade wenigen) Leuten, die entweder ihren Castaneda, oder ihren Foucault oder ihren Privatsurrealismus im Kopf haben, die mit Phantasie, Traum und „Wahnsinn“ gegen die angeblich herrschende und menschenfeindliche Rationalität ins Feld ziehen, sich aber trotzdem noch nicht vollkommen aus dem politischen Engagement zurückgezogen haben, denen gibt nun der AK mit seinen immer gleichen tagespolitischen Analysen nichts. (Von daher solltet ihr mal überlegen, was für einen Sinn eine Abo-Kampagne hat, wenn ihr letztendlich doch nur Artikel für Organisierte und das dazu gehörigen Umfeld macht und anderen Linken wenig ansprechendes zur Ausgehörigen Umfeld macht und anderen Linken wenig ansprechendes zur Auseinandersetzung bietet). Ich verlange von einem Kommunistischen Bund der sich zumindest vor dem Bindestrich als „marxistisch“ bezeichnet, daß er zu solchen Tendenzen wie dem „Neuen Irrationalismus“ marxistische (!) Analysen bringt, die natürlich mehr bringen müßten als ein paar oberflächliche Klischees zu Rückzugstendenzen, versetzt mit ein paar Lenin- oder Mao-Zitaten! Wendet mal kreativ die Erkenntnisse des alten Marx auf dieses Phänomen an! Macht deutlich, daß der Marxismus keine „nur“ Staatstheorie ist, sondern eine Erkenntnisform, die auch den Privat-Alltag betrifft, entgegen der Roboter-Praxis unserer lieben ML-Sekten!

(Wenn ihr das nicht könnt oder nicht wollt, bestätigt sich wohl mein Vorurteil, daß ihr eigentlich reine Scheuklappen-Leninisten seid, und daß euch mit Karl Marx nicht mehr als guter Wille verbindet).

In diesem Sinne mit libertären Grüßen

Buona Ventura

Richtigstellung(en) zu Rudi Dutschke

Rudi Dutschke hat sich in mehreren Punkten über unsere Berichterstattung im AK beschwert. In einem Fall haben wir eine Richtigstellung, die mit Rudi vereinbart war, verschluppt. Das tut uns leid.

1. Wir hatten zu Unrecht behauptet, daß er Mitglied des im April geschaffenen Beirats von Röhl, „Avanti“ sei. Das haben wir in AK 151 geschrieben, da von „Avanti“ selbst (Aprilnummer) diese Behauptung aufgestellt worden ist und erst in der nächsten Nummer eine Korrektur erfolgte: Rudi hat uns hierzu erklärt, daß er keinem „Avanti“-Beirat angehören werde, der nur aus SPD-Mitgliedern bestehe und andere Strömungen der Linken ausgrenze.

2. Wir hätten zu Unrecht behauptet, daß Rudi Dutschke in Schleswig-Holstein Wahlkampf für die SPD gemacht habe. Offensichtlich nimmt er dabei Bezug auf unseren Artikel „Der Wahlkampf der SPD Schleswig-Holstein und das Verhalten der Linken“ (AK 144), in dem eingangs ein Grußtelegramm R.D.'s an eine SPD-Veranstaltung zitiert wird: „In kritischer Solidarität Grüße an Jansen und die schleswig-holsteinische SPD, dieses radikale, demokratische Nordlicht gegen die Finsternis von Stollenberg bis hin zu Schmidt.“ Dieses Zitat haben wir für sich sprechen lassen. Eine weitere Bewertung befindet sich in dem Artikel nicht, wie auch sonst der Name Rudi Dutschke hier überhaupt nicht mehr auftaucht.

3. Wir hätten in der Vergangenheit falsch über sein Verhältnis zum „Langen Marsch“ berichtet (worauf R.D. hier Bezug nimmt, ist leider nicht ganz klar). Auf alle Fälle hat er uns gegenüber erklärt, daß er – das sei auch in der Westberliner linken Szene bekannt – seit langer Zeit Krach mit dem „Langen Marsch“ hätte, nach der Spaltung auch nichts mehr im „Langen Marsch“ geschrieben hätte.

Obwohl wir tatsächlich nicht wissen, wo wir uns zu dieser Frage geäußert haben sollen, geben wir diesen Sachverhalt hiermit gerne bekannt.

AK-Redaktion.

Fortsetzung von Seite 53

3. Vorteile der GS. Natürlich muß die GS für bestimmte von der SPD ansprechbare Bevölkerungsteile auch anschauliche Vorteile bringen (ohne das Konzept kapitalistischer Schule in Frage zu stellen), aber 1. sind diese Vorteile geringer als auch von Genossen behauptet (so wird das Sitzenbleiben abgelöst von Differenzieren, was billiger ist, da die Verweildauer auf der Schule sinkt), und 2. sind diese Vorteile vor allem ideologischer Art (der Anstrich riecht eben nicht mehr so deutlich nach Klassenschule) und damit z.B. Balsam für die Linken. Was macht denn ein Genosse mit Kindern? Auf's Gymnasium? Eliteschule, bürgerlich! VR-Schule? Da sind aber die weiteren Lebenschancen verdammt beschränkt (lahf). Also auf die GS, da brauch ich wenigstens nicht zu entscheiden, sondern die Kinder versuchen halt, das beste raus zu holen. Wir gehören auch zum Publikum der GS-Anhänger aus ganz durchsichtigen Motiven!

P. (Lehrerkomitee)

KPD/ML: Zurück zum Sektierertum!

Kaum hat die KPD/ML vor ein paar Monaten die Abkehr von ihrem traditionellen Sektierertum angekündigt, schon wird wieder zum Rückzug geblasen!

In diesen paar Monaten war einiges geschehen: Bekannte MLer im Betrieb, in der Berufsschule etc. wurden plötzlich „richtig menschlich“ und ansprechbar, sogar zu nicht-politischen Themen; die KPD/ML rief zur Teilnahme an den Mai-Demonstrationen des DGB auf, was sie jahrelang als schlimmsten Opportunismus der „Zirkel“ gebrandmarkt hatte; MLer tauchten in Antifa-Komitees und ganz zaghaft sogar schon bei Diskussionen um alternative Wahllisten auf. KPD/ML-Chef Aust habe, so berichten MLer, diese Entwicklung von Anfang an nur widerwillig geduldet. Jetzt ist er zur Gegenoffensive angetreten: Überschriften mit „Auszüge aus dem Referat des Genossen Ernst Aust vor dem 3. Plenum des ZK der KPD/ML“ läuft im „Roten Morgen“ seit dem 15. Juni eine Artikel-Serie zur „Ausrichtung“.

Im „Roten Morgen“ vom 29. Juni befaßte Aust sich mit „Problemen beim Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus“, „Einige Genossen“ scheuten sich, zügig an den Aufbau der sogenannten „Front gegen Reaktion und Faschismus“ (eine geplante ML-eigene „Massenorganisation“) zu gehen und eigene örtliche „Komitees“ o.ä. zu bilden. Stattdessen wollten diese Leute lieber in den besten Antifa-Komitees mitarbeiten. Das aber sei grundfalsch, denn diese Komitees stünden alle „unter der Führung verschiedener revisionistischer Zirkel“. In diesen Komitees dürfe daher ein anständiger Kommunist nicht einmal mitarbeiten; ... außer wenn „es in absehbarer Zeit erreichbar ist, daß sich diese Komitees freiwillig der politischen Führung der Partei unterstellen“. Das aber sei, wie Aust richtig einschätzt, „nur ganz selten der Fall“.

Im selben RM widmete sich Aust auch der Frage der RGO und der Gewerkschaftsarbeit der KPD/ML. Nach der verkündeten Abwendung vom Sektierertum hatten offenbar einige MLer entdeckt, daß es unter



den sozialdemokratischen und DKP-Kollegen „fortschrittliche“ Menschen gibt, mit denen man „eng zusammenarbeiten“ sollte. Irrtum, sagt Aust jetzt! Die „fortschrittlichen Kollegen“ sind überhaupt nicht fortschrittlich, sondern wollen „die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf für die Errichtung des Sozialismus, der Diktatur des Proletariats abhalten“. Die KPD/ML dürfe sich nicht auf diese nur scheinbar „fortschrittlichen Kollegen“ orientieren, sondern auf „die ganz normale Arbeiterklasse“. Es ist wieder das alte Lied, und in alter Manier bekräftigte Aust auch gleich, daß am 1. Mai sowieso nur „Arbeiteraristokratie, Reformisten, Revisionisten und der kleinbürgerliche Zirkelsumpf“ demonstrieren, nicht aber die „wirklich kämpferischen Kollegen“. Warum die KPD/ML trotzdem an den DGB-Demonstrationen teilnimmt, bleibt ein Rätsel. Vielleicht läßt sie das im nächsten Jahr auch wieder bleiben?

Im „Roten Morgen“ vom 6. Juli widmete sich Aust dem Problem „Die Grünen, die Buntten, die Spontis und wir“. Es hatte, wie Aust knapp andeutet, „einige Genossen“ gegeben, die Lenin völlig mißverstanden

hatten und tatsächlich in alternativen Wahllisten mitarbeiten wollten. Es war auch gefordert worden, die KPD/ML solle solche Listen unterstützen. Aust wehrt diesen Angriff souverän ab: „Was uns hier empfohlen wird, ist der Verzicht auf die führende Rolle der Partei, ist ein Aufgehen im kleinbürgerlich-revisionistischen Zirkelsumpf“. Die KPD/ML brauche solche Bündnisse gar nicht, denn es gebe ja bereits die „Front gegen Reaktion und Faschismus“, „die breite“ (oho! – Anm. AK) „Teile des Kleinbürgertums umfaßt und von ihrem Charakter her eine Volksfrontorganisation ist“. Bei den Grünen und Buntten Listen handle es sich insgesamt „um Zusammenschlüsse von Kleinbürgern, um ihre privilegierte Stellung als solche zu verteidigen“. Das seien „Zirkel wie der KB oder die GRF“ (die „KPD“ – Anm. AK), „Spontis, Feministinnen, Homos, Randgruppenideologen u.a.m.“. Igitigitt aber auch! Die Kleinbürger sollten sich gefälligst „unter Führung unserer Partei zusammenschließen“. Warum auch nicht? In einer Partei, an deren Spitze unangefochten seit Jahren ein Kleinbürger steht, müßten ihre Interessen doch bestens aufgehoben sein?!

„MLD“ zwischen Habsburg und Semler

Die „MLD“ („Marxisten-Leninisten Deutschland“) hat sich nach anfäng-

lichen Bruderpartei der „KPD“. In-

zwischen ist, wenn man der „MLD“ glauben will, erstmals die

„MLD“ zwischen Habsburg und Semler

Die „MLD“ („Marxisten-Leninisten Deutschland“) hat sich nach anfänglichem Zögern nun doch noch zu einem offenen Bekenntnis für Otto von Habsburg, Präsident der extrem rechten „Paneuropa-Union“ und Europa-Kandidat der CSU, durchgerungen. In ihrem Blatt „die achtziger Jahre“ (13.6.79) verwahrt sich die „MLD“ gegen die ihrer Meinung nach gegen Habsburg gerichtete „Rufmordkampagne“. Nutznießer dieser Kampagne sei letztlich der „Sozialimperialismus“. Man könne Habsburg absolut nichts vorwerfen, außer daß er „wie Strauß bekennender Konservativer, Christ, Chinafreund, überzeugter Europäer und aktiver Warner vor den sowjetischen Hegemoniebetreibungen“ sei. Nicht einmal als „Rassisten“ will die „MLD“ Habsburg gelten lassen, trotz seiner eindeutigen Äußerungen zu Südafrika.

Habsburg hat diese Freunde wirklich verdient: Zu dem von der „MLD“ arrangierten „Europa-Forum“ in Frankfurt (27.5.79) schickte Habsburg eine Grußadresse, die „unter Beifall verlesen wurde“. Während die „MLD“ insgesamt die fehlende Anwesenheit von „Konservativen“ auf ihrem „Europa-Forum“ beklagte, erwähnte sie Habsburg als „rühmliche Ausnahme“. „Seine Zivilcourage ist beispielhaft für das patriotische Lager wie auch für das linke Lager“. (Beilage zu „die achtziger Jahre“, 13.6.)

Die „MLD“ setzt derzeit, so scheint es zumindest, wieder einmal stärker auf das „konservative Lager“, weil sie sich dort eher als in der Linken oder auch im Bereich der SPD eine gewisse Bündnisbereitschaft erhofft. Andererseits gefährdet die „MLD“ aber mit ihren Sympathiekundgebungen für Habsburg & Co. ihr Nebenziel, einen Einbruch in die Reihen der „KPD“ und des (Ex-) KBW zu erreichen.

Zum „Europa-Forum“ bleibt nachzutragen, daß zusätzlich zu den in AK 154 (S. 57) genannten Teilnehmern auch ein Vertreter der italienischen Zeitung „linea proletaria“ anwesend war. Die Zeitung ist das Zentralorgan der PCUd'I, der italieni-

schen Bruderpartei der „KPD“. Insofern war dem Bemühen der „MLD“, sich näher an die traditionellen Bruderparteien der „KPD“ heranzupischen, doch noch ein kleiner Erfolg beschieden. Positiv zu Buche schlägt auch eine Grußadresse der französischen MIL („Bewegung für Unabhängigkeit und Freiheit“), die auch an der berüchtigten Lissabonner Konferenz (Mai 78) beteiligt war.

Die Hauptresolution des Frankfurter „Europa-Forums“ wendet sich u.a. „gegen Pläne einer Neutralisierung und Finnlandisierung Westdeutschlands, gegen die antideutsche Kampagne von Marchais und anderen Kräften, den ‚historischen Kompromiß‘ in Italien, die vom KGB gesteuerten terroristischen Aktionen gegen die westeuropäischen demokratischen Staaten“. Die PCUd'I hat, wie aus den Veröffentlichungen der „MLD“ hervorgeht, diese Resolution unterstützt. Die „KPD“ hat es vorgezogen, das ganze „Europa-Forum“ in ihrer Presse offiziell gar nicht zur Kenntnis zu nehmen. Damit entzieht sie sich wieder einmal der Peinlichkeit, Stellung nehmen zu müssen.

Die „MLD“ ihrerseits bleibt mit Angeboten an die „KPD“ am Ball. In der neuesten Nummer der „achtziger Jahre“ wendet sich „MLD“-Chef Hochstätter mit einem sehr freundlichen und korrekt gehaltenen Brief an seinen „KPD“-Kollegen Semler. Zweierlei schlägt Hochstätter vor: – Eine „ideologische Debatte“ über die „Parteifrage“ (?). – Eine praktische Zusammenarbeit zum Antikriegstag, zum angekündigten Besuch von Hua Guo-feng in der BRD (Organisierung von Jubelkundgebungen!) und eine gemeinsame Hetzkampagne gegen die Länder des „realen Sozialismus“. Außerdem schlägt Hochstätter gemeinsame Aktivitäten zur „Kambodscha-Solidarität“ (gemeint ist offensichtlich die „Solidarität“ gegen Kambodscha) vor.

Es bleibt abzuwarten, ob die „KPD“ auch diesen Vorstoß der „MLD“ stillschweigend übersehen will.

Inzwischen ist, wenn man der „MLD“ glauben will, erstmals die „breite Aktionseinheit“ Realität geworden: Zu einer Kambodscha-Veranstaltung in Darmstadt sollen „KPD“ und „MLD“ sowie das örtliche „Komitee für Demokratie und Sozialismus“ (Ex-KBW) eine Aktionseinheit gebildet haben.

Männer gesucht!!!!

Zwecks Informationsaustausch über Männerprobleme im Allgemeinen und Verhütungsfragen im Besonderen Seit einiger Zeit beschäftige ich mich mit der Frage der Sterilisation. Nach den Erfahrungen mit meiner Freundin bin ich zu dem Schluß gekommen, daß ich jetzt mit der Verhütung dran bin. Ich möchte mich gerne sterilisieren lassen, aber ich habe festgestellt, jetzt, wo ich den Schritt machen kann (ich habe nach langem Suchen einen Arzt gefunden), daß bei mir noch Ängste und Unklarheiten auftreten. Darüber möchte ich mich gern mit Männern auseinandersetzen, die das interessiert bzw. das das interessieren sollte. Ich finde es sehr wichtig, daß Männer sich zusammensetzen, um aktiv für bessere Verhütungsmethoden (z.B. Pille für den Mann) zu kämpfen. Wir Männer müssen uns um die Verhütungsfrage selber kümmern, oder wollen wir darauf warten, bis wieder die Frauen eine Männerpille fordern? Bezeichnenderweise ist der Artikel über die Männerpille (AK 150) wieder von einer Frau geschrieben worden. Ich hoffe, daß Ihr Euch zahlreich meldet und freue mich auf das erste Treffen.

PS: Mann braucht nicht erst schlechte Erfahrungen mit der Verhütung gemacht zu haben, um sich dafür zu interessieren! Meldet Euch unter der Chiffre: „Männergruppe“

Leserbrief

Genossen!

Von befreundeten Genossen wurde mir mitgeteilt, daß Ihr meine Gegnerschaft zur neuen politischen Linie des KABD zu China damit erklärt, daß ich als China-Kaufmann tätig sei. Ihr macht Euch das etwas zu einfach: Ich habe zwar den größten Teil meines bewußten Lebens in China zugebracht und als „China-Kaufmann“ bis zum Jahre 1965 dort und anschließend (seit 1956) auch zeitweilig in der BRD gearbeitet.

Seit ich 1965 diese Tätigkeit aufgab, habe ich kein Chinesengeschäft mehr gemacht oder mich auch nur darum bemüht. Zunächst hatte ich von der Firma, für die ich tätig war,

eine fünfjährige Sperrfrist. Danach fehlten mir die Möglichkeiten.

Die Gründe für die kritische Sympathie, die ich der VR China, dem chinesischen Volk und seiner Führung gegenüber empfinde, beruhen auf einer langjährigen persönlichen Erfahrung in diesem Land. Eine solche Sympathie mit kommerziellen Interessen erklären zu wollen, ist kein Beitrag zur politischen Auseinandersetzung mit einem Problem, das rund ein Viertel der Menschheit angeht.

Zu einer Diskussion über China über ein von Euch auszuwählendes Thema stehe ich ab Anfang Juli gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß!
Gerd Flatow

GIM: „Wende“ zur Arbeiterklasse?

Am 9. und 10. Juni fand eine Nationale Konferenz der trotzkistischen GIM statt. Es nahmen 69 stimmberechtigte Delegierte aus 26 Ortsgruppen teil. Laut „was tun“, Zeitung der GIM, hat diese Konferenz „vorerst eine lange Periode innerorganisatorischer Diskussion“ beendet, „die die Fähigkeit der GIM zu einheitlichen Aktivitäten streckenweise gelähmt hat“. Als wesentliches Ergebnis der Konferenz nennt „was tun“ die Diskussion und Verabschiedung einer Hauptresolution zu „Orientierung und Aufgaben“ der GIM. Diese Hauptresolution wurde mit 35 gegen 29 Stimmen bei 5 Enthaltungen äußerst knapp verabschiedet.

Die Resolution verordnet der GIM eine „Wende zur industriellen Arbeiterschaft“ als Voraussetzung zur Überwindung der Krise der Organisation. In der Resolution wird behauptet, daß die BRD „im Zeichen wachsender Instabilität“ stehe und daß die westdeutsche Arbeiterbewegung „am Anfang eines längerfristigen und tiefgehenden Prozesses der Regruppierung und der Mobilisierung“ stehe. In diesen Prozeß gelte es durch eine „Ausdehnung der physischen Präsenz der revolutionären Marxisten“ in den Industriebetrieben einzugreifen. Also, mit anderen Worten: Trotzkisten in die Betriebe! Mit den Worten von „was tun“: „... in der gesamten Mitgliedschaft die Bereitschaft zu wecken, die Berufswahl diesem Ziel unterzuordnen und entsprechend zentral und örtlich festgelegten Schwerpunkten zum Erreichen dieses Ziels beizutragen“.

Das Rezept erinnert sehr an die Anfangszeiten der „ML“-Bewegung. Es baut auf den physischen Import

der Revolutionäre in die Arbeiterklasse. Bei der geringen personellen Stärke der GIM ähnelt das dem Versuch, die Nordsee durch Zufügen von einem Gläschen Cognac in einen wohlschmeckenden Longdrink zu verwandeln. Schade um den Cognac!

Gegen diese Resolutions-Vorlage hatte sich innerhalb der GIM eine Gegenposition formiert, die zwar in Worten der „Hinorientierung auf die Arbeiterklasse“ ebenfalls zustimmte, aber vor der damit verbundenen Gefahr einer „Entpolitisierung“ der Arbeit der GIM warnte. Diese Gruppierung ging „von einer weniger optimistischen Einschätzung der Arbeitsmöglichkeiten der Organisation in den Betrieben in der kommenden Periode aus“. Außerdem hielt sie es für notwendig, die „Hinorientierung auf die Arbeiterklasse“ gleichzeitig zu verbinden „mit der mehrheitlichen Verabschiedung einer umfassenden Linie zur Einschätzung der SPD“ und der Festlegung einer Taktik zu den Bundestagswahlen 1980 („kritischer Wahlauftrag für die SPD“). Diese Gruppierung hatte der Konferenz einen alternativen Resolutionsentwurf vorgelegt, der mit 41 gegen 18 Stimmen bei 10 Enthaltungen sehr eindeutig abgelehnt wurde.

Ende dieses Jahres soll eine weitere Nationale Konferenz der GIM stattfinden, um über die diesmal offengelassenen inhaltlichen Fragen („insbesondere die Wahltaktik und die Haltung gegenüber der SPD“) zu beraten und zu entscheiden. „Diese Diskussion soll insbesondere in was tun mehr als bisher öffentlich geführt werden“. Das wäre ja schön! (Zitate und Fakten nach „was tun“, 28.6.79).

Die nächste Konferenz der GIM soll stattfinden, um über die diesmal offengelassenen inhaltlichen Fragen („insbesondere die Wahltaktik und die Haltung gegenüber der SPD“) zu beraten und zu entscheiden. „Diese Diskussion soll insbesondere in was tun mehr als bisher öffentlich geführt werden“. Das wäre ja schön! (Zitate und Fakten nach „was tun“, 28.6.79).

Aus der Welt des »realen Sozialismus«

UdSSR. Fast unkommentiert möchten wir die folgende Meldung von „Radio Frieden und Fortschritt“, Moskau, vom 24.5.79 wiedergeben:

„Die sowjetischen Moslems bereiten sich zusammen mit den Moslems Asiens, Afrikas und der ganzen Welt auf die Feier eines denkwürdigen Ereignisses in der Geschichte der islamischen Kultur vor: den 1400. Jahrestag der Wanderung des Propheten. (...)“

In der UdSSR leben Millionen von Moslems, und sie alle genießen vollkommene Freiheit in ihrer Religionsausübung. Das sowjetische sozialistische System verkündet nicht nur religiöse Freiheit, sondern garantiert und schützt sie auch durch das Gesetz. (...)“

Am 1. Mai dieses Jahres erklärte die Prawda, das Organ der KPDsU, Kommunisten respektieren die religiösen Gefühle der Menschen, und sie lassen sich darin von der Lehre Lenins leiten. Lenin hat immer betont, daß Kommunisten für die volle Freiheit des menschlichen Gewissens kämpfen, und er warnte vor Vorurteilen gegen die Gefühle religiöser Gläubiger. Lenin war überzeugter, der religiöse Glaube der Menschen werde sie nicht davon abhalten, wirksam mit den Kommunisten oder der kommunistischen Partei im gemeinsamen Kampf für den Sozialismus und für die Errichtung von Frieden und sozialem Fortschritt zusammenzuarbeiten. Deswegen wird der Islam, die Staatsreligion vieler arabischer und

asiatischer Länder, nicht als ein Hindernis auf dem Weg der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen diesen Ländern und der Sowjetunion angesehen, die immer fest auf ihrer Seite in ihrem Kampf für die nationale Befreiung stand.“

Wenn schon die Werktätigen aller Länder die UdSSR partout nicht mehr als ihr gemeinsames Vaterland ansehen wollen, dann wäre es doch an der Zeit, daß die Moslems aller Kontinente dies tun!

(nach „Monitor-Dienst“, 29.5.79).

UdSSR. Das Gründungsmitglied einer „unabhängigen sowjetischen Gewerkschaftsgruppe“, der als Holzfäller arbeitende Geologe Lew Wolochonskij, wurde Anfang Juni von einem Lenin-grader Gericht zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt. Angeklagt und verurteilt wurde Wolochonskij wegen „Verbreitung verleumdender und sowjetfeindlicher Schriften“. Der seit März in Haft befindliche Arbeiter hatte Ende 1978 zusammen mit sieben Freunden eine „Freie Gewerkschaftsgruppe“ gegründet („Süddeutsche Zeitung“, 15.6., „taz“, 12.6.79).

Bahro-Solidaritätskongreß in Marburg

Am 30.6./1.7.1979 fand in Marburg ein internationaler Solidaritätskongreß anlässlich des 1. Jahrestags der Verurteilung Rudolf Bahros statt.

Den Auftakt der Veranstaltung bildete am Samstagmorgen eine Demonstration von etwa 600 Leuten durch die Marburger Innenstadt.

Marburg war von den Bahro-Komitees als Tagungsort gewählt worden, um „vor Ort“ mit Vertretern der „Marburger Schule“ (Abendroth, Fülberth etc.) und der DKP, die hier bei den letzten Kommunalwahlen 10 % der Stimmen erhielt, in die politische Auseinandersetzung über die Frage der Behandlung der Oppositionellen in der DDR zu treten.

Diese gute Absicht erwies sich jedoch als reichlich illusorisch, denn es ließ sich kein Vertreter der oben erwähnten Richtung blicken. Die „Marburger Schule“-Vertreter schoben eine Sitzung des BdWi (Bund demokratischer Wissenschaftler) als Ablehnungsgrund vor, die DKP hielt eine Begründung ihrer Ablehnung noch nicht einmal für notwendig. Abgesagt hatten auch der Münchner Publizist E.A. Rauter (DKP) und Jean Ellenstein, u.a. „Stalinismus“-Spezialist der KPF. Erschienen waren jedoch Leonardo Radice, Mitglied des ZK der italienischen KP (PCI) und bekannt durch seine Teilnahme am Russell-Tribunal, der Holländer Marten van Traa, Mitglied des Parteivorstandes der Partei der Arbeit der Niederlande, Elka-Christian Björklund (Helsinki, Reichstagsabgeordneter der Volksdemokratischen Kommunisten), Gerd Petersen (Vors. der Linksoz. Volkspartei Dänemarks) und Zagorka Golubovics (Belgrad, „Praxis-Schule“).

Auf der Pressekonferenz und der am Nachmittag vor etwa 1000 Personen stattfindenden Podiumsdiskussion nahmen sie zum Fall Bahro und zu der linken Opposition in Ländern des „realen Sozialismus“ Stellung. Die Belgrader Philosophieprofessorin Zora Golubovics, die vor 4 Jahren aus ihrem Amt entlassen wurde, bezeichnete Bahros Buch als das wichtigste der letzten Zeit. Der Hamburger Lühnen vom vsa-Verlag stellte sich im Wesentlichen auf die Position Abendroths: Das Urteil gegen Bahro sei einfach „dumm“ und bringe der DDR-Regierung nur Schaden. Der Däne Petersen betonte zu Beginn seines Beitrags, daß die Hauptgefahr nach wie vor der US-Imperialismus sei. Trotzdem sei es erlaubt, Kritik an den Mißständen im „realen Sozialismus“ zu üben. Sie helfe nicht den rechten Kräften, wie DKP und andere behaupten. Als Beispiel führte er an, daß nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR die rechten Pro-Nato-Kräfte in Dänemark einen Aufschwung genommen hätten, und unterstrich, daß es gerade die Politik des „realen Sozialismus“ nach innen und außen sei, die den Sozialismus diskreditiere. In Bezug auf Bahros Buch „Die Alternative“ glaubte Petersen einen leichten Hang zur

Stalin-„Apologie“ festzustellen, da Bahro die Entwicklung in der SU als „logische Folge“ der Oktoberrevolution oder auch als „zwangsläufig“ bezeichne.

Zu Beginn seines Beitrags ging der finnische Sozialist Björklund kurz auf die Geschichte der finnisch-sowjetischen Beziehungen ein, um zu begründen, daß sich die finnische revolutionäre Linke aus dieser Tradition heraus der Sowjetunion im Grunde eng verbunden fühle. Angesichts des Dilemmas, in das die innenpolitische Situation der UdSSR die Linke stürze, verfielen Teile der finnischen Linken in „realpolitischen Zynismus“. Wichtig an Bahros Buch sei daher insbesondere, daß es zur Wiederherstellung der Wissenschaftlichkeit des Marxismus beitrage und die befreiende Dimension des Marxismus wieder in den Vordergrund rücke.

Lombardo-Radice, der sich im Pressegespräch schon dezidiert über die Frage eines neuen Russell-Tribunals geäußert hatte, stellte zunächst fest, daß er die Sorge Abendroths, daß die Kritiker des „realen Sozialismus“ sich als Bundesgenossen reaktionärer Kräfte mißbrauchen ließen, zwar nicht teile, aber verstehe. Deshalb halte er es auch für entscheidend, eine klare Linie zu ziehen zwischen sozialistischer und rechter Politik im realen Sozialismus. Er betonte, daß man dem Klassenfeind auch dann helfe, wenn man zu Mißständen im „realen Sozialismus“ schweige.

Den Grundwiderspruch der realsozialistischen Gesellschaften sah er darin, daß Gesellschaft und Bewußtsein in diesen Ländern eine großartige Entwicklung erfahren hätten, während die politischen Strukturen starr geblieben und immer starrer geworden seien.

Die Kontroverse Abenroth – von Oertzen

Die Kontroverse Abenroth – von Oertzen

R. Steinke vom Berliner Bahro-Komitee „bedauerte“ das Nichterscheinen von DKP und „Marburger Schule“. Dann äußerte er sich zu einer Kontroverse, die vor dem Kongreß zwischen Abendroth und dem SPD-Politiker von Oertzen entstanden war. Abendroth hatte in der Zeitschrift „Das Argument“ (Nr. 111) zum Fall Bahro Stellung bezogen. Dort bezeichnet er das Urteil als hart und „als politischen Fehler auch vom bloßen Machtdenken eines sozialistischen Staates aus gesehen, weil sie seine möglichen Bundesgenossen schwächen und teilweise völlig verwirren... Alles das hätte man in der DDR auch deswegen bedenken sollen, weil derartige Unterdrückungshandlungen der öffentlichen Gewalt eines sozialistischen Staates stets in den kapitalistischen Staaten (und ganz besonders in der BRD) die Aufklärungsarbeit und den Kampf derjenigen empfindlich stören, die die positiven Seiten der Entwicklung des realen Sozialismus unterstützen“ (nach FR v. 26.6.79).

Diese Ausführungen hatte von Oertzen zum Anlaß genommen, um die „Marburger“ beim DGB anzuschwärzen. Er verschickte eine Stellungnahme an die DGB-Vorstände, in der er die „Auffassungen Abendroths unvereinbar mit dem Programm des DGB und unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie, den Zielen des Sozialismus und den Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung“ nennt.

R. Steinke kritisierte den Begriff „unvereinbar“ als administrativ und wies diese unverblühte Aufforderung von Oertzens, Abendroth (und Vertreter ähnlicher Positionen) aus der Gewerkschaft auszuschließen, entschieden zurück.

Ein Russell-Tribunal über die DDR?

Eine der wesentlichen Fragen hinsichtlich der Fortführung der Solidaritätsarbeit für Rudolf Bahro und die gesamte Opposition in der DDR war die Frage, ob an die Russell-Peace-Foundation der Antrag gerichtet werden solle, ein Russell-Tribunal über die DDR durchzuführen.

Diese Frage wird schon seit längerer Zeit diskutiert. Als Befürworter eines Russell-Tribunals über die DDR sind insbesondere Heinz Brandt, Wolf-Dieter Narr, Ingeborg Drewitz (beide im deutschen Beirat des III. Russel-Tribunals) und mit Einschränkungen Rolf Berger (ehemaliger Präsident der TU Westberlin) hervorgetreten.

Am weitestgehenden und am entschiedensten wird die Forderung nach einem solchen Tribunal von Heinz Brandt vertreten, der davon ausgeht, daß es eine Frage der moralischen Pflicht und der politischen Glaubwürdigkeit sein müsse, daß nach dem Tribunal über die BRD unmittelbar ein Tribunal über die DDR veranstaltet werden müsse. Auf einer Veranstaltung in der Westberliner TU am 28. Juni wurde

DDR veranstaltet werden müsse. Auf einer Veranstaltung in der Westberliner TU am 28. Juni wurde Brandts Standpunkt u.a. von Otto Schily als Vertreter des „Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus“ sowie von einer Reihe weiterer Gruppen unterstützt (FR, 30.6.79).

Eine ganze Reihe von Fragen war jedoch in Westberlin unter den Befürwortern eines DDR-Tribunals umstritten. Der Vertreter der Bertrand-Russell-Stiftung wies darauf hin, daß der Stiftung eine Reihe von Vorschlägen für das nächste Tribunal vorläge, die neben Timor, Südkorea, Südafrika, Indochina, Nordirland u.a. auch die Lage in der CSSR umfaßten. Offen war auch die Frage, welches Land für die Durchführung des Tribunals vorgeschlagen werden solle. Einigkeit bestand wohl bei allen, daß dies nicht die BRD sein könne; genannt wurden Frankreich, Italien und Österreich. Schließlich stand der Gegenstand eines eventuellen Tribunals zur Diskussion: einem ausschließlich auf die DDR beschränkten Tribunal wurde der Vorschlag eines Tribunals über die Länder des gesamten „realen Sozialis-



mus“ entgegengehalten.

In Marburg ging als erster und – zumindest im Rahmen der Hauptdiskussion – einziger Lucio Lombardo-Radice auf das Russell-Tribunal ein. Seine Stellungnahme war eindeutig: Ablehnung. Als Begründung nannte er zunächst, daß ein solches Tribunal die Fronten zwischen der westlichen Linken und den Herrschenden in den Ländern des „realen Sozialismus“ nur verhärtet könne, ja, daß durch ein solches Tribunal die Herrschenden geradezu zu einem schärferen Kurs gezwungen würden. Zweitens sei unvermeidlich, daß das Stafffinden, Verlauf und Ergebnis des Tribunals von der Reaktion zu verschärfter antisozialistischer Propaganda benützt werden würde. Schließlich habe sich der Personenkreis, der ja im Zentrum des Tribunals stehen soll, nämlich die Opposition in der DDR, bisher gar nicht oder aber negativ geäußert (Robert Havemann steht einem Tribunal über die DDR grundsätzlich ablehnend gegenüber).

Die Marburger Arbeitsgruppe, die sich speziell mit dieser Frage befaßte, versuchte zunächst, den Stand der bisherigen Debatte zu resümieren. Es wurde von der Westberliner Veranstaltung berichtet sowie Robert Havemanns Standpunkt dargestellt. Als wesentlicher Mangel für die ganze weitere Debatte wurde hervorgeho-

ben, daß in der Tat keine Äußerungen von DDR-Oppositionellen vorlägen. Dem stand allerdings die Ansicht gegenüber, daß zum einen die Nicht-Stellungnahme der in der BRD lebenden DDR-Oppositionellen durchaus eine eher ablehnende Haltung zum Ausdruck bringe. Zum anderen sei Havemanns Ablehnung ohne Zweifel einigermaßen repräsentativ für die Meinung unter den DDR-Oppositionellen, da Havemann als einer der wenigen überhaupt die Möglichkeit habe, sich zu äußern, und diese Möglichkeit in einer derartigen Frage auch im Sinne eines Sprechers für andere Oppositionelle wahrnehme.

Kritik wurde in der weiteren Diskussion an Havemanns Vorschlag geübt, in Gesprächen mit dem Friedensrat der DDR die Frage der Opposition anzugehen. Den Friedensrat als offizielles, quasi-äußenpolitisches Organ der DDR für „ansprechbar“ zu halten als andere DDR-Stellen, zeuge von Illusionen.

Der Vertreter des Westberliner Bahro-Komitees machte die ablehnende Haltung dieses Komitees zu

einem DDR-Tribunal deutlich. Als wesentliches Argument führte er an, daß die Situation der Oppositionellen in der DDR gerade ein derartiges Tribunal verbiete, da ihnen, angesichts der notwendig mit einem Tribunal verbundenen Hetze von rechts, gar nichts anderes übrigbleibe, als sich von diesem zu distanzieren. Außerdem sei es Grundbedingung für die bisherigen Tribunale gewesen, daß dort in erster Linie die Betroffenen selbst zu Wort kämen. Dies sei bei der derzeitigen Haltung der in der BRD lebenden Oppositionellen und der faktischen Unmöglichkeit für die DDR-Opposition, am Tribunal teilzunehmen, ausgeschlossen.

Übereinstimmung unter den Teilnehmern an der Arbeitsgruppe fand die Feststellung eines Diskussionssteilnehmers, daß die Befürworter eines Russell-Tribunals über die DDR ebenso wie die DDR-Opposition „falschen Freunden“ eine klare Absage erteilen müßten: wer ein Tribunal über die DDR fordere oder unterstützen wolle, müsse sich die Frage stellen lassen, wie er das Russell-Tribunal über die BRD unterstützt habe.

Wie geht's weiter mit der Bahro-Solidarität?

Vom Vertreter des Westberliner Bahro-Komitees wurde schließlich

Vom Vertreter des Westberliner Bahro-Komitees wurde schließlich ein Vorschlag vorgelegt, der in Alternative zu einem Russell-Tribunal die weitere Solidaritätsarbeit für Bahro und die DDR-Opposition bestimmen soll.

Kurzfristig wird von der DDR-Führung verlangt, die drei Forderungen zu erfüllen, die schon auf der Westberliner Veranstaltung vom Bahro-Komitee eingebracht worden waren: Bahro soll sein vor kurzem beschlagnahmtes neuestes Manuskript wieder erhalten; Bahro soll die ihm vom Bahro-Komitee zugesandten Kongreßmaterialien des November-Kongresses sowie die Zusammenstellung der Stellungnahmen auf sein Buch ausgehändigt bekommen; eine Delegation – vorgeschlagen wurden Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz und Lucio Lombardo-Radice – soll die Erlaubnis erhalten, Bahro in der Haft zu besuchen. Mitglieder des Marburger Komitees ergänzten, daß es ihnen in der Bahro-Solidaritätsarbeit nicht nur um die Freilassung Bahros gehe, sondern auch darum, den Diskussionsprozeß um seine Thesen in der BRD zu vertiefen.

An der Auseinandersetzung um Bahros Buch „Alternative“ sollte sich die gesamte Linke beteiligen, ohne daß Differenzen vertuscht werden sollten.

Längerfristig soll die Konzeption von Kongressen aufgegeben werden zugunsten eines Forums der Linken, das sich mit speziellen Fragen zur DDR befaßt soll. Dieses Forum soll die verschiedenen Strömungen der Bahro-Solidarität vereinen und durch Materialherausgabe sowie die Veröffentlichung eines regelmäßigen Bulletins Arbeitsprojekte vorbereiten. Als Themen, die zunächst in Angriff genommen werden müßten, wurden die betriebliche Situation der Frau und das Problem der Bürokratie vorgeschlagen.

Dieser Vorschlag des Westberliner Komitees wurde aus Zeitmangel nur noch angediskutiert.

In einer eigens zu diesem Thema gebildeten Arbeitsgruppe wurde eine kritische Aufarbeitung der bisherigen Bahro-Solidarität gefordert. Die bisherige Arbeit der Bahro-Komitees sei völlig abgehoben vor der DDR-Linken, für die man nicht stellvertretend vom Boden der BRD aus die Auseinandersetzung führen könne. Eine Zusammenarbeit mit der DDR-Linken könnte am deutlichsten den Vorwurf des Antikommunismus, der den Bahro-Komitees immer wieder gemacht werde, widerlegen.

RGW-Kommission

Zum Fall Niko Hübner:

Die politische Vermarktung eines Kriegsdienstverweigerers

Der Ost-Berliner Kriegsdienstverweigerer Niko Hübner hat den erstmals verliehenen „Konrad-Adenauer-Freiheitspreis“ der Deutschland-Stiftung e.V. erhalten. Begründung: „Für seine mutige Haltung und sein unbeugsames Eintreten für Freiheit, Recht und Einheit aller Deutschen“. Die Preisverleihungsurkunde soll – zusammen mit einem Scheck über DM 10 000,- – bis zu Hübners Freilassung in Verwahrung genommen werden von – Franz-Josef Strauß.

Eine größere Unverschämtheit ist kaum noch denkbar. Da weigert sich ein junger, knapp 22-jähriger Mann aus dem Ost-Berliner Bezirk Prenzlauer Berg, seinen „Ehrendienst“ in der Nationalen Volksarmee anzutreten. Er macht dies nicht etwa in legalisierter Form als Bausoldat; nein, er verweigert bereits die Erfassung und die Musterung und erklärt, in keiner deutschen Armee Dienst leisten zu wollen. Im Westen würde man ihn einen Totalverweigerer nennen.

Niko Hübner diskutiert über seinen Schritt mit Freunden aus der Evangelischen Kirche – im übrigen der einzige, beschränkte Freiraum, in dem Militärkritik in der DDR

formuliert werden kann. Hübner entschließt sich, seine Verweigerung auch mit dem Berlin-Status zu begründen, d.h. er beansprucht den entmilitarisierten Status Groß-Berlins (– wie er im Potsdamer Abkommen festgelegt worden war –), wonach kein Berliner Bürger zum Wehrdienst herangezogen werden darf.

Niko Hübner begeht damit zwei folgenschwere Fehler, die ihn schließlich 5 Jahre Freiheitsstrafe kosten:

– Zum einen gibt es dieses Groß-Berlin faktisch nicht mehr, seitdem die UdSSR und DDR die vollständige Einbeziehung Ost-Berlins in die DDR vereinbart haben. Die NVA paradiert auch hier im Stechschritt; die Ost-Berliner Abgeordneten zur DDR-Volkshammer sollen künftig direkt gewählt werden etc.

– Zum anderen gibt er mit seiner Berufung auf den Berlin-Status das willkommene Zeichen für eine beispiellose Kampagne reaktionärer Kreise in der BRD und West-Berlin; Spitzenpolitiker aller Parteien „gedenken“ Niko Hübners, sein Fall kommt vor den Bundestag und das West-Berliner Abgeordnetenhaus; ehemalige Luftbrücken-Strategen setzen sich für Hübner ein, genauso wie die obskure „Gesellschaft für Men-

schenrechte“ und ähnlich gelagerte Vereine. Schließlich: Franz-Josef Strauß legt ein Spar-Strümpfer für Niko Hübner an, woraus dieser sich einen neuen Start im „freien Deutschland“ finanzieren kann – wenn er freigelassen wird.

Spätestens jetzt muß gefragt werden, welche Rolle die westliche Linke im Fall Niko Hübner spielt. Kurz gesagt: eine erbärmliche!

Während für die einen der „Fall Hübner“ weit hinter dem Fall des erklärten Kommunisten Rudolf Bahro zurückbleibt (– und die ohnehin spärliche Solidaritätskapazität nicht breiter gestreut werden kann...), ist für die anderen die Lobpreisung Hübners in Springers Medien der letzte Beweis dafür, daß Niko Hübner der leibhaftige Antikommunist an sich sei; seine Vermarktung durch rechte und reaktionäre Kreise wird als eigene und ursprüngliche Absicht hingestellt. Diese „linken“ Kreise weisen sich zum wiederholten Male als moralisch korruptiert. Niko Hübner sitzt seit über einem Jahr in Haft und kann sich nicht wehren. Er hat nie eine Chance gehabt, so wohl seinen glühenden Verehrern (die ihn brutal für ihre eigenen Zwecke ausnutzen) als auch seinen

Kritikern zu antworten.

Es drängt sich hier der Verdacht auf, daß das grundsätzliche Problem des Falles Niko Hübner von beiden Seiten nicht gesehen bzw. höflich übergangen wird: Die Kriegsdienstverweigerung, zumal in der Form der Verweigerung auch staatlich angebotener Ersatzdienste, bedeutet in allen Staaten der Welt eine eklatante Bedrohung bestehender Herrschaftsstrukturen; alle Staaten, die eine militärische Absicherung benötigen, können Kriegsdienstverweigerer nur solange dulden, wie diese nicht die militärische Einsatzbereitschaft stören. Im Osten wie im Westen, qualitativ durchaus unterschiedlich, werden Kriegsdienstverweigerer verfolgt. Und beide Seiten taktieren unverdrossen: die einen heißen „gerechte Kriege“ östlichseits unter Umständen gut und treten für die uneingeschränkte Wahrnehmung des Grundrechtes der Kriegsdienstverweigerung in der BRD ein; die anderen begegnen sich an östlichen Kriegsdienstgegnern und verhindern mit allen Mitteln die freie Wahrnehmung des KDV-Grundrechtes im Westen. Die über 20.000 Kriegsdienstverweigerer in Westberlin können ein Lied davon singen.

Die Friedfertigkeit eines Staates erweist sich bekanntlich auch darin, wie er „seine“ Kriegsdienstverweigerer behandelt. Niko Hübner ist nicht mehr und nicht weniger als ein konsequenter Verweigerer militärischer „Friedenssicherung“. Er hat nichts anderes verbrochen als Zehntausende seiner Altersgenossen in ganz Europa: der militärischen Herrschaftssicherung und der Kriegsvorbereitung durch Rüstung und Wehrerziehung den Kampf angesagt. Wenn der Begriff der europäischen Friedensbewegung überhaupt real werden sollte, dann durch die konsequente Kriegsdienstverweigerung einzelner und vieler Menschen.

Niemand weiß, wie Niko Hübner – falls er einmal freigelassen wird und die DDR verlassen kann/will, sich verhalten wird; niemand kann ihm allerdings einen Vorwurf machen, wenn er dann erbittert und von 5-jähriger Haft zermürbt, nach München fährt und Straußens 10.000 DM in Empfang nimmt. Es sei denn, Pazifisten, Antimilitaristen und andere Linke werden rechtzeitig zur Stelle sein.

Jochen Lang (Der Verfasser ist stellvertretender Landesvorsitzender der DFG-VK in Westberlin.)

Frankfurt — toll!



und nun?

Rock gegen Rechts: Welch eine starke Aktionseinheit, welche eine starke Wirkung hat diese Parole in Frankfurt anlässlich des Widerstands gegen den Neofaschismus am Wochenende des 16./17. Juni gehabt! Viele von uns haben es mit Spannung und Freude erleben können.

Wir haben uns Gedanken gemacht, was über dieses Ereignis hinaus mit Rock gegen Rechts erreicht werden soll. Um dieser Frage nachzugehen, setzen wir uns mit der Rede von Jan (AK Nr. 152, Seite 25) und der bisherigen Politik von RGR auseinander.

Verbot für Rockmusik? Ja aber.....

Jans These und damit die Grundlage der RGR-Politik ist, daß die augenblickliche Rechtsentwicklung in der BRD tendenziell ein Verbot der Rockmusik mit sich bringen könnte. Er leitet dies ab aus den Erfahrungen, die z.B. Jazz-Musiker mit dem Nazifaschismus machen mußten, der ihnen jede musikalische Betätigung verbot. Diese Einschätzung stellt für Jan und RGR die Motivation dar, warum sich Rockmusiker und deren Publikum veranlaßt sehen sollen, sich politisch zu betätigen. Diese These halten wir für falsch. Ein Verbot der Rockmusik widerspricht vollkommen den wirtschaftlichen Erfolgen, die mit ihr erzielt werden. Außerdem stellt die Rockmusik, in ihrer gegenwärtigen Vermarktung allemal „befreit“ von politischen Einflüssen, keinerlei konkrete Gefahr für das Herrschaftssystem der BRD dar. Wir meinen, daß Rockmusiker und -publikum nur zu gewinnen sind für den antifaschistischen Kampf, indem man auf die politischen Umstände, mit denen jeder von uns tagtäglich im Betrieb, in der Schule, an der Uni fertig zu werden hat, eingeht; und zwar dies mit dem Mittel, das uns zur Verfügung steht, der Rockmusik. Grundlage unserer Arbeit sollten also die politischen Verhältnisse sein und nicht ein — von uns bestrittenes — mögliches Verbot des Rock. Laßt uns da ansetzen, wo politische Kampagnen und Bewegungen laufen und nicht dort, welche installieren, wo wir

...dort, welche installieren, wo wir

Der dornenreiche Weg einer freiheitlichen Wurzel

Ausgehend von seiner oben behandelten These entwickelt Jan, daß das Hervorbringen neuer Musikstile durch engagierte Musiker „die freiheitliche Wurzel der modernen Musik“ sei, die den Rechten schon immer „ein Dorn im Auge“ gewesen ist. Umgekehrt: Neue Musikstile sind gleichzusetzen mit einer bewußten politischen Handlung, die gegen Rechts gerichtet ist, und deswegen von RGR zu unterstützen. Wir meinen: Neue Musikstile sind nicht notwendigerweise fortschrittlicher Natur. Natürlich bringen sie einerseits das Bedürfnis des Musikers zum Ausdruck, etwas Individuelles, Eigenes zu schaffen, das sich von der Masse des Existierenden abhebt. Das ist aber nicht notwendigerweise politisch und gegen Rechts gerichtet. Auf der anderen Seite verlangt auch gerade die Plattenindustrie vom Musiker ständig „Neues, Modernes“. Die Erfindung der E-Gitarre und des Synthesizers prägen die Musikstile ebenso, wie die Entwicklung der Mehrspurtechnik im Tonstudio, und dies gerade unter einem Innovationszwang (= Erneuerungszwang). Es gibt genügend Beispiele, wie neue Musikstile mißbraucht werden (sphärische Synthesizerklänge zur „Weite und Offenheit“ der Stuyvesant-Generation). Und das gerade ist der springende Punkt: Wie und zu welchem Zweck setze ich Musik ein? Welche Funktion erhält sie dadurch? Das sind die Fragen, die Musik politisch werden lassen. Wir sind der Auffassung, daß nahezu alle Musikformen und Musikstile verwendet werden können, um Rock gegen Rechts zu machen.

Kein Geld und gerader Rücken?

Wenn, wie Jan sagt, eine Vermark-

tung damit verbunden ist, das eigene Wollen (musikalisch/textlich) zu leugnen oder zu beschränken, dann sind wir mit ihm der Ansicht, daß es besser ist, sich von einem schlecht bezahlten Auftritt zum nächsten zu hangeln. Aber: Unser Problem ist nicht, ob wir vermarktet werden (Schmetterlinge, Wecker, Biermann), sondern ob wir möglichst viele Leute ansprechen und dabei uns selbst gegenüber ehrlich bleiben. Wenn wir uns unter den eben genannten Bedingungen vermarkten, kann das eine gesunde finanzielle Absicherung der Gruppe bedeuten, was im Interesse einer kontinuierlichen musikalischen und politischen Arbeit einfach nötig ist.

Instrument oder Wort — kein Widerspruch!

Wenn für Jan, wie am Anfang beschrieben, das Hervorbringen neuer Musikstile „die freiheitliche Wurzel der modernen Musik“ ist, dann halten wir das für eine gefährliche Einschränkung, weil dabei die textliche/inhaltliche Komponente von Musik von ihm unterschätzt oder gar nicht erwähnt wird.

Wir meinen, daß alle Musiker und Gruppen, die bei RGR mitarbeiten, gleichberechtigt sind, daß es aber in der Wirkung für das Publikum qualitative politische Unterschiede zwischen Gruppen gibt, die mit deutschen Texten arbeiten, und solchen, die instrumental oder mit englischen Texten spielen. Politisch finden wir es besser, wenn auch Gruppen mit deutschen, antifaschistischen Texten in diesem Rahmen (RGR) auftreten. Daß diese Einschätzung von Jan und RGR nicht geteilt wird, geht auch aus der bisherigen Veranstaltungspolitik hervor. Bei der letzten RGR-Veranstaltung in Hamburg — Rahmenthema „Graue Wölfe“ — gab es ein beziehungsloses Musikprogramm mit linker Moderation. Die Gruppen spielten ihr Programm herunter, sagten vielleicht noch, daß sie auch dagegen sind und es gab eine Rede. Damit hatte sich's. Ohne daß wir den guten Willen der an dieser Veranstaltung beteiligten Gruppen bezweifeln wollen, zeigt dies doch, daß es die von Jan behauptete politisch-inhaltliche Eigenständigkeit rein musikalischer Beiträge so nicht gibt.

Zur ersten Veranstaltung hat auch schon Kai Ehlers im AK Nr. 153, Seite 31, eine Stellungnahme veröffentlicht, zu der von RGR bisher noch keine Kommentierung erschienen ist. Wir warten darauf.

RGR: Nichts Neues! Weiter so!

Wir, die Gruppen Oktober und Druckknöpfe, die seit langer Zeit Rock gegen Rechts mit Text und Musik praktizieren, freuen uns, daß die Hamburger Initiative RGR entstehen konnte. Die Arbeit für und mit RGR stellen wir uns folgendermaßen vor:

- Diskussionstreffen zu den Themen: „Politische Musik, Text und Inhalt“, „Rockgruppen und ihre Probleme (Auftritte, Finanzierung, Anlage)“.
- von den Gruppen eigenverantwortlich organisierte Konzerte, eventuell unter einem selbstgewählten Motto.
- Zusammenarbeit von Personen/Gruppen, die gemeinsame Interessen haben, z.B.: Rockgruppen/Rockmusiker (einzelne), Initiative für ein Infoblatt, in dem die einzelnen Gruppen aus ihrer Arbeit berichten, vielleicht eine Initiative, die sich mit der Möglichkeit eines eigenen Plattenlabels beschäftigt, Veranstalterinitiative usw.

„Rock gegen Rechts“ —

Nicht, weil die Gitarren brennen könnten, sondern weil man der Rechtsentwicklung und dem Faschismus mit allen Mitteln entgegenzutreten muß und weil im Kampf gegen Rechts eine fortschrittliche deutsche Rockmusikbewegung aufgebaut werden kann!

Die Hamburger Rock-Gruppen Druckknöpfe und Oktober



Interview mit Friedemann von „Missus Beastly“

Von der Bühne aus gesehen (Teil 2)

AK: Wie hat euch das Festival RgR gefallen?

F.: Das war schon ziemlich toll, vor allen Dingen zu erleben, daß trotz des Verbots 30 000 Menschen zwölf, dreizehn Stunden lang durch die Stadt gezogen sind. Das hatte ich nie erwartet. Das war eigentlich das Tollste an dem Ganzen. Schön war auch, daß nochmal 60-70 000 da waren und sich die Musik angehört haben.

AK: Wie ist das zustande gekommen, welche Gruppen spielen?

F.: Da muß ich etwas zurückgreifen. Was bisher war und was sich jetzt speziell in Frankfurt gebildet hat. Das ging von Hamburg aus, da hat es angefangen vor einem halben Jahr — dann haben sich Initiativen in verschiedenen Städten gebildet, wo viele Musiker, viele Bands und viele Freaks mitarbeiten, also die mehr im Kleinen arbeiten, damit es zusammen was Großes wird, das war für mich bisher RgR. Und jetzt in Frankfurt hat sich mehr ein Aktionsbündnis gebildet auf den 16./17. Juni hin. Und das Aktionsbündnis wird zu 95 % von Vertretern politischer Parteien getragen und das ist was grundsätzlich anderes als vorher, wo die Musiker gesagt haben, so wir machen jetzt RgR. Und die Parteien, das hab ich gemerkt bei der Auswahl der Gruppen, die denken strategischer. Ich hab gespürt (bei der Auswahl der Gruppen), daß für sie Musik noch mehr Mittel zum Zweck

chenende, immer da wo sie auftreten. Die sind auch bei RgR dabei gewesen von Anfang an — es sind Gruppen, die sich nicht unheimlich drum gerissen haben, da zu spielen. — Ich weiß nicht, ob wir da traurig sein sollen.

Den gleichen Eindruck hatte ich auch in Vlotho; am Anfang sind immer die da, die es wirklich interessiert, denen es ein ehrliches Bedürfnis ist da mitzumachen, und die bauen das dann mit auf, und wenn dann das Bett gemacht ist, kommen irgendwelche Gruppen und setzen sich drauf und sahen ab. Den Vorwurf mache ich Udo L. und anderen Gruppen, von denen ich weiß, daß sie sich sonst auch um nichts kümmern.

AK: Würdest du es generell ablehnen, daß Udo Lindenberg bei solchen Sachen spielt?

F.: Ich würde das nicht generell ablehnen, daß U.L. bei solchen Gelegenheiten auftritt, aber es muß hinterher auch weitergehen. U.L. wurde mehrmals angeschrieben, ob er RgR nicht unterstützen will und wie er dann angerufen wurde für den Auftritt, da stellte sich heraus, daß er noch nicht mal seine Post aufgemacht hatte. Wenn er das nicht mal schafft, zu sehen, was denn Leute mit ihm zu tun haben wollen, da bin ich skeptisch, wie es dann weitergeht, weil die Bewegung auch wieder im Kleinen weiterarbeiten muß, wo keine 50 000 Leute kommen.

den Leuten zusammen sehen, was wir verbessern können. Für politische Ziele spielen. RgR heißt auch Aufklärung, heißt bewußt werden über alles, was dich und mich unterdrückt, nicht nur die Faschisten, sondern alles, was uns fertigmacht. Da gibt's sehr viel. Da brauchen wir nicht zu warten bis zum nächsten 17. Juni. Und ich denke, wir brauchen nicht zu warten, bis wieder solche Anlässe da sind, bis sich die Nazis wieder treffen wollen, sondern wir sollten aus uns selbst Leben entwickeln.

AK: Gibt es außer den Festivals noch andere Möglichkeiten für die Musiker, von der Zusammenarbeit bei RgR etwas zu haben?

F.: Ja, bestimmt, nur für uns von Missus Beastly ist das in der Zusammenarbeit anders, wir haben eine spezielle Position, weil wir seit drei Jahren den „Schneeball“-Vertrieb der Musiker machen. Und wir praktizieren das schon eine Weile, daß Musiker ganz konkret zusammenarbeiten, Freunde werden und alle ihre Erfahrungen austauschen und sich nicht nur helfen die Platten zu vertreiben oder bei der Vermittlung von Konzerten, sondern auch, daß wir persönlich zusammenwachsen. Ich denke, daß es für die ganzen anderen Gruppen, die noch alleine stehen, die noch keinen solchen Zusammenhang haben, schon anliegt, mal zu gucken, wo es andere Leute gibt, die auch Musik machen, mit denen sie zusammen an einem Strang ziehen können.

AK: Kannst du noch was zu Vlotho sagen?

F.: In Frankfurt — das war wahnsinnig spannend, was da alles passiert ist, und an allen Ecken und Enden wurde diskutiert. Für uns war das Spielen selbst gar nicht so glücklich, weil bei der Masse an Menschen die einzelnen Reaktionen nicht mehr für uns zu spüren waren. Ich will den Leuten nicht einfach was vorsetzen, was sie fressen müssen; das war schwierig für uns. Dann war es schwierig, daß in Frankfurt, in der Kürze der Zeit, nichts anderes übrig geblieben ist, als auf diese Weise eine Bühne hinzustellen, mit einer P.A. für die musikalische Versorgung, und Essensstände. Meiner Meinung nach haben Möglichkeiten gefehlt für die Leute, wo sie sich hätte einklinken können. Ich hab ein starkes Gefühl von einer Einbahnstraße gehabt, an deren Ende die Bühne ist. Z.B. in Vlotho ist es möglich, daß auch bei 40-50 000 Leuten Möglichkeiten da sind zum Mitmachen. Von der Form her war es in Frankfurt manchmal wie auf einem normalen Popfestival — rein von der Form her (!). Wir müssen auch bei RgR, wenn wir weiter Veranstaltungen machen, Formen finden, bei denen es mehr Möglichkeiten gibt für die Leute. Jetzt hat z.B. einer aus dem Ruhrgebiet bei RgR angerufen, er will RgR im Ruhrgebiet machen, am besten eine Riesenhöhle wo auch wieder 50 000 Leute kommen, und dann wollte er lauter so Bands holen die bekannt sind, U.L. usw., und dann läuft es schon. Was soll das, das ist genauso aufgesetzt wie ein Popfestival.

AK: Du hast gesagt, in Vlotho ist es anders, was heißt das?

F.: In Vlotho ist es anders geworden. Das hat vor fünf Jahren als einfaches Popfestival angefangen, veranstaltet von dem Jugendzentrum da. Von Anfang an sind viel mehr Leute gekommen als erwartet, das war ja auch was ganz Neues, daß man etwas umsonst macht. Es hat sich jedes Jahr weiterentwickelt. Wir haben gelernt, daß es nicht reicht, daß die Leute einfach zum Zuhören hinkommen, sondern daß es wichtig ist, daß jeder was machen kann, jeder spüren kann, daß er selbst wichtig ist und daß die Musik nicht so wichtig ist.

AK: Was heißt das in bezug auf das Festival in Frankfurt?

F.: Das ist sicher erstmal etwas anderes, weil es aus anderen Gründen entstanden ist, und die Sache in Vlotho ist in fünf Jahren homogen gewachsen, aber von der Form her sollte man sich das mal ansehen.

Kulturkommission



ist, und nicht aus sich selbst rauskommt. — Das ist ja sehr umstritten, daß Udo Lindenberg gespielt hat. Es sind noch mehr Gruppen, die mit beiden Beinen fest im Showbusiness stehen, die ganz plötzlich auftauchen, nämlich dann, wenn sie sehen, daß ist 'ne riesige Menge da, duftes Publikum und Promotion. Dann fangen sie an, um Plätze im Programm zu buhlen und die Politiker haben sie auch noch begünstigt, dadurch daß sie sagten, da müssen bekannte Gruppen her, die jeder kennt, damit viele Leute kommen, was ich für ziemlichen Schwachsinn halte, vor allen Dingen im Nachhinein, denn die 30 000 haben nicht demonstriert, weil Udo Lindenberg hinterher gespielt hat. Die wußten ja gar nicht, daß Udo Lindenberg da spielt. Und es ist ein viel wichtiger Akt, daß demonstriert wurde.

Das war die eine Seite, daß wir uns bei der Auswahl der Gruppen gewundert haben und wir wissen nicht, ob das jetzt so gut war, weil ich nicht weiß, ob sie davon so'n großen Kick bekommen haben und sich bereit erklären, auch mal im Kleinen mitzuarbeiten. Auf der anderen Seite weiß ich nicht, ob wir traurig darüber sein sollen, daß diesem Denken des Aktionsbündnisses verschiedene Gruppen zum Opfer gefallen sind, von denen ich weiß, daß sie von Anfang ihres musikalischen Weges an einfach dabei sind sich zu verändern, ihre Umgebung zu verändern jedes Wo-

AK: Wie kommt das, daß in Frankfurt so viele Vertreter politischer Gruppen dabei waren und weniger Musiker?

F.: In Frankfurt gab es noch keine Initiative RgR, deshalb waren da nur zwei Musiker, die da mitgeholfen haben das zu organisieren. Es war ein Aktionsbündnis aus Anlaß des Nazi-Treffens. Ich will jetzt nicht sagen: „diese Scheißpolitiker haben da einfach nur ihre Machtziele verfolgt“, sondern ich finde das gut, daß die da organisiert haben. Da gehört auch viel Kraft zu. Nur, sie müssen auch weiterüberlegen.

AK: Was haben die Musiker für eigene Forderungen in dem Bündnis RgR?

F.: Wir haben noch nicht so konkrete Gedanken, wie es weitergehen soll ... Wir brauchen jetzt erstmal nicht wieder solche Riesenfeste, sondern wir müssen schauen, daß möglichst viele Leute in vielen Städten sich unter dem Motto RgR was vorstellen können, und da anfangen zu arbeiten, Konzerte veranstalten, daß die Musiker selbst begreifen, daß sie nicht nur irgendwelche Noten zusammenbasteln, sondern daß sie auch sehen, was tut sich denn vor der Bühne, was haben die Leute, die vor der Bühne sind, für Probleme. Wenn es so weitergeht und wir tun alle überhaupt nichts und in zehn Jahren stehen lauter kleine Adolfs vor uns, dann nützt es uns nichts, wenn wir weiß wie gute Musik machen, wenn die unten das nicht mehr verstehen. Deshalb müssen wir jetzt mit

An I.

da lese ich endlich eine Hektik war das wieder die letzten zwei Wochen unsere Zeitung da schreibt eine Frau I., immer noch die alte, mit ihrer heiteren Gelassenheit ihrem trockenen Humor ihrem Verständnis ihrem zornigen Engagement über sich selbst und unsere Zeitung über Leidenschaftlichkeit, Zärtlichkeit, Gefühle und ob das Blau der Kordillern in der Dämmerung im AK überhaupt Platz hat und ob es hat! nicht unsere Gefühle sind unmateriellistisch wir sind ja schließlich keine Spießler Schlagersternchen Heuchler Spinner oder verklemmte Idealisten ohne unseren Haß, unsere Wut, unsere Liebe zu den Menschen, unser Empfinden für Ruhe Anstrengung Einssein mit der Natur Schmerz Freude wie könnten wir kämpfen als Superhirne? Unsere Feinde zu lieben das wäre unmateriellistisch uns unserer Leidenschaftlichkeit, unserer Lebendigkeit zu versichern das schadet denen nicht uns.

bine, 21.6.79, nach dem Lesen von deinem Artikel im AK

„Zu emotional“?

In Ak 155 hatte die Genossin I. über ihre Schwierigkeiten und Bedenken beim Schreiben der Besprechung des Buches „Schattenmund“ berichtet. Die „bestimmte Art der Schreibweise“, von der I. spricht, macht auch mir beim Artikelschreiben oftmals schwer zu schaffen. Die Befürchtung: „das ist zu emotional“ hatte z.B. zur Folge, daß ich in meiner Besprechung der autobiographischen Aufzeichnungen Eduardo Galeanos aus dem argentinischen Widerstand (AK 149) meine Gefühle unterdrückt habe. Was mir unter die Haut ging, hatte ich spontan aufgeschrieben – anschließend aber gestrichen bzw. in eine rationale, „verständliche“ Sprache verpackt. Damit habe ich gerade das, was mich an diesen Aufzeichnungen beeindruckt hat, unterdrückt: das, was ich mir wünsche und von dem ich noch so verdammt weit weg bin, das „Leidenschaftliche“.

Für Galeano sind Gefühle etwas Politisches; er zeigt, daß sie unbedingt mit in die Veränderung einbezogen werden müssen. Damit zeigt er, wie „materiellistisch“ dieses „Leidenschaftliche“ ist. Ein Mensch, der die Gefühle in der altbekannten Weise reglementiert, würde im Kampf gegen den Faschismus viel eher resignieren oder zerbrechen.

Ich konnte mit meiner Besprechung den autobiographischen Aufzeichnungen nicht gerecht werden, weil ich mich einer politischen (= männlichen??) Sichtweise untergeordnet habe, die überwiegend nur „kühle“ Propaganda gelten läßt. Wie dominierend diese politische Sichtweise ist, zeigt sich m. E. auch an I's Bedenken, an dem Eindruck, es sei ja alles „total unqualifiziert“, da sei „garantiert nichts Brauchbares“ in ihrer Buchbesprechung. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall, wie I. selbst berichtet: „Weißt du, da kriegt man richtig Lust, das Buch zu lesen.“

Gefühle in die Veränderung einzubeziehen, zu begreifen, daß „das Persönliche Politik ist“ (A. Meulenbelt), heißt das nicht, fortlaufend festzustellen, ob sich unsere Wahrnehmungsweise, unsere Gefühle durch die politische Arbeit verändert haben, inwieweit wir zu solidarischen Gefühlen fähig sind (bzw. wie tief wir

immer noch im Individualismus stecken)?

Aber wie soll das möglich sein, wenn bereits ein „winziger Absatz“ – wie I. in ihrem Leserbrief schreibt – „der die Schönheit der chilenischen Landschaft beschreibt, aus dem Artikel gestrichen wird? Bestimmt hat I. die chilenische Landschaft nicht wie irgendeine Touristin betrachtet und erlebt, der das chilenische Volk und sein Kampf gegen den Faschismus gleichgültig ist.“

Eine politische Einstellung, die nur Tatsachen und Informationen akzeptiert, fördert und bestärkt eine Einstellung, die in der Beschreibung der chilenischen Landschaft einen ganz angenehmen, netten Urlaubseindruck sieht, etwas Individuelles, das jeder(m) einzelnen überlassen bleiben sollte. Etwas, um die Mußstunden nach der politischen Arbeit auszufüllen. Diese Einstellung wird uns doch aber tagtäglich von der bürgerlichen Kultur nahegelegt. Feierabend für Feierabend werden die Gefühle, die im Alltag zurückgehalten bzw. ausgeklammert werden, zum Schein harmonisiert, der „grobe Individualismus“ (A. Kollontai) wieder bestätigt.

Haben wir etwa nicht mit dieser Trennung von Arbeit und Freizeit, Berufs- und Privatsphäre, Erwachsensein und Kindheit, Verstand und Gefühl, politischer Arbeit und Privatleben zu tun? Versuchen wir nicht oft genug, eine Einheit von politischer Arbeit und Privatleben vorzutäuschen, den Bruch zwischen beiden zu vertuschen, eine Scheinharmonie zwischen beiden herzustellen?

Niemand von uns wird die Notwendigkeit von Kulturrevolutionen bestreiten. „Objektiv“ sind wir alle dafür. „Das Persönliche ist Politik“ – „nicht erst am Tag nach der Erstürmung des Kanzler-Bungalows“. Wenn das richtig ist, warum wird dann ein ohnehin winziger Absatz über die Schönheit der chilenischen Landschaft aus dem Bericht einer Genossin gestrichen, warum dann diese Bedenken beim Schreiben einer Buchbesprechung, warum dieses Gefühl „das ist zu emotional“, „das ist unqualifiziert“ oder „zu leidenschaftlich“?

G. (Kultur-Kommission)

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler
Nachrichten“ und Buchladen „Monta-
nus“

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597
Di-Fr. 13.30 - 18.30
Sa. 9.30 - 14.00
Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum

Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Diensttag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Diensttag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch – Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6000 Frankfurt 90

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heldi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin
J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36

Gewalt pornos – ein neuer Trend?

Seit einigen Jahren gibt es in der BRD eine besondere „Spezialität“ auf dem Kinosektor: sogenannte PAM-Kinos, bei denen man keine Eintrittskarte wie gewöhnlich erwirbt, sondern sich zum Preis zwischen 10 und 12 Mark eine Flasche Bier zulegt, um sich dann Pornofilme anzugucken. In ihnen darf „alles“ gezeigt werden, mit Ausnahme von sadomasochistischen, pädophilen oder mit Tieren ausgeübten sexuellen Praktiken. Nur bei der Zurschaustellung von Frauen als Sexualobjekt gibt sich der Staat „liberal“. Diese Kinos haben sich inzwischen offensichtlich einen festen Markt erobert, die Fernsehsendung „apropos film“ spricht von einem Jahresumsatz dieser Betriebe in der BRD von rund 80 Mio. Mark. Und die Verleiher scheinen sehr gut dabei zu verdienen.

Anders wäre es nicht zu erklären, daß seit einigen Monaten verschiedene PAM-Filmverleiher auf den herkömmlichen Filmmarkt stoßen. Den Anfang machte der „Beate Uhse-Filmverleih“ mit einem Streifen „Die Bestien“; der „Bauer-Filmverleih“, Entdecker der PAM-Filme, zog mit „Big Snuff“ nach.

Gewalt statt Sex

Beide Firmen setzen bei ihrem Start in der „normalen“ Filmbranche nicht etwa auf ihr gewohntes Metier Sex, sondern auf etwas, was in dieser Gesellschaft in den Medien nie so stark tabuisiert war wie die Darstellung der Sexualität, sie setzen auf ultrabrutale Gewaltfilme.

„Die Bestien“ ist die Geschichte der Bewohner eines Hochhauses in New York bei einem Stromausfall. Sie werden von einer Bande von „Iren“, die aus einem Gefangenen-transport ausgebrochen sind, überfallen. Die Story ist nicht weiter erwähnenswert, sie besteht aus einer schlichten Aneinanderreihung filmischer Klischees, die man so schon in der einen oder anderen Form aus Hollywoods Traumfabrik gesehen hat. Sie dient auch nur als Richtschnur für eine Aneinanderreihung von Mord, Vergewaltigung, Folter, dramaturgisch mit einigen Steigerungen bis zum Schluß, wo (wie gewohnt) das Gute siegt. Dies ist ein einzelner Polizist, der quasi im Alleingang, unter Anwendung der gleichen Mittel wie „die Bestien“, sich

ger, Schütze und Autofahrer herausstellt.

Während „Die Bestien“ ein relativ aufwendig gedrehtes, stets um „Ästhetik“ in der Form bemühtes Machwerk ist, so ist „Big Snuff“ eine in wenigen Tagen runtergekurbelte Billigproduktion, wie sie in den USA unter dem Begriff „B-picture“ bekannt wurde.

„Big Snuff“ verfügt über gar keine Handlung mehr, er besteht lediglich aus einer völlig willkürlichen Aneinanderreihung von Gewalttaten. Die Mitglieder einer imaginären Sekte, nur Frauen mit einem Mann als Messias, stechen eine Reihe Leute ab, erschießen, foltern, kastrieren. Die umherschweifenden Gewaltweiber sind aber alles andere als militante Amazonen, nein sie sind nur die Werkzeuge ihres „Meisters“. In einem Aufnahme-ritual muß sich ein neues Mitglied, nachdem sie sich dem „Meister“ „wie ein Tier hingegen hat“, fragen lassen, ob sie sich frei fühlt. Sie antwortet: „Ich bin immer unterdrückt gewesen, aber bei dir gefällt es mir“ (Originalton).

Die Rolle der Frau ist hier also die gleiche wie in den Pornos aus der Hard-Core-Szene, Unterwerfung unter den Mann, dann dürfen sie auch Massaker verüben.

Gewaltverherrlichung?

„Big Snuff“ kam insbesondere durch seine Schlussszene ins Gerede und ins Visier der staatsanwaltlichen Sittenwächter von Frankfurt. Auf einmal rückt das gesamte „Filmteam“ ins Bild, man spielt Ende der Dreiarbeiten. Der „Regisseur“ greift sich eine der Darstellerinnen, versucht sie zu vergewaltigen, kneift ihr dann mit der Zunge einen Finger ab, sägt einen Arm ab, um ihr dann den Bauch aufzuschlitzen und die Eingeweide herauszuholen.

Wegen dieser widerlichen Szene wurde der Film beschlagnahmt. Die liberale Presse in Gestalt der „FR“ griff die Sache sofort auf und sprach von „Verherrlichung von Gewalt“. Empörte Zuschauer stellten die Vermutung an, diese Szene sei echt und nicht gespielt worden.

Die Szene ist allerdings so offensichtlich gestellt und, nimmt man mal den Maßstab der „reinen“ Filmtechnik, so schlecht gespielt, daß das Gerücht vom echten Mord vor der Kamera eher für den Verstand als für die Sinne

teilung des Verleihs stammen könnte. Das Perverse bei der Angelegenheit ist, daß es durchaus vorstellbar ist, daß eine Industrie, die mit immer neuen Sensationen und Nervenkitzeln meint aufwarten zu müssen, auch über Leichen im direktesten Sinne des Wortes geht.

Allerdings ist die Aufregung in der Presse über die vorgebliche Gewaltverherrlichung eine heuchlerische. „Big Snuff“ ist ein in jeder Hinsicht schlechter, reaktionärer, frauenfeindlicher Film, doch was die Verherrlichung von Gewalt angeht, bewegt er sich trotz all der gezeigten Greuel im üblich üblichen Rahmen. Die gezeigte Gewalt tritt völlig motivlos dem Zuschauer entgegen, ist willkürlich und hat keinen Bezug zum Zuschauer. Es gibt in dem Film keine „gute“ und keine „schlechte“ Gewalt, sie ist nur ekelhaft, zum Kotzen, nicht zur Identifikation einladend.

„Die Bestien“ ist da trotz weniger Blut, trotz mehr dezenter Blenden, oder vielmehr gerade deswegen, viel gefährlicher. Hier wird wieder einmal anhand einer als menschenunwürdig eingestuft Gruppe, den „Iren“, ein Vernichtungsfeldzug moralisch gerechtfertigt. Selbst ein so hochgelobter Film wie „Taxi Driver“ von Martin Scorsese, der von der gleichen „FR“, die heute über „Big Snuff“ den Stab der Verdammnis bricht, als Beginn eines neuen amerikanischen Kinos gefeiert wurde, hat dieses faschistoide Denkraster als Grundstruktur.

Während über die unzähligen „Kung Fu-Filme“, die sich täglich tausende von Jugendlichen ansehen, in denen am laufenden Meter Knochen gebrochen werden, höchstens vom Standpunkt der Ästhetik gelächelt wird, so wird ein Film, der Gewalt in all ihrer Widerlichkeit zur Schau stellt, als besonders gefährlich eingestuft.

Diese Art der Filmkritik und Sichtweise ist selektiv, sie attestiert den mit viel finanziellen Aufwand gedrehten Streifen, vielleicht mit Renomee eines berühmten Regisseurs versehenen Gewaltfilmen eine künstlerische Bedeutung. Sie rechtfertigt, wie im Fall des „Taxi Driver“, die Gewalt des Sympathisanten der (staatlichen) Ordnung, und bewahrt sich als moralisches Feigenblatt die Kritik an Machwerken wie „Big Snuff“.

für /khh göttingen



Aus Kirche und Gemeinde

Ermittlungsverfahren gegen die Petri-Besetzer-Pastoren

Wie im AK 153 berichtet, ermittelt die Nordelbische Kirchenleitung gegen die zehn Pastoren/innen, die die Petri-Besetzung mitgetragen haben, zwecks Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Vorgeworfen werden ihnen neben Abwesenheit von ihrer Dienststelle, unbrüderliches Verhalten, Durchführung eines Gottesdienstes ohne Absprache mit den eigentlichen Petri-Pastoren, die quasi „Heimrecht“ haben, politische Betätigung im Amt und vier weitere ähnliche „Delikte“ nach dem Pastorengesetz. Ziel der Ermittlungen nach Worten der Kirchenleitung ist es, den jeweiligen Anteil an der Besetzung und somit den oder die wahren Schuldigen, den harten Kern, herauszufinden, um gegen diesen dann ernsthaft disziplinarisch vorgehen zu können.

Doch entgegen diesen offensichtlichen Spaltungsversuchen gaben letzte Woche alle zehn Besetzer/innen entgegen diesen offensichtlichen Spaltungsversuchen gaben letzte Woche alle zehn Besetzer/innen eine 150 Seiten lange gemeinsame Erklärung ab. Sie rekapitulieren darin unter verschiedenen Aspekten die Besetzung und kommen einheitlich zu dem Ergebnis, daß auch gerade diese Aktion in der Erfüllung ihres christlichen Auftrages, sich eindeutig auf die Seite der Wahrheit und des Lebens zu stellen, geschehen ist.

In zwei Veranstaltungen der letzten Woche sollte zum einen die Petri-Besetzung aufgearbeitet und zum anderen der Kampf gegen AKW's (auch in der Kirche) verbreitert werden.

Die erste wandte sich ausschließlich an innerkirchliche Kreise

und versuchte dort, die Aktion auch noch im Nachhinein zu rechtfertigen und die christliche Motivation der Besetzer an (noch) Außenstehende zu vermitteln. Viele „neue“ Gesichter und viele Fragen zeigten, welches positives Interesse dem Widerstand gegen das Atomprogramm auch im Kirchenbereich entgegenkommt. Dies gilt es auszubauen und zu vertiefen.

Die zweite Veranstaltung – getragen überwiegend von Leuten aus der Sponti-Szene – wollte darüberhinaus den Widerstand gegen AKW's in den umfassenderen Rahmen des Kampfes für das Leben einreihen.

Geplant waren Beiträge zu dem AKW Stade, zu den Disziplinarverfahren gegen die Petri-Besetzer und zur Situation der politischen Häftlinge in der BRD. Zum letzten Punkt, der dann den größten Teil der Veranstaltung ausmachte, war lange in der BRD, zum letzten Punkt, der dann den größten Teil der Veranstaltung ausmachte, war der Rechtsanwalt von Irmgard Möller, Fromman, gekommen und berichtete von den akut lebensbedrohenden Haftbedingungen, die darauf angelegt erscheinen, Irmgard Möller im Hungerstreik sterben zu lassen. Leider kam das angekündigte Thema des Abends, nämlich den Widerstand gegen AKW's und den Atomstaat zu verbreitern, zu kurz: aus Stade wurde gar nichts mehr berichtet, und eine Diskussion über die Frage, wie es im gemeinsamen Widerstand weitergehen soll, wurde mit den ca. 100 Anwesenden nicht geführt.

Kirchenkommission

1200 störten rechtes „Spiel“

In dem Wahlkampf zu den diesjährigen Fachbereichswahlen in der theologischen Fakultät Göttingen veranstaltete die „Fakultätsinitiative Theologie“ FIT, ein RCDS-Ableger, eine Diskussionsveranstaltung mit dem inzwischen entlassenen Hamburger Pastor P. Schulz. Die Veranstaltung war geplant als rein theologisches Streitgespräch, da „bisher immer die Kirchenpolitik im Vordergrund stand“ (FIT-Flugblatt). Dem entsprechend war das Podium mit drei reaktionären Professoren besetzt worden. Um direkte Angriffe auf sie als Veranstalter von vorneherein zu umgehen, benutzte die FIT den neuen linken Studentenpfarrer als Gesprächsleiter, den sie bewußt über den Charakter der Veranstaltung im Unklaren ließ.

Aber das Spiel ging nicht auf: nicht nur, daß der Vertreter der FIT bei der Begrüßung von den ca. 1500 Zuhörern ausgepfiffen wurde, der von uns informierte Studentenpfarrer distanzierte sich am Anfang der Diskussion von deren Wahlkampfcharakter. Um die gelegnete politische Dimension von kirchlicher Repression hervorzuheben, brachten wir vor Beginn eine Resolution gegen die Disziplinarverfahren gegen die Petri-Besetzer-Pastoren und gegen die Strafversetzung des homosexuellen Pfarrers Brinker aus Hannover ein. Das Abstimmungsergebnis – über 1200 stimmten für die Resolution – zeigte, daß der größte Teil des Publikums nicht bereit ist, der demagogischen

Forderung nach Entpolitisierung der innerkirchlichen Diskussion auf den Leim zu gehen. Der Politik der Kirchenleitungen und der rechten Helfershelfer an der Uni wurde ein dicker Strich durch ihr Konzept gemacht – ein schöner Erfolg!

Göttinger KB-Sympathisanten-gruppe Theologie

Anzeige Kirche, Klerus und Christen Anpassung oder Widerstand

Eine Broschüre der Kirchenkommission zu folgenden Themen:

- wer war Jesus wirklich
 - in Treue zu den Herren: Berufsverbote in der Kirche
 - immer auf der rechten Seite Kirche und Faschismus
 - kirchl. Entwicklungshilfe: Hilfe für wen?
 - immer für das Leben? Kirche und AKW's
 - Klerus gegen ESG: mit der Polizei gegen die „Brüder“
 - wieviel Päpste braucht der Mensch?
- zu bestellen bei Verlag J. Reents Lerchenstraße 75 2000 Hamburg 50 Preis: 2,50 DM

Kampf dem Faschismus

- Antifaschistische Russell-Reihe
- Buch 1: Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977 ISBN 3-88305-001-6 181 Seiten, DM 10,-
- Buch 3: „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe, Dokumentation von NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe ISBN 3-88305-003-1 204 Seiten, DM 13,50
- Buch 4: „Jeder kann der nächste sein“ – Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihrer Legitimation ISBN 3-88305-004-0 316 Seiten, DM 19,-
- Buch 5: Nach Schleyer, „Sonderkommandos“ in der BRD, Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo ISBN 3-88305-005-9 236 Seiten, DM 14,-
- Droht ein neuer Faschismus? 279 Seiten, DM 7,-
- Deutschland und seine Juden 23 Seiten DM 2,50,-
- Hamburg: Stadt mit Herz für Faschisten, 10 Jahre „NSDAP“-Umtriebe in Hamburg 64 Seiten, April 1978, DM 3,50
- Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden? Dokumentation einer Podiumsdiskussion 56 Seiten, Juli 1977, DM 4,-
- „Die Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord! 66 Seiten DM 4,-

Kampf

den Atomkraftwerken

- Wer WAA slit, wird Widerstand ernten 36 Seiten DM 2,-
- Albrecht wir kommen 24 Seiten DM 1,50,- Weiterhin Prospekt
- „Kalkar am 24.9.“ 64 Seiten, A 4, Sept. 77, DM 3,50
- Brokdorf – Ein Exempel Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes 87 Seiten, A 4, Febr. 77, DM 3,50
- Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke? 46 Seiten, 2. Aufl., A 4, Nov. 76, DM 2,-
- Zum Erfolg verdammt – La Hague 78 Seiten, A 4, 1977, DM 4,20 Hrsg.: Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung e.V.

Bestellungen bei

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20
Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers;
pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 451 83 78
Postscheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 95-203 oder
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

- WiederaufbereitungsgeTÜVtel I – Was der TÜV verschweigt ... Broschüre verschiedener Umweltschutzverbände, 37 Seiten, DM 3,-

Frauen

- Weg mit dem § 218! Abtreibung ja oder nein – das muß Sache der Frauen sein! 40 Seiten, A 5, Jan. 76, DM 1,50

Sozialismus

- Eins teilt sich in zwei Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution 209 Seiten, Paperback, A 5, 3. Auflage, November 1975, DM 7,-
- Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten 134 Seiten, A 4, Febr. 74, DM 8,-
- Zur Außenpolitik der VR China 58 Seiten, A 4, 3. Aufl., Aug. 76, DM 3,-

Westdeutsche Linke

- KB Unser Weg: 1. Kongreß für 1979 beschlossen Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979 Teil 1 39 Seiten DM 3,-
- KB Unser Weg: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums und andere Dokumente für den 1. KB Kongreß, Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1978 Teil 2 32 Seiten DM 3,-
- Schulungshäfte des KB, Unser Weg Nr. 1 Revisionismuskritik 48 Seiten, A4, DM 4,-
- Schulungshäfte des KB, Unser Weg Nr. 2 Zur Kritik des „Realen Sozialismus“ 93 Seiten, A4, DM 5,50,-
- Schulungshäfte des KB, Unser Weg Nr. 3 Zur Kritik des „Eurokommunismus“ 35 Seiten, A4, DM 3,-

Aus Betrieb und Gewerkschaft

- Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen ISBN 3-8805-011-3 645 Seiten, DM 22,-
- Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften 244 Seiten, A 5, Paperback, 2. Auflage, Juni 76, DM 7,-
- GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie 108 Seiten, Febr. 77, A 5, DM 3,50
- Betriebsräte-Veranstaltung 1975 in Hamburg, Reden der Teilnehmer 38 Seiten, Jan. 76, A 5, DM 2,50
- Ernst Thälmann Über Gewerkschaften 120 Seiten, Paperback, DM 3,50

Anzeige

NAZIM HIKMET

MENSCHENLANDSCHAFTEN

Vorwort von P. P. Zahl

120 Seiten DM 14,-

Arbeiterkampf

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den.....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Harrisburg- was kommt danach?

Erscheint aller
Voraussicht
nach Mitte
August
ca. 120
Seiten
ca.
14,- DM

- Die Radioaktivität von wieviel Hiroshima-Bomben wurde aus dem Reaktor bei Harrisburg gelassen, um noch größere Katastrophen zu verhindern?
 - Wußten Sie, daß Tiere nach dem Unfall unter „mysteriösen“ Umständen verendet?
- Diese Fakten, eine Analyse des Unfalls und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg und vieles andere mehr findet man in diesem Buch!
Vorbestellungen an den J.-Reents-Verlag, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50.

Der Kampf um die Macht in den Medien

Der NDR-Poker läuft auf vollen Touren

Am 2. Juli trafen sich Hamburgs SPD-Bürgermeister Klose und die Ministerpräsidenten der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen, Stoltenberg und Albrecht, um über die weitere Zukunft des NDR zu verhandeln. Am Abend nach den Verhandlungen schwiegen sich alle drei zum Inhalt ihrer Verhandlungen aus, ließen aber durchblicken, daß sie eine „Kompromißformel“ gefunden hätten. Ungläubigen erläuterte Klose das so: „Es gibt Ansätze, trotz der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu Kompromißformeln zu kommen, die den Abschluß eines Staatsvertrages möglich machen, ohne daß prinzipielle Positionen aufgegeben werden müssen. Das klingt nach Zauberei – aber warum sollten wir nicht mal zaubern.“ („FR“, 4.7.79). Was hier als Metaphysik riecht, ist nicht mehr als der Versuch, eine „Lösung“ dafür anzubieten, daß es sooo prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verhandlungspartnern gar nicht gegeben hat, obwohl in der Öffentlichkeit vor allem in den letzten Wochen ein heftiger Poker abgezogen wurde, der den Eindruck suggerieren sollte, daß schier unüberbrückbare Gegensätze zwischen der CDU und SPD bestehen würden, so Kloses kategorisches „Nein“ zu Albrechts Forderungen zur jetzigen Einführung des Privatfernsehens. Am Freitag mittag, dem 6. Juli nun, erklärten alle drei Regierenden schlicht, daß nun nach einer Zeit der Polarisierung die Zeit der Annäherung gekommen sei, und Albrecht meinte, daß sich die Polemik oh nicht zwischen ihm und Klose, sondern nur zwischen den Parteiebenen abgespielt habe. Außerdem habe man in vielen Fragen „Fortschritte bis zur Vertragsreife erzielt bis auf zwei, drei Grundsatzfragen.“ (Stoltenberg im „Kurier am Mittag“, Sendung des NDR, vom 6.7.79). Nach der Sommerpause wolle man den Vertragstext endgültig fixieren. Konkrete Angaben über den Inhalt ihrer Absprachen verweigerten sie abermals.

Strategie so: Die SPD-beherrschte ARD durch private Konkurrenz „aus-trocknen“ oder/und durch massive Hetzkampagnen die Sender zum „Anpassen“ zwingen:
Die Grundzüge dieser Strategie hat die CDU schon 1969 nach der für die Unions-Parteien verlorenen Bundestagswahl entwickelt, als Strauß mit der CDU-Führung und den Spitzenvertretern der westdeutschen Industrie auf einer Rundfunkpolitischen Tagung zusammentraf. Der heutige bayerische Innenminister und Strauß-Intimus, Tandier, in der CDU-Information 1/77: „Die Frage des Informations- und Beeinflussungsmonopols der Regierungskoalition über die öffentlich-rechtlichen Monopolanstalten bleibe auf der Tagesordnung, ob die SPD und FDP dies nun wünschten oder nicht. Entweder müßten die vorhandenen Strukturen mit neuem Geist und neuem Leben erfüllt, oder neue Strukturen müßten geschaffen werden.“

in den einzelnen Ländern zu gründen und diesen eine Frequenz des NDR zuzugestehen, wenn diese nur öffentlich-rechtlich organisiert würden, so daß Klose dann einer „Systemveränderung“... vorgebeugt hätte.“ (F-K Nr. 23/7.6.79).

Im Klartext: Klose bräuchte auf die öffentlich-rechtliche Struktur nicht zu verzichten (egal, was sich darunter dann herabgebildet), und die CDU bekommt ihre eigenen Sender, die sie unter einem „öffentlich-rechtlichen“ Dach privaten Trägern zugänglich machen kann. Grundsätzlich hat sich die SPD auch nicht gegen private Träger bei den neuen Medien ausgesprochen, so daß Albrecht und Stoltenberg an diesem Punkt gar nicht mehr voll auspacken müssen.

Wie der „Kompromiß“ letztendlich im einzelnen wirklich aussieht, wird in den nächsten Wochen ausgehandelt. Daß die wichtigsten Vorentscheidungen gefallen sind, liegt auf



Albrecht, Stoltenberg und Klose: Im Grunde einig

Albrecht pokert hoch

Der „Kompromiß“

Der „Kompromiß“ bahnt sich an

Gegen diese Strategie nimmt sich das Verhalten der SPD kapitulantenhaft aus:

„Ich gebe zu, daß es zur Zeit um die Zukunft des NDR schlecht aussieht, und Hamburgs Position nicht die Stärkste ist.“ (Klose auf der Hamburger Gewerkschaftsveranstaltung am 18.6.79).

„Der NDR muß ohne Einschränkung als Dreiländeranstalt erhalten bleiben.“ (Klose am 21.6. in Hamburg).

Er werde nicht zusimmen, wenn zugunsten privater Betreiber dem NDR Frequenzen und ein Fernsehkanal weggenommen werden (Klose am 22.6. in Hamburg).

„Es gibt Ansätze ... zu Kompromißformeln zu kommen, die den Abschluß eines Staatsvertrages möglich machen, ohne daß prinzipielle Positionen aufgegeben werden müssen.“ (Klose am 2.7.79).

Wenn dann Albrecht ebenfalls bestätigt, daß es „eine akzeptable Lösung für alle Beteiligten“ gäbe, wenn es sowohl in der Frage der inneren Strukturen des zukünftigen Senders, als auch im Bereich der Besetzung der Verwaltungs- und Kontrollorgane „Übereinstimmung“ zwischen allen Beteiligten gäbe, dann bedeutet das faktisch eine Verschlechterung der gegenwärtigen Verhältnisse im NDR.

Was den „Kompromiß“ um die Frage der Öffnung der „Monopolklausel“ (Zulassung weiterer Veranstalter neben dem NDR) angeht, gestaltet sich das offensichtlich etwas schwieriger, wenn nicht eine Lösung gefunden wird, bei der nicht die eine oder andere Seite gegenüber der bisher eingenommenen Position total unglaublich wird. Die katholische „Funk-Korrespondenz“ hat da der SPD einen Vorschlag anzubieten: „Klose könnte eventuell damit einverstanden sein, daß die Monopolklausel ersatzlos gestrichen wird, so daß die Organisation weiterer Veranstalter für neue Verbreitungswege ausschließlich Sache jedes einzelnen Landes würde. Schon hier ist nicht sicher, ob er dafür den Segen seiner Fraktion und den der Parteizentrale bekäme. Könnte ihm und seinen Mitarbeitern einfallen, neue, regionale Veranstalter für Regionalprogramme

der Hand: Und da sind allemal die

der Hand: Und da sind allemal die Demokraten in diesem Lande die Verlierer. Die CDU/CSU ist ihrem strategischen Ziel wieder ein Stück näher gekommen, wobei ihr das Geschäft durch eine SPD erleichtert wurde, die nur dort sich in Konfrontation mit den Unions-Parteien begibt, wo es gilt, den eigenen Einfluß nicht zu verlieren oder gar noch mehr zu verlieren.

Sie hat es bis heute nicht einmal versucht, die Angestellten des NDR, und das sind immerhin 3.500, zu aktivieren, denn diese sind immerhin die Betroffenen. Tatsächlich gilt eine abstruse Regelung, daß der NDR an den Verhandlungen nicht teilnehmen kann. Desweiteren beschränkt sich die SPD darauf, Nebenasspekte der CDU-Angriffe herauszustellen, daß sie ihren Einfluß in Norddeutschland vergrößern wolle, daß sie mit dem Fernsehen Wahlkampf machen wolle. Mit dem Hinweis auf die drohende CDU-Machtübernahme bemüht sich die SPD, auch über die Tatsache hinwegzuweisen, daß die jetzt gültige öffentlich-rechtliche Struktur die Mitarbeiter des NDR nicht vor Eingriffen geschützt hat, wobei für viele Eingriffe, die zunehmend Selbstzensur zur Folge haben, sozialdemokratische Vorgesetzte verantwortlich zeichnen.

Dieser Hintergrund hat es auch bisher nicht verhindert, daß die Redakteure des NDR und anderer Sender öffentlich gegen die CDU-Angriffe angetreten sind, hätten sie dann doch ehrlicherweise auch die Medienpolitik der SPD mit angreifen müssen.

Andererseits ist die SPD zur Zeit die einzige Kraft, die überhaupt gegen die CDU-Angriffe Stellung bezieht, dabei hauptsächlich auf Erhalt ihres Einflusses bedacht ist, statt grundsätzlich gegen Zensur und für Meinungs- und Rundfunkfreiheit Stellung zu beziehen.

So schlecht dieser „Bündnispartner“ für Journalisten und andere Betroffene im NDR auch ist, ist die SPD für die Journalisten die derzeit einzige reale Größe, denn die gesamte Linke, einschließlich der alternativen Listen, hat sich bisher an der Auseinandersetzung nicht beteiligt, was überhaupt die Voraussetzung wäre, um den Betroffenen in den Sendern eine ernsthafte Stütze zu sein.

Medienkommission

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hiesigen herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.150.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich -- DM 27,50
jährlich -- DM 55,-

O
O

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

AK Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

ausschneiden
und in einen
Umschlag stecken!